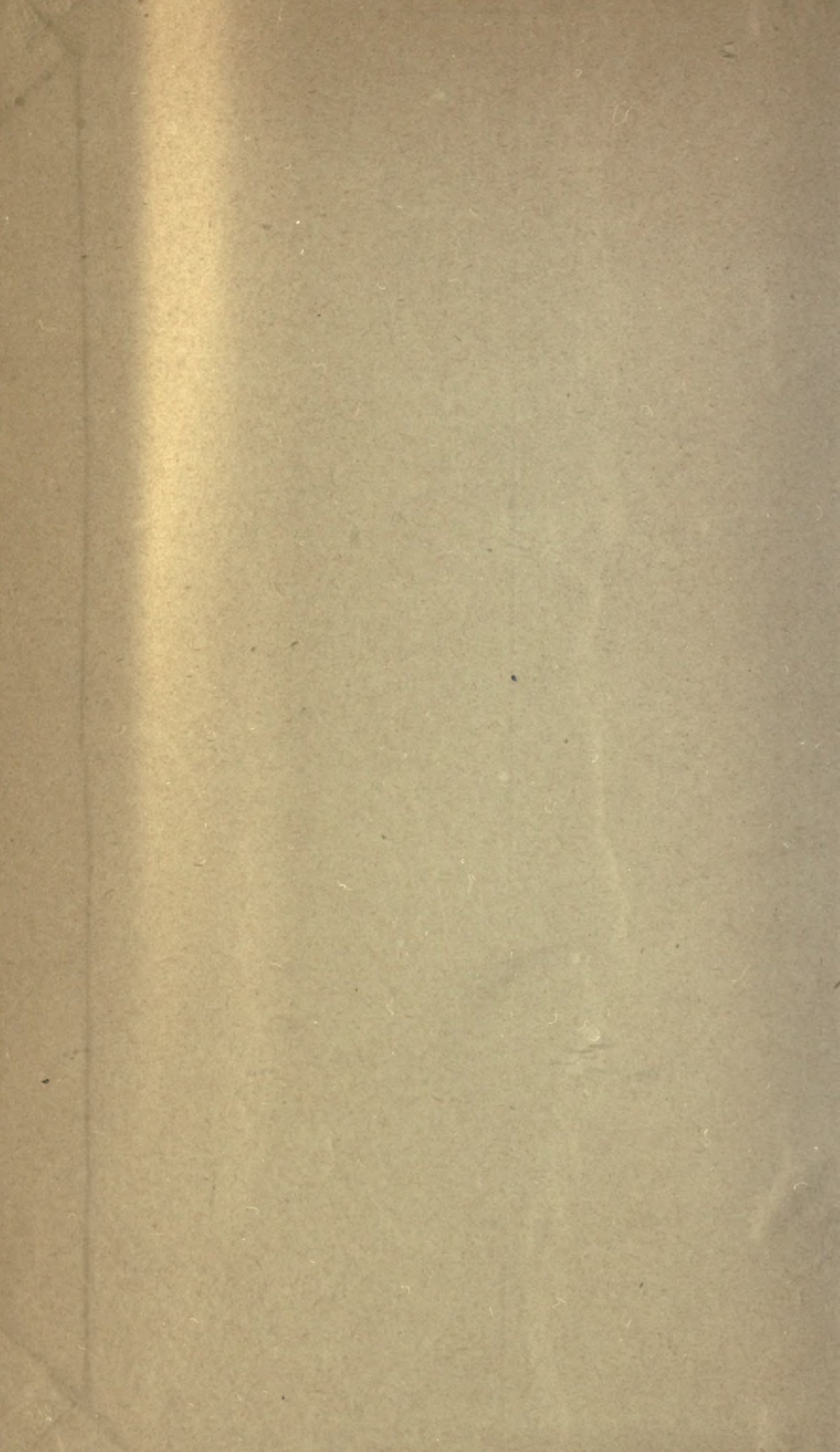
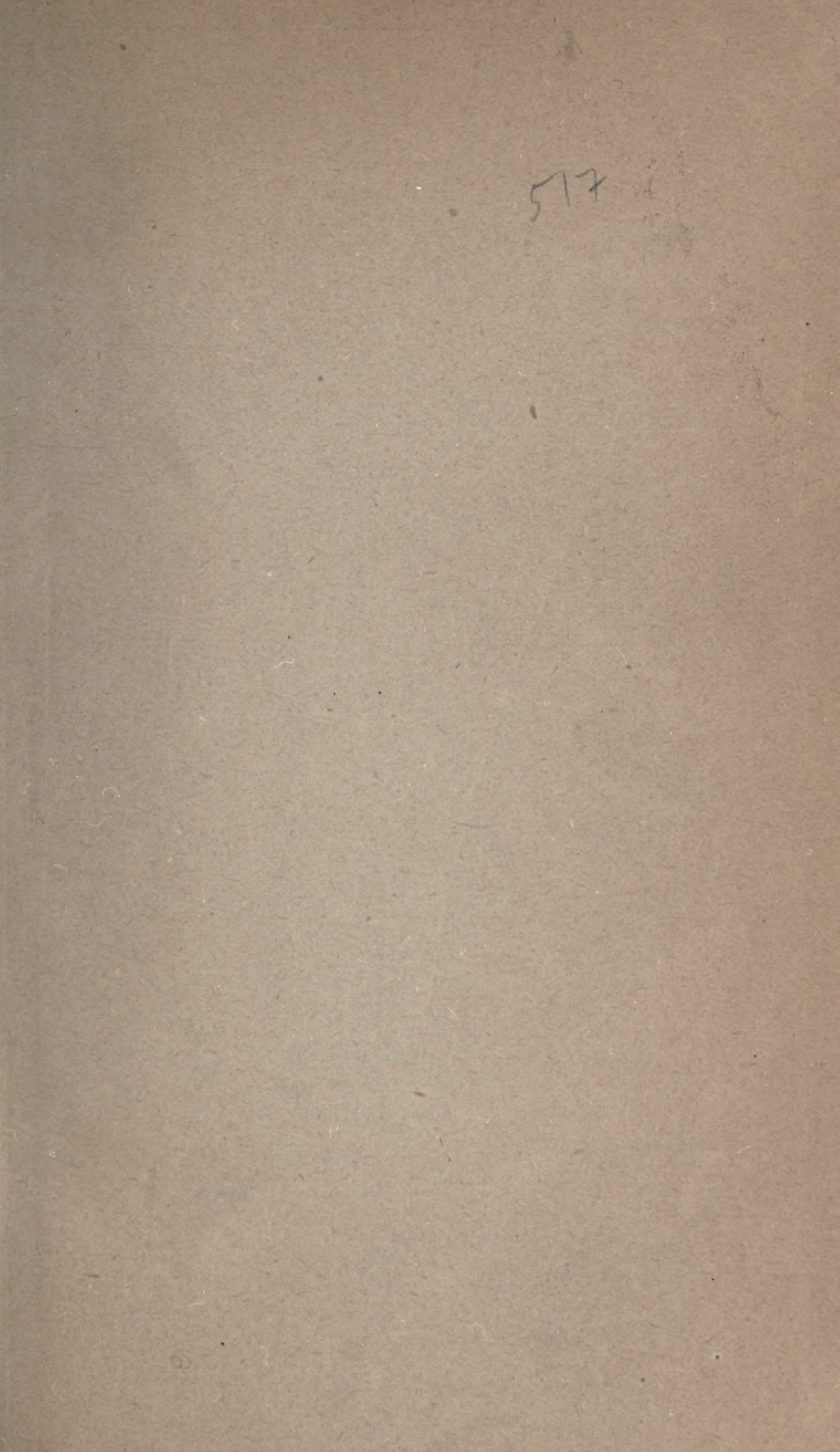








Zur Geschichte

des

Deutschen Verfassungswerkes

1848 — 49.

Zur Geschichte

des

Deutschen Verfassungswerkes

1848 — 49.

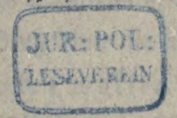
In zwei Abtheilungen

von

Karl Jürgens.

Erste Abtheilung.

Vom Frühjahr bis December 1848.



Braunschweig,
Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn.

1850.

Vorwort.

Aus vielen Gründen kann eine Geschichte des Deutschen Verfassungswerkes noch nicht wohl geschrieben werden. Wer möchte sich in diesem Augenblicke schon die dazu erforderliche volle Unbefangenheit zutrauen? Keiner, wie viele Verbindungen und Gelegenheiten er gehabt haben mag, hat Alles gesehen, was eingewirkt. Wer die Protokolle der National-Versammlung, die stenographischen Berichte über deren Verhandlungen und obenein alle Zeitungen gelesen, weiß darum doch Vieles, Wichtiges, Entscheidendes, vielleicht einen Theil des Allerentscheidendsten noch nicht. Ueber nicht Weniges ist die öffentliche Meinung theils nur unvollständig aufgeklärt, theils mehr oder minder falsch berichtet, theils geradezu irregeleitet, nicht ohne eigene Schuld des Publikums, das bisweilen die Wahrheit nicht hören, die Dinge wie sie waren nicht sehen, belogen sein und die Lüge glauben w o l l t e.

Weit gefehlt, daß Ursprung, Charakter und Zusammenhang der Vorgänge, um die es sich handelt, so bekannt wäre, daß es nur noch der Verarbeitung der bereits festgestellten Thatsachen bedürfte. Es gilt vorerst noch immer, die erforderlichen Materialien zusammenzutragen, die verschiedenen Par-

teien abzuhören, die Wissenden sagen zu lassen, was sie von ihren Standpunkten aus gesehen. Ich hoffe die Geschichte des Verfassungswerkes doch immer noch durch einige wesentliche Züge bereichern, eine und die andere Partie in ein volleres Licht stellen und verschiedene gängig gewordene Irrthümer über Thatsächliches berichtigen zu können. Ueber den Ursprung, Zusammenhang oder Charakter von mancherlei Dingen habe ich Vermuthungen und zum Theil Kunde, nicht so sicher daß ich davon sprechen möchte, sicher genug, daß ich weiß, wie vieler Aufklärung es noch bedarf, bevor Geschichte geschrieben werden kann. Sehr Viele von den Mitagirenden auf der Bühne des Parlaments haben sehr wenig von dem eigentlich Ursächlichen erfahren, von dem was hinter den Koulissen vorging, in den Klubs, unter den Leitern der Parteien und Koterien, in der Diplomatie. Viele eifrige Klubmitglieder wissen heute noch nicht, was da und dann die Führer wußten und wollten, und wie es eigentlich gekommen, daß sie den und den Parteibeschluß mitgefaßt und so und so gestimmt haben.

Auch ich mache keinen höheren Anspruch als den, einen Beitrag zur künftigen Geschichtschreibung zu liefern. Bekanntes zu sagen, konnte bei einer Darstellung, wie ich sie versucht, nicht umgangen werden. Einiges Bekannte bringe ich absichtlich in Erinnerung, weil es absichtlich vergessen werden will.

Bis jetzt sind mit geschichtlichen Darstellungen in Büchern fast nur Verfasser aus der Gagern'schen oder Erbkaiserpartei (Haym, Laube, Biedermann u. s. w.) auf den Plan getreten. Sie berühren vieles, zur Geschichte der National-Versammlung überhaupt Gehörige, was ich meinerseits aus-

schließe, weil es zur Geschichte des Verfassungswerkes im engeren Sinne, worauf ich mich thunlichst beschränke, nicht gehört. Die Sonderung ist freilich nicht leicht, nicht durchgehends möglich. Sie berichten nicht bloß aus dem Parteistandpunkte sondern, zum Theil in gar zu hohem Grade parteiisch, unrichtig, wahrheitswidrig. Ihre Darstellungen wurden mir größtentheils bekannt, als die erste Abtheilung der meinigen beinahe vollendet war. Indeß ging der Druck nicht so rasch von Statten, daß ich nicht hätte durch Einschiebungen oder Anmerkungen Rücksicht darauf nehmen können. Mein Buch ist dadurch stärker und unförmlicher geworden, hat dadurch aber auch, wenn ich nicht irre, gewonnen.

Aus sicherer Kunde habe ich überall geschöpft, zum Theil — besonders bei der späteren Geschichte der Hergänge vom November und December an — aus bisher noch nicht benutzten Quellen, sei es, daß sie in Dokumenten oder Notizen Einzelner und zwar der verschiedensten Geister und Parteien bestehen. Ganz allein der linken Seite verdanke ich deren keine. Den Landsmannschaften — namentlich den Oesterreichern und Preußen — bin ich dafür zu gleichen Theilen verpflichtet. Indeß glaube ich sie, wo es erforderlich war, mit der gebührenden Diskretion benutzt zu haben. Es giebt allerdings Rücksichten, welche zeitweilig selbst das Interesse an der geschichtlichen Aufklärung und die Pflicht des Wahrheitredens insofern überwiegen, daß man nicht eben in jedem Augenblicke Alles sagen und drucken lassen kann und soll, was man im Besitz hat oder weiß. Auf eine „pikante“ Darstellung legte ich es nicht an. So bleiben regelmäßig die würzenden On dits, das Anekdotenartige, und zumal alles un-

nöthig Bloßstellende oft selbst dann ausgeschlossen und etwa einer späteren Zeit vorbehalten, wenn meine Darstellung oder die Ansicht, welche ich vertrete, den Nachtheil davon haben.

Ich glaube zu den Unbefangenern unter den Theilnehmenden und Beobachtenden vom Vorparlament an gehört zu haben. Wenigstens bin ich wie mir däucht, so ziemlich frei geblieben von dem Märzschwindel wie von dem Fanatismus der Parteien in der zweiten Periode der National-Versammlung. Ich war keiner derselben mit Leib und Seele verschrieben, nicht der Gagern'schen, so lange ich mit ihr gehen konnte, nicht, sofern ich ihr angehört, der „großdeutschen", mit der ich sogar minder geirrt zu haben glaube und an deren (wir werden sehen) wirklichen oder angeblichen Kardinalsünden (Koalition mit den Radikalen, Abstimmungen gegen das absolute Veto, für das allgemeine Wahlrecht u. s. f.) ich keinerlei Antheil habe. Kaiserliche Historiographen rangiren mich in die Gattung der „Schwarzseher". Wir kommen darauf, was „Schwarzseherei" in der Kunstsprache des Deutschen Parlaments bedeutete. Ich bin deshalb sehr zufrieden damit. Es wird für meine Darstellung zeugen. In jedem Falle konnte ich nicht anders als „schwarz sehen", wenn ich das ungeschickte und auch richtig beim Scheitern angelangte Steuern und Segeln der leider gar zu zahlreichen Messieurs Rosenfarb ansah.

Wer eine brillante und am Toilett-Tisch interessante Darstellung oder Feuilletonisten-Historiographie sucht, lasse mein Buch ungelesen. Insbesondere wird man Charakterisirungen von Persönlichkeiten nicht finden, vielleicht vermissen und möglicherweise mit Recht. Ich weiß, daß auch sie bis-

weilen zur Geschichte gehören, nicht bloß zur Geschichtfärbung. Allein aus nahe liegenden Gründen fand ich dergleichen zu mißlich. Man stand und steht einander doch zum Theil auch jetzt noch zu nahe. Politische Widersacher waren und blieben persönliche Freunde. Verschiedenheit der Meinungen und Parteistellungen artete in die leidenschaftlichste Feindseligkeit aus. Daher meine bezügliche Zurückhaltung, und in ihr bestärkten mich eben die Charakterisirungen jener Art, namentlich bei Laube und Biedermann. Einiges ist darin sehr wahr und vollkommen treffend, Anderes völlig unwahr und unzutreffend, noch Anderes halbein halbander. Was kann nun mit dem Ganzen anfangen, wer nicht ohnehin weiß oder besser weiß? Man sieht, wie schwer es ist, dem Parteigegner gerecht zu werden und den Freunden nicht zu schmeicheln. Wer ihrer Partei angehörte, den stellen die kaiserlichen Historiographen ins Licht, wer nicht, wird von ihnen in den Schatten gestellt. Dort wissen sie kaum weiß, roth und gold, hier kaum schwarz genug aufzutreiben. Gehörte Einer aber gar zu ihrem Klub, so wird doppelt und dreifach roth gestrichen. So werden durch Biedermann's Pinsel die kleinsten, bis dahin kaum bemerkten Lichter, zu Jedermanns höchster Ueberraschung, der sie kennt, in wichtige Parlamentsmitglieder, große Staatsmänner oder tiefblickende Politiker verwandelt — wenn sie zum Augsburger Hofe gehörten. Was ihre Freunde betrifft, so sieht es aus als hätten die Herren in ihren Büchern so zu sagen eine Belobungs-Assekuranz errichtet, auf Gegenseitigkeit gegründet.

Ich wollte und will meines Theils ganz einfach, schmucklos und aufrichtig sagen, wie es mit dem Verfassungswerke

zugegangen und wie ich und die mir Gleichgesinnten diese Dinge aufgefaßt haben. Unsre specielle Ansicht war von Anfang in der Minderheit und blieb darin. Völlig wirkungslos war sie wohl nicht immer, jedenfalls war sie da. Was wir gedacht, gesagt, angerathen, nach besten obschon unzureichenden Kräften erzielt und erstrebt haben, gehört immerhin auch zur Geschichte, so unbedeutend es darin sein mag. In jedem Falle ist auch die kleinste Minderheit berechtigt, ihre Ansicht und Beweggründe darzulegen. Ohnehin hat die Mehrheit, die siegende Mehrheit nicht immer Recht, und ich bin auch jetzt noch, oder vielmehr ich habe mich noch fester überzeugt, daß die parlamentarische in Frankfurt Unrecht hatte. Ich meine die Gagern'sche oder spätere Erbkaiserpartei und will sagen, daß sie vornämlich — wie viel auch, und recht an erster Stelle, die Linke verschuldet — an dem Scheitern des Verfassungswerkes Schuld geworden ist, theils durch falsche Zwecke, welche sie zu erreichen trachtete, theils durch Anwendung unrichtiger Mittel. Ihr Verfassungsplan war einerseits verkehrt, andrerseits unausführbar, wenigstens zu schwer durchzuführen mit ihren Mitteln und Kräften, welche sie eben so weit überschätzte, als sie die wirklichen Verhältnisse und die wahre Stimmung und die Kraft der Kabinette und des Volkes falsch beurtheilte. Sie ging nicht von der Frage aus, was ist möglich oder unter dem Erreichbaren das Beste, worüber sich Viele verhältnißmäßig leicht vereinigen, wenn sie anders einen Blick für das Mögliche und Erreichbare haben; sie ging aus von der Frage: was ist das Beste oder gar das Ansichbeste? Und wenn Viele so fragen und danach ihr Streben einrichten, so ist alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß sie sich nicht einigen wer=

den, weil Jeder von dem Besten seine besondere Vorstellung hat, weil in diesem Falle den individuellen Ansichten Rand und Band fehlt. Sie gehen sammt den Strebungen in das Maß- und Schrankenlose und fahren aus- und wider einander. Das Erstere ist die praktische Art und Weise von Nationen wie der Englischen, die es zu etwas gebracht haben und Bestandes sich erfreuen. Das zweite ist unsre doktrinäre Art und Weise, die auch im Frankfurter Parlament dominirte. Die Folge davon war, daß Letzteres nichts zu Stande brachte und ebenso werden wir auch fortan keinen wahren Fortschritt machen und zu Bestande in unserm Staatswesen nicht gelangen, bevor wir unsern Doktrinarismus nicht ablegen. Die preiswürdige Gesinnung und die großen Verdienste Gagern's und so vieler patriotischgesinnter Männer, welche zu ihm standen, bin ich weit entfernt zu verkennen, jene Verdienste, welche sie zumal in der ersten Periode der National-Versammlung sich erwarben. Allein so falsch und kurzsichtig war ihre Politik, daß dabei herauskam, was sie eben nicht wollten, daß sie dem Radikalismus und dem — Partikularismus in die Hände arbeiteten. Es ist mir schwer geworden, wider sie einzureden und ihre politischen Fehler — oder sei es, was mir so erscheint — an ein volleres Licht zu ziehen. Allein es war um so nothwendiger, je beflissener ihre Parteigänger diese Fehler zu verhüllen trachten, je weniger sie zur Erkenntniß derselben gelangt sind, wie man sieht, je Mehre ihnen noch immer auf ihren Irrgängen folgen und je schädlicher diese demnach noch immer sind. Ich kann nicht anders, denn ich meine eine patriotische Pflicht zu erfüllen und erfüllen zu müssen, mein Zweck ist mir Gewissenssache und er ist

kein anderer, als die geschichtliche Wahrheit zu fördern und durch sie zu der Selbsterkenntniß führen zu helfen, die uns so sehr fehlt und vor Allem Noth thut, weil mit ihrem Mangel die meisten und beträchtlichsten Gründe davon zusammenhängen, daß wir unsern großen Zielen so fern geblieben sind und bleiben, ja uns täglich noch mehr davon zu entfernen scheinen, wenigstens in dieser Gefahr uns befinden. Mögen meine edlen Freunde und politischen Widersacher mir verzeihen, was sie nach meinem innersten Bewußtsein mit Unrecht als Feindseligkeit, Undank, Groll oder dgl. mir deuten würden. Wollen sie mir zürnen, so muß ich es geschehen lassen; indeß werden sie nach ihren eigenen Grundsätzen eine freie Ueberzeugung, Ueberzeugungstreue und die Aufrichtigkeit zu achten haben, wonach ein Andrer spricht nach Pflichtgefühl und der ihm gewordenen Wahrheitserkenntniß, die Sachen höher stellend als Personen, das Vaterland und was ihm dient auch über die die Freunde und was ihnen süß ist. Nach meinem Gefühl können sie mir bös werden, bin ich aber nicht minderer Achtung werth darum, daß ich sie antaste.

Aehnliches gilt von den Vielen, welche ihnen und ihrer Ansicht anhingen und noch anhängen. Ich weiß es sehr wol, daß meine Rede, mein Urtheil, meine Darstellung ihnen so wenig als noch vielen Andern, den Radikalen, vielleicht den Meisten nicht gefallen wird. Allein ich schreibe auch nicht um der Mehrheit zu gefallen oder um Gunst da oder dort. Es ist eine ganz oberflächliche und falsche Ansicht, wonach Regierungen und Volk einander entgegengesetzt werden und jene Schuld sind an allem Uebel und alles weise, recht und wohl gethan ist, was letzteres meint und thut. Die frühere

Bundesverfassung hatte große Mängel, aber viel mangelhafter war der Gebrauch zum Guten, den die Regierungen davon machten und eben so mangelhaft das Streben des Volkes auf dem Wege des Rechtes zum Bessern zu gelangen. Es ist nicht wahr, daß dieser ihm gänzlich versperrt, daß es ihm unmöglich gewesen wäre, zu handeln oder selbst nur zu lernen und zu erkennen, worin die Uebel in Wahrheit lägen und welche Mittel angewendet werden müßten, sie abzustellen, oder wiefern die vorhin herrschenden politischen Grundsätze falsch und welche andere zu befolgen seien. Das Volk, sein Parlament und seine Landesversammlungen hatten seit dem Frühjahre 1848 Macht und freien Spielraum vollauf und haben die kostbare Gelegenheit und die kostbaren Hoffnungen Deutschlands ihrerseits am allermeisten verdorben. Der wahre Volksfreund schmeichelt dem Volke nicht, sondern zeigt ihm seine Schwächen und Fehler, ein vernünftiges, gesundes und innerlich starkes Volk prüft, erkennt, worin es schwach ist und irregegangen und bessert das Verfehlte ein. Geschieht dies nicht, so wird es nicht besser sondern schlimmer mit ihm und seinen Zuständen. Geschieht es aber und fehlt es nur an Ausdauer nicht, so lassen sich alle Dinge auch aus der schiefsten Lage wieder zurechtbringen.

»Es ist ein Geist des Guten in dem Uebel,
Zög' ihn der Mensch nur achtsam da heraus!«

Möge der Spruch des großen Dichters uns zur Ermuthigung und zum Richtscheid dienen!

Stadtoldendorf, den 20. Januar 1850.

K. Jürgens.



Inhalt.



Die letzten Versuche Deutschland in eine bessere Verfassung zu bringen bis zum Vorparlament.

Nach einer weit verbreiteten Vorstellung war die deutsche Märzbewegung lediglich Folge und Frucht der Pariser Februar-Revolution. Diese hat indeß durch ihre Einwirkung nur beschleunigt und noch mehr beirrt und verdorben, was in Deutschland zur Reform längst vorbereitet und gerade damals zur Reife gediehen war. Dies ergiebt sich deutlich und unwiderleglich aus Thatsachen, an welche zu erinnern eher nothwendig als überflüssig sein möchte. Von langer Hand und von verschiedenen Seiten her war darauf hingearbeitet, Deutschland in eine bessere staatliche Ordnung zu bringen. Ehe noch an die Pariser Revolution gedacht werden konnte, war das Unternehmen im vollen Gange. Auch ohne sie hätten die nächsten Monate den Beginn der Ausführung bringen müssen.

Unmittelbar nach seinem Regierungsantritt hatte sich der König Friedrich Wilhelm IV. gegen den Fürsten Metternich über die absolute Nothwendigkeit ausgesprochen, den bisherigen Gang in den Bundesangelegenheiten zu verlassen und das erstorbene Institut des Bundestags zu neuem Leben zu kräftigen. Als bald darauf Kriegsgefahr drohte, mußte zunächst darauf gedacht werden, die Vertheidigung der Bundesgrenze zu ordnen; doch ertheilte der König gleichzeitig seinem Abgeordneten nach Wien und an die größeren Deutschen Höfe, dem General von Radowitz, die bestimmte Weisung, die Oesterreichische Regierung daran zu mahnen, daß eine tiefgehende Aufrichtung des Deutschen Bundes nöthig sei, indem auf dem bisherigen rein negativen Wege schlechterdings nicht länger beharrt werden könne und die Nation mit Recht erwarte und verlange, daß

ihre gemeinsamen Interessen, ihre unabwendlichen Bedürfnisse volle Befriedigung fänden. Fürst Metternich wies diese Anregung nicht zurück. Er stellte in Aussicht, nach vorübergegangener Kriegsgefahr näher darauf einzugehen: nur gelte es zunächst, den Kampf wider den auswärtigen Feind mit Ehren zu bestehen. Seit dieser Zeit geschah nicht wenig für die Bundeskriegsverfassung, das Heerwesen, das Vertheidigungssystem. Geringeren Erfolg hatte die von Berlin ausgehende Anregung zur Belebung und Umgestaltung des Bundes. Das Unternehmen war überaus schwierig, innerhalb der rechtlichen und vertragsmäßigen Bedingungen eine Reihe von Staaten zu gemeinschaftlichen freiwilligen Entschlüssen zu bestimmen, die ihre Interessen und Tendenzen in der verschiedenartigsten Weise berühren mußten. Daneben entstanden Hindernisse aus Abneigungen und Nachlässigkeit, aus Mangel an Energie und Ausdauer. Zu Stolzenfels, 1845, machte der König die Angelegenheiten des Bundes abermals zum Gegenstande lebhaftester Erörterung. Es folgten diplomatische Unterhandlungen, die jedoch auch dieses Mal ohne ein bestimmtes Ergebniß blieben. Der König entschloß sich nunmehr, im Geiste der Nation selbst einen Verbündeten seiner Bestrebungen, den mächtigsten, aufzusuchen, wozu zwei große Mittel sich darboten: die Entfesselung der Presse und die Veröffentlichung der Verhandlungen des Bundes. Im Juli 1846 ließ er in Frankfurt den Antrag auf Aufhebung der provisorischen Bestimmungen über die Presse stellen und einen Entwurf zu einer neuen Preßgesetzgebung vorlegen. Der Antrag auf Veröffentlichung der Bundesprotokolle wurde fast gleichzeitig von Würtemberg an den Bund gebracht und von Preußen auf das Lebhafteste unterstützt. Die Gegner wußten durch Hinhalten die Entscheidung hinauszuschieben. Als der erste vereinigte Landtag zu seinem Schlusse gelangt war, faßte der König den festen Entschluß, nunmehr schlechterdings und unter allen Umständen die Regeneration des Bundes zum Ziele zu führen. Er berief Radowitz nach Berlin und trug ihm auf, zunächst den ganzen Umfang dieser Frage darzulegen. Am 20. November 1847 reichte Radowitz eine Denkschrift ein, die vom Könige sofort durchweg genehmigt wurde. Sie zeigt das System und die Ziele, welche sich die Preuß. Regierung in den deutschen Angelegenheiten vorsteckte, und wurde die Grundlage aller weitern Verhandlungen. In drei Richtungen sollte die Entwickelung des Bundes hiernach verfolgt werden: in der der Wehrhaftigkeit, des Rechtsschutzes, der materiel-

len Interessen. In die zweite Kategorie gehörten die Einsetzung eines obersten Bundesgerichts, gemeinschaftliches Strafrecht, Handelsrecht u. s. f. Vor dem Allen sollte eine neue Preßgesetzgebung mit Wegfall der Censur, sowie die Veröffentlichung der Bundesprotokolle ins Leben treten und dem Uebrigen die Bahn brechen. Der König hatte sich zur Ausführung seiner Entschlüsse einen bestimmten und festen Gang vorgezeichnet. Er wollte sich auch durch Widerspruch in seinen nächsten Kreisen durchaus nicht länger beirren und hemmen lassen. Nun aber kamen unerwartete Zwischenfälle von Außen heran. Der Krieg in der schweizerischen Eidgenossenschaft und die politischen Vorgänge in Italien veranlaßten den König, zunächst eine Verständigung mit Oesterreich über die schweizerische und die italienische Frage zu erzielen, dann aber hieran die deutschen Angelegenheiten zu knüpfen. Als Vorbereitung dazu sollte Oesterreich alsbald vermocht werden, zuzugestehen, daß der deutsche Bund bei den beabsichtigten europäischen Konferenzen als selbstständige europäische Großmacht auftrete. Als im Anfange des Februars die Verhandlungen über die Schweizer Angelegenheiten zwischen den Kontinentalmächten einen bestimmten Abschnitt erreicht hatten, nahm der König die deutsche Frage wieder auf, und beschloß in kürzester Frist den Wiener Hof zur Erfüllung der dringendsten aller Pflichten aufzufordern. Die Nachricht von dem Umsturze des Julikönigthums in Frankreich übte auf diesen Entschluß keinen andern Einfluß aus, als daß sie für die Sendung nach Wien die Aufgabe hinzufügte, sich mit dem kaiserlichen Hofe über die Stellung zu verständigen, welche beide Mächte dem eingetretenen Regierungswechsel gegenüber einzunehmen hätten. Gleichzeitig mit militärischen Uebereinkünften, aber unabhängig davon, sollte die Regeneration des Bundes mit Oesterreich vereinbart und sofort Hand ans Werk gelegt werden. Die Denkschrift vom 20. November wurde als bindende Instruktion hiebei zum Grunde gelegt; alle ihre für das gemeinsame Wohl als nothwendig erkannten Forderungen sollten der Gegenstand des Kongresses sein, zu welchem Oesterreich und Preußen Deutschlands Regenten und Minister einladen würden, unverzüglich zusammenzutreten. Wenn Oesterreich sich nicht bewegen ließe diesen Weg mit Preußen zu betreten, so sollten dieselben Anträge ohne allen Aufschub allein an die Bundesversammlung gebracht werden. Die Absichten des Königs fanden einen officiellen Ausdruck in seinem Aufrufe vom 18. März.

1*

Das Manifest schloß den größesten Fortschritt, die segensreichste Verheißung in sich, welche Deutschland seit dem Sinken seines alten Glanzes erlebt hat. Was gegen das Ausland stark und geachtet, was die Nation im Innern glücklich und einträchtig machen kann, sollte die Aufgabe des Bundes werden, in dessen höherer Einigung die einzelnen Staaten nicht untergehen, sondern zu erhöhter Kraft heranreifen würden. Zu diesem größesten heiligsten Werke wollte der König sich und Preußen, die Deutschen Fürsten und ihre Völker vereinigen; er stellte es hin als das Ziel Aller für Alle, als das Ziel dem fortan alle Anstrengungen gewidmet, alle Opfer gebracht werden müßten. Der Akt fand die Anerkennung nicht, deren er bedurft hätte. Man nahm ihn als abgenöthigtes Zugeständniß; und doch hatte die Märzwoche Berlins keinen Einfluß auf den Entschluß des Königs zur Regeneration Deutschlands ausgeübt: sie hat dessen Veröffentlichung kaum erheblich beschleunigt. Auch vor der Pariser Revolution und den Bewegungen und Forderungen in den meisten Deutschen Ländern, und ganz unabhängig davon, stand der Entschluß des Königs fest, die langjährige schwere Versäumniß nachzuholen und dem deutschen Bunde neues Leben einzuhauchen. Dieser Entschluß war kein formloser, kein auf das Gebiet bloßer Wünsche beschränkter, sondern er umfaßte bereits den ganzen materiellen Theil der im März allgemein hervortretenden Forderungen, ja er ging darüber noch hinaus. In dem Augenblick, als sie durch ganz Deutschland erschallten, als sie vor der Hofburg in Wien und vor dem Berliner Schloße vernommen wurden, war die Verständigung zwischen den beiden großen Höfen bereits bis zu dem Punkte gediehen, daß die That unmittelbar auf dem Fuße gefolgt wäre.

Dieß ist es in gedrängter Kürze, was von Radowitz in der während der heftigsten Bewegungen des Jahres 1848 erschienenen kleinen Schrift: Deutschland und Friedrich Wilhelm IV. ausführt. Innere und äußere Gründe verbürgen die Richtigkeit seiner Angaben. Sehr beachtenswerth ist, was er ausführlicher über die Tendenz und die Erfolge seiner Mission (S. 34 — 38) sagt *).

---

*) »Mit diesen Aufträgen reiste der General von Radowitz am 2. März nach Wien ab, in einem Momente daher, wo von den Bewegungen, die in mehreren Deutschen Staaten an das Pariser Ereigniß sich anschlossen, in Berlin noch nicht die Rede sein konnte. Seine Mission fand bei der Kaiserlichen Regierung bereitwillige Aufnahme. Beide Höfe einigten sich über die militairischen Maßregeln, sowohl über die sofort von der Bun-

Auch in der Bundesversammlung war das Gefühl lebendig geworden, daß man den bisherigen Weg verlassen müsse.

---

desversammlung zu treffenden Anordnungen für den augenblicklichen Schutz der Deutschen Grenzen und Bundesfestungen, als über die eventuellen Leistungen und Operationen bei einem ausbrechenden Kriege. Als Grundlage für die Berathungen über die Entwickelung des Bundes legte der Preußische Bevollmächtigte am 5. März ein Memorandum vor, welches sämmtliche Punkte der Denkschrift vom 20. März 1847 umfaßte. Die Kaiserliche Regierung zog diese Anträge in ernstliche Erwägung. Zunächst handelte es sich darum, ohne alles Zögern das Organ zu bilden, durch welches sämmtliche Deutsche Regierungen sich zu gemeinschaftlichen Beschlüssen zu vereinigen vermöchten. Aus den schon früher erwähnten Gründen glaubte man einem Kongresse den Vorzug geben zu müssen, auf welchem die Fürsten und ihre Minister, ohne an einzuholende Instruktionen gebunden zu sein, unverzüglich das Nothwendige anzuordnen vermöchten. Preußen hatte Frankfurt a/M. zum Sitze dieses Kongresses gewünscht, um denselben in unmittelbare Beziehung zu der Bundesversammlung zu setzen; wegen der Nähe dieses Ortes an der Gränze und der Bewegungen in mehreren Deutschen Nachbarstaaten, zog Oesterreich jedoch vor, Dresden hiezu zu bezeichnen. Diesem Kongresse sollten im Namen beider größeren Regierungen, sowohl die militairischen Maßregeln als auch die umfassende Bundesreform vorgelegt werden. Nur die ersten mußten ihrer Natur nach geheim bleiben; alle Verhandlungen hingegen, die sich auf die Regeneration des Bundes bezogen, sollten zu vollkommener Oeffentlichkeit gelangen. Was der Kongreß als bindende Norm verkündigte, dessen nähere Bearbeitung sollte dann an die Bundesversammlung übergehen und in die Hände der aus allen Bundesstaaten herangezogenen Männer des Vertrauens und der Sachkenntniß gelegt werden. Eine am 10. März, vor den politischen Veränderungen in Wien und Berlin, geschlossene Uebereinkunft, verpflichtete beide Regierungen gleichzeitig am 15. März die Einberufung des Kongresses und dessen Zweck öffentlich bekannt zu machen. Diese Anzeige genügt für jeden Unbefangenen, um den Unterschied in Form und Gegenstand deutlich zu machen, welcher zwischen den beabsichtigten Verhandlungen und früheren Kongressen, vielgeschmähten Andenkens, stattgefunden haben würde. Dieses waren daher die Veranlassungen und die Zwecke des Dresdener Kongresses, welchem gegenwärtig so viele Ungunst zugewendet wird. Allerdings beruhte derselbe auf der Voraussetzung, daß die Wiedergeburt des Deutschen Bundes die Aufgabe und der Beruf seiner Regierungen sei. Man hatte lediglich die zu erreichenden Ziele im Auge, und durfte sich nicht berechtigt erachten, sie auf andern Wegen als auf den durch die Europäischen Verträge und die Bundesverfassung vorgezeichneten zu suchen. Der Gedanke, die Vertretung der allgemeinen Bundesinteressen unmittelbar in die Hände der Völker zu legen, war bis dahin nur in vereinzelten Stimmen zur Sprache gekommen. Vielen konnte es scheinen, als ob

Als in der siebten Sitzung am 17. Februar 1848 über die Schweizer Angelegenheiten berathen wurde, erklärte der Badensche Gesandte, von Blittersdorf, viel wichtiger als die schweizeri-

---

diese Vorschläge nur aus einem sehr begreiflichen Unmuthe über die bisherige Thatenlosigkeit der Bundesorgane erwachsen seien, und als ob daher dem unzweifelhaften Bedürfnisse entsprochen werden müsse, indem man der Bundesverfassung neues Leben einhauche, statt sie in einem Augenblick zu zertrümmern, wo äußere Gefahr in solchem Maße drohe. Als indeß der Ruf nach einem Deutschen Parlament durch alle Theile Deutschlands erscholl und mehrere Regierungen selbst sich veranlaßt gefunden hatten, hiezu die Hand zu bieten, so konnten sich die beiden größeren Höfe berechtigt glauben, auch hierauf ihre Vorschläge zu richten. Der letzte Akt der in Wien gepflogenen Verhandlungen ist eine Punktation, durch welche Oesterreich und Preußen übereinkommen, auf eine ausgedehnte Revision der Bundesverfassung gemeinschaftlich anzutragen. Neben den bisherigen engern Bundestag sollte eine weitere Bundesversammlung treten, zu welcher jeder Staat eine entsprechende Zahl von ständischen Deputirten nach der Wahl der Kammern zu senden habe. Dieser weiteren Bundesversammlung verblieben dann: die Abänderung der Grundgesetze des Bundes, die organischen Bundeseinrichtungen, die gemeinnützigen Anordnungen, die Entscheidung über Krieg und Frieden, die Aufnahme neuer Mitglieder in den Bund und die Kontrolle aller Bundesausgaben. Sie würde in der Regel die ersten drei Monate im Jahr zusammengetreten sein, insofern sie nicht durch außerordentliche Bedürfnisse anderweitig einberufen werden müßte; in der Abstimmung war sie von den einzelnen Regierungen völlig unabhängig, allein an ihre eigene Verantwortlichkeit gewiesen. Ihr lag es ob, die Instruktionen zu ertheilen, nach welchen der Bund im Auslande durch seine diplomatischen Agenten zu vertreten sei. Die Frage, welche ferneren Veränderungen der Bundesverfassung erforderlich und nützlich seien, blieb den Verhandlungen der nächsten weiteren Bundesversammlung vorbehalten. Dieselbe Punktation zählte auch die mehrfach erwähnte Reihefolge sämmtlicher Maßregeln und Institutionen auf, welche auf den Gebieten des Rechtsschutzes, der Wehrhaftigkeit und der materiellen Interessen im Deutschen Bunde zur Ausführung zu bringen seien. Sie ist ehe eine Kenntniß der Vorgänge zu Berlin nach Wien gelangt sein konnte, am 19. März von dem Preußischen Bevollmächtigten, vorbehaltlich der Genehmigung seines Hofes, vorgelegt und von Seiten des Kaiserlich Oesterreichischen Ministeriums des Auswärtigen bereitwillig angenommen worden. Es ist klar, daß wenige Tage nachher der Zusammentritt eines Kongresses der Deutschen Regierungen als unausführbar erkannt werden mußte. Daß es auf den jetzt eröffneten Wegen gelingen möge, die Wohlfahrt des gemeinsamen Vaterlandes dauernd zu fördern, die Freiheit und Ordnung in seinem Innern zu befestigen, seine Sicherheit gegen die Ge-

schen wären die deutschen Verhältnisse; die Gelegenheit müsse benutzt werden, hinsichtlich der in Frage kommenden Grundsätze über die politische Stellung Deutschlands und der Bundesversammlung insbesondere sich zu verständigen; darauf komme es zunächst an, weniger zur Zeit noch auf die Frage, welche Maßregeln noch zu ergreifen seien. In der achten Sitzung am 24. Februar brachte der Preußische Gesandte die Preßangelegenheit zur Sprache. Der Präsidialgesandte erinnerte an die Nothwendigkeit der baldigen Abgabe der Abstimmungen; von mehreren Seiten wurde daran erinnert, daß eine baldige Lösung der der Bundesversammlung obliegenden Aufgabe in ganz Deutschland mit Ungeduld erwartet werde und daß der Bundesversammlung wegen ihrer Zögerungen die härtesten Vorwürfe gemacht würden. Der Badensche Gesandte bemerkte, die Bundesversammlung müsse die Sache in die Hand nehmen; wenn sie es nicht thue, so erkläre sie, daß sie ihre Zahlungen eingestellt habe; es bedürfe technischer Beihülfe, der Beigabe einer von den Regierungen zu ernennenden Commission von qualificirten Technikern, wie bei dem Entwurfe eines gemeinsamen Wechselrechts. In diesem Sinne wurde Beschluß gefaßt. In der neunten Sitzung am 29. Februar beschloß die Bundesversammlung, einen Ausschuß niederzusetzen behufs schleuniger Berichtserstattung über die Lage Deutschlands. In der zehnten Sitzung am 1. März erstattete der Preußische Gesandte Namens des Ausschusses Bericht: »Die Dringlichkeit der Umstände, vor Allem die tiefgehende Aufregung des öffentlichen Geistes, die sich bei allen politischen Parteien, selbst

---

fahren von Außen zu erreichen, dieses wird der uneingeschränkte aufrichtige Wunsch jedes Deutschen sein, der das Heil seines Landes höher stellt als den Triumph der politischen Ansicht, welche er für die richtige zu halten sich in seinem Gewissen gedrungen gefunden. Niemanden ist es gestattet lediglich nach dem Erfolge zu urtheilen, Jedem aber sich auf die Redlichkeit seines Willens, die Reinheit seiner Absichten zu berufen. Diese in den Handlungen Königs Friedrich Wilhelm IV. gegen Deutschland nachzuweisen, war der Zweck der vorstehenden treuen Darstellung; im Bewußtsein strengster Wahrhaftigkeit darf sie schließen wie sie begonnen: Weder die Französische Umwälzung, noch die Bewegungen in andern Deutschen Staaten, noch die Vorgänge in Berlin selbst haben den Entschluß Friedrich Wilhelms IV. zur Regeneration des Deutschen Bundes hervorgerufen; er stand in dem Könige fest seitdem er zur Regierung gelangte, und war zur Ausführung gereift, ehe irgend eine sonstige Anregung hinzutrat.«

den liberalsten, vorzüglich in einem dringenden Verlangen nach Einigung aller nationalen Kräfte äußere, um den gemeinschaftlichen Gefahren zu begegnen, die Deutschland bedrohen, lege, nach der einstimmigen Ansicht des Ausschusses, dem Bundestag die Pflicht auf, diesem dringenden Verlangen ohne Zeitverlust den legalen Anhaltspunkt zu geben. Dieser Anhaltspunkt sei aber nur der Bundestag selbst, als das gemeinschaftliche Central-Organ aller Deutschen Regierungen, und es werde sich mithin nur darum handeln, dies öffentlich auszusprechen.« Der Ausschuß lege daher eine Bekanntmachung vor, und rathe, dieselbe sofort der Publicität zu übergeben. Der Vorschlag wurde einstimmig genehmigt. Die Bekanntmachung erschien noch an demselben Tage in den öffentlichen Blättern *).

---

*) Sie lautete: »Der Deutsche Bundestag, als das gesetzliche Organ der nationalen und politischen Einheit Deutschlands, wendet sich vertrauensvoll an die deutschen Regierungen und das deutsche Volk.

Verfassungsmäßig berufen, für die Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands zu sorgen, spricht der Bundestag seine Ueberzeugung dahin aus, daß beide nur ungefährdet bleiben können, wenn in allen deutschen Landen das einmüthigste Zusammenwirken der Regierungen und Völker und die innigste Eintracht unter allen Deutschen Stämmen mit gewissenhafter Treue erhalten werden.

Nur auf dieser Eintracht und diesem Zusammenwirken beruht die Macht und die Unverletzlichkeit Deutschlands nach Außen und die Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe, sowie die Sicherheit der Personen und des Eigenthums im Innern. Die Geschichte Deutschlands giebt die Belege hierzu sowie die bitteren Lehren über die traurigen Folgen, wenn Zwietracht zwischen den Regierungen und Völkern und den einzelnen Stämmen die Kräfte der deutschen Nation zersplittert und schwächt und ihr Inneres zerreißt.

Mögen diese theuer erkauften Erfahrungen in der bewegten Gegenwart unvergessen sein und während der stürmischen Zukunft benutzt werden, die möglicher Weise Deutschland nicht ferne steht.

Der Deutsche Bundestag fordert daher alle Deutschen, denen das Wohl Deutschlands am Herzen liegt — und andere Deutsche giebt es nicht — im Namen des gesammten Vaterlandes dringend auf, es möge ein Jeder in seinem Kreise nach Kräften dahin wirken, daß diese Eintracht erhalten, und die gesetzliche Ordnung nirgends verletzt werde.

Der Bundestag wird von seinem Standpunkte aus alles aufbieten, um gleich eifrig für die Sicherheit Deutschlands nach Außen, sowie für die Förderung der nationalen Interessen und des nationalen Lebens im Innern zu sorgen.

In der zwölften Sitzung am 3. März erfolgte der Beschluß wegen Aufhebung der Censur. In der funfzehnten am 8. März erstattete der Badensche Gesandte Vortrag, die dermalige Lage des Bundes betreffend. Der Vortrag wurde seitdem das »Sündenregister des Bundestags« genannt; er bezeugte, gleich der Bekanntmachung vom 1. März, daß die Bundesversammlung die Lage Deutschlands und ihre Aufgabe sowie die Aufgabe der Deutschen Regierungen und des Deutschen Volkes vollkommen begriff *).

Deutschland wird und muß auf die Stufe gehoben werden, die ihm unter den Nationen Europa's gebührt, aber nur der Weg der Eintracht, des gesetzlichen Fortschritts und der einheitlichen Entwicklung führt dahin.

Die Bundesversammlung vertraut mit voller Zuversicht auf den in den schwierigsten Zeiten stets bewährten gesetzlichen Sinn, auf die alte Treue und die reife Einsicht des deutschen Volks.«

*) Er lautete wie folgt: »Von der Bundesversammlung aufgefordert, über die dermalige Lage des Deutschen Bundes, mit Rücksicht auf die neuesten Ereignisse in Frankreich, zu berichten, fühlt der Ausschuß die volle Bedeutung des ihm gewordenen Auftrags. — Im Drange der Ereignisse vermag er sich nicht auf weitläufige Ausführungen und Erörterungen einzulassen, vielmehr beschränkt er sich auf das Nothwendigste und auf dasjenige, was zunächst zu thun sein dürfte.

Die Beleuchtung der innern Lage des Deutschen Bundes muß der Ausschuß mit dem betrübenden Bekenntniß beginnen, daß der Deutsche Bund und sein Organ, die Bundesversammlung, längst schon das allgemeine Vertrauen in ihre gedeihliche Wirksamkeit verloren haben. Ein solches Vertrauen ist aber die Grundbedingung des Fortbestandes einer jeden politischen Institution.

Hohe Bundesversammlung wird es dem Ausschusse erlassen, die Ursachen ausführlich darzulegen, die einen solchen beklagenswerthen Zustand herbeiführten. — An ihm ist es nicht, den Ankläger gegen diese Versammlung und die höchsten Bundesregierungen zu machen. Nur einige der hauptsächlichsten Gebrechen des Bundes muß er jetzt hervorheben.

Schon die Grundverfassung des Bundes war eine mangelhafte und ungenügende.

Manche Gegenstände waren darin aufgenommen, die füglich den einzelnen Bundesgliedern hätten überlassen bleiben können, während andere und wichtigere, die zur Entwicklung und Erstarkung des Bundes unentbehrlich waren, von dessen Competenz ausgeschlossen, oder doch nur als Versprechen oder Wunsch bezeichnet wurden. — Die Erfüllung solcher Versprechen und Wünsche wurde aber von der Einhelligkeit der Stimmen abhängig, und dadurch die Erreichung eines befriedigenden Resultats von vorn herein unmöglich gemacht. Auf diesem Wege konnten die zu einem

Gemäß dem Ausschußantrage wurde beschlossen: »Die Bundesversammlung spricht die Ueberzeugung aus, daß eine Revision der Bundesverfassung auf wahrhaft zeitgemäßer und nationaler

---

wahren und kräftigen Bunde unentbehrlichen Institutionen nicht ausgebildet, und noch weniger zur Anwendung gebracht werden.

Der Souverainität der einzelnen Bundesstaaten wurde dadurch eine Ausdehnung gegeben, welche die Wirksamkeit des Bundes in stets engere Grenzen einzwängen mußte.

Hieraus entsprang die Abhängigkeit der Bundestagsgesandten von speciellen Instructionen, und die Unmöglichkeit der Entwicklung irgend einer selbstständigen Thätigkeit dieser hohen Versammlung. — Die Protokolle hoher Bundesversammlung waren nichts mehr als ein Repositorium von Vorträgen und einzelnen Abstimmungen, ohne inneres Leben und Zusammenhang, ohne Austausch der Ideen und Ansichten, ohne ein sich daraus mit Folgerichtigkeit ergebendes Resultat. Dazu kam eine mangelhafte Geschäftsordnung, deren Vervollständigung nicht einmal versucht, und noch weniger erzielt wurde. Allein auch diese Geschäftsordnung konnte bei der Stellung, die den Bundestagsgesandten von ihren Regierungen gegeben war, nicht einmal eingehalten werden.

Die mit dem Präsidium hoher Bundesversammlung betraute erste Bundesmacht war seit vielen Jahren nur auf kurze Zeit durch ihren eigenen Gesandten dahier vertreten. Dies mußte die einheitliche und rasche Erledigung der Geschäfte noch mehr erschweren.

Kein Wunder, daß nach allem Obigen das Ansehen der Bundesversammlung von Tag zu Tag mehr sank, und sich zuletzt in sein Gegentheil verwandelte. Dies mußte um so mehr und um so schneller geschehen, als die Fälle sich mehrten, wo von vielen Bundesregierungen die mühsam zu Stande gebrachten Bundesbeschlüsse häufig nicht publicirt, oft nicht befolgt und zuweilen als geradezu unverbindlich erklärt wurden. In manchen Bundesgebieten ist weder die Bundesacte noch die Schlußacte und die anderen Grundgesetze des Bundes jemals gesetzlich bekannt gemacht, — nur zu häufig ist der Vollzug der Bundesbeschlüsse von den Bestimmungen der Landesgesetzgebung abhängig gemacht worden. Nur diejenigen Bundesbeschlüsse, welche der öffentlichen Meinung entgegentraten und deren Verantwortlichkeit die Bundesregierungen daher lieber dem Bunde überließen, wurden als Bundesgesetze publicirt und als solche auf deren Befolgung gehalten. Wie konnte da das Volk Vertrauen zum Bunde und dessen Organ der Bundesversammlung fassen, ja wie konnte er nur in das öffentliche Bewußtsein übergehen! In demselben Verhältnisse aber, wie die Souverainität der Bundesstaaten sich auf Kosten des Bundes zu erweitern suchte, nahm die Wirksamkeit und das Ansehen der Ständeversammlungen in den einzelnen Bundesstaaten zu. Diese Ständeversammlungen bildeten die landständischen Verfassungen zu wahren Repräsentativ-Verfassungen aus und wurden dadurch zur eigentlichen Regierungsge-

Grundlage nothwendig sei; sie beauftragt den Ausschuß, gutachtlichen Vortrag über die Art und Weise, wie diese Revision zur Ausführung zu bringen sei, unverzüglich zu erstatten.«

---

walt, und durch die Oeffentlichkeit ihrer Verhandlungen auch zum Träger der allgemeinen Meinung.

Da die Bundesversammlung die Oeffentlichkeit ihrer Verhandlungen aufgehoben hatte, so würde sie, selbst wenn sie die erforderliche Wirksamkeit besessen hätte, gegen eine solche neu erstehende Macht nicht haben in die Schranken treten können. Ihr war jeder Einfluß auf die öffentliche Meinung benommen und der Bund konnte daher auch nicht durch diese Meinung gehoben und getragen werden.

Da die Bedürfnisse der Neuzeit dringend Befriedigung forderten, diese aber durch den Bund nicht gewährt werden konnte, wandten sich die deutschen Völker immer mehr den Ständeversammlungen zu, und überließen es den Regierungen und dem Bunde, sich gegenseitig unwirksam zu machen.

Ein solcher Bund konnte die Sympathien der deutschen Völker nicht für sich gewinnen. Für das Versinken des Bundes konnten die Bemühungen vieler deutschen Regierungen, durch Separatvereine dasjenige zu erzielen, was Ersterer nicht zu gewähren vermochte, keinen hinreichenden Ersatz bieten. Diese Vereine dienten vielmehr dazu, die Unvollkommenheit und Mangelhaftigkeit des Bundes noch augenscheinlicher zu machen. Es wurde dadurch einer Hauptforderung der deutschen Völker nicht genügt, der der Entwicklung und des Schutzes nationaler Interessen in den inneren und äußeren Beziehungen Deutschlands.

In dieser Lage wurde Deutschland von den neuesten Ereignissen in Frankreich überrascht. — Die Dynastie der Orleans wurde in kürzerer Zeit vom Throne gestürzt und aus dem Reiche vertrieben, als es bedurfte, die ältere Linie der Bourbons aus dem Erbe ihrer Väter zu verdrängen. Die Republik wurde proclamirt. Der Rückschlag auf Deutschland war ein gewaltiger. — Auch in diesem Lande waren die Gemüther auf eine große Umgestaltung vorbereitet, — in den Ständeversammlungen, in öffentlichen und geheimen Zusammenkünften, durch die Presse, war seit Jahren auf das gleiche Ziel hingearbeitet worden. Bei der Lage der Regierungen und des Bundes war eine sofortige Bewältigung dieses Rückschlages schwer möglich. Die Richtung desselben wurde zuerst durch die bekannten, im Großherzogthum Baden aufgestellten vier Forderungen: einer allgemeinen Volksbewaffnung, uneingeschränkter Freiheit der Presse, Einführung der Schwurgerichte und eines deutschen National-Parlaments, bezeichnet. Der Reihe nach wurden ähnliche Forderungen in anderen Bundesstaaten aufgestellt und deren Gewährung durch Deputationen, Adressen und Volksversammlungen herbeigeführt. Die Regierungen eilten Concessionen zu geben, die mehr oder weniger mit dem bisherigen

In der sechzehnten Sitzung am 9. März stellte der Badensche Gesandte den Antrag, die Bundesversammlung möge zur vollkommenen Ausbildung des Organs des Deutschen Bundes weitere Einrichtungen, insbesondere eine ständische Vertretung der Deutschen

---

Bundessysteme im Widerspruch stehen und eine völlige Umgestaltung der innern Verhältnisse der einzelnen Bundesstaaten herbeiführen müssen.

Das Nähere hierüber glaubt der Ausschuß in dermaliger Sachlage umgehen zu können. Die Aufgabe hoher Bundesversammlung ist es nun, wieder Einklang und Uebereinstimmung in die gestörten Verhältnisse zu bringen, und dadurch den innern und äußern Frieden Deutschlands zu sichern. — Hierzu dürfte die Thätigkeit dieser Behörde in ihrer dermaligen Lage und ohne bedeutende Verstärkung der Centralgewalt des Bundes im nationalen Sinne nicht ausreichen. Dies geht am deutlichsten aus der Wirkung hervor, die durch die neuesten Beschlüsse der Bundesversammlung hervorgebracht worden ist. — Gewiß hat der Aufruf hoher Bundesversammlung an die Deutschen Regierungen und Völker bei Vielen guten Eindruck gemacht, im Allgemeinen aber Vertrauen zu erwecken nicht vermocht. Ebenso wenig bewirkte der über die Presse gefaßte Beschluß, daß die Regierungen denselben zur Grundlage ihrer Entschließungen in Beziehung auf diese wichtige Angelegenheit machten. — Es muß daher nach andern Mitteln geforscht werden, um Deutschland vor innerem Zwiespalt und Anarchie zu schützen. Es steht Großes und Entscheidendes auf dem Spiele. Zwar hat es den Anschein, daß die Gemäßigtern der Anhänger der nationalen Entwickelung Deutschlands bei dem Verlangen eines deutschen Parlaments davon ausgehen, daß die einzelnen Bundesstaaten und deren Verfassungen erhalten und in dem Parlamente nur die Gesammtheit der Deutschen Fürsten und Völker als Gesammtmacht vertreten sein solle. In diesem Sinne hat sich eben erst die am 5. d. M. in Heidelberg abgehaltene Versammlung von Angehörigen verschiedener Bundesstaten ausgesprochen. — Allein hinter den gemäßigten Männern des Fortschritts steht die Partei der Ultraradicalen und Republikaner, die nach einer allgemeinen Deutschen Republik strebt. Gedrängt von der einen Seite durch die Gemäßigteren und von der andern durch die noch nicht von der Bewegung ergriffenen Regierungen, könnte diese Partei sich unter Verleugnung alles patriotischen Sinnes auf die Hülfe einer Partei des Auslandes stützen und dadurch den Anlaß zu den bedenklichsten Konflicten geben.

Dieser Gefahr darf Deutschland nicht ausgesetzt werden.

Nach Obigem muß anerkannt werden, daß die Verfassung des Deutschen Bundes, wenn Deutschland einig, stark und friedlich bleiben soll, einer Revision auf breiter nationaler Grundlage bedarf.

Hohe Bundesversammlung dürfte sich gedrungen sehen, sich hierüber offen auszusprechen. Als Folge hiervon würde sich ergeben, daß Bestimmungen über die Art und Weise getroffen werden müssen, wie diese Re=

Bundesländer bei der Bundesversammlung in Berathung nehmen und einen darauf gehenden Beschluß der Bundesregierungen veranlassen. Der Antrag wurde dem politischen Ausschusse überwiesen. War es dem Preußischen Gesandten (v. Dönhoff) unerwünscht, daß der Antrag von Seite eines kleineren Staates die Reformpläne seines Königs kreuzte, oder welche Rücksicht sonst auf die Absichten der Höfe von Berlin und Wien, die Reform durch einen Kongreß beginnen zu lassen — genug, er suchte dem Antrage durch Zögern und Hinhalten auszuweichen. In der siebzehnten Sitzung am 10. März erstattete der politische Ausschuß jedoch Bericht über den am 8. ihm gewordenen Auftrag dahin, daß sich die Bundesversammlung Behufs Revision der Bundesverfassung auf einer wahrhaft zeitgemäßen und nationalen Basis zu einem Plenum bilden möge. Der Vorschlag ging indeß nicht durch. Auf den Antrag des Badenschen Gesandten wurde beschlossen, die Bundesregierungen aufzufordern, Männer des allgemeinen Vertrauens spätestens bis Ende des Monats mit dem Auftrage abzuordnen, der Bundesversammlung und deren Ausschüssen zum Behuf der Vorbereitung der Revision der Bundesverfassung mit gutachtlichem Beirath an die Hand zu gehen. Der Beschluß wegen Berufung der Vertrauensmänner mochte an sich selbst als ein ungenügender erscheinen. Der Preußische Gesandte hatte alle ersinnliche Einwendungen dawider vorgebracht; er hat die Vertrauensmänner auch immer nur als technische Kommission, wie z. B. den Militärausschuß, ansehen wollen, einer der Gründe, weshalb ihre Stellung keine reine wurde. Der König von Preußen wollte — wie es in einer Preußischen Note an den Preußischen Geschäftsträger in Hannover vom 16. März*) heißt — »nach seiner (in dem Patent vom

vision der Bundesverfassung zu bewirken stehe. Hierüber behält der Ausschuß sich weitern Vortrag vor. Ist einmal bekannt, daß die verfassungsmäßige Centralbehörde des Bundes sich mit der Revision der Bundesverfassung auf zeitgemäßer nationaler Basis beschäftigt, werden damit die zur Ausführung dieser Revision erforderlichen Einleitungen mit der möglichsten Beschleunigung verbunden, so wird die Bundesversammlung die Augen der deutschen Nation auf sich ziehen und, gelingt das große nationale Werk, das allgemeine Vertrauen gewinnen. — Damit aber wird den Gefahren weitern Umsturzes vorgebeugt sein.«

*) Aktenstücke zur neuesten Geschichte Deutschlands (von Wangenheim) erstes Heft S. 90.

14.) bestimmt und entschieden ausgesprochenen Verheißung mit allen Kräften dahin wirken, daß die Dresdener Berathungen zu einer wirklichen Regeneration des Deutschen Bundes führen sollten, damit das deutsche Volk in ihm wahrhaft vereinigt, durch freie Institutionen gekräftigt, nicht minder aber auch gegen die Gefahren des Umsturzes und der Anarchie geschützt, die alte Größe wieder gewinne, und Deutschland den ihm gebührenden Rang in Europa einnehme« u. s. f. So gut indeß die Absicht bei Veranstaltung des Kongresses sein mochte, war es, Alles erwogen, doch wol kein glücklicher Gedanke, eben jetzt das Organ der deutschen Einheit zu schwächen, zu stören, die Bundesversammlung zu umgehen, gewissermaßen aufzuheben. In der achtzehnten Sitzung am 13. März erfolgte die Anzeige von Oesterreich und Preußen, die Höfe von Wien und Berlin hätten so eben sämmtliche Bundesregierungen eingeladen, zum 25. d. M. Bevollmächtigte nach Dresden zu senden, um dort über die, durch die dermalige Lage Deutschlands nothwendig werdenden Maßregeln, so wie über die Entwickelung der Bundesorganisation zu berathen. Man vereinigte sich dahin, die Ausführung des Beschlusses vom 10. wegen Einleitung zur Revision der Bundesverfassung zu suspendiren, bis die Regierungen sich darüber geäußert haben würden, und in Folge dessen eine neue Einladung der Bundesversammlung ergehe. Als am 15. die Kunde von dem Wiener Aufstande vom 13. nach Berlin gelangte, wurde von hieraus vorgeschlagen, die Konferenz in Berlin oder Potsdam abzuhalten, auch die Hinzuziehung der Bundestagsgesandten anheimzugeben. Nach den Vorgängen, welche kurz darauf in Berlin erfolgten, erkannte man auch diesen Vorschlag und den ganzen Plan, durch Konferenzen zum Ziele zu gelangen, als unausführbar. Auch würde eine solche schwerlich zu Stande gekommen sein. So betrachtete die Baierische Regierung die Idee eines Ministerkongresses von Anbegin als eine fehlsame, die Lage der Dinge verkennende, und hatte schon am 12. März ihrem Gesandten in Wien den Befehl ertheilt, eine ablehnende Erklärung in sehr energischer Weise abzugeben. Aehnlich verfuhr das Großherzoglich Hessische Ministerium (Gagern). Am 25. eröffnete der Oesterreichische Gesandte, v. Colloredo, der am 17. eingetreten war, seine Regierung beantrage: daß die Bundesversammlung geschlossen und nach Berlin verlegt werde. Indeß kam diese Eröffnung gar nicht zur Discussion. Als die Depesche, auf welche der

Oesterreichische Gesandte sich bezog, von Wien abgegangen war, hatte man dort die Berliner Ereignisse vom 21. noch nicht gekannt. Auch übte die Besorgniß wol ihren Einfluß, daß eine revolutionäre provisorische Regierung in Frankfurt entstehen möchte, wenn die Bundesversammlung fortverlegt werde.*) Inzwischen war von mehreren Seiten auf die Ausführung der verzögerten Beschlüsse gedrungen. Noch in der achtzehnten Sitzung war eine Baierische und und eine Großherzoglich Hessische Erklärung vorgelegt und dem Ausschuß überwiesen. Baiern beantragte: es möge Deutschlands Einheit durch wirksame Maßnahmen gestärkt, dem Mittelpunkt des vereinigten Vaterlands neue Kraft und nationale Bedeutsamkeit, insbesondere auch durch eine Vertretung der deutschen Nation am Bunde gesichert und zu dem Ende eine schleunige Revision der Bundesverfassung in Gemäßheit der gerechten Erwartungen Deutschlands vorgenommen werden. Hessen stimmte dem am 9. von Baden gestellten Antrage als vollkommen zeitgemäß bei. In der einundzwanzigsten Sitzung am 20. März schlossen sich die freien Städte den anderseitigen Erklärungen für Revision der Bundesverfassung und Nationalvertretung beim Bunde an. In der zweiundzwanzigsten Sitzung am 23. März drückte Baiern den Wunsch aus, es möge dem Beschlusse vom 10. Folge gegeben werden. Würtemberg, Baden, Großherzogthum Hessen, Braunschweig und Nassau schlossen sich unter nachdrücklicher Befürwortung an, und am 25. in der dreiundzwanzigsten Sitzung beantragten sodann Oesterreich und Preußen selbst, daß dem Beschlusse vom 10. nunmehr Folge gegeben werde. Die Versammlung beschloß, die Aufforderung, Vertrauensmänner abzuordnen, zu erneuern. Am 26. traf der Hannöversche, v. Wangenheim, bereits ein, die Ernennung von zwei andern, Jordan für Kurhessen und Albrecht für Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg, wurde angekündigt.

Auf dieses Alles hatten wiederum noch andere Vorgänge eingewirkt. Die Bundesversammlung, auf der einen Seite heftig angetrieben, wurde auf der andern auch gehemmt und beirrt, sowohl durch die Idee eines Ministerkongresses, als auch durch die Schritte,

---

*) Als in den ersten Märztagen an so vielen Orten Ausbrüche erfolgten, war den Bundesgesandten bange geworden und man sprach von Fortgehen. Bald darauf erklärten sie, daß sie sich in Frankfurt sicherer fühlten, als an irgend einem andern Orte.

welche die damaligen Leiter und Träger der patriotischen Bewegung im südwestlichen Deutschland, im Gegensatze zu den sich dort kund gebenden republikanischen Bestrebungen, für nothwendig hielten. Als am 5. März die Versammlung in Heidelberg, auf welche wir zurückkommen werden, ihre Beschlüsse gefaßt und ihren Ausschuß niedergesetzt, hatte der Nassauische Legationsrath Max von Gagern im Auftrage der Nassauischen und im Einverständniß mit den Großherzoglich Badenschen und Hessischen Regierungen eine Rundreise nach Stuttgart, München, Dresden und Berlin unternommen, die — nachdem der König von Preußen die Ansprache an sein Volk und die Deutsche Nation vom 21. März erlassen — zu einer Konferenz zwischen den Bevollmächtigten von Würtemberg, Hessen-Darmstadt, Nassau, Baden, Sachsen und Preußen führte, in welcher die nachstehenden Fragen in Erwägung gezogen wurden:

1. Wird die Nothwendigkeit einer einheitlichen Leitung des gesammten Bundes-Vereins unter Einem Oberhaupte anerkannt?

2. Wird die Nothwendigkeit eines Oberhauses als zweiten Gliedes des Deutschen Parlaments und zwar eines aus den Bundesgliedern oder ihren Delegirten bestehenden Oberhauses anerkannt?

3. Soll diesem Oberhause ein Unterhaus von Abgeordneten der Nation, gewählt durch die ständischen Kammern der einzelnen Deutschen Staaten im etwaigen Verhältnisse eines Abgeordneten auf 100,000 Einwohner Deutschlands zur Seite stehen?

4. Soll die Kompetenz des Bundes-Oberhaupts und beider Häuser des deutschen Parlaments sich erstrecken auf
   a. Bundesheerwesen und Volksbewaffnung?
   b. Möglichste Gemeinschaftlichkeit der Gesetzgebung, besonders über Heimathwesen, Staatsbürgerrecht, Gerichtsverfahren, Strafrecht, Handelsrecht? imgleichen auf die Herstellung eines ständigen Bundesgerichts für Streitigkeiten staatsrechtlichen Ursprungs zwischen den verschiedenen Bundesstaaten unter sich, sowie zwischen diesen und ihren Ständen?
   c. Auf Herbeiführung eines gemeinschaftlichen Systems für

Zollwesen, Handel, Münze, Maß, Gewicht, Posten, Eisenbahnen, Wasserstraßen u. s. w.? endlich

d. auf die Herstellung gemeinschaftlicher activer Vertretung des Bundes im Auslande?

5. Soll die definitive Beschlußnahme über die obigen Puncte auf dem bisherigen Bundestage zu Frankfurt a./M. als dessen letzter Akt, vorbehältlich der Genehmigung der bestehenden verfassungsmäßigen Gewalten in den einzelnen Bundesstaaten erfolgen?

6. Sollen die Bundestags-Gesandschaften bei den nach № 5 zu haltenden Berathungen durch Männer, welche das Vertrauen des Landes besitzen im Sinne des suspendirten Bundesbeschlusses vom 10. März verstärkt werden, und soll diese Suspension mithin aufhören?«

Diese Fragen wurden von den Bevollmächtigten Sachsens und Badens **ad referendum** genommen, von den übrigen bejaht. Preußischer Seits entschied man sich jetzt für die Fortsetzung der Verhandlungen über die Revision der Bundesverfassung in Frankfurt. Als in Wien die Preußische Proklamation vom 21. bekannt gemacht worden war, entschloß man sich dort gleichfalls hierfür. Ehe man in Hannover Kenntniß von diesen Entschlüssen der Großmächte haben konnte, hatte das am 22. eingetretene neue Ministerium erkannt, daß man, um bei der Umgestaltung der Bundesverfassung auf verfassungsmäßigem Wege zu bleiben, auf den Bundesbeschluß vom 10. zurückkommen müsse, und schon am 24. von Wangenheim als Vertrauensmann nach Frankfurt abgesendet.

Mittlerweile hatte in der Bundesversammlung der Preußische Gesandte (am 13. März) Grundzüge zu dem Entwurfe eines Bundesbeschlusses über die Presse vorgelegt. Am 23. hatte die Stadt Frankfurt Aufhebung der seit 1819 erlassenen Ausnahmgesetze beantragt. Die Regierungen nahmen Bedacht auf Aenderung des Personals der Bundesversammlung. So trat Colloredo definitiv in die Stelle von Münch-Bellinghausen, so ernannten die Regierungen von Baiern, Baden und Großherzogthum Hessen Willich, Welcker, von Lepel zu Bundestagsgesandten, die am 29. März eintraten. Man war in der Bundesversammlung über den einzuschlagenden Weg noch sehr ungewiß; ein Theil der Vertrauensmänner fehlte gegen das Ende des Märzmonats noch. Der Hannöversche vor Allen betrieb die Beschleunigung des Verfassungs-

werkes. Die Bundesversammlung ernannte am 29. einen Ausschuß von sieben Mitgliedern, um sich Behufs der Revision der Bundesverfassung mit den Vertrauensmännern ins Benehmen zu setzen. Am 30. fand die erste Berathung zwischen dem Ausschusse der Bundesversammlung und den bis dahin erschienenen zehn Vertrauensmännern Statt. Max Gagern, von Nassau ernannt, legte das Program *) der unten zu erwähnenden Heidelberger Siebner-Commission, das im Wesentlichen mit den in Berlin vereinbarten Grundsätzen übereinstimmte, unter Bezugnahme auf die Ergebnisse seiner eben vollendeten Rundreise und mit der Bemerkung vor, es sei wünschenswerth, daß auch die Bundesversammlung und die ihr zugeordneten Vertrauensmänner diese nur in großen Umrissen angedeuteten Grundzüge als Basis der Verhandlungen über ein künftiges Reichsgrundgesetz anerkennten, während zu hoffen, daß diese Grundsätze ebenfalls den Beifall der Mehrheit des Vorparlaments finden würden. Die Versammelten gingen darauf ein und bean-

---

*) I. Ein Bundesoberhaupt mit verantwortlichen Ministern.

II. Ein Senat der Einzelstaaten.

III. Ein Haus des Volks, hervorgehend aus Urwahlen nach dem Maßstab von 1 zu 70,000.

IV. Competenz des Bundes durch Verzichtung der Einzelstaaten auf folgende Punkte zu Gunsten der Central-Gewalt:

1. Ein Heerwesen,
2. Eine Vertretung gegenüber dem Auslande,
3. Ein System des Handels, der Schifffahrts-Gesetze, des Bundes-Zollwesens, der Münze, Maß, Gewicht, Posten, Wasserstraßen und Eisenbahnen,
4. Einheit der Civil- und Strafgesetzgebung und des Gerichts-Verfahrens.

   Ein Bundesgericht.
5. Verbürgung der nationalen Freiheitsrechte.

V. Der Beschluß der Einberufung der konstituirenden National-Versammlung auf obige Grundlagen erfolgt durch die mit Vertrauens-Männern verstärkten Bundes-Behörden.

VI. Ein aus gegenwärtiger Versammlung zu wählender permanenter Ausschuß von 15 Mitgliedern ist beauftragt, die Vollziehung der Einberufung der konstituirenden National-Versammlung zu betreiben.

Wenn innerhalb 4 Wochen von heute der Zusammentritt nicht erfolgt ist, so tritt diese Versammlung am 3. und 4. Mai hier wieder zusammen.

Im Falle der Dringlichkeit kann der Ausschuß die Versammlung auf einen früheren Termin zusammen berufen.

standeten auf den Vortrag Wangenheim's nur den fünften Satz des Siebner-Programms, wonach die Einberufung der constituirenden National-Versammlung durch die Bundesversammlung erfolgen sollte. Um in keiner Weise den gesetzlichen Weg zu verlassen, sollte sich nach ihrer Ansicht die Bundesversammlung darauf beschränken, die Regierungen zur Anordnung von Wahlen aufzufordern. Demgemäß wurden am 30. März, dem Tage vor der Eröffnung des Vorparlaments, Anordnungen wegen des bei der Revision der Bundesverfassung einzuhaltenden Geschäftsganges getroffen und sodann Beschluß über Wahlen zu einer Nationalvertretung gefaßt *).

Nach dem Wortlaute dieses Beschlusses war und konnte die Meinung nicht sein, daß die zu berufende National-Versammlung einseitig über die künftige Verfassung Deutschlands zu entscheiden haben solle. Die Bundesversammlung hielt es für unzuträglich, daß eine Verfassung unter den Regierungen vereinbart und durch Bundesbeschluß octroyirt werde; sie wollte die freie Mitthätigkeit des Volkes; sie glaubte, daß die neue Verfassung im Wege des Vertrages und freier Zustimmung der Regierungen auf der einen und des Volkes auf der andern Seite zur Gültigkeit gebracht werden müsse; sie erachtete den Weg für den einzig rathsamen und

---

*) Zu beschleunigter Entwerfung der Grundlagen einer neuen Bundesverfassung hat die Bundesversammlung mit einleitenden Arbeiten zu diesem Zwecke unter Zuziehung von Männern des öffentlichen Vertrauens bereits begonnen.

Zu weiterer Förderung dieser wichtigen Angelegenheit beschließt dieselbe, die Bundesregierungen aufzufordern, in ihren sämmtlichen, dem Deutschen Staatensystem angehörigen Provinzen auf verfassungsmäßig bestehendem oder sofort einzuführendem Wege Wahlen von Nationalvertretern anzuordnen, welche am Sitze der Bundesversammlung an einem schleunigst festzustellenden, möglichst kurzen Termine zusammenzutreten haben, um zwischen den Regierungen und dem Volke das Deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen.

Da der Drang der Umstände die einstweilige Annahme eines bestimmten Maßstabes der Bevölkerung, nach welchem die gedachten Volksvertreter in jedem Bundesstaate zu erwählen sind, erforderlich macht, so erscheint es zweckmäßig, in Bezug auf die bisherigen Bestandtheile des Bundes das bestehende Bundes-Matrikularverhältniß dabei zum Grunde zu legen, und die Aufforderung dahin zu richten, daß auf 70,000 Seelen der Bevölkerung jedes Bundesstaates ein Vertreter zu wählen, auch denjenigen Staaten, deren Bevölkerung nicht 70,000 Seelen beträgt, die Wahl eines Vertreters zuzugestehen.

zulässigen, daß der von ihr und ihrem Beirathe ausgehende Entwurf einer konstituirenden National-Versammlung zur Annahme vorgelegt werde. Dies geht noch mehr und vollkommen deutlich aus dem Vortrage hervor, den der Sächsische Gesandte Namens des Revisionsausschusses dem Antrage des letztern vorausschickte, welcher wörtlich den Inhalt des Beschlusses wegen Anordnung der Wahlen bildet. Ich lasse jenen Vortrag in der Note abdrucken *).

---

*) »Bei einer Besprechung, die der Ausschuß gestern sofort nach seiner Ernennung hielt, kam eine Frage in Anregung, welche für so wichtig gehalten ward, daß man eine gemeinsame Berathung mit den schon jetzt hier eingetroffenen, von den hohen Regierungen abgeordneten Männern des allgemeinen Vertrauens für nothwendig hielt. Diese Berathung hat heute statt gefunden und der Ausschuß bringt diese dringliche Angelegenheit, gestützt auf das in der Hauptsache einstimmige Gutachten dieser Männer, ohne Verzug in Vortrag.

Es scheint nämlich nicht nur an und für sich nothwendig, sich schon jetzt darüber auszusprechen, auf welchem Wege die von der Bundesversammlung in Gemeinschaft mit den ihr beigeordneten Männern zu berathende und zu entwerfende neue Bundesverfassung künftig in's Leben einzuführen sei, sondern es wird dies, der morgen beginnenden freien Versammlung gegenüber, zur Nothwendigkeit. Nur durch einen Beschluß hierüber wird man den ernsten Willen der Bundesregierungen, die Organisationsarbeiten möglichst beschleunigen zu wollen, bethätigen, und hierdurch am Besten auf Beruhigung der in vielen Gegenden Deutschlands auf's Höchste gestiegenen Aufregung wirken und dem immer noch herrschenden Mißtrauen entgegentreten.

Eine neue Verfassung kann entweder einfach aus der Vereinbarung der Regierungen hervorgehen, und von diesen gemeinschaftlich durch Bundesbeschluß octroyirt werden, oder sie kann im Wege des Vertrages und freier Zustimmung der Regierungen auf der einen und des Volkes auf der andern Seite zur Gültigkeit gebracht werden.

Nur dieser letztere Weg gibt eine Gewähr für den Bestand einer Verfassung; eine octroyirte würde unter keinen Umständen rathsam sein, sie ist unter den jetzigen Verhältnissen eine Unmöglichkeit, denn die freisinnigste, den ausgesprochenen Wünschen entsprechendste, und selbst mit den größten Opfern der einzelnen Bundesfürsten verbundene, würde, octroyirt, nie auf Beifall und Dank rechnen können.

Muß man also der Meinung sein, daß die freie Zustimmung des Volks nicht entbehrt werden kann, so fragt es sich, auf welche Weise diese zu erlangen sein wird.

Nach den bestehenden Verhältnissen stellt sich hier der Weg als der gegebene dar: daß jede Regierung sich der Zustimmung ihres Volks zu der beabsichtigten Verfassung selbst zu versichern habe, da wo eine Vertretung desselben besteht, durch Vorlage an die Ständeversammlung oder

Gleichzeitig war und wurde von einer dritten Seite her auf dasselbe Ziel einer Umgestaltung der Bundesverfassung hingearbeitet, und gleichfalls halb offen, halb im Verborgenen.

---

durch Erlangung eines Vertrauensvoti, da wo noch keine Ständeversammlungen bestehen, in einer ihnen selbst zu überlassenden Weise. Allein es ist klar, daß man das Zustandekommen einer Verfassung in Deutschland, deren wesentlichstes Ziel die nie dringender als jetzt nöthige Einheit der Nation ist, nicht der Gefahr aussetzen darf, daß es an dem Widerspruch einer vielleicht ganz geringen Minorität scheitern könne, oder daß wenigstens unabsehbare Weiterungen entständen. Wollte man aber annehmen, daß die, gewiß allgemein in der Nation gefühlte Nothwendigkeit, das Vaterland durch eine neue Bundesverfassung zu kräftigen, dahin führen würde, daß eine Zustimmung aller Bundesländer, aller einzelnen Ständeversammlungen erfolgen, jedes Sonderinteresse unbeachtet bleiben, aller Widerspruch verstummen werde, um nur das Zustandekommen nicht zu hindern; so gäbe man damit zu, daß diese durch einen moralischen Zwang erzielte Zustimmung zur leeren Form herabsinken würde.

Es scheint also der einzig rathsame, vielleicht allein zulässige Weg der zu sein, daß der von der Bundesversammlung und ihrem Beirathe ausgehende Entwurf einer neuen Bundesverfassung einer aus allen Bundesstaaten gewählten konstituirenden Volksversammlung zur Annahme vorgelegt werde.

Hierbei ist in Erwägung gekommen, ob es zweckmäßig sein würde, wenn die Bundesversammlung sich über die Art der Wahl solcher Volksvertreter ausspräche. So wünschenswerth es aber auch in mancher Hinsicht erscheint, daß die Mitglieder einer Versammlung, welche ein gemeinsames Ziel zu erstreben hat, auf die nämliche Weise aus den Wahlen des Volks hervorgehen, so daß kein Zweifel bleibe, daß jedes einzelne Mitglied in gleichem Maße als Organ des Volkswillens betrachtet werden müsse; so verkennt der Ausschuß doch nicht, daß die unter den einzelnen Staaten bestehende Verschiedenheit der Verfassungen und der Volksansicht, abgesehen von manchen anderen Schwierigkeiten in der Ausführung, mehr dafür sprechen, die Art der Wahl den einzelnen Bundesregierungen zu überlassen. Letztere werden zu erwägen haben, ob sie den jetzt bei ihnen bestehenden Wahlmodus auch für diese constituirende Versammlung beibehalten, oder einen andern, nach Befinden, nach vorhergehender Zustimmung ihrer Ständeversammlung, und, im letztern Falle, vielleicht den vom Großherzogthum Baden adoptirten annehmen wollen.

Dagegen ist es nöthig, daß die einzelnen Staaten in einem richtigen Verhältnisse vertreten seien. Ob überall neuere Volkszählungen statt gefunden haben, ist nicht bekannt; es ist also, da es eben nur auf eine Verhältnißzahl ankommt, sicherer, die in der bestehenden Matrikel angenommene Volksmenge zur Unterlage zu nehmen. Setzt man fest, daß unter dieser Voraussetzung ein Abgeordneter auf 70,000 Einwohner gerechnet und abgesendet wird, so ist dies ziemlich das nämliche, als wenn

Die volksmäßigen Strebungen in diesem Sinne hatten in der Presse, den Ständekammern, den Wahlen zu letzteren während des Jahrs 1847 eine Lebendigkeit und Kraft gewonnen, daß die Reform für die nächste Zukunft eine Nothwendigkeit geworden war. Noch vor aller Ahnung eines Umsturzes, wie er im Februar in Frankreich erfolgte, hatte Bassermann in der Badenschen Ständeversammlung (12. Februar) den Antrag auf Vertretung des Deutschen Volkes beim Bundestage erneuert, (Welcker hatte ihn schon vor Jahren auf die Bahn gebracht) und so viel größer war die Empfänglichkeit geworden, daß das Wort jetzt gleich einem elektrischen Funken in allen Deutschen Ländern zündete. Der Antrag vereinigte jene Strebungen wie in einem Brennpunkte und bildete einen Abschluß derselben, doch einen derartigen Abschluß, daß eine neue Entwickelung sofort mit ihm beginnen mußte. Am 28. Febr. stellte H. von Gagern in der Hessischen Kammer einen ähnlichen Antrag auf »Kräftigung der Organisation des Deutschen Bundes.«

Dem was offen in der Presse, und in den Ständekammern und durch sie auf dem verfassungsmäßigen Wege geschah, hatten längst Einzelne, wenigstens *zuerst* mehr geheim als öffentlich, besonderen Nachdruck zu geben gesucht. Es waren zuerst die Leiter und Träger der oppositionellen Bewegung im südwestlichen Deutschland, denen sich Genossen aus anderen Deutschen Ländern anschlossen. Im Jahre 1839 tauchte die ältere Idee Vereinigungen ständischer Abgeordneten gleichen Strebens aus den ver-

---

man von der wirklichen Bevölkerung *einen* auf 100,000 Einwohner rechnet, da die Zunahme dann sich ungefähr wie 7 zu 10 verhält. Es wird die Versammlung dadurch zwar zahlreich, aber im Verhältniß zur Nation nicht übermäßig groß werden.

Dabei soll aber in keiner Weise der künftigen Bestimmung über die Zahl der Volksvertretung und die Wahl derselben präjudicirt werden; auch wird die Annahme der neuen Verfassung nicht von dieser constituirenden Versammlung allein abhängen können, vielmehr werden die Regierungen durch die Bundesversammlung oder durch andere Organe immer den zweiten kontrahirenden Theil bilden.

Diese bei dem Drange der Zeit kurz vorgelegten Momente mögen zu Motivirung des folgenden Beschlußentwurfs dienen. Sollte er Annahme finden, so ist der Ausschuß der Meinung, daß die Publication durch die Zeitungen sofort erfolgen möge.«

(Folgt sodann der zum Beschluß erhobene Beschlußentwurf.) Vergleiche zu dem Bisherigen die Bundesprotokolle des Jahrgangs 1848 und die Actenstücke zur neuesten Geschichte Deutschlands, I., S. 1 — 21.

schiedenen Ländern und ein gemeinsames oder doch gleichmäßiges Handeln derselben in den öffentlichen Angelegenheiten zu veranlassen, wieder auf und zwar so, daß ein Anfang mit ihrer Ausführung gemacht wurde. Mitglieder der Badischen Opposition von sehr verschiedener Gesinnung und Richtung, von Itzstein und Welcker, brachten die erste Vereinigung dieser Art in Hattersheim zu Stande. Den Badenern gesellten sich hier vornämlich Sachsen zu, Todt, Diskau, R. Blum — so daß sich also Männer von sehr abweichender Ansicht und Absicht zusammenfanden, konstitutionell und republikanisch Gesinnte, Reformer und Revolutionäre. Von nun an wurden fast alljährlich an verschiedenen Orten ähnliche Versammlungen gehalten, die Zahl der Theilnehmer, die jedoch wohl nie die Funfzig überstieg, vergrößerte sich von Jahr zu Jahr, und eben so wuchs die Zahl der Länder, aus welchen Theilnehmende erschienen. Die Versammlungen, deren Seele Itzstein gewesen zu sein scheint, waren nicht geheim, aber auch nicht öffentlich: man ließ die Zeitungen von ihnen nicht reden. Erst die im Herbst 1847 zu Heppenheim abgehaltene Versammlung trat völlig an das Tageslicht und gab in den Blättern Bericht über ihre Verhandlungen. Als in Folge der Bassermann'schen Motion ein »Deutsches Parlament« die Losung geworden und ein Signal anderer Art durch die Pariser Revolution gegeben war, glaubten die Badener keinen Augenblick verlieren zu dürfen mit Einladung und Abwarten von entfernter Wohnenden; sie ladeten eiligst die ihnen aus den früheren Versammlungen bekannten und einige andere Männer ungefähr gleichen Strebens, fast sämmtlich den Rheingegenden Angehörende, zu einer Versammlung auf den 5. März nach Heidelberg. Jucho, der über diese Dinge (Verhandlungen des Deutschen Parlaments. Erste Lieferung, I. B.) etwas ausführlicher berichtet, sagt, im Wesentlichen habe unter den Versammelten große Uebereinstimmung geherrscht, und kaum hätten sich unter ihnen Anzeichen der im Vorparlament hervorgetretenen Spaltung der Richtungen bemerken lassen. Ich bin jedoch von Anderen anders berichtet und glaube, daß ihre Aussagen mit dem Thatsächlichen mehr übereinstimmen. In der Heidelberger Versammlung hatte ein lebhafter Streit Statt gefunden. Die republikanisch Gesinnten und auf einen völligen Umsturz Hinsteuernden waren in ähnlicher Weise wie nachher im Vorparlament aufgetreten, so daß man namentlich Hecker, dem Zöglinge und Werkzeuge Itzstein's,

das Versprechen abforderte und von ihm erhielt, von Unternehmungen dieser Art abzustehen. *)

Es waren in Heidelberg 51 Männer versammelt, fast sämmtlich Mitglieder von Ständekammern, unter ihnen Bassermann, Becher, Buhl, Brentano, Christmann, Fetzer, v. Gagern, Gervinus, Hansemann, Hagen, Hecker, Häuser, Itzstein, Jucho, Kirchgeßner, Mathy, Peter, Raveaux, Römer, Sachs, v. Soiron, Stedmann, v. Struve, Welcker, Wernher, Wiesner, Willich, Winter. Das Ergebniß der Verhandlungen bestand in einem Bericht, in welchem es hieß, die Versammelten hätten beschlossen, ihre betreffenden Regie-

*) Die № 58. der O.-P.-A. Zeitung von 1849 brachte einen Artikel, der ohne Frage von einem gut Unterrichteten herrührte. Es hieß darin von der Heidelberger Versammlung, sie habe den ersten Schritt gethan, um die Bewegung, die bis dahin eine bloße Badische und Nassauische gewesen, zu einer Deutschen zu gestalten. »In gewissem Sinne kann man sagen, daß hier die Deutsche Revolution geboren worden.« Es ist ganz richtig, man that hier in bester Meinung den ersten der Schritte, welche zum Ablenken vom Wege der Reform führten. Dann hieß es weiter: »Wir sind an diesen Tag (den 5. März 1848) auch außerdem (nicht bloß durch den Jahrstag) erinnert worden und zwar am letzten Montage durch Herrn Simon von Trier, der die Russen in Siebenbürgen mit Hecker in einen wechselwirkenden Gegensatz brachte und die Frage hinwarf, ob nicht alle jetzt dem Verfassungswerk entgegenstehenden Hindernisse gehoben sein würden, wären diejenigen, die bloß den Weg der Reform gegangen, Hecker auf seinem Wege gefolgt. Welcher dieser beiden Wege der bessere sei, diese Frage wurde schon am 5. März in Heidelberg aufgeworfen. Hecker hatte Struve mitgebracht, und beide erklärten nach kaum eröffneter Berathung, daß sie Deutschland in eine Republik wollten umgewandelt wissen. Andere erklärten sich gegen ein solches Anstreben, das, weil es nur in einem verhältnißmäßig kleinen Theile Deutschlands Sympathien finden würde, zur Spaltung des vielmehr zu einigenden Vaterlandes führen könne, und machten vor allem geltend, daß über die Frage selbst sich erst werde reden lassen, wenn man in Frankfurt die Stimmen aus allen Theilen Deutschlands werde vernommen haben. Schon jetzt machten es die Aeußerungen Heckers und Struve's zweifelhaft, ob sie den Ausspruch des Gesammtwillens ehren wollten, und Heinrich von Gagern sah sich zu der offenen Aufforderung veranlaßt, lieber sofort verschiedene Wege einzuschlagen, wo die Ansichten so schroff sich entgegenstehen. Solchem Ernste gegenüber verpflichteten Hecker und Struve sich mit ihrem Worte, sich dem Ausspruche der Mehrheit in Frankfurt unterwerfen zu wollen. Erst auf diese Erklärung hin beschloß man gemeinschaftliches Handeln und unterzeichnete gemeinschaftlich den bekannten folgenreichen Aufruf.

rungen auf das Dringendste anzugehen, sobald und so vollständig als nur immer möglich eine allgemeine Nationalvertretung zu veranstalten, und zugleich verabredet, dahin zu wirken, daß baldmöglichst eine vollständigere Versammlung von Männern des Vertrauens aller Deutschen Volksstämme zusammentrete, um diese wichtigste Angelegenheit weiter zu berathen und dem Vaterlande wie den Regierungen ihre Mitwirkung anzubieten. Die Versammlung setzte den schon erwähnten Siebner-Ausschuß (Binding I., Gagern, Itzstein, Römer, Stedmann, Welcker, Willich) nieder, mit dem Auftrage, hinsichtlich der Wahl und der Einrichtungen einer angemessenen Nationalvertretung Vorschläge vorzubereiten und die Einladung zu dem (erst später so benannten) Vorparlament schleunigst zu besorgen.

Der Siebener-Ausschuß trat am 12. März in Heidelberg zusammen und erließ noch an demselben Tage einen Aufruf, der überall in den Blättern abgedruckt werden konnte, weil inzwischen die Censur aufgehoben worden war. Es wurden darin »alle früheren oder gegenwärtigen Ständemitglieder und Theilnehmer an gesetzgebenden Versammlungen in allen Deutschen Ländern »(natürlich Ost- und Westpreußen und Schleswig-Holstein mit einbegriffen)« geladen, am 30. März in Frankfurt sich einzufinden. Eine bestimmte Anzahl anderer durch das Vertrauen des deutschen Volks ausgezeichneter Männer, die bisher nicht Ständemitglieder gewesen, würden noch besondere Einladungen erhalten. Einladungen dieser Art scheinen vorzugsweis von Itzstein an Leute wie den Königsberger Jakoby u. s. f. ausgegangen zu sein.

Noch viel schlimmer jedoch wurde die ursprüngliche Absicht gekreuzt, das Vorparlament wenigstens vorwaltend aus parlamentarischen Männern bestehen zu lassen. Die Frankfurter Theilnehmer der Heidelberger Versammlung (Binding I., Jucho) hatten die an Ort und Stelle erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, und namentlich das Anmeldungsbüreau zu constituiren. Sie waren genöthigt, wie Jucho (S. VII.) sagt, eines nicht vorhergesehenen Zwischenfalls wegen über die Einladung des Siebener-Ausschusses hinauszugehen. Die Berliner Ereignisse vom 18. und 19. März hätten die Zusammenberufung des Preußischen Vereinigten Landtags auf den 2. April zur Folge gehabt, und es sei daher vorauszusehen gewesen, daß Preußen in Frankfurt so gut wie gar nicht vertreten werden würde, wenn vornämlich nur Ständemitglieder Theil nehmen sollten. Die Zeit sei zu kurz gewesen, den Siebener-Ausschuß

zu einer Erweiterung seiner Einladung aufzufordern, und man (Binding und Jucho) habe es daher, auf Stedmann's Aufforderung hin, auf sich genommen, sämmtliche Preußische Stadtverordneten-Versammlungen einzuladen, aus ihrer Mitte Vertreter nach Frankfurt zu senden. Es sei nun eine nicht unbedeutende Anzahl von Vertretern Preußischer Städte erschienen, aber auch Abgesandte anderer Städte, Würzburg, Bamberg, Mainz, Gießen u. s. w. und außerdem von Bürger- und Volksversammlungen verschiedener Gegenden Deutschlands, und man habe sie nicht zurückweisen können, ohne sich selber untreu zu werden, da man die Abgeordneten Preußischer Städte ausdrücklich aufgefordert.

Allein die an die letztern ergangene Einladung hatte ein specielles Motiv und wenigstens einige Autorisation durch Stedmann's Aufforderung. Durch nichts war die Zulassung von Abgeordneten von Volksversammlungen und noch viel weniger waren andere Zulassungen gerechtfertigt, die sich, um nicht bösen Willen anzunehmen, nur aus dem ärgsten Leichtsinn und Unverstande erklären lassen, und durch welche das Vorparlament nur zu viele seiner schlechten und verderbenden Elemente erhielt, vermöge deren es etwas wurde was es nicht werden sollte und unabsehbaren Schaden angerichtet hat. Auch geschah des Unfugs weit mehr als Jucho gesteht. Jeder sah es, wer Zeuge der Anmeldungen und Zulassungen war. Erbauliche Geschichten der Art wie Laube (das erste Deutsche Parlament, I. 39) eine erzählt von einem seiner Bekannten, der von einer israelitischen Gemeinde mehrere Vollmachten in der Tasche gehabt, die er an Freunde vertheilt — Geschichten dieser Art wurden zu Dutzenden erzählt, und für Manche, die an den Einladungen und Zulassungen zum Vorparlament Theil gehabt, ist es gewiß das Vortheilhafteste, wenn von der Geschichte dieser Einladungen und Zulassungen geschwiegen wird. Genug, den Reformern, wie Gagern, Bassermann u. s. w., war die Sache und deren Leitung so gut wie entschlüpft und in die Hände der Revolutionäre gerathen. Man sagt, sie wären sehr besorgt geworden und hätten jetzt den Beschluß wegen des Vorparlaments gern rückgängig gemacht. Es ist sehr glaublich, wenn es auch nicht andem sein sollte. Sie mochten schon damals fühlen, daß ihnen, wie es auch geschah, der Vorwurf gemacht werden würde, daß sie, die Träger und Leiter der südwest-deutschen Bewegung, ohne Beruf im Namen von ganz Deutschland gehandelt, ohne Noth und zum Verderben des Mo-

ments die Rolle für Deutschland übernommen, die Paris für Frankreich gespielt, und in unkluger wie unsittlicher Verbrüderung mit Umsturzmännern das Deutsche Volk noch mehr zur Nachahmung der Franzosen verleitet und in die Bahn der Revolution geworfen, wo mit Reform auszukommen gewesen wäre und durch Revolution nicht geholfen und nur geschadet werden konnte. Indeß darf nicht vergessen werden, daß jene Verbrüderung keineswegs zum Zwecke des Umsturzes bestand und daß die revolutionär gesinnten Verbrüderten ihr Wort darauf gegeben hatten, die Bahn der Reform einzuhalten. Auch hat die Sache noch die andere Seite, daß die Schritte der Heidelberger eine große Masse von Zündstoff absorbirten und viel wilde Triebe zähmten und vom Ausbruch zurückhielten.

Der Siebner-Ausschuß entwarf das oben schon mitgetheilte Programm für die Berathungen des Vorparlaments und eine Geschäftsordnung für letzteres. Waren die Schritte der gesetzlichen Gewalten zur Einleitung einer Reform der Bundesverfassung durch die Schritte der Heidelberger wohlthätig beschleunigt, so waren sie zugleich auch nachtheilig gekreuzt.

Die Verfassungsfrage im Vorparlament.

Also von mehreren Seiten her, aus der Mitte der Nation wie von den gesetzlichen Gewalten, war eine Reform der bestehenden Verfassung eingeleitet. Bisher hatte der Wille und die Kraft nicht ausgereicht sie durchzuführen. Hätte man gewollt, so mußte sie, däucht mir, unter den jetzt eintretenden Umständen zu Stande gebracht werden können, wenn das deutsche Volk überhaupt zu irgend einem politischen Akt tüchtig war, der einen wahrhaften Fortschritt in sich schloß. Sie ist nicht zu Stande gekommen und die Schuld liegt so ziemlich auf allen Seiten, nur daß sie hier größer dort geringer war, daß hier böslich, dort und meisthin unwissentlich gefehlt wurde. Sie ist nicht auf volksmäßige Weise zu Stande gekommen durch die National-Versammlung, die vielmehr gänzlich an ihrer Aufgabe scheiterte, vornämlich weil man — die National-Versammlung und die Nation selbst — *etwas wollte was man nicht konnte und das nicht wollte was man gekonnt hätte.* Die große Mehrheit verwarf das Streben nach einem mäßigeren Ziele und war stark genug es zu vereiteln; sie war aber nicht fähig zu vollbringen was sie wollte und unternahm. Sie wollte eine Revolution oder doch eine Umgestaltung haben, die nur durch eine Revolution zu erreichen war; sie begann eine solche und wußte nichts daraus zu machen. Das sind *Thatsachen*, und Thatsachen sind mehr als Konjekturen, Deklamationen und die größesten und tapfersten Worte.

Unmittelbar nach der Kunde von der Pariser Revolution hatten Unordnungen und Auflehnungen begonnen, denen gegenüber die Regierungen sich mehr oder minder ohnmächtig gezeigt, so daß ur-

plötzlich ein revolutionärer, zum Theil anarchischer Zustand eingetreten war. Durch die Einleitungen, welche die Bundesversammlung zur Berufung eines konstituirenden Parlaments getroffen, war der Weg zur Reform wieder gewonnen. Der Revisionsausschuß der Bundesversammlung konnte in einem Vortrage vom 7. April mit Recht sagen: »Insoweit (d. h. durch ihren Beschluß wegen der Wahlen vom 30. März) hatte die Bundesversammlung die in ihrer Erklärung vom 1. März gegebene Zusicherung, für Förderung des nationalen Lebens sorgen zu wollen, bewahrheitet, als die Versammlung von Abgeordneten zur Gründung eines Deutschen Nationalparlaments am 31. März dahier zusammentrat.« Je nachdem das Vorparlament sich verhielt konnte es dem Einhalten des gesetzlichen Weges förderlich werden oder von ihm hinweglenken auf die Bahn des Revolutionirens und diesem Vorschub leisten. Reform oder Revolution war noch einmal die Frage, als die Bundesversammlung ihren Beschluß vom 30. März gefaßt, als am 31. die von den Heidelbergern gerufenen Mannner des Volkes in der Paulskirche zusammentraten, um über die »Gründung eines Deutschen Parlaments« ihrerseits zu tagen. In der Berufung und dem Verhalten dieses Vorparlaments war Sinn und Konsequenz nur dann, wenn es entweder durch Einsetzung einer provisorischen Regierung eine Revolution in großem Style begann, oder sich fest und unentweglich, ob auch zum Beharren auf der Reform treibend, und dieselbe fördernd, den gesetzlichen Gewalten zur Seite stellte.

Die Mehrzahl der bedeutendern Namen der zu Heidelberg versammelt Gewesenen, zumal ihres Siebner-Ausschusses, gehörte Reformisten, Anhängern der konstitutionellen Monarchie. Nach dem Berichte der Erstern vom 5. März wollten sie namentlich Gemeinschaftlichkeit der Vertheidigung und der Vertretung nach Außen, aber doch den Fortbestand der Besonderheit und angemessenen Selbstverwaltung der einzelnen Länder. Das Programm der Sieben deutete auf das System der konstitutionellen Monarchie, das System der bisherigen ständischen Opposition. Bei einem Umschwunge solcher Art erschien es als ganz in der Ordnung, daß die Leiter derselben an die Spitze treten und ihr System durchzusetzen suchten, daß sie von den Fürsten an die Spitze gestellt und Seitens der ganzen bisherigen Opposition unterstützt wurden. In der That erhielt Einer nach dem Andern von ihnen als Vertrauensmann des Volkes den Ruf in die Bundesversammlung, oder in

deren Beirath, oder in das Ministerium seines Landes. Die Fürsten und Regierungen wollten und konnten keine Umwälzung wollen, und sollte das Volk, zum wenigsten der Kern des Volkes so unklug und so schwach sein, mit seinen Wünschen und Absichten über die angebahnte Reform hinauszugehen — oder wäre solch Hinausgehen Weisheit oder eine Nothwendigkeit gewesen?

Großentheils durch die Schuld des bisherigen Regierungssystems war es zu einem so heftigen Ausbruch gekommen; allein es galt nun doch in jedem Falle, den Zwang und die Gunst des Augenblicks zu einer wahren Besserung des Deutschen Staats-Wesens und Lebens zu benutzen, statt dasselbe in blinder Leidenschaft gänzlich zu zerstören, zu zeigen, daß man nicht bloß negiren und opponiren, sondern auch im guten Sinne restauriren und regieren könne; es galt, aus der plötzlich eingerissenen Unordnung und Gesetzlosigkeit zu einer besseren Ordnung als der früheren und zu einem wahren Rechtszustand zu gelangen. Man hatte eine kommende Revolution längst gefürchtet, oft vorhergesagt, nicht selten damit gedroht: sie war nun gekommen, aber folgte daraus, daß uns damit gedient gewesen wäre, daß man sie fortsetzen und nicht vielmehr, daß man sie durch die Reform so bald als möglich beenden solle, welche stets als Mittel gegen ihr Eintreten empfohlen war? Die vormärzlichen und augenblicklich vorhandenen Zustände enthielten vielen Stoff und Anlaß zu einer Umwälzung, waren aber alle gesetzlichen Mittel zur Besserung angewendet, wohl benutzt und vergeblich gewesen? Rechtfertigten jene Zustände Gewalt und Empörung, welche nie anders als durch äußerste Noth zu rechtfertigen sind? War solche Noth vorhanden? Ließ sich das Nothwendige und Wünschenswerthe nicht auch durch Umbildung, und vielleicht am Besten, wo nicht allein durch sie erreichen, zu welcher die Mittel und Wege bereit dalagen, wozu der Wille bei den Regierungen vorhanden, wogegen die hier oder da vorhandene Abneigung unschwer zu überwinden war?

Man hätte hiernach glauben mögen, die im Vordergrunde stehenden, die Bewegung leitenden Männer, die konstitutionellen Führer, würden die Bahn der Reform streng und mit allen Kräften innehalten, in diesem Sinne zunächst das Vorparlament zu bestimmen suchen dabei hinreichende Unterstützung finden, und ihrerseits zu einer wahrhaften Besserung eine wesentliche Beihülfe leisten. Dennoch aber konnte man nicht fest darauf trauen. Eine Opposition, die stets nur Opposition und noch nie im Regiment gewesen, bringt,

wenn sie plötzlich zu diesem oder zum Besitz einer Initiative gelangt, nothwendig die Untugenden und die Unerfahrenheit jeder Opposition mit. Es war die südwest-deutsche, die einen üppigen Revolutionstrieb gezeigt und das rechte Maß und Ziel berechtigten Opponirens nicht immer innegehalten; die südwest-deutsche mit ihrem Konstitutionalism, welche hier vornämlich zur Leitung gelangte, und ihre und ihres Systems ausreichende Fähigkeit zu einer möglichen, praktischen, wahrhaft gedeihlichen Umbildung des Deutschen Staatswesens war längst und nicht mit Unrecht bezweifelt. Der abstrakte Charakter der politischen Anschauungen auf welchen jenes System ruhete, die zu geringe Berücksichtigung welche nach demselben den realen Verhältnissen zu Theil wurde, die theilweise Verkennung der eigentlichen im Staat wirkenden und ihn zusammenhaltenden und belebenden Kräfte, wovon es zeugt, die aus den Ideen der Burschenschaft und der politischen Unreife der Entstehungszeit derselben herstammende Unfertigkeit und Ueberspanntheit, wovon es eine Ader hatte — von dem Allen enthielt der Heidelberger Bericht vom 5. März und das Programm der Siebner deutliche Spuren. Dieses Programm bestand freilich nur aus sehr allgemein gehaltenen Umrissen und mochte, je nachdem wie man es nahm und behandelte zu Verständigem und Unverständigem, zu einer kecken sprunghaften Umgestaltung oder auch als Grundlage einer Revision der Bundesverfassung dienen können. Aber war nicht mit den geforderten Urwahlen die grundverderbliche Verkehrtheit des allgemeinen Wahlrechts aus der Kopfzahl gemeint, deutete nicht das geforderte eine Bundesoberhaupt — obgleich die Forderung auch eine andere Auslegung zuließ — darauf hin, daß die Urheber die Umwandlung des Staatenbundes zum Einheitsstaate, d. h. eine Umwälzung im Sinne hatten? Denn diese Umwandlung war an sich selbst eine wirkliche Revolution und ohne eigentliches Revolutioniren nimmermehr zu Stande zu bringen. Waren die Urheber des Programms sich dessen bewußt, wollten sie zu diesem Zwecke auch das Wagniß und das Unheil einer Revolution? Ihre große Mehrzahl hat eine solche gewiß nicht gewollt, erkannte aber auch nicht, daß ihr Ziel nicht ohne Gewaltsamkeit und Umsturz zu erreichen war. Daher, daß sie das Ziel zu hoch griff und an ihrem Versuche gescheitert ist, daher ihre falsche schwankende Stellung zwischen Gesetzlichkeit und Ungesetzlichkeit, in welcher sie wenig geschickt war zu ordnen und aufzubauen, und nur zu befähigt, die

Unordnungen zu mehren — trotz des besten Willens und der edelsten Gesinnungen. Das aber, daß die Tendenzen der Konstitutionellen nur durch Revolutionirung würden durchgesetzt werden können, ging schon daraus hervor, daß sie Opfer erforderten, deren freiwillige Darbringung verständigerweise nicht erwartet werden konnte. Auf der anderen Seite aber versprach Gewaltanwendung für jene Tendenzen doch kaum Erfolg, weil die Einmüthigkeit fehlte, was man jetzt schon sehen konnte. Kein einmüthiger Nationalwille verbürgte ihren Sieg. Vom Anbeginn der Bewegung zeigten sich zwiespältige Richtungen. Neben der Partei der Konstitutionellen stand eine andere mit ganz entgegengesetzten Ansichten und mit großem Anhange. Man konnte nicht revolutioniren für die Pläne der Konstitutionellen, ohne daß die Radikalen, die auf eine republikanische Umwälzung hinarbeiteten, mit revolutionirten. Die konstitutionellen Revolutionärs konnten ihren Anhang, die Mittelstände, für ihre Bewegung zum monarchischen Einheitsstaate nicht in das Treffen bringen unter Ausschluß der Massen, konnten diese für ihre Zwecke nach aller Wahrscheinlichkeit nicht haben. Wie die Dinge sich anließen, waren sie außer Stande es mit ihrer politischen Umwälzung zu versuchen, ohne daß dieselbe in eine sociale umschlug, ohne daß die ganze Bewegung anarchisch wurde, in die Hände der Umsturzpartei gerieth und zu einem ganz andern Ziele, als dem von ihnen beabsichtigten geführt wurde. Darauf deutete, von andern Beobachtungen abgesehen, die jüngste Erfahrung hin, nach welcher die Konstitutionellen gar nicht hatten anfangen können ohne Vereinigung mit den Revolutionärs und nach welcher ihnen die Leitung, die sie noch bei Erwählung des Siebner-Ausschusses gehabt, schon entschlüpft war. Darauf deutete die ihrem Sinne widersprechende Zusammensetzung des Vorparlaments, und die vorherrschende Stimmung, die Haltung der unteren und die der mittleren, der intelligenten Klassen, auf welche sie sich zu stützen hatten.

Die Zusammensetzung des Vorparlaments versprach nicht zu viel Gutes, weil sie eine gar zu ungleichartige war und ein großer Theil der Elemente nichts taugte. Für Oesterreich waren nur zwei Abgeordnete anwesend, und der eine war Wiesner. Aus Preußen fanden sich 141 ein, die aber überwiegend dem Rheinlande angehörten, aus Baiern 44, aus Sachsen 26, aus Hannover 9; dagegen aus Würtemberg 52, aus Baden 72, aus Hessendarmstadt 84, aus Nassau 26, das unglücklichste Stimmenverhältniß von der Welt,

und wie groß, wie übergroß war in der Versammlung die Zahl der Unbedeutenden, politisch ganz Unerfahrnen und doch leidenschaftlich Erregten, von welchen zu besorgen war, daß sie Werkzeuge werden würden mehr der schlimmen als der guten Parteiführer, am meisten der schlechten Demagogen, der böswilligen, verbitterten oder fanatischen, zum Theil eben so rücksichtslosen und politisch untergeordneten, aber doch schlauen Umsturzmänner, an denen keinerlei Mangel war. Es läßt sich denken, wie beflissen ein Itzstein gewesen, durch die in seine Hand gelegte Einladungs-Befugniß seinen Anhang aus ganz Deutschland herbeizurufen. Ich entsinne mich sehr wohl, von andrer Seite dringend und zuletzt auch etwas bänglich angegangen zu sein, doch ja mit so viel verläßlichen Leuten zu kommen als nur möglich. Indeß waren die Exaltirten und Revolutionärs die weitaus bereiteren. Man sagte Hecker nach, daß er ganze Haufen stimm- und handfeste Badener in die Versammlung und auf die Gallerien zur Durchführung, daß Gagern einen ähnlichen Haufen verläßlicher Darmstädter zur Gegenwirkung hereingebracht. Wie traurig war das, und wie viel Rechtes läßt sich erwarten, wo so etwas geschieht, und wie das Letztere durch Noth erfordert wird!

Die vorherrschende Stimmung wirkte sehr stark auf das Vorparlament ein, und was konnte man bei dieser Stimmung von der ganzen Bewegung hoffen? Viel Gutes schwerlich, so wie ich die Sache ansah. Als wir zum Vorparlament nach Frankfurt reis'ten und in den letzten Märztagen dort eintrafen, waren die Zustände noch lange nicht so verderbt, wie späterhin, wo die Wühlereien mehr und mehr ihren Einfluß geübt; allein man befand sich im Zustande des Rausches, zum Theil eines schönen, wenn man so sagen darf, eines edeln Rausches, immerhin aber des Rausches. Die Leidenschaften tobten und die Sinne waren verwirrt. Den Meisten schwindelte und sie taumelten daher. Die traurige Herrschaft der Phrasen und undeutlichen Begriffe war eingetreten. Welche Maßlosigkeit in den Forderungen fast überall und welch ein Verkennen der Grenzen des Möglichen und Erreichbaren! Schwärmerei, Unsinn und Böswilligkeit schienen in der Bewegung zu oberst zu kommen, die schon anfing, sich gegen die Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung zu kehren, die Richtung auf Zerstörung statt auf Besserung des Staates nahm. Was noch schlimmer war, ein großer Theil der intelligenten Klassen, der wohlmeinenden Leute

stimmte in die dahin führenden Forderungen ein, nahm Theil an dahin führenden Schritten, sei es aus Furcht vor den neuen Tyrannen oder weil er blind für die Folgen war. Schwer ließ sich verkennen, die große Masse des Deutschen Volkes war politisch theils viel weniger gebildet, theils verbildeter als man geglaubt hatte; sie besaß trotz allem Politisiren und Renommiren wenig Sinn für wahres politisches Leben, vernünftiges Staatswesen und Freiheit und Einheit. Deutschland war in wichtigen Beziehungen nicht gut regiert gewesen, und zum Theil verschuldete das bisherige Regiment die schiefe schlimme Richtung, in welche die auflösende Gesammtbildung und der Geist der Nation gerathen war. Daß aber eine solche Richtung und eine daraus entsprungene tiefe Verderbniß, daß überhaupt eine unerwartete Masse von Depravation vorhanden war, stellte sich als Thatsache heraus. Die Opposition, gleichfalls nicht ohne Schuld, hatte seit Jahren gegen das allerdings mangelhafte Gesetz, die bestehende leidige Ordnung der Dinge, großentheils nach bestem Wissen und Gewissen gestritten, in jedem Falle aber viel zu sehr versäumt, das Ihrige dazu zu thun, diese Ordnung im wahren Geiste zu erfüllen und dadurch zu bessern. Von Einzelnen, von einer Partei war selbst systematisch darauf hingearbeitet, das Volk zur Gesetzverachtung und Empörung heranzuziehen, wie sich denn — ein Beispiel von Tausenden — ein R. Blum in der Zeit des Funfzigerausschusses wohl öffentlich berühmte, wie er sich des jetzt nur noch zu belachenden Deutschkatholicismus nur angenommen, um das Volk an gesetzlichen Widerstand, wie er sich ausdrückte, zu gewöhnen. Indeß war Gewöhnung an Auflehnung gegen Gesetz und Ordnung entweder gemeint oder doch daraus geworden. Die Folgen von dem Allen traten hell an den Tag. Wer hätte so viel rohen Zerstörungstrieb und so wenig Sinn für die Grundbedingung jedes und insbesondere eines freien Staatswesens, für Gesetzlichkeit selbst in den intelligenten Klassen, so viel der Unklugheit, Schlaffheit oder Feigheit bei diesen erwartet, die dem schlechtesten Treiben das Ende nicht absah, sich hineinmischte oder ihm doch nicht fest entgegentrat! Der Haufe schrie nach Freiheit, selbst republikanischer, und der Mund floß über von Deutschem Patriotismus und Einheitsbegeisterung, und nicht einmal das ABC des freien Bürgerthums, daß das Gesetz zu achten, so lange es besteht, schien bekannt, und bei gar zu Vielen war eigensinnige Zwieträchtigkeit, unbändige Empörungslust und Mangel an natio=

nalem, an Deutschem Ehrgefühl zu erblicken.*) Nicht bloß bei den Regierungen, was ihnen oft genug gesagt war, und im ganzen Staatsmechanismus, sondern was noch viel schlimmer war und viel weniger bemerkt und gerügt oder beklagt worden, zeigte sich eine leidige Masse von Fäulniß, wogegen Veränderungen der politischen Ordnung nicht helfen konnten, und wobei sie, wie nöthig sie sein mochten, doppelt gefährlich erscheinen mußten. Zur Umbildung, wozu Einsicht und Verstand und in solchen Zeiten große Mäßigung und Selbstbeherrschung gehört, während auch Kinder und Narren, wüthende Weiber, Wilde und Stiere zerstören können, — zur Umbildung zeigte sich wenig Neigung, Kraft und Tüchtigkeit. Es fehlte nicht — weit entfernt, daß ich es übersehen hätte — an echter, auch zu Opfern und Thaten bereiter und fähiger Begeisterung, aber ihrer war viel zu wenig; zu sehr war dem edlen Aufschwunge die gar zu grüne Jugendlichkeit oder alt und doch nicht klug gewordene Burschenschaftlichkeit oder die Schwärmerei im Abstrakten beigemischt, wodurch er nicht leicht nützlich, sehr leicht bloß schädlich zu wirken geeignet war; zu hohl zeigte sich der Freiheits-Enthusiasmus, zu großsprecherisch der zur Schau getragene Patriotismus bei den Allermeisten; der Selbstvergötterung und Gottesverachtung, des frechen alle Zügel von sich werfenden Egoismus, des falschen, aus der schlimmsten inneren Knechtschaft entspringenden und zu äußerer wie innerer Knechtschaft nothwendig hinführenden Freiheitssinnes trat nur gar zu viel heraus. Viel zu viel ganz

---

*) Wenn der Erlaß der Bundesversammlung vom 1. März mit Mißtrauen aufgenommen wurde, so war das natürlich. Allein das letztere war ohne Grenzen und was trat nicht sonst hinzu! Entgegen jener Bekanntmachung erschien z. B. ein Flugblatt: Ruf des Deutschen Volkes, dessen Verfasser nach allerlei unmäßigen Forderungen am Schluß sagte: das Deutsche Volk erkläre damit, daß seine Fürsten, wenn sie diesen Ruf nicht sofort, unbedingt und vollkommen guthießen und in Ausführung brächten, ihrer Throne verlustig wären, und daß alsdann die Deutschen Provinzen sich zu einer föderativen Republik vereinigen und mit ihren Brüdern, den Franzosen, ein Schutz- und Trutz-Bündniß abschließen würden. Man konnte Erscheinungen dieser Art aber keineswegs vereinzelt nennen, und gerade dieses Flugblatt war keins der heftigsten. Wo blieb der Ruhm der Deutschen Volkserhebung für die Deutsche Einheit und Freiheit, wenn man sah, daß die Hülfe von Polen und allerlei fremdem Gesindel dabei angenommen wurde, ja noch mehr, daß Polen und andre Fremde die Hauptrolle spielten oder die Anstifter waren!

schlechte Elemente gaben in der Bewegung sich kund, als daß man bei ihrer Beobachtung sehr hoffnungslustig hätte sein oder bleiben können. Wo und sofern sie den eigentlich destruktiven Charakter hatte, wo die Aeußerungen und Thaten am meisten in das Exaltirte und Extreme verfielen, wo man auf den Umsturz, auf die Republik hinarbeiten sah oder davon reden hörte, da konnte man in der That nur Anlaß zu Besorgnissen und zum Widerwillen erkennen. Und mit Einem Worte, dies war keine kräftige, ursprüngliche, wahrhafte und verheißende Revolution, sondern eine theils lächerliche, theils schlechte und ruchlose Revolutionskomödie, die den Parisern nachgespielt wurde. — Doch aber, wer mag den Sinn, das Vermögen einer sich erhebenden Nation sogleich ausmessen wollen! Manches Zeichen berechtigte zu guten, zu hohen Erwartungen. Schöne und große Gedanken waren in dem Ideenwirbel lebendig. O diese Deutsche Natur ist reich und tief. Sollte nicht ein gesunder, zeugungskräftiger Kern zum Vorschein kommen und das Krankhafte überwältigen und ausstoßen? War nicht die eigne Brust geschwellt von Wünschen und Hoffnungen? Trug man nicht selber politische, patriotische Ueberzeugungen in sich, an deren Wahrheit man so fest glaubte, an deren Verwirklichung man nicht zweifeln mochte? Hob nicht die grandiose Zeit, grandios durch solche Erschütterungen, jeden Geist, jedes Gemüth? Gerühmte, vertrauenswerthe Männer hatten die Bewegung in die Hand genommen, ihre Tüchtigkeit und ihr Enthusiasmus verbürgten Vieles. Laß sehen, ob sie sich darstellen als befähigte Führer, laß sehen, welche Art diese Versammlung zeigt, wie sie Deutsche politische Tüchtigkeit bewährt, welchen Ausgang sie nimmt! — Das war meine Ansicht und Stimmung als ich in Frankfurt ankam und mir dort bis zur Eröffnung des Vorparlaments die Dinge ansah.

Laube hat in seinem schon genannten Buche Schilderungen von dem Treiben dieser Tage und von seinen Beobachtungen und Eindrücken auf der Reise nach Frankfurt und an den Vorabenden dort und im Vorparlament gegeben. Was ich hier davon zu meinem Zwecke vor Augen stellen möchte läuft auf Folgendes hinaus. Unsere politische und nationale Einheit, sagt er, war kein unmittelbarer Gedanke des Volkes, Freiheit war populärer als Einheit, Revolution populärer als Reform. Um die — und welche! — Freiheit allein wurde revolutionirt von den unteren Klassen. Denn diese nur revolutionirten ins Ganze und Tiefe, angeleitet von Führern, welche ihr Ziel nur ahn=

ten, nicht aber definiren konnten. Freiheit und Gleichheit, wo möglich republikanische, war die revolutionäre Loosung, Freiheit und Einheit, wo möglich, monarchische, die Loosung der Reform. Bei dieser Stimmung wäre die allgemeine Revolution entzündet worden in Deutschland durch das Vorparlament, Falls hundert brave Deutsche aus dem Norden zu träg gewesen wären für die weite Reise bis Frankfurt, Falls zwanzig tüchtige Deutsche aus dem Westen und Süden weniger tüchtig und muthig gewesen wären. Die Stadt Frankfurt selbst trug tapfer und ausdauernd bei, daß der Ausbruch solch einer Revolution vermieden wurde. Ihre Losung war »Parlament«! — Die der revolutionären Partei war »Republik«! Ich achtete die Gefahr der Nachahmung gering, nicht bloß weil das tyrannisch begonnene Experiment in Frankreich sich so tief verderblich zeigte für das Gedeihen der Franzosen, sondern weil ich an unsere eigene Tüchtigkeit glaubte. In den Frankfurter Gasthöfen, besonders im Wolfseck, wurde die Republik gefordert und angepriesen, ihr Entstehen und ihre Beschaffenheit angekündigt und geschildert in oberflächlichster Weise. Es war eine Zuschneiderei nach Schablonen, ebenso gut oder so schlecht brauchbar für Texaner, wie für Deutsche. In Hecker selbst, dem vornehmsten Heros unter den Verkündigern der Revolution, gab sich nichts Tieferes und wahrhaft Mächtiges kund. Mitteldurchschnitt in Idee, Talent und Charakter, hinreichend wohl, die Jugend zu bestechen, welche bestochen sein wollte oder keiner Bestechung mehr bedurfte: aber mehr nicht. Die Idee über den Staat halbreif, das Talent der Rede ganz respectabel, aber nicht ohne Rohheit und auf ein tieferes Bedürfniß ohne Hülfsmittel, der Charakter mehr ungestüm als kraftvoll und ohne Hintergrund und Weihe. Im Antlitz der Trotz des entschlossenen Duellanten, nicht der Ernst eines Kämpfers für Umgestaltung einer Welt. Was bei dem ganzen Beginn an Geist zum Vorschein kam, um das Vaterland neu zu gestalten, war herzlich armselig, und die Geistesarmen machten den meisten Lärm und die Massen jauchzten ihnen zu. Aus einem Gasthausfenster sprach Ronge! Von dem Stifter des christlichen Glaubens ging die weltbezwingende Macht aus, indem er nicht versprach, sondern forderte, die Entsagung, die Hingebung, das Opfer lehrte, was den Menschen erhebt und veredelt, die tiefste Macht, die Macht über sich selbst bringt. Und nun dieser gewissenlose unwissende Schwätzer, der dem Volke nichts zu sagen wußte, als poli-

tische Phrasen ohne innerliche Forderung an sich selbst! Widerwärtig erschien mir auf einmal die Zukunft des nächsten so wichtigen Tags wegen des hohlen, den Kampf wahrscheinlich begleitenden, vielleicht ausmachenden Geschreies. Ein kläglicher Tausch, wenn für egoistisches Vielregieren im Vaterlande das nihilistische Regieren der einen und untheilbaren Mittelmäßigkeit eingetauscht werden sollte. Im Vorparlamente dann der Lärm und vielfach versuchte Terrorismus der Gallerien! Diese und ihre Gleichgesinnten und Anstifter in der Versammlung wollten nicht einfach, nicht natürlich, sondern revolutionär zu Werke gehen, sie hätten gegen die Forderung, daß man den Bundestag nicht über Bord werfe, das letzte Band des Zusammenhaltens heilig achte, ebenso gelärmt, und hätten es nicht gemocht, wenn man ihnen durch Schwur und Bürgschaft hätte gewährleisten können, daß Deutschland auf dem Wege der Reform frei und einig würde. Nicht die Einheit und Freiheit wollten sie, sondern ihren Weg dazu und ihre Form dafür. Die Besseren und Ernsteren wollten wenigstens das Letztere, wollten die Form ihres Idealismus, die Leichtsinnigen wollten vor Allem den revolutionären Weg, abgesehen von jedem Ziele. Durch zwei Sitzungen war die Hauptsache in Gang gebracht, der Grundriß des Parlaments entworfen — was blieb übrig als die Wahl des Ausschusses und die Sicherstellung seiner Erfolge beim Bundestage? Dann konnte man nach Hause gehen und die Wahlen vorbereiten zum ersten Deutschen Parlamente. Das wäre aber gar zu einfach gewesen, und was die »Linke« nicht durch Angriff erreicht hatte, das wollte sie nun durch Revolte, durch Bildung eines Minoritäts- als des wahren Parlaments, durch Aufruf des Volkes zur Gewalt versuchen. Nach zwei Tagen also die Zwietracht zur Erschaffung der Einheit, nach zwei Tagen der Beweis, daß man den Beschluß der anerkannten Mehrheit nur so weit achte, als man ihn gefällig finde. Unsere Republikaner und exklusiven Freiheitskämpfer gleich im Beginn ungezogen und despotisch, faktiös anmaßend, wie sie es geblieben sind bis zum 18. September. Der Begriff von republikanischer Achtung der Mehrheit, das heißt von Nichtachtung derselben, stellte sich von Anbeginn bei ihnen vorbildlich so heraus, wie er nachgehends in allen Einzelheiten sich entwickelt hat. Die **res publica**, die allgemeine Sache, wurde die gemeine Sache einzelner Personen, welche ihre vorgefaßte Meinung

durch gewaltsame Mittel aufdrängen wollten. Als ob Octroyiren von Unten etwas Besseres wäre als Octroyiren von Oben! *)

---

*) Vielleicht sind für den Einen oder Andern ein paar Notizen nicht ohne alles Interesse, die ich meinen Aufzeichnungen von jenen Tagen entnehme. Auf der Hinreise traf ich mit mehreren gleichfalls zum Vorparlament sich Begebenden zusammen, besonders Rheinländern, unter welchen sich namentlich Wesendonk befand, dessen Ansicht schon damals sehr ins Weite ging. Am Abend des 29. März wurde in einem der größeren Gasthöfe zu Mainz eine zahlreich besuchte Versammlung gehalten und darin Welker's Bericht über den Bassermann'schen Antrag durchgenommen. Auch eine Anzahl Mainzer nahm Theil. Sie lieferten mehrere der Exaltirtesten. Die große Mehrheit sprach sich für die konstitutionelle Monarchie — freilich mit sehr »demokratischen« Institutionen — aus; doch hatten nicht ganz Wenige sichtlich die Republik im Sinne, und man war ziemlich allgemein überzeugt, daß man sie binnen Kurzem entstehen sehen werde, wenn nicht sehr bald etwas Tüchtiges im gesetzlichen Wege gegründet werde. Indeß wollten gerade die weitaus Meisten aus dem Preuß. Rheinlande nichts davon wissen. Sie waren in großer Mehrheit entschieden gegen die Revolution und für die Reform. Köln sendete ein halbes Dutzend Republikaner (die übrigens hier nicht anwesend waren) zum Vorparlament, allein die Sendung ging von einer in Köln kaum sichtbaren, ganz winzigen republikanischen Coterie aus. Ich fand hier und in Frankfurt unter den Revolutionspredigern Einzelne, die gewiß guten Willen, eine ehrliche Ueberzeugung und mancherlei Geistesgaben hatten; die Mehrzahl aber und ihr Anhang zeigten sich nur zu impotent, zum Theil bösartig und im Durchschnitt flößten sie mir nur Widerwillen oder Abscheu, das Gegentheil von Achtung ihrer Persönlichkeiten und Fähigkeiten, und von dem Vertrauen ein, daß sie eine Republik oder überhaupt irgend etwas Brauchbares schaffen, ja nur eine Revolution, d. h. etwas Anderes als Krawalle und allerlei schlechte Kopien fremder Revolutionsscenen machen könnten. Ich sah, der Unverstand und der ungesetzliche Sinn war im Deutschen Volke sehr groß, noch größer aber die Unfähigkeit der Umsturzmänner, was mich in der Ueberzeugung bestärkte, daß wir so leicht keine allgemeine Revolution, einen Convent oder dergleichen haben und noch weniger erleben würden, daß ein Regiment dieser Leute zu einer anderen als bloß lokalen Anerkennung gedeihen könnte. Schon am Abend des 30. März entfalteten die Republikaner von den Helden bis zu den Jüngern ihre ganze Glorie, und sie mußte jedem irgend Unbefangenen und Verständigen nachgemacht und herzlich matt erscheinen. Vogt z. B., der gar kein Mandat hatte, schlug mit bloßem Wortschwall vor, eine provisorische Regierung niederzusetzen und durch sie die konstituirende Nationalversammlung zu berufen. Er hat in Stuttgart seinen Willen bekommen und Konvent und Reichsre-

Ich habe absichtlich in diesen Andeutungen einen Andern reden lassen, der zu den Finstersehenden nicht gezählt wird, der bis zu-

---

gent gespielt. Reyscher und dann noch viele Andre widersprachen, nur Wenige stimmten ihm bei. Stedmann brachte eine Einigung zuwege, indem er Namens des Siebnerausschusses erklärte, derselbe habe den Welker'schen Bericht auf sechs Punkte zurückgebracht und bezüglich geändert, wobei schon das »einzig und allein« vorkam, so nämlich, daß die konstituirende Versammlung die Verfassung allein feststellen und dann den Fürsten zur Annahme vorlegen sollte. Im Uebrigen sollte die Bundesversammlung aufgefordert werden, unter Zuziehung der Vertrauensmänner, auf jener Grundlage den Zusammentritt der Nationalversammlung sofort zu veranlassen, und ein zu erwählender Ausschuß die Berufung derselben vornehmen, wenn es die Bundesversammlung nicht binnen 4 Wochen thue. Wenn ich nicht irre, war es Stever aus Mecklenburg, der die Eröffnung machte, die Letztere habe bereits ihren Beschluß wegen Berufung der Nationalversammlung gefaßt und die sechs Punkte genehmigt: nur habe die Oesterreichische Gesandtschaft bemerkt, daß das Wahlgeschäft in den Oesterreichischen Ländern binnen 4 Wochen nicht beendet sein könne. Man sprach hier für das monarchische, dort für das republikanische Princip, hier wurde ordentlich, dort tumultarisch diskutirt, hier verhandelte man offen, dort fand ohne Frage Complotirung Statt. Ich hörte Struve: »Lieber brechen mit 36 Fürstengeschlechtern als mit der Nation! Keine Mechanismen wie die 6 Punkte, sondern sociale Organisationen! Ist die Versammlung dazu nicht kräftig genug, so wird das »Volk« Alles zusammenschlagen, das Alte und Neue! (Man suchte offen genug einzuschüchtern, indem man z. B. von 30,000 Männern sprach, die man erwarte, die zwar zunächst unbewaffnet kommen würden u. s. w. und notorisch war, daß man sich alle Mühe gab, einen solchen Zuzug zu Stande zu bringen von Seiten der Männer der Republik und der Freiheit, der Meinungs- und allermöglichen Freiheit.) Wer für die Republik spricht ist in Wahrheit der Mann der Ordnung« u. s. f. In dem Allen waren sehr viel Worte und Wütereien. Befragt was für sociale Organisationen er haben wolle, brachte er zum Vorschein: Abschaffung des Soldatenheers, des Beamtenheers, des Abgabenheers, Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital, Erbrecht nach neuen Ideen, Besoldungen nicht nach dem Range, sondern dem Bedürfniß u. s. w. Vielleicht am Schlimmsten war es, daß das Ganze ein Gewebe von Plattheiten und Schlagwörtern war. Die republikanische Hälfte der Versammlung zeigte durch Bejubelung äußersten Unverstand. Ich hörte Hecker. Er sprach in ähnlicher Weise, vielleicht etwas besser, aber was wollte es trotz dem sagen. Den allerwidrigsten Eindruck machten Republikaner wie Vater Winter von Heidelberg, der »kein Recept vom Bunde« und sich überhaupt auf Berathungen nicht einlassen wollte, ehe der Bund aufgelös't sei. Mittermeier that halbein halb ander in

letzt ein eifriges Mitglied der Gagern'schen oder Reichspartei war, als Mitglied der Nationalversammlung und so viel ich weiß insbesondere des Vorparlaments ein gutes Theil weiter links saß als

---

den Chorus: die Fürsten haben die alte Natur nicht ausgezogen, schaffen wir darum, daß wir etwas Tüchtiges nach Hause bringen. Doch ist dazu kein Umsturz nöthig. Müssen uns verständigen, was für eine Gestaltung Deutschland erhalten soll, und über das Wie sie zu erreichen; müssen zusehen, wie wir mit Beibehaltung der edlen monarchischen Elemente, nicht aber des monarchischen Princips, zur Reform gelangen können, u. s. f. Sehr gängig waren Redewendungen, mit welchen verschämte Konservative gegen die andere Partei kokettirten. Z. B. Hätten wir den Bund nicht, so müßten wir ihn erfinden, unsere Befehle in Deutschland herumzubringen. Zum äußersten Ekel wiederholten sich die wohlfeilen Schimpfereien auf den Bund fast von allen Seiten. Insbesondere in dieser Beziehung zeichnete sich unter den Gassenrednern, die es natürlicher Weise am Aergsten machten, Hof aus Manheim aus. Die Deutsche Demokratie machte sich schon damals durchaus verächtlich durch die Gleichgültigkeit in der Wahl der Mittel, durch die Gemeinheit und Frivolität, die Verlogenheit und Grundsatzlosigkeit, womit sie durchschnittlich die Agitation betrieb und wodurch die Massen sich verhetzen und berücken ließen. Schon damals bearbeiteten die demokratischen Leiter und Redner der Volksversammlungen ihr Publikum durch diese und ähnliche und noch viel schlimmere Wendungen: »Die Gewährungen von welchen die Konstitutionellen sprechen? Das ist Papier, das sind Worte, davon habt ihr nichts. Aber ihr wollt essen, trinken, genießen — nicht wahr? Und das bringen wir euch, wenn ihr uns folgt!« So sprachen schon damals wie hernach selbst Mitglieder und renommirte Redner der Nationalversammlung unterm »Volke« zum »Volke«. Um zu ihrem Zwecke zu gelangen, hingen sie je nach der Stimmung und dem Bedürfniß des Augenblicks andre Gewänder um, waren jetzt national, dann partikularistisch, jetzt Deutsch, dann Französisch, meisthin nicht einmal wirklich fanatisch, nie Patrioten. Welche Menschen waren es auch der großen Mehrzahl nach, die auf einmal Volksmänner waren! Die größten Dummheiten und Brutalitäten, die ärgsten Aufschneidereien, Entstellungen und Lügen fanden nur zu oft den meisten Beifall, den meisten Glauben. Je unreifer und unfähiger zur Freiheit und politischen Thätigkeit nur zu Viele sich zeigten, desto voller nahmen wieder Andre, nahmen selbst »Gemäßigte« den Mund von Forderungen demokratischer Einrichtungen im monarchisch zu belassenden Staat, von der breitesten Basis der Volksfreiheit und Mitbetheiligung, bisweilen um nur das monarchische Princip als Koncession von der andern Seite zu erhalten. In der That, wer mit der Jugendliebe zur republikanischen Traumgestalt gekommen war, dem mußte sie jetzt vergehen, wenn diese Liebe nicht völlig blind und toll bei ihm war.

ich, und über Letzteres günstiger urtheilt als ich vermag, mit den Thatsachen zu vereinigen vermag. So wie von Laube wurde von nicht Wenigen geurtelt über die Märzbewegung und deren Charakter, insbesondere über die Revolutionsmänner jener Tage und deren Anhang. Was mich betrifft und wieder Andre, so zogen wir aus allen diesen Prämissen theilweis andre und weiter gehende Schlüsse — ich glaube mit besserer Logik und mit hellerem, nicht trüberem Blicke, nicht mit Schwarzseherei, sondern gerade unbefangner, weil freier von Illusionen. Unsere Schlüsse sollen unten angegeben werden; wir müssen jedoch zuvor einen Blick auf das Vorparlament werfen.

Es tagte vom 31. März bis zum 4. April und man kann seine Verhandlungen als einen Kampf der konstitutionell-reformistischen und der republikanisch-revolutionären Partei fassen. Diese Letztere war bereits organisirt, die Erstere war es nicht. Sie drängte zum Aeußersten, sie trachtete die parlamentarischen-Wege und die Formen der Freiheit überhaupt nur zum Vorwande einer von ihr zu erringenden despotischen Herrschaft zu gebrauchen. Bildung und Vaterland war ihr Nebensache, ein abstrakter Begriff, Demokratie, Republik oder wie sonst geheißen, Hauptsache. Sie war doppelt gefährlich, weil heimlich gegliedert und soldatisch vorbereitet von Manheim bis Leipzig. Ihre Forderungen und Anstrengungen gingen darauf hin, **tabula rasa** zu machen. Sie trat mit den extremsten Anträgen auf, welche meistentheils verworfen wurden; sie suchte, ob auch ohne Erfolg, das Vorparlament hinzureißen, die Bundesversammlung zu beseitigen und eine provisorische Regierung einzusetzen, wobei sie sich abwechselnd der Mittel der Ueberrumpelung, der List und Gewalt, so weit ihr diese zu Gebote stand, bediente. Als ihre vornehmsten Pläne vereitelt waren, machte sie einen vergeblichen Versuch, dies Parlament, das sich zu ihrem Dienst und Werkzeug nicht hergeben zu wollen die genügende Entschlossenheit und Kraft bewies, zu sprengen, um Ehre und Macht und diese an sich zu bringen. Bei dem Allen stützte und konnte sie sich in und außer der Versammlung stützen auf die Schwäche der Bundesversammlung, auf die vorherrschende Stimmung der Massen und ihren Einfluß auf dieselben, auf den Terrorismus, den ein Gallerie-Pöbel, über welchen sie verfügte, zu üben begann. Die konstitutionelle Partei stritt muthig, ausdauernd und angestrengt wider sie und entriß ihr den Sieg. War es aber darum völlig

wahr, daß das was von diesem freien, formlosen, ungeübten Parlamente zur Erfüllung seiner Aufgabe geschah, »tüchtig war und dem Deutschen Volke zur Ehre gereichte?« und daß Deutschland damit den Beweis lieferte, »daß es reif sei zu wahrer Freiheit und Einheit, weil es im verhängnißvollen Augenblicke sich selbst zu besiegen wußte durch Mäßigung und Treue?«

Ich vermag diese Frage nicht zu bejahen, obwol ich als Theilnehmender ein Interesse dabei hätte. Völlig wahr ist nur, daß namentlich die Leiter der im Ganzen siegreichen Partei des Gesetzes, der Ordnung, der Reform, die konstitutionellen Miturheber dieses Parlaments, alle ihre Kräfte, große und schöne Kräfte ohne Furcht und Tadel aufboten, um das Schlimme und Schlimmste abzuwenden, und daß es ihnen mit dem Letztern unter dem Beistande einer im ganzen besonnenen Mehrheit gelang. Hier war es und bei dieser Richtung, wo sich H. von Gagern die größesten Verdienste erwarb und sein überwiegendes Ansehen begründete. Aber auch hier zeigte sich schon, daß er nur gewisse Kreise und Klassen zu gewinnen, zu bestimmen und zu leiten mächtig war, mit welchen allein seine und ihre Ideen nicht ausgeführt werden konnten, und daß er über die anderen Schichten nichts vermochte, die zur Ausführung dieser Ideen weder geneigt noch geeignet waren, und wenn mitaufgerufen, nur eine scheinbare Hülfe leisteten und dann desto mehr verdarben. Auch die konstitutionelle Mehrheit, auch Gagern wußte die feste Linie des Rechts und der politischen Klugheit nicht einzuhalten, man schwankte zwischen Gesetzlichkeit und Ungesetzlichkeit, Reform und Revolution, Klarheit und Verworrenheit hin und her. Im Verhindern vom Schlimmern bestand ein großes und ein Hauptverdienst der Mehrheit des Vorparlaments; aber bei Weitem nicht alles Schlimme hat sie abwenden, den Faden des Siebnerprogramms nicht festhalten mögen oder können. Von eben so zweideutigem Werthe sind die gefaßten positiven Beschlüsse. Den Thatsachen gebührt die Entscheidung.

Die gesetzliche Ordnung in Deutschland und deren oberstes Organ hatten sich als sehr mangelhaft erwiesen, die Bundesversammlung und die Regierungen hatten schwer gefehlt, und eben so gerechten Tadel als gerechtes Mißtrauen sich zugezogen. Dadurch mochte das Zusammentreten des Vorparlaments in solcher Zeit und unter solchen Ausnahmsverhältnissen, mochten energische und umfangreiche Forderungen von seiner Seite und Maßregeln zur Ueber-

wachung seiner Beschlüsse gerechtfertigt werden. Aber die starken und unmotivirten Uebergriffe in die gesetzliche Ordnung, welche es sich zu Schulden kommen ließ, und das maßlose Wüthen gegen die Organe derselben, die es in seiner Mitte duldete, die Anschürungen der ohnehin so erregten Volksleidenschaft und des ohnehin so blinden wie verbreiteten weit übertriebenen Hasses gegen die Vergangenheit, welche es von sich ausgehen ließ, — das Alles wies darauf hin, daß im hinreichenden Maße Klugheit und Umsicht, Besonnenheit und politischer Verstand, gesetzlicher Sinn und Ehrgefühl oder Muth und Kraft fehlten; das Alles war so viel als Wüten im eigenen Fleische. Selbstbeherrschung, Mäßigung und Treue war in hohem Maß vorhanden, völlige nicht. Viel zu unentschieden und unfest, vorbedeutend und unheilvoll vorbereitend für das erste gesetzlich berufene deutsche Parlament stellte sich dieses Vorparlament in die Mitte zwischen Legalität und Illegalität. Nicht bestimmt und kräftig genug und daher nur mit halbem Erfolge bemühete es sich, die Legalität, so weit es allerdings möglich war, oder hier und da auch nur den Schein derselben zu retten. War es ein Bild davon, wie sich »eine Deutsche Revolution gestaltet«, so nämlich, daß »ihre erste Sorge ist: den Titel einer Revolution abzulehnen«, so mag Dieser oder Jener finden, daß »etwas tief Liebenswürdiges und Civilisirtes darin liege«; Andre werden es geradezu heißen was es ist, nämlich theils Schwäche theils Verlogenheit.

Durch die Aufforderung der Bundesversammlung zur Anordnung von Wahlen zu einer Deutschen Nationalversammlung war die Lage der Dinge wesentlich verändert. Das Vorparlament nahm darauf die gebührende Rücksicht nicht. Sogleich im Eingange der Bekanntmachung der gefaßten Beschlüsse heißt es über seine Aufgabe: »Die Versammlung hat ihre Aufgabe darin erkannt, die Art und Weise festzustellen, in welcher die konstituirende Nationalversammlung gebildet werden soll. Sie hat dabei ausdrücklich ausgesprochen, daß die Beschlußnahme über die künftige Verfassung Deutschlands einzig und allein dieser vom Volke zu erwählenden konstituirenden National-Versammlung zu überlassen sei.« Den Antrag hatte Soiron ganz abrupt, in Wohlmeinung, der »Volksberuhigung« wegen, doch einer unklaren und halb wahren halb falschen, sich aber sehr laut machenden Tagesidee nachgebend, gestellt. Er warf damit den Zankapfel über die Principien der Souveränität der National-Versammlung oder

der Vereinbarung hinein. Auf den Antrag, zu sagen: die konstituirende Versammlung soll beauftragt werden, die Grundzüge der Deutschen Konstitution zu entwerfen und über deren Aufnahme mit den Fürsten Deutschlands zu unterhandeln, wollte man gar nicht eingehen, eben so wenig der National-Versammlung die Entscheidung über das Prinzip anheimstellen. Vergeblich forderte dies Welcker, vergeblich rief er in die Versammlung hinein, sie sei im Begriff, den Bürgerkrieg zu proklamiren und das ganze Werk des konstituirenden Parlaments, wie es werden solle, zu zerstören; vergeblich wurde von anderer Seite geltend gemacht: »Die Fürsten sind nicht unsre Heloten; sie müssen gehört werden. Wenn wir etwas Festes und Dauerhaftes zu Stande bringen wollen, so muß es mit den rechtlich bestehenden Regierungen zu Stande gebracht werden. Wir sind gar nicht kompetent, die National-Versammlung zu binden.« Man ging auf den Antrag Soiron's ein, zum Zeichen wie sehr man in der Mehrheit von einem falschen Begriffe der Volkssouveränität und vom revolutionären Taumel berauscht war, zum Zeichen, daß man schwerlich einen Begriff davon hatte, wie eine neue Verfassung zu Stande gebracht werden könne. Soiron hat wohl selbst eingestanden, und es war das Beste, was davon gesagt werden konnte, daß er sich im ersten Augenblicke selbst nicht ganz klar über den Antrag und dessen Sinn gewesen. Als er Widerspruch fand, änderte und erläuterte er ihn dahin: Die National-Versammlung solle nach demselben das Verfassungswerk unabhängig und zuerst in die Hand nehmen, eben so aber *überlasse* er es ihr durchaus, nachdem sie mit ihrem Geschäft fertig geworden, darüber Verträge mit den Fürsten abzuschließen oder nicht, und unter dieser Erläuterung wurde der Antrag in der obigen Fassung genehmigt — wie auch interpretirt und verklausulirt als eine Saat unabsehbarer Verwickelungen, die mit dem Scheitern des ganzen Verfassungswerkes endeten. Der Beschluß stand in geradem Widerspruche mit dem Beschlusse der Bundesversammlung wegen der Wahlen zur National-Versammlung, und wie schwer hat sich die Uebereilung gerächt, daß sich das Vorparlament bei diesem Kernpunkte in Widerspruch mit der legalen Behörde setzte, statt sich zu bemühen, sich dabei in Harmonie mit derselben zu bringen; wie ist die Strafe der den Regierungen so oft vorgeworfenen Sünde der Rechtsüberschreitung und des Allmachtsgelüstes auf dem Fuße gefolgt, die es sich sofort gleichfalls zu Schulden kommen ließ, statt

Böses mit Gutem zu überwinden, die Richtschnur des Rechtes inne zu halten und den Uebermuth der Gewalt zu meiden, was doch die ohnehin nichts weniger als in voller Wahrheit das ganze Deutsche Volk vertretende und noch weniger legale Versammlung von den Regierungen forderte. Die Fürsten, hieß es, haben 1815 der Nation ohne sie zu fragen, das Verfassungsgesetz diktirt, es taugte nicht und Deutschland verfiel dem Despotismus der Regierungen; jetzt hat das Volk die Gewalt und diktirt seinerseits das Gesetz! Man hätte aber aus den Vordersätzen schließen sollen, daß man sich also zu hüten habe vor Ueberhebung und einseitigem Gebrauche der Gewalt. War man denn so sicher, daß man auf diesem Wege nicht einem anderen Despotismus verfallen, eine bessere Verfassung erlangen werde, daß man die Gewalt habe und daß die National-Versammlung sie haben werde am Ende? Die Republikaner und Anarchisten waren konsequent bei dem Einzig und Allein, denn wenn den Fürsten, den Regierungen die künftige Verfassung diktirt wurde, so war die Monarchie, so waren diese Regierungen vorläufig moralisch beseitigt und ihre Tage waren gezählt. Ganz verkehrt aber verfuhren Diejenigen bei dem Einzig und Allein, die es damit zu rechtfertigen suchten, daß man auf revolutionärem Boden stehe, während doch die Revolution »vor den Thronen stehen geblieben war«, dieselben also folgerichtig auch respectiren mußte; ganz verkehrt verfuhren Diejenigen, die den Bundestag und die Fürsten konservirt wissen wollten und konservirten, für ihn eintraten gegen die Republikaner, und hier nun mit diesen und für sie operirten, indem sie gegen den Bund und die Fürsten auftraten — die Meisten wohl ohne es zu merken!

Gleichfalls eine Saat des unsäglichsten Unheils enthielten die nicht minder schwer gebüßten, unerhört unklugen und leichtfertigen Beschlüsse, welche das Vorparlament wegen Polens und Schleswigs faßte. Die Versammlung setzte sich abermals in Widerspruch mit dem Bundesbeschlusse vom 30. März, indem sie, auch sachlich ganz verkehrt und in trauriger Nachgiebigkeit gegen die Tendenz der Radikalen, eine möglichst zahlreiche und desto unfähigere und im Sinne der Ordnung unlenksamere Konstituante zu bekommen, beschloß, daß auf 50,000 Seelen ein Abgeordneter zu derselben gewählt werden solle. Sie setzte sich ferner in Widerspruch mit jenem viel umsichtigeren Bundesbeschlusse, indem sie noch viel verkehrter, schwächlicher und unheilvoller das allgemeine Wahlrecht dekretirte.

Nur die Forderung des Zwanges zu direkten Wahlen hatte die Mehrheit abgeworfen unter tobenden drohenden Zurufen der Herren Turner u. s. w. auf den Gallerien, daß sie aufstehen solle. Das Vorparlament beschloß und wählte endlich einen permanenten Ausschuß von funfzig Mitgliedern, der bis zum Zusammentritt der konstituirenden Versammlung in Frankfurt verweilen sollte und den Auftrag erhielt, die Bundesversammlung einzuladen, bis dahin mit ihm in Vernehmen zu treten und die Bundesversammlung bei Wahrung der Interessen der Nation und bei Verwaltung der Bundesangelegenheiten bis zum Zusammentritt der konstituirenden Versammlung selbstständig zu berathen und die nöthigen Anträge an die Bundesversammlung zu bringen; endlich bei eintretender Gefahr des Vaterlandes die gegenwärtige Versammlung sofort wieder einzuberufen. Es fand hier Beifall, erregte dort aber wüsten Lärm und tobendes Geschrei, als Welcker die Nothwendigkeit des Zusammenhanges des Ausschusses mit dem Bundestage zur Sprache brachte, als er erinnerte: »wir wollen doch, daß unsre Beschlüsse Kraft und Nachdruck haben. Sie können heute oder morgen, da oder dort eine kleine Revolution, einen Krawall anfangen, allein darum gehorcht man Ihnen in Dresden, in Berlin noch nicht. Wir leben in einer Zeit der Noth, wo die Gesellschaft aus einander fallen will und nach innen und außen Unordnung und Anarchie das Land bedroht. In solcher Zeit ist nothwendig das letzte Band des Zusammenhaltens heilig zu achten.« In ähnlichem Sinne und mit Nachdruck und Gewandtheit sprach Gagern: es sei nicht patriotisch, nicht klug, nicht recht, die einzige Autorität zu schwächen, welche »für unsern Zusammenhang« noch bestehe u. s. w. Aber er begann und fuhr in bedenklicher Unklarheit fort, er begann sogleich mit einer Art Koncession der gefährlichsten Art an die revolutionäre Partei, der er entgegentrat, er hub an mit einem Ausspruche über die Bestimmung des Funfziger Ausschusses, nur zu geeignet, diesen in ganz falsche Vorstellungen, in eine ganz falsche Bahn hineinzuführen; er sagte: »Der Ausschuß soll sich ganz mit dem beschäftigen, wozu bis jetzt der Bundestag berufen war, ohne doch diesen auszuschließen.« Wie sollte das zugehen ohne Revolution, und sollte nicht danach doch eine provisorische Regierung eingesetzt werden? Wiefern Welcker durchdrang, Gagern Eindruck machte, zeigen die angeführten Beschlüsse sowol wie das was nachfolgte.

Es hieß diktatorisch weiter: »Die Versammlung verlangt, daß der Bundestag, indem er die Angelegenheit der Begründung eines konstituirenden Parlaments in die Hand nimmt, sich von den verfassungswidrigen Ausnahmebeschlüssen lossage und die Männer aus seinem Schooße entferne, welche zu Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben.« In dem ursprünglichen, von den Radikalen herrührenden Antrage hatte statt: »indem« gestanden: »bevor«. Er hatte eine Falle sein sollen, um die Versammlung zu verleiten, sich auf eine andere Art für permanent zu erklären. Die ganze Perfidie der »Republikaner« trat in der Debatte darüber an den Tag. Eine sehr bedeutende Mehrheit genehmigte den Antrag, wie er in der mitgetheilten Fassung lautet.

Mit gutem Vorbedacht war in einem kleinen Kreise von Gleichgesinnten ein Antrag beredet, den in ihrem Namen, nachdem er noch Mehreren vorgelegt war und 68 Unterschriften erhalten hatte, Jaup aus Darmstadt einbrachte. So mißlich eine »Erklärung der Volksrechte« als Gegenstand der Verhandlung und Beschlußfassung im Vorparlament sein mochte, der Gegenstand gehörte zu den unvermeidlichen. Unsre Tendenz war, so kurz und verständig als möglich damit zum Ziele zu kommen. Unsre Aufstellung über die Volks- oder Grundrechte war besser als die, welche das Vorparlament genehmigte, und die, welche späterhin die National-Versammlung beschloß. Ich glaube dies ohne Unbescheidenheit sagen zu können, weiß aber auch sehr wohl, daß sie nicht fehlerlos war, wie denn auch schon bei der Redaktion Eins und das Andre durch die Beflissenheit Einiger hineinkam, deren Beistand wir bedurften. Wir wollten einen bestimmten Entscheid, und wäre es dazu gekommen, so würde die Grundrechte-Debatte in der National-Versammlung, die grundverderbliche, vielleicht vermieden sein. Allein gerade hier, wo das Vorparlament am ehesten ein positives entscheidendes Wort hätte sprechen mögen, brachte man es nur zu einer »Empfehlung«. Die »Versammlung empfiehlt, mit ihrer grundsätzlichen Zustimmung, dem konstituirenden Parlamente zur Prüfung und geeigneten Berücksichtigung die nachstehenden Anträge, welche bestimmte Grundrechte als geringstes Maß Deutscher Volksfreiheit verlangen und die im Deutschen Volke lebenden Wünsche und Forderungen aussprechen.« Sodann war auch die Aufstellung eine andre geworden. An einigen Sätzen war geändert, andre waren nach der grausamen Thorheit großer Zeiten- und

Regimentswechsel, überspannte Erwartungen zu erregen oder unerfüllbare Versprechungen zu geben, hineingebracht, z. B. einer wegen Schulunterricht für alle Klassen, Gewerbe und Berufe aus Staatsmitteln, und auf Venedey's Betrieb ein zweiter wegen »Schutzes der Arbeit,« wodurch allein schon die ganze Aufstellung unpraktisch, unbrauchbar, einer Revision und also erneuerten Debatte bedürftig wurde, obwol sie nur eine Tags-Phrase enthielt, aber eine der gefährlichsten, womit gutherzige Phantasten damals Politik trieben und Deutschland wie Frankreich plagten. Unser Plan wurde vereitelt weiter auch durch Mangel an Organisation und Disciplin im Heerlager der Konstitutionellen. Zuerst war Soiron mit seinem Antrage dem unsrigen in die Queer gekommen. Die wirre Debatte wurde sodann durch die Scene unterbrochen, welche Hecker und seine Schaar veranlaßten, die sich in der vorigen Sitzung entfernt hatten und jetzt unter Ankündigungen wiedereintraten, in welchen sie nichts davon sagten, daß sie zurückkehrten, weil sich ihr Bemühen und ihre Rechnung vergeblich und falsch erwiesen, die Umgegend aufzuwiegeln und genug bewaffnete Haufen heranführen zu können, um im Stande zu sein dem Vorparlament den Garaus zu machen. Endlich trug auch noch das Ungeschick, daß der Vorsitzende bei der Behandlung unsers Antrags bewies, nicht unwesentlich dazu bei, daß die Sache verdorben wurde. Vergeblich war es, daß Welcker anrieth, von dem durch Soiron's Antrag angefachten Streit über Principien, über das dunkle Wort der Volkssouveränität abzustehen, die Entscheidung über Soiron's Antrag der National-Versammlung zu überlassen, sich zugleich und zwar im Allgemeinen auszusprechen über die Volksrechte — statt des Soiron'schen den Jaup'schen Antrag anzunehmen; vergeblich daß Jaup forderte, daß über seinen, als den umfassenderen Antrag zuerst abgestimmt werde, damit man zugleich über den durch Soiron's Antrag veranlaßten Principienstreit friedlich, freundlich und einig hinauskomme. Es wurde zuerst über den Soiron'schen Antrag abgestimmt. Ich lasse den unsrigen und das was Jaup zur Befürwortung desselben sagte unter dem Texte abdrucken, weil darin genau ausgesprochen ist, was als unsre Ansicht zuvor festgestellt war und was bei der Mehrheit den genügenden Anklang nicht fand. *)

---

*) »Ich freue mich, Mitglied dieser Versammlung zu sein, und halte es mir zur Ehre. Ich glaube, daß ich dieses Gefühl in Ihrer Aller Namen

Die Konservativen machten wenigstens einen Anfang zu einer Organisation, wie sie unter den Radikalen bereits vorhanden war. Als zum Funfzigerausschuß gewählt werden sollte, ließen Einzelne

---

ausspreche. Dessen ungeachtet wollen wir nicht verkennen, daß wir keine konstituirende Versammlung sind, weil unsrer Versammlung die dazu nothwendige Eigenschaft fehlt. Wir sind sehr ungleich zusammengesetzt aus verschiedenen Theilen unseres schönen Vaterlandes. Wie können wir für diejenigen Länder, die hier gar nicht oder höchst spärlich vertreten sind, die Stellung einer konstituirenden Versammlung einnehmen? Das wäre eine Anmaßung, eine Ungerechtigkeit, die Keiner von uns will. Auf der andern Seite sind wir zusammenberufen durch das Programm der Siebener-Kommission. Wir sind aus Rücksichten schuldig, das Programm zu erledigen. Wollen wir die Permanenz, die wir verworfen haben, nicht faktisch einführen, so müssen wir mit unsern Verhandlungen zu Ende kommen dadurch, daß wir nicht weiter verhandeln, weil die einzelnen Länder verhältnißmäßig ungleich repräsentirt sind.

Berechtigt sind wir, auszusprechen, welche allgemeine Volksrechte man in Deutschland haben will. Niemand wird widersprechen. Mehr oder minder oder gar nicht berechtigt sind wir allerdings, zu unterscheiden über diejenigen Gegenstände, von welchen wir wissen, daß die Ansichten in den verschiedenen Theilen Deutschlands sehr verschieden, vielleicht manchmal sogar entgegengesetzt sind. Wir wollen keine Sonderung in Süd und Nord, aber wir wissen Alle, daß in manchen Punkten Verschiedenheiten zwischen Süd und Nord sind. Wie wollen wir auf unser Gewissen laden, daß man uns einen Vorwurf macht? Darum hielten es acht und sechszig Ihrer Mitglieder für zweckmäßig, Ihnen vorzuschlagen, folgenden Beschluß zu fassen:

»Indem die Frankfurter Versammlung davon ausgeht, daß die nähere Einleitung über die Gestaltung der einheitlichen Bundesverfassung, wie sie in den ersten Punkten des Programms der Siebener-Kommission vorgeschlagen ist, der bevorstehenden Nationalversammlung überlassen werden muß; glaubt sie ihre Berathungen nicht schließen zu dürfen, ohne zu erklären, daß sie nicht bloß eine künftige Versammlung der Vertreter des Volks für unbedingt nöthig halte, sondern auch folgende Rechte, als das geringste Maß der wesentlichen Volksrechte, erkenne, als:

1) volle Glaubensfreiheit, Religionsfreiheit und Cultusfreiheit;
2) vollständige Preßfreiheit;
3) Vereinsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Petitionsrecht;
4) freie Volksvertretung, Landesverfassung mit entscheidender Stimme der Volks-Abgeordneten in der Gesetzgebung und Besteuerung, und mit dem Rechte der Anklage der verantwortlichen Minister;
5) Gleichheit der Steuerpflicht, der Wehrpflicht und des Wehrrechts für alle Bürger;

aus ihrer Mitte Vorschlagsverzeichnisse drucken und wußten in dem Maße auf vorgängige Vereinigung über ihre Kandidaten zu wirken, daß sie im Wesentlichen ihre Liste durchsetzten und das Zersplittern

---

6) gleiche Berechtigung der Bürger, zu Gemeinde- und Staatsämtern ernannt zu werden;
7) allgemeines Abzugsrecht, freies Auswanderungsrecht der Bürger;
8) allgemeines Deutsches Heimathsrecht, als insbesondere Freiheit des Eintritts, des Ankaufs von Grundstücken und Aufenthaltsrecht für alle Deutschen in allen Deutschen Ländern;
9) Freiheit der Bildung in allen Lehranstalten mit Lehrfreiheit und Lernfreiheit;
10) Schutz der persönlichen Freiheit, also Habeas corpus-Akte;
11) Garantie gegen Justizverweigerung;
12) Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens und Schwurgerichte in Strafsachen.

Außerdem stimmt die Versammlung dem Antrage der Siebener-Kommission bei, daß die Kompetenz des Bundes durch Verzicht der einzelnen Staaten auf folgende Punkte zu Gunsten der Centralgewalt gebildet werde:

1) Ein Heerwesen;
2) Vertretung gegenüber dem Ausland;
3) Ein System über Handel und Schifffahrt; Bundeszollwesen, Münze Maß und Gewicht, Land- und Wasserstraßen, Eisenbahnen;
4) Einheit der Civil- und Strafgesetzgebung; ein Bundesgericht.

Indem unter diesen Voraussetzungen die Versammlung mit Freudigkeit dem kräftigen Aufbaue der neuen Bundesverfassung entgegensieht, fordert sie zugleich alle Deutschen Mitbürger auf, mit ruhiger Zuversicht die nahe Zukunft zu erwarten, und vertraut dem gesetzlichen Sinne des Deutschen Volkes, daß es mit Achtung der Rechte Einzelner überall sich bemühe, Ordnung und Gesetzlichkeit zu unterstützen.«

Dies, meine Herren, ist der Antrag zu einem Beschlusse, den acht und sechszig Mitglieder dieser Versammlung unterzeichnet haben.

Es ist nicht die Absicht der acht und sechszig Antragsteller, daß die einzelnen Gegenstände dieses Antrags berathen werden und darüber Beschluß gefaßt werden soll; denn wenn dieses geschehen sollte, dann hätten wir die Permanenz der Versammlung, denn wir würden heute, in acht Tagen und auch später mit der Berathung noch nicht zu Ende kommen. Es ist aber der dringende Wunsch der acht und sechszig Proponenten, daß Sie diesen Antrag zum Beschlusse erheben möchten, damit denjenigen Theilen Deutschlands, die hier nur gering vertreten sind, ihre Rechte verwahrt bleiben; damit in dem Punkt einer allgemeinen einheitlichen Verfassung, der tief eingreift, wie die Volkskammer, dem gesammten Deutschen Volk eine Bürgschaft gegeben werde für die Ansicht dieser Versammlung, von welcher Ansicht die künftige konstituirende Versammlung in ebenso hohem Grade beseelt sein wird. Es erreicht dieser Antrag

der Stimmen und damit den Sieg der Minderheit verhüteten. Die Konservativen waren unzweifelhaft die Mehrheit und hatten die ganze Wahl in der Hand, ließen sich aber von der Deutschen Gemüthlichkeit den Streich spielen, der so gänzlich rücksichtslosen, eben so gewaltthätigen als perfiden Partei der Gegner ungeforderte Koncessionen zu machen. Es hieß: man müsse der Billigkeit wegen doch auch Einigen aus der Minderheit die Stimme geben. Vorstellungen und Warnungen fehlten nicht, wirkten aber nur unvollständig. Vergebens wurde gesagt, daß die mit keinem übergroßen Geschick und Glück aufgestellte und vereinbarte Liste der Reformer ohnehin schon Namen von Revolutionärs, z. B. Heinrich Simon, und überhaupt radikale Elemente im völligsten Maß enthalte. Der Rath der Einfältigen wurde von der Mehrheit der konstitutionellen Wähler in so weit befolgt und hatte in so weit Effekt, daß sie auf ihren Listen mehrere Namen (z. B. Zittel und Wernher von Nierstein) strichen und dafür Itzstein, Blum, Jakoby, Raveaux, Abegg, Andere auch noch Spatz und Brunck ihre Stimmen gaben. Die Radikalen hätten es kaum besser wünschen und machen können, wenn sie selbst den Konstitutionellen die Liste entworfen hätten. Zunächst ergab sich, daß die Genannten in den Verzeichnissen der Mitglieder des erwählten Funfzigerausschusses voran standen und als mit den meisten Stimmen gewählt, also mit dem größesten Maß des Vertrauens der Versammlung beehrt, als die Vertrauensmänner aller Parteien, des ganzen Vorparlaments, der ganzen vermeinten National-Versammlung vor den Augen des Publikums erschienen. Fast wäre, als zweite Folge das gesammte Präsidium in die Hände der Revolutionspartei gekommen. Es fehlte nicht viel, so wäre durch die radikalen Mitglieder in Verbindung mit derselben Gemüthlich-

---

den Vortheil, daß Sie, meine Herren, überall, wohin Sie auch in Ihre Heimath zurückkehren, dem Volke sagen können: Seht, die Frankfurter Versammlung ging davon aus, und überhaupt wird der Geist der Versammlung beweisen, daß die Befugnisse, die hier aufgezählt sind, Staatseinrichtungen bleiben müssen. Würden wir diesen Antrag nicht annehmen, würden wir in lange Diskussionen oder auf lange Beschlüsse eingehen, so würden wir nicht der konstituirenden Versammlung überlassen, was wir ihr überlassen müssen, wir würden uns dadurch selbst gleichsam zu einer konstituirenden Versammlung bilden; aber dazu sind wir nicht berechtigt. Der Zweck des Antrags ist, daß wir zu einem erfreulichen Schluß unsrer Verhandlungen kommen.«

keit eines Theils der Konservativen Blum statt Soiron zum ersten Vorsitzenden gewählt; doch gab man ihm die zweite und Abegg die dritte Stelle. Heinrich Simon wurde Schriftführer, neben ihm wählte man Venedey und Briegleb.

Es mag mir hiernach vergönnt sein, meine damalige Ansicht über die Lage der Dinge und den einzuschlagenden Weg darzulegen. Durch die verschiedenen Ansichten hierüber wurde der ganze Fortgang und Ausgang des Verfassungswerkes wesentlich bedingt und bestimmt.

Das unerfreuliche und nicht schmeichelhafte Ergebniß meiner Beobachtungen und Eindrücke aus den verflossenen Jahren daher war gewesen, daß ich dem Deutschen Volke keine übergroße politische Tüchtigkeit, keine sehr bedeutende Anlage und Fähigkeit zutraute zu dem Unternehmen einer staatlichen Umbildung im Sinne der Einheit und Freiheit, zur Gründung und richtigen Benutzung der letztern. Das Deutsche Volk hatte seine Mittel zum politischen Vorwärtskommen nicht wohl gebraucht, seine Schuldigkeit nicht gethan, die Führer im Stich gelassen, ein paar Kraftanstrengungen gemacht und nicht einmal eroberte Punkte behauptet, stets viel zu bald wetterwendisch oder unkräftig, wieder abgelassen. Alle Schuld den Regierungen zuschieben war eine eitle Beschönigung und eben auch ein Zeichen von Schwäche. Ich hatte längst gezweifelt daß Deutschland im Stande sei, die Erschütterungen einer Revolution zu bestehen und durch eine solche zu einem gedeihlichen Ausgange und Erfolge zu gelangen. Ich hatte jedoch dem eignen Urtheile nicht unbedingt trauen mögen, da so viele Urtheilsfähige anderer Ansicht waren. Ich kam mit nicht völlig sichrem Urtheile in Frankfurt an. Als das Vorparlament aus einander ging hatte ich eine desto festere Ansicht und Ueberzeugung gewonnen. Das Vorparlament hatte mir zu einem völlig klaren Bewußtsein verholfen, so daß nunmehr das tief schmerzliche Ergebniß aller meiner Beobachtungen und Eindrücke seit der Pariser Revolution bis zu diesen Tagen, zusammengenommen mit allen früheren darin bestand, daß ich mir vorwarf, die politische Tüchtigkeit und Anlage des Deutschen Volks sehr wahrscheinlich noch viel zu hoch angeschlagen zu haben. Wie viel Freude über Befreiung von verhaßtem Druck und gerechte Züchtigung mißbrauchter Gewalt, in mir sein, wie geneigt ich sein mochte vielerlei an sich Widriges und Unlöbliches nachzusehen, das von solchen Volksbewegungen unzertrennlich ist: ich konnte es mir

nicht länger verhehlen, dies lief hinaus auf ein Gebahren civilisirter Heloten nach dem Kettenzerbrechen, ein Gebahren, schimpflich an sich selbst, gegen Gesetz und Ordnung selbst sich kehrend, den Staat selbst, die Gesellschaft und alle Besserungsversuche bedrohend, die Freiheit gefährdend, weil die Gegenwirkung herausfordernd, das Vaterland gefährdend, weil Einmischung des Auslands begünstigend. Das Geschlecht der Zeit zeigte in diesem Aufbrausen nur die Kraft, Alles aus den Fugen zu bringen, nicht aber die, eine neue Ordnung der Dinge zu schaffen, nur die Kraft ein mäßiges Ziel zu erreichen, nicht die, eine große und großartige politische Gründung zu vollziehen.

Da war zuerst die revolutionäre Partei. Zugegeben daß sie recht hatte in manchem Grundsatz, mancher Behauptung: sie verdiente keinerlei Vertrauen, sie zeigte daß sie selbst aus den besten Principien und Gesichtspunkten nichts machen könne und überhaupt nichts könne als Unheil anrichten, als verderben, eben das verderben was sie herbeiführen wollte, die Freiheit, und die Nation und Deutschland und alle Hoffnung dazu. Es ließ sich hören wenn die Republikaner sagten, nehmt Alles, oder was ihr nehmt wird euch wieder entwunden, schreitet vor bis zum letzten Ziele oder ihr werdet weit hinter den Punkt wieder zurückgeworfen bei welchem wir jetzt angelangt sind. Das alte Unwesen nistet zu tief. Nur eine völlige Umkehr, nur ein ungehemmter völliger Verlauf der begonnenen Revolution, nur die Beseitigung der Fürsten, die Vernichtung der Einzelstaaten verspricht überhaupt ein Resultat. Ich sage, es ließ sich hören. Sie wußten praktische Argumente anzuführen. Aber wenn man nun auch die auf's Schönste gedachte »Einheit und Freiheit« Deutschlands für einen so hohen Preis halten wollte, um zu glauben daß darum das unvermeidliche Unglück, die Greuel einer blutigen Revolution nicht gescheut werden dürften, so mußte doch die Gewinnung des Preises allerwenigstens sehr wahrscheinlich sein; allein alle Wahrscheinlichkeit war eben dawider. Denn diese Männer des Umsturzes hatten keine Nation hinter sich, die nur von fern den Willen und die Thatkraft gezeigt hätte, für jenen Preis Alles einzusetzen, und was noch mehr war — denn was läßt sich nicht aus einer erregten und doch immer vielfach tüchtigen Nation wie die Deutsche machen, wenn es nur an den Bedingungen nicht mangelt — was mehr war: hier im Vorparlament hatte die Gelegenheit sich dargeboten und man erblickte schlech-

terdings keine Führer oder zu Führern Geeignete, denen man hätte zutrauen können, daß sie auch nur fähig wären, das Ende einer republikanischen Bewegung in Despotismus und Unterjochung, Zerrüttung und allgemeiner Auflösung, Barbarei und Bestialität abzuwenden. Man hörte von den republikanischen Wortführern und Agitatoren so oft das breite Wort: wenn sie nur nicht die blinde, träge, furchtsame Mehrheit wider sich hätten, wenn man sie nur gewähren lassen, die Revolution nur durchführen wollte —! Aber die Thatsache ist unläugbar, daß die, welche so sprachen, sich damals und späterhin als die Leute nicht erwiesen haben, von denen man auch nur von fern erwarten könnte, daß sie wenigstens tüchtige Revolutionsmänner werden oder aus ihrer Mitte stellen könnten und würden. Die sich voran Stellenden waren ohne alles staatsmännische Talent, wenn sie auch wohlmeinend in ihrer Art waren; Andern unter ihnen galt aber Wahrheit, Gewissen, Humanität, Bildung und Vaterland wenig oder nichts; sie zeigten sich nur als »Kunstpatrioten,« nur geschickt, die schlechtesten Triebe und Leidenschaften und die thierische Wuth aufzuregen; sie wendeten von Anfang, und es blieb so, als Hauptmittel der Aufreizung und des Aufstands die Lüge und den Volksbetrug an, verschmähten von Anfang nicht trotz aller großen patriotischen Worte mit Ausländern zu kokettiren, zu konspiriren; sie besannen sich keinen Augenblick, die Deutschen Stämme gegen einander aufzubringen und Deutsche Ehre und Deutsches Land an Polen, Franzosen, Italiener zu verrathen; sie erwiesen sich von Anfang geneigt zum Hohne auf ihre Grundsätze vom Volkswillen und den Mehrheiten auf jeden Fall ihren Kopf durchzusetzen und durch einen Minderheitsterrorismus zu herrschen, zu dessen Geltendmachung ihnen doch im entscheidenden Augenblicke das Talent, die Kraft oder der Muth gebrach, trotz dem daß die Mehrheit schüchterner gegen sie war als sie hätte sein sollen. Ich hätte ihnen nicht ansinnen mögen, daß sie von dem Vorbilde Englands sich hätten lehren lassen sollen, daß man nur bei Wahrung der Rechtskontinuität durch revolutionäre Epochen wirklich vorwärts kommt und zu einem freien organischen Staatswesen gelangt. Ich hätte nicht einmal von ihnen fordern mögen, sich durch das noch unmittelbarer vor Augen stehende Beispiel Frankreichs lehren zu lassen, daß man zu einem solchen Staatswesen nicht und nur aus einer Unruhe und einem Unbestande in den andern gelangt, wenn man geradezu mit dem Rechte bricht, die ganze Vergangen-

heit über Bord wirft. Aber das konnte ihnen nicht nachgesehen werden, daß sie auch zu einer Revolution wie die Französische das Zeug nicht besaßen, daß sie nur in Reminiscenzen der Französischen Revolution lebten, keine Französische revolutionäre Leidenschaften sondern nur Phrasen hatten, sich in der jämmerlichsten Nachäfferei der Franzosen, einer Nachäfferei gefielen, welche Monate lang fortgesetzt wurde, und uns in den Fortgängen und dem Ausgange nicht eins der Bilder der großen Momente und der Helden der ersten Französischen Revolution zeigte, sondern »einzig und allein« fratzenhafte Zerrbilder, Bilder, wie die vor Augen stellte, welche schließlich Karlsruh, Rastatt und deren Ohnmachtsmänner, freche Burschen und schändliche Buben wirklich geliefert haben. *) Ueberall wo die Revolutionsmänner seit Jahr und Tag freies Spiel gehabt zu Reden und Thaten ist nichts daraus geworden als ein nichtsnutziges, wüstes und ruchloses Wesen. Es war in jedem Falle Gelegenheit genug, hervorzukommen und sich zu zeigen, wenn in ihrer Mitte auch nur ein einziger war, der auch nur die Anlage gezeigt hätte, wirklich groß und bedeutend im und zum Revolutioniren zu werden und er ist nicht erschienen.

Die Erfolge der Revolutionsmänner und ihres Anhangs, so wie der Krawalle und Aufstände, hatten offenbar ihren Grund und Ursache viel weniger in deren eigener Klugheit, Tapferkeit oder Energie, als in der Verkehrtheit und Schwäche bei den gesetzlichen Gewalten und den nicht revolutionär gesinnten Klassen ihnen gegenüber, weshalb die Revolution auch keine eigene innere Kraft hatte, sondern leicht genug überwunden werden konnte und wurde, wenn und wo man sie nachdrücklich angriff. Meine Freunde in Frankfurt und anderwärts, wo man schwach war gegen sie, müssen sich erinnern, wie oft ich ihnen das gesagt habe in der Zeit, welche dem Vorparlament unmittelbar folgte. Aber stets fehlte Entschlossenheit. Wo sich Lumpokratie entwickelte unterwarfen sich die Stände, die man den Kern der Nation nennt, und die Republikaner ihrerseits liefen sobald die Soldaten kamen, um dem Vaterlande und der großen Sache der Freiheit ihre kostbaren Personen und Mäuler zu

---

*) Im December sagte Baron Rothschild in Paris zu Raumer, diesem Trost einsprechend: »Die Gemäßigten werden in Frankreich herrschen, und (da Deutschland ja alles Französische nachäfft) auch in Deutschland die Oberhand behalten.« Sehr bezeichnend und sehr beschämend.

konserviren. Wir kennen Alle die Bekenntnisse eines Brentano, eines Hecker über die innere Fäulniß der Sache welcher sie dienten. Wir kennen Alle den Abschiedsbrief Hecker's, in welchem er so drastisch die revolutionären Führer und den ganzen Anhang als Ritter von der traurigsten Gestalt und Futter für Pulver schildert. Ich bin vollkommen einverstanden mit ihm, nur daß ich in zwei Punkten differire. Einmal war ich seiner späteren Meinung schon damals, sodann paßt in meinen Augen seine Schilderung der anderen revolutionären Führer als völlig unfähiger Menschen zu solchen Dingen auch auf ihn selbst. Wohin ist die »Deutsche« Begeisterung gerathen, in welche Stimmungen ist sie umgeschlagen! Man sagte mir in den Tagen welche dem Vorparlament folgten oft, ich sähe die Dinge viel zu trübe an. Der Ausgang hat mir leider Recht gegeben. Die Franzosen sahen schon nach Wochen, wenigstens nach Monaten ein, daß ihre Februarrevolution eine Dummheit gewesen. In der Deutschen Revolution des Jahres 1848 waren allerdings auch edle Kräfte und Richtungen in Bewegung, aber Alles in Allem haben wir uns dieser Revolution zu schämen, und ist dies Gefühl noch nicht allgemein, so wird es sicher eben so allgemein werden, als die Erkenntniß, daß wir im März eben so wenig Grund und Ursach zu einer Revolution hatten als im Februar die Franzosen, und in der nächstfolgenden Zeit noch weniger Geschick dabei als sie.›

Nun kamen freilich verschiedene Umstände zusammen, welche die Thorheit und Sünde dieser Revolution in einem milderen Lichte erscheinen ließen und dem Verhalten des von Jahren her erbitterten Volkes mehr oder minder entschuldigend zur Seite standen. Darauf aber kam es bei der Frage über den einzuschlagenden Weg ganz und gar nicht an. Genug, aus den Beobachtungen und Urtheilen Andrer sowol, die wie Laube dachten und sprachen, als aus meiner eigenen Ansicht der Dinge, folgte für mich, daß man in Deutschland derzeit keine Revolution mit gutem oder nur erträglichem Erfolge machen könne und also um so mehr sich enthalten müsse eine zu machen oder die angefangene fortzusetzen, sondern daß man um so mehr dem Drange entgegentreten müsse, nach welchem nur zu Viele in nobler Exaltation, Andre in unlauterer oder sinnloser Leidenschaft, und nochmals in blinder Franzosennachäfferei, und Alle ohne Noth platterdings eine haben wollten. Es folgte für mich, daß eine über momentane revolutionäre Ausbrüche hin-

ausgehende umstürzende Bewegung als Ergebniß nur Zerfall und Tyrannei, gänzliche Auflösung und deren nothwendige Folgen erwarten lasse, daß dabei die Freiheit Deutschlands von Fremdherrschaft und die Civilisation, d. h. höhere und kostbarere Interessen als politische Freiheiten, Rechte und Staatsformen auf dem Spiele ständen, daß also der Patriot, der wahre Freiheitsfreund den Revolutionärs und ihrer Losung fest und unverbrüchlich entgegenstehen und das Seine beitragen müsse zum schleunigsten Verlassen des revolutionären Wegs und zum Wiedereinlenken in die Bahn der Reform. Das Beginnen, einem Volke die Freiheit zu geben in welchem eine größere oder geringere Auflösung und Korruption vorhanden, muß die letztere in demselben Maß fördern und vollenden, in welchem man die Freiheit ohne Schranken giebt. Eine Nation kann darum die volle Freiheit noch nicht ertragen und eine große staatliche Neuerung vollbringen, weil es eine solche fordert und gegen Bedrückung, zu gut zur Knechtschaft, sich empört. Mit der Durchführbarkeit und dem Erfolge einer politischen Umgestaltung steht es um so mißlicher und gefährlicher, je beträchtlicher die letztere ist und die bisherige Ordnung stört, und je weniger Urtheil, Gemeinsinn, Tapferkeit und Selbstbeherrschung im Volke vorhanden ist. Diese und ähnliche Betrachtungen drängten sich unabweislich auf, und diese Gesichtspunkte fest ins Auge zu fassen lag gewiß den wahrhaften Vaterlandsfreunden, die sich mit großen und schönen politisch-patriotischen Ideen trugen am meisten ob.

Hatte sich nun aber nicht selbst in diesem Vorparlament eine konstitutionelle Mehrheit ergeben und hatte sie nicht rühmlich dem revolutionären Aufbrausen widerstanden? — Ja und nochmals ja — und dennoch flößte mir auch ihr Verhalten kein völliges Vertrauen ein weil sie keine vollkommen feste konsequente Haltung bewiesen. — Und hatten sich nicht wackere und tüchtige Führer der konstitutionellen Partei gefunden und hervorgethan? — Sie gewannen mir hohe Bewunderung und Verehrung, Zuneigung, Dankbarkeit und großes Vertrauen ab — völliges nicht, kein völliges das den Zweifel ausgeschlossen hätte. Sie hatten sich nicht stark genug gezeigt, mit Hülfe einer vorhandenen gemäßigten Mehrheit das Vorparlament von seinen verkehrten und schädlichen Beschlüssen zurückzuhalten, sie hatten aus dieser Mehrheit keine feste geschlossene ihrer Führung folgende Phalanx zu bilden vermocht, sie hatten den Moment und die Lage der Dinge nicht völlig richtig gefaßt, sich theilweis mit

fortziehen lassen, waren nicht im Stande gewesen eine sichere Stellung zu nehmen und zu behaupten. Die Bundesversammlung hatte das Wünschenswerthe theils vorgekehrt, theils war sie dazu bereit. Es war nicht recht, es war ein arger politischer Fehler, statt an diesen Punkt anzuknüpfen andere ungebahnte Wege einzuschlagen und zu verwirren was in einen guten Gang gebracht war. Es war nicht im mindesten besser als die viel getadelten Versuche Preußens, die Reform auf einem Kongresse, statt am Bunde einzuleiten. Man rede mir nicht von dem Verdienste des Geleisteten oder von den Schwierigkeiten noch mehr zu leisten — ich kenne und anerkenne sie, ich weiß das Alles, ich spreche aber von Ergebnissen, von Thatsachen. Eben auch das Verhalten jener Führer und das Maß von Tüchtigkeit welches sie zeigten, erwogen im Zusammenhange mit dem Gesammtzustande und dem Vorhandensein und der Art der revolutionären Partei bestärkte mich in meiner Ansicht über den einzuschlagenden Weg. Auch ich empfand und hatte den Jammer der bisherigen politischen Zustände empfunden, ich war ein großer Bewunderer der Republik in den nordamerikanischen Freistaaten, ein Reich und Kaiserthum Deutscher Nation schwebte als heißgeliebtes Ziel meiner Herzenswünsche mir vor. Ich wußte sehr wohl, daß man dem ungesetzlichen Sinne und Treiben volle Rechtsgewährung, dem Revolutionstriebe eine rasche und möglichst durchgreifende Reform entgegenstellen müsse, als nothwendige Bedingung jedes Erfolgs. Die Zeitverhältnisse ließen großen Hoffnungen gerechter und vernünftiger Art einen weiten Raum, und so meinte ich nicht, daß man den Gedanken kräftigen Eingreifens und entschlossener Benutzung des Moments, wohl aber zu hoch fliegenden Wünschen und Plänen, nicht der Idee eines freien und einheitlichen Deutschlands, wohl aber Lieblingsvorstellungen und Träumen über das Maß und die Form derselben entsagen müsse, um nicht sehr wahrscheinlich nur große und gefährliche Verwirrungen anzurichten. Ich meinte, man müsse Kraft und Willen auf d a s Ziel richten, zu solchen Aenderungen der politischen Ordnung zu gegelangen, welche auf den Wegen des Rechts und Gesetzes ohne heftige Erschütterungen zu erreichen wären, die dem nächsten und dringendsten Bedürfniß abhülfen und die Handhaben der weitern Entwickelung darböten, große würdige vaterländische Zielpunkte vor Augen stellten, Aussichten auf eine ehrenhafte Zukunft der Nation auf dem Wege friedlichen Fortschreitens eröffneten, Raum zu ange-

messener wahrhaft nützlicher politischer Thätigkeit schafften, und so die Mittel enthielten, vor Allem zum Erstnöthigen, zu besserer politischer Erziehung und Bildung zu gelangen. Auch auf dem Wege der Reform ließ sich viel und Großes erreichen für die Einigung und Kräftigung Deutschlands. Eine gestärkte Centralgewalt mit Volksvertretung daneben war in der That nichts weniger als »der alte Bundestag!« Man wollte namentlich, daß Deutschland etwas sein und gelten solle dem Auslande gegenüber. Ich wüßte nicht wie man es mehr hätte schwächen und in Mißkredit bringen können als durch die hochfliegenden Ideen und Pläne, und kläglichen Krawalle und Verfassungszänkereien und Experimente in Frankfurt und überall. Die Deutschen hätten sich nicht besser und mehr in Respekt setzen können, als wenn sie Mäßigung bewiesen, ihre Verfassung rasch reformirt und Einigkeit gezeigt hätten. Der moralische Eindruck davon wäre allein schon ein Machtzuwachs gewesen, ein solches Verhalten hätte schon einige Paragraphen einer wirklich oder vermeint vollkommneren Verfassung aufgewogen.

Diese Ansicht hatte allerdings mitten im brausenden Sturme wenig Aussicht Gehör zu finden. Sie hat auch jetzt, wo man nicht mehr exaltirt, aber voll Müdigkeit, Verdruß oder Ingrimm ist, wenig Aussicht dazu. Ich bin jedoch noch fester überzeugt, daß die Deutsche Nation ihre besten Kräfte vernutzen und nichts als große Kalamitäten erreichen wird, wenn ihre Meinung sich nicht dahin umwendet, daß sie begnügsam wird mit einer Besserung des Deutschen Staatswesens, bei welcher der Blick auf ein höheres und höchstes Ziel gerichtet sein mag und muß, wobei aber darauf verzichtet wird das Ideal im ersten Anlaufe zu realisiren. Manche nannten und nennen diese Betrachtungsweise nüchtern, kleinmüthig oder desperat, behandelten und behandeln sie mit vornehmer Geringschätzung. Ist sie nüchtern so dürfte sie wenigstens auch gesund sein und daran ist in diesen Tagen nicht wenig gelegen. Man verzweifelt keineswegs am Vaterlande oder an der Nation, wenn man dasselbe hohe Ziel im Auge hat und seine Gewinnung von beharrlicher Arbeit und nachhaltiger Kraft erwartet, und so wenig es Beleidigung oder Verrath ist, eine schwere Verirrung der Nation mit dem rechten Namen zu nennen und statt dem Volke zu schmeicheln ihm seine Schwächen und Fehler zu zeigen, eben so wenig ist es Kleinmuth wenn man das Vermögen der Gegenwart nicht überschätzen mag. Verstand und Muth zeigen sich nicht bloß, ja erst am wenigsten in dem

was man will, sondern auch und am meisten, ja eigentlich und in Wahrheit erst in dem was man ausrichtet und kann. Heiße Wünsche und Gefühle hegen für die Größe und Macht und Herrlichkeit des Vaterlandes oder eine idealistische Verfassung desselben sich ausdenken, ist am Ende doch nicht die größeste Kunst. Die Partei der idealistischen Ansichten und Absichten hat bis jetzt nur gewollt und noch nichts vollbracht, und kann nicht sagen: die eurige auch nicht! denn sie hatte die Mehrheit, nicht wir. Das wird man mit Zuversicht behaupten können: auch mit unserm Zutritt und unserer Mithülfe wäre kein Kaiserthum zu Stande gekommen, hätte aber jene Partei das ganze Gewicht ihrer Anstrengungen dem Streben nach einer Reform der Bundesverfassung hinzugefügt, so würde diese Reform zu Stande gekommen sein und wir hätten jedenfalls ein sehr gutes Theil mehr als wir haben, die wir jetzt eben nichts haben, wir hätten allerwenigstens Mittel und also Hoffnung des Fortkommens, eine Centralgewalt und ein Parlament *).

*) Gegen die bisherigen »Liberalen«, die seit dieser Zeit ihre Stellung wider die Radikalen auf der Seite der konservativen Partei nahmen, wurde sofort große Verwunderung und großer Tadel, der Vorwurf des Illiberalismus, der Untreue, des Verraths ausgesprochen. Sie waren in der Opposition gewesen, hatten aber freilich die Ansichten und Absichten der Volksmänner vom neuesten Datum nie getheilt, und waren jetzt nicht geneigt, sich von ihnen über ihr Ziel hinausreißen und zu ihren Zwecken sich gebrauchen zu lassen. Es war eine weit verbreitete arge Verkehrtheit und Schwäche nicht Weniger, zu glauben, man müsse um freisinnig zu sein — auch bei ganz veränderten Umständen — in der Opposition bleiben, weil man einmal stets darin gewesen. Gerade Jene verhielten sich grundsätzlich und blieben dieselben, indem sie sich nicht nach dem geänderten Winde dreheten. Sie hatten stets ernstlich die Reform angestrebt und wollten sie noch, während ihre Tadler sie früherhin im Stich gelassen und jetzt revolutioniren wollten. Sie hatten stets für die Freiheit des Volks, den Fortschritt gestritten, und blieben jetzt dabei, indem sie der alle Freiheit verderbenden Maß- und Zügellosigkeit, den verkehrten und bösen Volkswünschen und Leidenschaften, dem kurzathmigen Sturmschritt sich widersetzten, dem die Reaktion folgen mußte und der Ueberspanntheit, welche zurückwirft und nicht vorwärts bringt. Die neuen »Volksmänner« ließen es sich aus nahe liegenden Gründen sehr angelegen sein, diejenigen welche so handelten, zu verdächtigen und nach Kräften um ihr Vertrauen und Ansehen zu bringen. Es war ein abermaliges Zeichen von der Schwäche des »Volks«, daß es auch diesen groben Kunstgriff nicht merkte, auch in dieser Hinsicht sich Brillen aufsetzen ließ.

Was mich betrifft, so hatte auch ich bis zu meiner Abreise der entschiedensten Politik das Wort geredet, nicht aber damit Alles umgestürzt, sondern damit das Wünschenswerthe erreicht und der Umsturz vermieden werde. Welcker schrieb in der Mitte des März: wollt ihr uns noch immer den Trost nicht schicken, daß ihr in Norddeutschland der Bewegung euch redlich anschließt, wollt ihr uns allein reformiren lassen, damit sie im Sande vergeht oder in das Aergste umschlägt? Ich war ungeduldig und in derselben Richtung, allein bald genug machte mich die Art wie »reformirt« wurde bedenklich. Aus den Berliner Vorgängen vom 18. entnahm ich, daß es »nun allen wahren Freiheitsfreunden zieme, ihre Thätigkeit wider die Anarchie zu verdoppeln.« Ich ging zum Vorparlament, weil ich trotz allem Protestiren mancher Freunde glaubte, es werde da »wild hergehen«, und nicht um diese Bewegung zu verstärken, sondern lediglich um sie zügeln und von falscher Bahn zurückbringen zu helfen. Wie es in solchen Zeitläuften geht, kam ich aus dem Verkannt- und Mißverstanden- und Angefeindetwerden nicht heraus. Hier als vermeinter Umstürzler geltend, war ich dort nicht recht, weil ich den Revolutionsmännern entgegenwirkte, und daß ich dies that, war dann wieder Andern ungelegen, die bisher mit mir gewesen waren und mir nun vorwarfen, daß ich mich geändert, während nur sie dies gethan, oder die mir den Rücken wendeten weil ihnen auf einmal politische Maulhelden und Charlatans besser gefielen. Der Regierungsdespotismus wurde gestürzt, die Unfreiheit gebrochen, und sofort begann ein Despotismus des sog. Volks, der Volksmänner, der Schreier und Renommisten. Sofort kroch die Mehrheit unter, man schmeichelte den neuen Despoten, man war und blieb knechtisch und unfrei, selbst wenn man mitschrie oder terrorisirte. Ich mochte dem neuen Despotismus mich eben so wenig unterwerfen und vermochte die neue Unfreiheit so wenig zu leiden wie die alte. Es ging mir wie Andern und Bessern, und dies war unser Verhalten, dies der Verlauf an so vielen Orten.

Der Funfzigerausschuß.

Der Funfzigerausschuß beschäftigte sich viel mit einer großen Anzahl von Gegenständen (Volksbewaffnung, Marine, Noth der Gewerbe und Arbeiter, Polenangelegenheit u. s. f.) die ohne Beziehung auf das Verfassungswerk waren. Davon zu reden, würde hier nicht an der Stelle sein. Es handelt sich für uns nur um seine Wirksamkeit, sofern dieselbe unmittel- oder mittelbar im Zusammenhange mit dem Verfassungswerke stand. Ich hebe das Nachstehende aus seinen Verhandlungen und Beschlüssen hervor.

Sie betrafen einmal das Bundesgebiet. Die Bundesversammlung sollte aufgefordert werden, Schleswig und Ost- und Westpreußen in den Deutschen Bund aufzunehmen und Sorge tragen, daß in diesen Ländern die Wahlen zur National-Versammlung rechtzeitig vorgenommen würden. In der Bundessitzung am 11. April wurde Seitens der Preußischen Gesandtschaft die Aufnahme von Ost- und Westpreußen in den Bund beantragt und der Antrag einstimmig angenommen. Gleichzeitig mit jenen Beschlüssen des Funfzigerausschusses waren (4 April) in der Bundesversammlung Vorkehrungen wegen eines Kriegs mit Dänemark beschlossen; am 12. April faßte sie den vorsichtigern Beschluß: Preußen zu ersuchen, bei dem ihm übertragenen Vermittelungsgeschäfte auf den Eintritt Schleswigs in den Bund hinzuwirken. Die Wahlen zur National-Versammlung wurden auch in Schleswig angeordnet. Am 5. Mai beschloß der Funfzigerausschuß auf Veranlassung von Vorgängen in Oesterreich und anderen Deutschen Ländern und unter eifriger Mitwirkung Mehrerer, welche späterhin sehr hitzig den Ausschluß Oesterreichs betrieben, den Bund zu ersuchen, derselbe wolle bald-

thunlichst erklären, der Deutsche Bund werde nun und nimmermehr die Losreißung irgend eines zu Deutschland gehörenden Gebietes vom Deutschen Bunde gestatten und derselbe möge vorkommenden Falls alle hiezu nöthigen Maßregeln ergreifen.

Ein zweiter Gegenstand der Wirksamkeit des Ausschusses bestand in Förderung des Zusammentritts der konstituirenden National-Versammlung ein wahrhaft nützliches, des Gegenstandes wegen das erfreulichste Geschäft des Ausschusses, wenn man auch an der Art, wie es betrieben wurde, so wenig Freude haben konnte, als an dem Ausschusse selbst, seiner Vielthätigkeit und seiner Haltung. Er hätte eine große, nicht blos vermeinte Bedeutung erlangen und ein großes Verdienst sich erwerben können, wenn er seine Aufgabe friedlich und sicher hinüberzuleiten in die Periode der ersten Deutschen National-Versammlung, klar erfaßt und mit gutem Willen, Verstand und Kraft gelös't hätte. Er hat sie weder gebührend erkannt, noch gelös't, hat Einiges in diesem Sinne gethan, Anderes und mehr aber im entgegengesetzten, weshalb seine Wirksamkeit und sein Ruhm weit hinter seiner Einbildung und Erwartung zurückgeblieben sind. Auch ich gehörte zu denen, die mit Sehnsucht und froher Hoffnung der National-Versammlung entgegensahen. War selbst im Vorparlamente die reformistische Partei siegreicher als die revolutionäre gewesen, so schien mit Grund angenommen werden zu können, die nicht im Sturm, die legal zu Stande kommende National-Versammlung werde aus einem großen Theile der Besten der Nation bestehen, durch eine Mehrheit von reifen und guten Männern einen würdigen und fähigen Senat bilden; die Hefe und der Schmutz, die im Strudel oben auf gekommen, würden wieder sinken, sobald die National-Versammlung den Sturm beschworen, sie, das wahre ordentliche Parlament, das von dem wüsten häßlichen Bilde Deutscher Art und Zustände, das in den Ausbrüchen und in dem formlosen Vorparlament und dessen Ausschuß sich hervorgekehrt, die Kehrseite zeigen und herauswenden werde. Ich dachte damals wohl an das historische Schicksal der konstituirenden Versammlungen, mit »großem Lärme nichts zu schaffen«, theilte aber dennoch den Irrthum des Zuvielvertrauens auf die bevorstehende. Die in dem Einzig und Allein ihr hingeworfene Lockspeise des **Eritis sicut Deus** erregte mir und Andern große Bedenken, allein wir rechneten auf Remeduren, welche ausblieben. Wir setzten unsre Hoffnung um so mehr auf die National-Versamm-

lung und darauf, daß sie auf den im Bundesbeschlusse vom 30. März liegenden allein richtigen und das Gelingen bedingenden Gedanken zurückkommen werde, die Neugestaltung Deutschlands auf das Zusammenwirken der Fürsten und Völker zu gründen, je mehr der Funfzigerausschuß, was sich auch bei diesem Gegenstande seiner Wirksamkeit zeigte, darauf ausging, in jener Bahn des Vorparlaments weiter zu schreiten, die darauf hinzielte, den Bundestag, die Regierungen zu erniedrigen, zu beherrschen, auszuschließen.

Sobald das Präsidium des Ausschusses ernannt war, trat es mit dem Bundespräsidenten wegen Abänderung des Bundesbeschlusses vom 30. März nach den Beschlüssen des Vorparlaments in Verhandlung. Der Ausschuß erließ (am 4., 5. und 6. April) ein Votum darüber nach dem andern, und am 7. April erfolgte der genehmigende Bundesbeschluß. Nachdem die Angelegenheit demgemäß geordnet war, wurde in einer der nächsten Sitzungen von den Radikalen schon wieder eine beträchtliche Störung versucht. Sie wollten, entgegen dem Bundesbeschlusse und der jedenfalls wahrscheinlichen Meinung des Vorparlaments, daß bei der Zählung der Bewohner nicht die Bundesmatrikel gelten sollte, so daß der Vornahme der Wahlen eine neue Volkszählung hätte vorhergehen müssen und die Zahl der Abgeordneten zur National-Versammlung eine viel größere geworden wäre. Auf der andern Seite erblickte man in dem betreffenden Antrage die Absicht, Gelegenheit zu einem Streite zu machen, um einen Anlaß zur Wiederberufung des Vorparlaments, d. h. zur Fortsetzung des Revolutionirens zu bekommen. Um so mehr widersetzte sie sich, und es gelang ihr, ob auch mit Mühe, den Antrag zurückzuweisen. Die Funfziger trieben an, bemüheten sich auf rechtzeitige Vornahme der Wahlen zur National-Versammlung und auf Uebereinstimmung darin zu wirken. Es war gut, nicht unnöthig, nicht ohne Erfolg. So bewirkten sie, daß die Anordnung der Preußischen Regierung vom 3. April wegen der Wahlen zurückgenommen wurde, traten dabei aber ebenso rücksichtslos und ungezogen wie unklug auf, hier wie so oft Anlaß suchend oder nehmend, mit den Regierungen anzubinden, hier wie so oft auch ihre nützliche und löbliche Wirksamkeit beeinträchtigend, die ohnehin eine nur geringe war. Sie gaben Erklärungen ab über die die Wahlberechtigung bedingende Staatsangehörigkeit und Selbstständigkeit, wobei wieder die Tendenz durchdrang, der Wahlberechtigung, wie es auch ausgesprochen wurde, einen »möglichst

weiten Umfang zu verleihen«. Die Radikalen suchten so viel als möglich von den »demokratisch« oder auch anarchisch zu stimmenden und gestimmten Massen und dem Massenunverstande in die National-Versammlung hineinzubringen, und ein Theil der Konstitutionellen sah und hörte nicht, denn die breiteste Grundlage der Wahlberechtigung gehörte damals zum Liberalismus.

Verschiedene andre Beschlüsse hinsichtlich der National-Versammlung, welche der Ausschuß faßte, waren zum Theil zweckmäßig, zum Theil nicht, oder mochten sehr abweichender Beurtheilung unterliegen. Er hatte z. B. gewiß Recht, wenn er eine entschiedene Erklärung dahin abgab, daß konstituirende Versammlungen in den einzelnen Staaten nicht einberufen werden sollten, bevor das Verfassungswerk für Deutschland vollendet sein werde, indem andernfalls widersprechende Grundsätze und Bestimmungen, eine Quelle späterer Störungen und Zerwürfnisse, kaum zu vermeiden sein würden. Streitig war freilich, ob es in allen Staaten ohne Ausnahme thunlich, konstituirende Versammlungen nicht einzuberufen, als gewiß aber mag gelten, daß es im einen und andern möglich gewesen wäre und daß nur Einsicht und Entsagungskraft fehlte.

Desto weniger Voraussicht aber hatte der Ausschuß für die späteren Störungen und Verwickelungen, welche sich ergeben mußten, wenn die National-Versammlung auf das Einzig und Allein einging und wenn keine Vorsorge für eine geregelte Betheiligung der Regierungen getroffen wurde. Die Mehrzahl der Köpfe seiner Mitglieder war gleich dem großen Publikum gar zu voll von überstiegenen und schiefen Volkssouveränitätsideen und vom Schwindel einer zweifelhaften Allmacht. Der Umstand erhielt eine sehr unheilsame Bedeutung. Während sich die Bundesversammlung mit der Beförderung der Wahlen beschäftigte, nahmen die Vertrauensmänner den Entwurf des »Reichsgrundgesetzes« vor. Schon frühzeitig machten sie die Art, wie derselbe demnächst in der konstituirenden Versammlung zur Diskussion gebracht werden müsse, zum Gegenstande ihrer Erwägungen. In der Mitte des Aprils legte einer von ihnen, Gervinus, eine Denkschrift vor, worin er Vorschläge machte zu einem, die Regierungen bei der National-Versammlung vertretenden Kommissariat und über das wirkliche Zustandebringen der berathenen und votirten Verfassung zwischen

den Regierungen und der die Völker vertretenden Versammlung.*) Die Mehrheit verwarf diese Vorschläge und sie wurden daher der Bundesversammlung officiell nicht übergeben. Etwas später nahm der Großherzoglich Hessische Bundestagsgesandte v. Lepel die so in Anregung gebrachte Idee über die Vertretung der Regierungsansichten und der Interessen der Einzelstaaten in der National-Versammlung wieder auf, und nunmehr beging der Funfzigerausschuß eine seiner schwersten und folgenreichsten Sünden, indem er diese Idee, wenn auch nur mittelbar, unter hohlen und leidenschaftlichen Deklamationen, mit unverständigem und rohem Gelärm verwarf, ja so zu sagen, der Nation als ein Attentat auf ihre Majestät denunciirte. Die Appellation der Verkehrtheit und blinden Leidenschaft an dieselbe hatte nur zu große Wirkung. Die nöthige rettende Idee war bald in der so sehr verwirrten und schwächlichen öffentlichen Meinung gerichtet, sie wiederaufzunehmen war unsäglich erschwert. Dieses Alles die Schuld derer, welche perfid die Veranlassung gaben und unverständig Theil nahmen an dem Sturme des Ausschusses wegen des im Separat-Protokolle der Bundesversammlung vom 4. Mai enthaltenen Lepel'schen Promemoria, woran hier nur kurz zu erinnern nothwendig sein wird.

Es soll nicht darüber gestritten werden, ob Lepel's specielle Vorschläge zweckmäßig waren oder nicht, allein seine Grundgedanken waren unleugbar richtig und was er bezweckte, nichts Anderes als Vermeidung der Klippe, an welcher die National-Versammlung mit ihrem Verfassungswerke gescheitert ist. Die Vertrauensmänner hatten den von ihnen ausgearbeiteten Entwurf am 27. April der Bundesversammlung eingereicht. Sollte diese nun vorerst Instruktionen der einzelnen Regierungen abwarten oder gleich zur Prüfung der in dem Entwurf enthaltenen Bestimmungen übergehen und versuchen, über die den einzelnen Gesandten angemessen erscheinenden Modifikationen sich zu verständigen? Allein sie mochte dabei verfahren wie sie wollte, so erschien es unthunlich, die Ergebnisse ihrer Verständigung so zeitig zur Kenntniß der Regierungen zu bringen, daß sich diese noch vor der Eröffnung der National-Versammlung über einen derselben vorzulegenden Entwurf einer zu vereinbarenden Verfassung verständigen konnten. Die Bun-

*) Actenstücke zur neuesten Geschichte Deutschlands I., S. 26 und 114 ff.

desversammlung konnte sich nicht wol dazu verstehen wollen, einen von ihr gefertigten oder emendirten Entwurf der National-Versammlung vorzulegen. Verhielten sich aber die Regierungen ganz unthätig, so war vorauszusehen, daß die bevorstehende Versammlung eine einzig und allein konstituirende werden, den Regierungen eine Verfassung oktroyiren, dies zu thun wenigstens versuchen würde, während die Regierungen doch keineswegs beabsichtigten, der National-Versammlung die Verfügung über die künftige Verfassung Deutschlands in diesem Sinne einzig und allein zu überlassen. Wenn sie sich aber beim Aufbau nicht mitbetheiligten, so war es leicht möglich, daß die Versammlung eine unannehmbare Konstitution beschloß, daß sie nicht einmal geneigt war, in ein ohnehin mißliches Verhandeln über etwas Fertiges sich einzulassen, und mochte sie dann die Macht besitzen oder nicht besitzen, die Regierungen zu zwingen, oder mochte die Macht zwischen ihr und den letzteren getheilt sein, so stand in allen diesen Fällen kein gutes Ende und vielmehr unabsehbarer Wirrwar, das Allerschlimmste bevor.

Dies die Vordersätze des Promemoria, von welchen der Verfasser zu dem vollkommen richtigen Schlusse gelangte: »Gerade um an dieser Klippe nicht zu scheitern ist es wünschenswerth, daß die Verfassung dem Schooße der National-Versammlung, der Form und dem Inhalte nach, so entsteige, daß die Regierungen der Einzelstaaten sie annehmen können, ohne den Bedingungen ihrer Existenz zu entsagen. Die Regierungen und Einzelstaaten haben bei Festsetzung der gegenseitigen Volks- und Regierungsrechte ein solidarisches Interesse gegenüber dem Volke in seiner Totalität, und ein besondres Interesse bezüglich des Verhältnisses zu der zu bestellenden obersten Reichsgewalt. Die einzelnen Staaten, Regierung und Volk vereinigt, haben gewisse Partikularinteressen den allgemeinen Interessen von ganz Deutschland gegenüber zu wahren. Diese verschiedenen und zum Theil einander widerstrebenden Rücksichten in einem höhern Gesichtspunkte zu vereinigen, würde für die Bundesversammlung unter den gegebenen Verhältnissen eine unlösbare Aufgabe sein. Sie kann die Regierungen weder in ihrer Gesammtheit noch durch Deputationen vertreten. Es bedarf also zu dieser Vertretung vermittelnder Organe anderer Art.«

Die Aufregung, welche durch die Verhandlungen des Ausschusses über das unter gehässiger Verdrehung seines Sinnes und aller

bezüglicher Thatsachen zur Sprache gebrachte Promemoria verursucht war, hatte bis zum 12. Mai eine beträchtliche Höhe erreicht und einen bedrohlichen Charakter angenommen. Es standen wenigstens heftige Funfzigerbeschlüsse bevor. Die Gefahr, wie groß oder klein sie nun in Wahrheit sein mochte, wurde wesentlich dadurch beseitigt, daß Gagern als Hessischer Ministerialvorstand ein Schreiben an den Ausschuß einsendete, das in der Sitzung dieses Tags veröffentlicht wurde. Er desavouirte darin Lepel und dessen Promemoria und rechtfertigte seine Regierung gegen den Vorwurf, als habe sie dasselbe veranlaßt. Allein welche Gefahr dadurch auch abgewendet wurde und wie gut der Schritt gemeint war, die Mehrheit faßte dennoch Beschlüsse gegen die Bundesversammlung, welche theils an sich theils durch die voran gestellten Erwägungsgründe als gleich unsinnig wie schandbar erschienen. *) Der weitere In-

---

*) In Erwägung, daß das vorliegende Promemoria Grundsätze und An- Ansichten enthält, die den Beschlüssen des Vorparlaments widerstreiten und der konstituirenden Nationalversammlung ihren Character als solcher absprechen;

in Erwägung, daß der Bundestag dasselbe sogar den Regierungen zur gutfindenden »Kenntnißnahme« eingesendet, und gegen diese Grundsätze und Ansichten auch nicht ein Widerspruch in der Versammlung sich erhoben hat;

in Erwägung, daß auch die Executivgewalt mit diesem Promemoria in eine Verbindung gebracht ist, die es nicht zweifelhaft läßt, daß man sogar einen Theil der Vorschläge des Promemoria's durch dieselbe verwirklicht sieht;

in Erwägung, daß aus dem Allen hervorgeht, wie der Bundestag seine Stellung und die Zeitumstände verkennt,

erklärt der Funfzigerausschuß zu Protokoll,

daß er die Rechte der constituirenden Nationalversammlung hiermit vollständig gegen jeden Eingriff wahrt,

und

das Promemoria wie das Verfahren der Bundesversammlung mit demselben der Beurtheilung der öffentlichen Meinung Deutschlands übergibt.

Das letztere konnte nur als Aufhetzung zum Hasse oder auch zum Aufstande gegen die Bundesversammlung gemeint sein, und es hätte nur noch gefehlt, daß die Anträge von Schuselka — daß alle Bundesgesandte, die dem Beschlusse vom 4. beigestimmt (d. h. alle, denn er war einstimmig gefaßt) sofort aus der Bundesversammlung zu entfernen seien — und von Biedermann angenommen wären. Der Biedermann'sche lautete: den Bundestag anzugehen, daß er sofort die Regierungen veranlasse,

halt des Gagern'schen Schreibens drückte der Ansicht und dem Verfahren des Ausschusses gleichsam das Siegel einer großen konstitutionellen Autorität auf. Indem Gagern uns, der Minderheit, bei unserm Bestreben extreme Schritte und Vorgänge zu verhindern allerdings zu Hülfe kam, desavouirte er, über seine Absicht hinaus, uns wie den Hessischen Bundestagsgesandten, und vereitelte unsere sauren Mühen, offenbar unbegründete Verdächtigungen der Bundesversammlung und der Regierungen zum Schweigen zu bringen und so das neuerdings künstlich aufgestachelte Mißtrauen gegen die ordentlichen Gewalten, ihr Herunterreißen im öffentlichen Ansehen und die Reaktionsfurcht — die Kraft und Wirksamkeit der wühlerischen Potenzen — zu mindern, der Ansicht von dem Rechte, der Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit einer angemessenen Betheiligung der Regierungen beim Verfassungswerke Eingang oder doch Berücksichtigung zu schaffen und der gefährlichen Herrschaft des falsch verstandenen Begriffs von der Volkssouveränität, dem Wahne, der Alles in Frage stellenden Forderung entgegenzutreten, wonach die konstituirende Versammlung eine oktroyirende, eine solche sein sollte, »über und neben welcher keine höhere Macht auf Erden stehe und welche aus eigener ursprünglicher Machtvollkommenheit das Verfassungswerk zu gründen habe.« So drückte sich Heckscher aus, der, nachdem die Radikalen angefangen, durch sein heftiges und nach den Verhältnissen gewichtiges Einstimmen die Sache am meisten verdarb. Er hat den Fehlgriff später eingesehen und offen eingestanden. Wir wären mit den Widersachern wol fertig geworden, hätten ihnen unsre Freunde nicht geholfen. Nach Heckscher kam Gagern. Sein Fehlgriff wurde indeß weniger bemerkt und gerügt, weil er durch ihn doch einen befürchteten noch größern Skandal abwendete, was ihm neuen Dank einbrachte und neue Verehrung zuwendete. Es wäre Pflicht der Bundesversammlung gewesen, der Idee von der Vertretung der Regierungsansichten und der Interessen der Einzelstaaten ernstlich bis zur Erfüllung nachzugehen. Man könnte ihr nur den Vorwurf machen daß sie dieses nicht that, daß sie es selbst auf den Anlaß nicht that, den ihr das Lepel'sche Promemoria gab, daß sie zu wenig that, indem sie das-

schleunigst und öffentlich eine gleich bestimmte und befriedigende Erklärung in Betreff ihrer Stellung zur konstituirenden National-Versammlung abzugeben, wie solche von dem Hessischen Ministerpräsidenten abgegeben worden.

selbe den Regierungen lediglich »zur gutfindenden Kenntnißnahme« einsendete und nur den Antrag hinzufügte, nicht nur die Gesandten bezüglich des Siebzehnerentwurfs mit Instruktion zu versehen, sondern ihnen auch ausgedehnte Vollmachten in Beziehung auf die Verhältnisse der Regierungen zu der National-Versammlung und die Verhandlungen mit denselben zu ertheilen. Gagern sagte aber in seinem Schreiben, seine Regierung mißbillige die in dem Lepel'schen Promemoria ausgesprochnen Ansichten sowol über den Beruf und die Kompetenz der National-Versammlung als über die Stellung der Regierungen zu derselben. Und daneben fehlte jede Spur einer Mißbilligung oder Abweisung der boshaft entstellenden Angriffe und Mißdeutungen, deren Gegenstand das fragliche Promemoria gewesen, es fehlte jede Spur von Aufklärung über die schamlos mißdeuteten Ansichten und Absichten des Verfassers, jede Spur von Aufklärung der irre geleiteten öffentlichen Meinung, die eben dadurch auf ihren Irrgängen noch bestärkt werden mußte.

Es war bedeutsam und nicht ohne Bedenken, daß die Konstitutionellen mit den Republikanern zum Programm und zur Einladung zum Vorparlament verbündet gewesen. Im letztern hatten sie sich von ihnen geschieden, sie bekämpft unter Gagern's offner kräftiger Theilnahme am Kriege. Sie hatten gesiegt, aber wie Vieles auch nachgegeben, nachgeben müssen, um die Oberhand, die Leitung zu behalten. Die Radikalen wollten die Regierungen vom Verfassungswerke ausschließen, in der Absicht sie durch Votirung einer republikanischen Verfassung fortzuschaffen. Ein Theil der Konstitutionellen stimmte in dieselbe Forderung ein, damit sie unbehindert durch die Regierungen ihre Pläne einer einheitlichen monarchischen Verfassung durchsetzen könnten. Diese Konstitutionellen traten hier nun abermals auf die Seite jener Radikalen. Jeder Theil trachtete, den andern zu seinen eigenen Zwecken zu benutzen, indem er in Principien und Tendenzen desselben einging, um sie für sich als Mittel oder selbst nur als Vorwände zu benutzen, um eben zu *seinem* Ziele zu gelangen. Beide Theile bedurften hierzu des »Volks,« jeder suchte es für sich zu gewinnen. Es war ein gefährliches Spiel, auf Gewinn oder Verlust des ganzen großen Einsatzes. Wer mußte nach Wahrscheinlichkeit der Gewinner und zum Werkzeuge und Diener des Gegners für dessen Absehen werden? Im vorliegenden Falle gaben jene Konstitutionellen im Ausschuß und nächst ihnen Gagern noch entschiedener als

das Vorparlament bei dem Beschlusse über den Soiron'schen Antrag, mit der Betheiligung der Regierungen ihr Princip, das monarchische, auf. Sie stellten sich zu den Republikanern, um von der Basis des Princips derselben aus, eine Verfassung mit einem monarchischen Oberhaupte zu erlangen. Jene hatten für ihre Zwecke nicht wenig dadurch gewonnen, daß das Ansehen der gesetzlichen Gewalten durch neu erregtes Mißtrauen und wiederholte Beschimpfungen noch mehr erschüttert worden, daß die Begriffs- und Sprachverwirrung gemehrt, daß die Ueberspanntheit der Forderungen gesteigert, daß die Leidenschaften von Neuem aufgestachelt waren. Jene Konstitutionellen gaben ihnen Recht und bereiteten ihnen den Triumph, der ihnen durch die Beschlüsse vom 12. Mai zu Theil wurde. Denn durch diese Beschlüsse trugen sie den Sieg in der Angelegenheit davon, während sie nur etwa an weiterer beabsichtigter Unheilstiftung verhindert wurden, worin die einzige Genugthuung ihrer konservativen Gegner bestand. Blum fand in dem Schreiben Gagern's eine »nicht erwartete, willkommene Unterstützung des Commissionsantrags« (auf die den Bund mißhandelnden Beschlüsse). Wie deutlich trat es mehr und mehr hervor, daß uns der schlimmste Schaden durch unsre besten von den besten Absichten beseelten Männer, durch politische Irrthümer und Fehlgriffe, durch falsche oder durch an sich richtige, aber zu dieser Zeit und an diesem Ort nicht passende Ideen derselben zugefügt werden sollte!

Aehnlich ging es bei einem noch zu erwähnenden verwandten Gegenstande, mit welchem der Funfzigerausschuß sich sehr viel beschäftigte und über welchen gleichfalls am 12. Mai Beschluß gefaßt wurde. Die mehrerwähnten Aktenstücke zur neuesten Geschichte Deutschlands berichten ausführlich darüber. Hier nur das Nöthigste.

Das Bedürfniß einer größeren Koncentrirung der exekutiven Gewalt des Bundestags, der immer bedrohlichern Gestaltung der Verhältnisse gegenüber, wurde seit dem März überall täglich fühlbarer, und trat im Anfange des April immer lebendiger hervor. In der Bundesversammlung, im Kreise der Vertrauensmänner und im Funfzigerausschuß kam die Angelegenheit gleichzeitig zur Sprache. Im letztern wurde die Errichtung einer starken Centralgewalt von der einen Seite um so mehr gewünscht, je mehr die andre in wirklich rasendem Beginnen danach trachtete, unter inneren Zerrüttungen und bei drohender Kriegsgefahr das bereits nur zu sehr geschwächte Organ der Einheit, den letzten Rest gemeinsamer öffentlicher Ge-

walt zu zerstören. Unbedingtes Vertrauen auf den guten Willen und die richtige Einsicht der Regierungen hatte Niemand. Unsre Meinung aber war: und wenn die Gefahr einer Reaktion so groß wäre, wie manche sagen oder vorgeben: vor allen Dingen Abwehr des äußern Feindes, der Einmischungen des Auslands, und schon darum Kräftigung der gesetzlichen Obergewalt in der einen oder andern Form und Weise! Am 18. April trat Welcker in der Bundesversammlung mit einem Antrage auf Errichtung einer provisorischen Centralgewalt hervor. Der Antrag wurde dem Revisionsausschusse überwiesen und dieser suchte sich darüber mit den Siebzehnern und Funfzigern in Einklang zu setzen. Die radikale Partei unter den letztern hätte gern ihrerseits die Initiative ergriffen, die Sache in die Hand genommen und sich damit eine exekutive Gewalt angemaßt, welche unvermeidlich zum Konflikte mit dem Bundestage als einzigem gesetzlichen Organe der Bundesgewalt und vielleicht zur Einsetzung eines Wohlfahrtsausschusses geführt haben würde. Dies zu erreichen war überhaupt ihre Tendenz, und sie benutzte deshalb jeden Anlaß oder machte Gelegenheit zu reizen und Konflikte herbeizuführen, was auch mehrmals nahezu gelungen wäre. Bei einem großen Theile der Ausschußmitglieder herrschte die Ansicht vor, als ob der Funfzigerausschuß zur Zeit die höchste Autorität Deutschlands sei, und als ob es sich nicht um Rechte der Deutschen Regierungen und des Deutschen Bundes, sondern um Schaffung einer neuen Gewalt handle, welche nur von der Autorität der Funfziger ausgehen und getragen werden könne. Dies war eine auf der Hand liegende Thatsache. Sie gingen bei ihrer Theilnahme an den Verhandlungen über die zu errichtende provisorische Centralgewalt vom Mißtrauen, von der Ansicht aus, daß der Bundestag und die Regierungen dabei volks- und freiheitsfeindliche Absichten — Reaktion! — im Schilde führten, und dies war ein durch keine einzige Thatsache unterstütztes und durch alle Thatsachen als solches sich herausstellendes Hirngespinnst, in welchem auch ein Theil der Freunde der Monarchie und der Ordnung sich verfingen, um sich zu Werkzeugen ihrer Widersacher bei deren konsequenter Tendenz gebrauchen zu lassen, die Begründung einer Gewalt zu vereiteln, welche bestimmt war, die Unordnungen zu dämpfen und Ruhe und Frieden beim Verfassungswerke zu schaffen. Ihr Mißtrauen gegen den Bundestag und die Regierungen war maßlos; so sehr wog die Furcht der Reaktion bei ihnen vor, daß

sie lieber Deutschland aus einander fallen lassen als eine kräftige Staatsgewalt leiden wollten, weil eine solche der Freiheit hätte gefährlich werden können; sie hatten taube Ohren, wenn ihnen von unsrer Seite vorgestellt wurde, daß wir gleichfalls die — spätere — Reaktion fürchteten und zu vermeiden wünschten und gerade auch deshalb den Unordnungen ein Ende gemacht zu sehen wünschten. Manche sonst recht ordentliche Leute konnten aus einer unklaren Vorstellung nicht heraus, die sich darauf reducirte, daß der Ausschuß dazu da sei, den revolutionären Zustand zu perpetuiren. Bei Andern wirkte die Furcht, unpopulär oder illiberal zu erscheinen, sich ihre Erwählung zur National-Versammlung zu verderben u. dgl. So kam es, daß der Ausschuß mit der Bundesversammlung zankte, statt sich mit ihr in ein richtiges Verhältniß zu setzen, und ihr um so mehr Tadel und Hemmungen entgegenwarf, als sie von der stets gescholtenen Unthätigkeit zum Handeln übergehen wollte. Als sie sich anschickte einen ihr zum Ueberdruß vorgeworfenen Fehler einzubessern und die ihr zustehende exekutive Gewalt zweckmäßiger zu organisiren, wollten es die Funfziger nicht leiden. Sie sollte beseitigt und eine andre legale Obergewalt auch nicht errichtet werden.

Am 27. April gelang es der konstitutionellen Partei nach unsäglicher Mühe, die Einwilligung der Mehrheit zur Errichtung des gefährlichen »Triumvirats« in der nachstehenden Form zu bewirken:

»Die Bundesversammlung soll durch drei Mitglieder verstärkt werden, welchen die Wahl des Bundesoberfeldherrn, der diplomatische Verkehr zwischen Deutschland und den auswärtigen Mächten, sowie die exekutive Gewalt in eilenden Fällen unter eigener Verantwortlichkeit, in allen anderen Fällen aber nach dem Rathe der Bundesversammlung übertragen wird.

Die drei Personen werden von der Bundesversammlung, nach Vereinbarung mit den Männern des Vertrauens und mit dem permanenten Ausschusse, den Regierungen vorgeschlagen.

Dieselben sind für ihre Handlungen der Deutschen Nation verantwortlich, und ihre Wirksamkeit währt so lange, als sich nicht die konstituirende National-Versammlung gegen deren Fortdauer erklärt.«

Die Bundesversammlung glaubte jedoch auf diesen Beschluß nicht eingehen zu können. Am 3. Mai einigte sie sich über den nachstehenden einstimmigen Beschluß:

»In Erwägung des allgemein gefühlten, namentlich auch von

den siebenzehn Männern des Vertrauens, wie von denen des Funfziger-Ausschusses anerkannten Bedürfnisses, daß in den gegenwärtigen wichtigen und schwierigen Verhältnissen des Vaterlandes die bisherigen bundes- und landesverfassungsmäßigen Vollziehungsrechte in der innigsten Vereinigung der Regierungen unter sich wie mit der Deutschen Bundesversammlung und auf die heilsamste Weise für die großen vaterländischen Aufgaben und Bundeszwecke ausgeübt würden, beschließt die Bundesversammlung:

Den sämmtlichen Bundesregierungen vorzuschlagen, daß sie, zunächst zu dem oben bezeichneten Endzwecke,

1. bis zu der nach Beendigung der konstituirenden Versammlung in's Leben tretenden Neugestaltung des Deutschen Bundes, der Bundesversammlung drei weitere besondere Abgesandte anschließen, und
2. diese Abgesandten in der Art erwählen, daß die beiden größten Bundesstaaten Oesterreich und Preußen je einen derselben, die übrigen Bundesstaaten ebenfalls Einen ernennen, wobei die letzteren in der Art zu verfahren hätten, daß Bayern drei Männer aus drei verschiedenen Bundesstaaten vorschlägt, aus welchen die übrigen Staaten durch Stimmenmehrheit der 4. bis 17. Stimme der engern Versammlung des Bundestags Einen erwählen.
3. Diese drei Abgesandten behalten vorzugsweise zu ihrer Aufgabe:
   a. die für die innere und äußere Sicherung und Wohlfahrt des Gesammtvaterlandes nöthigen Unterhandlungen und Maßregeln,
   b. eine gemeinschaftliche Oberleitung der gesammten Vertheidigungseinrichtungen und insbesondere auch die der Volksbewaffnung,
   c. die Vermittlung und Vereinigung der Ansichten und Wünsche der Regierungen unter einander und mit der konstituirenden Versammlung in Beziehung auf die im gemeinschaftlichen Vereine in das Leben zu rufende neue Deutsche Verfassung.
4. Die drei Abgesandten werden in eiligen Fällen nach eigener Entschließung, in allen andern Fällen aber, nach dem Rathe der Bundesversammlung handeln. Sie sind der Nation wie den Regierungen verantwortlich.

5. Die betreffenden Regierungen werden demnach ersucht, baldmöglichst jene Abgesandten zu ernennen, und hierher an den Sitz des Bundestages wie auch der konstituirenden Versammlung zu senden, Bayern insbesondere aber, die drei Vorgeschlagenen der Bundesversammlung zu nennen, damit diese die durch die betreffenden Bundestagsgesandten vorzunehmende Wahl des dritten Abgesandten alsbaldigst veranlassen könne.«

Sofort geschahen auch Schritte zur Ausführung dieses Beschlusses. Die kleineren Staaten, voran Hannover, gaben sich große Mühe ihn zu verwirklichen; Oesterreich und Preußen freilich verhielten sich passiv. Es war abermals zu spät. Im Funfzigerausschusse wurde sofort Lärm geschlagen und Alles aufgeboten, den ganzen Plan zu vereiteln. Es gab gehässige und häßliche Verhandlungen und Auftritte, bei denen das Mißtrauen und die Reaktionsfurcht, die Popularitätssucht, Kurzsichtigkeit und Begriffsverwirrung eines Theils der Gemäßigtern Seitens der Radikalen weidlich ausgebeutet wurde. Die letzteren setzten schon am 4. noch vor Veröffentlichung des amtlichen Bundesprotokolls oder einer vollständigen Mittheilung desselben, wozu die Einleitung bereits getroffen war, auf einen außerofficiellen Zeitungsartikel hin, den nachstehenden Beschluß durch:

»Der Funfzigerausschuß wolle der hohen Bundesversammlung sein Befremden über den von dem Beschlusse des Ausschusses vom 27. April wesentlich abweichenden Inhalt des Bundestagsbeschlusses vom 3. Mai unverzüglich zu erkennen geben und gegen denselben gemäß dem Geiste des Beschlusses des Funfzigerausschusses und der Beschlüsse des Vorparlaments die entschiedenste Verwahrung einlegen.«

In einer Zuschrift vom 7. legte Welcker den Funfzigern einleuchtend dar, *) daß und auf welchen falschen Voraussetzungen ihr Beschluß beruhe. In einem Schreiben vom 8. hielt ihnen die Bundesversammlung, in sehr gemäßigtem Tone den petulanten erwiedernd, das gehäufte Unrecht vor, das sie durch ihren Beschluß und durch die von ihnen amtlich veröffentlichten in ihren Verhandlungen nicht seltenen Ausfälle sich zu Schulden kommen lassen. Allein

---

*) Protokoll der Bundesversammlung vom 10. Mai, wo sich das Schreiben als Bericht Welcker's über seine Verhandlungen mit dem Funfzigerausschusse findet.

Abegg, der Anstifter des Lärms über das Lepel'sche Promemoria, beantragte eine öffentliche Erklärung, daß man den Bundesbeschluß vom 4. trotz des Schreibens vom 8. keineswegs für gerechtfertigt halte und sich zugleich im Geiste des Vorparlaments auf das Entschiedenste gegen alle diejenigen Konsequenzen verwahre, welche aus der gedachten Erwiederung in der Folge herzuleiten die Bundesversammlung sich veranlaßt finden dürfte. Am 12. wurde die Angelegenheit mit den Verhandlungen über das Lepel'sche Promemoria in Verbindung gebracht. Gagern in seinem erwähnten Schreiben hatte sich auch gegen den Bundesbeschluß vom 3. wegen Bildung einer Centralbehörde ausgesprochen. Er sehe denselben abgesehen von seiner Modalität für verspätet an. Der Antrag Abegg's wurde nach bitterm Gezänk und unter neuen Ausfällen gegen den Bundestag und mit dem Zusatze angenommen, daß der Ausschuß nunmehr seinen angetragenermaßen von der Bundesversammlung nicht adoptirten Vorschlag wegen Bildung einer Bundesexekutivgewalt zurückziehen und sich von jeder, auch nur gutheißenden Mitwirkung zur Herstellung der von dem Bundestage den Regierungen vorgeschlagenen Exekutivgewalt definitiv lossagen müsse.

Damit hatte die Sache ein Ende. Lepel hatte in seinem Promemoria am Schlusse bemerkt, wenn die Errichtung einer Centralgewalt noch vor dem Zusammentritt der National-Versammlung zu Stande gebracht werden sollte, so möchte sie auch als die geeignetste Behörde erscheinen, um der National-Versammlung gegenüber zu treten, Namens der Regierungen mit ihr zu verkehren und für diesen Verkehr die passendsten Organe zu suchen. Eben auch deshalb hatte die Minderheit des Ausschusses die schleunigste Aufrichtung der Institution so lebhaft gewünscht und so eifrig betrieben. Jetzt war nicht mehr daran zu denken. Die National-Versammlung trat zusammen, ohne ein zum Verhandeln mit ihr bestelltes neues Organ der Regierungen vorzufinden, und die Bestellung eines solchen nach ihrer Eröffnung war im Voraus durch vergrößerte Inpopularität und durch den neu belebten Souveränitätsschwindel wesentlich erschwert. Das will sagen, das Zustandekommen der Verfassung war wesentlich erschwert.

Es verhält sich mit den Verdiensten des Funfzigerausschusses und des Theils seiner Mitglieder, welche der rechten Seite angehörten — wenn wir überhaupt Verdienste uns zuschreiben dürfen — ungefähr so wie mit denen des Vorparlaments und der Kon=

servativen im selbigen — sie bestanden vornehmlich im Verhindern von schlimmen oder von noch schlimmern Dingen. In Beziehung auf das Verfassungswerk haben die Funfziger Förderliches geleistet durch ihre auf die Anordnung der Wahlen und auf Dämpfung der Anarchie sich beziehende Wirksamkeit. Denn auch Beschlüsse für Gesetz, Ordnung, Landfrieden wurden bisweilen durchgesetzt. Sehr, recht sehr verdient hätten sie sich um Deutschland und das Verfassungswerk machen können, wenn sie gethan hätten, was sie freilich nicht thaten, wenn sie ihre Macht und Gewalt — wie groß oder weniger groß dieselbe in der Wirklichkeit nun auch sein mochte — gebraucht hätten, der Nation ein Beispiel zu geben, wie der wahre Patriot auch auf ungesetzlichem Boden im Kampfe für bessere Institutionen und besseres Regiment und in aufgeregter Zeit das Gesetz, die Ordnung, die Obrigkeit zu achten, Maß zu halten, bei Verstande zu bleiben und sich zu beherrschen weiß; wenn sie ihre Macht gebraucht hätten, Bundestag und Regierungen auf der von denselben eingeschlagenen neuen Bahn und bei dem gegebenen Wort festzuhalten, dann aber auch sie in der Behauptung nothwendigen Ansehens und insbesondere bei ihren vorbereitenden Schritten für das Verfassungswerk mit aller Kraft zu unterstützen; wenn sie durch ihre Macht mitgeholfen hätten zur Aufrichtung einer dem Augenblicke und der nächsten Zukunft genügenden provisorischen Centralgewalt, irgend einer Institution, wodurch die Regierungen und Einzelstaaten den angemessenen Theil beim Zustandebringen der Verfassung erhalten hätten, wodurch das Letztere gesichert und das Bedenken aus dem Wege geräumt worden wäre, daß man durch Vereinbarung mit den einzelnen Regierungen nicht zum Ziele gelangen könne.

Ein wesentlicher Theil meiner Eindrücke und Beobachtungen aus der Zeit des Funfzigerausschusses bestand in einer starken Bestätigung der Ueberzeugungen, die ich in der Zeit des Vorparlaments gewonnen oder worin ich mich damals befestigt hatte — jener Ueberzeugungen von dem politischen Zustande des Deutschen Volkes, insbesondere von der Verderbtheit und Untüchtigkeit der Deutschen »Demokratie«, der theilweisen Frivolität und Böswilligkeit und der gänzlichen politischen Unfähigkeit der Fürsprecher und Leiter dieser Demokratie. Sie waren bitterbös auf uns, hielten uns für höchst einfältig oder schalten uns verzagt, während wir doch wider sie und die Anarchie stritten, die zu jener Zeit die meiste

Gunst und Macht besaßen. Sie meinten, wenn **wir** sie nur nicht stündlich und überall behindert, sie nur zum Vollgebrauch der dem Funfzigerausschusse innewohnenden Kraft hätten kommen lassen! Wir widerstanden ihnen aber vornehmlich, weil wir noch viel deutlicher erkannten, daß sie als Revolutionsmänner und Leiter sich zwar viel zutrauten, aber doch nur Stümper und Schächer und höchstens groß waren in großen Worten und kleinen Wühlerkünsten, im Fach der Putsche, aber nicht der Revolution. Zum meisten Theile hatten sie ihre Erfolge drinnen wie draußen nur den Durchschnittsliberalen und gleich blinden wie schwachen Monarchisten und Reformern zu danken, die sich vor ihnen fürchteten oder sich von ihnen gebrauchen, verlocken und fortreißen ließen, Grundsätzen und Forderungen das Wort zu reden und Tendenzen zu begünstigen, wodurch sie über ihr eignes Ziel hinaus an das der Radikalen geführt wurden.*)

---

*) Als Hecker — es war nahe daran, daß wir ihn zum Ausschußkollegen bekommen hätten — und seiner Partei im Vorparlamente das große Unrecht widerfahren war, daß sie überstimmt wurden, daß man ihnen gesagt hatte, ihr seid in dem Unrecht, die Freiheit und Ordnung der Berathungen stören und euren Willen Jedermann aufdringen zu wollen — als er mit seiner Schaar die Versammlung verlassen, rief er tobend in einen Volkshaufen hinein, das ihnen widerfahrene Unrecht müsse durch einige Tausend Arbeiter mit Blut gerächt werden u. s. f. Ganz in demselben Charakter griff er im Badischen Oberlande zur Gewalt, als die Vertreter der Nation zur konstituirenden Versammlung gewählt wurden. Welche Hülfe war es, die er nicht verschmähete, wie frivol, wie schlecht berechnet, wie erbärmlich durch und durch war dieser republikanische Aufstand, und ebenso dieser republikanische Schauspieler, und er wurde wirklich im Südwesten der Mann des »Volks« — so wenig gesetzlichen und nationalen Sinn, so wenig Urtheil über die Lage der Dinge, einen so wenig richtigen Begriff von der Freiheit, so wenig Patriotismus und Ehrgefühl hatte dieses, Freiheit und Deutsche Einheit im Munde führende Volk. Während der ersten Sitzungen des Funfzigerausschusses verhielt es sich in der Zuhörereigenschaft ruhig; je länger und je mehr ihm aber von der Volkssouveränität vordeklamirt wurde, desto unruhiger und petulanter wurde es, desto häufiger versuchte es souveräne Einmischungen, wenn ihm nicht nach dem Kopfe gesprochen oder votirt wurde, wie denn auch Drohung und Einschüchterung aller Art, zumal gegen die engere Verbindung der Mitglieder nicht fehlte, die auf ihr Fähnlein gesetzt hatte: »Deutschlands gründliche Freiheit und Einigung und keinen Bürgerkrieg um einer Staatsform willen, keine Anarchie, um zur Freiheit, und keine Umwälzung, um zur Einheit zu gelangen!« Die häufigen Zu-

schriften an den Ausschuß, wenige ausgenommen, waren voll des abscheulichsten Unsinns. Bald apotheosirten sie ihn auf die unverständigste Weise, bald traten sie ihn eben so frech unter die Füße. Er sprach sich gegen die Anarchie in Baden aus, und das »Volk« schrie Rache gegen ihn. »Nieder mit den Verschwörern gegen die Deutsche Freiheit! — Der Ausschuß hat seine Bestimmung vergessen und steht im Begriff, die Volkssouveränität, seine Mutter zu verläugnen — helft gegen das höllische Werk der Reaktion in Baden, sonst wird sich das Deutsche Volk selbst helfen, sein Recht wieder in Händen nehmen, und wehe denen, die es verschuldet, wenn der Ruf Verrath und Rache durch alle Gauen Deutschlands ertönt!« Es kam noch viel schlimmer, noch viel brutaler wurde die Minderheit angeschnaubt, die das Verbrechen beging, frei nach ihrer Ueberzeugung zu reden und zu stimmen und nicht jedem Bummler die Souveränität zugestehen und pariren mochte. Auch wir wollten rasch angegriffen und durchgegriffen wissen, und wir wurden nicht müde, Jeder von uns, nach allen Seiten und allen Kräften dahin zu wirken, daß es geschehe, daß dem Revolutionsbrande dadurch die Nahrung entzogen und am sichersten gesteuert werde. Es geschah bisweilen, daß man nach unserer Ansicht zu lässig darin war, und zu sehr das Herausgehen aus dem herkömmlichen Geleise scheute. Wir wußten sehr wohl, daß es ohne alle Unfüglichkeiten bei keinem Eintritt einer neuen Ordnung abgeht, und mahnten dann, daß man sich dadurch nicht beirren lasse; wenn es nur in Wahrheit einer neuen Ordnung gelte, müsse man über kleine Unordnungen »nachsichtig urtheilen, doch stark dawider auftreten.« So ist uns auch das Hochkomische im revolutionären Spiegelfechten und Allmachtspielen des Funfzigerausschusses nicht entgangen und war oft Gegenstand unsers Humors im engeren Kreise. Die gute Laune dazu fehlte uns selbst nicht in der Zeit, als er in der That mächtig war, großen Schaden und Unfug anzurichten und als ein Theil der Mitglieder wirklich in der Einbildung lebte und sich gefiel und spreizte (in bombastischen Reden, in Proklamationen, Absendung von Deputationen u. s. f.) die einzige moralische oder auch materielle Macht in Deutschland zu sein. Als in seiner spätern Periode die Kritik gegen ihn immer lauter wurde, als die Zeichen sich häuften, daß er keineswegs allmächtig sei, als er alt und ohnmächtig, ja zum Theil schon lächerlich wurde, stellte sich bei Manchen eine Enttäuschung und Verblüfftheit ein, welche abermals, nur in einer anderen Art, sehr komisch war. Eins der am stärksten in der Phantasmagorie befangenen Mitglieder sagte mir in dieser Zeit der Auflehnungen gegen unsre Majestät, das sei nun die Folge davon, daß die Mehrheit kein Bewußtsein der Macht des Ausschusses oder nicht den Muth gehabt, sie zu gebrauchen. »So lange wir energisch auftraten, gehorchten uns Preußen und Alle, wogegen —«. Gerade ich sollte am meisten Schuld daran sein, daß — nicht noch viel mehr Unsinn getrieben und daß es nicht dazu gekommen war, daß wir völlig und eklatant Fiasco gemacht. Jenes Mitglied hatte jedoch selbst Theil an einer der Funfziger-Deputa-

tionen genommen, die nichts ausgerichtet. War aber die innere und äußere Politik, welche im Ausschuß getrieben wurde, der Art, daß manche Mitglieder sich bloß lächerlich dadurch machten, so hatte sie doch auch eine Seite, die nicht geringe Besorgniß einzuflößen geeignet war. Die »Wühlerei« trat damals in Blüte. Ihr Ziel bestand in einer unwahren mechanischen, die ganze Vergangenheit negirenden, die Civilisation vernichtenden, die Gesellschaft auflösenden, die Gegenwart und Zukunft verderbenden Gleichheit, einer Freiheit und Gleichheit für Wilde. War dies ihr Zweck oder mußte dies doch ihr Ende sein nach dem System der demokratischen Leiter, so waren die angewendeten und empfohlenen Mittel gleich verwerflich und abschreckend: Brutalität und Kniffigkeit, rohe Gewalt und Lüge im engsten Verein. Trotzdem, und so grob der ganze Betrug war, ließen sich nur zu Viele, nicht bloß in den unteren Klassen, betrügen. Mehre und immer Mehre fielen dieser Wühlerei anheim, trotzdem daß sie sammt ihren Urhebern mit jedem Tage gefährlicher sich darstellte und in höherem Maß bloßgestellt wurde. Sie hatte einen Hauptsitz in Frankfurt, die Fäden ihrer Leitung liefen mitten in den Funfzigerausschuß hinein, und die Hände, von welchen dieselben dirigirt wurden, ließen nichts von staatsmännischem Geschick blicken. Wer hätte da achten, dieser Partei oder der Zukunft sonderlich vertrauen lernen können, da es augenscheinlich die Wühler waren, denen das »Volk« sich hingab und die zum großen Theile diese Zukunft in der Hand hatte? und da ebenso augenscheinlich gegen diese Partei der Revolution und Anarchie die Partei der Reform, der gebildeten Unitarier, der Gagern u. s. w. in den intelligenten Klassen nur einen schwachen Halt hatte und sich nur mühsam gegen die andre behauptete? Der Baden'sche Aufstand, Scenen wie die im Funfzigerausschusse, als der Fall des Generals Gagern zur Sprache kam, und das Verhalten des Volks bei diesen und ähnlichen Vorgängen zeigten, zu welcher Höhe die Verwirrung und Auflösung der rechtlichen und sittlichen Begriffe, der politische Fanatismus bereits gediehen war. Ich erblickte ein abermaliges Memento darin, daß Alles aufzubieten sei, die nöthige Reform rasch durchzuführen, dabei die gesetzlichen Gewalten nach Möglichkeit zu schonen, dem Idealen zu entsagen und einen mäßigeren Fortschritt für den Augenblick genug sein zu lassen. Diese Ansicht befand sich jedoch in entschiedener Minderheit, auch als die National-Versammlung zusammentrat, mit hochgespannten Erwartungen und Vorsätzen, die Erwartungen und Ideen überall im Volke abermals anspannend.

Die Bundesversammlung und die Vertrauensmänner in der Zeit vom Vorparlament bis zur Eröffnung der National-Versammlung. — Der Siebzehnerentwurf.

Wir gehen über zu einem Hinblick auf die Thätigkeit der Bundesversammlung und der Vertrauensmänner in Beziehung auf das Verfassungswerk während dieser Zeit. Mehreres wurde schon berührt.

Die älteren Bundesgesandten wurden nach und nach abberufen, um durch neue ersetzt zu werden. Am 2. April beschloß die Bundesversammlung die seit 1819 erlassenen Ausnahmsgesetze für aufgehoben zu erklären. An demselben Tage hatte das Präsidium des Vorparlaments die Beschlüsse des letzteren mitgetheilt. Die Bundesversammlung beschloß gleichfalls noch an demselben Tage, sich »gern bereit zu erklären, den in dieser Mittheilung und den Beschlüssen des Vorparlaments enthaltenen Wünschen entgegenzukommen«. Am 7. April erfolgte der Beschluß, die Bundestagsverhandlungen wieder zu veröffentlichen. Es erfolgten weiter manchfache Beschlüsse über den Theil der Förderung des Verfassungswerkes, womit sich die Bundesversammlung vornämlich beschäftigte, nämlich die Wahlen zur National-Versammlung und die Vorbereitungen zur Eröffnung derselben. Die Bundesversammlung that das Möglichste, den Anforderungen des Vorparlaments und Funfzigerausschusses zu genügen, mit welchem sie einen Todeskampf der Legalität gegen den Umsturz kämpfte.*) Es gelang nicht mehr, sie

---

*) »Während in Frankfurt der Funfzigerausschuß des Vorparlaments sich neben der Bundesversammlung und dem Collegio der Siebzehner installirt hatte, und ohne durch irgend ein legales Band an die bisherigen

populär zu machen, ihre Exekutivgewalt zu stärken, ihr die Initiative in der Verfassungsangelegenheit zu erhalten. Sie wurde nicht rasch genug epurirt, und ihre nach und nach erfolgende Epuration half so wenig, als ihre Ergänzung durch die Vertrauensmänner. Die meisten Regierungen ließen es an gehöriger Instruirung ihrer Gesandten fehlen, während dem Fehler, daß die Letztern schlechthin an Instruktionen gebunden waren, nicht abgeholfen wurde. Die Bundesversammlung änderte oder konnte ihren schleppenden Geschäftsgang nicht rasch genug ändern, sie gerieth in die Dienstbarkeit der Funfziger, sie wurde zumal von den Deutschen Großmächten im Stich gelassen. Oesterreich und Preußen verhielten sich passiv in der Verfassungsfrage. Ihre Eifersucht und ihr Streit wegen des überwiegenden Einflusses in Deutschland erhielten neue Nahrung. Oesterreich zürnte, weil der König von Preußen Miene gemacht, die Kaiserkrone anzunehmen. Der Oesterreichische Bundesgesandte empfand das Benehmen des Vorparlaments und Funfzigerausschusses gegen den Bundestag und die Regierungen am unwilligsten. Er äußerte, wenn man so fortgehe, so unbillig werde und Oesterreich Unmögliches anzusinnen nicht aufhöre, so maßlose Forderungen an ihn stelle, während er mehr auf sich genommen,

---

verfassungsmäßigen Zustände sich anzuschließen, als ein (um die nackte Wahrheit zu sagen) lediglich auf dem Boden der Revolution ruhendes Institut der Natur seiner Entstehung nach zunächst ein Feld für seine Thätigkeit, eine Kompetenz suchen mußte, welches nur innerhalb der Grenzen der Zuständigkeit des Bundestags zu finden war, so konnte es an Stoff zu Reibungen und Conflicten nicht fehlen, als deren Endresultat immer die Anarchie und der Bürgerkrieg im Hintergrunde drohend sich geltend machten. Der Bundestag erkannte es als seine Aufgabe, diesen Gefahren des Vaterlandes, welche durch die Zustände im Baden'schen Oberlande sich als sehr naheliegend bekundeten, nach Möglichkeit vorzubeugen und den Faden der Legalität und Verfassungsmäßigkeit, wie dünn er auch oft erschien, vor dem gänzlichen Zerreißen zu bewahren. Es kann daher kein Wunder nehmen, daß die Thätigkeit der Bundesversammlung in wachsender Steigerung von den sich überstürzenden Ereignissen des Tages in Anspruch genommen, bald eine Wendung nehmen mußte, welche der äußeren Form nach, einem Wettlaufe mit dem Funfzigerausschusse um die Priorität der Beschlußnahme, ihrem innern Wesen nach aber als ein Todeskampf der Legalität gegen den Umsturz erscheint, und welcher in den Verhandlungen über die Schaffung einer provisorischen Centralgewalt seinen Culminationspunkt erreicht.« (Aktenstücke zur neuesten Geschichte Deutschlands, S 23 f.).

als er im Grunde verantworten könne und während seine Regierung auf alles thunliche so bereit eingehe, so müsse er abtreten — so ohnmächtig sei Oesterreich noch nicht, wie man in Frankfurt und sonst zu glauben scheine, daß der Kaiser seine Krone auf dem Präsentirteller nach Frankfurt bringen müßte; der Kaiserstaat könne auch wol allein noch mächtig genug bestehen, und werde jedenfalls versuchen, seinen Gang allein zu gehen, wenn man die Unbilligkeit zu weit treibe. In Berlin waren diejenigen, welche Preußen gern an die Spitze von Deutschland gestellt hätten, sehr ungehalten auf Oesterreich, weil es im Wege stand.

Es würde gewiß gut gewirkt haben, wenn man die Vertrauensmänner in eine organische Verbindung mit der Bundesversammlung gebracht hätte. Es zog schlimme Folgen nach sich, daß letztere (gegen das Begehren der Funfziger) ein andres Verhältniß derselben zu ihr für zweckmäßig hielt. Gemäß ihrer Ansicht konstituirten sich die Vertrauensmänner als ein von ihr getrenntes Kollegium, kommunicirten zunächst nur durch den Revisionsausschuß und dessen Mitglieder mit ihr, und beschäftigten sich mit der ihnen überwiesenen Aufstellung des Entwurfs einer neuen Verfassung. Am 4. April begannen sie unter Max v. Gagern's Präsidentur ihre Sitzungen und ernannten eine Kommission, deren Entwurf ihren Berathungen zum Grunde gelegt wurde. Die Kommission bestand aus Dahlmann, Albrecht, Bassermann und eine Zeit lang auch Jordan. Am 27. überreichten die Siebzehner das Ergebniß ihrer Arbeiten der Bundesversammlung. Diese Arbeiten waren geheim gehalten und jeder Einwirkung der letzteren entzogen, die sich daher bis zu diesem Zeitpunkte in der Verfassungsangelegenheit auch nur passiv verhalten konnte. So kam es, daß die Regierungen inzwischen außer Stand gesetzt waren, auf die Förderung des Verfassungswerkes thätig einzuwirken, und vom Ende des Aprils bis zur Eröffnung der National-Versammlung über einen dieser vorzulegenden Entwurf sich um so weniger zu einigen vermochten, wenn sie auch bereit und gerüstet dazu gewesen wären. Die Hannöversche suchte zu erwirken, daß die Bundesversammlung den der konstituirenden Versammlung vorzulegenden Verfassungsentwurf vorher sich selbst zu eigen mache, da er, wie er jetzt vorliege, lediglich als beiräthliches Gutachten zu betrachten und auch von dem Verfasser bezeichnet sei. Aber die Bundesversammlung war todtmüde und matt. Der Funfzigerausschuß hatte sie zur Desperation gebracht. Die Mehr-

zahl der Mitglieder meinte, man müsse diese Dinge sich selbst überlassen, weil desfallsige Vorlagen Seitens des Bundestags an die konstituirende Versammlung doch nicht beachtet werden würden *).

Der Siebzehnerentwurf wurde aus den verschiedensten Gründen im Ganzen mit Kälte aufgenommen **). Kaum daß er in der allgemeinen Hast und in der Vielheit der Verfassungsprojekte eine sonderliche Aufmerksamkeit erregte. Keineswegs daß er durchgeschlagen hätte, daß seine Ideen schon in dieser Zeit die Parole selbst nur einer starken Partei geworden wären. Er erregte sofort mancherlei, auch leidenschaftlichen Widerspruch und bei befähigten Prüfern vielfache Zweifel gegen seine Ausführbarkeit. Der Zeitpunkt und die Gemüther waren so bewegt und gespannt, daß sich zwar alle Welt mit Politik, den Tagesereignissen, der neuen Deutschen Verfassung abgab, daß es aber nur von sehr Wenigen mit Ernst und gründlicher Erwägung geschah. Auch der Entwurf, obwohl in mehr als einer Beziehung eine tüchtige Arbeit, war im Drange zu Stande gebracht und stellte sich als Erzeugniß einer revolutionären Epoche und hochgespannten Stimmung dar. Die Redaktion wie die Grundgedanken, namentlich der vom Erbkaiserthum, gehörten Dahlmann; Albrecht hatte ihn vornämlich vertheidigt gegen eine Minderheit von sechs Stimmen ***). Während der Berathung trat Bassermann auf

*) Aktenstücke &c. S. 157 ff.

**) »Das berauschte Frühjahr hatte diesen (im Siebzehnerentwurf liegenden) Vorschlag (eines neuen Deutschen Kaiserthums) mit Kopfschütteln und Staunen aufgenommen, mit Mißmuth, ja an vielen Orten mit Hohn und Verachtung zurückgewiesen. Die jungen Spatzen besonders fertigten das Kaiserthum ab wie eine veraltete Vogelscheuche« u. s. f. So Laube a. a. O. I. 277. Die Gelbschnäbel waren es indeß weder allein noch »besonders«, welche das Kaiserthum verwarfen, wie wir unten sehen werden. Es geschah vielmehr besonders und mit eindringender Kritik von erfahrnen Staatsmännern und Politikern, z. B. von Bunsen — *sogar* von Bunsen.

***) Vom Verfassungsausschusse redend sagt Laube (II. 32) nicht unrichtig: »Der eigentliche Mittelpunkt und der unerschütterliche Mittelpunkt war Dahlmann. In ihm war die Verfassung mit der Kaiserspitze lange schon verkörpert, ehe sie berathen und beschlossen wurde. Mit dem Entwurfe der Siebzehner schon, also schon zwischen Vorparlament und National-Versammlung, begann sein herrschsamer Eindruck. Wie Viele hat er gewonnen durch überzeugende Kraft! Der allgemeine Aufschrei im Maimonate, als der Siebzehnerentwurf bekannt wurde, legt Zeugniß dafür ab, wie himmelweit entfernt die öffentliche Meinung war vom Gedanken eines Kaiserthums.«

die Seite der Erblichkeit, Jordan auf die Gegenseite. Man weiß, daß Jordan, als der Kommissionsentwurf zum Vorschein gekommen, an Dahlmann die Frage gerichtet, wo der Staat zu finden sei, auf welchen die darin projektirte Verfassung angewendet werden solle? Als die Vertrauensmänner ihren Entwurf der Bundesversammlung überreichten gegenüber den Vertretern der Kronen Oesterreich und Preußen, sagte Welcker: »Mit Freuden begrüße ich den Preußischen Kaiser von Deutschland, wenn Oesterreich erklärt, sich unterordnen zu wollen und zu können, und mit Freuden begrüße ich im umgekehrten Falle den Oesterreichischen Deutschen Kaiser; wenn aber dem nicht so ist, so kann ich für diesen Entwurf nicht stimmen, so lange die Verfasser nicht mit Wirksamkeit ihrem schönen Werke den §. 1 voranstellen können, »von nun an wird die Natur der Dinge geändert und alle Eifersucht der Menschen und Volksstämme aufgehoben.« Am 22. Januar 1849 hat Vincke in einer Rede geäußert: »ich kenne Mitglieder aus Oesterreich, die im Siebzehnerkollegium waren, und für die Erblichkeit gestimmt haben in der festen Ueberzeugung, daß gerade Preußen an die Spitze kommen müsse; ich sage was ich von einem dieser Mitglieder selbst gehört habe.« Es klang unglaublich. Die Oesterreichischen Mitglieder waren Schmerling und Somaruga gewesen. Der letztere hat mich versichert, es sei unter den Siebzehnern ganz und gar nicht von Preußen und überhaupt nicht die Rede davon gewesen, welcher Fürst an die Spitze kommen müsse. Schmerling war der Meinung, da der König von Preußen so sehr diskreditirt sei, könne wol nur an den Kaiser von Oesterreich gedacht werden — sofern der projektirte Entwurf zur Ausführung käme. Der ursprüngliche Entwurf schien »selbst an der Hoffnung zu verzweifeln«, als werde man sich schon jetzt über ein erbliches, d. h. ein bestimmtes erbliches Kaiserhaus vereinigen. Er enthielt zu dem, die Oberhauptserblichkeit bestimmenden §. 5 den Zusatz: »Sofern für jetzt über die Wahl eines künftigen Reichsoberhaupts (Deutschen Kaisers) keine Einigung zu erreichen steht, wird ein stellvertretendes Oberhaupt (Reichsverweser) aus dem Kreise der regierenden Häuser Deutschlands von den bisherigen Bundesgliedern im Einverständniß mit der Nationalversammlung auf fünf Jahre gewählt.« Man ließ diesen Zusatz nur weg, weil man es für bedenklich erachtete, eine ausdrückliche Hinweisung auf ein solches überdies nahe liegendes provisorisches Auskunftsmittel zu geben und damit gewissermaßen das Bekennt-

niß abzulegen, daß man nur auf dasjenige hoffe, was jetzt als unmöglich erscheine. Man wird kaum umhin können, ein Kennzeichen unpraktischer Gesetzgeber- und Staatsmännerschaft hierin zu erblicken; denn der praktische Gesetzgeber bringt keine Bestimmung aufs Papier, deren Ausführbarkeit er nicht vollkommen gewiß ist, der praktische Staatsmann erregt zumal in revolutionären Zeiten ohne Noth keine Hoffnung, von deren Erfüllbarkeit er nicht überzeugt ist *).

Daß der Entwurf eine Majorität unter den Siebzehnern fand, erklärt sich um so mehr daraus, daß die meisten Mitglieder den Kleinstaaten entstammten, was selbst bei Dahlmann, dem Mitgliede für Preußen, der Fall war. Eben daraus erklärt es sich um so leichter, daß an Preußen unter den Siebzehnern viel gedacht wurde, so wenig auch die Rede davon gewesen, daß die Grundidee des Entwurfs keine andere als die des Preußischen Erbkaiserthums war. Vorsitzender war M. v. Gagern, der dafür schon im März auf Reisen und in Unterhandlung gewesen war. Vornehmster geistiger Urheber des Entwurfs und einflußreichstes Mitglied war das Mitglied für Preußen, Dahlmann, gleich Droysen und Gervinus Professor, Theoretiker und eng verflochten in die Interessen und Gefühle Schleswig-Holsteins, das von der Erhebung des Preußischen Königs die Erfüllung seiner besonderen Wünsche hoffte. Die Kleinstaatenmitglieder und Gelehrten hingen zum Theil sehr eng zusammen; Mehrere unter den letztern waren Vorfechter der südwestdeutschen politischen Ansichten, für welche sie einen beträchtlichen Theil der politischen Gelehrtenrepublik gewonnen und eine Partei zu Stande gebracht hatten, die Partei, von welcher die Bewegung im Südwesten und die Berufung zum Vorparlament ausgegangen war. Durch das Alles befanden sie sich für ihre Ideen unter den Siebzehnern im Vortheil, und dies um so mehr, da es unter diesen an einer verhältnißmäßig nicht ganz unbeträchtlichen Zahl von unbedeutenden Persönlichkeiten nicht fehlte. Wie dem nun sein mochte, anders als im Siebzehnerkollegium stand es im deutschen Volke. Hier fand sich keine Mehrheit für die Idee vom Kaiserthume, noch weniger dafür, daß eben der Preußische König die erbliche Kaiserkrone erhalten müsse. Mochten auch Wenige oder Viele daran denken, so war der Gedanke doch bei den Allermeisten ein

---

*) Aktenstücke rc. S. 130.

sehr unbestimmter, so daß die Einen ein Kaiser- oder ein Preußisches Kaiserthum für eine Nothwendigkeit hielten oder darauf hinarbeiteten, Andre und weit Mehre es bloß in Aussicht nahmen, es hofften oder wünschten mit größerer oder geringerer Zuversichtlichkeit. Man hörte Dahlmann selbst äußern, er sei bei seiner Mitarbeit an dem Entwurfe sich oftmals wie ein Träumender vorgekommen. Im Vorwort sagt er, die Urheber des Entwurfs hätten allerdings die »ungeheure Kühnheit, ja Vermessenheit« empfunden, »durch wenige scharf einschneidende Paragraphen tausendjährige Schäden heilen zu wollen«. Er bestritt es, daß den König Friedrich Wilhelm nach der Kaiserkrone gelüste; der König habe unsäglich viel romantisch-historische Sympathien für Oesterreich. Als um die Mitte des April in engerem Funfziger-Kreise die Ernennung des »Triumvirats«, eines Kriegsobersten, eines Reichsverwesers besprochen wurde, verwarfen selbst Preußen und späterhin Preußisch-Kaiserliche und denen nachgesagt ist, sie hätten von jener Zeit an für die Preußische Hegemonie oder Oberherrschaft in der Stille gewirkt und intriguirt, den Prinzen Friedrich von Preußen, blieben — sofern von fürstlichen Personen die Rede war — beim Erzherzoge Johann stehen, und wußten nicht genug davon zu sagen, wie sie aus bester Quelle wüßten, daß der König neuerdings tief bewegt geäußert, er würde sich glücklich schätzen, dem künftigen Kaiser (aus dem Oesterreichischen Hause) in der Krönungsstadt als Brandenburger das Becken zu reichen u. dgl. mehr. Endlicher aus Wien, der edle Märtyrer der Volkslaune, berichtete etwas später von einer Unterredung, die er mit dem Könige gehabt, daß er denselben nur zu gebeugt gefunden, und im Uebrigen, daß der König die Ansprüche Oesterreichs auf den Vorantritt auf das Bereitwilligste anerkenne und selbst befürworte. Diese und ähnliche Kunde im Zusammenhange mit öffentlichen Nachrichten, mit dem Hinblick auf die beträchtliche Unpopularität, in welche der König durch eine verleitete Tagsstimmung gerathen war und auf den Gesammtcharakter, in welchem er bis zu dieser Zeit sich dargestellt, flößte nothwendig fast Jedermann Bedenken ein, ob eben von diesem Könige die Durchführung der Idee vom Deutschen Kaiserthume zu erwarten sei. Er hatte nicht einmal die Reform der Bundesverfassung durchgeführt, von deren Nothwendigkeit und Pflichtmäßigkeit er so tief überzeugt war, und was war sie im Vergleich mit der Errichtung und Behauptung eines Erbkaiserthums in Deutschland! Die Zweifel an

der Ausführbarkeit der Idee eines solchen überhaupt mehrten sich, wenn die fürstlichen Persönlichkeiten, welche in Betracht kommen konnten, durchmustert wurden und das Ergebniß darin bestand, daß für die Rolle der Mann nicht vorhanden sei. Die Idee vom Kaiserthume, insbesondere die vom Preußischen Kaiserthume erregte bei denen, die sich durch Aufwallungen und Redensarten nicht täuschen ließen, noch mehr Bedenken durch den Umstand, daß das Einheitsbedürfniß und Streben in den großen und mittleren Staaten keineswegs so tief und verbreitet in dem Sinne vorhanden zu sein schien, wie es der Siebzehnerentwurf als Bedingung seiner Ausführbarkeit nothwendig voraussetzen mußte. So stand es damit namentlich in Preußen selbst. Doch müssen wir, auch um für spätere Vorgänge die Grundlage zu einem richtigen Urtheile zu gewinnen, etwas genauer ins Auge fassen, wie es sich mit den dort vorhandenen Velleitäten für ein Kaiserthum und deren Wechselwirkung mit ganz anderen Tendenzen dieser Art verhielt.

Man sagt gewiß richtig, Preußen, indem es wurde, was es geworden ist, blieb ein durch und durch Deutscher Staat, aber eben so richtig sagt man, daß es stets dagestanden als ein Besonderes, dem bestehenden Deutschland und dessen Formen Entgegengesetztes. Es hat sich zu seiner Stellung emporgearbeitet im Gegensatze gegen die auf anderen Grundlagen beruhende Reichsgewalt. Nicht bloß daß es gleich anderen Deutschen Staaten groß geworden ist auf Kosten der Deutschen Centralgewalt, d. h. der Deutschen Einheit, diese in dem Sinne genommen, daß darunter Koncentration verstanden wird. Es hat in mehreren eklatanten Fällen die Zeitumstände benutzt, Deutschland und dessen Einheit, diese auch in dem Sinne gefaßt, nach welchem sie die Integrität oder Ganzheit bedeutet, preis zu geben, um zu einer Vergrößerung, zur Oberherrschaft wenigstens über die nördliche Hälfte Deutschlands, zu einem etwa bis an die Mainlinie vergrößerten Staatenkomplex zu gelangen. Freilich ist ein lebendiges Gefühl der Unterordnung unter den Deutschen Kaiser ein Charakterzug der Brandenburger; daneben aber fehlen die feindseligen Gegensätze zu Kaiser und Reich nicht, wodurch Preußen selbstständig geworden und die für sein Heranwachsen zur Selbstständigkeit eben so bezeichnend sind. Die mehrmaligen Versuche, die größte landesfürstliche Macht Deutschlands zur kaiserlichen, zur legitimen zu machen, mißlangen, und immer am meisten durch Preußens hergebrachtes Verhalten. Man wollte

trotz aller Pietät gegen das alt-ehrwürdige Kaiserthum am Ende doch stets lieber usurpirend und erobernd die territoriale Macht des Preußischen Königthums vollenden, als mit den vorhandenen Kräften die alten Traditionen der Reichseinheit wieder aufbauen helfen; man zog dem friedlichen Uebergange vom Territorialfürstenthume die Fortsetzung der alten Politik vor. Diese Politik war specifisch Vergrößerungspolitik, nicht selten verbunden mit Selbstsucht und Ueberhebung, Gewaltsamkeit und List, um nicht zu sagen Kniffigkeit. Weder die alten Freiheiten der eignen Stände und Unterthanen, noch die Rechte der Deutschen Mitstände konnten dabei sonderlich geachtet werden, und die Folge aller dieser Gegensätze, von Märkischen Stammeseigenheiten und andern Gründen abgesehen, war, daß Preußen, trotz der Bewunderung und Verehrung, die es sich erwarb, trotz all seiner Verdienste um Deutschland und Deutsches Wesen und trotz aller Anerkennung derselben niemals eine tiefe Abneigung der übrigen Stämme und Staaten zu überwinden vermochte. Die Bundesakte von 1815 begründete eine Art Wettlauf Preußens mit Oesterreich um den meisten Einfluß in Deutschland, ruhete aber doch auf der Idee der Gleichberechtigung der zum Bunde vereinigten Staaten und des Ausschlusses sowol Preußischer wie Oesterreichischer Oberherrschaft. Indeß wurde im Kreise der Preußischen Diplomatie schon vor vielen Jahren der Fall eines Zerwürfnisses mit Oesterreich, einer Spaltung Deutschlands und einer Vereinigung einer möglichst großen Anzahl der übrigen Bundesstaaten unter Preußen in Aussicht genommen *). Im Jahre

*) Man möge nicht glauben, hieß es im Leiter der № 110 der Deutschen Zeitung vom J. 1849, daß man in Berlin auf das Anerbieten der Kaiserkrone ganz unvorbereitet gewesen sei, man müsse sich an diese Ideen erst anfangen zu gewöhnen. Vom 21. März 1848 wollen wir gar nicht reden; nicht einmal vom Zollverein; viel früher war man mit dem Gedanken vertraut, daß der Waffenstillstand zwischen Wien und Berlin, den die Deutsche Bundesakte besiegelt, einmal zu Ende gehen könne. Recht von fernher, und allerdings mit fast kleinlicher Erwägung, waren die Eventualitäten dem Kabinet dargelegt. Die Denkschrift eines Preußischen Diplomaten aus dem Jahr 1822 ist längst kein Geheimniß mehr. Darin ist mit Bezug auf die im Bunde zu befolgende Politik ausgesprochen: Alles werde möglichst so vorzubereiten sein, »daß, wenn einst eine Trennung Preußens von Oesterreich erfolgen und dem zu Folge eine Spaltung Deutschlands stattfinden sollte, der überwiegende Theil der Bundesstaaten sich für Ersteres erkläre, und daß alsdann die

1831 war des Würtemberger's P. Pfitzer Briefwechsel zweier Deutschen erschienen, worin zur bessern Gestaltung, zur Aufhülfe oder Rettung Deutschlands die Idee der Oberherrschaft Preußens über das übrige Deutschland unter Abtrennung von Oesterreich so beredt auseinandergelegt wurde, um in einem Kreise unitarischer Politiker, in welchem sie großen Anklang fand, eifrig fortgepflanzt zu werden. Damit hatte sich die Reflexion in weiteren Kreisen der Idee der Preußischen Vergrößerungspolitik angenommen, doch so, daß sie nicht in diese eingehen und ihr dienen wollte, wie auch die specifisch Preußische Richtung in diese Deutsche nicht eingehen mochte. Sie unterstützten einander und standen doch eine der andern entgegen. Der Pfizer'sche Gedanke fand gerade in Süddeutschland auch den lebhaftesten Widerspruch, weil sich Preußen zu sehr bei dem Reaktionssysteme gegen den Konstitutionalismus betheiligte und um so mehr Mißtrauen und Abneigung sich zuzog, weil es dabei unter einem falschen Scheine feiner und noch gefährlicher als Oesterreich zu Werke ging. Wie oft mahnten die »Konstitutionellen« bis in die letzten Jahre Preußen auf, sich an die Spitze des freiheitlichen Princips zu stellen und durch Einführung des Konstitutionalismus in seinem Gebiete ganz Deutschland friedlich zu erobern. Es mochte jedoch nie die Bedingung erfüllen, unter welcher sie die Hegemonie oder die Kaiserkrone ihm zudachten; es lehnte die freiheitliche und deutschthümliche Richtung ab. Bis zum Frühjahr 1848 hatten die zur Vereinigung her und hin ausgestreckten Hände sich doch nicht eigentlich berührt. Vergebens suchten die Konstitutionellen den Pfizer'schen Gedanken von Zeit zu Zeit wieder auf die Bahn zu bringen. Im Frühjahre bemühete sich die Deutsche Zeitung damit, ohne

vorhandene Bundesform nicht zu sehr zum Nachtheile der Preußischen Seite benutzt werden könnte.« Ferner: »mag Preußen eine passive Rolle spielen und in manchen Punkten nur der Oesterreichischen Politik zu folgen scheinen; jemehr es jenen Schein zu gewinnen glückt, desto sicherer wird ihm einst die Mehrheit der Bundesstaaten zufallen, wenn das Aufhören der Preußisch-Oesterreichischen Allianz auch den Druck, den ihr vereintes und umfassendes Gewicht ausübte, aufhören läßt.« Und noch einmal: »in der Hypothese einer dereinstigen Spaltung Deutschlands könnten sehr genau und scharf bestimmte Bundesformen stets wesentliche Vortheile der im Besitz der formellen Geschäftsleitung befindlichen Macht gewähren, was die nöthigen Maßregeln unendlich erschweren würden, welche Preußen dann im Bunde zu ergreifen angemessen finden dürfte, um eine Anwendung des Bundesmechanismus gegen sich selbst zu neutralisiren.«

sonderlichen Anklang zu finden. Vergebens rührte sich von anderer Seite die Preußische Vergrößerungspolitik. So soll bei den Festen, welche 1842 der König am Rhein gab, die Idee des Preußischen Erbkaiserthums besprochen, dem Könige in Verbindung mit anderweiten Plänen im Interesse der Koburgischen Dynastie nahe gelegt sein, wo denn Friedrich Wilhelm entgegnet habe, ein Deutschland ohne Oesterreich komme ihm vor wie ein Gesicht ohne Nase und Augen. Bei den Tendenzen nach einer wesentlichen Umbildung der öffentlichen Verhältnisse, welche die zweite Badische Kammer so lebhaft verfolgte, trat der Gedanke an ein Erbkaiserthum doch ganz und gar nicht in dem Sinne hervor, daß man einen Preußischen Erbkaiser und damit den Ausschluß Oesterreichs gefordert hätte. Der Kommissionsbericht über den Bassermann'schen Antrag empfahl ein wechselndes dreijähriges Oberhaupt. Dafür erklärte sich einstimmig die Badensche Kammer und ebenso der von den ein und funfzig in Heidelberg Versammelten gewählte Siebnerausschuß. Gleichzeitig wurden von anderer Seite Versuche gemacht, die Idee des Preußischen Kaiserthums zu verwirklichen, und ebenfalls ohne Erfolg. —

Schon seit ein paar Jahren hatte sich H. v. Gagern mit dem Plane getragen, eine friedliche Auseinandersetzung mit Oesterreich zu Stande zu bringen, um dann um so fester das übrige Deutschland zu staatlicher Einheit zusammenzufügen. Er hatte seine Idee dem Vater und den Brüdern, Max und Friederich (dem General) mitgetheilt. Sie hatten große Bedenken geäußert, hatten gemeint, Oesterreich werde sich aus Deutschland nur mit den Waffen in der Hand hinausdrängen lassen. H. v. Gagern war indeß bei seiner Meinung geblieben, daß für Deutschland kein anderer Ausweg sei, nämlich um zur Staatseinheit zu gelangen. Am 24. März 1848 gab er der Hessischen Kammer Auskunft über die Schritte, die er bereits zur Verwirklichung des in der großherzoglichen Proklamation vom 6. bezüglich der Umgestaltung des Bundes Verheißene habe thun können. Indeß bezeichnete er es als ein Nationalunglück, wenn Oesterreich von Deutschland ganz sich löste: ein solches gänzliches Ablösen Oesterreichs sei wenigstens nicht als eine nothwendige Folge der engeren organischen Einheit des übrigen Deutschlands zu betrachten; Oesterreich sei zunächst darauf angewiesen, sich selbst neu zu konstituiren, und darnach erst könne die Frage kommen, wie es sich zu Deutschland verhalte; das übrige Deutschland

aber könne mit seiner Konstituirung nicht warten, bis sie gelöst sei, müsse mit seiner Konstituirung voranschreiten, ohne im mindesten für die Zukunft Oesterreich ausschließen zu wollen; man müsse an Preußen, als den mächtigsten Kern Deutscher Macht, sich anschließen, doch sei Alles aufzubieten, um eine Trennung in Deutschland zu vermeiden, die unglücklichste aller Trennungen, die in Nord und Süd *).

Jene Schritte hatten nun darin bestanden, daß ein Nassauischer Bevollmächtigter (M. v. Gagern) nebst einem von Seite Hessens beigegebener jene schon erwähnte diplomatische Märzreise unternommen hatten, die als eine Rundreise für das Preußische Kaiserthum mag gelten können. Sie hatte jedoch nicht den günstigen Erfolg gehabt, den H. von Gagern ihr beimessen zu wollen schien. Nur an den Höfen von Karlsruhe und Stuttgart fand sich ein bedingtes Einverständniß. Man war dort geneigt, die Oberleitung in die Hände des Königs von Preußen zu legen, doch war damit immer noch, wenn ich recht verstanden habe, kein Preußisches Erbkaiserthum gemeint. Das vornehmste Argument, womit der Rath oder die Aufforderung, die erbliche Kaiserkrone dem Könige von Preußen zu übertragen, unterstützt werden mußte, bestand in der Drohung mit der Revolution, die besonders in München nicht gut aufgenommen wurde. M. v. Gagern wurde dort am 16. März zuerst mit Bestimmtheit abgewiesen. Darauf erklärte man sich für den Fall daß Oesterreich zurücktrete und so lange dieß geschehe, damit einverstanden, daß Preußen an die Spitze trete wie Oesterreich bisher den Vortritt gehabt. *) In Dresden erfuhr M. v. Gagern

*) Haym. Die Deutsche National-Versammlung von den Septemberereignissen bis zur Kaiserwahl. S. 174 ff.

**) Die O.-P.-A.-Zeitung brachte am 5. März 1849 den nachstehenden Korrespondenzartikel: »Die neueste Schrift des Fürsten Ludwig Wallerstein über die Deutsch-Oesterreichische Frage enthält (Seite 14) folgende Stelle: »Beim Ausbruche der Märzbewegung strebten die Anhänger Preußischer Hegemonie den Sturm für ihre Zwecke zu benützen. Bei einem Haare hätte es ihnen geglückt, den Bundestag zum Uebersiedeln nach Berlin und zur Proklamirung einer, wenn auch nur zeitlichen, Preußischen Diktatur zu bringen. Die bekannte Abordnung aus Südwest bezielte nichts geringeres als die freiwillige Unterordnung aller Deutschen Regierungen unter das Kaiserthum an der Spree u. s. w.« Die Sendung der Bevollmächtigten von Nassau, Hessen-Darmstadt, Baden und Würtemberg zu Anfang März 1848 hatte ursprünglich den Zweck, das von den Fürsten dieser Länder, ebenso wie von dem König

eine noch herbere Zurückweisung. In Berlin fand sich der alte Gegensatz: Pietät für das ehemalige Reich, das ganze Deutschland, das alte Kaiserhaus auf der einen, die Preußische Vergrößerungspolitik auf der anderen Seite. Wie sehr auch gedrängt, ging Friedrich Wilhelm IV. doch durchaus nicht ein weder auf

---

Ludwig von Bayern gegebene Versprechen einer Nationalvertretung auf dem kürzesten und besten Wege gemeinschaftlich auszuführen. Wie und wo zuerst die Nothwendigkeit ausgesprochen wurde, der Nationalvertretung ein Bundesoberhaupt gegenüberzustellen, die Schicksale Deutschlands bleibend in die Hand eines mächtigen Fürsten zu legen und Preußen hierzu unter der Bedingung zu wählen, daß der König seinen eigenen acht Provinzen dieselben Rechte und Freiheiten verleihe, welche Süddeutschland schon errungen hatte — darüber Aufschlüsse zu geben, wird wol einer der Bevollmächtigten jener Sendung im geeigneten Augenblicke bereit sein. An Bayern, als die größte der süddeutschen Regierungen, erging sehr natürlich die Einladung, zu dem gemeinsamen Zweck die Unterhandlungen im Namen Aller in die Hand zu nehmen. Wien und Berlin waren von der Märzbewegung noch nicht erreicht. Daß sie Wien dergestalt erreichen würde, ahnte wenigstens Niemand in München am 14. Daß aber eine solche Bewegung vom Rhein aus Berlin erreichen und ganz Preußen in die nationale Strömung fortreißen müsse, war mehr als Ahnung; es war allgemeine Erwartung, und es war Bedürfniß, damit nicht wieder ein Rheinbund entstände. Wenn einer jener Bevollmächtigten in München durch Ueberreichung einer Denkschrift schon damals auf die Oberhauptsfrage einging und an das unverjährbare geschichtliche Recht der Nation erinnerte, zu erwarten und zu verlangen, daß die Fürsten ihr einen Kaiser gäben, — wenn auch in dieser Beziehung Bayern die Initiative angemuthet wurde, so lag dies nicht in seinem amtlichen Auftrage. Fürst Wallerstein war damals schon nicht mehr Minister. Von den Schritten jener Bevollmächtigten nahm er, wie es schien, nur als Freiwilliger Kenntniß, und als solcher versuchte er deren Vorschläge frageweise in folgender interessanten Fassung sich zu eigen zu machen: »Was wollen die vier Staaten? 1. Alle jene Deutsche Staaten, welche die große Reform im Innern einschlüssig des Deutschen Parlaments aufrichtig und entschieden wollen, thun sich zusammen in eine enge Verbindung, behufs der raschen rückhaltlosen Verwirklichung dieser Reformen im Innern und des Schirmes derselben gegen jegliche Gefahr von Außen. 2. Diese Verbindung bezweckt keine Zersplitterung Deutschlands, sondern die Kräftigung der Deutschen Einheit auf der heute noch einzig möglichen Grundlage. Eben darum ist der Zutritt jederzeit jedem Staate frei, der sich der nationalen Bewegung später befreundet. 3. Schließt sich Preußen der Reform offen und werkthätig an, so fällt ihm die Leitung der momentanen Einigung eo ipso ebenso zu, wie jene des Bundestags in Verhinderung Oesterreichs ihm längst übertragen ist.«

die Gedanken der Preußischen Staatsmänner, deren Tendenz die Benutzung jeder Eventualität zur Herrschaft Preußens über Deutschland, noch auf die Absehen der Deutschen Unitarier, die M. Gagern gesendet. Er wollte nicht Usurpator, nicht Kaiser sein, nicht Oesterreich ausschließen, nicht die Revolution, nicht den Krieg als Mittel. Freilich hatte er am 16. März erklärt, er werde sich an die Spitze Deutschlands stellen, doch hatte er zugleich auf einen Kongreß in Potsdam hingewiesen, und da sollte die längst beabsichtigte Revision der Bundesverfassung durch Abgesandte der Regierungen eingeleitet werden. Am 18. hatte er sehr bestimmt gefordert, ihm die schwarz-roth-goldene Fahne aus den Augen zu schaffen. Nachdem Graf Schwerin am 21. den Studenten gesagt, daß der König sich an die Spitze des konstitutionellen Deutschlands stellen wolle und in diesem Sinne beschlossen habe, die schleunige Bildung eines Deutschen Parlaments anzubahnen, erschien Friedrich Wilhelm zu Pferde in den Straßen, die Deutschen Farben am Arme, und erklärte sich zur Rettung der Deutschen Freiheit und Einigkeit berufen zu fühlen; doch sei dies keine Usurpation von ihm: er schwöre zu Gott, daß er keinen Fürsten vom Throne stoßen wolle; aber Deutschlands Einheit und Freiheit wolle er schützen; sie müsse geschirmt werden durch Deutsche Treue, auf den Grundlagen einer aufrichtigen konstitutionellen Deutschen Verfassung. Als eine Stimme rief, es lebe der Kaiser von Deutschland! wendete er sich mit einer unwilligen Kopfbewegung und rief zurück: »nicht doch, das will, das mag ich nicht!« und sagte weiter, er trage die Farben die nicht sein, und wolle damit nichts usurpiren, wolle keine Krone, keine Herrschaft, sondern Deutschlands Freiheit und Einigkeit und Ordnung: das schwöre er zu Gott; er habe nur gethan was in der Deutschen Geschichte schon oft geschehen, daß mächtige Fürsten und Herzoge, wenn die Ordnung niedergetreten gewesen, sich an die Spitze des ganzen Volkes gestellt, und er glaube, daß die Herzen der Fürsten ihm entgegenschlagen und der Wille des Volks ihn unterstützen werde. »Merken Sie sich das, schreiben Sie es auf, daß ich nichts ursurpiren, nichts will als Deutsche Freiheit und Einheit!« wiederholte er. Am Abend erließ er den Aufruf »An mein Volk und die Deutsche Nation,« mit dem verfänglichen — er verfing sich selber darin — dem vieldeutigen und vielgedeuteten »Preußen geht fortan in Deutschland auf« und dem Hinweis auf eine Deutsche Ständeversammlung, die er sich in der

Weise dachte, daß der auf den 2. April berufene vereinigte Landtag zugleich die Organe liefern sollte, mit denen die Fürsten und Stände Deutschlands zu einer gemeinschaftlichen Versammlung zusammentreten würden. Allein seine Voraussetzungen gingen nicht in Erfüllung, die Fürsten kamen ihm nicht entgegen, wie er es andeutete und sich gedacht haben mochte, am wenigsten die mächtigern, auf die es vornämlich ankam. Eben so wenig fand er die erwartete »Unterstützung des Volks.« Die öffentliche Meinung sowol in als außer Preußen verwarf ihn als den künftigen Kaiser sogar mit leidenschaftlicher Heftigkeit, so daß zu der Zeit die Freunde des Preußischen Kaiserthums, wo es deren gab, meisthin am Gerathensten fanden sich ganz still zu verhalten, um nicht Oel in das Feuer zu gießen. Endlich kam auch eine konstituirende Versammlung, wie er sie sich dachte, mit Theilnahme der Regierungen am Verfassungswerke nicht zu Stande. Die vorherrschende öffentliche Stimme, das Vorparlament, der Funfzigerausschuß — alle forderten eine souveräne National-Versammlung, und darin lag einer der Gründe, weshalb das Preußische Kabinet eine passive zuwartende Stellung annahm. Der König trat stillschweigend von seinen Kaiser-Ideen und Anerbietungen zurück, die Partei der Vergrößerung Preußens vertagte ihre Pläne, und nicht anders thaten die Preußischen Staatsmänner, Politiker und Patrioten, deren es gleichfalls gab, welche nach deutschthümlicher Richtung ihren König gern an die Spitze Deutschlands gebracht hätten. Im Uebrigen war es von denen, welche auf ein Preußisches Kaiserthum abzielten, doch nur ein Theil, der die Konsequenz, daß dann sehr wahrscheinlich Oesterreich von Deutschland ganz abgetrennt werden würde, ins Auge faßte und sich dieselbe zugleich gefallen lassen wollte. So weit war nach seinen Aeußerungen selbst H. von Gagern noch nicht entschlossen. Noch geringer war die Zahl derer, welche das Preußische Kaiserthum wollten und eben deshalb darauf ausgingen, Oesterreich abzutrennen, ja um von ihm loszukommen mit ihm hätten Krieg führen mögen. Die Meisten dachten sich die Deutsche Einheit in beiderlei Sinn; Deutschland sollte einheitlicher, koncentrirter werden, doch sollte es das ganze Deutschland sein. Das Preußische Kaiserthum wollten sie doch nur, wenn Oesterreich bei Deutschland bliebe. Sie dachten dabei entweder an eine friedliche Auseinandersetzung, oder an Vorgänge im Kaiserstaate, die den Zerfall desselben und die völlige Einverleibung der Deutschen Oesterreichischen

Länder in das zu errichtende Deutsche Reich zur Folge haben würden, oder an eine Deutsche und eine Oesterreichische Verfassung, wonach jene Länder in denselben Deutschen Reichsverband wie andre Deutsche Staaten treten könnten; sie dachten an einen entgegenkommenden Willen auf Seiten Oesterreichs oder an Zwang wenn der gute Wille dort fehlte — oder an gar nichts. Mit einem Worte, von einem Deutschland ohne Oesterreich wollte Niemand etwas wissen, sofern man auf die Stimmung im Ganzen genommen sieht. Einzelne Oesterreicher sahen schon von Anfang durch viele Illusionen hindurch und erklärten sich unumwunden dahin, daß Oesterreich bei einer Konstituirung Deutschlands zu einem einheitlichen Reiche wie wie man sie im Sinne zu haben scheine mit einem Kaiser und einem Kopfzahlparlamente nicht werde Theil nehmen können: der Versuch werde nur zu einer Spaltung Deutschlands führen. Die Sorge wurde von Manchen getheilt, daß das Ende des ganzen Unternehmens im Zerfallen von Deutschland in drei oder mehrere Stücke, oder in allgemeinem Hader und viel größrer Uneinigkeit und Nichteinheit bestehen werde, weil die — insbesondere auch die im Siebzehnerentwurf enthaltenen — Erwartungen und Ideen über die neue Deutsche Verfassung überspannt und unausführbar, und weil nach der Erfahrung aller revolutionären Zeitläufte die Nation nicht leicht bald genug von der Ueberstiegenheit ihrer Stimmung, ihrer Begriffe und Forderungen zurückkommen werde.

Je größer die Schwierigkeiten der ganzen Aufgabe waren, desto mehr hätte man wünschen müssen, daß ein praktisch ausführbarer Entwurf vorgelegt wäre, ein Entwurf, bei welchem man die Kühnheit hatte, auf Befriedigung der überspannten und ganz unklaren widerspruchvollen Tagesmeinung zu verzichten, von dem offenbar Unwahren und Irrigen, Verkehrten und Unmöglichen, das in den Forderungen lag, welche erst im Wirbel der revolutionären Bewegung aufgetaucht waren, ganz abzusehen und den Kern von Wahrheit, welcher dem Verlangen nach einer nationalen Wiedergeburt seine Macht verlieh, so wie die Schranken des Möglichen, das ohne zu große Gefahr und übermäßige anderweite Opfer Erreichbare als Leitpunkt fest ins Auge zu fassen. Und dahin schien auch die Ansicht der Siebzehner zu gehen. Sie verschmähten es in der That ganz tapfer, eben der lautesten, der demokratischen Partei, genügen zu wollen, sie stellten ihr gegenüber das monarchische Princip unter scharfer, der Tagsmeinung ganz und gar nicht schmei-

chelnder Betonung auf. In seinem Vorwort zum Siebzehnerentwurfe sagte Dahlmann, sie hätten sich nicht verborgen, daß in der traurigen Zerstückelung Deutschlands zugleich vielfältige Keime verborgen lägen, welche unzertreten bleiben müßten, wenn die Deutsche Zukunft fröhlich gedeihen solle; die Bedeutung der Fürstenhäuser sei durch die Stürme weniger Wochen nicht entblättert und edle Scham habe die Nation behütet sich denen anzuschließen, welche aus dem Mißbrauche der Macht die Nothwendigkeit folgern wollten, jede hervorragende Größe als ein Hinderniß der Freiheit zu beseitigen; an die Fürstenhäuser knüpfe sich nicht bloß die alte Gewohnheit des Gehorsams, welche sich nicht beliebig anders wohin übertragen lasse, sondern in Wahrheit die einzige Möglichkeit, das weitschichtige vielgestaltige Deutschland allmählig in die Staatseinheit einzuführen, die sich aus höheren Gründen nicht länger entbehren lasse; wenn es gewiß, daß eine Einheit in der Art, wie sie in anderen europäischen Reichen obwalte, sich auf Deutschem Boden nur durch eine unabsehliche Reihe von Gewaltthaten und Freveln, deren Verantwortlichkeit kein reiner Vaterlandsfreund auf sich nehmen möchte, erreichen ließe, so würde eben so gewiß am erreichten Ziele das Gefühl einer völligen Verödung und Rathlosigkeit die Deutschen Gemüther überwältigen, denn es wäre ein plötzlicher leichtsinniger Bruch mit der ganzen Vergangenheit. — Die Siebzehner wollten also die Fürstenthümer konserviren, und dennoch schlugen sie ein Erbkaiserthum und auch sonst ein Maß der Centralisation des Ganzen gegenüber der den Theilen zu belassenden Selbstständigkeit vor, wobei diese Theile in Wahrheit nicht konservirt blieben. Der Plan konnte ohne Umsturz, welchen sie doch abwiesen, nicht durchgeführt werden. Nach ihren Voraussetzungen konnten sie folgerichtig nur zu dem Entwurfe einer *wirklichen* föderativen Verfassung gelangen. Eine solche ist freilich schon an sich eine schwer zu lösende Aufgabe, da die Staatsform des Ganzen und die der einzelnen Theile nur sehr schwer mit einander in Einklang zu bringen sind. Statt nun aber alle Kraft an den Versuch zu setzen diese Aufgabe zu lösen, nahmen sie geradezu Umgang davon und zielten jedenfalls viel mehr auf eine Einheit der Art, wie sie in anderen Europäischen Reichen obwaltet, eine Einheit welche sie selbst einen leichtsinnigen Bruch mit der ganzen Vergangenheit nannten. Ein Erbkaiserthum wie es in ihrem Entwurfe lag und ein Föderativstaat sind und bleiben nun einmal unvereinbare Dinge.

Der Fehler hatte seinen Grund darin, daß sie sich bei ihrer Arbeit weit mehr durch abstrakte »Begriffe« von einer vermeintlich nicht länger zu entbehrenden Staatseinheit, als von einer scharfen Betrachtung der realen Verhältnisse leiten, daß sie sich doch von der Tagsmeinung beherrschen ließen, sofern dieselbe auf eine zu weit greifende Umgestaltung ging, während sie dieselbe nicht einmal trafen, denn das Erbkaiserthum wurde weit mehr abgewiesen als gefordert. Sie fragten nach dem — zumal ohne Umsturz — Erreichbaren entweder gar nicht oder irrten völlig darüber. Sie waren beherrscht durch individuelle Vorstellungen vom Einheits-Bedürfniß, das in der Wirklichkeit gar nicht so vorhanden war wie sie es sich dachten. Es war eine Täuschung wenn sie glaubten, daß eine »Staatseinheit,« wie sie sie bezweckten, ernstlich und nachdrücklich auch nur von einer Mehrheit gewünscht und gefordert werde. In jedem Falle war eine Gestaltung, welche gab was als wirklich nationale Forderung sich längst festgestellt, welche also die Bundesverfassung reformirte und dazu die Möglichkeit bot allmählig zur Staatseinheit zu gelangen und Bestand bei Möglichkeit der Entwickelung und des Fortschritts versprach, das nächste und größeste Bedürfniß. Gerade Bestand ließ von keiner Verfassung sich erwarten, die in wesentlichen Punkten den Sympathien und Interessen der Bevölkerungen und der Dynastien — die man doch nicht beseitigen wollte — widersprach. Ja, tausendjährig waren die Schäden, entspringend aus vielhundertjähriger territorialer und partikularer Entwickelung, hinweisend auf die Nationaleigenthümlichkeit einer nur geringen Geneigtheit und Fähigkeit, im Hinblick auf ein allgemeineres Ziel den Sonder-Anschauungen und Gefühlen, Wünschen, Gewohnheiten und Interessen zu entsagen. In den drei und dreißig Jahren der Bundesverfassung war zu wenig geschehen, um die Partikularinteressen nach irgend einer Richtung hin in Einklang zu bringen; allein nur nach einer ganz oberflächlichen Anschauung wurde die Schuld allein jener Verfassung aufgebürdet, während es großentheils die Stärke des Sondergeistes und der Sonder-Interessen war, welche verhindert hatte, daß in der angegebenen Beziehung noch lange nicht das geschehen, was in dieser Verfassung möglich gewesen wäre. Dem Allen war in der That nicht abzuhelfen durch wenige scharf einschneidende Paragraphen, und wenn eine Verfassung gegen jene Nationaleigenthümlichkeit, auf deren fast ununterbrochener Wirkung unsre ganze geschichtliche Entwickelung beruht,

gegen die besonderen volks- und dynastischen Sympathien und Interessen reagirte, so war von ihr gewiß keine willige Aufnahme, keine dauernde Befriedigung zu erwarten. Es galt anzuknüpfen an die Ansprüche und Forderungen, welche bis zum Eintritt des revolutionären Zustandes konstant erhoben und allgemein genug gewesen waren, um als volksmäßig, wohl begründet und nachhaltig gelten zu können. Der Anknüpfungspunkt lag also in dem Begehren nach Vertretung des Volkes am Bunde. Dagegen gingen die Siebzehner von ihrer Idee, ihrer Theorie, den Forderungen kleiner Kreise und neuesten Datums aus. Sie fürchteten wahrscheinlich den momentanen und offenbar unverständigen Lärm und Haß gegen die alte Verfassung, fürchteten der augenblicklichen öffentlichen Meinung nicht zu genügen, sie noch mehr aufzubringen und also die Revolution nicht abschließen zu können, wenn sie den Entwurf einer die Einheit der Nation innerhalb ihrer möglichen und berechtigten Bedingungen verbürgenden föderativen Verfassung vorlegten, wogegen, sie mochte beschaffen sein wie sie wollte, das Geschrei sich erheben ließ: der alte Bund, Rückkehr zum alten Bunde! Aber man beendigt eben erfahrungsmäßig eine Revolution dadurch, daß man die neue Verfassung mit denjenigen Bedürfnissen und Ansprüchen in möglichste Uebereinstimmung setzt, welche die erste Veranlassung zum Umsturze der ehemaligen Verfassung gaben. Man sagte: das genügt jetzt nicht mehr. Aber es genügte nicht mehr, weil man sich daran nicht genügen lassen *wollte*. Es hätte sich doch damit ein Versuch machen lassen, als Berufung an die Einsichtigen und den Verstand und die Mäßigung der Nation, und damit wäre dieser und der National-Versammlung ein mögliches Ziel und eine praktische Aufgabe vorgelegt, damit wäre nicht mehr gewagt als mit dem Entwurfe der Dahlmann'schen Eingebung, der von der National-Versammlung auch zurückgelegt wurde, damit würde man die Regierungen gewonnen und muthmaßlich ihre Betheiligung am Verfassungswerke erzielt haben, die so nöthig war, wenn aufgebaut und nicht bloß zerstört werden sollte. Es war gerade das Allergefährlichste, etwas in Vorschlag bringen, was nicht ausführbar und wenn ausführbar nicht haltbar war, was in den unreifen und falschen Ideen, den überspannten Wünschen und Erwartungen bestärkte. Dies thaten die Siebzehner. Sie verließen sich in arger Selbsttäuschung auf die Kraft und Nachhaltigkeit der Tagesstimmung welche sie mehr oder minder theilten. Gleich im Eingange des Vorworts sagt der Vorredner: »Die-

ses Deutschland, welches die vielhundertjährigen Strafen seiner Entzweiung getragen, muß seine Volks- und Staatseinheit jetzt erreichen, unverzüglich, (also nicht allmählig) bevor noch das zweite Jahrhundert seit jenem Frieden abläuft, welcher seine Schwäche heilig sprach. Niemand in der Welt ist so mächtig, ein Volk von über vierzig Millionen, welches den Vorsatz gefaßt hat, sich fortan selbst anzugehören, daran zu verhindern,« u. s. f. Da lag die Täuschung und der Irrthum. Man sprach von einem Volke von über vierzig Millionen auch wenn es sich darum handelte dreizehn davon auszuschließen. Die Siebzehner meinten, der Vorsatz den sie und mit ihnen ein Kreis von Gebildeten gefaßt hatten, sei der Vorsatz der ganzen Nation. Die Folge des Irrthums war, daß sie auf einen falschen Weg hinleiteten, daß die genügende Zustimmung ausblieb, Widerspruch von allen Seiten erfolgte, selbst von einem so sehr Preußisch gesinnten und den Ideen, der Phantasie und dem Gefühl in der Politik so ausnehmend huldigenden Staatsmanne wie Bunsen, und daß endlich der National-Versammlung um so weniger ein Entwurf vorgelegt wurde oder werden konnte. *)

---

*) In den Aktenstücken zur neuesten Geschichte Deutschlands findet sich S. 146 unter der Ueberschrift: »Vorläufige Gedanken eines Deutschen Staatsmannes über den Verfassungsentwurf der Siebzehner« eine scharfe Kritik des letzteren. Sie beginnt: »Der Entwurf des Deutschen Reichsgrundgesetzes, wie er aus der Berathung der Siebzehner hervorgegangen ist, mag wohl keiner Abstimmung als Ganzes unterlegen haben; denn ich kann und mag nicht glauben, daß, während auch die einzelnen Paragraphen eine Majorität gewannen, dies hinsichtlich des ganzen Gesetzes, als man die Tragweite desselben übersah, möglich gewesen. Wäre dies aber dennoch der Fall, wäre eine Endabstimmung vorgenommen worden, so hätte die Majorität, die ihn annahm, dem Vertrauen der sie hersendenden Souverains schlecht entsprochen, wie sie denn auch für das Zustandekommen einer, die Einheit Deutschlands anstrebenden Verfassung schlecht sorgte. Wer zu viel erstrebt, erlangt nichts! Wenn dieser Ausspruch sich auch nicht hier bewähren sollte, so müßte man dies wenigstens nicht den Urhebern des Entwurfs anrechnen; nur die Weisheit der Regierungen, nur der gute Wille der konstituirenden Versammlung und ein praktischer Sinn derjenigen, welche es verstehen werden, sie zu leiten, könnten es verhindern, daß der Versuch, Deutschland in ähnlicher Weise zu konstituiren, wie es der Entwurf will, nicht zu einem Zerfallen des Bundes führte. Der Entwurf ist, nach meiner Ansicht, unmöglich durchzuführen; er würde aber auch, sollte er angenommen werden, nicht zum Heile Deutschlands gereichen.« Dies wird dann sehr treffend durchgeführt. Die

Es erübrigt jetzt noch ein paar Worte über das Verhalten der Regierungen, nachdem ihnen der Entwurf der Siebzehner vorgelegt war, nachzutragen.

Preußen und Oesterreich äußerten sich über denselben amtlich

Deutsche Zeitung theilte die Illusionen der Siebzehnermehrheit. Sie redete dem Entwurfe vergeblich das Wort. Es konnte bedeutungsvoll erscheinen, daß ihn Bunsen empfahl (die deutsche Bundesverfassung rc. Sendschreiben an die zum Deutschen Parlamente berufene Versammlung, Frankfurt a. M. 1848.) Er glaube sagen zu dürfen, in Deutschland, in Europa, wenigstens, nach einer bedeutungvollen Stimme (Palmerston?) zu urtheilen, in dem Musterlande politischer Erfahrung, in England werde nur Eine Meinung über den Entwurf sein, daß ein großes Werk hier großartig behandelt, ein großer politischer Gedanke in klassisch gediegener Form ausgeprägt sei. »Die Aufgabe, welche uns gestellt wird, in diesem erhabenen Augenblicke, ist die größte, an welche sich der europäische Geist seit dem Untergange des römischen Reichs gewagt hat. Sie ist innerlich und äußerlich größer als diejenige, durch deren Lösung Hellas und später Rom die Geschicke der Menschheit für Jahrtausende bestimmten.« Wer auf diesem Standpunkte stand mochte freilich den Entwurf loben, aber eben darin lag der Fehler, daß die Aufgabe so gefaßt wurde, daß man glaubte, die Deutschen wären derzeit zu solchen Dingen berufen und befähigt. Indeß war auch Bunsen nicht in allen Punkten einverstanden. Schwere Bedenken hatte er bei der übergroßen Kompetenz der Reichsgewalt und der Erblichkeit der Kaiserwürde. An sich möchte die Erbmonarchie die bessere Form sein, aber man habe einen Entschluß für einen gegebenen Staat, in einem gegebenen Augenblicke zu fassen. Er habe als praktischer Staatsmann ein entscheidendes Bedenken: eine Deutsche Erbmonarchie sei im Augenblick, dem so bedrohlichen, unmöglich, schnelle und freie Einigung aber das erste alles Andre übertönende Bedürfniß, die Bedingung der Rettung. Oesterreich ferner könne unmöglich die Kaiserwürde an ein anderes Haus und Land übergehen lassen, Deutschland Oesterreich nicht ausscheiden wollen. Deutschösterreich könne nicht bestehen ohne Deutschland, und schon deswegen sei es eine heilige Bruder- und Bundespflicht, nichts von Oesterreich zu verlangen, was ihm innerlich und äußerlich unmöglich. »Und was wäre Deutschland ohne Oesterreich, ohne die steirischen Alpen, ohne Tyrol, ohne Triest? Wahrlich es wäre nicht mehr das große Deutsche Vaterland, dem wir Alle unsre Treue bis in den Tod gelobt. Es hätte nicht mehr seine friedliche vermittelnde Weltstellung in Europa!« Er schlug daher eine Wahlmonarchie, sei es nach einer Wechselfolge oder nach ganz freier Wahl, vor. Und wie bedeutungsvoll war das nun wieder, daß selbst ein Bunsen nach solchem Lobe des Entwurfs sowohl das zu starke Koncentriren der Reichsgewalt als die Erbkaiseridee in demselben für unpraktisch und unmöglich erklärte.

gar nicht. Anfangs Mai gelangte vom Preußischen Kabinet eine im Allgemeinen nicht abstimmige Erklärung darüber nach Frankfurt, doch wurde kein officieller Gebrauch davon gemacht. Die Passivität der Deutschen Großmächte war ein Unglück und ein Fehler, an welchem aber die Ueberspanntheit in den Ideen und Ansprüchen der Nation, hier speciell die Beschaffenheit des Entwurfs der Vertrauensmänner mit Schuld war. Das Werk derselben geradezu verleugnen, war bedenklich, es billigen und acceptiren war unmöglich, zu energischen raschen Entschlüssen waren die Kabinete der großen Höfe nicht angethan — so geriethen sie auf das Temporisiren, und zwar um so mehr, da der Siebzehnerentwurf ihrer alten natürlichen Eifersucht neue Nahrung gab.

Bei den Regierungen der mittleren Staaten, wie es auch Bunsen vorhersagte, rief er nach ihren späteren Erklärungen nur Zweifel und Bedenken wegen seiner praktischen Ausführbarkeit hervor. Baiern trat noch im Mai mit bestimmten Vorschlägen auf, wodurch es sich dem Siebzehnerentwurf scharf entgegenstellte. Er verdiene den bestimmtesten Tadel, seine Vorschläge seien so umwälzender Art, daß — wenn sie auch nur von einer Minderheit der Deutschen Staaten und Völker angenommen würden — dennoch eine totale Revolution aller bestehenden Verhältnisse, eine gänzliche Verwirrung, ja in der aufgeregten Zeit leicht Bürgerkrieg die Folge sein könnte. Man schaffe ein Kaiserthum so wenig wie eine Republik mit einigen Federstrichen oder doktrinären Phrasen. Die nationale Einheit könne nur das Ergebniß freier und wahrhafter Einigung aller verschiedenen Interessen, Gegensätze und Rechte sein. Auf der Grundlage der neu errungenen und alten Freiheiten und Rechte und der bestehenden konstitutionellen Staatsformen allein könne das neue Gebäude des Deutschen Bundesstaats auferbaut werden. Der Zweck desselben sei die Vertheidigung und Vertretung Deutschlands als politischer Einheit nach Außen und die Einigung Deutschlands in seinen gemeinsamen Interessen und Rechten nach Innen. Demgemäß sollten nach den Baierschen Vorschlägen als Hauptorgane für die Erreichung dieser Zwecke aufgestellt werden ein Reichstag mit einem Directorium an der Spitze und ein in zwei Kammern getheiltes Parlament. Man konnte hiernach späterhin nur übelwollend oder unwissend über das partikularistische Baiern klagen. Es ging entschieden in die nationale Einheitsforderung ein, sprach von keinem Aufgehen Baierns in Deutschland,

machte aber bestimmte Vorschläge, so viel anbietend, als damals, abgesehen von den Republikanern, die Meisten verlangten, während es damals so wenig als nur irgend ein Deutscher Staat von der Revolution ergriffen war und sie zu fürchten hatte. Veranlaßt durch den Entwurf der Siebzehner und mit einer schneidenden Kritik desselben erschien gleichfalls noch im Mai zu München ein Gegenentwurf, nach dessen Vorwort und Einleitung man in der Hauptsache — gesetzliche Feststellung wahrer Freiheit und nationale Kräftigung und Erhebung durch Einheit — den Siebzehnern beipflichtete, ihre Idee von der Errichtung eines Erbkaiserthums aber als phantastisch, gemeinschädlich und gefährlich weit wegwarf, und offen erklärte, daß man nur wolle und für praktisch ausführbar halte einen »zur nationalen Wahrheit erhobenen Staatenbund«, einen Bundesstaat aber, der »eine nationale Wahrheit«, unter den faktisch statthabenden innern Zuständen und äußern Verhältnissen für rein unmöglich erachte. Man schlug vor eine höchste Bundesbehörde, ein Bundesparlament und Bundesgericht. In der Einleitung wurde u. a. gesagt: »Nach unserm bescheidenen Dafürhalten kann es hier nämlich durchaus nicht die Aufgabe sein, unbekümmert um die faktischen Zustände unseres Vaterlandes, eine völlig neue, ideale Schöpfung der konsequentesten Konstruktion in's Leben rufen zu wollen. Was hilft es, das herrlichste Gebäude zu entwerfen, wenn dessen Ausführbarkeit unter den gegebenen Verhältnissen, sich uns sogleich als unmöglich darstellt? — Darum zuvörderst weg mit allen schönen Illusionen, weg mit allen poetischen Träumereien, weg mit allen idealen Theorien! Es gilt hier die volle Wahrheit, das thatsächlich Bestehende, ob uns dasselbe nun gefallen möge oder nicht, scharf in's Auge zu fassen, da offenbar nur aus der genügenden Erkenntniß unserer Zustände, wie sie wirklich sind, nicht wie sie uns etwa als wünschenswerth erscheinen, und aus der vollen Beachtung und Würdigung derselben, ein praktisch durchführbarer Plan zur Reorganisirung Deutschlands hervorgehen kann. — Demgemäß müssen wir uns denn gleich offen gestehen, daß die bei weitem größere Mehrheit unseres Volkes, die eigentliche Masse desselben, bei übrigens gesundem Sinn, die Kinderschuhe politischer Bildung noch nicht einmal angezogen hat; daß bei weitem die Mehrzahl Derjenigen, welche an der nationalen Bewegung Theil nehmen, denselben noch lange nicht entwachsen ist; daß die meisten unserer Vorkämpfer in jenen nationalen Fragen, sich geistig noch im schönen Jünglings-

Alter idealer Schwärmerei befinden, und im Verhältniß zum Ganzen wohl nur sehr Wenige das Mißliche und Gefährliche unserer Zustände in seiner vollen Bedrohlichkeit, mit der Ruhe und dem gereiften Verstande des Mannes zu würdigen und die zuläßigen Heilmittel der Gebrechen, an denen unser Vaterland leidet, zu erkennen wissen dürften.« Schon im Vorworte war dargethan, daß zu diesen zulässigen Heilmitteln die Wiederherstellung eines Reichs und Kaisers nicht gehöre. Sogar der so sehr der Einheitsidee zugewendete Fürst Leiningen sagte in einem veröffentlichten Briefe vom Siebzehnerentwurfe so ziemlich dasselbe, was in dieser Vorrede gesagt wurde.*)

---

*) Es hieß darin: »Der Entwurf des »Deutschen Reichsgrundgesetzes«, wie die siebzehn Männer des öffentlichen Vertrauens solchen der hohen Bundesversammlung zu Frankfurt überreicht haben, erweckte in uns, obgleich wir den systematischen Bau desselben vollkommen anerkennen, doch manches ernste Bedenken. — Wenn die ehrenwerthen und berühmten Namen jener Männer uns deren redliche Absicht nicht verbürgten, wir würden, ohnerachtet des vielen Trefflichen dieses Gutachtens, stark in Versuchung gerathen, aus Manchem des Gegebenen auf höchst gefährliche Tendenzen der Verfasser zu schließen. Jedenfalls erscheinen uns einige Hauptpunkte jenes beantragten »Reichsgrundgesetzes« so mißlich und gewagt, daß es uns nicht überraschen sollte, wenn in Folge deren Bekanntgebung manche der Deutschen Regierungen, ja vielleicht manche der Deutschen Volksstämme, Anstand nehmen würden, eine Versammlung durch ihre Abgeordneten zu beschicken, in welcher man die Angelegenheiten Deutschlands auf der hier angegebenen Basis zu berathen und zu ordnen beabsichtigt. — Doch im Fall sich durch diesen Entwurf auch kein Deutscher Staat abschrecken läßt, an dem konstituirenden Parlament in Frankfurt Theil zu nehmen, so ist doch mit Sicherheit vorauszusehen, daß die Idee, einen erblichen Kaiser zu kreiren, und durch die demselben zugedachte Machtvollkommenheit alle anderen Fürsten Deutschlands faktisch zu mediatisiren, im Volke selbst den allgemeinsten Widerspruch finden werde, und daß dieser Vorschlag, wenn derselbe in der konstituirenden Versammlung demohnerachtet die Majorität erlangen sollte — was deswegen nicht unmöglich ist, weil sowol die republikanisch gesinnten, wie die die Reaktion anstrebenden Deputirten, denen jede erneuerte Verwirrung der Deutschen Verhältnisse zur Erreichung ihrer verschiedenen unausgesprochenen Absichten sehr erwünscht käme, sich der Kaiserparthei anzuschließen geneigt sein dürften — die größte Entzweiung, ja möglicherweise den erbittertsten Bürgerkrieg in Aussicht stellt. — Wie konnten Männer, die sich mehrfach für die Aufrechterhaltung des konstitutionell-monarchischen Princips in den einzelnen Staaten Deutschlands aussprachen, allgemeine Reichseinrichtungen beantragen, durch deren Verwirkli-

In den mehrerwähnten Aktenstücken finden sich die Berichte des Hannoverschen Bundesgesandten (Wangenheim) und Vertrauensmannes (Zachariä), der erstere im Auszuge. Wangenheim's An-

---

chung jene einzelnen Monarchien thatsächlich eine Unmöglichkeit werden; wie konnten diese Männer, welche die inneren und äußeren Zustände unseres Vaterlandes und deren geschichtliche Entwickelung kennen müssen, auch nur einen Augenblick daran denken, daß die mächtigeren Deutschen Staaten und deren Fürsten sich einem solchen ihnen zugemutheten Vernichtungsproceß ihrer seit Jahrhunderten bewahrten Eigenthümlichkeit und theilweise blutig errungenen Selbstständigkeit, gutwillig und widerstandslos zu unterwerfen geneigt seien; und wie konnten sie, da sich dieses auch nicht entfernt erwarten läßt, Vorschläge machen, welche offenbar unsere ganze Zukunft in Frage stellen?! — Ist es die unausgesprochene Absicht der siebzehn Vertrauensmänner, unsere Fürsten zu unhaltbaren Schatten zu machen und nach deren unfehlbaren, baldigen Beseitigung Deutschland in ein großes Central-Reich umzuwandeln, so würde solche durch Realisirung ihrer Vorschläge allerdings verwirklicht werden, doch wäre dann immer noch zu befürchten, daß, im Fall man bei einem so gewagten Versuch, das Bestehende aufzulösen und etwas Neues zu schaffen, der Ueberstürzung in die Republik wirklich entginge, und jenes Ziel nach Jahre langen blutigen Kämpfen erreicht hätte, die so theuer erkaufte, gewaltsam erzwungene äußere Einheit sich als eine innerlich hohle, ohnmächtige Lüge erweisen dürfte. — Was ist die Aufgabe sämmtlicher Staaten Deutschlands und somit der Deutschen Nation und ihrer Fürsten? — Einen Zustand herbeizuführen, welcher den Völkern gestattet, die große Errungenschaft der neuesten Tage zur gesetzlichen Wahrheit zu erheben, und in allen ihren Konsequenzen durchzuführen und auszubilden; die über alle Maßen geschwächten Regierungsorgane zu stärken und dadurch die so tief erschütterte gesetzliche Ordnung wieder zu befestigen; durch allgemeine durchgreifende Maßregeln für die gründliche Verbesserung der Lage des vierten Standes Sorge zu tragen, und sich zu Schutz und Trutz auf das engste zu verbinden, um jeden Angriff von Außen und von Innen mit vereinter Kraft siegreich zurückweisen und niederhalten zu können. — Ist diese Aufgabe, deren Erledigung bei den uns umdrängenden inneren und äußeren Gefahren, keinen Aufschub erleidet, aber wol schnell und genügend dadurch zu lösen, daß man, ohne die allgemeine Stimmung des Volkes und die in Folge historischer Entwickelung thatsächlich bestehenden eigenthümlichen Verhältnisse unseres Vaterlandes in ihrer tiefen Bedeutsamkeit zu würdigen sich bestrebt, das von einer im Vergleich zum großen Ganzen sehr geringen exaltirten oder doctrinairen Minderheit gewünschte und als wirkliches Bedürfniß geschilderte Ideal eines (einigen?) »Deutschen Reiches« und eines »Deutschen Kaisers« zu verwirklichen? Gewiß nicht, da durch ein so gewagtes Experiment die baldige vollkommene Auflösung der geschichtlichen Grundla-

sicht ging dahin, daß die im Entwurfe der künftigen Reichsgewalt zugedachte Kraftfülle der Ausführbarkeit desselben fast unübersteigliche Hindernisse entgegensetzen dürfte und daß in der Bestimmung der Erblichkeit der Oberhauptswürde in der im Entwurfe projektirten Weise umgekehrt auch wieder eine solche Schwächung des Reichsoberhaupts liege, daß ihm dadurch die Existenz der Verfassung — ihre vollständige Einführung vorausgesetzt — in sich selbst gefährdet erscheine. Denn die Erblichkeit eines in Frankfurt residirenden und an einen Territorialbesitz und eine Hausmacht sich nicht anlehnenden Oberhaupts werde der Kaiserfamilie bald den Charakter zu kostbarer Pensionäre und Sinekuristen geben, und sollte der Gedanke an den König von Preußen im Hintergrunde liegen, so würde die verderbliche Rivalität von Oesterreich und Preußen in die erste Reihe gestellt und ein Streit hervorgerufen werden, der das Einigungswerk zu vernichten drohe u. s. f. Ein gutes Theil einverstandener mit dem Entwurfe zeigte sich Zachariä in seinem Berichte, äußerte indeß gleichfalls Bedenken bei der Erblichkeit der Oberhauptswürde. Die Furcht vor der Revolution und die Ansicht, daß sie nur abzuwenden sei durch so weit greifende Verfas-

---

gen Deutschlands in Aussicht stände, ein allgemeines Zerfallen und Zerwürfnisse jeder Art, ja vielleicht Separatbündnisse mit dem Auslande, veranlaßt zu werden drohen, und man somit anstatt der scheinbar beabsichtigten Einheit und Erstarkung Deutschlands dessen vollkommene Zersplitterung und Schwächung, ja dessen theilweise Unterjochung herbeiführen würde. — Doch abgesehen von den, wie wir glauben, unüberwindlichen innern und äußern Hindernissen, die einem Versuch, das Deutsche Kaiserreich wieder herstellen zu wollen, entgegenstehen; abgesehen von den unberechenbaren Gefahren, welche durch ein solches Bestreben unserm Vaterlande bereitet werden; abgesehen von der Frage, ob hiedurch, selbst wenn sich diese Idee realisiren ließe, ein lebenskräftiges, organisches Ganzes geschaffen werden würde, können wir uns überhaupt von der Nothwendigkeit eines solchen gewagten Experiments durchaus nicht überzeugen. Unserer Ansicht nach wären alle uns durch ein Kaiserreich, einen sogenannten Bundesstaat in Aussicht gestellten Vortheile auch auf einem anderen Wege, der ungleich weniger Hindernisse darbietet, dessen Verfolgung die Zukunft unsers Vaterlandes nicht bedroht, der uns einem erhöhten inneren Leben und einer kräftigen nationalen Entwickelung entgegen zu führen verspricht, zu erreichen, doch müßte man sich freilich entschließen, die hochtönenden Worte »Deutscher Kaiser« und »Deutsches Reich« dem wahren Wohle Deutschlands zum Opfer zu bringen.« —

sungsbestimmungen, stand bei ihm im Vordergrunde. Es entging ihm, daß eben die Ausführung des Entwurfs ohne Revolutionirung unmöglich war und also unmittelbar in dasselbe hineinführte. Auch für die von einer ganz andern Seite her, d. h. eben von dem Versuche der Einführung des Entwurfs kaum trennbare Gefahr innrer Zerrüttung und äußerer Kriege hatte er keinen Blick. Ueber die Gründe, welche für die Oberhauptserblichkeit angeführt worden, bemerkte er mit Recht, daß sie eben so gut auch zur Vertheidigung der entgegengesetzten Ansicht geltend gemacht werden könnten. Der Vorschlag, das Oberhaupt auf fünf Jahre aus den regierenden Häusern zu wählen, sei verworfen, eben so der andere, dasselbe auf Lebenslang und nach einem Turnus zwischen den mächtigern Fürsten zu wählen. Er selbst habe sich für einen Wahlkaiser erklären zu müssen geglaubt. Vollständig anerkenne er die für die Erblichkeit angeführten Gründe für einen einfachen Staat, durchaus aber verzweifle er an der weder volksthümlichen, noch den Fürsten zusagenden, die Einheit eher gefährdenden als verbürgenden Idee eines erblichen Oberhaupts in einem aus einer Mehrzahl bis dahin gleich souveräner Bestandtheile zusammengesetzten Staatskörper oder Bundesstaate.

Unter dem 6. Mai richtete die Hannoversche Regierung eine vertrauliche Note an mehrere andre Regierungen, in welcher sie den Entwurf für unbefriedigend erklärte. Er verleugne seinen eignen Grundsatz einer fortdauernden Selbstständigkeit der einzelnen Deutschen Staaten, was dann weiter ausgeführt wird. In einem Hannöverschen Notatum vom 14. Mai erklärt sich der König mit den in den §§. 1 und 2 des Entwurfs bezeichneten Grundlagen der Verfassung in so weit einverstanden, als er dieselben zur Begründung der nothwendigen innern Einheit Deutschlands, wie der ihm gebührenden äußern Macht — die Vereinigung der sämmtlichen Deutschen Bundeslande in einen Bundesstaat -- eben so sehr für zweckmäßig erachte, als er die Beibehaltung der, wenn auch gegen früher beschränkten Selbstständigkeit der einzelnen Deutschen Staaten im Interesse einer heilbringenden Lösung der Verfassungsfrage für unerläßlich halte. Es werden sodann gewisse nothwendig festzuhaltende leitende Grundsätze aufgeführt und verschiedene Modifikationen als nothwendig bezeichnet, z. B. eine Aenderung der Entwurfsbestimmung über das Oberhaupt, statt deren ein Wechsel von fünf zu fünf Jahren empfohlen wird u. s. f. Die Hannove-

rische Regierung, auf legalem Boden fußend, im verfassungsmäßigen Wege fortschreitend und jede gesetzliche Freiheit fördernd, setzte voraus, daß die vom Bundestage und durch die Bundesregierungen zum Zustandebringen einer Verfassung zwischen den Regierungen und dem Volke berufene konstituirende Versammlung sich mit der Berathung und Beschlußnahme über einen Verfassungsentwurf der Regierungen beschäftigen würde. Sie ließ es sich deshalb angelegen sein, den Siebzehnerentwurf nicht bloß selbst einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen, sondern auch noch vor der Eröffnung der National-Versammlung ein Einvernehmen darüber mit andern Regierungen herbeizuführen. In Dresden, Kassel, Mecklenburg-Schwerin erklärte man sich einverstanden. Mit mehreren andern Regierungen war ein Verständniß angebahnt. Das Münchener Kabinet lieferte jenen selbstständigen Verfassungsentwurf, der in vielen wichtigen Punkten, namentlich in der Erklärung gegen ein erbliches Oberhaupt mit der Hannoverschen Ansicht übereinkam. Nur einige kleinere Höfe waren für eine fast unbedingte Annahme des Siebzehnerentwurfs. Die Hannoverische Erklärung wurde noch vor der Eröffnung der National-Versammlung in der Bundesversammlung abgegeben, der Königlich Sächsische Gesandte kündigte an, daß er instruirt sei; auch von andern Seiten erfolgten ähnliche Eröffnungen. Es war Alles vergeblich. Oesterreich und Preußen hielten sich fern. Die National-Versammlung wählte andere Wege.

Die Anfänge der National-Versammlung.

Noch einmal und zum letzten Male, schien es, war in den Anfängen der konstituirenden National-Versammlung die Frage: Reform oder Revolution?

Am 18. Mai wurde die National-Versammlung eröffnet, und sie war sich völlig allein überlassen. Es fehlte an einer Centralgewalt, die eine Gewalt gewesen wäre, Achtung geboten und genossen hätte, während die Revolution im Voranschreiten begriffen war, die Ohnmacht der einzelnen Regierungen zunahm. Es war kein Entwurf da als Vorlage, kein Staatenhaus, keinerlei Organ zur Betheiligung der Regierungen beim Verfassungswerke. Wie unermeßlich schwer war die Aufgabe der National-Versammlung, eine Verfassung zu Stande zu bringen! Eine Verfassung für Deutschland, einen aus solchen Bestandtheilen zusammengesetzten Staatenbund, ein staatliches Etwas, das einzig dastand und aus welchem ein Staat, ein Bundesstaat werden sollte, für welchen es kaum irgendwo auch nur eine Analogie gab. Bunsen sagte in seinem Sendschreiben: »Deutschland hat offenbar den Beruf, die konstitutionelle Monarchie in der Form des Bundesstaates zu entwickeln und dadurch den Typus derselben zu verallgemeinern und zu einer höhern Geltung zu erheben, oder von der andern Seite her betrachtet: Deutschland ist berufen, der Form des freien Bundesstaates eine neue — und wie ich glaube höhere, weil mehr gegliederte und gesicherte — Entwickelung in der Weltgeschichte vorzuzeichnen.« Aber das waren Räthsel, die auch nach seiner Ansicht der Siebzehnerentwurf nicht löste und die er selbst nicht löste und die auch die National-Versammlung nicht zu lösen wußte. Die wirklichen, durch eine tausendjährige Geschichte geworde-

nen Verhältnisse mußten berücksichtigt werden, und waren doch nur zum Theil zu fassen, fest zu greifen; sie waren ganz unsicher geworden, befanden sich so zu sagen im Fluß, jeder Tag brachte neue Aenderungen oder Einstürze am alten Bau oder stellte daran neue in Aussicht. Wie viel noch fest und gesund, also beim Neubau zu schonen, zu berücksichtigen, wie viel morsch war und also hinweggeräumt werden konnte oder mußte, war nicht leicht zu sagen. Eine weitere Schwierigkeit, und nicht die geringste, ergab sich aus der Beschaffenheit der öffentlichen Meinung und ihrem Verhältniß zu dem Unternehmen. Worin bestand ihr wahrer Inhalt? Auch sie wechselte, nahm die überraschendsten Wendungen und Anläufe, war voll von Unbeständigkeit und Widersprüchen. Die verschiedenartigsten Wünsche, Vorstellungen und Richtungen in Beziehung auf das zu erstrebende Ziel wogten durch einander. Es fehlte nicht an Gesundem und Maßhaltendem, aber noch weniger an Unklarem und Ueberspanntem in ihren Forderungen, die zum großen Theil auch auf sichtlich Unerreichbares und Unheilsames hinzielten. In wie weit konnte sie für unwiderstehlich oder lenksam, für nachhaltig, kräftig, verläßlich gelten, so daß man sie berücksichtigen mußte und auf ihre Unterstützung zählen konnte? Es war sogar wahrscheinlich, daß die Zustände, die Meinung, die Verhältnisse ganz andere sein würden in dem Zeitpunkte, wo die National-Versammlung einen Entwurf durchberathen hatte, während ihr die augenblicklichen einen festen Anhalt nicht boten. So viel wurde von ihr erwartet, daß große Täuschungen und deren nothwendige Folgen für sie selbst und ihr Werk nicht ausbleiben konnten. Alle Blicke richteten sich auf sie als den einzigen Punkt des Haltes und öffentlichen Vertrauens, von allen Seiten rief man ihr zu, daß sie die einzige Macht in Deutschland sei, und welche Versuchung zum Mißbrauche der Macht lag darin für sie, welche Versuchung, Machtgelüsten sich hinzugeben und die kleinen Herren zu spielen lag darin für so viele ihrer Mitglieder, die zum Theil aus Winkeln herkamen, wo sie ihr Leben lang geduckt gesessen hatten oder die aus Kämpfen wider Macht-Mißbrauch und Stolz Haß und Verbitterung gegen die bisherigen gesetzlichen Gewalten mitbrachten, oder endlich die in die extremsten Richtungen eingingen, weil sie sich vor dem Anscheine des Illiberalismus, vor der öffentlichen Meinung fürchteten, vor den neuen Tyrannen, Volk und Volksmännern, zitterten. Die National-Versammlung wurde sofort in die Lage versetzt, nur sehr schwer umhin

zu können, für Gesetz und Ordnung ungesetzliche Befugnisse an sich zu nehmen, und doch konnte dies kaum geschehen, ohne daß sie die Ordnung und das Gesetz schwächte und selbst auf die abschüssige Bahn der Revolution gerieth, welcher sie Einhalt thun sollte durch Gründung eines festen Rechtszustandes. Die Abgeordneten brachten natürlicher Weise die Stimmung der Nation mit, die eine aufgeregte, zum Theil revolutionäre war, die Stimmung auf welcher die Macht der Versammlung ruhte und die sie doch mäßigen und berichtigen mußte, um ihre Aufgabe lösen zu können. Die Versammlung, die so große Dinge ausrichten sollte, bestand aus mehreren hundert Mitgliedern, die größtentheils einander nicht kannten, oder auch einander sehr gut kannten und mißtrauten. Wie viele »Reaktionärs«, also Gegner, zeigte die Namenliste den Republikanern, wie viele Anarchisten den Reformern. Von jeder Seite erblickte man den Feind im Lager. — Wahrlich, das Alles sollte doch bedacht und in Anschlag gebracht werden, und wer es thut, wird schon deshalb billiger urtheilen als es oft geschieht über die Leistungen der National-Versammlung und auch über die Verirrungen von Einzelnen und von Parteien; denn auf so neuem, durchschnittenen, schwierigen Boden mochten auch die Wohlmeinendsten und Klügsten leicht fehlgehen oder ausgleiten, ohne zu herben Tadel zu verdienen. Es wäre auf der andern Seite sehr thöricht und schwächlich, das Verfehlte beschönigen zu wollen, damit wir nur niemals zur Selbsterkenntniß gelangten. Auch das Urtheil über uns, die wir gefehlt haben, mag streng, aber das billige soll es sein, das die mildernden Umstände in Anschlag zu bringen nicht vergißt. Am wenigsten sind diejenigen befugt, die gestrengen Richter zu spielen, die in so langen Jahren so viel versäumt und positiv gesündigt, die schwierige Lage großentheils herbeigeführt hatten und auch jetzt nichts thaten, sie zu erleichtern.

Auf der linken Seite der National-Versammlung saßen talentvolle (wenn auch nicht staatsmännisch begabte), patriotisch gesinnte, in jeder Beziehung achtbare Männer; ich stelle das so wenig in Abrede, als ich behaupte, daß alle Abgeordneten der Rechten tadellos gewesen wären. Unläugbare Thatsache aber ist, daß die letztere das größere Maß und den Vorzug der Bildung voraus hatte, daß die Linke sofort roh, gemein, frech auftrat, leidenschaftlich im weit höheren Grade, daß sie die Würde des Hauses mißachtete und am meisten den schändlichen Galleriespektakel verschuldete, ja zum

Theil anstiftete, wodurch die National-Versammlung um die nöthige Achtung bei den Regierungen und bei allen Achtbaren und Verständigen im In- und Auslande gebracht wurde. Sie war es, die am meisten den zum Verfassungswerke nothwendigen Frieden störte. Gewaltthätig und perfid, brutal und kniffig und verlogen zugleich, strebte sie ein mehr als zweideutiges Ziel durch offenbar verwerfliche Mittel an. Nur zu oft mußte man Reden von ihr hören, welche allen Grundsätzen der Sittlichkeit Hohn sprachen, dem Verbrechen Altäre bauten, von Verachtung aller gesetzlichen und bürgerlichen Ordnung ausgingen und auf Untergrabung derselben hinzielten. Sie war höchst gefährlich, ohne daß man das mindeste Ersprießliche von ihrem Vorantritt hätte hoffen können. Die Tendenzen und die Eigenschaften, welche die radikale Partei vom Ursprunge der Bewegung an, im Vorparlamente und Funfzigerausschusse gezeigt, zeigte die Linke von der Eröffnung der National-Versammlung an und entwickelte sie über die Grenze des Erträglichen hinaus. In der Versammlung befand sich sodann eine große Anzahl von Schwachen, Mittelmäßigen und ganz Unerfahrenen, die von der eigentlichen Aufgabe gar keinen Begriff hatten, geschweige denn daß sie im Stande gewesen wären, zu ihrer Lösung beizutragen. Sie waren fast nur geeignet zu verwirren und zu schaden, zumal wenn Eitelkeit sie bewog, vorwitzig einzugreifen oder sich voranzudrängen. Die Menge und der Inhalt der sofort auftauchenden Anträge und der ungewaschenen Reden lieferte von den ersten Tagen an den Beweis. Nur zu viele Abgeordnete erwiesen sich im Politisiren und Kannegießern geschickt und zungenfertig, in der eigentlichen politischen Bildung unzulänglich und behaftet mit allen Fehlern der Dilettanten und Halbwisser. Ihre ganze Anschauung vom Staat und von Staatsverfassung war hinter dem Standpunkte der Wissenschaft weit zurück. Sie waren erfüllt von der dürftigen und falschen Vorstellung, daß eine Verfassung geradezu gemacht und erfunden werden könne, und hatten keine Ahnung von dem innern Volksleben und davon, daß es darauf ankomme, dasselbe nach seinen Elementen und seiner dermaligen Bildungsstufe zu erkennen und ihm in der Verfassung die angemessene äußere Form zu geben. Dazu kam auch bei sehr vielen sonst Tüchtigen jener Doktrinarismus, der abstrakte Charakter ihrer politischen Anschauungen und Systeme, womit man nicht weiter als zu einer künstlich gemachten Verfassung gelangen konnte

und wiederum bei vielen Andern die Charakterlosigkeit, die nach der äußeren Huldigung der Massen trachtete, jene von einem scharf beobachtenden Mitgliede unter Beihülfe eines talentvollen Zeichners so plastisch treu geschilderte und so scharf gegeißelte »Piepmeierei«, die mehr rechts oder links rückte nach den augenblicklichen Wetterwendungen der öffentlichen Meinung oder des als solche erscheinenenden, von dem feigen Schweigen der Bessern getragenen Geschreis der verwerflichsten Factionen, denen sie Koncessionen über Koncessionen machte und von den Principien Stück für Stück hingab, um zuletzt gleich der verkörperten Frivolität »gar keinen Standpunkt« und keinen Boden mehr unter den Füßen zu haben. Dieses Alles brach schon an sich selbst dem Zutrauen wesentlich ab, das man aus dem Umstande hätte fassen mögen, daß die Mehrheit guten Willen hatte und daß sich in der Versammlung auch eine große, eine unerwartet große Anzahl sehr ausgezeichneter und bedeutender Männer von konservativer, im besten Sinne konservativer Gesinnung befand Die Verständigen, Gemäßigten, Wohlmeinenden bildeten die unzweifelhaft große Mehrheit; zweifelhaft war aber freilich, ob sie eine parlamentarische feste Mehrheit haben und behalten würden. Sie waren keine Faktion und konnten es nicht werden, und als Faktion stand ihnen von Anbeginn die Linke gegenüber, festgeschlossen, gut organisirt, einer guten Taktik und geschickten Führern folgend. Eben so verhielt es sich draußen, wo sich neben und gegenüber der Nationalversammlung und den Regierungen eine Verkettung demokratischer Vereine mehr und mehr ausbildete, welcher keine Regierung, welcher auch das Parlament nicht mit dem gehörigen Nachdruck entgegenzutreten wagte; draußen, wo die demokratische, auf Zwecke hinarbeitende Minderheit, die nicht die Zwecke der Mehrheit, namentlich in den gebildeten Klassen waren und deren Ausführung diese zu Grunde richten mußte — wo diese Minderheit der unorganisirten Mehrheit gegenüber stand und sie terrorisirte, weil die Gebildeten und Besitzenden so energie- und einsichtslos waren, nicht zusammenzuhalten und den Radikalen und dem Gesindel entschieden die Spitze zu bieten. Die organisirte Linke in der National-Versammlung stützte sich auf die organisirte demokratische Partei draußen, und so wie diese über die Mehrheit und die Besseren draußen gewann, konnte nur zu leicht die Minderzahl der Radikalen in der National-Versammlung auch hier über die Mehrheit gewinnen.

Daß es so stand oder kommen mußte, konnte man kaum ver-

kennen, seitdem der Ausfall der Wahlen bekannt wurde, als die Deputirten nach und nach in Frankfurt anlangten, als die National-Versammlung eröffnet war. So wurde die Sache in einem kleinern Kreise angesehen, der sich sehr bald zusammenfand, und zum Theil aus der Mehrheit derer, welche im Funfzigerausschuß eine engere Vereinigung von Konservativen gebildet, zum Theil aus Hinzutretenden von denen bestand, welche zur National-Versammlung gewählt, zu dieser eintrafen: die beiden Gagern und Jaup aus Hessen, aus Kurhessen Bernhardi und Wippermann, aus Baden Bassermann, Welcker, Soiron, aus Nassau Hergenhahn, aus Koburg Briegleb, aus Oldenburg Rüder, aus Preußen Beckerath, Mevissen, Saucken, Auerswald, Dahlmann, Beseler, auch Adams und Widenmann, aus Schleswig-Holstein Droysen, Franke, Michelsen, aus Hannover Waitz, aus Baiern Rothenhan, aus Oesterreich Schmerling, Andrian, Würth, Somaruga und sonst noch mehrere Andere. Wir hielten vor allen Dingen ein festes Zusammenschließen unter uns und den Gleichgesinnten der radikalen Partei gegenüber für unumgänglich und bemüheten uns nach Kräften Organisation in die Mehrheit hineinzubringen. Die Früchte dieses Bemühens zeigten sich auch sogleich bei der ersten Präsidentenwahl. Wir ausersahen H. v. Gagern zum Vorsitzenden und hatten dabei gewiß Recht, denn er war der einzige, der jetzt die Versammlung leiten und ihre Würde aufrecht erhalten konnte, soweit es bei solchen Angriffen darauf möglich war. Wir bewogen ihn seinen Ministerposten aufzugeben und unsere gedruckten Zettel, auf welchen der Präsident und Vicepräsident benannt waren, drangen in überraschend großer Mehrheit durch. Gagern erhielt 305 Stimmen von 397. Soiron 341 von 392. So sehr überwogen bei dieser ersten Geistprobe der Versammlung, diesem ersten Messen der Parteikräfte die Reformer. Es bildete sich eine parlamentarische Mehrheit der Gemäßigten. Zwar kam ein Takt und eine Haltung wie in die Linke in dieselbe nie hinein; sie spaltete sich in verschiedene Fraktionen, in welchen mehr oder minder jenes schädliche Partei- und Klubwesen einriß, das die freie Bewegung der Einzelnen übermäßig beengt und die öffentlichen Debatten fast nutzlos macht; jene gemäßigte Mehrheit wurde keine vollkommen feste, sie konnte — ähnlich wie die Mehrheit des Vorparlaments — das Feld gegen die Linke nicht behaupten, ohne ihr manche Koncession machen zu müssen: aber im Ganzen genommen war sie in dem entscheidenden

Zeitraume Siegerin und erreichte im Wesentlichen den Zweck den sie verfolgte: dem Revolutioniren Einhalt zu thun. Ich weiß sehr wohl, welche Schuld die Radikalen sammt ihrem Anhange darin finden werden, sage aber offen: weil wir nicht ungestört bauen konnten und des Friedens bedurften zum Friedenswerke, weil mit dieser Linken kein Vertragen räthlich noch möglich, weil sie auf Zerstörung ausging und zum Bauen untüchtig war, weil Deutschland um die Freiheit und Einheit, um alle seine Hoffnungen, um die Gunst des kostbaren Moments betrogen werden mußte, wenn die ewige Störerin und Angreiferin nicht niedergeworfen und gebändigt wurde, so war es mein und meiner nächsten Freunde, so wie einer guten Zahl andrer uns sonst weniger nahe stehender Mitglieder der Versammlung entschiedenes Ziel und Wahrwort: vor allen Dingen Kampf gegen die revolutionäre Partei und die Revolution, ohne Buhlerei mit ihr, Kampf auf Tod und Leben! Es war ein saurer Kampf, den die parlamentarische Mehrheit der Sommermonate zu kämpfen hatte. Er wendete sich mehrfach zum Schlimmen für sie und schien das schlimmste Ende für sie an jenem 18. September nehmen zu wollen, an welchem der Sieg für ihr nächstes Ziel sich entschied. So viel freilich hatte die Linke ihr zu schaffen gemacht, so viel Störungen hatte sie in den Weg geworfen, daß die zum Aufbau günstigste Zeit fast unbenutzt verstrich. Allein der nichtsnutzigen, gleich heillosen wie erbärmlichen Revolution wurde Halt geboten, und hier liegen die großen Verdienste jener Mehrheit, oder sagen wir — da der Versammlung zu gut kommt, was sie in Mehrheitsbeschlüssen zu Stande bringt — des ersten Deutschen Parlaments. Das mögen die Gegner der Revolution, die mit ihm und seinen Wegen nicht einverstanden, mögen sie Absolutisten oder wie sonst heißen, nicht vergessen. Die National-Versammlung hat den Gewaltstoß auszuhalten gehabt und ausgehalten, großen Verlockungen und argen Drohungen widerstanden, und wenn auch im Einzelnen der Revolution nachgebend, doch im Ganzen Kräfte und Anstrengungen wider sie aufgewendet, die zum errungenen Siege unentbehrlich waren. Der Kampf, von welchem hier die Rede, war ein so großes wie unvermeidliches Hinderniß des Gelingens der Verfassungsarbeit, und mußte deshalb erwähnt werden. Ich lasse es indeß bei dieser Erwähnung an diesem Ort bewenden. *)

*) Laube hat in seinem oben angeführten Buche die Unfähigkeit und den

Die National-Versammlung hatte zwei Wege vor sich. Der eine war der, daß sie sich, wie die Phrase lautet, an die Spitze der Revolution stellte, das Regiment an sich nahm, die Regierun-

---

nichtsnutzigen Charakter der Linken in der National-Versammlung gegen welche der Kampf galt, an vielen Stellen sehr wahr und treffend geschildert, und Laube gehörte dem linken Centrum an und war Mitglied einer Fraktion, die vermöge ihrer Zwischenstellung der parlamentarischen Mehrheit der Sommermonate, welche sie sonst bilden, der sie bisweilen siegen half, im Bunde mit der Linken die meisten und schlimmsten Niederlagen bereitete. — Biedermann in seinen »Erinnerungen aus der Paulskirche« thut mir zu viel Ehre an, wenn er von mir sagt, ich sei schon beim Funfzigerausschuß die Seele der konservativen Partei gewesen. Richtig ist es, wenn er weiter sagt, ich hätte mir beim Beginn der National-Versammlung alle Mühe gegeben, eine solche in größerem Maßstabe zu bilden. Aber die Mißgunst des Mitgliedes der Kaiserpartei, von welcher ich, obwol sie großentheils aus den nächsten persönlichen Freunden und alten Mitstreitern bestand, namentlich deshalb mich abwendete, weil sie theils mit theils ohne Wissen, die Bahn der Revolution zu beschreiten anfing, ohne das Zeug zur Durchführung einer solchen zu haben — die Mißgunst des kaiserlichen Parteigegners spricht aus ihm, wenn er fortfährt: »Keiner hat so viel gewühlt, d. h. die Schwankenden und Andersgesinnten im Stillen bearbeitet, keiner hat sich so viel mit geheimen Parteiungen und kleinen parlamentarischen Intriguen abgegeben.« Parteibildungen, Verabredungen und dergl. gehen freilich natürlicher Weise in der Regel im Stillen vor sich, allein sie und Intriguen sind wesentlich verschiedene Dinge. Intriguen sind allerlei Kniffe oder Ränke, durch welche man Verwirrung oder Zwiespalt zu stiften sucht, um sich daran zu ergötzen oder Vortheil daraus zu ziehen. Ich habe dergleichen stets verabscheut und glaube Beschuldigungen dieser Art mit bestem Grunde ablehnen zu können. Wenn mir von der Linken her dergleichen Vorwürfe gemacht wurden, so war das in sofern ganz in der Ordnung als sie in ihrem Vorschreiten durch unsre Organisation behindert wurde; mein kaiserlicher Tadler aber hätte bedenken sollen, ehe er der Linken nachsprach, daß an dem was ich that und was er an mir tadelt, die oben Genannten den eifrigsten Antheil nahmen, und daß er sein Urtheil entweder gar nicht oder damals sprechen sollen, als meine »Intriguen« seiner und meiner damaligen Partei zu gut kamen. Als die alte Mehrheit durch Schuld der Kaiserpartei gesprengt war und in Folge davon die Umsturzpartei Schritt vor Schritt wieder gewann, habe ich abermals recht viel gewühlt, d. h. mich bemüht, jene Mehrheit wieder herzustellen und die unselige Koalition der Kaiserlichen und der Linken abzuwenden. Es wird sich weiter unten herausstellen, wie schlecht meine Mühe mir gedankt und wie sehr mein Verhalten verkannt wurde, und so kann ich mich freilich nicht wundern, wenn

gen der Einzelstaaten unterjochte oder beseitigte, die letzteren zertrümmerte und auf den Trümmern einen ganz neuen Bau errichtete. Ich bin überzeugt, sie würde auf diesem Wege nicht so weit gekommen sein, als Viele glauben. Indeß ist es nutzlos, darüber zu streiten. In jedem Falle lag auf diesem Wege allein die Möglichkeit, jene hochfliegenden Pläne über die Umgestaltung des Deutschen Staatenbundes durchzuführen, womit sich ein Theil der Gemäßigten trug, der ihn nicht gehen wollte. Wir kommen indeß hierauf an einer andern Stelle zurück. Der zweite Weg war, von unten her, im Zusammenwirken mit den Regierungen, unter Betheiligung der Einzelstaaten die Einheit aufzubauen, Schritt vor Schritt vertragsmäßig weiter zu gehen und als Ziel aufzustellen die Errichtung eines Föderativstaates, d. h. eines *wirklichen* Bundesstaates, mit anderen Worten, so vollständig es immer möglich sein mochte, den Staatenbund dem Bundesstaate anzunähern. Man würde auf diesem Wege zunächst die National-Versammlung in ein richtiges Verhältniß zum Bundestage und den Regierungen zu bringen oder aber die Reorganisation oder Ersetzung des erstern durch ein anderes Organ der gesetzlichen Gewalten zu erwirken gesucht haben und bei Aufrichtung der Verfassung von dem festen Punkte ausgegangen sein, den die seit vielen Jahren bis zum März laut gewordenen volksmäßigen Forderungen, die auf eine Revision der bisherigen Verfassung gerichteten Absichten und die schon eingetretenen Gewährungen der Fürsten boten; man würde auf diesem Wege in der Organisation einer föderalistischen Verfassung so weit vorgeschritten sein, als man sich zu einigen vermochte und die Verhältnisse zuließen. Daß dieser Weg eingeschlagen wäre, hätte ich mit manchen Anderen so sehr gewünscht, allein es war dafür schlechterdings keine Mehrheit zu gewinnen, weil die Ansicht der Mehrzahl auch der Gemäßigten entgegen war, so daß für uns nur übrig blieb, entweder dem Centrum, der Gagern'schen Partei, uns anzuschließen oder dem kleinen Haufen der Rechten, welche steif und fest an dem Vereinbarungs-Princip hielt. Allein mit diesem für

---

noch immer mißliebige Urtheile aus jener Partei über mich ergehen, die, wenn sie noch zu Anfang des März 1849 auf meine Vermittelungsvorschläge eingegangen wäre, nichts was des Behaltens werth oder dessen sie nicht doch verlustig gegangen, aufgegeben haben und nicht durch radikale Verblendung bei allem Wohlmeinen an dem Ruin der National-Versammlung in so hohem Maße mitschuldig geworden sein würde.

sich allein war auch nicht zum Ziele zu gelangen. Wir hegten außerdem ein — wie sich allmählig mir ergeben hat — ungerechtes Mißtrauen gegen die Tendenzen und Persönlichkeiten der Rechten. Wir gehörten andern politischen und geselligen Kreisen an. Wir meinten, jene vertrete, wenn nicht das System der Reaktion, doch zu wenig Aktion. Wir hegten große Zuneigung, großes Vertrauen zu Gagern und denen, die mit ihm gingen, wir waren am genauesten politisch und persönlich mit ihnen befreundet; wir besorgten und mußten der Lage und Stimmung nach besorgen, wenn wir der Gagern'schen Partei uns nicht anschlössen, nicht bloß nichts auszurichten, sondern obenein die Bildung einer kompakten kräftig voranschreitenden und doch konservativen Mehrheit zu hindern und den Radikalen das Heft in die Hände zu liefern. Wir schlossen uns also, ob auch nicht ganz willig und nicht in allen Punkten und Fällen mit ihr stimmend, dieser werdenden Centrenpartei an, die einen dritten, eine Art von Mittelweg einschlug, der theoretisch halb-revolutionär, doch faktisch, wenigstens vorläufig und im Ganzen, ein antirevolutionärer war und seine Rechtfertigung in der Macht der Verhältnisse und der politischen Klugheit suchen mußte, großentheils auch gewiß fand. Einig mußte und sollte das zerrüttete Deutschland werden. Eine zahlreiche fast übermächtige Partei steuerte mit vollen Segeln zur Anarchie hin, die rathlosen Regierungen überließen die National-Versammlung sich selbst, und diese vermochte nichts ohne eine feste Mehrheit in ihrer Mitte, nichts Heilsames ohne eine zur Mehrheit werdende konservative, und war es nicht anders, wenigstens verhältnißmäßig konservative Partei. Daß sie gegenüber der revolutionären Partei konservative Mehrheit werde, wurde von der Gagern'schen Partei gehofft, und sie ist es geworden, obgleich nur bis auf einen gewissen Punkt. Späterhin änderten sich ihre Bestandtheile und Tendenzen. Im Anfange bestand sie aus den beiden Centren. Das rechte bildete ihren eigentlichen Kern. Bisweilen fiel das linke von ihr ab, nicht selten stimmte die Rechte mit ihr. Vollkommen einig waren ihre Mitglieder nur bei manchen Fragen. Nur ein beträchtlicher Theil von ihr hing dem — wiederum von den Einen so, von den Andern anders verstandenen — Principe der Souveränität der National-Versammlung an. Ein geringerer strebte dahin, die Regierungen vom Verfassungswerke auszuschließen und gelegentlich zu schwächen oder zu erniedrigen. Große Meinungsverschiedenheit fand hinsichtlich der

Verfassungsprojekte Statt, eines Gegenstandes, der indeß noch in der Ferne lag. Man kam vorerst nur gesprächsweise darauf, ob ein Kaiserthum oder was für eins errichtet oder was sonst werden sollte. Eine wenig Gutes verheißende Vorbedeutung für die Kraft und Haltung der gemäßigten Mehrheit, wenn man will, der ihren Mittelpunkt und ihre Stärke bildenden Gagern'schen Partei, hätte man darin finden mögen, daß der Gruß, den die Bundesversammlung dem Parlament entgegenbrachte, unerwiedert blieb, daß also dieselbe, die eben noch durch ihre Anordnungen dem Parlament die Stätte bereitet, ignorirt, und daß doch gleich darauf ihre Existenz wieder anerkannt wurde, indem das Präsidium wegen des Geldbedürfnisses der National-Versammlung ein Schreiben um Kreditbewilligung an sie richtete, was freilich nicht wohl zu umgehen war.

Die souveräne Versammlung lehnte gleichfalls die Veranstaltung einer religiösen Feier ab. Es gehörte zum Charakter der Bewegung, daß eine starke Reaktion auch gegen den Herrn des Himmels und der Erde, ausgehend von den Radikalen, stattfand. Blum sprach in der National-Versammlung ganz verächtlich vom Sichverlassen auf »den lieben Gott.« **Eritis sicut Deus!**

Die Kompetenz der National-Versammlung.

Ueber die eigentliche Aufgabe, die Kompetenz der National-Versammlung, herrschten die verworrensten Vorstellungen. Bei der Mehrzahl war weit mehr Gefühl der Macht, als Einsicht in den Beruf derselben. Dies sowohl als eine Zunahme der Begriffsverwirrung war großentheils verschuldet durch die Debatten und Beschlüsse des Vorparlaments und Funfzigerausschusses über die Volkssouveränität und die Machtfülle der konstituirenden Versammlung. Die Macht der letzteren, wie sehr sie überschätzt wurde, war eine Thatsache, die verhältnißmäßige Ohnmacht der gesetzlichen Gewalten und ein Zustand der Revolution waren es ebenfalls. So entstanden bei Vielen Zweifel, ob die Versammlung überhaupt auf gesetzlichem Boden stehe und in ihrem Verhalten die Linie der strengen Gesetzlichkeit und Rechtmäßigkeit inne zu halten habe. Auch Solche, die die Revolution durch eine befriedigende Reform abschließen wollten, mißtrauten den Regierungen so sehr, hielten die bestehenden verfassungsmäßigen Zustände für so unsicher und den Umstand, daß die öffentliche Meinung von der Versammlung ein energisches Handeln fordre, für so erheblich, daß sie glaubten, dieselbe würde dem Formellen die Sache opfern und ihren Beruf gänzlich verfehlen, wenn sie sich unbedingt innerhalb der Grenzen halten wollte, welche die Wahlgesetze ihrer Aufgabe und Kompetenz gesteckt hatten.

Als Gagern zum Vorsitzenden gewählt war, sprach er unter andern die bedeutungsvollen Worte: »Wir haben die größte Aufgabe zu erfüllen. Wir sollen schaffen eine Verfassung für Deutschland, für das gesammte Reich. Der Beruf und die Vollmacht zu

dieser Schaffung, sie liegen in der Souveränität der Nation. Den Beruf und die Vollmacht dieses Verfassungswerk zu schaffen, hat die Schwierigkeit in unsere Hände gelegt, um nicht zu sagen die Unmöglichkeit, daß es auf anderem Wege zu Stande kommen könnte. Die Schwierigkeit, eine Verständigung unter den Regierungen zu Stande zu bringen, hat das Vorparlament richtig vorgefühlt, und uns den Charakter einer konstituirenden Versammlung vindicirt. Deutschland will Eins sein, ein Reich, regiert vom Willen des Volkes, unter der Mitwirkung aller seiner Gliederungen; diese Mitwirkung auch den Staaten=Regierungen zu erwirken, liegt mit in dem Beruf dieser Versammlung.« Als er von der Souveränität der Nation sprach, unterbrach ihn stürmisches Bravo. Das war auch der Linken, war der ganzen großen Mehrheit recht. Was er von der zu erwirkenden Mitwirkung der Regierungen sagte, war nach unserm Sinn und den Anhängern des Vereinbarungsprincips genehm, wurde aber Seitens der großen Mehrheit stumm und kalt aufgenommen. In jedem Falle hätte ihm Folge gegeben werden müssen. Bei der Gestalt und Richtung welche der Begriff von der Volkssouveränität in den meisten Köpfen hatte, war es nicht genug, um die ohnehin zu nahe gelegte Mißdeutung abzuwenden, als ob die Meinung dahin gehe, daß unter Souveränität der Nation Alleinmacht des Volkes gegenüber den Fürsten verstanden sein solle und der Beruf der National=Versammlung darin gesetzt werde, daß sie die Verfassung einzig und allein zu Stande bringe, d. h. oktroyire. Sofern die Meinung dahin ging, war sie handgreiflich falsch. Beruf und Recht der National=Versammlung konnten nur nach ihrem Mandat, nach dem Bundesbeschlusse wegen Ausschreibung der Wahlen und den Wahlausschreiben der Regierungen, denen zufolge die Wähler doch auch gewählt hatten, beurtheilt werde. Es konnte demnach nicht den mindesten Zweifel unterliegen, daß das bisher ausschließliche Recht der Gesammtheit der Bundesglieder sich wandeln sollte in das Recht, welches in der konstitutionellen Monarchie dem Staatsoberhaupt und der Vertretung des Volkes zusteht, nicht aber in ein ausschließliches Recht der konstituirenden Versammlung. Das Vorparlament konnte der letztern ein solches Recht nicht übertragen, weil es darüber zu verfügen nicht von fern berechtigt war, und wollte es nicht einmal nach den Erläuterungen, auf deren Vorhergang erst der Soiron'sche Antrag genehmigt wurde. Viele erklär=

ten in dieser Zeit offen, die National-Versammlung stehe auf dem Boden der Thatsachen und nicht auf dem des Rechts, oder: im Volke ruhe zuletzt allein Recht und die Volksstimme übertrage der National-Versammlung die Souveränität. Allein wenn man ein Recht aus den Thatsachen, d. h. aus der Gewalt ableitet, so muß man zum wenigsten die Gewalt haben, so muß man sich auch das Gewaltrecht gefallen lassen, wenn es mit größerer Gewalt von anderer Seite geübt wird. Leitet man alles Recht aus dem Volkswillen ab, so muß man auch anerkennen, daß eine konstituirende Versammlung nicht souverän ist und daß die Annahme einer von ihr beschlossenen Verfassung Seitens der Fürsten ohne Berechtigung gefordert wird, wenn das Volk diese Versammlung nicht nachdrücklich unterstützt, für diese Verfassung nicht mit dem erforderlichen Nachdruck auftritt.

Wenn von der Seite der Konstitutionellen die unbedingte Souveränität des Volkes den Fürsten gegenüber und die ausschließliche Kompetenz der National-Versammlung proklamirt und gebilligt wurde, so geriethen sie mit sich selbst in den ärgsten Widerspruch, indem sie einen monarchischen Staat gründen wollten und das monarchische Princip angriffen, die Grundlage des beabsichtigten Baues; indem sie die Revolution zu bekämpfen unternahmen und den Revolutionärs, deren republikanisches Princip einräumend, in die Hände arbeiteten. Eine konstituirende Versammlung für souverän erklären, war jedenfalls sehr gewagt. Sie konnte sich selbst noch nicht einmal genügend kennen. Wie nahe lag die Wendung, daß Allmachtsschwindel und Neigung zum Mißbrauch der Gewalt, daß Herrschgelüst in ihr die Oberhand bekam. Die gelehrten Deutschen mußten aus der Geschichte wissen, daß sich Parlamente so gut zu Tyrannen aufwerfen können als Könige, aus der Geschichte wissen und aus der Natur der Sache entnehmen, daß der Despotismus von einigen hundert Parlamentsherren nicht besser oder erträglicher als irgend ein andrer ist. Man mußte doch wissen, daß die Freiheit stets da gefährdet ist, wo alle Macht einer einzigen Stelle anheim gegeben wird. Wer konnte dafür bürgen, daß nicht die Radikalen und Revolutionärs die Oberhand bekamen, und dann hatte man sich mit gebundenen Händen ihnen überliefert, die Einzelnen, die Untern, die Obern; das Recht, die Freiheit, das Wohl und Wehe Aller, die gesammte staatliche Ordnung, die Existenz der Staaten wurde auf das Spiel gesetzt bei jedem unvorsichtigen

Proklamiren und Adoptiren des Princips der Souveränität der Nation, der konstituirenden Versammlung *). Hierin lag selbst ein der ewigen Natur und dermaligen Lage der Dinge entnommener Klugheits oder Nützlichkeitsgrund gegen die Verkündung des Souveränitätsprincips, der wohl eben so gewichtig war als jener, welchen Gagern für den »Beruf und die Vollmacht« der National=Versammlung, die Verfassung allein zu Stande zu bringen, anführte. Außerdem hielt dieser Grund an sich selbst nicht Stich. Freilich lag die Schwierigkeit oder wenn man will die Unmöglichkeit vor Augen, mit 38 Regierungen zu vereinbaren oder eine Verständigung unter ihnen zu Stande zu bringen, wenn nämlich die Regierungen und Staaten einzeln neben einander stehen blieben. Aber es gab ein Drittes, einen Ausweg aus dem Dilemma: die Errichtung eines Staatenhauses, und schien darauf Gagern nicht auch hinzudeuten durch das was er von der Mitwirkung der Regierungen sagte? — Wir werden sehen. Noch am 19. Mai brachte Ra=

---

*) Im Juni schrieb Raumer: »Geben wir zu, daß eine Kammer überall ausreiche, daß sie allmächtig sei, daß neben ihr in Deutschland gar keine gesetzliche Gewalt mehr bestehe, daß alle Regierungen sich ihr unbedingt unterwerfen müßten: so ist es unnütz und thöricht, über irgend einen einzelnen Punkt noch mit der Linken zu streiten. Sie hat obgesiegt und wird uns aus allen unhaltbar gewordenen Stellungen vertreiben.« — »Die Allmacht der Versammlung, zur Regel und zum Gesetz erhoben, kann (der Form nach) zu den großen Uebeln führen, die in ähnlichen Verhältnissen fast nie ausgeblieben sind.« Im November aus Paris: »Die Theorie durch sichre Schlüsse und die Geschichte durch zahlreiche Erfahrungen erweist, daß eine Versammlung, deren Dauer und deren Weise zu sein, allein von ihr oder doch von ihrer willkürlichen Bestimmung abhängt, allmählig alle Freiheiten untergräbt und Tyrannei begründet. Sie mag nämlich aus wohlwollendem Eifer und übertriebener Besorgniß oder aus bewußtem Frevelmuth in dieses Streben nach Allmacht hineingerathen, so steht doch fest, daß in dem Maße, als sie dieses Ziel erreicht und alle heilsamen Gegengewichte zu Boden wirft, sie auch ihrem eigenen Untergange entgegengeht. Zu spät werden alsdann die Verführer gestraft, die Verführten von Gewissensbissen verfolgt, Alle aber (nach schnell vorübergegangener Lobpreisung) von der Mitwelt verläugnet und von der Nachwelt verdammt.« (Briefe aus Paris, I. 128, 134, II. 106.) Die Konstituirende in Berlin proklamirte im November die Anarchie und den Bürgerkrieg, die Frankfurter Versammlung befand sich im April 1848 auf dem Wege dazu. Es war ein großes Glück, daß sie die Macht nicht besaß, welche sie zu besitzen eine längere Zeit wähnte und deren erkannter Mangel von Vielen so bitter beklagt wurde.

veaux die Frage über das Verhalten derjenigen Mitglieder zur Sprache, welche zugleich für Frankfurt und Berlin gewählt waren. Er stellte den Antrag, die Versammlung möge beschließen, daß die für Frankfurt und Berlin gleichzeitig gewählten Mitglieder aus Preußen das Recht hätten, beide Wahlen anzunehmen. Die Erörterung des Antrags führte zu verwandten und tiefer liegenden Fragen, und veranlaßte eine Erklärung der National=Versammlung über ihre Kompetenz gegenüber derjenigen der konstituirenden Versammlung der Einzelstaaten. Es war ein Begutachtungsausschuß gewählt worden, der sich nicht hatte einigen können. Beckerath, Schoder, Pfizer, Herrmann, Heckscher, Lette und Römer empfahlen die nachstehende Erklärung: »Die aus dem Gesammtwillen des Deutschen Volkes hervorgegangene Nationalversammlung zu Gründung einer die Einheit und politische Freiheit Deutschlands bezweckenden Verfassung erklärt, daß alle Bestimmungen Deutscher Verfassungen, welche nach Vollendung des allgemeinen Verfassungswerkes mit diesem nicht übereinstimmen, abzuändern, und mit der Deutschen Verfassung in Einklang zu bringen sind.« Vincke, Somaruga, Simson und Neuwall bevorworteten folgenden Beschluß: »Die Nationalversammlung — in dem begründeten Vertrauen, daß sämmtliche Staaten Deutschlands alle Punkte ihrer besondern Verfassungen, die nach Vollendung des allgemeinen Deutschen Verfassungswerkes mit demselben in Widerspruch stehen, abändern, und daß dieselben Abänderungen auch in den während der Dauer der National=Versammlung zu Stande kommenden neuen Verfassungen einzelner Deutschen Staaten vorgenommen werden, — geht zur Tagesordnung über.« Der Antrag der Linken (Schaffrath, Kolb, Moritz Hartmann) ging im Wesentlichen auf die zwei Punkte: »1. Die Beschlußnahme über die Verfassung Deutschlands ist einzig und allein ihr, der konstituirenden Deutschen National=Versammlung, überlassen. 2. Die Verfassungen und Gesetze der einzelnen Deutschen Staaten und die Verträge zwischen ihnen, sowie die Beschlüsse gesetzgebender Volksvertretungen in ihnen, sind nur in so weit giltig, als sie mit dieser (einzig und allein von der konstituirenden Nationalversammlung zu errichtenden) Verfassung Deutschlands übereinstimmen.« Außerdem war noch eine große Anzahl anderer Anträge gestellt, aus welchen ich einen hervorheben muß, der von Widenmann eingebracht wurde, an dessen Formulirung ich Antheil und der noch die Unterschriften hatte von Admas, Stedmann,

Compes, Knoodt, Jaup, Werner, Deiters, Duncker, Haym, Bürgers, Sepp, Reichensperger und Clemens: »Die Deutsche Nationalversammlung, als das aus dem Willen und den Wahlen der ganzen Nation hervorgegangene Organ zur Gründung der Einheit Deutschlands, erklärt: daß sie alle Beschlüsse, welche von konstituirenden Versammlungen einzelner Staaten Deutschlands etwa gefaßt werden möchten, nur nach Maßgabe des für das gesammte Deutschland zu gründenden Verfassungswerkes als giltig betrachten wird.« Ich erwähne dieses Antrags, weil von ihm der Antrag, den die Mehrheit annahm, der Antrag eines der Ausschußmitglieder, Werner's herstammte, der ihn sich angeeignet und ihm die Form gegeben, nach welcher er lautete: »Die Deutsche Nationalversammlung, als das aus dem Willen und den Wahlen der Deutschen Nation hervorgegangene Organ zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands, erklärt: daß alle Bestimmungen einzelner Deutscher Verfassungen, welche mit dem von ihr zu gründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letztern als giltig zu betrachten sind, ihrer bis dahin bestandenen Wirksamkeit unbeschadet.«

Die Versammlung genehmigte mit einer an Einhelligkeit grenzenden Majorität diesen Antrag (27. Mai), nachdem sie den Uebergang zur Tagsordnung, »nicht ohne einen leisen Einfluß ihres Präsidenten,« wie Haym bemerkt, verworfen hatte. Die große Mehrheit wollte sich also weder auf den Antrag der Linken, noch auf den der Rechten einlassen, gar nichts über ihre Kompetenz auszusprechen. Statt bloßen zweckgemäßen und abwägenden Handelns wollte sie auch ein Princip deklariren. Sie hielt dies aus manchfachen Gründen für nothwendig. Widersprüche und Konflikte mußten fast nothwendig die Folge gleichzeitigen Tagens mehrerer konstituirenden Versammlungen sein. Die Einzelnen sollten erinnert werden, daß sie Glieder eines größeren Ganzen. Wenn die Nationalversammlung den Augenblick versäumte, sich kräftig auszusprechen und mächtig hinzustellen, so war zu fürchten, daß für die Einigung und Kräftigung Deutschlands abermals nichts zu Stande kommen werde. Haym (S. 15.) sagt: »Wenn die Linke dem Votum sich anschloß, weil sie, wenn auch in milder Form, das Princip der Volkssouveränität darin gerettet sah, so haben wir uns demselben angeschlossen, weil das Aussprechen des Princips vor der Hand die einzig mögliche Weise schien, die Stellung der

National-Versammlung aufzuklären und in der Meinung des Volkes moralisch zu sichern. Wenn die Linke nur eben den Boden gewinnen wollte, auf den sie zu schrofferen Konsequenzen die Versammlung fortzuziehen hoffte, so wollten wir gleich Anfangs ein für allemal mit einem Princip uns abfinden, welches fortan in Dekreten zu proklamiren einer praktisch politischen Körperschaft erspart sein würde.« Dies ist auch ganz richtig. Ich glaubte außerdem, durch den zu fassenden Beschluß werde nur ausgesprochen, was sich im Grunde ganz von selbst verstehe, wenn die Verfassung auf vernünftige, also das Partikulare gebührend Berücksichtigende und auf rechtliche Weise zu Stande komme, was abermals eine selbstverständliche Voraussetzung sein müße. Der allgemeinen Deutschen Verfassung müßten die Verfassungen der Einzelstaaten in Kollisionsfällen zuletzt weichen; das und nicht mehr sagten die Worte des Beschlusses. Legten einige das Princip der Souveränität der Versammlung hinein, so erklärten Andre — und Beckerath erinnerte noch unmittelbar vor der Abstimmung daran — daß nach ihrer Meinung Verständigung mit den Regierungen keineswegs ausgeschlossen sein solle. Ich beschäftigte mich damals viel mit dem Gedanken an die Errichtung eines Staatenhauses und hoffte, man werde dazu gelangen und dadurch die Schwierigkeiten beseitigen, welche das Vereinbaren mit 38 Regierungen so unläugbar bot, daß mir das nackte, wenn auch formell richtigere Vereinbarungsprincip als eben so gefährlich und verwerflich erschien, wie das formell unrichtigere des Einzig und Allein. Die Sache um die es sich handelte, hatte, wenn in irgend einem Falle auch in diesem ihr Recht. Es handelte sich nicht um einen bürgerlichen Rechtsstreit, sondern um Befriedigung eines großen nationalen Bedürfnisses, auch wohl geradezu um die Rettung, Sein oder Nichtsein des Vaterlandes. Es giebt bei der Unvollkommenheit der menschlichen Dinge auch ein, mag der Ausdruck ein uneigentlicher und ein ungeeigneter sein, s. g. Revolutionsrecht und es konnte eintreten in diesem Falle, wenn zuletzt die Zustimmung der Fürsten nicht zu erlangen war, nachdem die National-Versammlung eine tüchtige, annehmbare Verfassung berathen und durch Beschluß festgestellt, alle verständigen und billigen Wünsche, Vorschläge, Erinnerungen der Regierungen und Staaten in vollem Maße berücksichtigt und endlich vergebens Alles aufgeboten hatte, was in ihren Kräften stand, um ein Organ zu gründen, wodurch eine angemessene Betheiligung der Regierungen

ermöglicht und die Schwierigkeit der Vereinbarung mit so vielen einzelnen Regierungen aus dem Wege geräumt wurde. Die Regierungen waren nur zu säumig, das zu ihrer Mitwirkung beim Verfassungswerk Erforderliche vorzukehren, und ich hielt es keineswegs für undenkbar, eine oder die andre möchte ihre Rechnung dahin stellen, sie werde wieder zur Macht gelangen und könne dann vermöge Hervortretens mit der Vereinbarungsforderung die ganze Verfassungssache in die eignen Hände bekommen. Allein auch schon die bloße von aller Hinterhältigkeit entfernte Versäumniß war höchst gefährlich, der Einheit des Volksparlaments kein kollektives Gesammtorgan der Regierungen für deren Antheil am Verfassungswerke gegenüber zu stellen. Ein Beschluß wie der, welcher gefaßt wurde konnte, und sollte meiner Meinung zufolge antreiben und fördern, ohne daß er in der Sache etwas verdarb. Es ist jedoch recht sehr die Frage, ob dieß nicht irrig war. Wenn einmal zuletzt der gute Wille und Loyalität fehlten, so wurde alles Fragliche — ob und wiefern die National-Versammlung zu konstituiren habe, ob und wiefern die Regierungen zur Theilnahme berechtigt seien, welchem Theile die letzte Entscheidung zustehe — auf eine reine Machtfrage zurückgeführt, die durch kein Aussprechen eines Princips erledigt werden konnte. Schon deshalb glaube ich, daß diejenigen Recht, daß sie die gewichtiger Gründe für sich hatten, welche den Uebergang zur Tagesordnung beantragten.

Haym bemerkt, die National-Versammlung habe durch ihre Genehmigung des Werner'schen Antrags in dem was ihre eigenste Aufgabe, in dem Schaffen einer Verfassung für Deutschland, ihr ausschließliches Recht mit festem und entschiedenem Tone gewahrt, was ich auf keine Weise zuzugeben vermag; als richtig erkenne ich dagegen wieder an, wenn er noch weiter sagt: sie habe kurz vorher entschieden auf die Erweiterung ihrer Rechte, auf jeden Uebergriff zu administrativen Handlungen Verzicht geleistet, durch ihren Beschluß über die von Zitz zur Sprache gebrachten Mainzer Vorfälle am 26. Mai den Regi:rungen ein Vertrauensvotum gegeben, und so ihren Willen an den Tag gelegt, daß sic durch freies Zusammengehen mit denselben am sichersten das Ziel der Einheit und Freiheit des Vaterlandes zu erreichen gedenke. Eben so hatte sie noch vor der Beschlußfassung über den Werner'schen Antrag mit Freude erklärt, daß die sämmtlichen in Oesterreich und wo sonst in Deutschland bestehenden National-Unterschiede, anerkannt, berück-

sichtigt, nicht gekränkt werden, die Partikularinteressen also gewahrt werden sollten. Hierin lag noch ein Grund, weshalb Manche um so beruhigter dem Werner'schen Antrage zustimmen zu können glaubten.

Mit dem Beschluß vom 26. Mai verhielt es sich folgendermaßen. Zitz war mit einer entstellenden und aufregenden Erzählung eines Konfliktes aufgetreten, der in Mainz zwischen Einwohnern und Preußischem Militär stattgefunden. Er hatte Anträge hieran geknüpft, welche darauf hinausliefen, daß die National-Versammlung die Exekutive an sich nehmen, sich zum Konvent machen, das hieß Deutschland der herrsch- und zerstörungsbegierigen und zum Regieren und Organisiren untüchtigen radikalen Linken überliefern solle. Die Versammlung faßte mit großer Mehrheit den Beschluß, im Vertrauen, daß die zuständigen Behörden thun würden, was ihres Amtes, zur Tagesordnung überzugehen. Haym bezeichnet die Bedeutung des Beschlusses richtig als eine dreifache. »Zuerst: das Bewußtsein wurde gestärkt über die Grenzen unsrer Machtvollkommenheit — wir sind eine konstituirende, keine regierende Körperschaft. Mit der moralischen Autorität sodann, die uns einwohnte, kamen wir der gebrochenen Autorität der Regierungen zu Hülfe — wir schieden zwischen dem, was uns und was den Regierungen zustand. Wenn endlich republikanische Tendenzen hinter den Mainzer Vorfällen versteckt gewesen waren, so hatte die Majorität der Versammlung diesen jede Sympathie aufgesagt. Unser Votum war indirekt ein Votum gegen die Republik und deren Mittel.«

Gagern hatte Zitz ein Motiv an die Hand gegeben. Zitz berief sich auf ihn. Er sagte der Versammlung: »Ihre Befugniß ist erklärt worden aus dem Munde ihres Vorsitzenden — Sie haben das Recht Deutschland zu konstituiren, (also) überall ordnend in den allgemeinen Staats- und Verfassungsverhältnissen Deutschlands einzuschreiten.« Gagern wies ihn ab, indem er, abermals einen leisen Einfluß übend, dem Beschlusse der Mehrheit durchhalf.

Diese Mehrheit, welche bei diesen Vorgängen zuerst zu einer Art von Parteibildung gelangte, blieb im Fortgange ähnlicher Kämpfe bei dem Sinne, den sie jetzt bekundet, so oft auch die Linke Versuche derselben Art, und bisweilen mit Glück wiederholte. Bei der Debatte und Beschlußfassung über Zitz' Anträge war zum ersten Male nach großem Maßstabe insbesondre versucht worden, durch

den »Druck von außen,« durch Gallerielärm und Bedrohung mancherlei Art auf die Mehrheit der Versammlung einzuwirken. Sie hatte sich nicht einschüchtern lassen, wodurch ihr Selbstgefühl erhöht wurde. Als nun in diesen selben Tagen Anträge gestellt wurden, welche Maßregeln zum Schutz gegen Störungen der Verhandlungen und gegen Versuche der Vergewaltigung bezweckten, wurden diese so wie spätere ähnliche Anträge theils aus erhöhetem und übertriebenem Selbstgefühl, theils aber auch aus Buhlerei mit den Radikalen, dem gewaltsüchtigen »Volke,« der Revolution, von welcher man glaubte, ihrer doch auch vielleicht noch zu bedürfen, theils endlich selbst aus Furcht vor den Gallerien und dem Verluste der Volksgunst zurückgewiesen. Es war einer der größesten Fehler, welche die Versammlung sich hat zu Schulden kommen lassen. Es gelang der linken Seite gegen die Anstrengungen der rechten und der Mitte, von Anfang an eine unsägliche Zeit, der für das Verfassungswerk so nöthigen Zeit durch Hineinziehen von Gegenständen zu verderben, die mit der Aufgabe nichts zu schaffen hatten und außer der Grenze lagen, welche die Versammlung ihrer Kompetenz gezogen. Ich kann nicht behaupten, daß es wahr ist, was man nach einiger Zeit sagte, daß in Hallgarten verabredet sei, man wolle die Arbeiten der National-Versammlung auf alle mögliche Weise stören und aufhalten, damit die Verfassung nicht zu Stande komme, und die Versammlung die Sympathien des Volkes verliere, und sodann eine neue Volkserhebung ihr und der ganzen bestehenden Ordnung der Dinge ein Ende mache. Es ist möglich, daß das Verhalten der Linken von den Verhandlungen über die Mainzer Vorgänge an den Anlaß zu einer bloßen Erfindung gab. Wenn aber keine Verabredung bestand, so war es gerade eben so gut. Jenes Zeitverderben würde wenigstens nur in einem viel geringeren Maß stattgefunden haben, wenn die Störungen der Verhandlungen von oben und außen verhindert worden wären. Manche Gallerierede würde nicht gehalten sein, wenn sich die Gallerie auf keinerlei Weise hätte einmischen dürfen. Die Versammlung hielt sich nicht *völlig* innerhalb der Schranken ihrer Kompetenz und faßte bei den Verfassungsfragen manchen extremen, im Grunde nur der radikalen Minderheit zusagenden und die willige Annahme, also das Zustandekommen der Verfassung in Frage stellenden Beschluß, weil die Gallerien auf eine vorhandene Anzahl von Schwachen einwirkten. Der Beweis liegt darin, daß man sehr häufig Abgeordnete im

Privatgespräch oder in Ausschüssen sehr bestimmt gegen Anträge sich äußern hörte, für welche sie doch bei den Abstimmungen aufstanden oder ihr Ja sagten und umgekehrt. Oder es standen nur hundert auf für einen Antrag, über welchen durch Aufstehen abgestimmt wurde, aber doppelt so viele, wenn nachträglich der Namensaufruf erfolgte. In den Verzögerungen des Verfassungswerkes liegt einer der erheblichsten Gründe seines Scheiterns, und der größeste Theil dieser selbst absichtlichen Störungen fällt der Linken zur Last, die fort und fort republikanisch gesinnt war und operirte in der Art ihrer Parteigenossen im Vorparlament: Parlamentarisches Regiment! Der Wille des Volkes höchstes Gesetz und die parlamentarische Mehrheit sein Ausdruck! Können wir diese Mehrheit aber nicht durch die Macht des Wortes und Geistes erlangen, so suchen wir sie zu bekommen durch die Gewalt der Drohungen und Fäuste, und mißlingt auch das, so legen wir der Mehrheit alle mögliche Hindernisse in den Weg und bieten Alles auf zu dem Zwecke, daß der Zweck der Versammlung nicht erreicht und die Sache selbst verdorben wird, ehe wir zulassen, daß sie auf eine uns mißliebige Weise zu Stande kommt. Die gemäßigte Mehrheit zeigte sich hierbei viel zu schwach gegen die Linke, worin sie indeß auch wieder nicht allein schuldig war. Sie wurde nämlich zu wenig und die Linke zu lebhaft von draußen unterstützt. Von der ganzen Windrose her wurde die Versammlung durch Zuschriften, Anträge, Petitionen überschüttet, deren Erledigung freilich unmöglich war, aber doch viel Arbeitskräfte in Anspruch nahm, zerstreute, vom Erstnöthigen abzog, und deren Inhalt den Beweis lieferte, wie dürftige oder ganz falsche Begriffe von der Aufgabe der Versammlung in Umlauf waren. Dies war indeß noch nicht das Schlimmste. Tausendstimmig wurde laut und prahlerisch erklärt, das Deutsche Volk wolle nunmehr sich selber regieren, obwol zugleich die Beweise sich häuften, daß es dazu noch wenig im Stande war und wol selbst zu einer bescheidenen Theilnahme am Regiment erst noch herangezogen werden mußte. Gerade der Theil des Volks, der die Volkssouveränität am meisten im Munde führte, verletzte aus der Nähe und Ferne den Frieden und die Würde der National=Versammlung nicht weniger als die Linke drinnen, und ließ nur zu deutlich erkennen, in welchem Maße es ihm an Selbstachtung, da er die eigne Vertretung nicht zu achten wußte, an wahrem Ehr= und Rechts= und Freiheitsgefühl und an richtigen politischen

9*

Begriffen mangelte. Die verkehrtesten Ansichten, Aeußerungen, Abstimmungen und Beschlüsse fanden nur zu viel Beifall, verständige zu wenig Unterstützung. Erst ein Parlament gefordert im Namen des souveränen Volks und dazu gewählt und es proklamirt als den Ausdruck des Volkswillens, dem auch alle Fürsten sich zu unterwerfen hätten: dann aber wollte jedes Land, jede Stadt, jeder Klub, jede Volksversammlung, jeder Einzelne souverän sein, der Deputirte sollte der Bote und Bediente seiner Wähler sein, die parlamentarische Mehrheit sollte thun was das vermeinte souveräne Volk haben wollte, that sie es nicht, so wurde sie vom letztern verhöhnt und moralisch mißhandelt, und zuletzt unternahm dies souveräne Volk die Versammlung zu sprengen und seinen Willen der parlamentarischen Mehrheit zum Trotz durch Meuterei durchzusetzen, so wenig sich schämend einer Faktion in der National=Versammlung zum dienstbaren Werkzeuge sich herzugeben, als diese sich schämte, solcher Werkzeuge und Mittel sich zu bedienen. So geschah es in Frankfurt und aus der Ferne her, und die intelligenten Klassen verhielten sich dabei fort und fort wie im Anfange der Bewegung, gar zu oft theils unverständig fördernd, theils muth= und energielos zusehend. So machte sich das Deutsche Volk, auch der bessere Theil, der Schuld der Verzögerungen und Störungen des Verfassungswerkes theilhaftig, war theilhaftig auch des mehr als bloße Störung beabsichtigenden Frevels am 18. September; denn auch von der Ferne her hatte man die Anstifter und deren Treiben von der einen Seite moralisch unterstützt, während es von der andern an moralischer Unterstützung Derer fehlte, welche dawider waren. Im Uebrigen ist ein anderer und nicht unerheblicher Theil jener Verzögerungen die Schuld Derjenigen, die aus Beschränktheit oder Eitelkeit die Zeit dadurch verderben halfen, daß sie alle mögliche und noch einige Dinge mehr zur Sprache brachten, unfruchtbare Gelehrsamkeit auskramten, inhaltlose Reden vortrugen, und gleich und neben der Linken in ein ganz ordinäres Raisoniren und Politisiren verfielen.

Provisorische Centralgewalt und Staatenhaus.

Wenn eine neue Verfassung auf gesetzlichem Wege, ja überhaupt zu Stande kommen sollte, so war zweierlei erforderlich; zuerst eine Centralgewalt, welche die Deutschen innern und äußern Angelegenheiten kräftig leitete, so daß jede Störung der Verfassungsarbeit fern gehalten wurde, und sodann ein Organ der Regierungen und Staaten zur Ausübung der beim Konstituiren ihnen zustehenden Rechte, zu ordentlicher Vertretung ihrer Interessen und zur Ermöglichung einer legalen Durchführung der Beschlüsse über die neue Verfassung, mochte dieses Organ nun Staatenhaus benannt werden oder wie sonst. Auch das war in der Sache selbst gleichgültig, ob man bloß die Exekutive des Bundestags verstärkte, oder eine neue Exekutive schuf, ob man den Bundestag reorganisirte oder eine ähnliche Institution errichtete, wenn die letztere nur dem Zwecke entsprach. Die dahin zielenden Bemühungen der Bundesversammlung bis zur Eröffnung der National-Versammlung waren mißlungen und daher daß diese eröffnet wurde, ohne daß man sich in der Bundesversammlung über ihre, so wie über die Stellung der Regierungen zum Parlament verständigt hatte. Man war entmuthigt, wurde es noch mehr durch das erste Auftreten des letztern, und ließ, der Versammlung Alles anheimstellend, die Dinge gehen wie sie gehen mochten. Zu einer Centralgewalt, einem Staatenhause konnte man nach dem Zusammentritt der konstituirenden Versammlung nicht mehr ohne selbstständige Mitwirkung derselben gelangen, und in der National-Versammlung machte sich das Gefühl geltend, daß man doch nicht einzig und allein fortkommen und fertig werden könne ohne jene Institutionen. So wurde denn auf deren Er-

richtung bald gedacht, im Kreise der Abgeordneten und dann auch von Neuem in dem Kreise der Bundestagsgesandten.

In der Bundesversammlung kam noch im Mai zur Sprache, die Zahl der Bundesgesandten bis zu der der Stimmen des Plenums zu vermehren, den Geschäftsgang neu zu ordnen, den Bundestag zum Ober- oder Staatenhause umzubilden und in ihm den Regierungen einen Vollziehungsausschuß als Organ zu bewahren. Die betreffenden Anregungen gingen von den Gesandten Weimars, Würtembergs und Braunschweigs aus. Die Vorschläge wegen Reorganisation des Bundestags wurden indeß von der Mehrheit der Gesandten theils mit Kälte aufgenommen, theils bestritten, und blieben sodann im Revisionsausschusse liegen. Die meisten Regierungen schienen eine solche Reorganisation zu scheuen, um nicht den Verdacht zu erregen als dächten sie an die Restauration des Bundestags oder um nicht Abbruch an ihrer Souveränität zu erleiden. Wie die Reorganisation auch zu Stande kommen mochte, die reorganisirte Behörde mußte eine, die Einzelregierungen mehr oder minder beengende Gewalt erlangen. Es konnte eben des Zweckes wegen nicht vermieden werden, daß ihre Mitglieder in einem gewissen Maße von der Gebundenheit an Instruktionen befreit wurden, daß man sie nach Stimmenmehrheit entscheiden ließ. Darin lag aber allein die Möglichkeit, die Zeitbewegung auf dem gesetzlichen Boden festzuhalten, es lag darin weiter der unschätzbare Gewinn, daß den Konflikten mit der konstituirenden Versammlung, den Konflikten insbesondre über die Verfassung und deren Annahme und Durchführung vorgebeugt worden wäre. Es wurde nicht überall verkannt. So bemerkte die Bairische Regierung bei ihren Vorschlägen: in dem ersten Nationalparlamente sei den Regierungen der Deutschen Staaten ihr nothwendiger Antheil an der Konstituirung Deutschlands nicht gesichert; sie möchten deshalb sämmtlich ihre Gesinnungen und Grundsätze durch Bevollmächtigte in Frankfurt darlegen, um zu gemeinsamen annehmbaren Beschlüssen zu gelangen und sich und den Bevölkerungen ihre nothwendige Lebensfähigkeit neben den Organen des Centralstaats zu sichern, da sonst eine Despotie erschaffen werde, welche die Fürsten und Völker Deutschlands im Keime ihrer Macht, ihrer freien Bewegung und ihres innersten Lebens vernichte. Aber namentlich in Berlin erkannte oder würdigte man diese Seite der Sache nicht hinlänglich und zeigte sich abgeneigt auf diese bairischen Forderungen oder auf

jene Anregungen einiger Gesandtschaften zur Umgestaltung des Bundestags einzugehen. Es war zu ersehen aus der Unthätigkeit, aus dem Zögern der Preußischen Gesandtschaft, aus einer Berliner Depesche vom 26. Mai. Wäre das Berliner Kabinet nicht abgeneigt gewesen, so waren Gründe genug vorhanden, daß es den Bundesbeschluß vom 3. wegen Verstärkung der Exekutive des Bundes genehmigt und bereitwillige Hand zur Ausführung geboten hätte. Es bezeichnete und behandelte ihn jedoch lediglich als einen Vorschlag, was er streng genommen freilich auch nur war und desavouirte die Bundesversammlung, die allerdings nur gemäß der dringenden Sachlage und ohne Instruktionen gehandelt hatte.

Der Korrespondent der Deutschen Zeitung vom Rhein (Gervinus) hatte im Anfang sehr richtig gesehen, indem er der Kraft der National-Versammlung, ihr Werk allein durchzusetzen, mißtraute. Er erinnerte in der zweiten Beilage zur Nummer 142 von 1849, und konnte mit Recht daran erinnern, wie er gleich Anfangs die Versammlung gemahnt, dem Principe der Vereinbarung Rechnung zu tragen, wie er gegen die schiefe Stellung der provisorischen Centralgewalt eingeredet, und dann wieder vom November (1848) an mehrfach dem Rathe Geltung zu verschaffen gesucht, auf irgend eine Weise eine Brücke zur Vereinbarung hinüberzuschlagen. Hierdurch wurde ein andrer Korrespondent derselben Zeitung (Bassermann) veranlaßt, von einem Plane des Frühjahrs 1848 zu sprechen, der theils bei den Regierungen, theils in der National-Versammlung erfolglos angeregt war, einem provisorischen Staatenhause zur Mitberathung der Verfassung gegolten, allein namentlich in Berlin keinen Anklang gefunden hatte *). Die kleineren Staaten betrieben

*) Zweite Beilage zur Deutschen Zeitung, 1849 № 148: »Einen Weg gab es allerdings, auf welchem man sich — die Versammlung und die Regierungen — einigen konnte und weil denn einmal Ihr Korrespondent auf Rathschläge hinweist, welche ertheilt, aber nicht befolgt worden seien, so möge hier auch eines Vorschlags gedacht werden, der schon im vorigen Frühjahr theils bei den Regierungen, theils in der Versammlung angeregt worden ist, aber gleichfalls ohne Erfolg. Es war dies der Plan eines provisorischen Staatenhauses zur Mitberathung der Verfassung. Dieser Vorschlag, zuerst von einer der mittleren Regierungen ausgegangen, hatte bei mehreren andern Anklang gefunden. Der Schreiber dieser Zeilen war so glücklich, nach vielen Bemühungen bei den ihm befreundeten Ministern eines der größern Staaten auch diese dafür zu gewinnen, aber er erfuhr damals schon, daß Preußen davon durch-

die Angelegenheit noch mehrfach, vermochten aber gegen die Unthätigkeit und' den Widerspruch der größesten nicht durchzudringen. Man mußte erkennen, daß diese einen geringeren Antheil an dem Zustandekommen einer Verfassung durch die National-Versammlung und gemäß der in ihr vorherrschenden Ideen nahmen und sich auf ihre größere Macht stützten, allenfalls ablehnen zu können, was ihnen nicht genehm war. Die Nummer 151 der Deutschen Zeitung brachte am 31. Mai 1848 eine Denkschrift, worin ein Plan zu einer Staatenkammer vorgelegt wurde *). Auch die Allgemeine Zeitung

---

aus Nichts wissen wolle. Die Idee war ursprünglich diese: daß eine Vertretung der Einzelstaaten nach dem frühern Bundesverhältniß, gleichmäßig angemessen verstärkt, in öffentlichen Berathungen über das von der National-Versammlung Beschlossene ihrerseits wieder Beschlüsse fassen sollte, welche, mit Majorität (absoluter oder $^2/_3$ Majorität) gefaßt, bindend wären für die vertretenen Regierungen. Zur Ausgleichung der abweichenden Ansichten zwischen dieser Versammlung und der Reichsversammlung hätte man dann irgend ein zweckmäßiges Vereinigungsverfahren eintreten lassen können und wo auch dieses fruchtlos geblieben wäre, da hätte freilich die letzte Entscheidung der Reichsversammlung, als der Vertreterin der ganzen Nation zustehen müssen, vielleicht mit der erschwerenden Bestimmung einer Zweidrittelmehrheit für ablehnende Beschlüsse gegenüber dem Staatenhaus. Wenn ein solcher Vorschlag in der ersten Zeit des Parlaments diesem von den Regierungen offen und ehrlich entgegengebracht worden wäre, so würde dasselbe wohl Bedenken getragen haben, dazu Nein zu sagen.«

*) Das Wesentliche bestand im Nachstehenden: »Die National-Versammlung beschließe, daß der Gegenstand der Komposition, der Befugnisse und der Wahlart der Staatenkammer (des Senats) mit zu den ersten Arbeiten des Verfassungswerkes gehöre, und nachdem dieser Beschluß ausgeführt worden, fordere sie die Staaten auf, das Beschlossene zu genehmigen, ungesäumt zur Wahl zu schreiten und die Mitglieder nach Frankfurt einzuberufen.

Dieser Staatenkammer würde die Befugniß beizulegen sein: 1) In Gemeinschaft mit der National-Versammlung über gewisse näher zu bezeichnende Gegenstände (deren Ausdehnung bei Beendigung des Verfassungswerkes selbstredend vorbehalten bleibt) im Wege der Gesetzgebung zu beschließen, wodurch es möglich wird, schon in wenig Monaten zur Ausführung der dringendsten Anliegen vorzuschreiten. 2. Nach Beendigung der Arbeiten der konstituirenden National-Versammlung hinsichtlich des Deutschen Verfassungswerkes, bei dessen Entwurfe der Staatenkammer keine Mitwirkung zusteht, das Verfassungswerk Namens der Staaten zu prüfen und darüber nach Stimmenmehrheit bindend zu beschließen.«

brachte Erinnerungen an die Nothwendigkeit eines Staatenhauses. Der Gegenstand wurde in unserm Kreise vielfach erörtert, und seit der Mitte des Juni suchten auch die Flugblätter, welche damals begonnen wurden, sofort nach Kräften der Ansicht von der Nothwendigkeit und Dringlichkeit der Errichtung eines Staatenhauses Eingang zu verschaffen. Es gelang jedoch im genügenden Maße nicht. Die Idee der Souveränität der Versammlung war zu mächtig, die in der Sache selbst liegenden Schwierigkeiten waren beträchtlich, wo nicht zu groß, wenn man sich nicht mit der zu reorganisirenden Bundesversammlung behelfen wollte, die man aber dem lebhaftesten Widerspruche zum Trotz bei Schaffung einer provisorischen Centralgewalt geradezu beseitigte. Hätte die National-Versammlung gewußt, was geschichtliche Mächte wie die Deutschen Territorialherrschaften und wie namentlich Oesterreich und Preußen sind, so würde sie — zumal bei ihrem durch ein so starkes Mißtrauen gegen die Regierungen, Kabinette und Dynastien erhöhten Scharfblick — nichts mehr als das Temporisiren der Höfe und deren Passivität und Abgeneigtheit bei diesem Punkte gefürchtet und zu allererst an die Errichtung eines Staatenhauses gedacht und hierauf alle ihre Kraft geworfen haben. Ihre Parteien folgten aber zwei oder drei Irrlichtern, dem Traume einer Republik, dem Plane Preußen an die Spitze zu bringen und der Souveränitätsidee. Wenn der König von Preußen Kaiser wird, so bedarf es keiner besonderen Anstalten, Preußens Genehmigung sich zu versichern. »Wir hielten das Princip der Vereinbarung für erledigt, sagt Haym, (Die Deutsche National-Versammlung bis zur Kaiserwahl, 256) durch den im Volke vorhandenen Drang nach der Einheit, durch den vorausgesetzten guten Willen und Patriotismus der Fürsten.« Am Abend des 27. März 1849 sagte Gagern: »Als wir vor nunmehr elf Monaten die souveräne Gestaltung der Deutschen Verhältnisse über uns nahmen, da konnten wir dies nur im Vertrauen auf die in unsrer Versammlung waltende Vernunft, auf ihren Patriotismus wagen, konnten es nur im Vertrauen, daß uns nie die Zustimmung der Nation fehlen werde« u. s. w. (Haym 361). In den nächsten Wochen sollte auch der Kaiserpartei klar werden, daß ihre ganze politische Rechnung auf durchaus falschen Voraussetzungen geruht hatte, auf durchaus falschen Ansichten von dem Wesen und der Kraft der Deutschen Revolution und Einheitsbegeisterung u. s. w. und auf einer völligen Verwechselung des

Dranges nach Einheit mit dem Drange nach der Form der Einheit, welche das Schibolet der Reichspartei wurde.

Die Errichtung einer stärkeren Vollziehungsbehörde wurde sofort nach der Eröffnung der National-Versammlung von Mitgliedern derselben beredet. Es scheint in mehreren engeren Kreisen von Anfang der Fall gewesen zu sein. Wir, die wir im Funfzigerausschuß die Errichtung einer dreiheitlichen Exekutivgewalt am Eifrigsten betrieben hatten, brachten den Entschluß in die National-Versammlung mit, was uns dort mißlungen war, so bald als thunlich hier durchzusetzen. Allein die fortdauernde Schwäche und Passivität des Bundestags und der Regierungen veränderte den Standpunkt auch für uns sehr wesentlich. Sie machte es uns unmöglich, so fest auf dem Rechtsboden stehen zu bleiben, als wir es gern wollten. Indem die gesetzlichen Gewalten Gesetz und Recht preisgaben, indem sie die konstituirende Versammlung in einem solchen Moment sich selbst überließen, nöthigten sie dieselbe, der Leitung ihrerseits sich anzunehmen, d. h. sie nöthigten zu Uebergriffen, ohne welche Alles in Trümmern zu zerfallen drohte. Es handelte sich bald nur noch um die Fürsorge, daß jene Leitung nicht in die Hände der extremen Partei, sondern der Vertrauenswerthesten und Tüchtigsten gerieth, daß beim Ueberschreiten der Linie der Gesetzlichkeit Maß und die Rücksicht beobachtet wurde, Alles so zu thun, daß sie baldmöglichst wieder gewonnen werde. Was uns betrifft, so mußten wir uns darauf beschränken, sie inne zu halten so gut und so lange als möglich. Anfangs hielten wir unsre Absichten und Pläne sehr geheim. Wir wollten die Versammlung erst einigermaßen kennen lernen und unsre Ideen reifer werden lassen; wir lernten bald Omnipotenzsucht als sehr verbreitet kennen, wir kannten längst die Konventsgelüste der Linken und meinten ihnen gegenüber sehr vorsichtig auftreten zu müssen. Wir hielten die Mitwirkung der Regierungen und bezüglich der Bundesversammlung bei Errichtung der in Aussicht genommenen Institution für unentbehrlich und beabsichtigten einen durchaus legalen Charakter derselben; die Bundesversammlung war aber sehr verhaßt, die Legalität wenig geachtet. Verdacht und Mißtrauen waren so rege, daß auch das Unschuldigste, Verständigste und Beste Gefahr lief, wenn der Bundestag irgendwie damit in Verbindung gebracht wurde. Wir hatten eine doppelte Rücksicht zu nehmen, Rücksicht sowol auf das, was uns gut und zweckmäßig schien, als auf das, wofür wir muth-

maßlich eine Mehrheit erlangen konnten. Der ursprüngliche Antrag, über welchen sich zunächst nur Wenige vereinigten, liegt von Mathy's Hand geschrieben noch vor mir. Er lautete:

»In Erwägung,

daß die Lage Deutschlands die schleunige Herstellung einer starken Reichsgewalt auf verfassungsmäßiger Grundlage erfordert,

beschließt der Reichstag,

die Bundesversammlung einzuladen, sofort Einleitung zu treffen, um die Ernennung einer vollziehenden Behörde mit dem zu wählenden Ausschusse des Reichstags zu vereinbaren.«

Als wir mit diesem Antrage in einen etwas größeren Kreis hineingetreten waren, erhielt er die Form, in welcher wir auch einige unserm engern Kreise nicht Angehörende (Lassaulx, Biedermann, Wydenbrugk und ein paar Andre) für ihn gewannen und in welcher er noch im Mai eingebracht wurde:

»In Erwägung,

daß der außerordentliche Zustand, in welchem sich dermalen Deutschland befindet und die Beziehung des Deutschen Volkes zu anderen Ländern die alsbaldige Herstellung einer einheitlichen Leitung seiner öffentlichen Verhältnisse erheischt — wolle die National-Versammlung beschließen:

I. 1) Es soll bis zur Begründung einer obersten Regierungsgewalt für Deutschland alsbald ein Ministerium als Vollziehungsbehörde in den gemeinsamen Angelegenheiten der Deutschen Nation aus Männern gebildet werden, welche das volle Vertrauen der National-Versammlung besitzen.

2) Dasselbe handelt im Namen sämmtlicher Einzelstaaten Deutschlands und ist für seine Handlungen der National-Versammlung verantwortlich.

3) Die Regierungen der dermaligen einzelnen Staaten Deutschlands und, Namens derselben, deren in Frankfurt am Bundestage versammelte Bevollmächtigte werden aufgefordert, sofort der National-Versammlung die Minister zu bezeichnen.

II. Es ist dieser Antrag einem besonders zu wählenden Ausschusse zur schleunigen Prüfung zu überweisen. *)

Auerswald, Saucken, Beseler, Gervinus, Michelsen, Beckerath, Bardeleben und Mevissen sonderten sich von uns zu dem nachstehenden, im Wesentlichen übereinstimmenden Antrage, den sie in Gemeinschaft mit einigen Anderen einbrachten:

»Die zum Bundestage vereinigten bevollmächtigten Vertreter der Deutschen Regierungen aufzufordern, unverzüglich eine Exekutivgewalt zur Wahrung der Interessen der Deutschen Einheit zu begründen, zu diesem Ende einen Ministerpräsidenten zu ernennen und denselben mit der Bildung eines der National-Versammlung und dem Bundestage verantwortlichen Reichsministeriums zu beauftragen.«

Auch Lette und Pagenstecher waren mehrfach Theilnehmer unserer Besprechungen gewesen; sie formulirten gleichfalls einen besonderen Antrag, der eine Ausweitung enthielt, die auf die Spur hinleitete, welcher Dahlmann folgen zu müssen glaubte, als ein Ausschuß für die Sache und er zum Berichterstatter gewählt war. Er hatte sich derselben von Anfang, alles in Betracht Kommende gründlich durchdenkend und zur Sprache bringend, auf das Lebhafteste angenommen. Lette und Pagenstecher beantragten:

»Die hohe National-Versammlung wolle beschließen, daß bis zur schließlichen Feststellung der Verfassung Deutschlands:

I. durch die Bundesversammlung ein Direktorium als Central-Exekutivgewalt Deutschlands aus drei Repräsentanten der Deutschen Regierungen bestellt werde, und daß

II. dies Direktorium ein dem Reichstage verantwortliches Ministerium ernenne, bestehend aus:

1) einem Ministerpräsidenten,
2) einem Minister des Kriegs,
3) einem Minister für Handel, Gewerbe und Arbeiterverhältnisse,

---

*) Der Antrag war unterzeichnet von Wippermann, Jürgens, Bernhardi, Lassaulx, J. v. Würth, Mathy, Droysen, Andrian, Francke, Zachariä, Max v. Gagern, Bassermann, J. Sommaruga, Jaup, Compes, Adams, Knoodt, Widenmann, Langerfeldt, Biedermann, Hollandt, Backhaus, C. F. Wurm, Stolle, Stedtmann, Dahlmann, v. Rönne, C. F. Gevekoht, Dröge, Wydenbrugk.

4) einem Minister der auswärtigen Angelegenheiten,
5) einem Minister der Finanzen,
6) einem Minister der Marine.

Diesem Ministerium liegt ob:

a. Die Sorge für die innere und äußere Sicherheit Deutschlands;
b. die Vollziehung der Beschlüsse der konstituirenden National-Versammlung.

Dasselbe hat ferner:

c. den Berathungen der Versammlung, insbesondere denen über die Verfassungsfragen, beizuwohnen.«

Es waren sechzehn Anträge (ihre Zahl schwoll später auf sechs und dreißig), worüber der am 3. Juni gewählte Ausschuß am 17. berichtete. Die Antragsteller wollten zum Theil, daß die National-Versammlung die Sache allein in die Hand nehme, zum andern Theil, daß die Regierungen mitwirken sollten, zum Theil eine republikanische, zum andern Theil eine konstitutionelle Centralgewalt. Eine solche bevorwortete, schon viel weiter gehend als wir gewünscht und für räthlich hielten, die Mehrheit des Ausschusses (Dahlmann, Claussen, Dunker, M. Gagern, Mayern, Raumer, Saucken, Wippermann, Würth, Zenetti); Blum und Trützschler beantragten einen aus Mitgliedern der National-Versammlung zu bildenden Vollziehungsausschuß, d. h. Absetzung der Regierungen und Einführung der Republik; Lindenau hatte eine absonderliche Idee. *)

---

*) Der Antrag der Mehrheit lautete:

Die National-Versammlung beschließt:

1) Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland soll ein Bundesdirektorium zur Ausübung dieser obersten Gewalt in allen gemeinsamen Angelegenheiten der Deutschen Nation bestellt werden.
2) Dasselbe soll aus drei Männern bestehen, welche von den Deutschen Regierungen bezeichnet und, nachdem die National-Versammlung ihre zustimmende Erklärung durch eine einfache Abstimmung ohne Diskussion abgegeben haben wird, von denselben ernannt werden.
3) Das Bundesdirektorium hat provisorisch
   a. die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des Deutschen Bundesstaats betreffen;
   b. die Oberleitung des gesammten Heerwesens zu übernehmen und namentlich den Oberfeldherrn der Bundestruppen zu ernennen;

Weder Dahlmann noch sonst Jemand blieb der sich überstürzenden Ideenbewegung Herr, in deren seltsame Erscheinung auch noch Gagern's »kühner Griff« hineinfiel. Ich gebe nur die hervorstechenden Momente an.

Zuerst, im Mai und zu Anfange des Juni hatte es inmitten der gemäßigten Partei eine Vollziehungsbehörde sein sollen, vom Bundestage unter Theilnahme der National-Versammlung zu bestellen. In der Mitte des Juni war die konservative Ausschußmehrheit schon zu ihrem Bundesdirektorium mit einem der Nationalversammlung verantwortlichen Ministerium gedrängt. Selbst einem Manne wie Römer (vom linksten Centrum) erschien dies ganz unzulässig. Er sprach sich in den vertraulichen Berathungen jener Tage auf das Heftigste gegen das Dahlmann'sche Projekt aus. Von mehreren Seiten wurde beharrlich dagegen opponirt. Es sei unausführbar. Man sei im Begriff, ein Reichsoberhaupt mit einer parlamentarischen Reichsregierung zu schaffen und habe das Reich noch nicht, könne auch keins improvisiren; man fange an, sämmtliche Regierungen zu mediatisiren, was sie sich nicht gefallen lassen würden, und sollten sie die projektirte Einrichtung genehmigen, so würde ihre Stellung eine durchaus schwankende und unbestimmte zu ewigen Konflikten führende werden – sie würden sich wo sie

---

c. die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands auszuüben und zu diesem Ende Gesandte und Konsuln zu ernennen

4) Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt das Bundesdirektorium im Einverständniß mit der National-Versammlung.

5) Die Errichtung des Verfassungswerkes bleibt von der Wirksamkeit des Bundesdirektoriums ausgeschlossen.

6) Das Bundesdirektorium übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der National-Versammlung verantwortliche Minister aus. Alle Anordnungen derselben bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines verantwortlichen Ministers.

7) Die Minister haben das Recht, den Berathungen der National-Versammlung beizuwohnen und von derselben jederzeit gehört zu werden; sie haben jedoch das Stimmrecht in der National-Versammlung nur dann, wenn sie als Mitglieder derselben gewählt sind. Dagegen ist die Stellung eines Mitgliedes des Bundesdirektoriums mit der eines Abgeordneten zur National-Versammlung unvereinbar.

8) Sobald das Verfassungswerk für Deutschland vollendet und in Ausführung gebracht ist, hört die Thätigkeit des Direktoriums und seiner Minister auf.

könnten, der Folgeleistung entziehen. Die Bundesdirektoren sollten von Oesterreich, Preußen und Baiern nebst den übrigen Staaten ernannt werden, offenbar aber würde nach der Lage der letztern und insbesondere Oesterreichs, das mit sich selbst derzeit vollauf beschäftigt sei, der Preußische Bundesdirektor einen so überwiegenden Einfluß erlangen, daß das Institut eben so viel sei, als die Preußische Hegemonie. Man müsse bezweifeln, daß selbst Preußen, trotz der Aussicht auf eine solche, einer der National-Versammlung verantwortlichen Centralgewalt sich zu unterwerfen geneigt sei; sollte dies aber auch angenommen werden dürfen, da der Urheber des Projekts mit Berlin in sehr intimen Beziehungen stehe und schwerlich Vorschläge, welche dort nicht beliebig, auf die Bahn gebracht haben würde, so sei die öffentliche Meinung der Preußischen Oberleitung der Deutschen Angelegenheiten durchaus entgegen, und die minder mächtigen Staaten, insbesondere die süddeutschen, würden sich dawider auflehnen.

Am 19. Juni nahmen die Verhandlungen ihren Anfang. Die Linke enthüllte ihre Absichten auf eine Weise, daß die andere Seite nicht stärker hätte zur Vorsicht und Festigkeit gemahnt werden können. Sie zielte auf einen verantwortlichen Präsidenten, ließ sich indeß auch einen unverantwortlichen gefallen, der sich mit einem verantwortlichen Ministerium umgeben mußte. Täglich und stündlich gewann die Idee der Einheit — eines Bundesdirektors oder Reichsverwesers — mehr Boden. Schon am 20. wurde ein Antrag auf Uebertragung der provisorischen Centralgewalt an einen unverantwortlichen Präsidenten eingebracht und durch Einige von Denen unterstützt, welche zuerst unsre Anträge mit unterschrieben hatten (Widenmann, Compes, Biedermann, Wurm). Er ging von Abgeordneten aus, welche theils der Linken schon jetzt oder bald angehörten, theils sich ihr zunächst stellten und auf der Grenze zwischen Revolution und Legalität, Republik und konstitutioneller Monarchie »herumfistulirten« (Schoder u. s. w.). Die Einheitsidee drang auch in unsern Kreis herein. In der Sitzung am 23. Juni erklärte sich selbst Vincke dafür, der den ersten Tag noch lieber als den zweiten die Hegemonie Preußens durchgesetzt hätte. Er kam denen entgegen, welche an den Erzherzog Johann dachten. Er schlug das »erhabene Haus Oesterreich, welches Jahrhunderte lang an der Spitze des Deutschen Reichs gestanden«, und aus diesem, wenn auch ohne Namennennung, den Erzherzog vor. Dieser Vor-

schub von der rechten Seite förderte die Einheitsidee gewaltig. Saucken gab die Dreiheit für sich und die Ausschußmehrheit auf. In einer Abendversammlung am 23. wendete sich sogar Welcker von ihr ab. Vergebens wurde alle Beredtsamkeit aufgeboten, die Einheitsfreunde von dem Unpraktischen und Gewagten der Idee zu überzeugen, einen Deutschen Reichsstatthalter ohne Reich in die Luft zu stellen, und den guten Willen der Regierungen, von welchen er abhängig bleiben mußte, in übeln Willen zu verkehren oder wenigstens von allem Anfang zweifelhaft zu machen und zu schwächen, statt ihn zu beleben. Die Dreiheit war mit Einem Worte nicht mehr zu halten, war es kaum noch in unsern Privatzusammenkünften, wo ihr Gagern, in diesem Kreise eine so große Autorität, bis zum letzten Augenblick ihrer Möglichkeit auf das Eindringlichste aber vergeblich das Wort redete.

Die Einheitsidee trug aus den verschiedensten Gründen den Sieg davon. Die Linke steuerte auf die Republik mit einem Präsidenten. Eine von den Regierungen bestellte Dreiheit hätte eine stärkere monarchische Gewalt ergeben können. Sie bot Alles auf für die Einheit. Auf der andern Seite ließen sich Viele überreden. Man glaubte da in der Ernennung eines Reichsverwesers den Wiederanfang von »Kaiser und Reich« zu erblicken, oder verfolgte hastig den Gedanken, den Deutschen Staatenbund in einen monarchischen Einheitsstaat zu verwandeln. Einige richteten dabei, da der König von Preußen diskreditirt war, ihr Augenmerk auf den Erzherzog Johann als zukünftiges definitives Oberhaupt, Andere meinten, die Zeiten für den Preußischen Kaiser würden schon kommen und die Oesterreichische Regierung, die Oesterreichischen Abgeordneten würden demnächst um so weniger Einwendung gegen ein Votum der National-Versammlung für einen solchen machen dürfen, wenn jetzt ein Oesterreichischer Prinz an die Spitze trete und eben auch durch recht viele Preußische Stimmen. In der That wurde dies Motiv späterhin zu Gunsten des Preußischen Kaiserthums auch benutzt: wie man von Oesterreichischer Seite widerreden und so selbstsüchtig und unpatriotisch sich dagegen sträuben könne, die Preußen hätten doch bei der Wahl des Reichsverwesers ohne Egoismus und Verläugnung des Stammes-Ehrgeizes für einen Fürsten aus dem Habsburgischen Hause gestimmt. Die Preußischen Abgeordneten, welche für den Oesterreichischen Erzherzog votirten, wurden indeß in der Heimath darob hart getadelt. Man

erkannte in Berlin die Feinheit ihrer Berechnung entweder nicht oder wußte sie nicht zu würdigen. Man ersieht es aus Raumer's Briefen. Er muß die Preußischen Abgeordneten gegen Vorwürfe in Schutz nehmen: es sei doch nun einmal kein Preußischer Prinz da, der die Stimmen mit Sicherheit gewonnen hätte, der Prinz von Preußen, der ausgezeichnetste unter ihnen, der täglich mehr Boden gewinnen könne, habe sich zurückgezogen u. s. f. *)

Inmitten der parlamentarischen Mehrheit, welche sich bis jetzt herausgestellt, herrschte der beste Wille vor. Auch fehlte den meisten Einsicht und Verstand keineswegs. Sie verabscheuten die Tendenzen der Linken oder erkannten deren Undurchführbarkeit und traten fest dagegen auf, wo sie sie durchschauten, wie bei den Verhandlungen wegen der Mainzer Vorgänge. Allein eine tiefere politische Bildung oder ein schärferer Blick fehlte nicht Wenigen, und diese ließen sich in jene Tendenzen hineinziehen, wo dieselben und die Gefahren von Beschlüssen minder offen am Tage lagen, welche von der Linken gewünscht wurden, wie es bei der Direktorialeinheit der

*) Biedermann (Erinnerungen aus der Paulskirche, S. 77) bemüht sich, die Anschuldigung zurückzuweisen, als sei die Wahl des Erzherzogs durch eine Preußische Intrigue bewirkt, deren Haupt Gagern gewesen. Voraussichtlich habe dieser freilich nicht gehandelt, wenn er damals schon die feste Ueberzeugung gehabt, daß Oesterreich an der definitiven Konstituirung des Bundesstaats keinen Theil haben werde. Gagern's Natur sei aber so geartet, daß man ihm eher zwanzig Mal Mangel an Voraussicht, als ein Mal Mangel an Aufrichtigkeit vorwerfen könne u. s. f. Ich bin damit vollkommen einverstanden, aber ein »ungereimter Verdacht« war es nicht, wenn gesagt wurde, man habe mit der Wahl des Erzherzogs Oesterreich abfinden wollen, um bei Schaffung der definitiven Reichsgewalt desto sicherer Preußen an die Spitze zu bringen — sofern man dabei nicht verallgemeinerte, nicht die Motive Einzelner auf eine angelegte Intrigue zurückführte. Ich finde dies völlig ungegründet und parteisüchtig geurtheilt, ich finde es auch gar nicht tadelnswerth, wenn Preußen ihren König an die Spitze zu bringen wünschten, ich finde keine Intrigue darin, daß von Einzelnen und dann von Mehreren dahin operirt wurde, daß die National-Versammlung ein Preußisches Kaiserthum beschloß, wenn ich auch die angewendeten Mittel nicht samt und sonders gut heißen kann. Aber man hätte von kaiserlicher Seite auch nicht die Anschuldigung der Intrigue erheben und vor tugendhaftem Zorn und Abscheu außer sich gerathen sollen, wenn Oesterreichische Abgeordnete Oesterreich an die Spitze zu bringen suchten und sich dem Zustandekommen einer Verfassung widersetzten, die für Oesterreich nicht paßte, Oesterreichs Ausschluß zur Folge haben mußte Dies war von der Kaiserpartei eben so ungereimt als parteisüchtig.

Fall war. So erklärten sich denn wieder Andre für die Einheit aus vermeintlichem Interesse für die Monarchie. Sie sahen nicht, daß sie mit einem einzigen fürstlichen Bundesdirektor die monarchische Form, einen Schemen eines monarchischen Oberhauptes bekamen, aber die Regierungen, die neue Regierungsgewalt und somit das monarchische Princip verletzten und schwächten, während es dem letztern augenscheinlich keinen Eintrag that, wenn man die bestehenden Regierungen bei der neuen Centralgewalt möglichst betheiligte und ins Interesse zog und sie deshalb mehrere Direktoren zur Ausübung derselben ernennen ließ, — ernennen ließ in einem Bundesstaate, den man statt des Staatenbundes zum Höchsten hatte und vorerst haben konnte. Noch Andre meinten, die größeste Macht und Energie der Regierung stecke in deren einheitlicher Form. Sie übersahen, daß jede Regel doch wenigstens ihre Ausnahmen hat und daß hier ein Fall vorlag, der eine solche einschloß. Die neue Centralgewalt sollte nach ihrem Sinne eine möglichst kräftige sein und werde, meinten sie, die hinlängliche Macht durch die National-Versammlung erhalten. Denn daß diese allmächtig sei und sein müsse und solle, träumten und projektirten sie mit der Linken. An diesem Punkte ließen sie sich in deren Tendenzen verflechten. Die Linke hoffte von Anfang durchzusetzen, daß die Ernennung des Reichsdirektors durch die National-Versammlung beschlossen werde, und auch hier kam man ihr vom linken Centrum her schon entgegen und sprach für Verwandlung der Ernennung durch die Regierungen in Zustimmung derselben. Die Linke hatte freilich im Augenblick keinen Reichsstatthalterkandidaten, der zulänglich, der durchzubringen gewesen wäre. Man hoffte auf ihrer Seite, wie in jenen Tagen gesagt wurde, wenn die Ernennung durch die National-Versammlung beschlossen sei, so werde sich eine Mehrheit für Ernennung eines Privatmannes statt einer fürstlichen Person finden, man werde Gagern wählen, und dann sei er und die in ihm ruhende Macht gegen die Unordung und Anarchie aus der Versammlung fortgeschafft; er werde in der neuen Stellung bald genug abgenutzt sein.

In unserm Kreise wurde das größeste Gewicht auf Erhaltung der Bundesversammlung in irgend welcher Form und unter irgend welchem Namen gelegt. Die neue Centralgewalt sollte nicht sofort mit einer Revolution, mit Beseitigung der Regierungen beginnen. Sie sollten fortbestehen und der Gesammtheit und zu den Gesammt-

zwecken ihre Kräfte leihen. Also bedurfte die neue Centralgewalt ihrer; sie selbst konnte über keinen Kreuzer, keinen Mann verfügen. Deshalb mußte ein Organ der Regierungen am Sitze der Centralgewalt vorhanden sein. Die Bundesversammlung war das unentbehrliche, durch eine provisorische Behörde gar nicht zu ersetzende Organ der Vertretung Deutschlands bei den auswärtigen Mächten. Wie schon gesagt, ein solches war auch erforderlich und die Bundesversammlung mußte erhalten werden, damit man nicht gänzlich brach mit den föderativen Elementen des Volkslebens, damit man die Verfassung auch wirklich zu Stande bringen konnte. Wir hofften, die fortbestehende Bundesversammlung werde sich auch dazu benutzen lassen und ihr Fortbestehen und ihre Organisation zu diesem Zwecke sei vielleicht noch der einzige Weg um zu einer Art von Staatsrath oder Staatenhause zu gelangen. In diesem Sinne nun äußerte sich Dahlmann in seinem Bericht, sprachen in der Debatte Mehrere verständig und warm, Bassermann namentlich, und Duncker, Stedmann, Wippermann, Mathy und vor Allen Welcker, der auch einen dahin zielenden Antrag stellte: das Bundesdirektorium solle sich bei den Vollziehungsmaßregeln so weit thunlich mit den Bevollmächtigten der Landesregierungen in Einvernehmen setzen. Die Meinung dabei war, der Bund könne als Central-Vollziehungsgewalt, dürfe aber nicht einen Augenblick vor Schaffung einer anderen Einrichtung aufhören als Staatenhaus, als allgemeine Vertretung bei der Centralregierung. Eine ähnliche Tendenz hatte ein unten noch anzuführender Heckscher-Rotenhan'scher Antrag. Der Welcker'sche wurde durchgesetzt, sonst aber war Alles vergebens; so vergebens als die dringendsten und wiederholtesten Warnungen, daß man sich hüten möge, der Linken zu Gefallen den Beschluß zu fassen, aus eigner Macht die Direktoren oder den Reichsverweser zu bestellen.

Am 24. Juni nahm Gagern das Wort. Er erörterte den Beruf, die nächste Aufgabe, den Umfang der zu schaffenden Gewalt, und manches sehr Merkwürdige kam dabei vor. *) Sehr erheblich,

*) Dahin gehört was er über die Geschichte der Bestimmung des Ausschußantrags: »Das Verfassungswerk soll von der Thätigkeit der Centralgewalt ausgeschlossen sein,« sagte. »Als zwischen der Bundesversammlung und dem Fünfziger-Ausschuß über die Schaffung einer Centralgewalt verhandelt wurde, hat diese Verhandlung großen Anstoß erregt und ist manchen Verdächtigungen ausgesetzt worden; — man hat sie darum müs-

sehr leidig war es, daß er sich gegen das Fortbestehen der Bundesversammlung erklärte. Er fügte freilich hinzu, daß er die Frage: ob denn nun das ganze Bedürfniß einer Staatenvertretung vernichtet sei? verneinen müsse. Das Wichtigste war seine Beantwortung der Frage: wer die Centralgewalt schaffen solle? Er that den »kühnen Griff,« wie er es nannte, der National-Versammlung anzurathen es selbst zu thun. Er berührte den Standpunkt des Rechts: er würde es bedauern, sagte er in dieser Beziehung, wenn es als ein Princip gälte, daß die Regierungen in der Sache gar nichts zu sagen haben sollten. Vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit, bei welchem er verweilte, nahm er seine Gründe her: 1. die neue Gewalt muß stark sein und Vertrauen einflößen, (ein sehr großen Zweifeln unterliegendes Argument); 2. wir bedürfen ihrer schnell und können sie nicht schnell erhalten, wenn die Regierungen mitwirken sollen und wir statt Dreier Einen haben wollen; 3. die Mehrheit sei zu der Ansicht (die auch er theile) gekommen, daß Letzteres das Nothwendige sei; 4. die National-Versammlung überhebt nur die Regierungen einer großen Verlegenheit, wenn sie — indem sie auf die nachträgliche Einstimmung derselben rechnet — ihnen die Wahl und den Vorschlag erläßt; dabei findet im Uebrigen 5. auch die Voraussetzung Statt, daß eine fürstliche Person

sen fallen lassen. — Hauptsächlich hat man dieser Einrichtung vorgeworfen: das würde ein neuer Weg für die Regierungen sein, ihren Einfluß geltend zu machen; sie würden eine Ministerbank in der National-Versammlung schaffen, und auf diese Weise ihren Absichten Eingang verschaffen. Meine Herren! Ich habe nie diese Besorgniß getheilt; ich glaubte voraussetzen zu können, daß bis zur Eröffnung der konstituirenden National-Versammlung die Regierungen sich nicht über einen Verfassungsplan würden verständigt haben; daß also die damals projektirte Centralgewalt einen gemeinschaftlichen Verfassungsplan unmöglich hätte vertreten können. Allein jene Verdächtigung des damaligen Plans war ein Mittel, und ich will es als solches keiner Kritik unterwerfen. Das ist die Geschichte des Vorschlags des Ausschusses, daß das Verfassungswerk von der Thätigkeit der Centralgewalt ausgenommen sein soll, während alle Maßregeln der Vollziehungsgewalt in der Nationalversammlung zu vertreten sind. Man hat damit dem Vorwurf begegnen wollen, als ob nicht die Regierungen die konstituirende Eigenschaft dieser Versammlung in ihrem ganzen Umfange hätten anerkennen wollen, damit die Versammlung unbeirrt sei von äußern Einflüssen bei der Hauptaufgabe, die ihr gestellt ist, der Schaffung der zukünftigen Verfassung Deutschlands. Darum hat der Ausschuß, wenn ich recht verstehe, diese Bestimmung aufgenommen.«

gewählt wird, die sich der Unterstützung aller Staaten versichert halten kann. — Zum Schluß fügte er das Nachstehende hinzu: Nachdem ich diese Frage vor Ihnen erörtert habe, wird man (zur Linken gewendet) mir nicht mehr den Vorwurf machen, als habe ich das Princip der Souveränität der Nation aufgegeben, indem ich ja der Nation und ihren Vertretern in dieser Versammlung die Befugniß vindicirte, diese Wahl auszusprechen, aus Gründen des Rechts, wie der Nationalsicherheit, der Nationalwohlfahrt; ich glaube, daß man umfassender dieses Princip nicht anerkennen kann. Und auch darin wird keine Abdankung dieses Princips gefunden werden können, wenn etwa meine Meinung, wie sie es wirklich ist, die sein sollte, daß die hochstehende Person ein Fürst sein müsse, was auch Sie einräumen können, nicht weil es, sondern obgleich es ein Fürst ist. Meine Herren! (Zur ganzen Versammlung.) Es ist Ihnen vorhin viel Schlimmes gesagt worden von den Fürsten; ich habe diesen Haß gegen die Fürsten nicht mit auferzogen, und die Liebe zu den Menschen war mir immer näher. Aber, meine Herren, einen Haß gegen ganze Generationen zu tragen, ohne die Personen zu bezeichnen, die etwa des Hasses werth sein könnten, das ist nicht großmüthig! — Nachdem ich die Fragen, die hier zur Sprache kommen, beantwortet, und, wie mich dünkt, zur Genüge beantwortet habe, bleibt mir nur Eines übrig. Darin aber kann ich nichts Neues sagen; es ist mit beredterem Munde von vielen Andern ausgesprochen worden. Ich kann nur wiederholen: Einigen wir uns, soweit Einigkeit möglich! Opfern wir, was zu opfern ist, um zu erhalten und den Uebergang zu erleichtern zu besseren Zuständen. Wenn wir thun, was die Wohlfahrt des Vaterlandes fordert, ohne Rücksicht auf Sophismen, die Einzelnen als Principien gelten; wenn wir in der Ueberzeugung handeln, daß das Princip, welches durch uns Gesetz wird, Gehorsam verlangt, dann werden wir thun, was unsere Schuldigkeit, und die Nation wird uns Beifall zurufen. Wir stellen nicht die Freiheit bloß, und wir schaffen die Einheit unseres Volkes und Vaterlandes, nach der wir schon so lange uns sehnten.« Das »nicht weil sondern obgleich« erregte einen Beifalljubel in der Versammlung und auf den Gallerien, der gar nicht enden wollte. Dahlmann hatte als Berichterstatter das letzte Wort. Er verkündete Namens der Ausschußmehrheit gleichfalls noch ein paar Koncessionen, welche dieselbe der Stimmung machte, die sich als die vorherrschende zu erkennen

gegeben. Namentlich sollten der Ernennung durch die Regierungen noch engere Schranken gesetzt werden.

Wir nun und mit uns alle diejenigen, welche lediglich von der Absicht und dem Antrage ausgegangen waren, daß auf gesetzlichem Wege eine kräftige Vollziehungsgewalt errichtet werden möge, befanden uns jetzt, zumal nach Gagern's Rede, in der peinlichsten Verlegenheit und fühlten uns von allen Seiten im Stich gelassen. Zuerst von den gesetzlichen Gewalten. Man vernahm freilich, daß von Seiten der Bundesversammlung über die projektirte Dreiheit verhandelt sei und daß die Regierungen zu deren Ernennung sich bereit erklärt hätten, allein es wurde durchaus keine Maßregel kund, keine Erklärung gegeben, woran man sich hätte halten können, und die bisherige Unthätigkeit, Uneinigkeit und Rathlosigkeit der gesetzlichen Gewalten ließ gar nichts hoffen. Sodann waren wir im Stich gelassen von einem nur zu beträchtlichen Theile der Mehrheit, welche sich Anfangs gegen die Linke zusammengefunden, — wir konnten nicht mehr daran denken, die Dreiheit, die Betheiligung der Regierungen durchzubringen, nachdem selbst der Ausschuß die Einheit zugegeben, nachdem sich Gagern für die Wahl durch die National-Versammlung erklärt hatte. Hiermit waren wir auch von diesem im Stich gelassen, d. h. von dem Einzigen, der, wie die Dinge standen und sich anließen, die Versammlung vor einem völligen Bankbruch an Halt und Würde zu bewahren vermochte, und der im Stande war, eine Mehrheit gegenüber der Linken — freilich keine feste, die gesetzliche Bahn einhaltende, nur überhaupt eine nicht überstürzende Mehrheit, — um sich zu sammeln und beisammen zu halten in einem Parlament, in dessen Majorität das Ungeschick in parlamentarischer Taktik, die Unfähigkeit sich zu organisiren und einer bestimmten Führung zu folgen, die Tendenz zur individuellen Eigenwilligkeit, zum Zerfahren, und das Talent von der Minorität sich schlagen zu lassen, eben jetzt so sehr groß sich zeigte. Denn in der That hatte man, wie Raumer (I., 134) ganz richtig bemerkt, täglich, ja stündlich Boden verloren oder aufgegeben. Man hatte die gröbsten Fehler, einen nach dem andern, gemacht, und Gagern hatte einen der größesten hinzugefügt. Wendeten wir uns nun aber von ihm ab, so blieben wir, allenfalls mit dem kleinen Häuflein der Rechten, die außerdem auch schon über einen Theil unsrer Absichten hinausgegangen war, ohne Frage in der Minderheit, und es kam entweder — in welchem Falle große Unzuträglichkeiten be-

vorstanden — überhaupt kein Beschluß oder doch nur einer mit einer zu geringen Mehrheit, oder endlich gar ein Beschluß zu Stande, der noch weit mehr im Sinne der Linken war, als der welcher wirklich gefaßt wurde — die National-Versammlung gerieth auf die revolutionäre Bahn. Wurde im Sinne Gagern's beschlossen, so geschah gewissermaßen dasselbe, aber doch minder rückhaltlos, doch so daß Umkehr noch möglich blieb und daß die maßvollere Partei die Sache noch in den Händen behielt. Im ersteren Falle mußten unabsehbare Unordnungen sofort und gewiß eintreten, im zweiten stand es auch in dieser Beziehung besser. Die Wahl des Erzherzogs war immerhin ein Sieg über die anarchischen Plane der Linken. Es handelte sich nicht mehr darum, eine feste Ordnung, einen sichern unverletzten Rechtsboden zu behaupten und zu schützen, sondern darum, Ordnung und Recht wieder zu schaffen, und Alles erwogen vermochte die streng legale, die Vereinbarungspartei auf ihren Wegen dieß jetzt nicht; es würde gerade zur Zerstörung, zum Scheitern von Allem gewirkt haben, selbst wenn sie in der National-Versammlung allenfalls mit einer kleinen Mehrheit gesiegt hätte, woran jedoch nicht von fern zu denken war. Die Wiederherstellung von Ordnung und Recht erschien nur noch dadurch möglich, daß die National-Versammlung die Errichtung einer neuen Centralgewalt, wie einer neuen Verfassung ihrerseits zu Händen nahm und rasch und kräftig, mit Geschick und Mäßigung durchführte, und dieses war im Augenblick wiederum nur zu hoffen, wenn die an die Spitze tretende Gagern'sche Partei genügend unterstützt wurde. In einer revolutionären Zeit ist es zu eng gegriffen, trotz alledem und alledem an den verlorenen Rechtspunkten festhalten, mit dem formellen Recht sich umpanzern wollen. Es ist verkehrt, wenn der Einzelne in einer großen gesetzgebenden Versammlung unter allen Umständen nur seiner individuellen Ansicht folgen und keiner andern sich unterordnen will. Es ist gefehlt, inmitten eines großen Umschwunges und Aufschwunges, der Kraft ungewöhnlicher Erregung und der Gunst außerordentlicher Umstände ganz und gar nichts vertrauen zu wollen. Wenn die National-Versammlung binnen der nächsten Wochen, was eine Möglichkeit war, allen Regiergelüsten und allen Detail-Verhandlungen entsagend, die Grundzüge einer Verfassung feststellte, etwa so daß sie den Siebzehner-Entwurf modificirte, auf die Bairischen Vorschläge einging oder über etwas Aehnliches sich einigte — oder wenn sie den anderen Weg einschlug, die

nöthigsten Punkte rasch anzugreifen, um Einheit im Heerwesen, in Zoll und Handel, Reichsgericht und einiges Andre sofort einzuführen: so konnte und mochte sie den souveränen Standpunkt behaupten; es hätte wahrscheinlich zum Ziele geführt, es schien jetzt der einzige Weg zum Ziele zu sein.

Dies waren die Erwägungen, welche zu dieser Zeit mich und manche Andre bewogen, uns Gagern und der Richtung anzuschließen welche er vertrat, im vorliegenden Falle mit ihm zu stimmen, und dann weiter auch in der Verfassungssache das Ziel einer wesentlicheren Umgestaltung uns vorzustecken. Nicht daß auch wir nun auf einen Einheitsstaat hätten hinsteuern wollen, aber wir gaben die Idee einer mäßigern Reform auf, an deren Durchführung, wie die Dinge jetzt lagen, schlechterdings nicht zu denken war, da ihr in der National-Versammlung nur eine geringe Minderheit zuneigte und da die gesetzlichen Gewalten sich von dem Unternehmen fern hielten und theils nichtwillig, theils und mehr noch muthlos oder unfähig in dieser wie in allen Beziehungen sich erwiesen. Hiergegen bewies es nichts, daß eine und die andre Regierung willig und tüchtig auftrat, vielmehr ging daraus nur um so mehr hervor, wie wenig auf die übrigen zu zählen war. Unser Vertrauen zu Gagern als parlamentarischen Führer und zu seiner Richtung war indeß freilich kein unbedingtes. Eben jetzt drangen sich auch Bedenken und Zweifel uns auf, so daß wir uns nicht hätten entschließen mögen, ihm bis an jedes Ende blind zu folgen. Es hing noch Alles davon ab, ob und wiefern die Anfänge mit Kraft, Klugheit und Erfolg fortgesetzt wurden. Für den Augenblick galt es zu retten was noch zu retten war. Die ganze gemäßigte Partei war durch den »kühnen Griff« erschreckt und in Verwirrung gebracht. Sie bot Alles auf sich wieder zusammenzufassen und der in eine so schiefe Lage gerathenen Sache wo möglich noch eine bessere Wendung zu geben. Am 25. Juni wurden die nachstehenden Verbesserungsanträge, Nothbehelfe, berathen und formulirt und alle Kräfte aufgeboten ihnen Unterstützung zu verschaffen:

Amendement der Abgeordneten Bassermann und von Auerswald:

Die provisorische Centralgewalt wird einem nicht regierenden Mitgliede eines Deutschen Regentenhauses als Reichsverweser übertragen. Die Nationalversammlung wählt densel-

ben im Vertrauen auf die Zustimmung der Deutschen Regierungen.

Unteramendement des Abgeordneten Heckscher:

Die provisorische Centralgewalt wird einem Reichsverweser übertragen, welchen die Nationalversammlung im Vertrauen auf die Zustimmung der Deutschen Regierungen wählt.

Amendement der Abgeordneten Heckscher und von Rotenhan:

Die provisorische Centralgewalt wird, nachdem sie in Wirksamkeit getreten ist, der National-Versammlung die geeigneten Vorlagen über die Auflösung des Bundestages und die dadurch nöthig werdenden organischen Einrichtungen machen lassen.

Am 26. und 27. Juni verwendete sich Gagern selbst für den zweiten und dritten Antrag. Heckscher habe im Wesentlichen nur formulirt, was er selbst am 24. beantragt u. s. f. Die Amendements mußten zurückgezogen werden, weil sie erst eingebracht waren, nachdem man beschlossen, daß keine mehr eingebracht werden sollten, d. h. vor Gagerns Rede am 24. Die Linke forderte es, sie steifte sich auf die Geschäftsordnung, man anerkannte, daß sie im formellen Rechte sei, man fürchtete ihren Willen und ihre Macht Skandal zu erregen. An jenen formellen Punkt scheint es, hatte Gagern bei seiner Rede am 24. nicht gedacht. Darin lag gewiß ein Fehler, und darin fehlte er am meisten, daß er seinen Vorschlag in die Versammlung hineinwarf, ohne mit seiner Partei Abrede genommen zu haben. Viel weniger war er der Versammlung mächtig, viel mehr war er selbst gefaßt und fortgerissen durch sie und ihre Stimmung, als daß, wie es zu geschehen pflegt, der größeste Theil der Schuld eben ihm aufgebürdet werden dürfte. Nach der Lage der Dinge und insbesondre nach der Stimmung des Parlaments mochte das was er vorschlug das relativ Zweckmäßigste und Beste sein. Aber er wählte den Moment nicht richtig und versäumte die Regeln der parlamentarischen Taktik, nach welcher Niemand in solchen Dingen auf eigne Faust handeln soll, wenn er nicht wenigstens der Sache völlig gewiß ist. Es wäre ein ganz Anderes gewesen, wenn er mit einem gehörig formulirten und verklausulirten Antrage in der Weise geschlossen hätte, daß die Wahl des Erzherzogs auf der Stelle erfolgt wäre. So aber setzte er seine Freunde in die peinlichste Verlegenheit, setzte sie einer Niederlage aus, die

sie auch erlitten, und auferlegte ihnen einen argen moralischen Zwang. Sie begnügten sich mit dem traurigen Troste protokollarischer Erklärungen und Verwahrungen oder damit, daß ihre Meinung — die in jenen Amendements ausgedrückte — in der weitern Debatte deutlich genug ausgesprochen war, und stimmten, großentheils um ihn nicht fallen zu lassen, aber mit schweren Herzen für den Entscheid — das Gesetz über Einführung einer provisorischen Centralgewalt vom 28. Juni *). Es wurde mit 450 gegen 100

---

*) 1) Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland soll eine provisorische Centralgewalt für alle gemeinsamen Angelegenheiten der Deutschen Nation bestellt werden.

2) Dieselbe hat
   a. die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des Deutschen Bundesstaates betreffen;
   b. die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht zu übernehmen und namentlich die Oberbefehlshaber derselben zu ernennen;
   c. die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands auszuüben und zu diesem Ende Gesandte und Konsuln zu ernennen.

3) Die Errichtung des Verfassungswerkes bleibt von der Wirksamkeit der Centralgewalt ausgeschlossen.

4) Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt die Centralgewalt im Einverständniß mit der National-Versammlung.

5) Die provisorische Centralgewalt wird einem Reichsverweser übertragen, welcher von der National-Versammlung frei gewählt wird.

6) Der Reichsverweser übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der National-Versammlung verantwortliche Minister aus. Alle Anordnungen desselben bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines verantwortlichen Ministers.

7) Der Reichsverweser ist unverantwortlich.

8) Ueber die Verantwortlichkeit der Minister wird die National-Versammlung ein besonderes Gesetz erlassen.

9) Die Minister haben das Recht, den Berathungen der National-Versammlung beizuwohnen und von derselben gehört zu werden.

10) Die Minister haben die Verpflichtung, auf Verlangen der National-Versammlung zu erscheinen und Auskunft zu ertheilen.

11) Die Minister haben das Stimmrecht in der National-Versammlung nur dann, wenn sie als deren Mitglieder gewählt sind.

12) Die Stellung des Reichsverwesers ist mit der eines Abgeordneten der National-Versammlung unvereinbar.

13) Mit dem Eintritt der Wirksamkeit der provisorischen Centralgewalt hört das Bestehen des Bundestags auf.

Stimmen angenommen. Außer Vincke stimmten nur Mitglieder der Linken dagegen. Es war — mehr als eine Rechtsverletzung, es war ein politischer Fehler, wie gesagt viel weniger Gagern's, als der Mehrheit der National-Versammlung, ein Armuthszeugniß, welches diese sich ausstellte, ein Wahrzeichen überwiegender Verwirrung der rechtlichen und politischen Begriffe, wie eines großen Mangels an staatsmännischer Bildung und Zulänglichkeit der zu einer solchen Aufgabe berufenen und mit der großen Idee der Aufrichtung eines Reiches und Kaiserthums großentheils sich tragenden Abgeordneten Deutscher Nation. In einigem Maße hat es dringenden und großen Bedürfnissen abgeholfen, in einem weit höheren Grade hat es sich ungenügend und nachtheilig, insbesondre für das Zustandekommen der Verfassung erwiesen. Seine Schäden hätten zum Theil geheilt werden können, was aber nicht geschah. Ich habe bei keinem andern Beschlusse, zu welchem ich mitgewirkt, obwohl ich nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt hatte, meine Mitwirkung als politischen Fehler so oft und schmerzlich beklagt, wie bei dem über das Gesetz vom 28. Juni. Wenn ich nicht irre, gestand auch Gagern noch keine volle vier Wochen später, es reue ihn die Hand zur Beseitigung des Bundestags geboten zu haben. Innerhalb der nächsten Wochen hatten aber die Uebelstände sich auch schon zu zeigen begonnen, welche sich daraus ergeben mußten. Innerhalb einiger weniger Monate ging das erste Reichsministerium, nach ein paar weiteren Monaten auch das zweite, dem Gagern vorstand, — und zwar recht ausdrücklich an den Schwierigkeiten zu Grunde, welche über der Handhabung des Gesetzes vom 28. Juni entstanden. Die National-Versammlung und ihre ganze Aufgabe scheiterten, weil sie die Bundesversammlung beseitigte und die dadurch nöthig werdenden organischen Einrichtungen nicht schuf, weil sie allmächtig sein wollte, statt die Anmaßung der Macht durch rechtsfreundlichen und mäßigen Gebrauch derselben zum Guten zu kehren, weil sie — bei aller Mäßigung der rechten Seite, — leidenschaftlich und ungerecht und um so

---

14) Die Centralgewalt hat sich in Beziehung auf die Vollziehungsmaßregeln, so weit thunlich, mit den Bevollmächtigten der Landesregierungen in's Einvernehmen zu setzen.

15) Sobald das Verfassungswerk für Deutschland vollendet und in Ausführung gebracht ist, hört die Thätigkeit der provisorischen Centralgewalt auf.

klugheitswidriger, weil ohnmächtig, in die Staaten hineinzuregieren trachtete und gegen Einzelregierungen vorschritt und Stürme erregte, statt Einvernehmen mit denselben zu suchen, und mit Selbstüberwindung und Ernst ihres eigentlichen Berufes, der schleunigen Vollendung des Verfassungswerkes sich anzunehmen. Von mehreren Seiten wurden hierauf Bemühungen, doch stets vergeblich gerichtet. Nachdem sie aus eigner Macht ein scheinbar großes Werk geschaffen, befestigte sich die National-Versammlung auf dem souveränen Standpunkte und gewöhnte sich in die Idee hinein, als habe man ein Reich, obwohl man keins hatte und im Grunde nur Reichsverweser und Reich spielte, — als habe man provisorisch ein Reich und müsse also definitiv eins bekommen, nichts weniger *).

Die Bundesversammlung erwarb sich durch ihre letzten Beschlüsse (vom 29. Juni und 10. und 12. Juli) das Verdienst, den zerrissenen Faden der Gesetzlichkeit wieder zusammenzuknüpfen, so daß der Reichsverweser, welcher gemäß dem Gesetze vom 28. Juni sofort gewählt wurde, zu einem legitimen Haupte der provisorischen Centralgewalt wurde, welche Legitimität er auch so recht als klug nicht von sich wies. Die Linke (Blum voran) lärmte über jene Bundesbeschlüsse und hätte sie gern gleichsam wie ein Attentat verurtheilt gesehen, den traurigsten Mangel an politischem Verstande und zugleich an Rechtsgefühl bekundend. Die Rechte stimmte nicht

*) In der ersten Septemberwoche schrieb Wangenheim (Aktenstücke, S. 57) Worte nieder, welche unmittelbar bewahrheitet zu werden und in Erfüllung zu gehen anfingen: »Die eroberte Omnipotenz beruht jedoch überall, wo dieselbe die Grenzen ihrer eigentlichen Aufgabe, der Gründung der neuen Verfassung des Deutschen Bundesstaats, überschreitet, und in die Regierungsrechte der einzelnen Staaten mittelst exekutiver oder legislativer Versuche hinübergreift, lediglich auf der öffentlichen Meinung, es ist eine geborgte Größe, welche in sich zerfallen würde, sobald die National-Versammlung durch ihre ganze Haltung oder durch einzelne Handlungen in der öffentlichen Meinung verlieren sollte. Für einen solchen unglücklichen aber nicht unmöglichen Fall würde eine lediglich auf der Grundlage der Omnipotenz der National-Versammlung beruhende Centralgewalt gleichzeitig mit ihrer Grundlage zusammenstürzen müssen und an der Stelle der bei Seite gesetzten alten Bundesverfassung würde nichts übrig bleiben, als gänzliche Zerrissenheit und ein Zerfall des Deutschen Vaterlandes, welcher noch schmählicher der lebenden Generation zum ewigen Vorwurfe gereichen müßte, als jemals der Generation unserer Väter der Untergang des heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation zur Schmach gerechnet ist.«

ein, brachte es indeß nicht zur Anerkennung des unpopulären Verdienstes.

Es handelte sich nun darum, an die erwähnten Aeußerungen und Anträge von Dahlmann, Matthy und Anderen, von Welcker und Heckscher und Rotenhan anzuknüpfen und die darin angedeuteten Ideen zur Ausführung zu bringen. Es handelte sich darum, daß man nicht die Sache selbst der puren Eitelkeit opferte, souverän sein zu wollen. Wenn man keine Betheiligung der Staaten und Staatenregierungen zuließ, so schloß man auch die Stämme, die Völker aus, während es beim deutschen Verfassungswerke eben auf Vermittlung der Einheit und Vielheit, der Gesammt- und Partikularinteressen ankam, welche letztere darum nicht weniger vorhanden waren, weil man darüber hinwegsah oder sich einbildete, sie ignoriren zu können. Es handelte sich darum, nachdem man die Unumschränktheit der Macht für einen dringenden Moment an sich genommen, mit dessen Drange man die Usurpation auch allein entschuldigt, auf die gesetzliche Bahn wieder einzulenken.

Am 27. Juni hatte Gagern erklärt, der Inhalt des Heckscher-Rotenhan'schen Amendements stimme mit seinem Vortrage überein. Wir meinten, schon die volle Konsequenz seiner Aeußerungen fordere, daß er und Alle, die denselben beigepflichtet, sich für Erschaffung eines Organs der Regierungen zur Theilnahme am Zustandebringen der Verfassung interessiren müßten. Wenn die ganze Gagern'sche Partei ihre Kräfte daran setzte, so litt es keinen Zweifel, daß ein dahin zielender Antrag durchgesetzt werden konnte. Und gebot nicht so augenscheinlich die Klugheit, wegen des Anfanges, d. h. wegen des Zustandes, in welchem die National-Versammlung sich gezeigt, und wegen des ungewissen Endes, d. h. die Sorge um das wirkliche Zustandekommen der Verfassung, daß man zu vermeiden suchte, in die Gefahren der Scylla und Charybdis — hier die Klippe der Vereinbarung mit dreißig und einigen Regierungen, dort die andere des Einzig und allein — zu verfallen? Wer der National-Versammlung eine solche Machtfülle zur Vollbringung des Verfassungswerkes beimaß, und zwar deshalb, weil dieses Werk um jeden Preis durch diese Versammlung zu Stande gebracht werden sollte, dem war es doppelte und dreifache Pflicht, kein Mittel unversucht zu lassen, die Versammlung vor dem möglichen Scheitern zu bewahren. Allein die Gagern'sche Partei that nichts für Errichtung eines Staatenhauses und nahm jede dahin zielende Anregung mit

Kälte auf, was auch insofern konsequent war, als die Errichtung eines Staatenhauses eine Mitwirkung der Einzelstaaten zur Folge haben mußte, welche sich mit dem Souveränitätsprincipe nicht vertrug. Die Errichtung eines Reiches war gleichbedeutend mit Mediatisirung der Einzelstaaten. Sie erforderte, daß man die letzteren auch nicht provisorisch zum Wort, zum Widerspruche kommen ließ. Umgekehrt setzte die Errichtung eines Bundesstaates die eines Staahauses voraus. Viele aber, wenn sie von dem zu schaffenden Bundesstaate sprachen, wußten nicht, was ein Bundesstaat war und was seine Errichtung voraussetzte. Andere, wenn sie davon sprachen, meinten ein Reich, einen Einheitsstaat. Einige von ihnen waren sich der Begriffe und Sprachverwechslung, worin sie sich befanden, nicht bewußt. Andere mögen dabei absichtlich die Begriffe verwirrt und die Ausdrücke verwechselt haben. Was Gagern, wenn er von der Souveränität der Versammlung gesprochen, temperirend daneben gesagt von zu erwirkender Betheiligung der Regierungen, blieb Redensart. Die Verfassung sollte durch den Willen, die Macht der National-Versammlung zu Stande kommen; diese Idee schlug vor in seinem Ideenkreise; zurück stand dagegen der Gedanke an die Zustimmung der Einzelstaaten, ob und wiefern sie wünschenswerth oder selbst nothwendig sei. Es war nicht denkbar, daß die National-Versammlung ohne Mitwirkung eines Staatenhauses diejenigen Punkte in großen allgemeinen Zügen festsetzen werde, die die entscheidenden waren und für welche die Zustimmung der Einzelstaaten daher am wichtigsten war. Projektirte man aber eine specialisirende Verfassung und maß man der National-Versammlung das Recht und die Macht bei, eine solche zu dekretiren, so konnte man freilich nur ein geringeres Interesse für ein Staatenhaus haben. So verhielt es sich in dieser Beziehung mit Gagern und allen denen, welche völlig in seinem Ideenkreise lebten. Wer daneben in Frankfurt oder Berlin auch noch im Stillen den Gedanken verfolgte, Preußen unter Oesterreichs Ausschluß zuletzt an die Spitze zu bringen, der mußte der Errichtung eines Staatenhauses geradezu entgegen sein, denn es lag auf der Hand, daß die Durchsetzung des Planes in einem solchen geradezu unmöglich war.

Dieselbe Kälte herrschte auf der rechten Seite des Hauses, wo man doch principmäßig kein Vollenden der Verfassung ohne Vereinbarung wollte. Sollte die letztere aber möglich sein, zum Ziele und nicht zum Scheitern führen, so bedurfte es dazu eines Or-

gans, und man dachte nicht an das nothwendige Mittel zum Zweck oder wies es ab. In den Debatten über die provisorische Centralgewalt erklärte sich am 19. Juni auch Radowitz dawider. Er ging von dem Satze aus, daß man bei der Regulirung eines Provisoriums trachten solle, es möglichst nahe an das zu erwartende Definitivum zu bringen. Wegen der mit dem Deutschen Wesen verwachsenen Vielheit und Einheit, fuhr er fort, werde die Verfassung zwei Körper, den einen zur Vertretung der Gesammtheit, den andern zur Vertretung der Staaten aufstellen, und was Deutschland wahrhaft heilsam sein solle, werde aus der Vereinigung beider hervorgehen müssen, denen gegenüber die definitive Centralgewalt treten werde; die provisorische aber werde nur einem der beiden Körper gegenübertreten, der National-Versammlung als Vertreterin der Gesammtheit. Hiernach hätte man die Folgerung erwarten sollen: daß man sofort an die Bildung auch des zweiten Körpers zu denken habe; allein Radowitz fügte nur hinzu: »Ich weiß, daß der zweite Körper fehlt, und weiß auch, daß er jetzt nicht zu beschaffen, nicht zu improvisiren ist. Die Bundesversammlung ist dazu nicht fähig. Zwar billige ich nicht jene Reihe schwerer Vorwürfe, die wir auch hier hörten, allein ich weiß, daß eine Versammlung, die in vielen Fällen an Einstimmigkeit, in allen Fällen an Special-Instruktionen gebunden ist, diese Aufgabe nicht zu erfüllen vermag, wie gut sie zusammengesetzt, wie achtbar ihr Wille sein möchte. Dieser zweite Körper fehlt also und wird fehlen bis zur Vollendung unsers großen Verfassungswerks.« Radowitz Erklärung gründete sich auf seine Kenntniß der Ansichten, welche über den Gegenstand damals in Berlin und Wien herrschten, wo man fort und fort glaubte, dem Deutschen Verfassungswerke gegenüber sich lediglich passiv verhalten zu sollen. Genug, die Errichtung eines Staatenhauses wurde so wenig an den großen Höfen als Seitens der National-Versammlung beliebt.

Man hätte wenigstens den Versuch machen können, auf der Bestimmung des §. 14 des Gesetzes vom 28. Juni, die auf Welcker's Antrag hineingekommen war, weiter zu bauen. Es war zunächst Sache der Regierungen und des Reichsministeriums. Schmerling sprach sich überall entschieden dahin aus, daß das erste Bedürfniß in einer regelmäßigen und gesetzmäßigen Entwickelung und die Aufgabe der neuen Reichsgewalt darin bestehe, den Regierungen nach Möglichkeit wieder aufzuhelfen; jene besitze eigene Kräfte zur

Herstellung und Aufrechthaltung der Ordnung nicht; von diesen müsse die Hauptthätigkeit dafür ausgehen. Aehnlich gesinnt war zum wenigsten die große Mehrzahl der Mitglieder des Reichsministeriums, gemäßigte praktische Männer. Wie eifrig hatte sich Duckwitz längst für die Nothwendigkeit der Mitbetheiligung der Staaten durch ein Staatenhaus ausgesprochen. Bassermann und Matthy sprachen fort und fort dafür. Der Gang der Dinge, die eigenste unmittelbare Erfahrung führte das Reichsministerium darauf hin, ein Einvernehmen mit den Regierungsbevollmächtigten, eine organische Verbindung derselben zu einer Körperschaft zu erstreben. Die Centralgewalt war abhängig von der National-Versammlung und diese und die Regierungen hegten gegenseitigen Verdacht wider einander. Die National-Versammlung sah überall Widerstand gegen ihre Souveränität und forderte dazu heraus, die Regierungen hüteten argwöhnisch ihre Selbständigkeit gegen eine Gewalt solchen Ursprungs. Die National-Versammlung forderte Opfer, wie wenn bereits eine definitive Reichsgewalt und Verfassung mit ihren Vortheilen da wäre, die Regierungen waren abgeneigt, provisorische Opfer zu bringen und sich einer Versammlung zu unterwerfen, von welcher sie sogar für ihre Existenz fürchteten. In der National-Versammlung wurde gegen den Partikularismus geeifert, ohne daß man daran dachte, ihn zum Wort und zu seinem Rechte in einer ordentlichen Vertretung kommen zu lassen, während er auch wol über das gerechte Maß in den Staaten zu reagieren anfing. Die National-Versammlung muthete den Regierungen Unbilliges zu und polterte und drohete gegen sie, die Regierungen legten sich auf Zuwarten und Temporisiren, wollten nicht brechen und suchten deshalb unter der Hand dahin zu wirken, daß nur überhaupt keine Beschlüsse gefaßt würden, denen sie nicht Folge leisten könnten, und wenn solche Beschlüsse gefaßt waren, den Schein der Folgeleistung zu retten. Dies wurde namentlich das System Preußens. Es ist verderblich geworden für die National-Versammlung, die es aber ihrerseits großentheils verschuldet hat, durch den Standpunkt, welchen sie einnahm und durch ihre Tendenzen und Beschlüsse, sofern diese auch der berechtigten Politik der großen Höfe widerstritten. In einer Cirkularnote vom 17. Juli schlug Preußen die Bildung eines provisorischen Organs für die Verbindung vor, welche nach dem §. 14 des Gesetzes vom 28. Juni zwischen der Centralgewalt und den Regierungen bestehen sollte. Nach diesem Projekt sollte

das Gewicht der Stellung der Bevollmächtigten der Einzelstaaten dadurch verstärkt werden, daß nur Oesterreich, Preußen und Baiern für sich allein, dagegen aber Sachsen, Hannover, Würtemberg mit Baden und beiden Hessen zusammen Bevollmächtigte schickten, welche zugleich als Mandatare für die geographisch aus den stimmführenden Staat gruppirten kleineren Länder erschienen. Diese sieben Bevollmächtigten sollten dann mit einem Stimmengewichte von je drei Stimmen für Oesterreich und Preußen gegen die einfache Stimme der übrigen fünf Bevollmächtigten einen provisorischen Staatenrath bilden. Die Absicht schien weiter dahin zu gehen, daß Preußen den Vorsitz erhalte, da schon der Reichsverweser dem österreichischen Hofe angehöre. Der Vorschlag fand nirgend Beifall. Man witterte Preußische Vergrößerungs- und mehrseitige Mediatisirungsgelüste darin, denen man sich gefangen zu geben noch nicht geneigt war. In der O.-P.-A.-Zeitung hieß es am 18. Januar 1849 in einem halbofficiellen Artikel aus Berlin: »Das aufrichtige Streben Preußens nach deutscher Einheit scheiterte an dem Mangel an deutschem Einheitssinn bei den einzelnen Regierungen« *).

Nach der Lage der Dinge in den Sommermonaten und nach dem Gesetze vom 28. Juni und dessen ungenügenden Kompetenzbestimmungen war und blieb das Verhältniß zwischen der Centralgewalt und den Einzelregierungen unsicher, schwankend, schief. Das Reichsministerium wußte keine Klarheit und Festigkeit hineinzubringen. In der National-Versammlung herrschten die extremen Begriffe von der Macht und den Rechten der Centralgewalt gegenüber den Einzelstaaten und Regierungen vor. In diese sollte sie wie in Provinzen hineinregieren und selbst Werkzeug der National-Versammlung sein. Das Reichsministerium vermochte sich der Gewalt der herrschenden Ideen und dem Uebergewicht der National-Versammlung nicht zu entziehen. In seiner Mitte waren die Ansichten über seine ganze Stellung und Kompetenz von Anfang nicht völlig übereinstimmend.

Die Herren v. Leiningen, Mohl und Heckscher waren der Ansicht, daß der Reichsgewalt ein unbedingtes Gesetzgebungsrecht zustehe und daß der etwaige Widerstand der Einzelregierungen gebrochen werden müsse. Bassermann wollte im Juli die ungehorsamen

---

*) Aktenstücke 73, 225.

auf der Tribüne zermalmen. Im August suchte er im Ministerrathe der Ansicht Geltung zu verschaffen, so lange die Landesregierungen nicht, wie in der definitiven Verfassung zu erwarten, in einem Staatenhause oder wie sonst bei der Gesetzgebung betheiligt seien, habe man dem schwankenden und nicht genau begrenzten Verhältnisse der Kompetenz zwischen der Centralgewalt und den Regierungen alle Rücksicht zu tragen, und dürfe ohne die größeste Noth Kompetenzstreitigkeiten und eine principielle Entscheidung für jetzt nicht herbeiführen wollen. Aehnlicher Ansicht waren Schmerling, Beckerath, Duckwitz, Würth, Fallati, Biegeleben. Zuletzt, am 31. August beschloß das Reichsministerium einstimmig, die nachstehenden Grundsätze zu adoptiren: »Das Recht der Gesetzgebung steht der National-Versammlung unbedingt zu. Die Centralgewalt ist zur Vollziehung der von der National-Versammlung beschlossenen Gesetze verpflichtet. Diese Gewalt hat jedoch die politische Pflicht, gegen solche Gesetze, wenn sie unausführbar oder schwer zu vollziehen erscheinen, an die National-Versammlung Vorstellungen zu richten.« Damit hatte sich das Reichsministerium unwillkürlich in eine unbedingte Abhängigkeit von der National-Versammlung hineindrängen lassen. Die Linke trieb und hatte am meisten getrieben, die Gagern'sche Partei trieb größtentheils mit, weil auch sie von der Idee der Omnipotenz der National-Versammlung erfüllt war. Die Linke zog den Nutzen.

Zu derselben Zeit wurde auch noch vielfach über das Verhältniß der Regierungsbevollmächtigten zur Centralgewalt und den Verkehr der erstern mit dem Reichsministerium verhandelt. Leiningen, Schmerling, Mohl, Heckscher fanden sehr wenig Anhalt in dem gar zu dürftigen §. 14. des trostlosen Gesetzes vom 28. Juni; ihre Ansicht lief darauf hinaus, daß die Stellung der Bevollmächtigten kaum mehr als eine Briefträgerstellung sein könne, obwol bei dem unbegrenzten schwankenden Verhältniß ein freundschaftliches einverständliches Benehmen jedem anderen vorzuziehen sei und in einem regelmäßigen Umgehen der Bevollmächtigten, einem bloßen Beachten ihrer Stellung nur dann, wenn man ihrer durchaus nicht entbehren könne, kein Beweis des Vertrauens liegen würde, ohne welches auch bei noch unbestimmterem Wortlaute des Gesetzes derzeit nichts Ersprießliches zu Stande gebracht werden könne; außerdem sei es ein Vortheil, wenn die Bevollmächtigten fortwährend von den Beziehungen der Centralgewalt zu den Regierungen unter=

richtet blieben und Gelegenheit bekämen, auf etwaige Hindernisse aufmerksam zu machen, welche die Ausführung der Anordnungen der Centralgewalt in den Einzelstaaten finden könnte. Anderer Meinung im Ministerrath war Beckerath, sofern er sich gegen eine Briefträgerstellung der Bevollmächtigten erklärte und in dem §. 14 doch etwas mehr finden wollte. Doch war auch er nicht geneigt, den Bevollmächtigten gar zu viel zuzugestehen. Das Reichsministerium möge sich mit den Bevollmächtigten vor Ausführung seiner Anordnungen besprechen, um den Regierungen vermittelst ihrer Vertreter einen billigen moralischen Einfluß auf den Gang der Reichsregierung zu gestatten. Damit derselbe aber nicht zu einer Hemmung werde, müsse grundsätzlich festgestellt werden, daß es zwar jedem Reichsminister überlassen bleibe, nicht nur mit einzelnen Bevollmächtigten zu verhandeln, sondern auch in dazu geeigneten Fällen alle zu einer gemeinsamen Berathung zu versammeln; indeß könne ihre Mitwirkung immer nur eine berathende sein, die Beschlußnahme müsse ausschließlich der Centralgewalt vorbehalten bleiben, und diese könne eine organische Verbindung der Bevollmächtigten unter sich niemals anerkennen und im Fall einer solchen gemeinsamen Berathung eine Abstimmung nicht gestatten. Er schlug vor, die »Reichsregierung« möge entschieden aussprechen, daß die Centralgewalt nicht unbedingt in allen Fällen ihre Beschlüsse durch das **Intermedium** der Bevollmächtigten zur Ausführung bringen, sondern sich da, wo sie es für zweckmäßig erachte, direkt an die Regierungen der einzelnen Staaten wenden werde; sie möge in der Regel die Beschlüsse und Verfügungen an den Bevollmächtigten mit der Aufforderung richten, daß er deren Ausführung in dem betreffenden Lande ungesäumt veranlasse und von dem Vollzuge der Beförderung Anzeige mache. Peucker, Duckwitz und noch Andre empfahlen die größeste Rücksichtnahme, welche der §. 14. für die Bevollmächtigten zulasse. Zuletzt wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, den Bevollmächtigten der Landesregierungen sei von der Centralgewalt keine Berechtigung zu kollektiver Geschäftsführung zuzugestehen, auch werde denselben keine Befugniß eingeräumt, auf die Beschlußnahmen der Centralgewalt entscheidend einzuwirken; diese erkenne vielmehr den Zweck der Anwesenheit der Bevollmächtigten nur darin, die Vollziehung der Beschlüsse der Centralgewalt zu vermitteln, zu befördern und zu erleichtern. Demgemäß wurde das Cirkularschreiben vom 30. August erlassen, wonach den

Bevollmächtigten dennoch fast nur eine Briefträgerstellung verblieb. Damit schwand die Hoffnung, aus ihnen eine Art Staatenrath oder Oberhaus hervorzubilden — die National-Versammlung blieb sich selbst überlassen und konstituirte, wie sie es haben wollte, einzig und allein — zu ihrem und des Verfassungswerkes Verderben, durch Schuld von allen Seiten. *)

*) In den politischen Briefen und Charakteristiken aus der Deutschen Gegenwart wird (S. 146) sehr richtig bemerklich gemacht, daß auch der Partikularismus eines großen Theils der Abgeordneten aus den kleineren Staaten mitwirkte, sie bei den Verhandlungen über die provisorische Centralgewalt gegen die Dreiheit und für die Einheit zu stimmen. »Die Preußischen Deputirten, sagt der Verfasser (Usedom) stimmten für die Einheit, weil sie es für anständig hielten, jeden Verdacht eines Sonderinteresses von sich abzuwehren, sie schlossen Preußen von seinem Antheil an der provisorischen Centralgewalt aus, weil sie glaubten, er werde ihm bei der definitiven um so weniger fehlen. Viele votirten ohne alle Preußische Empfindung, aus reiner Theorie.« Dies Alles ist vollkommen wahr. Auch das, daß die Centralgewalt ein Organ der Versammlung geworden ist und werden mußte. »Weil die Minister der National-Versammlung verantwortlich sein sollten und die Centralgewalt weder Land noch Leute, noch irgend eine unabhängige Stellung hatten, mußten die Minister natürlich Alles thun, was die unauflösbare Versammlung wollte. — Die folgenden Monate haben hinreichend gezeigt, wie viel Mühe die einheitliche Centralgewalt gehabt hat, sich in den von ihr beanspruchten Attributionen, welche über die bisherigen Befugnisse des Deutschen Bundestags hinausreichen, Anerkennung zu verschaffen. Bei größeren politischen Dingen hat dieselbe theils in Halbheiten, theils in stillschweigendem Ignoriren bestanden. Eine Trias, die mehr Macht hinter sich gehabt hätte, würde vielleicht den Einzelstaaten weniger abverlangt, aber wahrscheinlich auch mehr bei ihnen durchgesetzt haben. Jetzt befinden sich die Minister der Centralgewalt, was deren Macht und Kompetenz betrifft, in einer sehr delikaten Lage. Gedrängt von der National-Versammlung und den naseweisen Interpellationen der Linken, müssen sie in Alles kühn hineingehen, um der Versammlung nur in etwas zu genügen; sie müssen immer zumeist berücksichtigen, nicht wie der Erfolg ihrer Politik sei, sondern wie diese letztere auf der Tribüne der National-Versammlung erscheine. In den auswärtigen Angelegenheiten vorzüglich ist mit derartigen Versammlungen eine richtige und besonnene Leitung der Politik unmöglich, es sei denn, daß sie wie das Englische Parlament die Mäßigung haben, sich so wenig als möglich darum zu bekümmern«. — Die Frankfurter Versammlung, besonders ihre Linke, bekümmerte sich so viel als möglich darum. Weil Jeder Zeitungen las, glaubte er sich darauf zu verstehen, und weil er die Sache und insbesondere die Schwierigkeiten nicht kannte, viel besser als die Minister.

Die Flugblätter aus der Deutschen National-Versammlung.

Es sei vergönnt hier ein paar Worte über die Flugblätter aus der deutschen National-Versammlung zu sagen. Ihre Herausgabe machte einen, wenn auch noch so unbedeutenden Theil der Gesammtthätigkeit der konservativen Partei aus. Sie vertraten Ansichten und Tendenzen, welche in derselben lebendig waren. Ich werde noch mehrfach in der Lage sein, Belege aus ihnen entnehmen zu müssen. — Man weiß, in welche Botmäßigkeit der Demokratie vom März an der größte Theil der Tagspresse gerieth. Die Demokratie entwickelte eine unsägliche Thätigkeit dafür, während auch in dieser Beziehung die gemäßigten Klassen und Parteien zurückblieben. Sie übte nach eingetretener Freiheit der Presse auch über die letztere, wie in anderen Beziehungen, wo sie konnte den ärgsten Terrorismus aus. Die s. g. Wühlerei war ein System von Lüge und Volksbetrug, und die Presse wurde eins ihrer Hauptwerkzeuge. Die wühlerische Presse war gleich der wühlerischen Partei verächtlich durch ihre Tendenz und die Mittel welche sie nicht scheute, zugleich aber sehr gefährlich. In Frankfurt waren bis in die Mitte des Juni sämmtliche große und kleine Tagsblätter im Besitz der Linken. In den Monaten April, Mai, Juni war es die deutsche Zeitung, welche damals noch in Heidelberg erschien, fast allein, welche mit echtem selbstverläugnenden Freimuthe den falschen aber populären Ideen und Bestrebungen der Radikalen entgegentrat. Sie wurde aber weniger gelesen. Als die National-Versammlung eröffnet wurde, gründete die linke Seite der Paulskirche noch zwei besondere, der Vertretung ihrer Ansichten und Interessen gewidmete Blätter, das Reichsblatt und die Reichstags-

zeitung. Unter den Korrespondenten, welche über die Verhandlungen des Parlaments für die auswärtigen Zeitungen berichteten, gehörten — so war es im Nachsommer und Herbst und das Verhältniß wird jederzeit so ziemlich dasselbe gewesen sein — vier Fünftel der demokratischen Richtung an, und außerdem wurde aus der Mitte der Linken am meisten für die Tagsblätter korrespondirt. Sie war rühriger, und weniger durch Thätigkeit in den Ausschüssen behindert. Der größte Theil des jungen Literatenthums eignete ihr. Außerdem fand sie mehr Unterstützung und Aufmunterung von Seiten des lesenden Publikums. Der große Haufe befand sich in derselben Richtung, die Meisten waren aufgeregt und abgeneigt, gehaltene Darstellungen oder Erörterungen zu lesen; wenn ihnen etwas behagen oder von ihnen gelesen werden sollte, so mußte es scharf gewürzt, stark aufgetragen, tüchtig übertrieben oder auch derb gelogen, vor allen Dingen den Tags=Meinungen, Vorurtheilen und Leidenschaften gemäß sein.

Schon sehr früh kam in meinem engeren Kreise die Nothwendigkeit eines Organs für unsre Richtung in der Tagspresse zur Sprache. Sie wurde zur Genüge erkannt. Allein man war anderweit zu sehr in Anspruch genommen, fast Niemand wollte sich zu literarischen Beiträgen, am wenigsten zu bestimmten oder regelmäßigen, anheischig machen, und auch die Geldmittel fanden sich nicht zur Gründung eines eigenen Blattes mit zu honorirenden Redakteurs u. s. w. Es blieb nichts übrig, als der Entschluß, den Bernhardi mit mir faßte, wie sehr wir die manchfachen damit verknüpften Unzuträglichkeiten erkannten, die Sache auf eigne Faust in die Hand zu nehmen, und zwar in der Weise, daß wir redigiren, schreiben — mit Einem Wort in allen Beziehungen vor den Riß treten wollten. Es fand sich noch ein Dritter, Löw aus Magdeburg, der uns auf unsre Bitte im Anfange treulich half, sich indeß bald fast ganz und sodann gänzlich zurückzog. Der Grund war einfach der, daß es am genügenden Einklange fehlte. Unser Freund stellte sich weiter links. Ein großer Theil der Mitglieder aus den Centren und der Rechten abonnirte und einige wenige (Mathy, Wippermann, v. Mayern, Radowitz, Detmold, Soiron, Schmerling, Gombart, und ein paar Andre) gaben uns dann und wann schätzbare Beiträge, zum Theil ausführliche Artikel, zum Theil nur Kleinigkeiten. Hierauf und hierauf allein beschränkte sich aber die Unterstützung und Theilnahme der wir uns erfreuten; nur in diesem Sinne

waren die Flugblätter Organ der konservativen Partei. Sie waren also nichts weniger als ein Organ des Kasino oder eines andern politischen Klubs, wie man gesagt und angenommen. Es fand keinerlei Kontrolle oder Mitwirkung einer Fraktion statt; nicht einmal die Herausgeber gehörten genau derselben politischen Richtung an, und ebenso nahmen sie gern und brachten Beiträge auch von Angehörigen solcher Fraktionen oder Einzelnen, deren Grundsätze den ihrigen entgegenstanden, um auch Andersmeinende zum ehrlichen Wort kommen zu lassen und in Frankfurt etwas Preßfreiheit einzuführen auch für die Minderheit, die am wenigsten populäre Ansicht. Gründliche Verständigung über die großen Tags- und Verfassungsfragen und Kampf gegen die revolutionäre Partei, insbesondere auch gegen die auf der Grenze der Revolution »Herumfistulirenden«, die vielleicht am meisten verdorben haben, war die Tendenz der Flugblätter. In diesem Kampfe nahmen sie einen scharfen Ton an und verschmähten auch jene einschneidende Satyre nicht, womit zuerst »Johann Krumm« in ihnen auftrat. Ich kann dreist sagen, daß bei der Stellung, welche damals die »Volksmänner« und ihr Anhang inne hatten, einiger Muth dazu gehörte, den »Bettel so grob anzutasten«. Was da angegriffen und derb angegriffen wurde war gleich schlecht und gefährlich und zu den Mitteln des Angriffs gehörte Lüge, Verläumdung u. dgl. m. n i e. Daß von der Linken und jenen Fistulirenden dergleichen gesagt wurde und daß von dieser Seite bitterböser Tadel kam und noch neuerdings nachklang, war natürlich. Schon im Funfzigerausschuß waren mir die am widerwärtigsten — und begreiflich stellte sich g e g e n s e i t i g e Abneigung ein — die sich stets auf der Grenze zwischen der konservativen und der Blum'schen Partei hielten und an erster Stelle eine feste konsequente Haltung des Ausschusses unmöglich machten. Zu ihnen gehörte namentlich Biedermann, der dann auch, als die National-Versammlung eröffnet war und die Klubs sich bildeten, in den Würtemberger Hof eintrat, welcher die Mittelstellung zwischen Links und Rechts einnahm. Wie wir unten sehen werden brachten die Flugblätter sogleich in der ersten Nummer eine zwar sehr vorsichtige, aber doch sehr übel aufgenommene Kritik der Principien des »linken Centrums«. Ich wundre mich daher gar nicht, daß Biedermann in seinen »Erinnerungen aus der Paulskirche« seinem Unmuthe oder seiner persönlichen Gereiztheit noch einmal Luft macht und (S. 196) den Flugblättern, wie man zu sagen pflegt,

Eins anhängt, was etwas Anderes ist als eine wenn auch strenge doch gerechte Kritik. Er sagt von ihnen, sie hätten an verläumderischer Uebertreibung und Entstellung der Thatsachen, an Schmähsucht und gehässigen Persönlichkeiten mit der Reichstagszeitung und anderen Schimpfblättern der radikalen Partei glücklich gewetteifert. Nun ist es wahr, sie hielten es für ein Unglück und eine Verkehrtheit oder Feigheit jener Zeit, wo man sich von einer Minderheit terrorisiren ließ, daß die gemäßigten Leute zu häufig höchstens abwehrten statt zu eben so energischen Angriff überzugehen; sie hielten es für eine thörichte falsch verstandene Sentimentalität, den Radikalismus und die unselige »Piepmeierei« mit seidenen Handschuhen anzufassen; sie sprachen zu jener Zeit über Gräuel wie die des 18. Septembers in so starker Sprache, wie es Biedermann (S. 257) jetzt thut. Ihr Ton streifte ferner in einer ihrer Perioden bisweilen an das Burleske, eine Schwäche, die ich weder loben noch beschönigen will. Auch sind sie von einzelnen Uebereilungen nicht frei gewesen, haben aber nie der Vertheidigung eines Angegriffenen, nie einer Berichtigung ihre Spalten verweigert, was eben andere Blätter thaten. Es mag wol sein, und mag Unrecht gewesen sein, daß ich gegen Biedermann meine Meinung über seinen politischen Charakter zu deutlich an den Tag legte. Allein daß er nun Gelegenheit nimmt, die Flugblätter mit den erwähnten Schimpfblättern auf eine Linie zu stellen, verräth, däucht mir, doch eine gar zu arge Empfindlichkeit. Ein Urtheil dieser Art wird sich in keiner Weise als gerecht begründen lassen. So häufig und scharf, was mir schon recht war, auf die Flugblätter gescholten wurde, ist ihnen doch nie und nirgend Lüge oder Verläumdung nachgewiesen, in jeder Nummer haben sie ruhig, gründlich, ganz allein sachlich erörternde Artikel gebracht, was die Reichstagszeitung nie gethan, nie haben sie vernünftige und sittliche Principien oder Charaktere der linken Seite, den edlen Republikanismus oder Männer wie Uhland, Schott u. s. w. angegriffen, während die Reichstagszeitung in jeder Nummer die Grundsätze und die Richtung der konservativen Partei begeiferte und Männer wie Gagern u. s. w. mit Koth bewarf. Man hat doch bei solchem Parallelisiren auf die Sache zu sehen, die von dem einen und dem andern Blatte vertreten und bezüglich angefochten wurde. Es ist ein Anderes, ob man Volksbetrug und Betrügen, Hetzerei zu Aufruhr und Verbrechen der schlimmsten Art,

Charakter- und Grundsatzlosigkeit u. dgl. oder ob man das Gegentheil von dem Allen mit scharfen Worten angreift. Lächeln macht es mich, wenn jetzt nachträglicher Tadel gegen die Flugblätter wegen ihres scharfen Tons aus der Mitte der Kaiserpartei erfolgt. Die Streiche treffen, wohin sie nicht fallen sollen.

Ich kann den Verfasser der »Erinnerungen aus der Paulskirche« mit Wahrheit versichern, daß die Flugblätter den vorragendsten, ja den anerkannt mildesten Männern der konservativen Partei des Sommers 1848, späterhin eifrigen Kaiserlichen, die er jetzt so hoch erhebt als er die Gegenpartei zu erniedrigen sucht, nicht scharf genug schreiben konnten, denn auch ihnen wurde das Blut warm ob des Schimpfs und Schadens, den wir erlebten durch Die, welche Revolution betrieben und welche mit letzterer kokettirten. Ich kann ihm mit Wahrheit versichern, daß eben die allerschärfsten Artikel der Flugblätter nicht von mir und noch weniger von Bernhardi oder Löw, sondern von Männern geschrieben sind, welche die Kaiserpartei zu ihren ausgezeichnetsten Mitgliedern zählt und die er zum Theil mit Lob überschüttet, so daß sein Tadel, sofern er mir zugedacht ist, zum besten Theile nicht richtig adressirt worden.

Die erste Nummer der Flugblätter erschien am 14. Juni. Der erste der Artikel, welche sie brachte, enthielt eine Kritik des Programms des linken Centrums und bezeichnet genau den Standpunkt, auf welchem ich und meine nächsten Freunde die Aufgabe der National-Versammlung auffaßten, auch die Differenz unserer Ansichten von denen der, wenn ich so sagen darf, specifisch Gagern'schen Partei, d. h. derer, welche völlig in dem Ideenkreise Gagern's lebten. »Den Grundzügen nach muß und kann es — so wie die Dinge jetzt stehen — zu einer Verfassung kommen, wie der Siebzehnerentwurf sie vorschlägt.« Darin stimmte ich mit jener Partei zu jener Zeit überein, irrte ich mit ihr. »Aber damit die Verfassung wirklich fertig wird, bedarf es der Betheiligung der Regierungen durch ein Organ der Mitwirkung derselben. Es kommt wesentlich an auf Vermittlung des Einheitlichen und Partikularen. Erstrebung eines Einheitsstaates ist reine Thorheit und bringt die ganze Aufgabe zum Scheitern. Das System des Koncessionenmachens an die revolutionäre Partei ist falsch und schädlich. Die National-Versammlung soll sich nicht mit Regieren und Administriren befassen, sich durch nichts abziehen lassen von ihrer

legislativen Aufgabe.« Daß sich eine feste Mehrheit für diese und zur Durchführung dieser Ansichten und Gesichtspunkte gefunden hätte! Der Verlauf hat mich in meiner Ueberzeugung bestärkt — wir würden zu einem bessern Ziele gelangt sein. Aber das linke Centrum, in welchem sich eine große Anzahl Schaukler, aber auch der besten Männer, ein Theil meiner besten Freunde befand, gerade wie in der Gagern'schen Partei — das linke Centrum und die Gagern'sche Partei wollten nicht, waren zum Theil ganz anderer Meinung und machten den Radikalen zu viel Koncessionen, mit und ohne Willen. *)

---

*) Ich lasse die bezeichnendsten Stellen des oben erwähnten Artikels hier folgen: »In den letzten Monaten sind die Ereignisse den Ideen vorausgeeilt und die Ansicht des Einzelnen fand an den Zuständen keinen Anhaltpunkt mehr. Wer auf der äußersten Linken stand, gerieth auf die äußerste Rechte, ehe er selbst es vermuthete. So haben die Ideen den Ereignissen nachzufolgen versuchen müssen, und sind gleich diesen in's Treiben und Fluthen gerathen. Verwirrung und Unklarheit ist die Folge davon. Freisinnige und Liberale sind gegen den Strom getrieben; diejenigen, welche rasch und entschieden über alle Grenzen hinauswollten, sind dahin gekommen, daß ihnen — wenn sie noch mehr erlangen sollten — nichts übrig bleibt, als Despotie und Anarchie zu verlangen; diejenigen aber, welche klaren Bewußtseins und des im Willen und in der Einsicht liegenden Gewichts entbehren, werden von dem Strome ohne ihr Wissen und Wollen genau demselben Ziele der Anarchie und Despotie zugetrieben. Fest und ruhig steuern nur diejenigen durch die Fluth, die von solchem bewußtlosen Schwindel frei geblieben sind und ihre politischen Ueberzeugungen zu so starker Gesinnung gebildet haben, daß ihnen dieselben im Treiben der Ereignisse nicht verloren gegangen sind.

Zu diesen rechnen wir die Männer des conservativen Centrums. Conservativ, nicht weil es alte Einrichtungen, sondern weil es Ueberzeugungen bewahren, weil es die politischen Wahrheiten, die das Volk durch seine ganze Geschichte, der Einzelne durch sein Studium und seine Erfahrungen erlangt hat, nicht in voreiliger Angst als einen zu schweren Ballast über Bord werfen, nicht den werthvollen Schatz politischer Einsicht und Gesinnung in unmännlicher Schwäche sich von den gährenden Tagesmeinungen entführen lassen will.

Minder fest und entschlossen ist das linke Centrum. Das beweiset sein vor uns liegendes Programm.

Die Grundzüge der künftigen Verfassung, die sich in diesem Programme finden, sind von denen des Siebzehnerentwurfs nicht verschieden: ein unverantwortliches Reichsoberhaupt, ein Oberhaus oder Staatenkammer, eine Volkskammer und Aufrechterhaltung der Integrität der einzelnen Staaten, soweit sich dieselbe mit dem Ganzen verträgt. Eine nä-

Auf die Nothwendigkeit eines Staatenhauses kamen die Flugblätter in dieser Zeit und später noch mehrfach zurück. Gleich in der zweiten Nummer, von der provisorischen Centralgewalt redend,

---

here Erörterung dieser Grundzüge, die gewiß — unbeschadet der in den Modalitäten möglichen Abweichungen — nicht anders ausfallen können, wenn es zu einer vernünftigen Deutschen Verfassung kommen soll, ist sonach nicht nöthig. Das Charakteristische, auf welches es uns hier ankommt, sind die über das Zustandebringen dieser Verfassung ausgesprochenen Grundsätze — — —

Die Verfassung muß, wenn sie fertig ist, auch wirklich fertig, d. i. bereits mit den einzelnen Regierungen paktirt sein, und keine Unterhandlungen mit 38 Staaten mehr bedürfen. Das ist nur auf die Weise möglich, daß gleich zu Anfang des Verfassungswerks die Staatenkammer organisirt und in Thätigkeit gesetzt wird. Eine solche kann der National-Versammlung gegenüber wirksam sein: eine bloße Ministerbank, bloß zur Vertretung verschiedener vielleicht nicht einmal einiger Regierungen bestimmt und ohne die Befugnisse und auch wol ohne das Gewicht, welche sonst den Verwaltern exekutiver Macht gegen legislative Körperschaften zustehen, würde sich gar nicht halten können. Denen von der äußersten Linken, welche in jener Schwierigkeit mit 38 Regierungen sich zu einigen und in der vermöge der Volkssouveränität der National-Versammlung allein zustehenden Befugniß zur Gründung der Verfassung ein Motiv finden, die Regierungen ganz auszuschließen, wollen wir eine Wahrheit entgegenhalten, welche die Mitglieder der Versammlung nicht genug beherzigen können. Es kommt nicht auf den Gegensatz zwischen Regierungen und Volk, sondern auf den Gegensatz des allgemeinen und einheitlichen und des partikularen Elements an. Nicht Volksinteressen sind gegen Regierungsinteressen zu vertreten, sondern das Einheitliche gegen das Partikulare, das Deutsche gegen das Preußische, Hannoversche u. s. w. Wenn sich die Regierungen beseitigen und vorbeigehen lassen sollten, so läßt sich dieses partikulare Element nicht vorbeigehen. Versucht man dieses, so würde die ganze Verfassung nicht zu Stande kommen. Wir haben einmal die staatlichen und Stammesverschiedenheiten in Deutschland, die nicht sowol in den Regierungen als in den Volksstämmen wurzeln, und Niemand wird so blind sein, so verfahren zu wollen, als handle es sich um eine Verfassung für ein Territorium, ohne scharf ausgeprägte provinzielle und staatliche Verschiedenheiten. Das Allgemeine muß daher mit dem Besonderen vermittelt werden, und diese Vermittelung kann nur durch Zusammenwirken der Regierungen und des Parlaments erreicht werden. Gelingt es, durch Schreien über Reaktion, durch Verbreitung falscher Begriffe von Volkssouveränität diese Vermittelung auszuschließen, so ist ein Zustandekommen des Verfassungswerkes nicht abzusehen.

Wir finden ferner in dem Programme des linken Centrums die Er-

empfahl Bernhardi eine »durchgreifende Umgestaltung des Bundestags,« und erinnerte daran, daß es sich um Gründung eines einigen, nicht einförmigen Deutschlands handle, daß kein Ein=

---

klärung, daß man Alles vermeiden wolle, was nach der einen oder andern Seite verletzen könne, daß man die Minorität nicht despotisiren, sondern ihr jede Koncession machen wolle, die sich mit dem einmal angenommenen Princip vertrage. Darin liegt ein Widerspruch. Die Minorität ist eine entgegengesetzte Partei, was dieselbe als solche, also gerade in den Punkten, wo Abweichungen stattfinden, in Anspruch nimmt, kann sich nie mit dem Principe des linken Centrums vertragen. Solches Koncessionenmachen hat bereits im Vorparlamente und im Funfzigerausschusse geschadet, und muß immer schaden, wo man es mit einem Gegner zu thun hat, der seinerseits keine Koncessionen macht. Es ist das Guizot'sche juste milieu, nur nach der andern Richtung. Guizot ließ sich auch billig finden und machte Koncessionen, aber nur den Jesuiten und Reaktionärs: der Opposition und den Radikalen koncedirte er nichts. Das linke Centrum macht umgekehrt den Radikalen Koncessionen. Den Reaktionären wird es keine machen wollen; obgleich diese, wenn einmal jede Partei als berechtigt anerkannt sein soll, ein gleiches Recht auf Koncessionen hätten. So ist das System wandelbar und kann verschoben werden. Festigkeit und Konsequenz kommt nur hinein, wenn keinem Gegner — und in gleichgültigen Dingen gibt es natürlich keine Gegner — Koncessionen gemacht werden. — Es ist endlich erfreulich, daß das linke Centrum mit Ernst und Entschiedenheit den Gesichtspunkt festhalten will, daß die National=Versammlung ein legislativer, speciell zu der Gründung der Verfassung berufener Körper sei. Befassen mit Regieren und Administriren würde ihr die Erfüllung dieses Berufes unmöglich machen, sie in Konflikte und Verwickelungen führen und die Verwirrung in ganz Deutschland nur noch größer machen, als sie schon ist. Sie hätte zur Durchsetzung ihrer Beschlüsse keine Mittel als Aufruf an das Volk in Aufstände. So würde durch Regieren und Verwalten nur den Anarchisten in die Hände gearbeitet. Diese ganz richtige Ansicht stellt auch das Programm des linken Centrums auf; aber mit dem Hinzufügen: man werde die Besprechung von andern Fragen, wenn sie nicht von allgemeiner Wichtigkeit oder besonderer Dringlichkeit wären, vorläufig nicht zugeben. Das ist unklar und widersprechend, und hebt die vorher ausgesprochene Ansicht auf. Zunächst kann eine bloße Besprechung wichtiger Fragen gar nicht in den Aufgaben der Versammlung liegen: die Besprechung müßte zu Beschlüssen führen, die am Ende, wenn sie über bloße Erklärungen hinausgingen, alle jene Mißlichkeiten herbeiführte. Dann sollen Fragen von allgemeiner Wichtigkeit und Dringlichkeit ausgenommen sein: aber welche Frage würde nicht allgemein wichtig sein? welche ließe sich nicht unter Umständen als dringlich darstellen? und doch gibt es nichts Wichtigeres,

zelstaat den Wunsch oder die Absicht ausgesprochen habe, von seiner Sonderexistenz mehr aufzugeben als dazu gehöre. In der Nummer 3, am 21. Juni, redete ich nochmals unsern bescheidenen Anträgen wegen der neuen Centralgewalt, da sie aber wenig Aussicht hatten und die Anträge des Ausschusses meinen Grundsätzen nicht zuwiderliefen, diesen, insbesondere der Dreiheit ausführlicher das Wort, weil man in solchen Fällen Sondermeinungen unterzuordnen wissen müsse. Am 24. Juni schrieb Bernhardi: »Die entscheidende Stunde nahet! Konstitutionelle Monarchie oder Republik ist die Losung!« Und am Schluß, nachdem er gegen die Republik und gegen jedes täuschende Mittelding, und für die Einheit, für die Wahl durch die National-Versammlung gesprochen: »So geben wir uns nun schließlich noch Hand und Wort darauf, daß wir, wie auch die Stimmen fallen mögen, den Beschluß der Gesammtheit des deutschen Volkes als wahrhafte Demokraten so betrachten wollen, als wäre er von uns Allen gefaßt, und daß wir unsere Sonderansichten willig unterordnen wollen der Wohlfahrt des großen Ganzen, das wir zu schaffen berufen sind. Es lebe das einige, freie und starke Deutschland!«

Wo saßen die wahren Männer der Freiheit? Aber die Köpfe steckten voll von Vorstellungen falscher Freiheit, und wider diese stritten wir. Gleich zu Anfang hatten wir die gängigen Begriffe von der Volkssouveränität aufzuklären, den Souveränitätsschwindel zu zerstreuen gesucht. Mancher sagte und schrieb mir schon damals: ein so »reaktionäres« Blatt könne man nicht lesen. Kaum

---

nichts Dringlicheres, als daß die National-Versammlung ihre legislative Aufgabe erfülle, sich durch nichts davon abziehen lasse, und die zahlreichen Anträge, die absichtlich auf solches Abziehen berechnet oder ohne Absicht der Antragsteller doch zu einem solchen Abziehen Anlaß gebend sind, beseitige und abweise. Endlich soll nach dem Programm die Versammlung bloß *vorläufig* die Aufgabe, zu welcher sie durch das Vorparlament und die Wahlen berufen ist, streng im Auge haben. Soll sie etwa nach den ersten Sitzungen davon abgehen, soll nach den ersten Sitzungen das was einmal schlechthin schädlich und verderblich ist, nicht mehr schädlich und verderblich sein? Rückgedanken und Hinterthüren, durch welche aus den einmal *gezogenen* Grenzen hinaus und in das Lager der äußersten Linken hinüberzuschlüpfen wäre, finden wir in alle Diesem nicht; wol aber Ungenauigkeiten und Unklarheiten. Werden diese beseitigt und aufgeklärt, verständigt man sich klar darüber, was eigentlich die Meinung sei, so wird das linke Centrum zwischen seinen Grundsätzen und denen des rechten Centrums einen erheblichen Gegensatz nicht weiter finden.«

daß man Bernhardi hören wollte, der doch ganz im Sinne, im edelsten Sinne der Gagern'schen Partei schrieb, einer Anschauung und Auffassung der revolutionär-republikanischen doch an mehreren Punkten nahe genug, am nächsten von allen Auffassungen stand, welche noch irgend an Ordnung und Maß in der Bewegung festhielten. Bernhardi und neben ihm ein paar andere Freunde wurden nicht müde, den kühnen Griff von der Seite des Rechts und der Zweckmäßigkeit, ja als einen glücklichen — insbesondere gegen die deutsche Zeitung — zu vertheidigen, die Haltung und Stellung, welche die National-Versammlung bei Genehmigung des Werner'schen Antrags, bei Schaffung der provisorischen Centralgewalt angenommen gegen Links und Rechts in Schutz zu nehmen. Es geschah mit großer Gewandtheit. Sie beriefen sich darauf, daß Recht, Ordnung und Vaterland selbst höher ständen als die Rechtsformen der Fürsorge dafür, auf die außerordentliche Situation, die Ohnmacht und Passivität der Regierungen u. s. f. Die National-Versammlung (d. h. die Gagern'sche Mehrheit), schrieb Bernhardi z. B. in der Nummer 10, anerkenne den wahren Rechtsboden als den allein sichern Grund, auf welchem sich ein dauerndes Staatsgebäude gründen lasse, und sei keineswegs so idealistisch, daß sie bei der Geltendmachung der Rechte des Deutschen Volks den platonischen Grundsatz vergessen hätte, daß die Allmacht unsers Willens nur insoweit unbestreitbar ist, als wir den Ausdruck derselben auf das Maß unserer Kräfte beschränken. Dies und Aehnliches war mir ganz aus der Seele geschrieben. Es hielt mich, als in ihr lebendiger Gedanke, um so mehr bei der Partei fest und belebte meine Hoffnungen, daß mit ihr und durch sie ein gedeihliches Ziel sich erreichen lassen werde. Ohnehin war sie im Augenblick neben der der Demokratie die einzige große Partei, in und mit welcher zum Ziele der Einheit und Freiheit fortzukommen war. Ich konnte auf die Vereinbarungspartei und deren Gesichtspunkte kein Vertrauen setzen. Ich hielt diese Partei für innerlich sehr stark und f ü r c h t e t e, daß ihr die Zukunft vielleicht sehr bald gehören werde; denn mit dem nackten Vereinbarungsprincipe, sobald es zur Herrschaft gelangte, mußte das Scheitern der National-Versammlung, die Obermacht der Regierungen, die Reaktion kommen. Wenn sich die Gagern'sche Mehrheit nur in jenem platonischen Grundsatze befestigte, von manchem Selbstwiderspruche, mancher Illusion, manchem Tagsvorurtheile, von dem Ueberstiegenen und Falschen, wo-

von ihre Gesichtspunkte nicht frei waren, von dem Hinüberschwanken zu der radikalen Minderheit, von der halben Gemeinschaft zurückkam, in welche sie sich mit derselben versetzt hatte!

Zu den Selbstwidersprüchen der Gagern'schen Partei — um nur ein Wort hierüber zu sagen — zählte ich z. B., daß sie auf ein einförmiges Deutschland zielte, während sie selbst sagte, daß es sich nur um Gründung eines einigen handle — sie vermochte eben Einheit nur in Einförmigkeit zu sehen. Zu ihren Illusionen gehörte, daß sie jenen platonischen Grundsatz anerkannte, in der Anwendung sich aber nicht wenig täuschte, indem sie die Macht ihres Willens und des Willens der National=Versammlung für weit größer hielt als dieselbe war, sie also nicht auf das Maß der Kräfte beschränkte. Die Neue Berliner Zeitung hatte gesagt, die National=Versammlung sei zwar von den Regierungen anerkannt, nirgend aber sei etwas Näheres darüber bestimmt, inwieweit die von ihr gefaßten Beschlüsse von den einzelnen Regierungen anerkannt werden müßten — Vernunft und Erfahrung wiesen darauf hin, daß sich Preußen nicht unbedingt unterwerfen könne u. s. f. Mit Einem Worte', man wies von Berlin aus darauf hin, daß man es dort eben so meine, wie es die Oesterreichische Regierung gerade heraus gesagt hatte. Am 28. Juni ereiferte sich Bernhardi dawider, nahm es als vereinzelte Stimme, ahnte den nothwendigen, den innersten Preußischen Gedanken darin nicht von fern, und stützte sich viel zu sehr auf (nicht wohl verstandene) Kundgebungen wie die Erlasse des Königs vom 18. und 21. März. Ganz in derselben Weise hat sich die Partei bis zum Ende, bis zu ihrem Verderben über die Stimmung, die Zustände in Preußen, das von dort zu Erwartende verblendet und gegen die Politik, die Tendenzen und Verhältnisse Preußens polemisirt oder sie sich aus den Augen zu rücken gesucht, sie ignorirt, statt sie nach Gebühr zu berücksichtigen.

Ich vermochte mich nicht zu überzeugen, daß meine einigermaßen abweichende Ansicht die unrichtigere war. Wenn ich aber auch nicht völlig allein damit stand, so war sie doch unpopulär, und mir und den mir Gleichgesinnten blieb nichts übrig, als die Gagern'sche Partei, wo es darauf ankam und die erforderliche Einstimmung nicht fehlte, nach Kräften zu unterstützen, aber auch treulich und nach Kräften vor Irrgängen zu warnen und den für den richtigern gehaltenen Standpunkt auch den Freunden gegenüber zu

vertreten. Wir haben nicht verfehlt, aufmerksam, wiederholt aufmerksam darauf zu machen, welche schwere Irrthümer und Mißgriffe sich an die proklamirten Dogmen von der Volkssouveränität, von dem Stehen auf dem Boden der Revolution, von der Allmacht der National-Versammlung hefteten. Wir haben wiederholt Wahrheiten — ich kann sagen Wahrheiten, denn diese Sätze haben sich als solche so gewiß bewährt, als ihre Nichtbeachtung sich gerächt hat — wiederholt haben wir Wahrheiten wie die folgenden eingeschärft: So warm und allgemein gefühlt der Gedanke der Deutschen Einheit sein mag, er wird nur in so weit zur vollen Wahrheit werden können, als er durch die Nothwendigkeit bedingt ist und der Grad der Einigung dieselbe nicht überreicht. Durch die Auflösung der Bundesversammlung ist jedes äußre Band zerrissen, welches die Staaten unter einander verknüpfte. Den daraus entspringenden Gefahren der Sonderbünde, der Regungen eines unberechtigten Partikularismus, des Scheiterns der ganzen Aufgabe ist nur durch ein Staatenhaus abzuhelfen. Deutschland hat im Augenblick gar keine Verfassung. Die Centralgewalt wird nur durch die Autorität der National-Versammlung getragen. Auch diese kann das Vertrauen des Volks verlieren, kann einen ganz andern Charakter annehmen und ist unauflösbar. Die Folgen liegen auf der Hand, für die innern und äußern Verhältnisse. So wie die Sachen stehen, vermag die Centralgewalt Deutschland nicht im Auslande zu vertreten. Das Reichsministerium geräth in eine falsche Stellung zu den Einzelregierungen, in zu große Abhängigkeit von der National-Versammlung, die größeres Maß halten muß im Eingreifen, wenn nicht die schlimmsten Verwickelungen entstehen sollen. Sie beschränke sich mehr und mehr auf ihre eigentliche Aufgabe, wie es die Nordamerikaner thaten, sie möge sich doch nicht fort und fort am Narrenseile gerade der unverständigsten und unreifsten Mitglieder ziehen lassen. Sie eile mit den Grundrechten fertig zu werden; es war ohnehin an sich schon Mißgriff genug, bei der Verfassung nicht mit dem Verhältniß der Staaten sondern der Individuen anzufangen. Man läßt sich von dem Drange nach Deutscher Einheit zu weit leiten, will aus dem Staatenbunde sofort einen Staat machen, die Staaten als Provinzen regieren und verfährt nicht nach dem wirklichen Sinne des Volks, dessen Enthusiasmus hier und da irre geht, aber erkalten wird, sobald es praktisch inne wird, wohin diese Richtung führt. Schreitet man auf diesem Wege immer weiter fort, umgeht den

§. 14. des Gesetzes vom 28. Juni statt den Inhalt weiter zu entwickeln, so wird das ganze Verfassungswerk Schiffbruch leiden. Mit der Auflösung des Bundes ist das föderative Band der Staaten nicht gesprengt, es soll im Gegentheil enger und fester sein als früher. Der Centralgewalt stehen nicht die Bevollmächtigten verschiedener einander fremder Staaten gegenüber. Die in Betracht kommenden Angelegenheiten sind gemeinschaftlich und es ist entschieden geradezu der Wendepunkt und Prüfstein unsers ganzen Strebens nach Einheit, daß sie als gemeinschaftliche, als solche, bei denen alle Staaten solidarisch betheiligt sind, erkannt und behandelt werden. Es bedarf regelmäßig bestimmter Konferenzen zwischen den Reichsministern und Bevollmächtigten,« u. s. f. Nur zu wenig Eingang fanden wir damit, aber nur zu wahr ist es geworden, wenn wir in der Nummer vom 2. August im Eingange und am Schlusse eines Aufsatzes über den »Deutschen Partikularismus und sein Recht« sagten: »Die Gefahren, welche der National=Versammlung und ihrer Aufgabe drohen, sind jetzt andre als bisher; und die jetzigen möchten wir nicht für die leichteren halten. Man ist vor den eigentlichen Schwierigkeiten eben erst angelangt. Die Gefahr eines Sieges der Anarchisten innerhalb und außerhalb der Versammlung ist für jetzt überstanden. Statt des Radikalismus bietet aber jetzt der Partikularismus eine Klippe dar, dem ganzen Verhältnisse nach die hauptsächlichste und gefährlichste. Die öffentlich laut werdenden Stimmen können leicht zu einem sehr oberflächlichen Urtheil über diese Klippe verleiten. Man stellt auf die eine Seite die Begeisterung für Deutsche Einheit, auf die andere eine engherzige Sonderbündlerei, und meint, damit wäre die Sache getroffen. Das ist sie aber nicht: die Gefahr liegt tiefer und ist ernsthafter. Außer jener Begeisterung macht sich der nüchterne Verstand, die Rücksicht auf das wirklich Heilsame und Ausführbare, insonderheit auf Dauerhaftigkeit und friedliche einmüthige Erringung unserer Zukunft geltend. Seit 600 Jahren haben sich unsre Deutschen Staaten ihren Eigenthümlichkeiten nach ausgebildet und in allen Richtungen hat das Leben der Volksstämme eine der Centralisation entgegengesetzte Gestaltung angenommen. Mit Dekreten nach Majorität beschlossen, mit einer von der Paulskirche octroyirten fertigen Verfassung kann auf einmal diese ganze Richtung nicht verändert, diese ganze Gestaltung nicht neu geschaffen werden. Etwas, wie Deutsche Einheit, macht man nicht, man schafft es nicht durch eine Charte die

befiehlt, es solle Einheit sein, wie bei der Schöpfung befohlen ward, es solle Licht werden, sondern dergleichen muß historisch sich heraus gestalten, es müssen die Elemente sich dazu vorbilden und sich in einander passen. Eine Verfassung hilft nur etwas, wenn sie genau das Maß und den Grad erfaßt, in welchem die Elemente dazu vorgebildet sind und das, was dem entspricht, festsetzt. Die Verfassung muß also zunächst sich an das, was ist, anschließen, sie muß in diesem Sinne den Charakter der Legalität haben, sie muß das, was künftig werden soll, nicht in abstrakter Weise als fertig hinstellen, sondern die Anlage und den Keim dazu entfalten. Fehlt man bei der Errichtung der Verfassung gegen diese ganz natürlichen Regeln, so tritt die Reaktion ein, für Deutschland die Reaktion des stärksten der zu überwindenden Elemente, des Partikularismus. — — — Der Deutsche bringt nur alsdann die nöthigen Opfer, wenn er eine Stimme bei dem Beschlusse über ihre Nothwendigkeit hatte: auf vertragsweiser Einigung beruhen nach tief eingewurzelter Ansicht sein Recht und seine Pflichten. Die Deutschen Stämme als solche sind aber von der Theilnahme an den Beschlüssen über die Opfer, welche der Partikularismus bringen soll, ausgeschlossen. Die National-Versammlung vertritt nur das einheitliche Element, welches die Opfer fordert, eine Vertretung der Staaten und Stämme, welche die Opfer bringen sollen, fehlt und wird eifersüchtig abgehalten. Das gesunde Rechtsgefühl des Deutschen Volkes hat dieses Verhältniß ganz richtig gefaßt und empfunden. Mag man ihm noch so viel von seiner eignen Souveränität vorsprechen, welche in der Paulskirche vertreten sei, — es fühlt sehr richtig, daß damit das Wahre der Sache nicht getroffen sei, es fühlt, daß sich hier viel Eitelkeit der Einzelnen, die Träger und Organe einer solchen Souveränität sein wollen, daß sich viel leere Redensart einmischt; vor allen Dingen aber fühlt der Preuße, der Baier, der Hannoveraner, daß er, daß seine speciellsten und nächsten Anliegen, daß Alles, was ihm durch Geburt, Sitte und Gewöhnung und Anhänglichkeit an Altbekanntes und Ueberkommenes lieb geworden, Alles, worin er sich eingelebt hat, gar nicht vertreten ist, daß diesen besondern Kreisen, aus denen er einmal nicht heraus kann, von einer gemeinsamen Mitte, bei welcher das Besondere nicht vertreten ist, souveräne Vorschriften gemacht und immerhin schmerzliche Opfer angesonnen werden. Daher kömmt die Reaction des Particularismus: diese Reaction verdamme man, wenn man darf,

diese schlage man gering an, wenn man es kann, und dieser Reaction gegenüber beharre man auf dem eingeschlagenen Wege, wenn man die Gefahren, die man für die Deutsche Sache damit heraufbeschworen, wenn man das in Aussicht gestellte Scheitern der theuersten Hoffnungen Deutschlands verantworten zu können glaubt!«

Man beharrte auf dem eingeschlagenen Wege, und daher das Scheitern der National-Versammlung und ihres Werkes, nicht daher, wie man zu eitler Selbstrechtfertigung oder aus Unwissenheit oder Einsichtslosigkeit sagt, daß die Reichsverfassung nicht angenommen worden. Die ganze große Mehrheit der National-Versammlung befand sich und verblieb auf dem falschen Wege. Die große Mehrheit der Politisirenden in allen Deutschen Gauen, besonders in den kleineren Staaten bestärkte sie darin, die Mehrheit des Verfassungsausschusses führte sie.

Der Verfassungs-Ausschuß.

Gegen die Bundesversammlung und Alles, was mit ihr irgendwie zusammenhing, herrschte ein so blinder Haß der ganzen linken Seite, und diese Stimmung der letztern war doch so weit verbreitet oder so sehr gefürchtet, daß aus der gemäßigten Partei selbst der Wunsch zu erkennen gegeben war, es möchte die offizielle Mittheilung des Siebzehnerentwurfs unterbleiben, indem daraus, und wenn der Ausdruck noch so vorsichtig erwogen wäre, ohne Zweifel Gift gesogen und neue Zersplitterung in die Versammlung gebracht werden würde. Das hieß, man traute letzterer so viel politischen Verstand, Mäßigung und kräftige Haltung nicht zu, daß sie, so viel Odium sich daran heften mochte, den kürzesten Weg zum Ziele wähle; denn der unter der Hand ertheilte Rath ging nicht etwa von Solchen aus, die den Siebzehnerentwurf für untauglich gehalten hätten. Von diesem war denn auch in der Versammlung gar nicht die Rede, und es blieb daher nur übrig, einen Ausschuß zur Bearbeitung einer Verfassungsvorlage zu ernennen. Es geschah durch die funfzehn Abtheilungen und war begreiflicherweise ein mißliches Unternehmen, weil man einander noch zu wenig kannte, weil dabei gar zu viel vom Zufall abhing. Wie leicht konnte es der Fall sein, da die Abtheilungen durch das Loos gebildet waren, daß von den Geeignetsten in der einen mehrere sich befanden, in eine andere gar keiner gekommen war.

Am 25. Mai wurde das Wahlergebniß angekündigt. *) In

*) Es waren gewählt: Schreiner von Grätz, Deiters von Bonn, Gagern von Wiesbaden, Mühlfeld von Wien, Droysen von Kiel, Andrian von Wien, Schüler von Jena, Simon von Breslau, Mittermaier von Heidelberg, v. Beckerath von Crefeld, Dahlmann von Bonn, Lichnowsky von

die Geschichte des Verfassungsausschusses mich einzulassen, liegt außer meinem Zwecke, der nur einige gelegentliche Notizen erheischt. Droysen giebt ja die Protokolle heraus und sie werden viel Belehrung und Aufklärung enthalten, wenn auch nicht völlige. Droysen ist verständig und redlich und hat mit unsäglichem Fleiße protokollirt. Indeß gehörte er der im Ausschuß herrschenden Partei an, der sehr einseitigen und eifrigen, selbst einer der Eifrigsten. Die Protokolle wurden nicht vorgelesen und genehmigt. Sie waren seine Privatarbeit. Es ist undenkbar, daß sie von seiner individuellen Auffassung gefärbt nicht sein sollten. Was mich betrifft, so habe ich, bei innerlich sehr lebhafter Theilnahme, mich im Ausschuß doch überwiegend passiv verhalten. Ich hatte von Anfang wenig Freude an den Arbeiten desselben. Ich vermochte keine völlige Billigung der in ihm vorherrschenden Richtung in mir zu finden. Meine abweichende Ansicht hatte keinerlei Hoffnung zur Geltung zu gelangen. Wenn ich, wie gesagt, nur einige Notizen gebe, so wird dieß am besten geschehen, indem ich zugleich einige Irrthümer berichtige, welche sich im zweiten Theile von Laube's Buche: »Das erste deutsche Parlament« finden. *) Laube war nicht Mitglied des Verfassungsausschusses, spricht aber über denselben genau in dem Tone und mit der Sicherheit wie über das Parlament, dessen Mitglied er gewesen. Er kann, was er über den Verfassungsausschuß beibringt, nur vom Hörensagen haben und der Himmel mag wissen, an welche trübe Quelle er gerathen. Danach ist denn der Bericht auch ausgefallen. Ich weiß nicht, wiefern Laube Anspruch macht, mit seinem Buche etwas Geschichtliches liefern, statt bloß mit Benutzung eines geschichtlichen Stoffes unterhalten zu wollen; allein wenn auch nur das letztere in seiner Absicht lag, so hätte er wenigstens Angaben oder Behauptungen — von Urtheilen, die aber doch auch keinen festen Boden haben,

---

Ratibor, Pfizer von Stuttgart, Detmold von Hannover, Welcker von Frankfurt, Beseler von Greifswalde, Robert Mohl von Heidelberg, Hergenhahn von Wiesbaden, Römer von Stuttgart, Scheller von Frankfurt a. d. O., Lassaulx von München, Jürgens von Stadtoldendorf, Robert Blum von Leipzig, Wigard von Dresden, Ahrens von Salzgitter, Bassermann von Mannheim, Tellkampf von Breslau, Waitz von Göttingen, Wippermann von Kassel, v. Soiron von Mannheim.

*) Es kommt mir nicht von fern in den Sinn, dies Buch hier kritisiren zu wollen. Wenn ich es thäte, würde ich auch viel Gutes darüber zu sagen haben.

wenn genügende Kenntniß des Thatsächlichen fehlt, noch ganz abgesehen — nicht wagen sollen, deren Irrthümlichkeit Jedem bekannt ist, der selbst nur Kunde von dem hat, was über den Verfassungsausschuß offiziell an die National-Versammlung gelangte, z. B. das Verzeichniß der ursprünglich Gewählten.

Der Ausschuß hätte schlimmer und besser zusammengesetzt werden können. Dahlmann war der herrschende Geist. Den Kern bildete, wie Laube richtig bemerkt, das »vielfach angegriffene Professorenthum.« Es war vertreten durch zwölf Professoren, einen kaum gewesenen Professor (Welcker) und einen Professor der Stenographie, Wigard. An der Spitze standen Dahlmann und Beseler, denen man auch noch Droysen und Waitz hinzuzählen kann als die Haupturheber des nachmaligen Verfassungsentwurfs. Sie bildeten wiederum den doktrinären Kern der Gagern'schen oder Reichspartei, wie in der National-Versammlung so im Verfassungsausschuß. Am engsten schlossen sich ihnen Politiker aus den Kleinstaaten an, M. Gagern, Hergenhahn, Bassermann, Soiron, späterhin Briegleb, der ebenso wie Rotenhan u. A. erst in der zweiten Periode, im September eintrat. Noch später kamen Reh, Somaruga und Gülich. Laube spricht von Briegleb, als wäre derselbe von Anfang Mitglied gewesen. So macht er auch Soiron zum Präsidenten, wie wenn derselbe den Vorsitz von Anfang geführt hätte. Jenen Kleinstaatvertretern schlossen sich dann für die Reichsdoktrin auch noch ein paar Großstaatler an, wie Deiters, Beckerath, Tellkampf und zum Theil Scheller. Die Linke war vertreten durch Blum, Schüler, Wigard, H. Simon, allein die Hinneigung zu ihren Ansichten, und zum Theil auch die Furcht war früher und später sehr beträchtlich, und dazu kam, daß Männer wie Römer nach ihrer ganzen Stellung Rücksichten auf die in ihren Ländern vorherrschende Meinung nehmen mußten. Besonders im Anfang stimmten fast immer oder doch sehr häufig mit der Linken Schreiner, Mittermaier, Mohl, Ahrens, Tellkampf. Späterhin wurde die Linke oder die zu ihr hinneigende Mittelpartei noch durch den Eintritt von Zell, Reh, Riesser verstärkt, die zuletzt ganz mit der Reichspartei gingen. Bei diesem Allen ist nun aber noch auf einen Umstand von entscheidender Wichtigkeit aufmerksam zu machen. Seitdem nämlich die Berathungen über die Hauptabschnitte der Verfassung, vom Reich und der Reichsgewalt, begannen, stimmte die Professoren- oder Kaiserpartei in den ent-

scheidendsten Punkten fast durchgängig mit der Linken, weil beide dieselbe Tendenz einer starken Koncentration zum — republikanischen oder kaiserlich-monarchischen — Einheitsstaat verfolgten. Erst bei den Punkten, wo die monarchische und republikanische Ansicht in Frage kamen, trennten sie sich dann wieder. Die Gegner der Einheitsstaat-Idee, die die Verfassung mehr nach den wirklichen Verhältnissen eingerichtet wissen, an das Vorhandene sich mehr anschließen und einen Bundesstaat im eigentlichen Sinne, also die sorgfältigste Beachtung des Partikularen und der föderativen Elemente wollten — die Rechte oder die sogenannten Partikularisten, Mühlfeld, Detmold, Lassaulx, Lichnowsky, auch wohl noch Andere wie Welcker und Wippermann, späterhin Rotenhan, waren bei diesen Verhandlungen eben deshalb in entschiedener Minderheit. Von ihnen ließen sich die auf ein Kaiserthum Zielenden zur Behauptung des monarchischen Princips und Charakters in der Verfassung wie von den Demokraten zu den, eine straffe Koncentration bezweckenden Bestimmungen helfen. *)

---

*) Ich bemerke hier noch Folgendes. Die Professoren- oder Reichspartei hat immer behauptet, daß sie keinen Einheits- sondern einen Bundesstaat und also auch das Partikulare der Staaten und Stämme erhalten und berücksichtigt wissen wolle. Vom Besonderen solle nur so viel aufgegeben werden, als — nach ihren Ansichten — zur Einheit erforderlich. Die Mühlfeld, Detmold, Rotenhan u. s. w. haben dagegen den Grundsatz stets anerkannt, daß vom Besonderen so viel aufzugeben sei, als zur Einheit nöthig, und hatten nur eine andere Ansicht über das Maß des zur Einheit Erforderlichen. Also waren Jene und Diese nur darüber verschiedener Ansicht, welches Maß von Centralisation eintreten sollte. Wird den Ersteren vorgeworfen, daß sie im strengsten Sinne einen Einheitsstaat bezweckt, so ist dies von den Meisten zu viel gesagt. Werden die Letzteren als die Partikularisten bezeichnet, als welche Feinde der Einheit und »undeutsch« gewesen, so spricht da die Ungerechtigkeit oder Befangenheit der Parteisucht, die die Wahrheitslinie nicht innehält und dem Meinungsgegner die abweichende Ansicht in das Gewissen schiebt, in verwerfliche Gesinnung umsetzt, mißdeutet, verdreht und als Schuld anrechnet, oder die nicht zu begreifen vermag, wie ein Anderer ehrlicher Weise über den Weg zum gemeinschaftlichen Ziele oder überhaupt anderer Meinung sein kann, und noch nicht einmal zum Anfang der echten Erkenntniß, d. h. zum Zweifel an der eigenen Unfehlbarkeit gelangt ist. Aber nicht bloß, daß der Parteimann im schlechteren Sinne sich häufig wider den Gegner solcher, das gedankenlose Publikum täuschender Schlagworte bedient, nicht selten weil er zu schwach ist, dem Gegner mit geistigen Waffen beizukommen: bisweilen thut er es auch in Perfidie. Statt ehrlich zu streiten,

Von Deiters sagt Laube, er habe mitunter eigene Pfade katholischen Sinnes versucht, eine Aeußerung, die auf Thatsächlichem in keiner Weise beruht und die ich mir nur aus dem Vorurtheil zu erklären vermag, das bei Jemand, weil er Katholik, sofort mit dem Schlusse bei der Hand ist, daß er bei seinen Ansichten oder Abstimmungen durch konfessionelle Tendenzen bestimmt werde. Tendenzen dieser Art hätten nirgend weniger einwirken oder empfun-

---

bedient er sich der machiavellistischen bösen Künste. Was wird auf das große Publikum der ohnehin Geistesmühe erfordernde Nachweis wirken, daß Der oder Jener vom Partikularen mehr erhalten wissen will, als mit einer gedeihlichen Einheit verträglich — man nennt ihn einen Partikularisten, der Partikularismus ist ja undeutsch, und die Wirkung beim Publikum ist erreicht. So geschieht es aber täglich und wahrhaftig es ist nicht deutsch sondern undeutsch, denn es ist oberflächlich und unredlich. Am meisten werfen die Politiker der Kleinstaaten mit dem »Partikularismus« um sich. Wer nicht so viel vom Besonderen aufgeben will wie sie — bisweilen Alles — ist Partikularist und undeutsch und Feind der Einheit. Sie merken nicht, daß sie ein größeres Maß von Einheit fordern und einen andern Begriff von der nöthigen Einheit haben, weil sie mit ihren Besonderheiten aufgeben, was ihnen widrig oder schädlich ist, daß sie also lediglich nach ihrem partikularen Interesse sprechen und völlig egoistisch zu Werke gehen, indem sie nicht einmal fragen, ob Andern das Partikulare nicht mit Recht lieb, ob es nicht ihnen und auch dem Ganzen nützlich ist. Daneben pflegen sie dann obenein klugheits- und tugendstolz zu sein. Und dann steht die veritable heilige Einfalt oder der leibhaftige Pharisäer im politischen Tempel da, sprechend: ich unitarischer Homburger oder Anhaltiner, ich opfere freudig meine Partikularität auf dem Altare des Vaterlandes, ich unterwerfe mich gerne dem Preußischen Kaiser, ich bin doch nicht wie jene Partikularisten, Baiern und andere Sünder. Es ist so recht ein Zeichen, wie im Parteistreite die Sprache mißbraucht und die Ehrlichkeit verletzt wird, daß man uns Partikularisten und Einheitsfeinde schalt, die wir das Partikulare freilich mehr als Andre geschont wissen wollten, aber eben deshalb, weil wir von der festen, klaren und jetzt bewährten Ueberzeugung ausgingen, daß man, wenn es nicht geschehe, nimmer zur Einigung, sondern zur Zerrüttuug und Spaltung Deutschlands gelangen werde. Als die Einheitsbegeisterung Anderer ermattend umschlug in Begnügsamkeit mit einem halben Deutschland unter Preußen oder in Betreibung eines norddeutschen Sonderbundes, hielten wir, gerade wir an der Idee des einen und ganzen Deutschlands fest. Man mochte uns deshalb Schwärmer, Thoren oder wie man sonst wollte, nennen, aber Partikularisten — das war doch gar zu viel. Mit Schelten auf den Feind schlägt man ihn nicht. Wir meinen, gerade von uns sind die rechten Mittel zur Ueberwindung des schlechten Partikularismus angegeben.

den werden können als im Verfassungsausschuß. Deiters hat so wenig jemals »Pfade katholischen Sinnes« versucht, als ich Pfade protestantischen Sinnes versucht habe. Wir sprachen, das wird uns jedes Mitglied bezeugen, für die Interessen des Christenthums und christlicher Bildung ohne alle unbillig konfessionelle Tendenzen, beide für die gleiche Freiheit und das gleiche Recht jeder Kirche. Der Katholik Deiters war preußisch-kaiserlich, ich der Protestant nicht. Viel eher als Deiters hätte irgend Jemand Lichnowsky und besonders M. Gagern beschuldigen mögen, katholische Wege zu gehen, aber freilich auch nur sofern die lebhafte katholische Empfindung bei dem Letztern mehr hervortrat, nämlich im intimeren Privatverkehr. Ganz richtig ist ebenfalls nicht, was Laube von mir sagt, ich habe derselben geschulten Bildung (wie das Professorenthum der Dahlmann u. s. w.) angehört und mich erst später in der Oberhauptsfrage vereinzelt. Allerdings hatte ich für die praktische Behandlung politischer Fragen von jener geschulten Bildung zu viel, um ganz frei von ihren Mängeln und tüchtiger zu legislativen Arbeiten zu sein als sie für sich allein zu machen pflegt. Ich hatte aber auch wieder zu wenig davon, um nicht mehr als gut auf seinem Terrain dem Uebergewicht des Professorenthums, ich will sagen, solcher Männer wie Dahlmann und Beseler, zu erliegen. Von dieser Bildung aber ganz abgesehen, stimmten damals und stimmen meine politischen Ansichten noch jetzt in sehr wesentlichen Punkten mit denen jener unitarischen Männer überein. Wie trefflich wußten sie ihre Ueberzeugung zu begründen, und ich gab zu jener Zeit und gebe noch jetzt die Richtigkeit ihrer Motivirung in vielen Punkten zu. Ich kann nicht zugestehen, daß der bei ihnen vorherrschende Gedanke: Deutschland muß eine Staatseinheit werden, wie sie ihn faßten und anwenden wollten, richtig war; daß aber viel Wahres darin liege, verkannte ich damals und läugne ich noch heute nicht. Zum Theil eben deshalb schloß ich mich an sie, überhaupt, wie oben gesagt, an die Gagern'sche oder Reichspartei in dieser Zeit. Allein es geschah nicht unbedingt und vergleicht man die Verfassungsideen der Flugblätter, welche ich oben als die meinigen bezeichnete, mit denjenigen, welche dem Verfassungsentwurfe der Dahlmann u. s. w. zum Grunde liegen, so müssen sogleich die großen und wesentlichen Abweichungen und Gegensätze auffallen. Als in der ersten Hälfte des Juli im Ausschuß die Berathungen über das Kapitel von der Reichsgewalt ihren Anfang

nahmen, wirkte ich freilich zum Theil zur Annahme des professorischen Verfassungsprojektes mit. Es war nun einmal das einzig vorliegende, das Aussicht auf eine Mehrheit gegen die Ideen und Pläne der Radikalen hatte. Es schien mir damals noch Aussicht auf Erfolg zu haben. Allein auch schon zu jener Zeit trat ich den auf die strengste Koncentration hinzielenden Bestimmungen desselben entgegen und stimmte deshalb nicht selten mit Lichnowsky, Detmold oder Scheller, Welcker und Andern, welche sich von der Theorie und von Illusionen über die wirkliche Lage der Dinge weniger beherrschen ließen. Nach dem 18. September trennte ich mich in den Verfassungsfragen mehr und mehr von der Reichspartei. Es geschah keineswegs erst bei der Oberhauptsfrage und auch nicht, um mich zu vereinzeln, vielmehr um mich der Minderheit der »Partikularisten« mehr anzuschließen, wie das Parteikauderwälsch lautete, d. h. denjenigen, welche eben so gut wie die Kaiserlichen die Deutsche Einheit anstrebten, nur auf einem anderen Wege, weil sie den der Unitarier für falsch hielten. Im Anfange, bei den Debatten über die Grundrechte, und bis zu Ende, wo es galt, der Professorenpartei gegen die Forderungen und Anträge der Linken, die auf eine maßlose Freiheit, ein unmögliches demokratisches Volksthum oder klugheitswidrige Thorheiten, wie z. B. die Abschaffung der Adelstitel hinzielten, oder gegen das Andringen des Vereins der Linken mit den ihr Hofirenden wie Mittermaier und den ihr gleichfalls in die Hände arbeitenden ultraliberalen Doktrinärs wie Ahrens — wo es galt, der Professorenpartei hiergegen beizustehen, da habe ich stets fest und unbedingt zu ihr gehalten, wogegen sie ihrerseits ein paar Andre und mich bei den Fragen über Kirche und Schule, wie mir däucht, nicht gleich fest gegen die feindseligen, auflösenden und unpraktischen Tendenzen der linken Seite unterstützte.

Richtig ist Laube's Angabe, daß Beckerath, Bassermann, M. Gagern, (auch Mohl, den er vergißt) bald ausgetreten seien — Pfizer trat kaum ein — um das Reichsministerium bilden zu helfen. Bei Scheller hebt er zu wenig hervor, daß derselbe, obgleich er die Professoren unterstützte, doch bis zuletzt eine große Selbstständigkeit behauptete *). Das Umgekehrte trat bei Soiron

*) Im Mai waren von ihm erschienen: »Grundzüge zur neuen Staatsverfassung Deutschlands«. Er empfahl darin eine konstitutionell-monarchische Verfassung (mit einem Wahlkaiser, dem er lange treu blieb) Gesammt-Deutschlands sowol wie der einzelnen Deutschen Staaten, die be-

ein. Der von Laube verdientermaßen ihm angerühmte Sinn für das Praktische nahm unter dem Einfluß der Theoretiker wenigstens späterhin einigermaßen ab. Indeß ließ er nicht selten heilsamen Rath hören, durch Eingebungen des gesunden Menschenverstandes und lebendiger Erfahrung Ueberschwänglichkeiten der Theoretiker korrigirend; auch präsidirte er gut im Verfassungsausschuß wie er es im Funfzigerausausschuß gethan, wo er sofort aus dem Extrem, in welches er sich durch sein Einzig und allein verirrt hatte, zurückkam, und sich das größeste Verdienst erwarb, indem er, wie ihm Biedermann mit Recht nachrühmt, den richtigen Mittelweg zwischen den Extremen mit richtigem Takte verfolgte. »Andrian, sagt Laube, und Lichnowsky, welche ebenfalls zur rechten Seite gehörten, waren nur kurze Zeit und spurlos Mitglieder des Ausschusses.« Allein dies ist nicht einmal von Andrian richtig, der nach London versendet wurde, von Lichnowsky aber ganz falsch. Lichnowsky verläugnete freilich auch im Ausschuß seine Art nicht, die ihm den Anstrich des Dilettanten in der Politik oder bei legislativen Arbeiten gab, nicht seine Ungeduld bei weitausgesponnenen Debatten. Allein er war ein sehr eifriges Mitglied des Ausschusses, entwickelte nicht selten überraschend genaue Kenntnisse, selbst für Detailfragen, zeigte überhaupt eine gründlichere politische Bildung als man ihm zuzutrauen geneigt war, und übte bis in die letzten Tage der letzten Woche vor der des 18. Septembers in vielen Debatten über Grundrechte und Reichsgewalt einen beträchtlichen, bisweilen entscheidenden Einfluß *).

---

sondere bleiben sollten. Er war bisweilen verzweifelt »partikularistisch.«

*) In Laube's ausführlicherer Charakteristik von Lichnowsky, am Schlusse des Bandes, finde ich viel Wahres, aber auch Unrichtiges, kann mich indeß hier auf eine Sichtung nicht einlassen. Sie würde zu weit führen. Ohnehin habe auch ich Lichnowsky, obwol ein gutes Theil näher als Laube, doch nicht so nahe gestanden, um mir ein völlig sichres, umfassendes Urtheil zuzutrauen. Ein paar kurze Bemerkungen halte ich indeß für nöthig. Laube sagt u. A., Lichnowsky habe Alles als Sache des Talents, als ein Turnier, als einen Kampf, bei welchem Zweck und Inhalt gleichgültig, ein Augenblicks siegreich erscheinender Ausgang die Hauptsache, betrachtet. Dieses Urtheil ist in dieser Ausdehnung ein ungerechtes. Laube schließt aus einer flüchtigen Aeußerung, welche er gleich darauf anführt, viel zu viel. Es scheint jenem Urtheile auch schon zu widersprechen, wenn man auf der folgenden Seite liest, Lichnowsky habe auch

Fast eben so ungerecht ist Laube gegen Mühlfeld und Detmold Namentlich seine Auffassung der Politik des letztern ist nur zum Theil richtig, zum anderen Theile aber falsch und zum größten Theile schief. In dem strengen Formenkreise konstitutioneller Mo-

---

den Muth gezeigt, unpopulär zu sprechen. Ich habe Lichnowsky oft eben so warm, glänzend, leidenschaftlich wie in der National-Versammlung, in kleineren und kleinsten Kreisen sprechen hören, wo ihm Zweck und Inhalt unzweifelhaft am Herzen lag, und an einen Augenblicks siegreichen Ausgang nicht gedacht werden konnte. Laube sagt und fügt hinzu, daß er es mit Absicht sage, Lichnowsky habe sich »zufälligerweise — denn eine tiefere Bedeutung lag nicht darin — seit einigen Wochen (d. h. vor dem 18. September) an das Kasino ein wenig angeschlossen.« Beides ist falsch. Lichnowsky besuchte die Kasinogesellschaft schon in ihrer ersten Zeit, als sie sich noch im Hirschgraben versammelte. Ich selbst habe ihm mehrfach das Wort gegeben und entzogen und auch wol unter vier Augen den Text gelesen über seine mißfällig werdende Ungeduld bei Reden, welche ihn langweilten u. s. f. Er schloß sich gerade vollkommen absichtsvoll dem Kasino an. Ich habe mehrfach darüber mit ihm verhandelt und die Absicht war im Kasino auch gar nicht unbekannt. Sagt Laube, die Stimmung am 18. September schildernd, »wenn man nicht zur Revolutionspartei gehört, so ist man ganz ohne Instinkt dafür, ob etwas bevorstehe oder nicht; die ewigen Deklamationen hatten uns gleichgültig gemacht und von den praktischen Vorbereitungen wußten wir nichts« — so ist dies von Lichnowsky und auch sonst von nicht Wenigen, namentlich Schmerling, gleichfalls ganz unrichtig. Laube spricht davon, daß am 18. September das Oesterreichische Militär, das die Thür der Paulskirche besetzt gehalten, durch welche eine Volksmasse einzudringen versuchte, vorher von derselben weggezogen worden sei (und Aehnliches ist auch in anderen bedenklichen Momenten an einer anderen Thür geschehen). Er sagt: »Niemand weiß warum, wol möglich, daß von irgend einer Autorität in der Paulskirche selbst ein Wink erfolgt war, nicht so nahe, nicht so schutzeifrig zu erscheinen. Solche Faselei des Herzens in politischen Dingen war damals an der Tagesordnung.« Freilich, und dann wollte man »den Schein der Sicherheit nicht verläugnen«, und weiter kokettirten Manche mit der Linken und Andre waren auf beiden Augen blind. Daher, nicht weil man nichts geahnt oder gewußt hätte, und zum wenigsten nur zum Theil weil man gleichgültig geworden — daher der Leichtsinn oder die Vermessenheit, daß man von Anfang bis zum 18. September die möglichen Schutzmaßregeln nicht getroffen, zu treffen abgelehnt hatte. Mit Einem Worte, wir wußten recht gut, daß etwas bevorstehe, wußten auch von den praktischen Vorbereitungen genug. Namentlich Lichnowsky und Auerswald, wie ich nach ihren eigenen Aeußerungen sagen kann, wußten schon am 17., ja schon am 16. sehr wohl bescheid, und waren längst nicht ohne Instinkt dafür gewesen, daß etwas bevorstehe.

narchie hielten viel mehr die Professoren »unerschütterlich Stand« und eben nicht jene Beiden, die auf eine nicht sowol theoretisch richtige als praktisch brauchbare und mögliche Verfassung zielten, der Theorie gleichfalls mächtig aber dem Zuge der Abstraktion viel weniger unterthan waren, und weit mehr wirklich staatsmännisch die in Betracht kommenden Verhältnisse zu würdigen wußten. So scharf wie Detmold blickte kein einziger von den Theoretikern hindurch und er allein hatte mehr eigentliche politische Uebung und Erfahrung als sie alle zusammen, selbst Dahlmann nicht ausgenommen. Seine Ansichten und Vorhersagungen waren es, die sich, und zwar nicht zufällig, bewährt haben. Beiläufig gesagt ist auch das geradezu unwahr, was Organe der Erbkaiserpartei, z. B. die deutsche Zeitung Detmold nachsagten, er habe sich im Verfassungsausschuß stets negirend verhalten. In einem gewissen Maße konnte es freilich nicht anders sein, denn die positiven Entwürfe gingen von den dazu beauftragten Professoren aus, und wer sie nicht billigte, mußte verneinen. Daß Detmold aber nicht stets verneint hat, beweisen schon die zahlreichen von ihm herrührenden oder unterstützten Minoritätserachten voll positiven Inhalts. Die sehr positiven Ideen, welche Stüve erfüllten, welche von diesem im Juli (Ein Schreiben an seine Wähler) angedeutet wurden, jene Ideen über die Zwecke der Staatsgewalt und Gesetzgebung, über das wahre Wesen und die Erfordernisse eines Bundesstaats, waren auch Detmolds Ideen. Seite 41 des erwähnten Schreibens sagt Stüve: »Hätte man eine Verfassung gebildet, die die Vertheidigungsmittel zunächst festgehalten und gebessert und die Vorbereitung zur Einigung des Zollwesens getroffen; hätte man im Uebrigen vorerst die Befugnisse der alten Bundesakte festgehalten und durch bessere Form der Verfassung (Volksvertretung mit gehöriger Geltung der Staaten) die Gesetzgebung möglich gemacht, zugleich aber und vor Allem durch ein Bundesgericht dem ganzen Kraft gegeben: so war für jetzt das Nöthige erreicht, dem Fortschritte die Bahn geöffnet und Erfahrung möglich gemacht. Deutschland wird es, fürchte ich, schwer beklagen, daß seine Vertreter nicht so genügsam gewesen.« Das war eben Detmold's und Andrer Meinung auch. Aber Vorschläge der Art, oder ein auf derartige Vorschläge gegründetes ausführliches Verfassungsprojekt durchzubringen war eine reine Unmöglichkeit, weshalb für uns nichts übrig blieb, als das wofür ich mich in der ersten Periode entschied, Unter-

stützung des allein durchzubringenden verhältnißmäßig noch gemäßigten Projekts, so lange Aussichten dafür vorhanden zu sein schienen, oder das was Detmold that, es versuchen mit Korrekturen, die freilich auch wenig oder keine Aussicht hatten und im Uebrigen rücksichtslos verneinen. Aehnliche Urtheile über Detmold und insbesondere dessen Verhalten im Verfassungsausschusse liest man in Biedermann's Erinnerungen aus der Paulskirche und noch deutlicher blickt die Befangenheit des Parteigegners — oder auch des persönlich Verletzten — daraus hervor. Wenn Detmold Minoritätserachten stellte, deren Zweck war die Tendenz zum übermäßigen Centralisiren in der Verfassung zu ermäßigen und dem Bestreben entgegenzutreten, eine Verfassung zum Beschluß zu bringen, die nach seiner Ueberzeugung nicht Einheit sondern Zwietracht schaffen und auf dem Papiere stehen bleiben werde, so sagt Biedermann in der Kunstsprache der Reichspartei: Detmold suchte »durch Separatanträge den Gedanken der einheitlichen Gestaltung Deutschlands zu kreuzen.« Diese Partei, enthusiastisch für ihr Ideal eingenommen, ist nun einmal in ihren Gedankenkreis dermaßen gebannt, daß ihr durchschnittlich für jede andere Ansicht das Verständniß und im Urtheil über Andersmeinende die Billigkeit abgeht. Wer wie Detmold die Einheit nicht gerade in der von ihr approbirten und geforderten Form und Maße erstrebte, die Dinge kaltblütiger ansah, nicht mitschwärmen und irrlichteliren konnte für ein augenblicklich unerreichbares Ziel, das Einzelne und Besondre nicht verdorben wissen wollte ohne wahren Nutzen, ja zum Schaden des Ganzen und Allgemeinen, von dem sagt sie: es fehlte ihm an dem »vollen warmen Herzen sich an ein großes Ganzes anzuschließen.« Ist Jemand nicht mit ihr, weil er ein volles warmes Herz für das große ganze Deutschland hat, so ist er ein Narr, ein Partikularist, ein an Oesterreich Verkaufter u. s. f. Biedermann nun gar, der ohnehin, wo es sich um Meinungsgegner handelt, gerne »Jedem einen Rippenstoß giebt,« konnte Detmold viel weniger als viele Andre ohne so etwas passiren lassen, da er ihm von Piepmeier's Leben und Thaten her Eins schuldete.

Ungerecht ist Laube auch gegen Lassaulx, der bisweilen wie kaum ein Andrer, um des Ausdrucks zu gebrauchen, den Nagel auf den Kopf traf, und dessen Muth und Unerschrockenheit jedenfalls aller Ehren werth waren und um so mehr einer Erwähnung verdient hätten, als die entgegengesetzten Untugenden bei nur zu

Vielen hervortraten. Lassaulx zeigte sich als ein Charakter, als ein Mann von tiefer Ueberzeugung, ritterlich und unbeugsam, und das muß jeder sagen, wer auch wie ich selbst seiner ganzen Anschauung durchaus fern stand und seine Manier und Heftigkeit mißbilligte. Richtig ist, was Laube sagt von der Unfähigkeit der Vertreter der Linken, eines Blum, H. Simon u. s. w. für gedeihliche legislative Arbeiten, von ihrer Bildungslosigkeit und Oberflächlichkeit, mit einem Worte ihrer Nullität wo es darauf ankam zu zeigen was Einer konnte, gegenüber einem Dahlmann oder Beseler, oder auch einem der minder berühmten wie Scheller oder Soiron. Es war mir schon sehr klar geworden im Funfzigerausschuß, im Verfassungsausschuß trat es ans hellste Licht, und sie fühlten es zum Theil selbst, namentlich Blum, während freilich ein Simon keine Ahnung davon hatte, daß mit der bloßen Phrase und Phraseologie schlechterdings nichts zu machen ist *).

---

*) Als die Grundrechte durchberathen waren, forderte Welcker, daß zunächst die nothwendigen Punkte der Einheit festgestellt werden sollten. Allein mit Anträgen dieser Art war im Verfassungsausschuß nicht durchzukommen. Professoren und Linke verlangten ein abstraktes Verfassungsschema und eben auch im Gegensatz zu Welcker's Ansicht, die größtmöglichsten Opfer des Partikularen.

Das Verfassungswerk vom Juli bis Mitte Oktobers.

Das Verhältniß von ganz Deutschland und das Verhältniß der Einzelstaaten zu ihm, war die eigentliche durch die Verfassung zu lösende Aufgabe. Statt sofort mit aller Kraft sie anzugreifen, beschäftigte sich die National-Versammlung mit einer Unzahl fremdartiger Gegenstände, mit Einzel- und Detailfragen, und was die Verfassung betraf mit dem Theile derselben, den man die Grundrechte nannte. Dies rührte großentheils daher, daß auch der Verfassungsausschuß zunächst keinen fertigen Entwurf, sondern nur den Entwurf dieses Abschnitts vorlegte, und dies Alles hing wieder damit zusammen, daß so große Ungunst gegen den Siebzehnerentwurf vorherrschte, den man hatte, den man als Privatarbeit hätte benutzen mögen, wenn man Anstoß an seinem halboffiziellen Charakter nahm. Gleich in der ersten Sitzung des Verfassungsausschusses wurde vorgeschlagen, ihn zum Leitfaden der Berathungen zu nehmen, nur zum Leitfaden. Die Arbeit wäre dadurch jedenfalls erleichtert und beschleunigt worden, was für Mehrere fast allein schon Bestimmungsgrund genug war. Zumeist von Theoretikern herrührend, gefiel er den zahlreichen Theoretikern im Verfassungsausschusse, und mehrere seiner Urheber saßen im letztern. Dennoch war der Vorschlag nicht durchzubringen. Zu heftig war der Widerspruch der Linken; Dahlmann mußte sich von Blum Anzüglichkeiten ins Gesicht sagen lassen. Die Reichstagszeitung hatte den Entwurf gleich in ihren ersten Nummern als reaktionär bezeichnet. Zu stark war die Furcht vor der Unpopularität, die an das Werk der Vertrauensmänner der Regierungen sich knüpfte. Man durfte den Ausschuß und den von ihm vorzulegenden Entwurf nicht unpopulär machen, nicht in der National-Versammlung, nicht weithin im

Volke. Endlich fand auch die in dem Siebzehnerentwurfe enthaltene Kaiseridee damals bei der Mehrheit gar zu wenig Anklang. Der Entwurf ging zu sichtlich auf die Errichtung eines monarchischen Einheitsstaates hinaus, und dieser Tendenz neigten nur die reinen Theoriker zu. So beschritt man den weitläuftigern Weg, zuerst eine Subkommission zu ernennen zur Ausarbeitung eines Leitfadens.

Wie große Nachtheile ergaben sich doch aus diesem Verfahren! Die Subkommission war außer Stande in kurzer Frist einen Entwurf über die ganze Verfassung auszuarbeiten. Die Arbeit gerieth unvermeidlich wieder in Dahlmann's Hände, und er mußte sich in der größesten Verlegenheit befinden, wenn er sofort einen solchen Entwurf hätte liefern sollen. Seine Ideen waren ein für alle Mal die des Siebzehnerentwurfs, den man ablehnte. Der Ausschuß durfte weiter bis zur Vollendung eines vollständigen Entwurfs nicht feiern. Man mußte daher die Subkommission um so mehr mit der Ausarbeitung eines einzelnen Abschnittes beauftragen. Die Verfassung kam also stückweis zur Berathung, und man berieth über die einzelnen Stücke, ohne ein Ganzes vor sich zu haben, ohne zu wissen und wissen zu können, wohin man am Ausgange gerathen würde.

Sodann kam die Frage, welches Stück zuerst vorgenommen werden solle. Die Entscheidung derselben ist, man kann wol sagen, verhängnißvoll geworden. Man entschied sich dafür, zuerst die »Grundrechte des Deutschen Volkes« vorzunehmen. Darüber wie dies gekommen und welche schlimme Folgen es gehabt, enthält eine kleine Schrift des Abgeordneten Künßberg (Das Deutsche Verfassungswerk im Jahre 1848) manche treffende Bemerkung. Zu allgemein wirft er dem Verfassungsausschusse vor, nach Popularität gehascht und vornämlich deshalb zuerst mit den Grundrechten sich beschäftigt zu haben. Die Popularitätssucht hat allerdings vom Anfange der National-Versammlung an, auch im Verfassungsausschusse nur zu sehr eingewirkt. In diesem Falle ist das Wahre an der Sache, daß die »öffentliche Meinung« draußen gleich der vorherrschenden Meinung in der Paulskirche vor allen Dingen die Grundrechte haben wollte, und daß der Verfassungsausschuß natürlicher Weise unter dem Einflusse dieser Meinung stand und ihr allerdings mehr nachgab als er vielleicht hätte thun sollen. Ein anderer praktischer Grund für seine Entscheidung war der, daß

man es für das Leichteste hielt, mit den Grundrechten fertig zu werden, daß man bald möglichst irgend etwas vorlegen zu können wünschen mußte, und daß man glaubte, mit der Vorlage der Verfassung fertig sein zu können, sobald die Versammlung mit den Grundrechten fertig geworden wäre. Ein sehr wesentliches, wenn nicht das wesentlichste Motiv lag aber in den Ansichten und Tendenzen der Linken, die im Beginn einen nach dem Verhältniß ihrer Stimmenzahl überstarken Einfluß übte, den sie späterhin verlor, bis er ganz am Schlusse zum Theil sich wiederherstellte. Sei es, daß ihr das Zustandekommen des ganzen Verfassungswerkes als etwas Ungewisses erschien oder daß sie darauf rechnete, dasselbe mehr noch in ihrem Sinne vollendet zu sehen, wenn zuvor die Grundrechte festgestellt wären, von welchen sie sehr excentrische Vorstellungen und Erwartungen hegte: genug, sie drang darauf, daß man vor allen Dingen die Grundrechte vornehme, und drang damit durch. *)

Man weiß, wie es zugegangen ist mit den verschleppenden Debatten der National-Versammlung über diese Grundrechte, wobei man sich in ein weit verzweigtes Detail verlor und auf unpraktische und schädliche Bestimmungen gerieth. Schon der Entwurf des Verfassungsausschusses hatte im Nachgeben gegen überstiegene Forderungen zu viel gethan. Bei den Debatten in der National-Versammlung kam eine Unzahl von Anträgen hinzu und es kostete den langwierigsten und schwersten Kampf, nur das am meisten Schäd-

*) Laube sagt (II. 27) »nach Grundrechten verlangte man stürmisch — das Verlangen war richtig, echt und wohlbegründet.« Obwohl auch Raumer ähnlicher Ansicht darüber ist, daß man sich zuerst mit den Grundrechten beschäftigte, kann ich schon aus dem Eingangs erwähnten Grunde nicht beistimmen. Ich glaube, die Hannoversche Zeitung hatte Recht, wenn sie einst sagte: »Hätte Frankfurt gleich nach dem ersten Sturm der frischen Begeisterung, nach der Reichsverweser-Wahl, die wir Alle als Zeichen werdender Einheit begrüßten, eine Verfassung mit großen Grundzügen durchgeführt, so hätte es vielleicht sogar das einheitliche Oberhaupt durchgesetzt. Das erste Zeichen von Schwäche war die Grundrechts-Berathung, weil dahinter das Geständniß lag, daß man das Gefährlichere, die Fertigung der Oberhoheit, aufschieben wollte. Das zweite Zeichen von Schwäche war, daß Dekrete und Demüthigungen gegen kleinere, offen redende Staaten versucht, gegen die größeren schweigenden unterlassen wurden. Das dritte Zeichen war die Abhängigkeit von Märzverein und Gallerie, während man auf der andern Seite die verzweifelten Kraftsprüche nun zu spät wagte gegen Preußen und die »renitirenden Rebellen.«

liche und Unpraktische abzuwehren, das vornämlich von der Linken und einem zweiten, dem berufenen volkswirthschaftlichen Ausschusse hineingebracht werden wollte. Daß man in solcher Weise bei den Grundrechten zu Werke ging, wurde sehr bald ein Gegenstand häufigen und vielseitigen Tadels in Ernst und Schimpf. Auch die Flugblätter thaten dabei das ihrige. Sie erinnerten schon in einer ihrer ersten Nummern daran, wie sehr die Noth der Zeit dringe, möglichst rasch zum Ende zu kommen, wie sehr aber die Zeit geradezu verdorben werde. Die Freiheit und Einheit Deutschlands, dies »kostbare Ziel der Sehnsucht aller Patrioten der vergangenen Jahrzehnde und Jahrhunderte, dem wir nie so nahe gewesen,« es drohe für immer zu entschwinden, wenn wir uns nicht jetzt zu ihm hindurch kämpften. Es folgten einschneidende Aufsätze über und gegen die proponirten, zunächst außer der Zeit die Einigkeit verderbenden Grundrechte; die Extravaganzen, in welche man sich dabei verlor, wurden mit Spott übergossen, es wurde auf die Verkehrheit hingewiesen, daß man bei der Verfassung nicht mit dem Verhältniß der Staaten, sondern mit dem der Individuen angefangen und daß man hierbei so ungebührlich lange sich aufhielt; es folgten öftere Mahnungen, an den wichtigsten Theil der Verfassung als das Eine, was Noth thue, zu gehen; man hielt der Versammlung das Verhalten der Nordamerikaner bei Gründung ihrer Verfassung als einen Spiegel, das Beispiel der französischen Constituante als ein warnendes vor; man rechnete der Versammlung vor, in wie viel Monden und Jahren sie erst fertig werden würde, wenn sie so fortführe, und was dergleichen mehr war. Die richtige Einsicht, von vielen Seiten gefördert, verbreitete sich ziemlich allgemein, allein man wußte sich nicht zu helfen. Die Versammlung ging fort auf ihrer Bahn und verdarb unerschütterlich die für die Erreichung ihres Ziels so nöthige Zeit. Sie war im September noch mitten in der Berathung der Grundrechte. Grundrechte berieth sie an jenem 18. unseligen Andenkens, während dicht an ihrem Sitzungslokale Barrikaden gebaut wurden und der Straßenkampf seinen Anfang nahm.

Zwischen den Anfängen der National-Versammlung und dem 18. September liegt die Zeit der verhältnißmäßig größesten Macht der erstern. Sie wurde getragen von der ziemlich allgemeinen, gro-

ßentheils enthusiastischen Zustimmung der Nation; die Regierungen befanden sich im tiefsten Stadium der Ohnmacht; selbst die Großstaaten schienen sich aufzulösen, wenn dies freilich auch nur ein täuschender Schein war. Von unserer Seite ist denen, welche darauf spekulirten, unaufhörlich gesagt: zum Ersten seid ihr im Irrthum, zum Andern wäre eine solche Auflösung ein unabsehbares Unglück für Deutschland, zum Dritten wäre es die muthwilligste und verderblichste aller politischen Thorheiten, wol gar dazu helfen zu wollen, und zum Vierten ist ein auf den Zerfall oder das Zerschlagen von Oesterreich und Preußen basirter Verfassungsplan weder durchführbar noch verspricht er einen haltbaren Bau. Allein die Zeitumstände waren der Art, daß auch gescheidte Leute so etwas in Aussicht nehmen und auf Eventualitäten rechnen mochten, wonach auch die Großstaaten genöthigt oder bewogen werden könnten, in voller extremer Wahrheit in Deutschland »aufzugehen.« Der Gedanke, den Bund in einen Einheitsstaat, ein Kaiserthum zu verwandeln, ein staatlich-einheitliches Deutschland in irgend welcher Form zu gründen, konnte damals, wenn je vom Frühjahre 1848 bis zum Frühjahr 1849, bis auf einen gewissen Punkt verwirklicht werden. Allein es lag der National-Versammlung kein Plan einer bestimmten Form eines solchen neu zu verfassenden Deutschlands vor, oder man wußte sich über das Projekt einer Verfassung für ein staatlich-einheitliches Deutschland im Gewirre der Ansichten und Wünsche, im Drange der Zeitumstände weder draußen noch in der National-Versammlung oder deren Verfassungsausschusse zu vereinigen.

Denn es war noch, bis in den Herbst, kein merklicher Unterschied eingetreten – die Ideen über die künftige Verfassung wirbelten fort und fort durch einander wie im Anfange der Bewegung. Noch immer herrschte die nothwendig damit verbundene Unklarheit. Sagt man, es habe doch die Richtung oder der Wille vorgeherrscht, daß Deutschland zur Einheit, Freiheit, Macht und Größe geführt werden, eine Verfassung erlangen solle, die das Alles verbürge, so ist dies wol wahr; es brachte aber nicht weiter. Die Frage war nun eben, was das für eine Verfassung sein sollte, und auf sie erhielt man zehn und wieder zehn verschiedene Antworten, aber eben darum keine Antwort. Die Meisten hielten ihre eigenen Ideen für viel verbreiteter als sie waren. Es fehlte an einer entschieden vorherrschenden. Hätten wir nur gewußt, was

wir wollten, so würden wir es auch wohl wozu gebracht haben, allein daran gebrach es. Es ist deshalb so schwer, eine deutliche Vorstellung von der Bewegung der Verfassungsideen des Frühjahres und Sommers 1848 zu gewinnen. Es treten nur einzelne Punkte bestimmter hervor. Wo vom Vorparlament und vom Siebzehnerentwurf die Rede war, ist schon erörtert, welch ein Ziel und welch eine Form der künftigen Verfassung man in gewissen Volkstheilen oder gewissen Kreisen im Auge hatte. Indeß muß ich auf den Gegenstand hier noch einmal zurückkommen, wo davon zu reden ist, in welchem Verhältniß der Verfassungsentwurf, der der National-Versammlung vorgelegt wurde und über welchen sie berieth und Beschluß faßte, zu den Forderungen der öffentlichen Meinung stand. So weit ich zu urtheilen vermag, stand er mit ihr in keinem richtigen Verhältniß. Es fehlte selbst nicht an den stärksten Gegensätzen. Insbesondere wurde die Idee vom Preußischen Kaiserthum dem Theile des Deutschen Volkes, der sich späterhin für sie enthusiasmirte, ursprünglich von Einzelnen oder doch nur von Wenigen künstlich eingeimpft, während man ihr keine allgemeinere Zustimmung zu verschaffen wußte. Es wollte damit in dieser ganzen Zeit nicht glücken und gelang erst später theils dadurch, daß der Gedanke selbst mancherlei gute Gründe für sich hatte, theils aber nur dadurch, daß man sich in einem Netze versing, dessen Fäden hier von den Urhebern des Kaiserplans, dort von der eingetretenen Ueberspanntheit der Ansichten, Wünsche und Begehren ausgingen, der die Meisten sich hingaben. Man kann sowol das Ueberstürzen in der bezüglichen Ideenbewegung als insbesondere den Punkt, daß diese dennoch vorerst nicht bis zum Preußischen Kaiserthume gedieh, ja daß selbst Theoretiker, welche den Dahlmann, Droysen u. s. w. ihrer Richtung nach sehr nahe standen, dahin nicht gelangten — man kann dies an den Schriften zweier Heidelberger Professoren mit Interesse beobachten: »Bundesreform, Deutsches Parlament und Bundesgericht« von Zöpfl, und »Grundlagen der Deutschen Reichsverfassung« von Röder. Die erste bezeichnete sich als »erste censurfreie Druckschrift aus Baden.« Sie erschien im März und fällt also in die Zeit der Bestrebungen der Heidelberger Einundfunfziger und Siebner. Folgende Gedanken sind hier daraus hervorzuheben: Das Deutsche Volk will keinen Umsturz der innern Staatsordnung, keine Republik, sondern hängt fest an dem konstitutionell-monarchischen Principe, will dessen Erhaltung, Kräftigung

und ungestörte Entwickelung. Alles, was es verlangt, sind Bürgschaften für die Gewährung und Erhaltung einer gesetzlichen, bürgerlichen und politischen Freiheit, bestehend in Gewährung einer nationalen Vertretung am Deutschen Bunde. Es handelt sich nicht um die Befriedigung eines augenblicklichen demagogischen Gelüstes, sondern um eine Institution, die längst von den Männern, die es redlich meinen mit Fürst und Volk, als unentbehrlich erkannt und bezeichnet worden ist, allein die Dauer des Bundes selbst verbürgen und der Nation die jetzt erforderliche Spannkraft geben kann. Man will Deutschland zu Ansehen und Macht im europäischen Staatensysteme erheben. Dies ist unmöglich, wenn Preußen nicht darauf verzichtet, außerhalb des Bundes eine europäische Macht sein zu wollen, nicht seinen Beruf erkennt, eine rein Deutsche und damit die erste Deutsche Großmacht des Deutschen Bundes zu sein, sich nicht entschließt, Deutschland Alles sein zu wollen, was es ihm sein kann, und nur allein als Bundesglied und durch den Bund und in demselben an den diplomatischen Verhandlungen und den Kriegen Europas Theil zu nehmen. (Das Verhältniß Oesterreichs bleibt unklar bei dem Verfasser. Er meint, wenn Preußen so verfahre, werde auch Oesterreich ähnlich verfahren müssen.) Das Nächstnöthige ist Erweiterung des Bundeszwecks. Kein Schulstreit über Staatenbund oder Bundesstaat! Was Noth thut, ist: Schutz der Deutschen Nationalität, der Landesverfassungen, Erschaffung eines Centralpunkts, von welchem aus alle nationalen Interessen Deutschlands, die die äußern Verhältnisse und das innere Staatsleben betreffen, geleitet werden, Gewährleistung der Rechte aller Deutschen. Die wichtigste und schwierigste Frage ist die über die Organisation des Bundestags. Gagern's Vorschläge in der Hessischen Kammer erscheinen nicht ganz zweckmäßig. Deutschland bedarf nicht ein interimistisches, zur Uebernahme einer Hegemonie aufgestelltes Bundesoberhaupt, einen Diktator, sondern eine bleibende Institution, welche die Bundesverfassung mit der konstitutionell-monarchischen Verfassung im Innern der Einzelstaaten in Einklang setzt. Keine Wiederherstellung des Deutschen Kaiserthums, keine Wiederaufhebung der Souveränität der Einzelstaaten und Umwandlung derselben in halbsouveräne Landeshoheiten! Heinrich's III. Gedanke einer kaiserlichen Einheit würde jetzt wie zu seiner Zeit vom Volke nicht verstanden werden. Was die Zeit fordert, kann dadurch geleistet werden, wenn der Wirkungskreis des Präsidiums

am Bundestage erweitert und seine Stellung in gewisser Weise verändert wird. Daneben ist ein verantwortliches Bundesministerium zu errichten, der Bundestag zu koncentriren, eine Nationalrepräsentation zu errichten. Die Gefahr der bewegten Zeit macht es zur heiligen Pflicht, daß wir an das Bestehende uns möglichst anschließen, nicht umstoßen, was an der Bundesverfassung Haltbares ist. Kein schwankender Neubau auf unsicherm Fundamente, sondern Fortbauen, wo das Fundament bereits auf sicherm Grunde ruht! — Es wird daher vorgeschlagen: Gewährung einiger Kurialstimmen an die Standesherren; Fortbestehen des Bundestags hauptsächlich in der bisherigen Form des engeren Rathes unter Hinzufügung einer Nationalrepräsentation, zu welcher vorläufig und für das augenblickliche Bedürfniß jedes Bundesland so viel Abgeordnete zu senden hätte als es im Plenum Stimmen führt, Delegirte der Ständeversammlungen, also eine Vorversammlung, die durch ihre ausgezeichneten Persönlichkeiten das Gewicht ihrer Stimmen besser begründen kann als eine zahlreiche Versammlung, wo die Stimmen nicht gewogen, sondern nur gezählt werden können. Beruft der Bund diese Nationalrepräsentation, so ist Deutschland einig und gerettet, unterläßt er es, so wird sie voraussichtlich sich selbst konstituiren, und ob er auch dann noch hoffen darf, an der Spitze zu bleiben, ist fraglich. Man fordert mit diesem Allen freilich viel auf einmal, allein — es ist die Folge davon, daß man unterließ, zur rechten Zeit nach und nach zu geben.

Dies Zöpfl's Ideen. Die Ungeduld verdarb so viel, als die bisherige Passivität und Gegenwirkung gegen allen Fortschritt. Es konstituirte sich ein Vorparlament selbst, achtete nicht der gemäßigten Rathschläge und steigerte durch seine Beschlüsse die Forderungen. Die Zeit der Siebzehner kam. In ihr schrieb Röder. Er gehörte im Ganzen der Richtung der Letztern an, ging so ziemlich von denselben Vordersätzen aus, wie sie. Alle wollen daß das Deutsche Volk als Ganzes wieder handelnd auftrete, wieder eintrete in die Stellung, welche Größe, Bildung, Lage ihm anweisen. Ein und derselbe Geist muß walten in Deutschland als Einem und Ganzen (als Bundesstaat) und in seinen Theilstaaten, und dieser Geist muß sein ein zugleich einheitlicher und freiheitlicher, d. h. ein wahrhaft organischer; er muß ganz bestimmt sein, der Geist des einherrschaftlichen Freistaats, einer echt volksfreiheitlichen (volksvertretenden) Einherrschaft. Nicht der kleinste Theil des Deutschen Landes und Vol-

kes darf ferner losgerissen und was zu Deutschland gehört, muß mit ihm verbunden werden (Ost- und Westpreußen, größtentheils Posen.) Preußen würde dadurch ganz Deutsch und geschickt werden, den Reigen zu führen in Allem was Deutschland frei und groß macht. Oesterreich dürfte seine Rolle als Staatenstaat und europäische Macht bald ausgespielt haben, bald ein einfacher und ebenfalls ganz Deutscher Staat werden können. Doch keine Mißachtung der Unterschiede der Volksstämme, keine ertödtende Gleichmacherei, sondern Organisation der lebenvollen Gliederung! Der Fürstenbund muß ein einiger Bund auch der Volksstämme oder Einzelstaaten selbst, ja aller einzelnen Deutschen werden. Die Einheit muß vornämlich in der Gestaltung der Centralgewalt ihren Ausdruck finden. Wie schwer wird Preußen und Oesterreich, sobald die erste Einheitsbegeisterung vorüber, die Selbstverläugnung werden, sich dem Ganzen willig und völlig unterzuordnen! Das Oberhaupt (die Centralgewalt) muß Macht und Mittel in vollem Maße haben, um dem Unabhängigkeitsstreben der mächtigsten Gliederstaaten nachdrücklich zu begegnen. Eine Gesammtbehörde (Direktorium) dürfte doch mindestens nur aus ganz wenigen Personen bestehen. Am einfachsten und sichersten wird der Zweck durch die physische Person eines eigentlichen Reichsoberhaupts erreicht, und auch erst neben einem monarchischen Reichsoberhaupt kann ohne Widersinn von einem Nationalparlament die Rede sein. Die Einherrschaft muß ferner eine erbliche sein. Wahlkönigthum und Turnus (nach Eisenmann's Vorschlage) genügen nicht. Der Erbfürst darf aber nicht zugleich Fürst eines Einzelstaates sein, wohl gar eines solchen, der ihm eine starke Hausmacht gäbe. Davon wäre ein überwiegender Einfluß dieses Einzelstaats und seines Sondervortheils, also Reibungen der unerbaulichsten Art, auf die Dauer unzertrennlich, und man hätte nur die Wahl zwischen Oesterreich und Preußen. Oesterreich hätte wohl Manches für sich, Preußen vielleicht noch mehr, so daß man wünschen möchte, daß sein Königshaus nicht ein, wenigstens für ganz Süd- und Mitteldeutschland, nicht zu beseitigender Stein des Anstoßes wäre, aber es ist nun einmal so, und wer nicht Oesterreichs Widerspruch und Deutschlands Zwiespalt will, muß auf Preußens Deutsches Königthum verzichten. Es bleibt nichts übrig, als jeden, auch nachgebornen Fürsten für wählbar zum Erbfürsten von Deutschland und die Würde eines Reichsoberhaupts für unvereinbar mit der Würde des Fürsten eines Einzelstaats zu erklären. Dem

Reichsoberhaupt als solchem muß eine ehrfurchtgebietende Macht zur Seite stehen. Es soll daher an der Spitze der gesammten Verwaltung und vollziehenden Gewalt des Reichs stehen, über Heer und Kasse verfügen u. s. w.

Man sieht, das war eine Rechnung gegen die Natur der Dinge, oder aber die Natur der größeren Staaten, insbesondre Oesterreichs und Preußens. Selbst dieser sehr unitarisch gesinnte und die Macht widerstrebender Verhältnisse nicht übermäßig hoch anschlagende Heidelberger Professor erklärte sich ganz gegen ein Preußisches Erbkaiserthum, das selbst in diesen Kreisen offenbar nur von Einzelnen gefordert wurde.

Auch Röder sprach vom Bundesstaat. In dem Preußischen Erlaß vom 18. März hatte es geheißen: »Wir verlangen, daß Deutschland aus einem Staatenbunde in einen Bundesstaat verwandelt werde.« Es wurde ein Losungswort. Sehr Viele, wo nicht die Meisten wollten einen Bundesstaat. Allein seitdem die Bewegung, die Ideen sich überstürzt hatten, seitdem die letzteren über die festen Punkte weit hinausgegangen waren, welche die reformistischen Forderungen der früheren Zeit bis zum Bassermann'schen Antrage auf Vertretung der Nation beim Bunde boten — seitdem waren sie auch aus Rand und Band und geradezu ins Blaue, ins Formlose gerathen. Die Bedeutung des Wortes Bundesstaat stand keineswegs fest. Man dachte dabei an eine straffere Einheit, aber wie viel und wie wenig derselben konnte man dabei im Sinn haben! Das Verlangen nach einem »Bundesstaate« war Ausdruck unbestimmter Vorstellungen, die Zusage verbreitete und mehrte dieselben, also auch die Verwirrung. Es steht dahin, ob die Urheber der Preußischen Erlasse vom 18. und 21. März die Sache sich völlig klar gemacht hatten, indem sie von Verwandlung des Staatenbundes in einen Bundesstaat und vom Aufgehen Preußens in Deutschland sprachen. Vergleicht man indeß mit diesen Aeußerungen den übrigen Inhalt jener Manifeste, so kann man schwerlich verkennen, daß jedenfalls an eine Staatseinheit wie im Siebzehnerentwurf nicht gedacht war *). Der Bairische Entwurf hatte wenigstens den

---

*) In der Signatura Temporis wurde (S. 37) angedeutet, das Aufgreifen der Deutschen Sache sei eine »demonstrative Thätigkeit« gewesen, um die Intentionen der Revolutionärs zu zerstreuen und auf ein anderes Feld zu lenken — um Berlin Ruhe, Luft zu verschaffen.

Vorzug, daß er die Grundlagen eines, aus konstitutionell-monarchischen Staaten zu schaffenden Bundesstaats berücksichtigte. Die in der Bundesversammlung am 17. Mai abgegebene Hannoverische Erklärung über den Siebzehnerentwurf zeigt, daß die Hannoverische Regierung das Nothwendige und Mögliche richtig zu würdigen und abzumessen verstand, eine deutliche Gestaltung eines künftigen Deutschen Bundesstaats vor Augen, positive Ideen hatte, wie Deutschland, eben Deutschland ein Bundesstaat werden könne. Aber man achtete nicht darauf, und wußte nicht eigentlich was man wollte. Nur darüber waren sehr Viele mit sich einig, in jedem Falle viel mehr und sich in keinem Falle mit so geringen Dingen, wofür man jetzt Gott auf den Knien danken würde, wenn man sie nur hätte, begnügen zu wollen. Man dachte am häufigsten entweder gar nichts dabei wenn man vom künftigen Deutschen Bundesstaate sprach, oder meinte fertig zu sein wenn man an die Schweiz und die Nordamerikanische Union dächte, d. h. an Vorbilder denen man doch ganz und gar nicht ohne Weiteres folgen konnte, wenn sie auch die verhältnißmäßig zutreffendsten Analogien boten. Nur Wenige überlegten was und wie viel vom Partikularen man werde aufgeben müssen, und denkt man nicht bloß an die kleineren Staaten, das eine kleinste Drittel, und nicht bloß an einzelne Klassen oder an die lautesten Sprecher, sondern zählt man zu den Deutschen auch die Preußen, Deutsch-Oesterreicher, Baiern und die große Masse des Volkes mit, so stellte sich heraus, daß die unermeßliche Mehrheit im Grunde ganz und gar nicht geneigt war, vom Partikularen so viel als nöthig aufzugeben, damit man den Staatenbund in einen streng nach dem Begriff staatlicher Einheit geformten Bundesstaat umwandeln könne. Einen wirklichen Einheitsstaat wollten zum Höchsten Einzelne und einen demselben sich überwiegend nähernden Bundesstaat begehrte nur ein Theil, wogegen wieder ein andrer Theil an eine engere aber mehr dem Staatenbunde sich nähernde Einigung dachte. Genug, auf einen, bald so bald anders gedachten Bundesstaat zielten die meisten Stimmen wie auch die fürstlichen Verheißungen. Selbst die Republikaner, die Struve und Genossen im Vorparlament, hatten an keine Auflösung der Einzelstaaten, sondern an eine republikanische »föderative« Bundesverfassung gedacht. Ebenso war es in der National-Versammlung. In den Programmen der Klubs wird der Bundesstaat, wird eine föderative Verfassung des Ganzen und

der Fortbestand von Einzelstaaten als unzweifelhafter Zustand des künftigen Deutschlands vorausgesetzt. Als sich die Abtheilungen konstituirten, wurde in der meinigen beliebt, daß die Mitglieder nach der Reihe eine Art Glaubensbekenntniß über die Verfassungsfrage ablegen sollten. Ich wurde in den Verfassungsausschuß gewählt, nachdem ich und weil ich mich, ganz in meinem Sinne, gegen einen, die Einzelstaaten nicht sorgfältig berücksichtigenden Verfassungsplan ausgesprochen hatte. In dem einen Aufsatze der ersten Nummer der Flugblätter spricht der Unitarier Bernhardi von der eigentlichen Aufgabe der National-Versammlung, als worüber gewisse Hauptpunkte durch allgemeines Einverständniß festständen, und zwar namentlich »die Verwandlung des Deutschen Staatenbundes in einen Bundesstaat.« Im Verfassungsausschusse ist stets nur die Rede gewesen von einem zu bildenden Bundesstaate, von dessen Bedingungen, Erfordernissen u. s. w., wobei am häufigsten auf die Schweiz und die Nordamerikanischen Freistaaten Bezug genommen wurde. Es war nie der offne, stets nur der maskirte Einheitsstaat, mit welchem man sich abgab. Ja als späterhin von einer großen Partei der Einheitsstaat in der Form der Erbmonarchie offen genug erstrebt wurde, suchte man die letztere fort und fort hinter dem »Bundesstaate« und sich und sein Streben hinter dem Titel »Partei des Bundesstaates« zu verstecken.

Die unbestimmten träumerischen Ideen von einem Einheitsstaate in der Form von Herstellung des Reichs und Kaiserthums Deutscher Nation, welche während der Befreiungskriege und kurz nach ihnen im Umlauf gewesen waren, doch nur in den Burschenschaften, in keinem nennenswerthen Theile der Nation fortgelebt hatten, waren allerdings im Frühjahre 1848 aufs Neue lebendig erwacht, natürlich zunächst in ehemaligen Burschenschaftern und den Kreisen ihres Einflusses. Sie hatten viele Köpfe, Gemüther und Federn in Bewegung gesetzt. Dennoch aber war und blieb es nur ein kleiner Bruchtheil, der davon ergriffen worden. In Oesterreich und Preußen war es nur eine kleine Minderheit welche deutschthümlich dachte oder schwärmte und eine noch geringere, welche Oesterreich oder Preußen hätte aufgeben mögen, damit ein Deutsches Reich entstehe. In Baiern stand es noch viel mehr so. Hier wirkte nicht wie dort der Gedanke mit, der eigne König, das eigne Land werde im Reich vorantreten. Nur in den Kleinstaaten war Kaiserbegeisterung, doch neben viel Republikanismus, und weit

entfernt, daß auch nur hier eine Mehrheit eben einen Preußischen und einen Erbkaiser gewollt hätte. Der großen Mehrheit Derer, welche sich irgendwie, ob auch nur phantasirend damit abgaben, leuchtete doch die Unmöglichkeit oder mindestens die gar zu große Schwierigkeit der Ausführung ein: einer der Hauptgründe, weshalb man vom Siebzehnerentwurfe nichts hatte wissen wollen. Jene Schwierigkeiten lagen auf der Hand, man mochte sich Preußen und Oesterreich so ohnmächtig vorstellen wie man wollte. Der Gedanke aber, ein Erbkaiserthum mit Preußen an der Spitze und unter Oesterreichs Ausschluß zu errichten, war und blieb in diesem ganzen ersten Zeitraume der National-Versammlung fortwährend unpopulär. Er durfte nicht auf die Bahn gebracht werden. Wer davon sprach, sprach in den Wind oder erregte Unwillen. Sowie im Publikum seit dem März große Erbitterung herrschte gegen den König von Preußen, den Prinzen, auch wohl Land und Volk, machte Haß dawider seit der Debatte über die Mainzer Vorfälle auch in der National-Versammlung von der Linken, von den Sachsen und Südwestdeutschen sich Luft. Die ungezogensten empörendsten Verläumdungen, Anklagen und Ausfälle gaben zu den ärgerlichsten Auftritten Anlaß. G. Pfizer (Beiträge zur Feststellung der Deutschen Reichsgewalt) schlug im Juni vor, die Oberleitung der Deutschen Angelegenheiten vorerst der Preußischen Regierung zu übertragen — im Jahre 1851 sollte die Sache dann definitiv geordnet werden. Es war derselbe Gedanke, auf welchen Gagern schon zu Ende des Februars gezielt hatte. Man hörte nicht. In einem Briefe vom 1. Juni erzählt Raumer (Briefe aus Frankfurt und Paris I. S. 37), in einer Vereinigung, in welcher die Bildung eines Klubs der rechten Seite besprochen sei, habe Vincke verlangt, an der Spitze des Programms müsse die Nothwendigkeit eines sogleich auf Preußen zu übertragenden erblichen Kaiserthums festgestellt werden; erst wenn dies durchgefochten sei, lasse sich mit Erfolg von andern Dingen handeln. Er, Raumer, habe widersprochen: »Jetzt schon ein erbliches Kaiserthum für Preußen erstreiten wollen, ist bei den unläugbar hierüber in diesem Augenblicke noch vorherrschenden Ansichten ganz unmöglich. Wir würden uns dadurch in der National-Versammlung völlig vereinzeln, ja diese vielleicht auseinander sprengen. Die Frage über das Kaiserthum und Oesterreichs Stellung liegt noch so in Dunkel und Verwirrung, daß erst allmählig Einsicht und Verständigung ein-

treten kann« u. s. f. Dem hätten dann Lichnowsky, Auerswald, Wartensleben, Schubert beigestimmt und Vincke's »eilige Kaisermacherei« sei verworfen. Vincke's Rede in den Debatten über die provisorische Centralgewalt zeigt, daß er die Zweckwidrigkeit solcher Kaisermacherei eingesehen, und wie klug und selbstbeherrschend er die Hörner einzuziehen verstand. Ich könnte ähnliche Geschichten erzählen, habe mir aber einmal vorgenommen, sofern mein Geschichts- und Wahrheitszweck nicht zu sprechen gebietet, von dem was »zwischen den Wänden« vorging zu schweigen. Auch lasse ich lieber Gewährsmänner reden als daß ich es selbst thue bei solchen Dingen. Am 6. Juli schreibt Raumer: »Ein sehr zusammengedrängter, rasch handelnder Bundestag an der Spitze, wäre am wenigsten abweichend von dem Früheren; ein solcher Gedanke ist aber seiner Unbeliebtheit halber völlig unausführbar, obgleich ich für den, am entgegengesetzten Ende stehenden Gedanken eines mächtigen Kaisers in diesem Augenblicke noch weniger Freunde sehe.« Die Abgeordneten Braun von Cöslin, Röder von Neustettin und Nizze von Stralsund brachten am 20. Juni in der National-Versammlung, weil das Vaterland in Gefahr u. s. w. den Antrag ein, die provisorische Centralgewalt der Krone Preußen zu übertragen. Als nach der Begründung der Vorsitzende fragte, ob der Antrag Unterstützung finde, rief man von der Linken, daß sei wol nicht zu »fürchten«, viele Stimmen riefen Nein, Niemand erhob sich. Nach Braun sprach der nachmals so eifrige Preußisch-Kaiserliche, Reh von Darmstadt. Er fing seinen Vortrag mit den Worten an: »Meine Herren, ich will auf die Rede des Abgeordneten aus Hinterpommern nichts erwiedern.« In der folgenden Sitzung erfuhr der Antrag noch eine nachträgliche eklatante Verhöhnung, ohne daß Einspruch gegen dieselbe erfolgte *).

*) Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Der Herr Schriftführer wird das Protokoll von gestern vorlesen. (Schriftführer Jucho verliest dasselbe.) Ich frage, ob Reklamation gegen das Protokoll ist?

Schilling von Wien: Es ist im Protokoll nicht erwähnt, daß, als der Abgeordnete aus Pommern seinen Antrag stellte, dieser Antrag eine allgemeine Heiterkeit erregte. Es ist nicht erwähnt, daß hierauf die Frage gestellt worden ist, ob der Antrag Unterstützung finde, und daß derselbe nicht hinreichend unterstützt worden ist. Ich glaube, daß dies von Wichtigkeit ist, denn, wenn das Protokoll in die Welt hinausgeht, so werden Diejenigen, welche erfahren wollen, was hier vorgeht, nicht wissen, inwiefern dieser Antrag unterstützt worden ist, oder nicht. In dieser Heiterkeit ist bereits eine Abstimmung gelegen. (Gelächter.)

So war die Stimmung. Sehr erklärlich war es daher, daß die Leiter der Partei, in deren Sinne der Preußische Kaiser lag, während der Sommermonate ganz still davon schwiegen. Sie konnten nicht einmal den Versuch machen wollen, ihre Idee durchzuführen, konnten nicht einmal mit ihrem Verfassungsplane hervorkommen, gerade weil sie ihn darauf basirten, daß der Preußische König der Deutsche Erbkaiser werden solle.

Untrügliche Zeichen erwiesen, daß für den Plan auch in der Nation, namentlich in Preußen selbst, der Sinn und Wille nicht vorhanden war.

Seit Errichtung der provisorischen Centralgewalt begann man in Frankfurt in der Fiktion zu leben, daß man bereits, wenn auch nur provisorisch, ein Reich habe. Das Reichsministerium, ob auch etwas vorsichtiger wie die National-Versammlung, fing an zu regieren und sollte regieren wie ein Ministerium eines konstitutionellen Staates regiert; die National-Versammlung betrachtete sich und handelte nicht bloß wie eine konstituirende Versammlung, sondern auch wie ein gesetzgebendes mitregierendes Parlament. Da die Staaten aber in der Wirklichkeit nicht Provinzen sondern Staaten waren und auch bleiben wollten, so stieß man sehr bald hart mit der Wirklichkeit zusammen. Nur die Kleinen gehorchten, die Großen versagten den Gehorsam geradezu, oder gehorchten nur, wenn es ihnen gut däuchte oder zum Schein. Die National-Versammlung schaffte sich und Andern viel Verdruß, große Händel, wenig Genugthuung. Zur Erkenntniß der Grenzen ihrer Macht und der wahren Lage der Dinge kam sie nur sehr langsam und in geringem Maß.

Bezeichnend für den ganzen Zustand war der Erfolg jenes Erlasses des Reichskriegsministeriums vom 16. Juli, wonach die Deutschen Truppen am 6. August dem Reichsverweser huldigen sollten. Nur in einem Bruchtheile von Deutschland geschah es der Anordnung gemäß, trotz allem Lärm der das Meiste dabei war. Die

Präsident: Heiterkeit ist keine Abstimmung. (Gelächter.) Ich frage, ob ferner Reklamation gegen das Protokoll ist? Die Thatsache, daß gefragt worden ist, ob der Antrag des Abgeordneten Braun von Cöslin Unterstützung finde, und daß diese nicht stattgefunden hat, wird im Protokoll bemerkt werden.

Folgeleistung wurde in kleinern Ländern, zum Theil unter widrigen Vorgängen durchgesetzt, die nicht ohne schädliche Wirkungen blieben ohne für das Ganze den mindesten Nutzen einzutragen. In Preußen rief der Huldigungsbefehl Widerstand bei der Regierung und eine grenzenlose Aufregung im Heere und im Volke hervor. Dasselbe war der Fall, als bald darauf ein dem Verfassungsausschusse vorliegendes das Heerwesen betreffendes Stück eines Entwurfs des Abschnitts von der Reichsgewalt bekannt wurde. Zornig ward gesprochen, wie Raumer sagt: »wie können einige unpraktische Männer (die Professorenpartei im Verfassungsausschuß) die von Preußen keine Kenntniß, für Preußen kein Gefühl haben, es wagen mit so unreifen verletzenden Vorschlägen hervorzutreten, welche nothwendig ganz unnützen Hader erzeugen, während sie zur wesentlichen Förderung der Deutschen Einigkeit, in dieser Weise ganz und gar nicht nöthig sind.« Die Reichspartei meinte, derlei Ansichten zerstörten die Einheit und den Frieden Deutschlands, oder auch, derlei Einwendungen verdienten gleichwie Rebellion und Hochverrath bestraft zu werden. Allein was man gegen einen der Mittelstaaten, Hannover, wagte, unterstand man sich doch gegen Preußen nicht, und das Drohen weckte und vergrößerte dort vielmehr das Selbstgefühl, oder nach dem unitarischen Kunstausdrucke den Partikularismus. Die Reichspartei sagte: damit Preußen das Deutsche Kaiserthum gewinne, muß es jetzt Heer und Gewalt verlieren, nur scheinbar verlieren — um definitiv die Krone zu gewinnen es wagen, der provisorischen Reichsverwesung sich zu unterwerfen. Allein Preußen wollte nicht, Volk so wenig wie Regierung.

Eine Hoffnung daß Friedrich Wilhelm IV. in die Kaiserideen eingehen werde, oder überhaupt tröstliche Aussichten für die Verwirklichung der Ideen der Reichspartei, sofern dabei die Rechnung auf Preußen gemacht werden mußte, brachte man auch vom Domfeste in Köln nicht zurück, zu welchem sich im August der König und von Frankfurt aus der Reichsverweser, eine große Deputation der National-Versammlung, Gagern an der Spitze, und viele Abgeordnete begaben. Oder vielmehr, die Erwartungen und Ideen wurden dort gar sehr heruntergestimmt, wo Alles nach einer Art von Probe angethan war. Der Schluß der Antwort des Königs auf Gagern's Anrede: »Vergessen Sie nicht, daß es noch Fürsten in Deutschland giebt, und daß ich einer von ihnen bin« enthielt ohne Frage eine Verneinung des souveränen Standpunkts den die

National=Versammlung eingenommen, eine Rüge für Gagern der denselben in erster Stelle vertrat, einen Gegensatz zu den Ideen Gagern's und der Reichspartei, eine Erinnerung daß sich der König eine Verfassung von der Frankfurter Versammlung nicht dekretiren lassen, sondern auf dem Vereinbarungsprincip bestehen wolle. Während der König sprach, schritt der Oesterreichische Erzherzog durch das Gemach. Oesterreich hatte von allem Anfange dasselbe rund heraus erklärt. Wie nahe war für jedes anwesende Mitglied der Frankfurter Versammlung die sorgliche Frage gelegt, wie es doch werden solle, wenn die Regenten der Großstaaten in solcher Weise sich entgegenstellten? Die Mittelstaaten — Würtemberg ausgenommen — schlossen sich ihnen darin an. Was hatte es dagegen zu bedeuten, daß eine große Zahl von Fürsten in Kleinstaaten geneigt waren, dem Willen der National=Versammlung sich zu unterwerfen? Der König anerkannte das Einheitsbedürfniß, aber, sagt Laube in seinem Buch, (II, 132) »das hatten wir nie bezweifelt. Ueber den Weg war ein drohender Fingerzeig geworden — — in einer Zeit so tiefer Schwäche hatte das Fürstenthum für die Deutsche Zukunft gedroht mit seinem Einspruche.« Die Sorge, ob ein Reich Deutscher Nation zu Stande komme, habe damals Gagern tief bekümmert, (der Fingerzeig war also verstanden) nicht die Sorge um sein Souveränitäts=Princip; denn er sei frei gewesen von principiellem Eigensinn, habe es nie an Zusätzen und Erläuterungen fehlen lassen, welche die billige Betheiligung der Einzelregierungen, dieser wichtigen Faktoren der Nation, bei Feststellung des nationalen Grundgesetzes als gerecht und nothwendig bezeichneten: die Verständigung sei ihm stets Gesichtspunkt gewesen; allein der National=Versammluug habe das letzte Wort, die endgültige Entscheidung vindicirt werden müssen, weil das Vereinbarungsprincip, praktisch genommen, nie und nimmer zum Zustandekommen einer Verfassung würde haben führen können.

Ganz richtig. Dies war der Gedankengang Gagern's und der ihm Zustimmenden. Aber es gab einen Ausweg, die Gründung eines Staatenhauses, und nie wird man behaupten können, er sei auch des Versuchs nicht werth gewesen, nie wird man schon deshalb, weil man diesen Versuch nicht gemacht, sagen können, die National=Versammlung habe es von allem Thunlichen an nichts fehlen lassen, um das Scheitern ihrer Aufgabe abzuwenden. Das Wahre ist, man hatte entweder doch einigen principiellen Eigensinn

oder wenigstens Befangenheit; oder man war, ob auch nicht völlig, doch zu sehr der Betheiligung der Regierungen abgeneigt, denn mit den »Zusätzen und Erläuterungen« u. s. w. war nichts gethan, ja sie schadeten mehr als sie nützten, indem sie, auf Unklarheit in den Begriffen zurückweisend, die Konfusion noch mehrten; man wollte die Sache am liebsten und meisten selber und durch das souveräne Volk machen und lebte in dem Glauben, das Deutsche Volk habe den Willen und die Fähigkeit, seine Abgeordneten an der Spitze, ein »Reich Deutscher Nation« zu Stande zu bringen, d. h. den Plan der Reichspartei durchzusetzen, und endlich, man war gar zu befestigt in der Idee, daß die Einheit eben nur an dieser einen Form hänge und daß man diese Form sogleich haben müsse; man hatte zu steif den Sinn auf sie und sie allein gesetzt. *)

Hatte man aber in Friedrich Wilhelm geirrt, so war auch das ein Wahn, daß das Deutsche, insbesondere das Preußische Volk jenen Willen und jene Fähigkeit habe, und daß dies ein Wahn sei, auch darauf wiesen, wenn es noch daran gefehlt hätte, deutliche Zeichen hin, welche auf derselben Festreise sichtbar wurden und von den Auguren nicht mißverstanden werden konnten. Ich habe die Reise nicht mitgemacht. Laube beschreibt sie als Theilnehmer. Er gehört, wie gesagt, der Reichspartei an. Man sieht und gesteht das Unerwünschte nicht gern. Um so mehr will ich mich auf die Ergebnisse seiner Beobachtungen beziehen, von deren Richtigkeit ich ohnehin überzeugt bin. Sie bestanden in Folgendem: in Köln zeigte sich das Preußenthum stärker als das Deutschthum, der König in erster, die National-Versammlung in

*) Gagern berief sich vor Kurzem (in Bremen) darauf, daß die jetzigen Erfahrungen die Unmöglichkeit der Vereinbarung der Regierungen bewiesen. Aber woran scheitert jetzt die Vereinbarung derselben? An denjenigen Bestimmungen der Dreikönigsverfassung, welche von Anfang die Mittelstaaten dem Frankfurter Verfassungsprojekt abgeneigt machten. Die Folgen wurden von Stüve vorhergesagt. Radowitz aber glaubte von jenen Bestimmungen nicht ablassen zu dürfen, weil man die öffentliche Meinung befriedigen müsse und sonst nicht befriedigen werde. Sei es nun, daß er die Meinung der Gothaer für verbreiteter und stärker hielt als sie war, daß dieselbe die öffentliche war oder nicht — in beiden Fällen lag und liegt das Hinderniß der Fürstenvereinbarung zumeist in dem Zustande der Meinung, in überspannten Forderungen von Parteien oder des Volkes, in denselben überspannten Forderungen der Kaiserlichen, über welche die National-Versammlung auseinander fuhr.

zweiter Linie — die antipreußische Rheinprovinz erwies sich nicht als die Deutsche Burg in Preußen — man sah es dem freiheitlich und einheitlich gesinnten, oppositionliebenden, antipreußischen Volk in Köln und in der Provinz an, daß es, zumal gegen den Willen der gesetzlichen Gewalten, für das Zustandekommen eines Reiches Deutscher Nation allenfalls reden, aber keine Thaten thun, keine Opfer bringen werde. *)

Der September brachte eine noch viel stärkere Erinnerung ähnlicher Art an die Reichspartei, denen abermals einen gewaltigen Querstrich, die bei der Verfassung an Preußens Vorantritt dachten.

Es war nicht zu verkennen, nachdem der Waffenstillstand von Malmoe durch Preußen abgeschlossen war: der König und sein Ministerium befanden sich in Beziehung auf die große nationale Frage in einer ganz anderen Gedanken- und Willensrichtung als der

*) Nach den »Erinnerungen aus der Paulskirche« ist Biedermann's Kopf noch jetzt ziemlich eingenommen von dem »Zujauchzen der Bevölkerung«, als man gen Köln hinunterfuhr, und von der Idee, daß man am Bord des Schiffes »das Symbol der jungen Deutschen Einheit, den neugewählten Reichsverweser, und das Symbol der Volkssouveränität, Gagern, führte.« Die National-Versammlung habe damals auf dem Gipfel ihres Ansehens und ihrer Macht gestanden — indeß hätten die Worte des Königs Manchen nachdenklich gemacht — »doch der etwas peinliche Eindruck verschwand wieder vor der Begeisterung, welche fortwährend uns, die Vertreter der Nation, überallhin begleitete« u. s. f. Die versagte Huldigung am 6. August habe wie ein fernes Wetterleuchten auf die Widerstandskräfte hingedeutet, die sich am Horizont gesammelt. »Damals achtete man (d. h. die Reichs- und Souveränitätspartei) noch wenig, vielleicht zu wenig darauf«. Es wäre gut und nöthig gewesen, daß die Partei auf Zeichen dieser Art mehr geachtet und auf jenes »Zujauchzen« und jene »Begeisterung« weniger gegeben hätte. Das Unwetter blieb nicht aus, und als es kam, war die zujauchzende Bevölkerung verschwunden und der Spiritus verflogen und hatte das Phlegma zurückgelassen. In seiner Hamburger Rede sagte Gagern: »Zur Durchführung der Reichsverfassung hat uns vor Allem die energische Unterstützung des Preußischen Volkes gefehlt, dessen Vertreter in der Paulskirche in ihren Ansichten so weit von einander abwichen, daß es schwer war, das Gemeinsame in ihren Bestrebungen zu entdecken«. Jene Unterstützung wäre aber nothwendiges Erforderniß zum Gelingen des Kaiserplans gewesen, sie fehlte sichtlich von Anfang an und stellte sich nie ein — und was folgte daraus? Aber die Kaiserpartei handelte gleich einem Kaufmanne, der ein über seine Kräfte gehendes Geschäft unternimmt und dabei auf mögliche Glücksfälle, einen Gewinn in der Lotterie oder dergl. spekulirt. Für high-spirited men ist nichts so verführerisch, als schöne — Ideen.

Volkswille oder was dafür galt, und scheuten sich nicht, der herrschenden Meinung, so wie der Centralgewalt und National-Versammlung entgegen zu handeln. Die Haltung des Volkes, selbst in Preußen, in einem großen Theile Norddeutschlands, ebenso in Baiern, Oesterreichs ganz zu geschweigen, war der Art, daß vorauszusehen war, die National-Versammlung, sollte sie ihrer Neigung und der auch sonst sehr verbreiteten Stimmung für eine Nichtigkeitserklärung Folge geben, wurde von dem weitaus größesten Theile des Volkes im Stich gelassen, erwirkte kleine Aufstände und großen Lärm um Schleswigs Willen und erlitt eine noch viel größere Niederlage, trotz allen großen heftigen Worten und Reden in der Presse, in Klubs, Volksversammlungen u. s. w. Was Preußen insbesondere anbelangt, so hatte Mevissen Recht und der Verlauf stellte es in's hellste Licht, wenn er dringend abrieth, daß die National-Versammlung sich auf die Thatkräftigkeit der Preußen steife, sobald sie gegen den Willen der Preußischen Regierung in Anspruch genommen werde. Jordan von Berlin hatte Recht, wenn er sagte, das Preußische Ministerium habe in der Waffenstillstandsangelegenheit den größesten Theil des Preußischen Volkes hinter sich, das gar nicht geneigt sei, sich für eine Deutsche Centralgewalt zu opfern und sich von seiner Regierung zu trennen. Er hatte Recht, wenn er ausführte, daß ein starker Preußischer Partikularismus existire und unüberwindlich sei. H. und L. Simon und die Linke gleich den meisten Leuten in den Kleinstaaten beurtheilten die Dinge ganz falsch, indem sie das Gegentheil versicherten und eine vollständige Umwälzung des Preußischen Staates in Aussicht stellten, wenn die Preußen wählen müßten zwischen Preußenthum und Deutschthum, König und National-Versammlung oder Centralgewalt. Die Preußen in der National-Versammlung zeigten sich (die von der Linken hatten ihre besonderen Tendenzen) keineswegs geneigt, die Preußischen Interessen hinter die »Deutsche Sache« zurückzustellen. Vincke, sonst von Deutschland so schön redend, behauptete und verfocht lediglich den Standpunkt des, und noch dazu des engherzigsten und kurzsichtigsten Preußischen Partikularismus. Wenigstens behauptet dies ein Mitglied der Reichspartei, Laube. Er sagt (II, 246) von ihm, die augenblicklich unbequeme Lage Preußens und das Hinwegbringen darüber sei ihm Alles gewesen, er habe es in seinen gewöhnlich mittelmäßigen diplomatischen Wendungen unterstützt, statt es auf seinen Beruf der

tapferen Durchführung zu drängen, u. s. f. Er sagte jetzt nicht, was er späterhin wol sagte — wo es sich um das Preußische Kaiserthum handelte — die kühnste Politik sei für Preußen die beste.

Die National-Versammlung brachte es zu ihrem ersten Beschlusse in der Angelegenheit, dem Beschlusse für die Sistirung des Waffenstillstandes, nur mit einer Mehrheit von 17 Stimmen und damit war die Frage schon verloren; denn wenn deren Beantwortung richtig sein und wahr werden sollte, so mußte sie in der ganzen Nation Echo finden und die National-Versammlung sich dazu mit einer, der Einstimmigkeit wenigstens nahe kommenden Mehrheit vereinigen. Man hätte nach dem Sistirungsbeschlusse die Verwerfung des Waffenstillstandes erwarten sollen. Aber der Antrag darauf wurde nach vierzehn Tagen mit 21 Stimmen abgelehnt, und mit derselben Mehrheit wurde der Francke'sche Antrag angenommen. Es waren die dreistesten Männer in der Reichspartei, Dahlmann voran, welche die Verwerfung forderten, und zwar mit Aufbietung aller Kräfte, und indem sie die edelsten und stärksten Gefühle und Leidenschaften in Bewegung brachten und die lautersten und lebendigsten Sympathien für sich hatten, indem auch der Terrorismus, unter welchem die konservative Partei jeweilig stand, stärker als je und in diesem Falle für sie wirkte. Dennoch war kein Votum für die Verwerfung des Waffenstillstands, für die vermeintlich durch und durch nationale Sache zu erlangen. Der Grund lag wesentlich darin, daß die Linke, die Simon's, Blum u. s. w. Mittel aufboten und für die Verwerfung auf eine Weise sprachen, daß selbst diejenigen »tief erschraken,« welche aus Dahlmann's Gründen für sie waren. »Beschämt schloß man die Augen und gestand sich, daß man ganz Verschiedenes begreifen könne und begreife unter demselben Worte. Hohl! hohl! hohl! sauf'te es Einem um die Ohren wie trockner Wind. Ja man gestand sich, daß Einem die beste Sache verleidet, vergällt, vernichtet werden könne durch oberflächliche oder unwahre Vertheidiger derselben. Das war ein trübseliger Eindruck, eine zerschmetternde Erfahrung. Man fing an zu ahnen, daß die große vaterländische Sache bereits kraftlos sei, weil ihr Inhalt verfälscht worden durch Uebertreibung, durch Parteiung, durch Herzlosigkeit, durch Unvernunft. War denn das unser Glaubensbekenntniß, für welches jetzt gegen Preußen und für Schleswig-Holstein deklamirt wurde? War es unsere Meinung, daß diese Gelegenheit nun doch dahin führen könne,

sämmtliche Einzelregierungen zu beseitigen? Kurz, war es unsere Meinung, die Verwerfung des Waffenstillstandes sei willkommen, weil durch sie die Revolution in Deutschland erneut und vollständig gemacht werden könne? Zu welchem Ende vollständig? Wer wußte es nicht bereits! Was diesen Rednern das nationale Moment bedeute, das hatten wir ja eben erst in Bezug auf die Deutschen in Posen gesehen. Sie waren ihnen nichts gewesen neben den polnischen Freiheitshelden. Was konnte denn also jetzt ihre nationale Sympathie für die Schleswiger bedeuten! Was ist dem Schauspieler Hekuba!? Was waren unsern Schauspielern die Deutschen Schleswiger? Hatten wir nicht bereits Andeutungen genug, daß sie allenfalls für Eroberung ihrer abstrakten Freiheit mit dem Auslande sich verbinden würden gegen die »sklavischen« Deutschen, um diesen zähen Thoren Französische Freiheit zu oktroyiren? Kurz, ward es nicht offenbar, daß es ihnen keineswegs um den Inhalt der Schleswigschen Frage, sondern um die sich darin darbietende Gelegenheit zu neuer Auflösung zu thun war? Ja wohl, um die Gelegenheit! Wir hatten nichts mit ihnen gemein in dieser schmerzlichen Frage, als die Aufrechthaltung der Einheitsautorität, als die Sicherstellung der Centralgewalt. Alles Uebrige, Mittel wie Zweck, hatten wir nicht mit ihnen gemein. Was enthüllte sich also damals schon? Ohnmacht der National-Versammlung, sobald etwas durchgesetzt werden sollte gegen den Partikularismus. Denn die Majorität konnte sich nicht mehr verhehlen, daß sie mit irgendwelchem kräftigen Beschlusse gegen den Partikularismus die Sache des Vaterlandes einer im letzten Grunde unvaterländischen, bloß revolutionären Partei überantwortete.«

So Laube, und ich habe ihn abermals sprechen lassen, weil er selbst zu den »Idealisten« gehört, für die, wie er sagt, sehr beherzigenswerth war, was Mevissen und Jordan über das Preußische Volk geäußert; ich habe ihn abermals sprechen lassen, weil er selbst zu denen gehört, welche die Schleswig-Holstein'sche Sache um jeden Preis durchsetzen wollten, zu denen, welche für die Sistirung und für die Verwerfung stimmten. Wir urtheilten so am 5. und 16. September und stimmten deshalb, namentlich deshalb dagegen, weil wir sahen daß unsre Freunde in der Reichspartei, indem sie die Sache in die Hand zu nehmen sich anschickten, sofort Spaltung und Verwirrung in die ohnehin nicht fest konsolidirte gemäßigte Mehrheit brachten und in Verbündung mit den Radikalen geriethen,

zum wenigsten nicht verhindern konnten, daß diese sich betheiligten, um Alles zu verderben. Laube spricht von Unsicherheit über die Frage in der Versammlung: Sie sei unvermeidlich gewesen, weil alle nahe liegenden Nützlichkeitsgründe dem Aussprechen eines Schuldig! entgegen gewesen wären, unvermeidlich, »wenn man nicht durchdrungen war, wie von einem Glaubensartikel, daß um der Deutschen Seele willen, hier gehandelt werden müsse, es koste was es wolle, wenn man nicht zu einer poetischen wie politischen Ganzheit in diesem Falle entschlossen war.« Wir aber waren, von anderen Gründen abgesehen, überzeugt, daß ein Schuldig! nicht mit der Durchführung, sondern mit einer großen Niederlage der Ideen unsrer edlen Patrioten, nicht mit einer grandiosen Nationalerhebung, sondern mit einem schimpflichen und bestialischen radikalen Spektakel enden werde, der den Schleswigern und Deutschland zu Schleswig nicht werde helfen können, daß also das Schuldig um der Deutschen Seele, wie Ehre und Wohlfahrt willen, nicht ausgesprochen werden dürfe und daß nichts unpolitischer sei und unpoetischer in der Praxis ausfallen würde, als die von Vielen geforderte »Ganzheit.« Laube sagt an einer anderen Stelle (S. 257) für die Verwerfung: »Wenn man hier wich, so wurde nicht nur das Ideal, die Idee eines Deutschen Reiches verschachert aus Furcht, welcher kein Reich erwächst« u. s. f., aber es ist nicht Furcht, ein Unternehmen nicht wagen wollen, das nach allen Umständen nicht zu seinem Ziel und Zwecke geführt werden kann. Zugegeben daß man in der National-Versammlung mit dem Votum in der Waffenstillstandsache die Idee eines Deutschen Reiches aufgab, so that man es doch erst, nachdem es zuvor geschehen war von dem weitaus größesten Theile des Volkes selbst, den Preußen namentlich, als man demnach mußte, denn der weitaus kleinere und unmächtigere Theil eines Volkes kann eine Sache als Nationalsache ohne Thorheit nicht durchsetzen wollen, wenn der größere und mächtigere nicht will. Wir schlossen aber noch weiter: der Dänische Krieg und das Verfassungswerk sind die beiden großen Nationalunternehmungen, die man in Folge der Märzbewegung begann. Man hat bei dem ersten offenbar zu hoch gegriffen, sei es daß man die Bedeutung desselben, die Anstrengungen und Opfer, die nachhaltige Kraft und Einmüthigkeit, welche sein Gelingen heischte, nicht erkannt, den Willen Alles daran zu setzen nicht gehabt hat oder daß dieser Wille erlahmt oder geändert oder daß die vorhandene Kraft nicht zulänglich ist. Man hat im

größesten Theile der Nation das Ideal überhaupt entweder aufgegeben oder doch gezeigt, daß man an die Durchführung das Erforderliche nicht daransetzen will oder daranzusetzen hat. In dem Verhalten der Nation bei der Waffenstillstandsangelegenheit, ist ihr Verhalten bei der Verfassungsfrage vorgezeichnet. Die beste Kraft ist dahin, Laube sagt, Jedermann habe es schon beim Waffenstillstande gefühlt, weil sie gespalten ist durch die Ultras linker Hand, »denen man mit gutem Gewissen keinerlei Durchführung mehr anvertrauen konnte.« Die erste, die beste Zeit ist vereitelt, vertrödelt durch das revolutionäre Uebertreiben aller Forderungen, das unablässige Steifen auf revolutionäre Forderungen (wie Laube richtig sagt) und durch das Verhalten der ganzen großen Mehrheit, die Reichspartei eingeschlossen, die eine rasch durchführbare Reform nicht wollte, ja insbesondere durch das Verhalten der Reichspartei, die in der besten Zeit selbst im Ausschuß keinen Verfassungsentwurf zu Stande brachte, weil sie keinen andern als den wollte, auf welchen sie ihrerseits sich steifte und der zu weitläufig und für den die Stimmung auch nicht einmal war. Es ist jetzt klar genug, daß man auch bei dem zweiten Unternehmen zu hoch greift, sofern man auf ein Reich Deutscher Nation — also nicht auf einen Bundesstaat — zielt. Die dazu begeisterte einmüthige, die dazu tüchtige Nation fehlt. Viel Hochherzigkeit, viel edles National- und Ehrgefühl ist lebendig, reicht aber so viel es ist nicht aus. Auch jetzt zeigt die Nation im Ganzen die alte Schwäche, sich zu einem nationalen Unternehmen, einem großen gemeinsamen Zwecke nicht einigen zu können und muß daher zu einer völligen Staatseinheit durch Uebergangsinstitutionen zum wenigsten erst herangebildet werden.

So sahen wir die Sache aus der Nähe an. Im Auslande wurde über das Verhalten der Deutschen im Ganzen und Großen während dieser Zeit nicht anders geurtheilt. Man würde leicht eine lange Reihe von Zeugnissen beibringen können, woraus erhellt, daß das Deutsche Volk damals, bei den urtheilsfähigsten Franzosen, Engländern, Nordamerikanern nichts weniger als Achtung und Vertrauen zu seiner politischen Befähigung sich erwarb. Doch ich gebe lieber noch einem und dem andern von Anfang oder doch späterhin eifrig Kaiserlichen das Wort.

In dem so eben erschienenen dritten Bande seines Werkes über Shakespeare spricht Gervinus eine Ansicht aus, die auch ich oben als die meinige ausgesprochen: Bald (nach der Erhebung von

1813) habe das Deutsche Volk den Eifer sinken und auf vorübergehende kleine Anfälle der Leidenschaft die Flügel in Taubengeduld ermattet hängen lassen. »Beispiele, massig wie der Erdball, gingen auch an uns auffordernd und spornend vorüber, aber wir ließen sie unbeachtet,« u. s. f. Das heißt, das Deutsche Volk that in schönen dreißig Jahren seine Schuldigkeit nicht und wurde mitschuldig an dem Systeme seiner Regierungen, worüber man sich so laut beklagte und dem man gern die Schuld allein zugeschoben hätte. Gervinus zieht sodann eine bittere Parallele und sagt am Schluß derselben: »Was die Aehnlichkeit unsers öffentlichen Charakters mit Hamlet auf die Spitze treibt: wie ideal und edel alles was wir in Worten und Wesen kundgethan haben, uns bisher kleidete, an dem Punkte des Ueberganges von Grundsätzen zu Thaten erschien unsere Volksnatur plötzlich versehrt und angefressen. Der Augenblick des Handelns überfiel uns unversehen; dann übernahmen wir uns in der leidenschaftlichen Hitze, und verfehlten das Ziel, das wir nicht weise ermessen hatten. Und dabei trat dann plötzlich die unerfreuliche Veränderung des Nationalcharakters zu Tage. Was wir zur Zeit jener ersten großen Erhebung zu äußerer und innerer Freiheit noch als bieder, treu, wahrhaft und gutartig gekannt hatten, das geht jetzt auf verborgenen Wegen treulos, eidbrüchig, aller Ehre bar und aller Güte verlustig. Da die Helden der Worte endlich zum Wirken und Handeln berufen wurden, zu dem sie sich so lange vermessen hatten, da brach die Vergiftung des Innern in ekelm Eiter aus, und Grausamkeit, Rachsucht, Blutgier und Meuchelmord befleckten den Deutschen Namen, wo niemand mitten im Flor der Geistesbildung und der häuslichen Sitte diese grelle Verwilderung in uns geahnt hatte.«

Biedermann befindet sich freilich nach seinen Erinnerungen aus der Paulskirche noch immer im Halbrausche, doch hat die Ernüchterung bei ihm begonnen. So spricht er noch vom berufenen Soiron'schen Antrage im Vorparlamente wie von dem »wohlberechtigten Ausdrucke des Selbstvertrauens einer zum Bewußtsein ihrer Kraft und Einheit gelangten großen Nation,« indem er offenbar das Selbstvertrauen des Vorparlaments oder eines Theils der Nation mit dem der Nation verwechselt. Denn wäre diese zu jenem Bewußtsein gelangt, wie erklärte sich dann der Ausgang des Ganzen — wie reimen sich damit Biedermann'sche Aeußerungen wie die nachstehenden? Er führt (S. 245) aus, welch' ein Triumph es gewe=

sen wäre für die deutsche Nation, wenn sie das Princip der Volkssouveränität durch einen parlamentarischen Akt als bindendes Siegel auf die Revolution gedrückt hätte, was so leicht hätte geschehen können, wenn entweder die Fürsten nachgegeben oder das Volk ihren Widerstand gebrochen. Dann fährt er fort: »Leider ist aber die Erwartung zu Schanden geworden, die Soiron bei jener Gelegenheit aussprach: »daß das Volk sich selbst vertrauen dürfe,« denn das Volk hat sich unfrei und ohnmächtig bewiesen, sowohl gegenüber den Gewaltschritten der gekrönten Machthaber, als den Verführungen gewissenloser Agitatoren und Freiheitsschänder, und so ist das edle Kleinod der Volkssouveränität noch einmal, gleich einem geheimnißvollen Talisman, hinabgesunken in die dunkle Tiefe der Zeit, und wer weiß, welches glücklichere Geschlecht künftig einmal den Schatz heben wird!« An einer anderen Stelle (262) sagt er vom Siebzehnerentwurf: »ein verführerisch schöner Plan für Deutschlands wahre Kräftigung und die nachhaltige Beseitigung unserer Kleinstaatenmisere, aber viel zu großartig für unsre kleine Zeit und die kleinen Menschen, denen unsre Geschicke anvertraut sind,« u. s. f. Zeigten sich denn aber die Zeit und die Regenten, (sie sind gemeint), erst klein im April 1849, hatte sich das Volk erst damals und nicht schon viel früher unfrei und ohnmächtig erwiesen? Die National-Versammlung stand ja im August »auf dem Gipfel ihres Ansehens, ihrer Macht,« das »Volk verehrte, die Fürsten fürchteten sie,« und »Niemand wagte ihren Aussprüchen offen Ungehorsam entgegenzusetzen,« und man hatte das »Symbol der Volkssouveränität am Bord« — in aller Welt, warum gebrauchte denn die National-Versammlung ihre Macht nicht, das Princip der Volkssouveränität der Revolution als Siegel aufzudrücken, warum führte sie den Siebzehnerentwurf nicht durch, wenn sie wirklich so mächtig und in Wahrheit berechtigt war, auf andre Leute als auf »kleine Menschen« vornehm hinunterzublicken? Vom 18. September redend, spricht Biedermann (257) von des Volkes unglaublicher »Verwirrung der Begriffe und Verwilderung der Gefühle,« von der schmachvollen »planmäßigen Aufreizung aller schlechten und Betäubung aller besseren Elemente« u. s. w. Urtheilt er erst jetzt so? Dann wäre sein Urtheil damals sehr schwach oder verirrt gewesen. Urtheilte er schon zu jener Zeit so? Dann war es offenbar verfehlt, in der kleinen Zeit und mit so unzulänglichen Mitteln, bei so erbärmlichen Zuständen so großartige Dinge zu unternehmen.

Raumern erschien in Paris das Verhalten des Deutschen Volkes eben so. Er schreibt am 25. September: »Der alte Ruhm oder das alte Eigenlob von Deutscher Bildung und Mäßigung geht in dem angeblich ruhmvollsten aller Jahre, 1848, verloren. Dagegen ist 1648 vorzuziehen: denn in diesem Jahre kamen die Deutschen wieder zu Verstande; in jenem scheinen sie ihn verloren zu haben. Solche Greuel, wie sie der Anfang des neuen Bürgergerkrieges in Frankfurt zeigt, sind erst in der späteren Zeit des dreißigjährigen Kriegs vorgekommen und die neuen Freiheitsproklamationen Struve's beginnen mit der Einziehung des Vermögens Aller, die ihm nicht feig und knechtisch gehorchen wollen. Paris ist nicht mehr allein das große Babel: die Deutsche überall emporwachsende Brut stellt sich schon in der Wiege ihm gleich oder wuchert darüber hinaus.« Am 3. Oktober: »Unterdessen werden die einzelnen Regierungen immer schwächer, nirgends ein Fürst von so überlegener Größe, daß er für die Monarchie begeistern könnte, nirgends bei den Demokraten Achtung vor den Gesetzen, republikanische Träumereien ohne republikanische Selbstbeherrschung und Aufopferung!« — »In Berlin beschließt ein Klub: Die Frankfurter Meuterer hätten sich ums Vaterland verdient gemacht, und ein Mann, dem Verbrechen halber das Bürgerrecht genommen worden, der Jahre lang im Zuchthause saß, der ehemalige, weggejagte Mädchenlehrer und verdorbene Konditor Karbe, wird vom Pöbel im Triumphe umhergeführt als Vertheidiger der höchsten Freiheit. Und dies geschieht in einer Stadt, welche sich rühmt, an der Spitze der geistigen Bildung zu stehen und die besten Schulanstalten zu haben! Die Geschichte Berlins im Jahre 1848, das gerühmte Feuerwerk, ist in die dunkelste Nacht gesunken, und die Gräuel des alten Roms sind großartig und furchtbar im Vergleiche mit der Feigheit, Nichtigkeit, Albernheit und Misere, welche leider nur zu Viele an vielen Orten zeigen oder dulden. Auch meine Collegen die Stadtverordneten, möchte man mit Siebenschläfern vergleichen, die nur von Zeit zu Zeit taktlos aufseufzen.« Am 15. Oktober: »Ja wohl hat Bastide Recht, wenn er (ohne die Uebel in Frankreich zu läugnen) sagte: welch ein Gachis habt ihr in Deutschland! Sonst so gegemäßigt und verständig, wenn aber einmal aufgeregt, wie schwer zu beruhigen. — Das hat der dreißigjährige Krieg gezeigt, und ähnlicher Wahnsinn wird schon lobgepriesen. Weit die große Mehrheit denkt, fühlt, spricht für Wahrheit und Recht, aber im Han=

deln läßt sie sich von einer kleinen nichtsnutzigen Minderzahl überflügeln! — Ein Wahnsinn der ärgsten Sittenlosigkeit durchraset ganz Europa, fast ärger als der theologische früherer Zeiten; und so wie man sich damals durch Mißdeutung biblischer Stellen, eine von allen Banden gelösete, angeblich höhere Moral bildete, stellen jetzt die Anarchisten die höchste Willkürlichkeit ihres hochmüthigen Beginnens hinauf über alle ewigen Gesetze menschlicher Würde.«

Wir nun, die wir eben so urtheilten, meinten um so mehr, es sei unmöglich ein Reich und Kaiserthum zu errichten. Es war nicht zu denken an einen einmüthigen Beschluß der National-Versammlung, nicht daran, daß kein Widerspruch erfolgen oder daß das Deutsche Volk sich einmüthig erheben würde, um den Beschluß ohne unleidliche Unordnungen zu vollziehen, nicht daran, daß man zum Ziele gelangen könnte ohne Revolutionirung. Dabei aber mußte eher alles Andre herauskommen als ein konstitutioneller Einheitsstaat. Die Reichspartei war augenscheinlich nicht stark genug, ihren Plan für sich allein durchzusetzen. Sie bedurfte der unteren Volksklassen dazu und über diese verfügte die radikale Partei, die, wie schon gesagt, vom Mitrevolutioniren nicht zurückgehalten werden konnte. Bei allem Revolutioniren gewinnen die Heftigsten stets die Oberhand und Diejenigen in der National-Versammlung, die ein Kaiserthum wünschten besaßen die erforderliche revolutionäre Rücksichtslosigkeit und barbarische Energie nicht von fern. Dies war zu jener Zeit deutlich zu erkennen und hat sich zum Ueberfluß im Frühjahre 1849 gezeigt. Also hätte die Leitung den Radikalen als der heftigsten Partei zufallen müssen, und diese — besaßen jene barbarische Energie auch nicht, um etwa eine Republik zu errichten, damit man doch überhaupt etwas bekäme. Sie waren allerdings rücksichtslos genug, gegen die Sitte u. s. f. was aber nicht ausreichte; sie besaßen allerdings die Barbarei, aber nicht die Energie, sondern geboten nur über energische Redensarten, Gelüste u. dgl. und allenfalls über eine rohe Volksmasse, die sie doch aber selbst wieder nicht zügeln konnten. Sattsam hatte sich mehr und mehr erwiesen, daß ihnen, obwol sie geistreiche Leute in ihren Reihen zählten, der Geist fehlte, der auch neben der Energie erforderlich ist, um eine große staatliche Gründung irgend welcher Art zu vollziehen. Nach unsrer Ansicht konnte demnach der Ausgang, wenn man ein Kaiserthum zu machen unternahm, nur unabsehbare Zerrüttung sein. Wir fürchteten davon, daß die Radikalen sehr bald

voranstehen und Schändlichkeiten und Greuel genug, wie am 18. September ganz erfolglose Greuel anrichten würden, fürchteten davon aber ferner eine sehr böse Reaktion der sich zusammennehmenden Kräfte der Ordnung; fürchteten davon endlich die Lächerlichkeit, eine große widerwärtige Komödie ähnlich der, welche die Männer und Koryphäen der Linken — Vogt, Raveaux u. s. w. — zuletzt im Kleinen zu Stuttgart auch wirklich gespielt haben. *)

*) Als die Reichspartei mit ihrem Plane, einer Verfassung nach ihrem Sinne, deutlich hervortrat, und als sich die Konsequenzen herausstellten, fuhr die bisherige konservative Mehrheit gänzlich auseinander. Die Partei vermochte jene ihre Verfassung in der National-Versammlung nur durchzubringen durch Koalition mit der Linken. Sobald es sich um die Ausführung der Beschlüsse zu handeln anfing, mischten sich die Radikalen hinein zur »Durchführung der Reichsverfassung« und betrieben die Sache auf ihre Weise. Gagern und sein Anhang vermochten die Bewegung nicht nach ihrem Sinne zu lenken und mußten entweder mit Vogt, Brentano und Konsorten »mitgehen«, oder zurücktreten, womit sie thaten, wie sie nicht anders konnten. Kaum ein paar Wochen blieben sie der angerichteten Bewegung halbwegs mächtig. Viel Unfug und großes Unglück war aber angerichtet In diesem Verlauf lag eine Nothwendigkeit, die ihrerseits hauptsächlich in dem Charakter der Ideen und der Männer der Reichspartei ihren Grund hatte. Der Ausgang hat es bewiesen. Nach den Schilderungen Biedermann's, des eifrigen Kaiserlichen und Vertheidigers der Partei, waren die Gagern, die Bassermann, die Beseler, Dahlmann, Droysen u. s. w. praktische Staatsmänner, Männer der (revolutionären) That eben nicht, und das konnte Jeder sehen, bevor er unter dieser Leitung in das Kaiser-Unternehmen sich einließ, wer nur nicht durch Exaltation blind, nicht von jenem Eifer beherrscht war, der nicht bedenkt, was er und wie er's vollbringen will. Ein Vorspiel des End-Verlaufs hatte man schon bei den Debatten über den Waffenstillstand, wo ein Theil der Reichspartei, den Eigensinnigsten, um die Folgen am wenigsten Bekümmerten, Dahlmann an der Spitze, dieselbe Rolle spielte, welche die Mehrheit der Partei im März 1849 gespielt hat. Ich sprach in den Flugblättern (№ 28) über die Motive, die zum Sistirungsbeschluß zusammengewirkt. Hier hieß es u. a.: »Manche dachten daran, eine Konvents-Energie zu entwickeln oder doch durch Fortreißen der National-Versammlung zu den gefaßten Beschlüssen dieselbe in eine Bahn zu drängen, auf welcher so etwas nothwendig erfolgen müßte. Sehr natürlicher Weise dachten sie dabei an etwas sehr Wesentliches nicht, nämlich daß sie das Zeug dazu nicht in sich haben, was denn obenein gerade bei diesem Anlaß deutlicher als je sich ergab, und daß unsere Zustände und die der ersten Französischen Revolution, welche sie nachäffen möchten, gänzlich verschiedene sind. Sie schützen die Deutsche Ehre nur vor und regten gegen den Waffenstillstand auf, um ganz andere Zwecke zu erreichen. Sei

Die Sachen ließen sich in der That für die Reichspartei von allen Seiten nichts weniger als günstig an. Sie durfte an die Ausführung ihres Verfassungsplanes schon wegen der Radikalen

---

es, daß sie die Ansicht hegten, daß die in ruhigere Bahnen geleitete Bewegung zum allgemeinen Besten noch einmal in den Sturmschritt gebracht werden müsse, oder sei es, daß sie weniger fanatisch waren und mehr kalt berechneten: genug, sie gingen, wie von Manchen, hoffentlich ohne Grund angenommen wird, darauf aus, Zerwürfnisse und Irrsale anzurichten, um dadurch zu ihrem Ziele, der Republikanisirung Deutschlands zu gelangen. Mit ihnen vereinigten sich, von Dahlmann an, so Viele, deren Ansicht und Gesinnung eine schlechthin entgegengesetzte ist, und die nicht erkannten oder genügend berücksichtigten, auf welche Wege sie sich führen, zu welchen Zwecken gebrauchen ließen — gerade wie Tausende und wieder Tausende, welche da und dort gegen den Waffenstillstand eifern, nicht ahnen, zu welchen Zwecken ihre Aufregung benutzt wird, und wie sehr zu ihrem Schaden und wider ihren Willen dieselbe ausgebeutet werden soll.«

Am 6. September wurde in den Flugblättern die Frage erörtert, was geschehen könnte und müßte, wenn der Waffenstillstand für null und nichtig erklärt würde. Manche Mitglieder der Reichspartei sind mir späterhin bös geworden und warfen mir vor, inkonsequent, mir selber untreu, der alten gemeinschaftlichen konservativen Mehrheit abtrünnig geworden zu sein. Aber ich habe mit der Linken nie gestimmt oder paktirt; ich ging auch schon seit den Beschlüssen über die provisorische Centralgewalt nie mit der Reichspartei und der Mehrheit, deren Kern sie bildete, wenn und sofern sie zur Linken neigte oder revolutionäre Wege zu gehen anfing, wie es in diesem Falle schon ein Theil von ihr that. Ich habe dann stets dawider gestimmt, und oft treulich gewarnt. Hier ist zum Beispiele der Schluß meiner Antwort auf jene Frage. Er würde mutatis mutandis auch so ziemlich passen, wenn er Ende März 1849 geschrieben wäre.

»Bleibt zuletzt übrig — wir wissen es wohl — der »letzte Grund« im vorliegenden Fall: ein Manifest an die Nation, d. h. ein Aufruf zum Aufstande. Einige trachten darnach, arbeiten dahin, die Andern, die ihnen den Gefallen thun, werden dahin gedrängt werden, wenn die Nationalversammlung den ersten Schritt thut, den Waffenstillstand irgendwie zu annulliren. Blickt man zurück auf den Verlauf der Bewegung seit dem März, auf das Verhalten oder die Kräfte derer, welche keinen allgemeinen Umsturz, nicht den Terrorismus der Agitatoren, nicht die Massenherrschaft, die Anarchie, die »rothe Republik« wollen, so muß man sehr zweifelhaft sein, ob sie die Leiter, ob sie an der Spitze der Bewegung bleiben, ob nicht vielmehr jene über sie den Sieg davon tragen, ob sie nicht unter das Regiment von Leuten kommen werden, welche sie selbst für baar des Talents und aller der Eigenschaften halten,

kaum denken. Sie hatte die Initiative, das Entwerfen des ganzen Verfassungsplans in die Hände bekommen. Sie hatte im Verfassungsausschuß die Mehrheit, allein auch hier brachte sie erst im fünf-

---

welche unerläßlich sind, wo man auf eine dem Gesammtwohle ersprießliche Führung vertrauen soll. Man kann nicht annehmen, daß die Mehrheit der Nation eine Führung, eine Herrschaft der Herren »Volksmänner« und ihres Anhangs zulassen werde, daß die Idee der Einheit, das moralische Ansehen der Nationalversammlung zumal in diesem Falle — wenn sie in diesem Falle an das Volk appellirte, die Nation aufböte — groß genug sei, um erwarten zu können, letztere werde in der Mehrheit dem Rufe folgen, insbesondere die Preußen würden gegen ihre Regierung sich erheben, Preußen zerschlagen. Könnte es etwas Schlimmeres geben, als ein Volksaufgebot durch die Nationalversammlung gegen den Willen der Mehrheit des Volkes, etwas Schlimmeres als wenn die Nationalversammlung das Volk riefe, und es käme größtentheils nicht, sondern zürnte, lachte, sagte: dazu haben wir Euch nimmer geschickt? Und in der That würde das Ergebniß nach aller Wahrscheinlichkeit höchstens in vereinzelten, mag sein sehr ernstlichen Krawallen bestehen, wir würden eine theilweise Anarchie, nicht eine durch revolutionäre Stimmung in verdoppelter Kraft dastehende einige Nation, nicht eine Million Krieger erhalten, und eine sicher sehr starke Streitmacht würde doch erforderlich sein, den sehr wahrscheinlich von allen Seiten eindringenden Feinden, der unabweislichen Einmischung des Auslandes zu widerstehen. Mit der Nationalversammlung und den auf sie gesetzten und noch immer zu setzenden Hoffnungen wäre es vorbei. Anarchie und Bürgerkrieg sind schlechte Mittel, den Dänischen Krieg zu einem glücklichen Ende zu führen. Bürgerkrieg und Unterjochung stehen in Aussicht, wenn die Nationalversammlung beschließt, den Waffenstillstand für null und nichtig zu erklären. Wir müssen unsere Angelegenheiten in Ordnung bringen, Deutschland konstituiren, unsere Kräfte zusammenfassen, ehe wir mit ganz Europa anbinden, und der Weg steht trotz dem Verhalten Preußens noch immer offen. Man kommt sicher nicht zum Ziele der Einheit, wenn man mit einem unheilbaren Bruche anfängt. Die Verlegenheit des Dänischen Kriegs und des Waffenstillstands sind die Folgen einer leidenschaftlichen Politik, übereilter Beschlüsse — und man will diese Politik fortsetzen, ähnliche Beschlüsse in derselben Sache fassen, was doch höchstens die Consequenz der Thorheit, Eigensinn, aber nicht Energie zu nennen wäre. — Wir wissen sehr wohl, daß die Sache auch eine andere Seite hat. Allein die Zeit drängt. Wir müssen uns für heute auf das beschränken, was wir gethan, nämlich daß wir einige Streiflichter auf eine Partie fallen ließen, welche aufmerksam zu betrachten die Stimmung des Augenblicks nicht geneigt macht, ja bei Manchen geradezu verhindert, und die wir auf's Sorgfältigste in Betrachtung ziehen müssen, wenn wir uns nicht dem Vorwurfe des unverantwortlichsten Leichtsinns aussetzen wollen.«

ten Monat — vom Mai bis Oktober — ihre Aufgabe halb zu Stande, Grundrechte, Reich, Reichsgewalt und Reichsgericht. Mit wichtigen Kapiteln und namentlich mit dem vom Oberhaupt wurde erst im November ein Anfang gemacht. Die National-Versammlung hatte bei der Grundrechtberathung schlechte Proben von ihrer Fähigkeit abgelegt, eine brauchbare Verfassung für Deutschland zu Stande zu bringen, und sie wiederum, die Reichspartei, wie wenig hatte sie dabei zum Bessern vermocht!

Ich weiß nun freilich wohl, wie Manche rechneten. Sie glaubten, man besitze die erforderliche Kraft durch Gagern; denn von Dahlmann, dem Urheber des Partei-Verfassungsgedankens, erwartete man für das Ausführen und Vollbringen seit seinen verunglückten Ministerkombinationen nichts mehr. Insofern hatte man Recht, ein großer Mann vermag am Ende, wo nicht Alles, doch sehr viel, unglaublich viel. Es würde auch für einen großen Mann aus der Versammlung schwer, doch nicht unmöglich gewesen sein, die Umwandlung des Staatenbundes in eine völlige Staatseinheit bei dem damaligen Zustande der Deutschen Nation, der National-Versammlung und der Deutschen Verhältnisse in Stand und Wesen zu bringen. Allein Gagern beherrschte nicht einmal die Versammlung, vermochte nicht einmal in ihr Frieden und Anstand zu wahren, so viel er auch in dieser Beziehung leistete. Es war damit im Parlament ähnlich wie im Vorparlament. Zu gering war der sonst beträchtliche Einfluß seiner Persönlichkeit auf das »Volk,« das ihn sogar anfeindete, zu gering, daß auch nur Frankfurt ihm gehorcht hätte, daß er der Gallerien so weit mächtig gewesen wäre,

---

Damals war noch der größeste Theil der Reichspartei mit mir einstimmig und der Eine und Andere half mir in den Flugblättern eifrigst. Etwa sechs Monate später trat ihre Mehrheit mit der Linken in Koalition und verursachte die unselige Aprilbewegung. Ich aber war bei meiner Meinung geblieben. Bei der Waffenstillstandsfrage erhielt ich die ersten Mißtrauensbriefe aus dem Vaterlande, wo man in dem entscheidenden Punkte irrte, Braunschweig und die anderen kleinen Länder mit ihrer Stimmung für bedeutender als sie waren und den Kriegs-Enthusiasmus für tiefer, gediegener und verbreiteter zu halten als er es war. Ich stimmte nach Ueberzeugung und Gewissen und Freunde sagten: so ist's recht, man muß dergleichen Mißtrauensbriefe verachten, Beschränktheit u. dgl. gibt sie ein. Bei der Kaiserfrage sagten dieselben, wie ich gegen die Meinung meines Landes stimmen könnte! Nun war es etwas ganz Anderes mit Mißtrauensadressen.

um wenigstens — wozu doch eine zahlreiche Bürgerwehr zur Hand war — die National-Versammlung vor deren Terrorismus zu schützen. Gagern vermochte über die Massen nichts. Sein Anhang blieb auf einen Theil der gebildeten Klasse in einem Theile von Deutschland beschränkt. Selbst in der National-Versammlung als deren hochgeehrter Präsident gelang es ihm nicht, eine feste zuverlässige Mehrheit zu gewinnen, eine hinlänglich zahlreiche Partei für seine Ansichten und Richtung zu bilden und als selbstmächtiger Führer zu führen. *) Seine, die Geister und Gemüther beherrschende Macht, wie groß sie sein mochte, war also keine zulängliche. Sein ohnehin bei ihm selbst nicht zu voller Klarheit und Bestimmtheit gelangender Gedanke von der Souveränität der Nation enthielt doch für das zu gründende Verfassungswerk nur ein formelles Princip. Eigentlich schöpferische Ideen fehlten ihm entweder, oder der Strom der Meinung und die Wucht der sonstigen Hindernisse war doch stärker als sein Wille und seine Willenskraft sie durchzusetzen. Die Idee vom Kaiser und Reich lebte in ihm, jedoch wohl kaum in deutlicher Gestaltung und so, daß er mit sich selbst im Klaren gewesen wäre, wie es zu letzterer kommen könne und solle. Das dem großen Staatsmann Erstnöthige, die richtige Erkenntniß und Würdigung der in Betracht kommenmenden Verhältnisse und der für die Ausführung eines Unternehmens zu Gebot stehenden Mittel und Kräfte, schien in genügendem Maß bei ihm nicht vorhanden zu sein. Sein kühner Griff war so wenig ein wohl berechneter als ein glücklicher gewesen. Seine oder sagen wir die Schöpfung, woran er so entscheidenden Antheil genommen, die provisorische Centralgewalt, war eine politische Fehlgeburt. Die Stellung, welche er eingenommen zwischen

*) Raumer erzählt, ein legitimer Schneidergesell habe ihm von Napoleon, dem er die Stimme geben wollen, gesagt: bien éléve, et pas sans intelligence. — Um Frankreich zu regieren? habe er, Raumer, in fragendem Tone hinzugefügt. »Er hat — so habe Jener weiter gesagt — eine sehr gute Eigenschaft, nämlich sich leiten zu lassen.« Wörtlich dasselbe sagte mir ein anderer Führer der Reichspartei von Gagern, als dieser in das Reichsministerium einzutreten bestimmt werden sollte. Er war gegen den Kaisertitel, aber seine »Freunde« bestanden darauf, und der Anstoß kam in die Verfassung hinein mit seinem Zuthun u. s. f. Wir werden bald hören, auch in der Oesterreichischen Frage that er das, worauf die »Freunde« bestanden, die ihn vorschoben und hinter oder auch über ihm standen.

Legalität und Illegalität, für eine gemäßigte und wider eine maßlose Revolution, war eine schiefe, nöthigte ihn zu gefährlichen Koncessionen an die letztere, führte ihn nur zu der auf dem Koncessionen-Systeme beruhenden Scheinherrschaft über die Revolution; in jedem Falle wußte er nichts daraus zu machen. So viel Recht und Vollmacht Einer in bewegten Zeiten über das positive Recht hinaus in Anspruch nimmt, so viel Macht muß er auch wirklich besitzen und zum Zweck gebrauchen, wenn man ihm auf seinen Wegen mit Vertrauen folgen soll, und so verhielt es sich bei Gagern nicht. Gedankenschwung und Begeisterung, patriotische Gesinnung und edle Charakterrichtung, die Jugendlichkeit der Anschauungen und Hoffnungen, die Offenheit und Zugänglichkeit für die den Moment bewegenden neuen Ideen und ungewöhnlichen Vorgänge, der unvertilgbare Glaube an das Volk und dessen augenblickliche Begeisterung, an die ausreichende Macht der edelsten Ideen zu raschen Eroberungen, das Pathos und die muthige Selbstverläugnung in großen Krisen, die Täuschungen ohne Enttäuschung — mit einem Worte, jene Art und Eigenschaften, welche Gagern einem Lafayette und Lamartine ähnlich machen — sie reichen für sich nicht aus, eine aufgeregte Nation zu lenken und zu haltbaren Zuständen zu führen; ja ein Mann, dem sie eignen, ohne daß er die entsprechenden Vorzüge des Geistes und Willens daneben besitzt, und der durch irgend welche Komplikation der Ereignisse in eine vorragende Stellung gerückt wird, der er somit nicht gewachsen, hat viel Zeug in sich, einen Staat in Zerrüttung zu stürzen und wenig eine bessere Ordnung der Dinge zu gründen.

Zu solchen Betrachtungen hatte Gagern schon in dieser Zeit Anlaß gegeben, und ihre Richtigkeit hat sich durch den Fortgang und Ausgang bewährt. Von Allem, was er noch in die Hand nahm, ist das Erhebliche und Entscheidende trotz seiner reinen trefflichen Meinung mißglückt oder gar zum Unsegen ausgeschlagen. Manche von seinen wahrhaftesten Freunden blickten mehr und mehr auf ihn mit schwerer Sorge und tiefer Wehmuth, und zum Theil daneben mit Entrüstung auf Andere, die ihn ihrer Meinung nach mißbrauchten. Die Rechnung war also falsch, es fehlte der Reichspartei an einem Manne der Art, wie die Lage sein bedurfte, wenn so große Dinge ausgeführt werden sollten — Männer von unzureichender Begabung hatten die großen Dinge in der Hand, oder aber: unternahmen größere Dinge, als sie ausführen konnten.

Auch Gagern hatte nicht gezeigt, daß ihm ein festes erreichbares Ziel vorschwebe und daß er hinlänglich vermöge, die Geister und Gemüther darauf zu richten, zu spornen, ihm zum Erstreben desselben zu folgen, sie von abneigenden Bahnen zurückzubringen, widerstrebende Strömungen zu beherrschen. — Ich hoffe, daß Niemand in diesen Aeußerungen Verkleinerungssucht finden wird. Ich weiß mich völlig frei davon. Ich sage nur, was die Thatsachen besagen und diese Thatsachen sind solche, von welchen man — es ist mir peinlich genug und die Anbeter und Verzückten haben es zu verantworten — sprechen muß, weil es zu einer allseitigen Anschauung und Würdigung der Situation gehört. Auch wird H. v. Gagern nicht verkleinert, wenn ihm die Größe abgesprochen wird, von welcher die Rede war. Umgekehrt führt es zu ganz falschen und ihm nicht einmal günstigen Vorstellungen und Urtheilen, wenn man ihn einen großen Mann nennt, und er selbst hält sich nicht dafür und will nicht so genannt sein. Er hat außerdem der trefflichen Eigenschaften genug, und eine der besten und liebenswürdigsten unter denselben ist seine ruhmwürdige Anspruchlosigkeit, welche großen Verlockungen durch Schmeichelei und mancherlei Glückesbegünstigung Stand gehalten hat. Was seine Portisane, die Haym, Laube, Schücking von ihm sagen und rühmen, lese ich zum großen Theil mit inniger Lust und voller Zustimmung, zum Theil aber ohne Einverständniß und mit Schmerz, denn in diesem Theile ist es Ausdruck von Irrthümern, von einer übertriebenen und falschen Schätzung, wodurch die Reichspartei zu Schritten sich hat verleiten lassen, die in Unsegen ausgegangen sind. *)

---

*) Nach dem Berichte der Allgemeinen Zeitung (№ 297) über eine von Gagern in Bremen gehaltene Rede widersprach er auch dort einem Schmeichler oder Enthusiasten. »Der Staatsmann, welchen mein geehrter Freund geschildert hat, der Staatsmann, welcher nach einem tief durchdachten Plane die Geschicke eines Volkes regelt, bin ich nicht — — — ich nehme nur das für mich in Anspruch, daß ich dem, was die Besten der Nation (so weit meine Erkenntniß reicht) gestrebt haben, seit Jahrzehenten das Wort geliehen, den Ausdruck gegeben habe.« Nicht innerer Beruf, nicht Bewußtsein überragender Kraft, sondern äußere Nothwendigkeit habe ihn im vorigen Jahre an seinen Platz gestellt, und oft genug habe er schmerzlich beklagt, daß so ungeheure Aufgaben so kleine Kräfte vorgefunden u. s. f. Alles sehr schön, aber der Fehler lag darin, daß er mit den »Besten der Nation«, denen er folgte, den Kaiserliebhabern, sich nicht zu beschränken wußte, daß sie durch ihre Pläne die an sich schon so schwie-

Endlich stand es auch noch in einer andern Beziehung mit den Aussichten der Reichspartei sehr übel. Sie wollte eben deshalb ein Reich und Kaiserthum und eine parlamentarische Regierung Deutschlands haben, damit dieses »zu der ihm gebührenden Stellung«, zu Bedeutung und Macht gelange insbesondre durch eine nationale energische äußere Politik. Sie wollte eben den Preußischen Kaiser, damit er gewaltig eintrete mit dem Wort und Schwert für Deutschland. Wie niederschlagend war nun aber die neueste Erfahrung für sie! Preußen hatte durch den Waffenstillstand die National-Versammlung, speciell die Reichspartei und deren Werk, die provisorische Reichsgewalt tief verletzt. Gerade seine Kriegführung und äußre Politik hatte die National-Versammlung in die schwerste Krisis, in die Gefahr des Untergangs gebracht. Diese Politik war nicht jene nationale und energische, welche die Reichspartei, gerade sie, forderte; sie mußte vielmehr gerade ihr als ein Zeichen der Nichtbefähigung zur Vertretung Deutschlands gegen das Ausland, zur Oberleitung der Deutschen Angelegenheiten erscheinen. Und dieses Preußen nun, das, schwach und rathlos in seinen innren Angelegenheiten, doch an diese zuerst beim Waffenstillstande dachte und dabei um ihrer Willen die Gefühle eines großen Theils des übrigen Deutschlands, die Interessen des Ganzen, wie die Sache von so Vielen angesehen wurde, unbeachtet ließ — dieses Preußen, das eine solche auswärtige Politik trieb, schwach und rathlos in seiner Thätigkeit auch nach außen — dieses Preußen, das sich jetzt abermals in einem so sehr beträchtlichen Maße unpopulär in Deutschland machte: wie konnte man es und gerade zu solchem Zwecke, voranstellen wollen, wie konnte man hoffen, wenn man dies thäte, daß nicht trotz aller großen Anläufe doch nur etwas äußerst Mangelhaftes, daß vielmehr ein Reich und Kaiserthum Deutscher Nation in Kraft und Herrlichkeit daraus werden würde? — In jedem Falle durfte zum wenigsten eben jetzt nach dem Dänischen Waffenstillstande, auch wieder nicht die Rede vom Preußischen Kaiserthume sein.

Darüber nun, daß Einmüthigkeit weder in der Nation selbst noch in der National-Versammlung über das Ziel des Verfassungs-

rige Aufgabe noch viel mehr erschwerten und Dinge unternahmen, zu deren Ausführung die erforderlichen großen Kräfte sich nicht vorfanden.

werkes war, daß selbst die gemäßigte Mehrheit noch keinen bestimmten Plan hatte und unbestimmt an Verschiedenes dachte, Bundesstaat und Reich, Kaiserthum, Trias, Direktorium, Erbkaiser, Wahlkaiser u. s. f., während nur ein jetzt noch kleinerer Kreis den »Bundesstaat mit dem Preußischen Erbkaiser« fest in Aussicht genommen hatte, aber damit nicht hervorkommen durfte und konnte, — darüber daß die souveräne Versammlung vollauf beschäftigt gewesen war mit Regieren und Regierversuchen — vorzugsweis durch Betrieb der linken Seite, die nicht aufhörte zu interpelliren u. s. w. — und von der anderen Seite mit Abweisung dieser Gelüste, mit dem Kampfe gegen die Revolution und mit Grundrechten: darüber verging die Zeit, in welcher es, wenn überhaupt, allein möglich gewesen wäre, den Kaiserplan mit günstigem Erfolge durchzusetzen.

Am 18. September wurde die Anarchie und Revolte in Frankfurt besiegt, welche damals in Wien und Berlin noch die Herrschaft behaupteten, während einer kurzen Zeit noch Fortschritte machten. Allein der in Frankfurt über sie gewonnene Sieg brach ihre Macht, wo immer dieselbe auch noch vorhanden sein mochte. Er bereitete die Niederlage vor, welche sie nach kurzer Frist auch in Wien und Berlin erleiden sollten. Man kann sagen, daß er zu einem Siege der Regierungen in dem Sinne umschlug, daß dieselben die Macht zurückerhielten, der Macht auch der National-Versammlung mit voller Ueberlegenheit sich zu widersetzen, und diese Macht konnte freilich auch übel gebraucht werden. Widersinnig wäre indeß schon der Wunsch, daß eine Revolte nicht überwunden sein möchte, die sich so unfähig, ruchlos und verächtlich zeigte, wie die Frankfurter vom 18. September sich gezeigt hat. Noch viel weniger hätte man ihr absichtlich ihren Lauf lassen dürfen. Sie unbeirrt und muthig niedergeworfen zu haben bleibt vielmehr ein nie zu vergessendes, kaum hoch genug anzuschlagendes Verdienst der, wegen des Verhaltens der National-Versammlung in der Waffenstillstandsangelegenheit zurück-, und am 17. wieder eingetretenen Minister, Peuker's und Schmerling's namentlich, welcher an diesem Tage so fest und tapfer auftrat wider die schlechte Demokratie, wie er am 13. März in Wien aufgetreten war gegen den Absolutismus.

Der Versuch eine starke Reichsgewalt zu gründen war gescheitert durch den Widerstand der ohnmächtigen Regierungen, wie viel weniger konnte er gelingen gegen die wiederum zur Macht gelangenden? Die National-Versammlung hatte ihren Beschlüssen,

das Reichsministerium seinen Befehlen keinen bereitwilligen oder gar keinen Gehorsam bei ihnen zu verschaffen gewußt: wie wollte man sie nun zwingen zur Annahme einer Verfassung, welche von ihnen etwa nicht genehm gehalten wurde?

Die National-Versammlung oder aber deren gemäßigte Mehrheit hatte bei ihrem Kampfe gegen Revolution und Revolte einen ungleichmäßigen Gang behauptet. Sie hatte in ihrem souveränen Standpunkte den Boden des ehrlichen Vertrags verlassen, jedenfalls die ihr durch die Wahlgesetze gegebenen Befugnisse weit überschritten. Zum wenigsten hatten Alle, die vom Vertragen nichts wissen wollten, es laut proklamirt, während die Andern zum Theil stillgeschwiegen, zum Theil das entgegengesetzte Princip nicht oder doch nicht laut und unumwunden genug proklamirt hatten. Die Mehrheit hatte — es war die Folge der Politik der Schaukler und Gaukler besonders im linken Centrum, die mittelbare Folge selbst der Gagern'schen Politik — die Mehrheit hatte zwischen Legalitität und Revolte hin und her geschwankt, sei es, daß dieser Standpunkt zeitweilig eben zur Ueberwindung der letztern ein nothwendiger und von der öffentlichen Meinung aufgedrungener war, die sich revolutionsfüchtig und gelüstig zeigte, ohne freilich kräftig genug zu sein, die Anarchie niederzuhalten, welche jede Auflehnung verdirbt. Wendete sie sich doch vielfach von der National-Versammlung eben dann und darum ab, wenn und weil dieselbe Verstand und Mäßigung bewies. Wie dem sei, es hatten sich bisweilen Mehrheiten zum Hineinregieren in die Staaten, zum Mißhandeln der Regierungen gefunden. Selbst aus den Reihen der Gemäßigten war heftig als auf Partikularismus gescholten, wo gegenüber einem übertreibenden Unitarismus nur die nöthige Würde und Rechtssicherheit hatte bewahrt werden wollen. Die National-Versammlung hatte sich, um ihren souveränen Standpunkt in den Einzelstaaten geltend zu machen, vielfach auf den Rückhalt der Drohung gegen die Regierungen gestützt, das Volk solle gegen sie aufgerufen werden, wenn sie den Beschlüssen und Verfügungen des Parlaments und der Reichsgewalt nicht Folge leisteten. Sie hatte die moralische Macht zu wenig im Einverständniß, welches sie sogar bisweilen mied, zu sehr in eben der Empörung gesucht, die sie eifrigst bekämpfte, unter deren Herrschaft sie indeß theilweis stand. In dem Allen trat nun doch eine Aenderung ein. Seit dem 18. September brachen die Reichsgewalt und die Reichsver-

sammlung — d. h. deren gemäßigte Mehrheit — entschiedener mit der Anarchie und Revolte, nachdem sich diese so unmittelbar gegen sie selbst gekehrt hatten. Sie suchten den Standpunkt der Gesetzlichkeit wiederzufinden, suchten sich im Ganzen in ein richtigeres und ehrlicheres Verhältniß zu den Regierungen zu setzen. Sie konnten jetzt nicht mehr wie bisher den Regierungen mit der Revolution drohen. Sie mußten um so mehr im Einverständniß mit denselben zu gehen sich bemühen, weil sie ihrer weit mehr als bisher selbst zu ihrem eigenen Schutze bedurften. Beides aus demselben Grunde. Sodann war die Zustimmung des Volkes bei weitem nicht mehr so groß und allgemein wie im Sommer vorher. Den Einen war die National-Versammlung nicht revolutionär, den Andern nicht konservativ genug. Vielen waren ihre verkehrten, Andern ihre vernünftigen Beschlüsse und Entscheidungen nicht recht. Der ganze demokratische Anhang hatte sich mehr und mehr von ihr abgewendet. Ein beträchtlicher Theil der Nation zürnte ihr wegen ihrer Beschlüsse in der Waffenstillstandsangelegenheit. Nicht Wenige waren ermüdet und verdrießlich wegen der langwierigen Verhandlungen über die Grundrechte. Andere wurden über den Inhalt der letzteren stutzig und mißmüthig. Von der Schwäche wendet das Vertrauen sich ab, und man fühlte mehr und mehr, daß die Versammlung bei weitem so mächtig nicht war als sie selbst und als das Publikum glaubte, so oft man auch den Grund ihrer minderen Macht in Dingen suchte, worin er nicht lag und die wahren Gründe übersah. *)

---

*) Die Historiographen der Reichspartei — Biedermann namentlich — renommiren damit, wie sie am Prinzipe der Souveränität des Volkes und der National-Versammlung festgehalten. Dann klagen sie und jammern, daß man damit nicht durchgedrungen, d. h. sie klagen die Schwäche an, die nicht konnte was sie wollte, die falsche Berechnung, welche unternahm, was sie zu vollbringen das Geschick, die Kraft, den Muth, die Mittel nicht hatte. Und dann hoffen und drohen sie: »aber ein ander Mal!« Dies ist das Schwächste und Lächerlichste von Allem. Die Geständnisse mehren sich, und sie sind immerhin erfreuliche Zeichen der herankommenden Einsicht und Selbsterkenntniß, so viel Irrthümer und Fehlgänge dabei auch noch vorkommen mögen. Bruno Bauer beleuchtet (»Der Untergang des Frankfurter Parlaments«) die Geschichte der National-Versammlung vom radikalen Standpunkte. Er führt den Gedanken aus

Aus dem bis hierher Erörterten ergab sich nun, wie wir meinten, Folgendes.

---

und unterstützt ihn so zu sagen auf jeder Seite durch Belege, daß die Versammlung selbst rathlos von einem rathlosen Volke umgeben war. Rathlos und ohnmächtig waren die Revolutionen in Berlin und Wien. Der Unbestimmtheit der Volkserwartungen zu genügen war zunächst den Regierungen unmöglich; es lag in der Natur jener Unbestimmtheit, jeder Gestaltung zu widerstreiten und einer leeren Unendlichkeit zuzustreben. Der Mittelstand und ebenso die Reichspartei in der National-Versammlung hatten Wünsche, die sich nur durch Revolution durchsetzen ließen, aber sie selbst schlugen am eifrigsten und bängsten letztere nieder und raubten ihr die Kraft. Das Bürgerthum in seiner lichtfreundlichen Erschlaffung hätte wol von der Revolution profitiren mögen, erdrückte sie aber aus Furcht vor ihr. Es dominirte als Partei der Gemäßigten in der National-Versammlung. Auch die Linke hatte keine Selbstmacht; auch ihr geschah ihr Recht durch die Contrerevolution. Auch der Märzverein zeigte sich untüchtig zur Revolution. In der ganzen Revolution von 1848 war keine Persönlichkeit, keine Kraft, keine Partei, welche die Aufgabe der Revolution, zu organisiren und sich in ihrer eigenen Gestaltung ihren Schluß zu setzen, hätte lösen können. Gagern und die Reichspartei wußten ihr Souveränitätsprinzip nicht über die Phrase hinauszubringen. Sie maßen der National-Versammlung Macht, fast Allmacht bei, und bewiesen doch ihre Schwäche, indem sie die vermeinte Macht nicht zu gebrauchen wagten. Sie erwiesen sich unfähig, die Revolution — nach ihren Ideen — zu gestalten und dadurch zum Abschluß zu bringen; sie arbeiteten den Regierungen in die Hände; sie waren im Unrecht, gemäß revolutionärem Prinzip zu handeln, da sie nur verstanstanden, die Kehrseite der Revolution, die Kontrerevolution, herauszufordern. Unzulänglich waren die Radikalen in Frankfurt wie in Berlin und überall. Sie wurden vermeintlich mit ihren Gegnern fertig, indem sie dieselben ignorirten, sie sprengten die Schranke ihrer Vollmacht, indem sie die Augen davor verschlossen u. s. f. Die ganze Revolution war eine Täuschung. Die neue Gestaltung war den aufgelösten Kräften zu schwer. — Mit Einem Worte, der Verfasser erweist, daß die National-Versammlung ihren Untergang, das Deutsche Volk das Mißlingen seiner Revolution sich selbst zuzuschreiben habe. Auf jeder Seite überschüttet er die Radikalen, die Reichspartei, die Mittelstände mit Hohn. Bitterkeit ist das einzige Resultat, zu welchem er gelangt. Mir däucht, wir hatten Recht, wenn wir von einer der seinigen ähnlichen Ansicht über die Deutsche Revolution und deren Wesen und Kraft oder vielmehr Unkraft ausgingen und zu dem Schlusse gelangten: man muß also auf den Weg der Gesetzlichkeit zurückkehren und sich mit einem mäßigen Ziele, mit einer Reform der bisherigen Verfassung begnügen, um überhaupt etwas zu gewinnen und Verwirrung, Rückgang, Zerfall abzuwenden.

Da die Lage der Dinge für die National-Versammlung und deren Macht und Vermögen eine so sehr änderte geworden war und sich im Oktober und November noch mehr änderte, mußte man Alles daransetzen, die Verfassung rasch zu vollenden. Und hierauf wurde gedacht. Es gelang nur nicht in erwünschtem Maße. Da man insbesondere die größeren Staaten nicht mehr zerschlagen oder wie Provinzen behandeln konnte und die Regierungen und deren Ansichten und Willen zu respektiren genöthigt war, mußte man zweitens sich mit denselben um so mehr in ein freundliches Verhältniß zu setzen suchen, von dem eingenommenen souveränen Standpunkte zurücktreten und baldigst eine Institution in's Leben rufen, durch welche es möglich wurde, die Verfassung auch wirklich zwischen dem Volke und den Fürsten zu Stande zu bringen. Es war kein »Reich,« kein dem Einheitsstaate, ähnlich wie der Siebzehnerentwurf, sich annähernder Bundesstaat mehr möglich, und man mußte deshalb drittens von den idealistischen Plänen abgehen und eine minder koncentrirende Einigung zu Stande zu bringen suchen. Blieb man dabei, einzig und allein konstituiren zu wollen und die Vereinbarung zu verwerfen, so mußte man endlich viertens zum mindesten um so sorgfältiger darauf bedacht sein, den Regierungen und Bevölkerungen der größern Staaten — durch die einzig und allein zu beschließende Verfassung — doch nicht gar zu viel zuzumuthen, die letztere möglichst brauchbar und annehmbar einzurichten, nicht durch Unbilligkeit und zweckwidrige, auch den Bevölkerungen leicht zweckwidrig und untauglich erscheinende Bestimmungen Grund oder Vorwand und Kraft zum Ablehnen zu geben. — Wir werden sehen, wiefern auf das Alles Bedacht genommen wurde. *)

---

*) In der oben erwähnten, in Bremen gehaltenen Rede, sagt Gagern, er habe die Nationalsouveränität in dem Sinne proklamirt, daß die Theile dem Ganzen untergeordnet seien, als Souveränität der gesammten Nation im Gegensatz zu einzelnen Faktionen und Theilen, nicht, wie man es ihm oft auslege, als Volkssouveränität. Allerdings. So verstanden wir es auch. Aber Andre und die Meisten verstanden es anders, nicht ohne Schuld der Unklarheit und der Widersprüche seiner verschiedenen Erklärungen über die Souveränität der Nation. Er sagt bei diesem Anlaß weiter, er habe dem Parlament dieselbe vindicirt, weil keine an-

Um mit der Verfassung anfangen zu können, mußte man mit den Grundrechten rasch fertig zu werden suchen. Es war längst ersehnt, fast in der ganzen Versammlung, gelang indeß so wenig nach Wunsch, als man manche zweckwidrige und excentrische Bestimmung abzuwehren vermochte, weil Viele auf allen Seiten sich gar zu wenig zu beschränken wußten, weil man so wenig eine feste konservative Mehrheit gehabt hatte als erhielt, was vornämlich daran lag, daß ein Theil der Einzelnen und ganz Zuchtlosen und des linken Centrums gar zu oft zur Linken hinüberschwankte. Indeß geschah etwas zur Beschleunigung, und es würde jetzt wol noch mehr geschehen sein, wenn der Verfassungsausschuß mit seinen Vorlagen fertig gewesen wäre. Künßberg aus Anspach wußte und gab mehrfach den allerklügsten Rath, der jedoch so wenig als des Mitgliedes unscheinbare Persönlichkeit beachtet zu werden pflegte. Schon vor dem Anfange der Berathung der Grundrechte hatte er folgenden Antrag gestellt:

»Da die Zeitverhältnisse es zur unabweisbaren Nothwendigkeit machen, die Berathung über die definitive Organisation des Deutschen Reichs baldigst zu beginnen und zu vollenden, und da der Gesetzentwurf über die Grundrechte, so wichtig er auch ist, und so wenig eine gründliche Berathung desselben unterbleiben darf, an Dringlichkeit entschieden hinter jener Aufgabe zurücksteht, so erneu-

---

dere Autorität vorhanden gewesen und weil man damals habe hoffen können, dasselbe werde, auf den Bahnen der Mäßigung wandelnd, Deutschland in einen geordneten Zustand hinüberführen. Man habe ihn damals in der Hessischen Ständeversammlung (wo also gescheidte Bedenken erhoben wurden) gefragt, ob man den Beschlüssen der National-Versammlung gehorchen werde? und er habe geantwortet: »ja! wenn die Beschlüsse mit großen Majoritäten und mit Rücksicht auf die wirklichen Bedürfnisse der Nation gefaßt werden«. Dies drückte die vollkommen richtige Einsicht aus. Allein die Differenz unsrer Ansichten und der der Gagern'schen Partei begann nun bei dem Punkte, daß *wir* sagten: ihr bekommt für euren Kaiserplan weder eine große Mehrheit noch ist er ein wirkliches Bedürfniß oder Wille des *Volkes*, und daß *sie* theils hierüber sich täuschte, theils gegen jene ihre eigne Ansicht handelnd, mit blinder Leidenschaftlichkeit ihren Plan verfolgte. Und war es denn Konsequenz und Respekt vor der Souveränität der gesammten Nation, daß sie mit ihrem Anhange, also als Faktion oder Theil — denn so stellte sich das Verhältniß unwidersprechlich heraus — vermöge winziger Mehrheitsbeschlüsse und durch Revolutionirung, durch Gewalt dem anderen Theile den Kaiser aufzubringen trachtete?

ert der Unterzeichnete seinen am 26. Juni übergebenen Antrag in folgender Art:

»Die hohe Nationalversammlung wolle beschließen: daß, sobald die Vorlagen des Verfassungs-Ausschusses es gestatten, mit der Berathung und Beschlußfassung über die definitive Organisation des Deutschen Reichs vorzuschreiten, und bis nach Beendigung dieses Geschäfts die Berathung über den Entwurf der Grundrechte auszusetzen sei.«

Er hatte den Antrag am 3. Juli vorläufig zurückgenommen, weil der Verfassungsausschuß noch keinen andern Abschnitt der Verfassung vorgearbeitet, er hatte ihn am 11. September erneuert. Soiron, als Vorsitzender des Verfassungsausschusses, erklärte damals, der letztere werde binnen acht Tagen muthmaßlich im Stande sein, das Kapitel über die Befugnisse der Reichsgewalt vorzulegen. Am 25. September fand sich Künßberg abermals zu einer Interpellation wegen der Sache bewogen. »Wir sind nun seit Kurzem durch Ereignisse zwei Mal, und zwar das letzte Mal durch ein ganz buchstäblich zu nehmendes Anpochen an unsere Thür gemahnt worden, daß wir den Zweck unsers Hierseins, welcher darin besteht, dem Deutschen Volke eine Verfassung zu geben, erfüllen. Ich stelle daher an den Ausschuß den Antrag, sich darüber zu erklären, ob der Erfüllung der geschehenen Zusage ein ferneres Hinderniß entgegenstehe?« Soiron erwiederte, der Ausschuß sei durch die lange Dauer der vielen, anderen Gegenständen gewidmeten Sitzungen behindert gewesen, werde indeß die Kapitel vom Reich, der Reichsgewalt und dem Reichsgericht binnen Kurzem, etwa acht Tagen, vorlegen können. In der That war die Versammlung unablässig anderweitig beschäftigt gewesen, theils mit nöthigen, theils mit unnöthigen, närrischen und schädlichen Dingen, so daß oft auch die Ausschüsse nicht hatten arbeiten können. Wigard als Mitglied des Ausschusses erklärte, die Vorlagen dürften unter vier Wochen kaum erfolgen können, und dies war richtiger. Dieselben Gründe wirkten nach wie vor.

Die Flugblätter machten es sich mehr und mehr zur Aufgabe, die Zeitverderber und die Zeitverderberei zu bekämpfen. In ihrer № 32 vom 30. September brachten sie von Bernhardi einen Aufsatz: »Was haben wir jetzt vor Allem zu thun?« einen Aufsatz, dessen Inhalt freilich (meiner Meinung nach) noch immer von überspanntem idealistischem Unitarismus der Partei Gagern's und der

Professoren zeugte, aus welchem doch aber auch zu ersehen ist, wie die richtige Erkenntniß von dem, was Noth, auch unter sehr eifrigen Unitariern vorhanden war, und daß es auch in unserm Preßorgane an (wie ich es wenigstens ansehe) verständigem Rathe, ertheilt an die eigene Partei, nicht gebrach. Es handle sich jetzt darum, das Erreichbare wirklich in's Leben zu führen. Es gehe und gehe nicht ohne Staatenhaus und daran möge man endlich ernstlich denken. Man könne und werde keinen freien Bundesstaat durch Dekrete schaffen. Die Einzelstaaten könnten und wollten nicht wie Provinzen behandelt werden. Staatenhaus und Feststellung des Umfangs der Reichsgewalt sei das Erstnöthige und jede dafür verlorene Woche könne von unberechenbarem Nachtheile werden. *) Sodann werden namhaft gemacht als zum Nothwendig-

---

*) »Das erste Erforderniß, um unser Deutsches Vaterland vor allen den Gräueln zu schützen, durch welche Frankreich um die unmittelbare Frucht seiner ersten Revolution so schmählich gebracht wurde, besteht darin, daß alle Freunde des Vaterlandes, welche die rothe Republik nicht wollen, welche nicht einstimmen in das komunistische Kriegsgeschrei gegen das Eigenthum und gegen alle hervorragenden Talente und Charaktere, und welche nicht gemeint sind, die Versuche mit neuen socialistischen Theorien ohne Weiteres im größten Maßstabe bei einem Volke von 40 Millionen in's Werk zu setzen und mit naiver Zuversicht Hoffnungen rege zu machen, die sich in dem beabsichtigten Maße wohl nimmer verwirklichen lassen, daß diese alle sich eben so klar bewußt werden, was sie wollen, und welche Mittel anzuwenden sind, um das im Augenblick Erreichbare wirklich in's Leben zu führen. —

Gehen wir in dieser Beziehung auf das sog. Preußische Programm vom 18. März d. J. zurück, welches das deutsche Volk vorzugsweise im Auge hatte, als die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung Statt fanden, so sollte die erste Frucht der neuen Gestaltung Deutschlands darin bestehen:

»daß Deutschland aus einem Staatenbund in einen Bundesstaat verwandelt werde.«

Dies ist im Wesentlichen erreicht. (?) Die provisorische Centralgewalt ist von der Nationalversammlung geschaffen und von allen Deutschen Regierungen anerkannt. Aber, sagt man nicht ohne Grund, eine allgemeine Anerkennung ist zwar erfolgt, doch weiß man noch immer nicht recht, wie wir mit Preußen und Oesterreich stehen. Hier ist nun die erste Grenzmarke, an der nicht nur die Ansichten der oben bezeichneten wahrhaften Freunde des Vaterlandes sich scheiden, sondern an der auch ihre Wege sich leicht trennen und einen Theil derselben, ehe sie es merken, in das Lager der rothen Republik führen könnten. Halten wir darum den Begriff des Bundesstaates fest und durchbringen

sten gehörig Maßregeln für die Einheit des Bundesheeres, die Deutsche Wehrhaftigkeit zu Lande und zur See, weiter die Herstellung eines Bundesgerichts, und die Hinwegräumung der Zollschranken.

---

wir uns von der Ueberzeugung, daß es weder in dem wohlverstandenen Interesse, noch in den Wünschen der Deutschen Volksstämme und daher auch keineswegs in dem uns von den Wählern ertheilten Auftrage liegt, die Deutschen Einzelstaaten wie Provinzen von Frankfurt aus zu regieren, daß wir deswegen, wenn auch keinen Vertrag, doch eine Verständigung zulassen müssen, und daß, bevor die Ergebnisse dieser Verständigung durch Errichtung eines Staatenhauses eine grundgesetzliche Anerkennung und Sicherstellung erhalten haben, eine gewisse Schonung der sonderstaatlichen Empfindlichkeit nicht nur billig und räthlich, sondern auch rechtlich begründet ist. Wollen wir also den anscheinend von Preußen und Oesterreich noch vorzugsweise drohenden Partikularismus recht bald auf das rechte Maß zurückführen, so vereinigen wir uns zunächst darin, den Abschnitt der Reichsverfassung, welcher von dem Staatenhause handelt, festzustellen. Wir haben in diesen Blättern schon vor zwei Monaten auf dieses Bedürfniß hingewiesen, die Erfahrung hat gezeigt, daß eine kräftige Entwickelung der Centralgewalt nach Außen wie im Innern auf immer neue Schwierigkeiten stößt, so lange man nicht in allen Einzelnheiten die staatsrechtlichen Grundsätze kennt, welche in dem »neuen Deutschland« maßgebend sein sollen, und so lange man eben darum im gegebenen Falle von jeder Seite verschiedene Grundsätze in Anwendung zu bringen versucht. Lassen wir uns nicht irre machen von den besorglichen Einheitsmännern, welche glauben, daß die deutsche Einheit im Sturme erobert werden müsse. Ein Napoleonischer Einheitsstaat kann allerdings durch Dekrete geschaffen werden; aber ein freier Bundesstaat, und den wollen wir doch in Deutschland begründen, muß zusammenwachsen, muß sich durch die Nothwendigkeit der Verhältnisse und der Interessen zusammenfügen. Da muß dem Volksbewußtsein Zeit gelassen werden, sich in die neue Stellung zu finden und einzuordnen. Wie viel Jahre waren nicht erforderlich, um die amerikanische Union zu vollenden? Wie lange hat nicht die Schweiz an ihrer stärkeren Centralisation gearbeitet? In diesem Nachbarlande sind es die kleinen Staaten, welche widerstrebten, bei uns wissen im Gegentheil die großen ihre rechte Stellung noch nicht einzunehmen. Seien wir darum fest, aber nicht voreilig, nicht überstürzend, nicht gewaltthätig! Deutschland hat ohne Einheit keine Zukunft mehr! Diese Einheit wird und muß sich daher Bahn brechen auf die eine Weise oder auf die andere. Deutschland vermag die sociale Frage nicht zu lösen ohne gesteigerten Gewerbsbetrieb und gesicherten Verkehr mit dem Auslande; die ausländischen Märkte lassen sich nachhaltig nicht behaup-

So mein Freund Bernhardi. Ich war damit um so mehr einverstanden, da ich von Beginn gewünscht, daß man so angefangen hätte. Von der linken Seite her wurde versucht, die Debatte über Vertrag und Vereinbarung zu erneuern und abermalige Beschlüsse für die Omnipotenz der National-Versammlung zu erwirken. Man trat in № 34 und dann wiederholt dagegen auf und bemühete sich mit allen Kräften, die Versammlung aus ihrem Machtschwindel herauszubringen. »Die National-Versammlung hat viel nöthigere Dinge zu thun. Sie soll die Verfassung berathen, statt über ihre Kompetenz, über Begriffe und Worte, Volkssouveränität oder dergleichen zu zanken. Man überwindet gegenüberstehende Mächte, über deren Renitenz man seufzt, dadurch nicht, daß man sich allein alle Macht zuschreibt, daß man ihnen droht, ihnen sagt, man läugne ihre Macht. Man stärkt ein sinkendes Ansehen dadurch nicht, daß man behauptet, einzig und allein Ansehen zu besitzen. Keine Illusionen! — man hat es nicht bloß mit den Regierungen, sondern auch mit den Bevölkerungen zu thun, denen manche Beschlüsse, manche Machterweisungen der National-Versammlung längst zu viel werden,« u. s. f. Ob es hier oder da geholfen, weiß ich nicht. Bei Einigen schien es Gehör zu finden. Doch begannen auch Abonnementskündigungen von Erzürnten, aus meinem Wahlkreise drangen Laute des Unmuths an mein Ohr — Alles wegen der immer »reaktionärer« werdenden Tendenz der Flugblätter. Die gemäßigte Partei bekämpfte in der National-Versammlung unaufhörlich die Machterweisungsgelüste der Lin-

---

ten ohne eine schützende Kriegsflotte, und weder Preußen noch selbst Oesterreich ist im Stande, eine solche neben dem Landheere auszurüsten, dazu bedarf es der Kraft von ganz Deutschland und darum ist der Deutsche Bundesstaat eine unwiderrufliche Thatsache, wenn auch keineswegs in Abrede gestellt werden soll, daß weder Preußen noch Oesterreich noch lange in der Stellung beharren können, die sie bis jetzt der Centralgewalt gegenüber zu behaupten versuchen. Auch sind wir noch viel weniger der Meinung, daß die Centralgewalt ruhig abzuwarten habe, bis ihr Alles von selbst zufalle, vielmehr glauben und hoffen wir daß sie den Zeitpunkt fest im Auge hat, wo sich diese Fragen lösen müssen. Aber eben dieser Zeitpunkt hängt zunächst von der Nationalversammlung ab, und zwar von der Feststellung des Staatenhauses und des Umfangs der Reichsgewalt. Jede in dieser Beziehung verlorene Woche kann von unberechenbarem Nachtheil werden, und es treten die Grundrechte dagegen fast in den Hintergrund.«

ken, indem ihr die richtige Erkenntniß inne wohnte, daß man so viel Macht als die Linke bethätigt wissen wollte theils nicht besitze, theils nicht heilsam anwenden könne. Sie war aber selbst wiederum nicht frei von Machteinbildungen, in welchen eben ihr übertriebener Unitarismus seine stärkste Stütze fand. Fragt man mich etwa: warum brachtet ihr nicht jetzt wenigstens Anträge auf Errichtung eines Staatenhauses? Ich antworte: weil auch mit Anträgen und Reden, welche kein Ergebniß hatten, eine unsägliche Zeit verdorben wurde. Es war bei uns fest beschlossen, keinen Antrag zu bringen und keine Rede zu halten, wovon auch nicht einmal ein muthmaßlicher Erfolg zu erwarten war. Dies ist einer der Gründe, weshalb Abgeordnete, welche anerkannt geistestüchtig und des Wortes mächtig, wie Mathy, so wenig gesprochen haben. Das Staatenhaus fand selbst in der gemäßigten Partei, so oft davon mit den Einzelnen die Rede war, fort und fort nur wenig Anklang. Die Meisten standen und blieben auf dem souveränen Standpunkte stehen, und draußen? Die National-Versammlung ist mit zahllosen verkehrten Petitionen und Rathschlägen überschüttet, allein es fehlte viel, daß das petitionirende und mitrathende Publikum, Einzelne, Vereine und Volksversammlungen, uns verständig an dies nöthige Ding erinnert hätten. Wir wollten nicht bloß allmächtig sein, sondern wir sollten es auch sein. Es hätte darum sein mögen, wenn das »Volk,« die Klubs, die Vereine und Volksversammlungen dann nur wenigstens den nachhaltigen Willen und die nachhaltige Kraft gehabt hätten, unsere Beschlüsse auf eine vernünftige Weise durchzuführen.

Die Versammlung nahm am 22. September ihre tödtlichen Debatten über die Grundrechte wieder auf und fuhr damit bis zum 12. Oktober fort, ohne zu Ende zu kommen. Am 13. beschäftigte sie sich mit dem aus den bekannten Tendenzen der Linken hervorgegangenen Schoder'schen Antrage, nach welchem der Verfassungsausschuß die Beschlüsse über die Grundrechte so schnell als möglich zusammenstellen und zur zweiten Berathung und Abstimmung vorlegen sollte. Indeß beschloß sie auch bei diesem Anlasse, auf den Antrag des Verfassungsausschusses, den noch nicht berathenen Theil der Grundrechte vorläufig zurückzustellen, damit die Abschnitte über Reich und Reichsgewalt unverzüglich zur Verhandlung gelangen möchten. Endlich am 19. Oktober nahm letztere ihren Anfang — nicht unter den günstigsten Auspicien. Künst-

bemerkt in seiner erwähnten Schrift S. 29 nicht ohne einige Schärfe: »Die Gutmüthigkeit, mit der die Versammlung die Grundrechte-Berathung begonnen hatte, ohne die Vorlegung eines ganzen Verfassung-Plans zu fordern, ließ eine gleiche Willfährigkeit für andere isolirt vorzulegende Fragmente der Verfassung erwarten. Durch die Grundrechte war die Methode angebahnt worden, die Verfassungsarbeit nicht von vorn, sondern von hinten, nicht von den schwierigeren, sondern von den leichteren und populäreren Abschnitten an zu beginnen. Wie nun? Konnte man nicht auf diesem Wege die Nationalversammlung dahin bringen, wo man sich

»in ein verhaßtes Müssen
Weit leichter als in eine bitt're Wahl«

findet? — Ohne zu ahnen, daß sie bei den »Grundrechten« etwas Anderes als Volks- oder Freiheitsrechte votire, hatte die Majorität der Versammlung eben damit schon eine Kompetenz der künftigen Centralgewalt, ein vielfältiges Einmischungsrecht derselben in die Gesetzgebung und Verwaltung der Einzelstaaten votirt, wie solches wohl noch in keinem geschichtlichen Bundesstaate vorkam. Sie hatte dies angeordnet zu Gunsten einer Centralgewalt, die mit dem dichtesten Schleier bedeckt war, von deren Organismus noch Niemand (etwa die Leiter des Ausschusses und ihre Vertrauten abgerechnet) eine deutliche Vorstellung hatte. Und eben hierin lag eine stillschweigende Einladung der Versammlung an den Ausschuß, ihr noch mehr Derartiges zu bieten, und anzusinnen. Und der Einladung ist nur allzu vollständig entsprochen worden.«

Sehr richtig schildert Künßberg eine Stimmung, welche bei der Grundrechte-Berathung auch vieler sonst gemäßigter und konservativer Männer sich bemächtigt hatte und gleichfalls beträchtlichen Einfluß auf die Verhandlungen über das Reich und die Reichsgewalt gewann. Sie hatte sich durch übertriebene Feindschaft und Eiferei gegen den sogenannten Partikularismus kund gegeben. »War sie eine bloße Steigerung des Nichtbeachtens alles Partikulären, woran man sich von den »Grundrechten« her gewöhnt, oder waren auch Ueberdrüssigkeiten Einzelner an dem beschränkten und beschränkenden Leben ihrer Klein- oder Pseudo-Staaten, waren antidänische Hülfsbedürfnisse der Schleswig-Holsteiner, waren neumacedonische Dominirungsgelüste dabei im Spiel? Läßt sich die bezeichnete Stimmung als bloßes Umschlagen von einer transcendenten Träumerei in eine andere, oben als die parlamentarische

Transscendenz der Wirklichkeit gegenüber bezeichnete, erklären, oder rührte sie ganz einfach von den Ausdünstungen des »Bodens der Thatsachen«, d. i. des Revolutionsbodens her, auf den die Versammlung mehr durch die Macht der Verhältnisse als durch eigenen Willen gestellt war? Diese Fragen — wir lassen sie unbeantwortet, aber wir empfehlen sie als Stoff für Nachdenken und Forschen.«

Dabei ist indeß ein sehr nahe liegender Erklärungsgrund unbeachtet geblieben. Der Unitarismus war nun einmal von Anbeginn mächtig, man bestärkte und steigerte sich wechselseitig darin, der Frankfurter Dunstkreis übte einen zugleich betäubenden und excitirenden Einfluß. Je mehr Centralisation der obersten Gewalt aber Jemand haben wollte, desto mehr mußte ihm der Partikularismus zuwider sein. Auch wirkte das Gefühl, und dazu wenigstens kam es bei vielen Allmachtsschwindlern, daß die Macht der Regierungen doch eigentlich stärker sei, als man sich gestehen wollte. Wie Kinder im Dunkeln oder wie furchtsame Soldaten vor der Schlacht machte man Lärm und große Worte, um sich die Furcht zu vertreiben.

Die Entwürfe über die Verfassungsabschnitte vom Reiche und von der Reichsgewalt.

Im September hatte Wangenheim geschrieben: die Entscheidung über die Frage vom Reichsoberhaupte wird zugleich die Entscheidung darüber enthalten, ob überhaupt von einem einigen Deutschland, von einer Vereinigung aller Deutschen Länder in einen Bundesstaat noch ferner die Rede sein soll, oder ob unsre Einheitsbestrebungen eben nur zur Auflösung eines nicht mehr lebensfähigen Staatenbundes hinreichend gewesen sind. Mit der Entscheidung dieser Frage wird zugleich darüber abgeurtheilt, ob Oesterreich fernerhin dem einigen Deutschen Vaterlande angehören kann oder ausscheiden muß.

Diese Entscheidungen lagen indeß schon in den Entscheidungen über die Kapitel vom Reiche und der Reichsgewalt. Zu dieser Zeit bestand wie von Anfang nach der vorherrschenden Meinung in und außer der National-Versammlung die Aufgabe noch immer darin, eine Verfassung für ein einiges und ganzes Deutschland zu schaffen. Wie sollte sie gelöst werden nach den Vorschlägen des Verfassungsausschusses? Man muß im Auge behalten, daß er seine Berathungen über die Frage mitten im Sommer begonnen hatte. In der ersten Hälfte des Juli war von seiner Subkommission deren Entwurf über das Kapitel von der Reichsgewalt in den Ausschuß gebracht, in einer Zeit, wo noch so Vieles und Großes möglich und ausführbar schien, der Einheitstrieb und das Machtbewußtsein, die Erwartungen und Forderungen in der höchsten Steigerung, die Staaten aber, auf welche die zu gründende Verfassung angewendet werden sollte, in einem so unfesten Zustande sich befanden, daß man

um so leichter darauf kommen konnte, vorwaltend darauf zu sehen, daß der Entwurf nur ein theoretisch richtiger sei, weniger darauf, daß die Verfassung passe — man wußte nicht so ganz genau zu sagen wofür. Die Staaten waren und blieben ausgeschlossen, und auch deshalb konnte der Entwurf des Ausschusses nicht wol einen andern als einen abstrakten Charakter erhalten. Der Siebzehnerentwurf war im Verfassungsausschuß verworfen, kehrte aber, ob auch etwas ermäßigt, in den Vorlagen über die genannten beiden Abschnitte im Wesentlichen wieder. Dahlmann war (neben Beseler und Mittermaier) Mitglied und die Seele der Subkommission des Ausschusses, und in diesem wie schon gesagt, hatten die Theoretiker und Kleinstaatler, wo es auf Bestimmungen ankam, welche eine strenge Centralisation bezielten, im Verein mit den Demokraten die entschiedene Oberhand über diejenigen, welche keinen Centralstaat mit Vernichtung der Selbstständigkeit der Einzelstaaten wollten und davon ausgingen, oder sofern dies auch Jene thaten, den Standpunkt doch fester hielten, daß den Einzelstaaten von ihrer Selbstständigkeit nur so viel zu entziehen sei, als für die neu zu errichtende einheitliche Reichsgewalt unbedingt nothwendig. Der Entwurf über den Abschnitt vom Reiche war ursprünglich von Droysen gearbeitet und der Subkommission zugestellt. Er kam bald nach dem 18. September in den Ausschuß.

In jedem Falle wiesen die Vorlagen mehr auf die Idee des Einheits- als des Bundesstaats hin, berücksichtigten vorwaltend das Bedürfniß der Einheit, forderten das Aufgeben des Partikularen in einem Maß, daß es sehr zweifelhaft war, ob die Gewährung nach den Deutschen Verhältnissen heilsam, noch viel mehr ob die Forderung durchzusetzen sei. Freilich *sollten* die Vorlagen eine Verfassung für einen Bundesstaat enthalten, allein es war an sich selbst schon ein, große Zweifel erregendes Unternehmen, aus konstitutionellen Staaten und zwar von so ganz verschiedenen Machtverhältnissen einen Gesammtbundesstaat mit konstitutionell-monarchischer Verfassung bilden zu wollen, und so enthielten denn auch die Vorlagen, wenn man will, eine Verfassung für einen Bundesstaat, allein für einen jeden Bundesstaat den man sich denken mochte. Die wirklich vorhandenen Elemente, die besonderen Deutschen Verhältnisse, zumal die Macht- und Nationalitätsverhältnisse der Großstaaten waren so gut wie gar nicht berücksichtigt. Man sprach nur von einem zu errichtenden Bundesstaate, den innersten Gedanken verriethen jedoch schon die Ueberschriften: vom *Reiche*,

von der Reichsgewalt. Handgreiflich blieb nach den Entwürfen den Staaten nur eine Scheinselbstständigkeit. Es war nicht zu erwarten, daß die größeren so viel als sie sollten hergeben würden, und wenn sie es augenblicklich thäten nicht abzusehen, wie möglicherweise die nachmalige Reaktion des Partikularismus mit den sich nothwendig daraus ergebenden Reibungen ausbleiben und woher man die starke Centralgewalt, die Kräfte nehmen könnte, sie zu überwinden. Die Centralmacht der Entwürfe konnte nur stark sein, wenn sie mit Hülfe des Volkshauses die Einzelstaaten zu schwächen und zu Grunde zu regieren suchte, wodurch dann aber die Demokratie wieder ein gefährliches Gewicht erhielt. Und wie, wenn sie mit dem Partikularismus sich gegen die Centralgewalt verband? Dies stand aber sehr wahrscheinlich bevor. Schon die provisorische Centralgewalt suchte die Staaten herunterzudrücken, die Demokratie trat in Frankfurt und Berlin und überall in offnes Bündniß mit dem Partikularismus, und schon in der National-Versammlung wurde selbst der berechtigte Partikularismus nach der Seite der Demokratie hingetrieben. Die Verfassung war hierauf angelegt und trug so den Keim der gefährlichsten Konflikte und des Untergangs in sich. Mit einem Worte, kamen diese Entwürfe zur Ausführung, so erhielt man in der That einen »maskirten« Einheitsstaat und deswegen eine unhaltbare Verfassung, worin entweder das Reichsoberhaupt und der Reichstag in kurzer Zeit die einzelnen Staaten, oder diese das Reichsoberhaupt vernichten mußten. Konnte man dabei auf die Mitwirkung der Regierungen rechnen, waren die Interessen und Bedürfnisse der Völker und Fürsten — es gab noch Fürsten! — dabei berücksichtigt? War dabei überhaupt oder doch vor Allem, wie es sich gebührt hätte, an die große theoretische Wahrheit und praktische Erfahrung gedacht, daß eine Verfassung nur dann Bedeutung hat, wenn sie ihre unmittelbare Anwendung auf den Staat oder die Staaten, für welche sie bestimmt ist, findet und als der Ausdruck wahrer und nicht eingebildeter, so überwiegender und allgemein empfundener Bedürfnisse erscheint, daß sie auch gern angenommen wird und ohne noch größere Nachtheile eingeführt werden kann als sie muthmaßliche Vortheile bringt?

In der am 17. Mai abgegebene Hannoverischen Erklärung über den Siebzehnerentwurf waren leitende Grundsätze aufgestellt, als unentbehrlich bei dem zu beginnenden Verfassungswerke. Der zweite derselben lautete: »der Umfang der (neuen) Centralgewalt

wird den Gegenständen ihrer Wirksamkeit nach genau bestimmt. Diese Bestimmung, wie die ihrer Organe, (Oberhaupt, Reichstag, Reichsgericht) ist Aufgabe der Verfassung des Bundesstaats.« In der That, die erste und vornehmste Aufgabe bestand in genauer, Zweifel und Uebergriffe von beiden Seiten abschneidender Bestimmung der Grenzen zwischen den Befugnissen der obersten Gewalt und der Staaten. Fehlte es hier, so konnte nur eins von zwei Dingen die Folge sein, entweder daß der Bau wieder auseinander fiel, oder daß er etwas ganz Anderes wurde als das, was er angeblich und allen Forderungen zufolge werden sollte. Gerade in dieser Beziehung war der Entwurf ganz schwach. Gesetzt, daß er zur Ausführung gelangte, so stand mindestens eben so wenig, als wenn man es bei einer Revision der Bundesverfassung bewenden ließ, ein festes dauerhaftes Werk in Aussicht, wodurch die Revolution abgeschlossen wäre; dieses Werk trug vielmehr die Opposition gegen sich selber in sich und mußte der Ausgangspunkt zu neuen Zerrüttungen werden. Es war entscheidend, nicht bloß welche Gegenstände der Gesetzgebung und Verwaltung der Obergewalt überwiesen werden sollten, sondern noch mehr, wie die Befugnisse der letztern und der Einzelstaaten bei den von Reichswegen zu besorgenden Gegenständen abgegrenzt wurden. Nach den Entwürfen aber waren in beiden Beziehungen die Ungewißheiten und Streitigkeiten, denen Thür und Thor geöffnet, unabsehbar. Insbesondere wurde ihnen zufolge der Einheitsidee die finanzielle Existenz der Staaten geradezu preisgegeben. Man hatte die Ausführbarkeit der auf die Finanzen sich beziehenden Bestimmungen wenig erwogen, noch weniger bedacht, wenn sie in Ausführung kämen, wie die Staaten finanziell noch fortbestehen sollten und wie nach dem Bankbruch derselben der Reichsbankerott abgewendet werden könnte. Wie schon gesagt, die Ausführung dieser Entwürfe würde an sich selbst eine Revolution gewesen sein.

Künßberg unterwirft in der angeführten kleinen Schrift die Vorlagen des Verfassungsausschusses einer bittern, aber keineswegs ungerechten Kritik. Beginnend mit einer Andeutung des sehr begründeten Tadels, daß auch im Ausschuß so viel der besten Zeit durch breite Erörterungen und viel Gerede verdorben sei, sagt er: »Fünf Monate nach ihrer Eröffnung, vierthalb Monate nach dem Beginn der Verhandlungen über die Grundrechte konnte endlich die Nationalversammlung ihr Verfassungswerk selber in Angriff

nehmen. Aber theils der Verfassungsausschuß, theils die Noth hatte ihr einen Zwang auferlegt, dem früher wohl nie eine freie politische Repräsentiv-Versammlung unterworfen gewesen ist. Für's Erste war man durch das Bedürfniß, die verlorne Zeit wo möglich wieder einzubringen, zu dem Entschlusse gebracht werden, das bei der Berathung der zweiten Hälfte der Grundrechte probat befundene Abkürzungsmittel des bedingten Redeverbots auf das ganze Verfassungswerk auszudehnen, auf daß der Spruch des Frankfurter Dichters in Erfüllung gehe:

> Suche nicht vergebn'e Heilung!
> Uns'rer Krankheit schwer Geheimniß
> Schwankt zwischen Uebereilung
> Und zwischen Versäumniß.

Eine zweite noch weit einschneidendere Fessel bestand in der fragmentarischen Eigenschaft des vorgelegten Entwurfs, der sich auf zwei Abschnitte der künftigen Verfassung beschränkte, überschrieben: »das Reich« und die »Reichsgewalt.« Der erste dieser Abschnitte hatte nur sechs kurze Paragraphen und konnte, wenn man den zur Ueberschrift nicht passenden §. 6. ausnimmt, füglich als an die Spitze der Reichsverfassung gehörig betrachtet werden. Er bestimmte (§. 1.) soweit thunlich den Gebietsumfang des Reichs, sodann (§. 2 bis 5) die Bedingungen, unter denen Deutsche Lande mit nichtdeutschen hinfort ein gemeinsames Staatsoberhaupt sollten besitzen dürfen. Die Strenge des §. 3 *) ließ sich zwar bezüglich des Herzogthums Limburg aus völkerrechtlichem Gesichtspunkte kaum rechtfertigen; auch verlangte dieser Paragraph implicite nichts Geringeres als die Auflösung der großen Oesterreichischen Monarchie. Da indessen gerade um jene Zeit der Oesterreichische Gesammtstaat wirklich der Auflösung nahe zu sein schien, übrigens Unterhandlungen mit dessen Regierung so wenig wie mit der Niederländischen ausgeschlossen waren, vielmehr eben durch den bezeichneten Paragraphen des Entwurfs hervorgerufen werden durften, so konnte diese Bestimmung für um so unverfänglicher gelten, als der §. 6. wirklich das Prinzip eines ächten Bundesstaats aussprach. Hiernach ist Selbstständigkeit der Staaten die Regel, kann folglich die Abhängigkeit

---

*) »Hat ein Deutsches Land mit einem nicht-deutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen.«

derselben nur unter den Ausnahmen sein. Aber diese Ausnahmen, wie reichhaltig war nicht deren Verzeichniß, wie solches der vorgelegte Abschnitt »über die Reichsgewalt« gab! Alle und jede Befugnisse, welche in irgend einem geschichtlichen Bundesstaate der Union eingeräumt worden waren, hatte der Ausschuß zu Gunsten der Deutschen Centralgewalt gehäuft und diesen Haufen noch mit beinahe sämmtlichen Attributen des »Polizeistaats« bereichert. Und wenn er bezüglich einzelner dieser Attribute es von dem Ermessen der Reichsgewalt abhängig machte, ob sie die damit verknüpften Functionen sofort übernehmen oder solche vorläufig noch den Einzelstaaten belassen wolle, so war letzteren dadurch gewiß keine größere Sicherheit und Selbstständigkeit, sondern weit eher die Aussicht geboten, daß ihnen am Längsten diejenige Wirksamkeit bleiben werde, welche die lästigste und dem Volke oder einem größeren Theile desselben gehäßigste ist. Vorläufig hatte man — nämlich im Entwurfe des Verfassungs-Ausschusses — der Reichsgewalt die ausschließliche Besorgung des diplomatischen Verkehrs und der Kriegsmarine übertragen, welch' letztere freilich an den Küsten der Nord- und Ostsee erst zu schaffen ist, jedoch am adriatischen Meere dem Oesterreichischen Staate erst weggenommen werden müßte. »Die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands« soll der Reichsgewalt »zur Verfügung« gestellt sein, ohne Beschränkung auf bevorstehenden oder ausgebrochenen Krieg mit Auswärtigen und auf Execultionsfälle. »In den Fahneneid ist die Verpflichtung zur Treue gegen das Reichsoberhaupt und die Reichsverfassung an erster Stelle aufzunehmen.« Der Reichsgewalt soll die — zum Theil bis in's kleinste Detail eingehende — Gesetzgebung und Oberaufsicht bezüglich des Heer-, Post-, Eisenbahn-, Zoll-, Merkantil-, Münz- und Zettelbankwesens zukommen, dann bezüglich der See- und Flußschifffahrt und aller damit in Verbindung stehenden Anstalten. Sie darf aber auch selbst Münzen prägen, Festungen bauen oder den Einzelstaaten »gegen billige Ausgleichung namentlich für das überlieferte Kriegsmaterial« wegnehmen, ingleichen Zettelbanken, Landstraßen, Eisenbahnen und Telegraphenlinien anlegen und sich die ganze Postanstalt zueignen. Sie hat für ganz Deutschland gleichförmige Bestimmungen oder Gesetze zu geben über Maß und Gewicht, über den Feingehalt der Gold- und Silberwaaren, über das Associationswesen und die Gesundheitspflege. Ihr kommt es zu, »die Produktions- und Verbrauchssteuern festzusetzen und zu über-

wachen, in so weit es sich durch die Aufhebung der Binnengrenzzölle nothwendig zeigt.« Sie hat für »die Erlassung allgemeiner Gesetzbücher über bürgerliches Recht, Handels- und Wechselrecht, Strafrecht und gerichtliches Verfahren« Sorge zu tragen und überdies noch — man sieht, wie genau der Verfassungsausschuß die Constitution der nordamerikanischen Union beachtet hatte — »für die Aufnahme öffentlicher Urkunden diejenigen Erfordernisse festzustellen, welche ihre Gültigkeit in ganz Deutschland sichern.« Und damit nicht, trotz aller theils hier theils bei den »Grundrechten« angewandten Vorsicht, doch noch irgend ein gesichertes und für das Einmischen der Reichsgewalt unzugängliches Fleckchen der staatlichen Legislation übrig bleibe, ermächtigte man erstere auch zur Gesetzgebung »in allen Fällen, wo das Gesammtinteresse Deutschlands die Begründung gemeinsamer Einrichtungen und Maßregeln erheischt «

In dieser Weise wird die Kritik fortgesetzt, unter Bezugnahme auf Hansemann, der S. 43. seiner Schrift: »Die Deutsche Verfassungsfrage« geradezu gesagt hatte, durch den Entwurf werde die selbstständige Wirksamkeit der einzelnen Regierungen und Stände in einem Maß beschränkt, welches der »Vernichtung der Einzelstaaten fast gleichzuachten sei.« So sprach gewiß nicht bedeutungslos Hansemann jetzt, wo man an die Ausführung hinankam — Hansemann, der im Oktober 1846 zu München bedauert hatte, daß Deutschland »nur ein Staatenbund, kein Bundesstaat, demnach auch keine Großmacht sei,« weshalb das Bestreben der Vaterlandsfreunde vornämlich dahin gerichtet werden müsse, daß Deutschland »ein Bundesstaat werde, ob auch Preußen in diesem Falle aufhören müsse eine Großmacht zu sein.«

Laube spricht (2, 55) von H. Simon's Richtung zu inhaltsleerem Formalismus in Handhabung streng Deutscher Verhältnisse, wo sich derselbe als undeutsch weil abstrakt und als verderblich weil undeutsch erwiesen. Er fährt sodann fort: »Durch diese Richtung sind diejenigen Bestimmungen in die Verfassung geschmuggelt worden, welche gegen den Sinn des eigentlichen Centrums waren und den traurigen Vorwand für die Regierungen boten, die mühsam den Stammesunterschieden abgerungene Verfassung abzulehnen.« Das Erste gestehe ich zu, das Zweite aber nicht. Es ist so gewiß falsch, als die Abgeneigtheit der Regierungen — und auch der Bevölkerungen, der Preußen namentlich — gegen die Verfassung

sich ja schon deutlich zeigte, sobald die Entwürfe des Verfassungsausschusses bekannt wurden, so gewiß falsch als die Regierungen im Januar schon mit offnem Widerspruch keineswegs bloß gegen die (erst später) »eingeschmuggelten« sondern gegen zahlreiche rechte Lieblingsbestimmungen des eigentlichen Centrums hervorzutreten anfingen. Die abstraktesten Bestimmungen von allen sind die in den berufenen §§. 2 und 3 enthaltenen, und diese sind doch in der That nicht gegen den Willen des eigentlichen Centrums eingeschmuggelt. Der abstrakte Charakter schon der Entwürfe, die das eigentliche Centrum mit allen Kräften durchzusetzen suchte und fast vollständig durchgesetzt hat, wurde denselben von Anfang vorgeworfen, ja schon im Ausschuß selbst. Welcker z. B. schlug gleich Anfangs, doch vergeblich, bessere praktische Wege vor und erinnerte öfter daran, daß es sich um Errichtung eines Bundes- und nicht eines Einheitsstaates handle, während Dahlmann kein Hehl daraus machte, daß er auf einen solchen ziele und Beseler, Waitz und Andre zwar viel vom Bundesstaat sprachen, aber Bestimmungen das Wort redeten, die nur für einen Einheitsstaat paßten. Denselben Vorwurf des Abstrakten — also Undeutschen und Verderblichen — macht auch der kaiserliche Raumer der Verfassung, und zwar vor allem Einschmuggeln und keineswegs bloß in Beziehung auf die eingeschmuggelten Bestimmungen, z. B. über das bedingte Veto, dem er vielmehr vielfach das Wort redet *). Das Abstrakte lag tief

*) Schon in Briefen aus dem Jahre 1848 spricht er gegen die Centralisirungssucht u. dgl. Am 15. Januar 1849 schreibt er: »Gehen wir näher auf die Sache selbst ein, so treten uns allerdings die größten Schwierigkeiten entgegen. Staaten von höchst verschiedener Größe, Macht, Neigungen, Gewohnheiten, Erinnerungen, Bildungshöhe u. s. w. sollen friedlich und freundlich zu einem harmonischen Ganzen vereinigt werden; man soll gleichmäßig die Macht der größeren, und das Recht und den Lebensanspruch der kleineren berücksichtigen, die Stärke im Innern und nach Außen erhöhen durch kräftigere Einheit und doch nicht in eine Centralisation verfallen, welche die Mannichfaltigkeit und das örtliche Leben ertödtet. Der unbedingte Haß gegen die Vergangenheit, die Verachtung alles Deutschen vor 1848, erzeugt hiebei zunächst eine schiefe Stellung; es war eine durchaus einseitige Betrachtungsweise. Und von hieraus geriethen manche der in Frankfurt gesetzgebenden Männer in den leidigen Butterfrauentrab Deutscher Abstraktion und inhaltlosen Theoretisirens. So passen denn viele der ausgesprochenen, bewunderten und eigensinnig vertheidigten Bestimmungen eben so gut (oder eben so schlecht) für China, wie für Deutschland. Ich wiederhole es; man rechnete mit unbenannten Zahlen und

im innersten Kerne der Entwürfe, und was will man mehr, war nicht überhaupt die vom eigentlichen Centrum eigentlichst betriebene, schon in den letzteren angebahnte Umwandlung des Deutschen Staatenbundes in ein Preußisches Kaiserthum und der Ausschluß Oesterreich abstrakt genug. Jener »Formalismus« drückt sich charakteristisch in dem Gedanken eines feindlichen Gegensatzes von Regierung und Volk aus. Raumer sagt mit vollem Recht (II., 202) das Kasino habe bei seinen gesetzgeberischen Bestrebungen von diesem »Grundgedanken« nicht loskommen können. Das Kasino war aber der eigentlichste Kern des eigentlichen Centrums. Wir werden unten sehen, wie formalistisch und abstrakt die Oberhauptsfrage behandelt wurde vom Kasino und vom Augsburger Hofe, welchem so viel ich weiß Laube angehörte. Das Wahre an der Sache ist, daß Abstraktion das allgemeine und Grundgebrechen der Frankfurter gesetzgeberischen Weisheit war und sich nur bei den Einen größer und deutlicher zeigte als bei den Andern. Eben das eigentliche Centrum steckte so tief darin, daß es nicht einmal durch so

---

Größen, und freute sich dieses scheinbar allgemein gültigen Verfahrens; jetzt aber, wo diese Größen sollen benannt und zu den Begriffen bestimmte Personen gefunden werden, zeigen sich erst, wie jeder Verständige vorhersehen konnte, die größten Schwierigkeiten. Sie können nur gehoben werden, sobald man jene Allgemeinheit modificirt und berichtigt. Hiezu haben aber die eingebildeten Väter des neuen, angeblich unfehlbaren und unabänderlichen politischen Evangeliums, nicht die mindeste Lust. Am Meisten traten die angedeuteten Mängel hervor, bei dem Abschnitte vom Kaiser oder dem Reichsoberhaupte. Mit freigebiger Hand wies man ihm Rechte zu, und Viele stimmten in der Hoffnung bei, Demjenigen, dem sie das Kaiserthum zugedacht, werde es mit der reichen Ausstattung angeboten werden, und er müsse es natürlich mit großem Danke annehmen. So die Frühlingsträume, aus denen man aber jetzt sehr unangenehm aufgeweckt wird.« Die Allgemeinheit zu modificiren und zu berichtigen, was hier ein Kaiserlicher fordert, war unser Bestreben. Die Kaiserpartei nannte uns deshalb — und einen andern Grund hatte sie nicht — Partikularisten. Oder was hätte mich z. B. bewegen sollen, für Erhaltung der Kleinstaatkrähwinkelei zu streiten, die mir gründlich wie Einem zuwider ist? Ich habe im Ausschuß bei den Debatten über die Reichsgewalt mehrfach vor Aufstellung gar zu durchschneidender Regeln gewarnt und sorgfältige Berücksichtigung der Mächte Oesterreich und Preußen empfohlen, entsinne mich indeß auch, von letzteren mehr gefordert zu haben als weise war. Es geschah freilich gegenüber dem anwesenden Preußischen General v. Peucker, bei dem ich mit Unrecht zu viel Preußischen »Partikularismus« voraussetzte.

klaren und erschöpfenden Nachweis, wie ihn Künßberg lieferte zum Bewußtsein davon kam. Es erkannte den Fehler bisweilen, doch nur bei Andern.

Dem oben Erörterten zufolge änderte sich die Lage der Dinge seit den Sommermonaten und zumal im Oktober und November so wesentlich, daß man von deren Erzeugniß, diesen Entwürfen, hätte zurückkommen, auf andre Grundlagen zurückgehen müssen. Einige aber durchschauten die »Tragweite« der Entwürfe gar nicht. Andere spekulirten noch immer auf Ohnmacht oder Zerfall Oesterreichs und Preußens, oder darauf, daß Preußen diese Reichsgewalt in starke kaiserliche Hand nehmen werde, oder — auch Mitglieder der gemäßigten Partei, der Centren — auf die Kraft der Revolution. Sie sagten, diese Form, dieses Maß der Einheit ist nothwendig, wollen die Staaten, gut, wo nicht, so werden sie gezwungen — nämlich durch Revolutionirung, wozu hintennach die Kraft, der Entschluß fehlte. Sie wollten freilich bloß ein saubres Revolutioniren, beileibe kein unsaubres und rohes, bedachten aber nicht, daß sie das erstere ohne das letztere nicht würden haben können, also folgerichtig auf alles Revolutioniren verzichten müßten. Sie wußten in der That nicht was sie sprachen. Sie waren Männer der Revolution nicht, hätten also nicht von fern in das Handwerk hineinpfuschen, sondern es mit allem Nachdruck Andern legen sollen. Kurzum, der Ausschuß brachte seine Entwürfe in die Versammlung und diese nahm sie, verhandelte darüber vorerst ganz unbefangen und verwickelte sich darin mehr und mehr, als die Zeit dafür theils vorübergegangen, theils im Vorübergehen war. Zum wenigsten konnte man nach einiger Zeit unmöglich noch glauben, daß sie ausführbar wären für das ganze Deutschland, Oesterreich eingeschlossen! Indeß waren sie freilich schon so eingerichtet, daß nichts Anderes dazu paßte, durch nichts Anderes d i e s e Verfassung vollendet werden konnte als durch Ausschluß Oesterreichs und die Errichtung eines Preußischen Kaiserthums. »In der Peripetie des langen Drama's, welches man das »Deutsche Verfassungswerk« nannte, hatte nicht nur die National-Versammlung sondern auch der Verfassungsausschuß kaum eine andere Rolle als die des Chors gespielt. Beide waren in die Nothwendigkeit verstrickt, sich der Herrschaft eines Triumvirats (die Subkommission) zu unterwerfen, welches seinen — ohne Zweifel in guter Absicht ersonnenen — Einheitsplan durch

die geräuschlos befolgte Methode fragmentarischer Arbeits-Vorlagen und nach dem Grundsatze:

»die Zeit nur macht die freie Gährung kräftig«

ins Werk zu setzen bemüht war. Dieser Plan wollte und konnte nur denjenigen Staat zum Centrum des neuen Reichs machen, welcher den nordalbingischen Herzogthümern der parateste ist. Damit dieser die Alleinherrschaft erlange, damit das Dampfschiff des abstrakten Einheitsstaates sich einer tüchtigen Erleichterung erfreue, sollte Oesterreich wie ein unnütz gewordener Ballast über Bord geworfen werden. Und hierzu boten die bereits dargelegten Fragmente des Verfassungsentwurfs, insbesondere die für Oesterreich unannehmbaren §§. 2 und 3 des Abschnitts »über das Reich« trefflichen Vorwand dar.«

So Künßberg (S. 51). Aehnliches ist von Andern und neuerdings sehr scharf von unserem berühmten Historiker Böhmer in der Vorrede zu dem vor Kurzem erschienenen neuen Bande seiner »Regesten des Kaiserreichs« ausgesprochen. Wie ihm die Sache erscheint, waren — etwa seit 1839, was er weiter ausführt — »geheime Pläne mehr und mehr verbreitet, die nun allmählig sich enthüllten. Denn nicht das Deutschland sollte neu erbaut werden, welches so lange bestanden hatte; nicht das Band fester geschlungen werden, welches die Stämme vereinte; nicht Rechnung getragen werden unserer Geschichte und unserm Recht. Im Innern des Verfassungs-Ausschusses, in welchem Schleswig-Holsteinische Professoren ein unberechtigtes Uebergewicht erlangt hatten, wo die Zerreißung Deutschlands und die Einschmuggelung eines Einheitsstaats auf Kosten der südlichen Stämme bebrütet worden, wie er den Träumen der Einen, dem Dünkel der Andern, dem Dänenhasse der Dritten (so Kleines hatte Einfluß gewonnen!) gefallen konnte, aber der Untergang des wahren und ganzen Deutschlands sein würde. Schon hatte man in der Bundes-Versammlung, die ja längst nicht mehr die alte mißliebige war, das Organ entfernt, in welchem zuletzt noch die Stämme und die Traditionen des Regiments vertreten waren. Nun langte man ködernd und täuschend eine sogenannte Reichsverfassung stückweise hervor, und führte die Versammlung gleichsam mit verbundenen Augen zu einem von der Mehrheit verworfenen Ziel« u. s. f. *) Hiermit hat es seine Rich-

*) Das Weitere bis zum Schluß lautet: »Als man dann im Stillen (und

tigkeit und es war ein großer Fehler, eine andere Frage aber ist, ob und wiefern dabei Berechnung Einzelner, ein »geheimer Plan« anzunehmen ist. Der Schein ist gegen die Ausschußmitglieder, welchen der letztere Schuld gegeben wird, ich für meine Person halte mich aber nicht berechtigt, mehr zu behaupten, als die Thatsachen ergeben und von Intrigue zu reden, wo ich den »Beweis nicht in der Tasche habe«; ich hasse das Unwesen, daß die Parteien sich gegenseitig der Kabale, eines unaufrichtigen Verfahrens oder unlautrer Motive beschuldigen, und obgleich gerade die Reichspartei in dieser Beziehung sich vielfach schwer versündigt hat an ihren politischen Gegnern, so stehe ich doch nicht an, für ihre Lei-

---

wer weiß, mit welchen Mitteln!) genug geworben und abgekartet hatte, trat man offener auf. Jenes Haus und Land, welches niemals rechtswidrigen Eingriff im Innern Deutschlands sich erlaubt, welches allein die ihm anvertraute Mark unversehrt gehütet, welches angeborne Stammeseigenthümlichkeit von jeher geachtet, welches noch zuletzt, als das Reich verrathen wurde, mit Gut und Blut aller seiner Völker dem Feinde widerstanden hatte, sollte hinausgestoßen werden. Dagegen sollte den uraltesten Satzungen zuwider, welche bis in die Bundesakte hinein, dem zuletzt regierenden Hause den Vorstand der Gesammtheit entnahmen, und trotz dem Jubel, der den Reichsverweser begrüßt hatte, ein anderes Haus an die Spitze gestellt werden, freilich nicht weil die Führer es ehrten, sondern weil sie es brauchen wollten zu schwindlerischen Zwecken. Die ächtesten Deutschen Stämme sollten zur Seite, das eigentliche Reich zum Nebenland herabgedrückt, und dorten ein neuer Mittelpunkt errichtet werden, wo man von jeher mit Hülfe des Auslandes auf gewaltsame Vergrößerung in der Heimath ausgegangen war, wo man neue Erwerbungen immer nur als Eroberungen behandelt, wo man zwar am meisten versprochen, aber am wenigsten gehalten, wo man noch in den letzten Zeiten, nicht zufrieden mit dem weltlichen Absolutismus, nach zwei verschiedenen Richtungen hin (gegen Katholiken und gegen Lutheraner) Religionsverfolgung geübt hatte. — Ehrwürdige Nationalerinnerungen wurden nun durch das verächtliche Zerrbild einer sogenannten Kaiserwahl entwürdigt. Schmachvoll war der Pakt, welcher ihr vorausging; frevelhaft die vollmachtlose Anmaßung, die sich ihrer unterfing; verdient der Fall, der auf den Hochmuth folgte

Dieser Akt ist nun ausgespielt; die Spieler, welche nur den Knoten zu schürzen, nicht ihn zu lösen verstanden, sind heimgegangen oder heimgeschickt. Aber die Verwirrung ist geblieben, und die aus der Mitte aufgetauchte Verführung hat nicht blos unten Wurzel gefaßt, sondern auch jenes Ortes oben verfangen, wo sie alten Planen begegnete. — Möge das sich wieder umgestalten zu heilsamerem!«

ter hier Partei zu nehmen und sie freizusprechen von Beschuldigungen wegen ihrer Absichten oder Schritte, die sich auch anders und günstiger für sie erklären lassen. Sie wollten Deutschland in einen Einheitsstaat verwandeln, mit oder ohne Oesterreich, wenn dieses nicht hineinpaßte oder nicht darin eingehen wollte, und sie verfolgten diesen Plan aus patriotischer Ueberzeugung. Einzelne hegten dabei von Anfang Vorliebe für Preußen oder hielten es für dessen geschichtliche Bestimmung, an die Spitze zu treten und glaubten von Anfang an, daß das nicht angehen werde ohne Absonderung Oesterreichs. Sofern das Entwerfen des Verfassungsprojektes in ihre Hände gerieth, arbeiteten sie natürlich auf das hin, was sie für nothwendig hielten, und da die Idee des Preußischen Kaiserthums unter Ausschließung Oesterreichs unpopulär war, so schwiegen sie davon (d. h. im Ausschuß — nur davon ist hier die Rede), abgesehen etwa von ein paar gelegentlichen Aeußerungen Droysen's, womit vielleicht darauf hingedeutet wurde, oder von häufigern Aeußerungen Dahlmann's, aus denen hervorging, daß er die Selbstständigkeit der Einzelstaaten aufgehoben wissen wollte und von der entworfenen Verfassung erwartete, daß sie in der Praxis, d. h. über ihren Wortlaut hinausführen werde. Will Jemand Unaufrichtigkeit in ihrem Verfahren finden, so hat er zu bedenken, daß es sich doch erst noch fragt, ob sie einen bestimmten Plan insgeheim bei sich festgestellt hatten. War es der Fall, so mochten sie glauben, daß es zum Gelingen nothwendig, desselben vorerst zu geschweigen, und daß Rücksichten politischer Klugheit ein Schweigen dieser Art rechtfertigten. Hier ist freilich die schwächste Stelle ihres Verhaltens. Daß sie aber auch Andere für ihren Plan zu gewinnen suchten, darüber auch in Berlin und anderwärts — natürlicher Weise nicht auf offenem Markte — unterhandelten, was ohnehin meines Wissens in dieser Zeit noch nicht geschah: das oder Aehnliches berechtigt an sich keineswegs zu dem Vorwurfe böser weitgesponnener Ränke. Es kommt auf die Thatsachen an, und die Thatsachen begründen alle diese Vorwürfe nicht. Auch Braun (»Deutschland und die Deutsche National-Versammlung«) spricht S. 34 f. von der Behauptung, daß man zuerst die Grundrechte und dann andere einzelne Stücke der Verfassung gebracht, sei begründet gewesen in geheimer Absicht und schlauer Berechnung. Allein, sagt der »Großdeutsche« weiter, er glaube an die Wahrheit der Behauptung so lange nicht, als sich ihm eine an-

dere Erklärung darbiete, denn wäre sie wahr, so verriethe sie einen schlauen Kopf und einen häßlichen Charakter. Der Verfasser eines Gesetzbuchs, der Urheber einer Konstitution müsse nothwendig schöpferischen Geist haben, seinen Gegenstand vollständig überschauen, und ehe er den ersten Gedanken niederschreibe, müsse ihm der letzte klar sein. Nun sei aber schon der Grundrechte-Entwurf kein organisches Ganzes, und mangelhaft nach der Form seien alle Entwürfe des Verfassungsausschusses gewesen, ob auch Ergebniß fleißiger und gelehrter Erwägungen. Indeß würde ihre Unvollkommenheit durch andere Vortheile aufgewogen sein, wenn sie nur ganz und auf einmal in die Versammlung gekommen wären, deren Mitglieder durch ihre stückweise Mittheilung, indem sie das Ganze zu überschauen außer Stande, dazu verurtheilt gewesen, statt Baumeister zu sein Steine zu tragen, ohne den Plan des aufzuführenden Gebäudes deutlich in allen seinen Theilen vor Augen zu haben. Die Deutung aber, man habe die Versammlung absichtlich im Dunkeln gelassen, um sie desto leichter auf ein bestimmtes Ziel hinzuführen, sei abzulehnen, da die Thatsache der fragmentarischen Mittheilung der Entwürfe in dem Bemerkten ihre hinlängliche Erklärung finde.

Was an Thatsächlichem über den Gang der Angelegenheit im Ausschuß in Betracht kommt, ist Folgendes. Als der Verfassungsausschuß die Grundrechte aufgestellt hatte, mußte er sich über den nunmehr von ihm einzuschlagenden Weg entschließen. Von der einen Seite (Welcker namentlich) wurde gefordert, daß zunächst das, was wesentlich zur Gemeinsamkeit gehöre, festgestellt und von einer Subkommission ein vollständiger Verfassungsentwurf vorgelegt werde. Damit war indeß nicht durchzudringen gegen anderweitige Vorschläge, die, wenn ich nicht irre, von Bassermann ausgingen, wonach zunächst wieder ein Abschnitt ausgearbeitet werden sollte, und zwar der Abschnitt über die künftige Centralgewalt und deren Kompetenz. Der Antrag, daß ein vollständiger Verfassungsentwurf vorgelegt werden möge, wurde der Subkommission, die mit der Ausarbeitung jenes Abschnitts beauftragt wurde, zur Berücksichtigung empfohlen, allein sie ging nicht darauf ein. Als der letztere vorgelegt war, wurde bemerkt und mehrfach gerügt, daß er keine genügende Bestimmungen über die den Einzelstaaten zu belassenden Rechte enthalte. Sie lieferte daher abermals ein Stück, das Kapitel vom Reiche. Nun wurde die Forderung eines voll-

ständigen Schemas wiederholt, war aber gegen den Widerspruch besonders von Beseler nicht durchzusetzen, der namentlich einwendete, man müsse, bevor man an die noch übrigen Abschnitte gehen könne, erst wissen, wie man mit Oesterreich stehe, und ob die Abschnitte von der Reichsgewalt und vom Reiche Seitens der National-Versammlung genehmigt würden; wenn dies der Fall sei, so könne man von der Loyalität der Oesterreichischen Abgeordneten erwarten, daß sie zum Deutschen Bundesstaat wie das übrige Deutschland desselben bedürfe — ich weiß nicht, ob er ausdrücklich sagte: zum Bundesstaat ohne Oesterreich — mitwirken würden. Indeß war dies der Sinn einer Aeußerung, die mir, ich gestehe es, erst viel später, als ich mich ihrer wieder entsann, so auffällig erschien als sie war. Mühlfeld äußerte damals, man könne jetzt erst sehen, was das hier projektirte Reich sein solle, und die Oesterreicher wären nicht gekommen, um sich den übrigen zwei Drittel Deutschen, die kein Recht hätten, lediglich ihr wirkliches oder vermeintes Interesse zu verfolgen, auf Gnade und Ungnade zu ergeben, sondern um zu einer für Alle passenden Einigung mitzuwirken. Die Reichspartei betrieb mit großem Eifer die Annahme der Abschnitte vom Reiche und der Reichsgewalt in der National-Versammlung und als dieselbe erfolgt war, kam die Idee eines ohne Oesterreich unter Preußen zu errichtenden Bundesstaates nach und nach zum Vorschein und im November ging die mit der Ausarbeitung der Vorlage über das Oberhaupt beauftragte Subkommission, wie späterhin bekannt wurde, damit um, dem Ausschusse und der National-Versammlung den Preußischen Kaiser vorzuschlagen. Wesentlich wirkte darauf ein, daß in jener Zeit das Verhältniß zu Oesterreich sich aufklärte — die Vorbedingung jeder Entscheidung über das Oberhaupt — oder sich doch aufzuklären schien; sagen wir, nach der Ansicht der Reichspartei sich dahin aufklärte, daß sie die Ausscheidung Oesterreichs annehmen oder betreiben zu dürfen glaubte.

Bei der ganzen Berathung im Verfassungsausschuß über die Abschnitte vom Reiche und der Reichsgewalt wurde in jeder Sitzung davon gesprochen, daß man den Staaten — namentlich Preußen und Oesterreich — viel zu viel zumuthe. Es war namentlich bei den sehr lebhaften Berathungen über die Paragraphen 1 bis 3 der Fall. Es wurde gesagt und von andrer Seite zugestanden: Oesterreich kann und wird diese Verfassung, kann und wird insbesondre diese Paragraphen nicht annehmen. In jenem Zuge-

ständniß, während man doch für die letztern votirte, lag mittelbar, daß man daran dachte, Oesterreich auszuschließen und Preußen an die Spitze zu bringen. Indeß wurde der §. 2 mit allen gegen Mühlfeld's einzige verneinende Stimme angenommen. Schon dies beweist, daß sehr verschiedene Beweggründe dazu bestimmten und daß man dabei von sehr verschiedenen Voraussetzungen ausging. Wenn Einige den Ausschluß Oesterreichs beabsichtigten oder als nothwendig im Sinne hatten, Andre glaubten, daß Oesterreich genöthigt werden könne und müsse oder auf seinen Zerfall spekulirten — Waitz behauptete wiederholt das nicht entfernte Bevorstehen desselben — so durfte doch von einer Abtrennung Oesterreichs, von einem Deutschland ohne Oesterreich noch immer nicht eigentlich die Rede sein. Eben auch Waitz ließ nicht davon ab, daß Oesterreich bei Deutschland erhalten werden müsse, daß die zu Recht bestehende Verbindung mit ihm nicht zerrissen werden dürfe, daß dies keineswegs beabsichtigt werde. Der ganze Abschnitt und insbesondre jene Paragraphen wurden im Ausschuß ganz ausdrücklich vom Urheber selbst als eine »Frage an Oesterreich« angekündigt, und in diesem Sinne wurden sie wohl von den Meisten genehmigt. Unter den Genehmigenden waren nun wieder Mehrere, zu welchen auch ich gehörte — leider! — die noch immer nicht anders glaubten und hofften, als daß der Versuch gemacht werden müsse und könne, das vorliegende Verfassungsprojekt wenigstens im Wesentlichen durchzuführen, *) und die es doch für sehr unwahrscheinlich hielten, daß Oesterreich sich darauf einlassen werde. Sie forderten jedoch für diesen Fall, daß eine enge Union mit Oesterreich errichtet werde, und auch dieses gehörte zu ihren Voraussetzungen, indem sie für

---

*) Als die Abschnitte vom Reiche und der Reichsgewalt in der National-Versammlung angenommen waren, bestimmte dies die Urheber und Förderer des Kaiserplans, mit demselben voranzugehen. Es geschah um die Zeit, als die Dinge in Oesterreich und Preußen umschlugen. Aus dieser Vollendung einer gänzlich veränderten Lage der Dinge entnahm ich meinerseits die Ueberzeugung, daß die Zeit für die Verwirklichung des Verfassungsprojektes vorüber sei und wendete mich deshalb mehr und mehr davon als von einem unpraktischen und für das Zustandebringen einer Verfassung nachtheiligen Formalismus ab. Es kam hinzu, daß das Verhalten der Centren — der Reichspartei — seit der Zeit nach dem 18. September mir mehr und mehr so schwach und verkehrt zu erscheinen anfing, daß ich ihr und ihrer Fähigkeit in demselben Maß weniger zutraute, als sie an die Ausführung großer Dinge ging.

die Paragraphen votirten. Selbst Beseler, der überhaupt, auch wegen Schleswig und Limburg eine mindere Straffheit der Festsetzungen bevorwortete, nahm als Bedingung der Annahme derselben die Errichtung eines innigen Bündnisses mit Oesterreich an, und gab sich viel Mühe zu bewirken, daß dies in die Motive aufgenommen werde, was zumeist nur aus formellen Gründen unterblieb. Das Entscheidendste war und blieb aber, und hauptsächlich dadurch wurde die Mehrheit für die Paragraphen gewonnen und der anhaltende, zum Theil heftige Widerspruch beschwichtigt, daß die Fürsprecher derselben den Einredenden sagten, man beabsichtige hauptsächlich nur eine Frage an Oesterreich, man wolle es zu einer Erklärung drängen, die man suchen müsse um jeden Preis zu erlangen. Dies wiederholte sich, wie wir hören werden, bei den Verhandlungen in der National-Versammlung. Eben darauf deutete es hin, daß Gagern seinen unten noch zu erwähnenden Antrag bis zur zweiten Lesung zurückzog. Auf diese und auf die bis dahin sicher erfolgte, bezüglich abgedrungene, eben durch die Annahme der beiden Paragraphen abzudringende Erklärung Oesterreichs wurden die Widerstrebenden vertröstet, durch diese Vertröstung nicht Wenige zu ihrem Ja bestimmt. Nicht sehr lange darauf drehete man freilich den Spieß herum und sprach von den in erster Lesung gefaßten Beschlüssen über die Paragraphen nicht anders als wie von endgiltigen, nie und nimmer wieder aufzugebenden, wie von dem Palladium, den nothwendigen Grundsäulen des »Bundesstaats.«

Auf keinem Fall ist zu verkennen, daß die Idee des Preußischen Kaiserthums bei den Entwürfen über das Reich und die Reichsgewalt im Hintergrunde stand. Wir werden sehen, wie sie bei den Berathungen über dieselben in der National-Versammlung und insbesondre bei den Debatten über die §§. 2 und 3 zum Vorschein kam und sich entwickelte und verbreitete. Gesprächsweise war von Anfang und je länger desto mehr unter den Abgeordneten davon die Rede. Wenn namentlich die Oesterreichischen Verhältnisse erörtert wurden, so konnte es nicht fehlen, daß auch der alte Gedanke der Pfizer u. s. w. nahe trat, die Einheit Deutschlands ohne Oesterreich, oder unter Ausscheidung Oesterreichs zu begründen. Allein er erschreckte weit mehr als daß man in ihn einging. Meisthin blieb man vor dem zukünftigen Verhältniß Oesterreichs wie vor einem Räthsel stehen, dessen Lösung man mehr herankommen lassen und erwarten als herbeizuführen unternehmen mochte. Kon-

sequenz ließ sich dem Gedankengange der Fürsprecher des Preußischen Kaiserthums jedoch nicht abstreiten. Er war der folgende:

Deutschland muß ein einheitlicher Staat werden. Da dies unmittelbar noch nicht möglich, so muß die jetzt zu errichtende Reichsverfassung das Ziel anbahnen. (Daher die §§. 2 und 3, die Bestimmungen über die ohne Beschränkung auf Kriegs- oder Exekutionsfälle der Reichsgewalt zur Verfügung zu stellende gesammte bewaffnete Macht u. s. f.) Das Haupthinderniß sind die beiden Großmächte, deren keine der andern sich unterwirft. Um es zu beseitigen muß die eine aus dem Neubau ausscheiden, die andre in ihn aufgehen. Aus nahe liegenden Gründen muß die ausscheidende Oesterreich sein und muß Preußen an die Spitze treten. Dies muß geschehen unter der selbstverstandenen oder später naturgemäß erwachsenden Folgerung, daß es seine Preußische Einheit aufgebe. Wird dann die Sonderthümlichkeit der Staaten durch keine Großmacht mehr um ihrer eigenen Interessen willen geschützt, so muß die Einheit sich von selbst hervorbilden, die Centralgewalt immer stärker, jede Einzelgewalt immer schwächer werden.

Die Gründe, welche zur Unterstützung angeführt wurden, wollten indeß jetzt noch, d. h. bis in den Oktober, ja in den November hinein, nur sehr Wenigen einleuchten, auch wenn ihr relatives Gewicht nicht verkannt wurde. Die lebhafteste Gegenrede blieb nicht aus. Wir die wir bis zuletzt entgegen waren und nicht Wenige, welche in dieser Zeit noch unsre Ansicht theilten, die wir nur widerwillig oder zweifelnd bis auf einen gewissen Punkt in das Projekt der Theoretiker eingegangen waren und es nun wieder aufzugeben anfingen, wendeten etwa Folgendes ein:

Es ist weder nothwendig noch heilsam für Deutschland, daß es ein Einheitsstaat werde. Hat doch auch selbst Bunsen in seinem Sendschreiben gesagt, daß es eine höhere Entwickelung der Freiheit sei, wenn die Centraleinheit eines parlamentarischen Staates nicht auf bloßen Gemeinden oder Verwaltungsabtheilungen, sondern auf bedingt selbstständigen Staaten ruhe, und daß bei größeren politisch ausgebildeten Nationen diese letztere Form fast eine Naturnothwendigkeit, und daß die vollendete Centralisation eines allmächtigen Parlamentes politisch einer der tausend Wege des Todes für das Volksleben sei. Wäre aber die Errichtung eines Einheitsstaates wünschenswerth, so ist sie nicht ausführbar. Sie setzt Zerfall oder Vernichtung der Einzelstaaten, insbesondere der größeren, voraus,

und diese könnt ihr nicht zerschlagen, könnt sie vernünftigerweise nicht zu Grunde richten oder vernichten wollen, dürft namentlich von Preußen nicht fordern, daß es seine Staatseinheit aufgebe; das kann und darf es nicht, und zwar jetzt am wenigsten, wenn nicht Alles in Trümmern gehen soll. Denkt an das Vorwort zum Siebzehnerentwurf, an eure eigenen Aussagen: die Gewohnheit des Gehorsams läßt sich »nicht beliebig anders wohin übertragen« und wie stark ist sie erschüttert und welch ein kaum noch zu heilender Schaden liegt darin, so daß man jetzt doppelt vorsichtig verfahren muß. Es ist doch völlig klar geworden, auch die Einheit die ihr vorläufig erstrebt, läßt sich »auf Deutschem Boden nur durch eine unabsehbare Reihe von Freveln und Gewaltthaten erreichen, deren Verantwortlichkeit kein reiner Vaterlandsfreund auf sich zu nehmen geneigt sein kann,« und wie es da weiter hieß. Ihr habt nicht das zu dem Unternehmen nöthige Volk nach Stimmung und Befähigung. Der erforderliche Wille ist nicht einmal durchgängig in den kleinen, ist noch weniger in den Mittelstaaten vorhanden, am wenigsten in den großen. Von Oesterreich nicht zu reden, obgleich es freilich doch auch dazu gehört, giebt er sich nicht einmal in Preußen selbst kund, und findet er sich auch bei Manchen oder Vielen, die theils für die Idee der Deutschen Einheit begeistert sind, theils an Preußens Vergrößerung denken, so wollen sie doch, zumal die letzteren, nichts davon wissen, daß der Preußische Staat aufgelöst werde. Es ist noch immer wahr, was ein Preuße, was Radowitz, am 19. Juni in der National-Versammlung sagte: »Die große Mehrzahl des Deutschen Volkes will seine staatlichen Besonderheiten nicht vernichtet wissen! Stellen Sie mir nicht die Stimmung entgegen, die in einzelnen Theilen Deutschlands sich zeigen mag, — vorzüglich da, wo diese Lande nie Bestandtheile einer großen Monarchie, einer alten Genossenschaft gewesen sind, wo sie deren ruhmwürdige Erinnerungen nicht getheilt haben. Aber fragen Sie nach in den größern Völkerstämmen, so werden Sie finden, daß die überwiegende Mehrzahl nicht haben will, daß man damit beginne, ihre staatlichen Besonderheiten zu zertrümmern. Man will und wird dort gern die Hand zu Allem bieten, was die Eintracht befestigen, was unsere Wohlfahrt fördern und unsere Kraft nach Außen stärken kann, aber man verlangt, daß die Nothwendigkeit vorher klar erkannt werde, daß nicht der Oesterreichische, der Baierische, der Preußische oder jeder andere Deutsche Staat zuerst zertrümmert werde, um

dann an den Trümmern zu experimentiren, welches neue Gebäude sich etwa daraus aufrichten lasse.« Der Fürst, der an die Spitze treten soll, müßte sehr entschieden wollen und sehr tüchtig zur Vollbringung eines solchen Unternehmens sein. Allein sein Verhalten bei den Umgestaltungen welche er beabsichtigte und sodann von der Märzbewegung an bis jetzt beweist doch klärlich, daß er, trotz aller seiner ausgezeichneten, ja eben wegen eines Theils seiner besten Eigenschaften, weder der Mann ist für die Rolle, welche ihr ihm zudenkt, noch geneigt ist sie zu übernehmen. Thäte er es aber und der Preußische Staat würde nicht zersetzt, so würde er nach eurem Verfassungsprojekt nicht als Kaiser, sondern nur als König von Preußen und dadurch, daß er Preußens Gewicht geltend machte, die gehörige Macht haben. Nun befindet sich aber Preußen fortwährend in größester Bedrängniß; es zeigt sich, Regierung und Volk, unerhört schwach in seinen Verlegenheiten und insbesondere gegen das demokratische Gesindel; es weiß sich selbst nicht zu helfen, hat zulängliche Staatsmänner nicht, und soll obenein die Deutschen Angelegenheiten unter so schwierigen Umständen in die Hand nehmen, ein Unternehmen durchführen können, zu welchem ohne Frage ein sehr tüchtiges Geschlecht und eine sehr kräftige Faust erfordert wird, wenn der Ausgang nicht Verwirrung, Zwietracht und Spaltung statt einer neuen guten Ordnung und größerer Einigung sein soll *). In der That, die Eintracht und Einigung wird zum

*) Am 1. Juli schreibt Raumer (und diese Ansichten und Urtheile hörte man von mehr als Einem aussprechen): »In Berlin: Regierung, Reichstag, Magistrat, Stadtverordnete, Bürger, Arbeiter, täglich dem Abgrunde näher kommend, muthlos mit Aufrührern capitulirend und liebäugelnd; Schwatzen und Schwadroniren ohne Ordnung, Zusammenhang, Fortschritt; kein ausgezeichnetes Talent, kein großer Charakter; das neue Ministerium ohne Vertrauen bei andern oder zu sich selbst, von Hause als krank (bald als todeswürdig) bezeichnet; der König übermäßig zurücktretend, das Volk vom Königthume immer mehr entwöhnend; Berlin entvölkert, verarmt, papierne Geldpflaster auf die Wunden legend; — und dabei noch immer eitelem Hochmuthe hingegeben, während man es von allen Seiten verächtlich behandelt!!« Am 25. September schreibt er: »Die größte Gefahr ist in Berlin! Wenn die neuesten Versuche mißlingen, die Klubs und den Wahnsinn der Versammlung zu zügeln, so wird (wenigstens vor Hand) die Monarchie zu Grabe getragen. Führt umgekehrt ein Sieg zu allen Mißbräuchen zurück, so bleibt ein zweiter 18. März nicht lange aus. Scilla und Charibdis, durch welche nur ein geschickter Steuermann hindurchzusegeln fähig wäre. Wo ist ein großer Charak-

Höchsten gefährdet durch euer heftiges und eigensinniges Streben nach der vermeintlich oder sei es, auch in Wahrheit vollkommneren Form der politischen Einheit. Ihr wollt Oesterreich ausschließen!

---

ter, ein Mann von Muth und Kraft, an den man glaubt, der mit sich fortreißt? — und die noch vorhanden sind, sucht und will man nicht. Welche Männer, welche Einigkeit, welcher Lohn, welche Auferstehung im Jahre 1813; — und jetzt! Erst die volle Kenntniß der vorhandenen Uebel und Gefahren läßt die Mittel zum Kampf und Heilung auffinden und anwenden. Wer zuletzt nur mit Seufzen und Händeringen abschließt, ist ein gutes Klageweib, aber kein Arzt.« — Die Kaiserpartei hörte nicht auf, die dreißigjährigen Sünden Oesterreichs gegen Deutschland aufzuzählen und so schwarz als möglich zu schildern, dagegen aber Preußen in das beste Licht zu stellen. Sie verstieg sich so weit, von dem providentiellen Berufe Preußens zur Obergewalt in Deutschland zu reden. Unbefangenerweise konnte man jene Oesterreichischen Sünden so wenig läugnen als gleich große Preußische. Preußen hatte den willigsten Antheil daran genommen, und hatte sich Oesterreich von Deutschland mehr zurückgezogen, so war dafür durch Preußens näheres und mehreres Einwirken desto mehr unmittelbar verschuldet. Gerade die schiefe Richtung und erschlaffende auflösende Bildung der Nation, diese Haltlosigkeit und Verwilderung, dieses grenzenlose Mißtrauen, diese Verbitterung, diese Extreme der Opposition — mit Einem Worte gerade die schlimmsten Ursachen und Elemente der Deutschen Revolution kamen in weit höherem Maß auf Rechnung des Verhaltens Preußens gegen das übrige Deutschland, gegen Wissenschaft, Kirche und Staat. Ich will hier nach den Anführungen aus Raumer's Briefen nur im Allgemeinen auf den Spiegel verweisen, den Bruno Bauer (der Untergang des Frankfurter Parlaments) dem Volke, den Ständen, den Staatsmännern, den Absolutisten, Konstitutionellen und Radikalen Preußens vorhält. Mag sein, daß er die Preußische Fäulniß und Untüchtigkeit vergrößert, so spiegelt er, Alles in Allem genommen, doch richtig ab. Er gibt am Ende kaum ein düstereres Bild als die Aussagen der Kaiserlichen selbst, wenn letztere nicht gerade interessirt sprechen und deshalb vertuschen oder loben. So wie Preußen dastand, hatten *wir* doch wol Recht, wenn wir sagten: Preußen ist eben *nicht* fähig und berufen, an die Spitze zu treten, wie die Kaiserpartei es beabsichtigt. Es war und ist eine seltsame Verblendung mancher guten Preußischen oder Nichtpreußischen Männer und geradezu lächerlich, von Preußens providentiellem Berufe, historischer Mission u. s. w. zu reden. Man kann wenigstens einen Sinn darin finden, wenn ein Stärkerer ein in seinem Nutzen begangenes Unrecht mit seiner historischen Mission entschuldigt, wenn etwa Friedrich d. Gr. behauptet hätte, Preußens derartige Bestimmung sei gewesen, Schlesien zu nehmen. Wo ist aber auch nur der Sinn, gleichviel welcher, wenn es sich, sei es um ein zu begehendes Unrecht oder um ein großes Unternehmen handelt, und

Die Deutschen Kräfte sollen also auch in dieser Krise wieder gebraucht werden, das Reich zu mindern, große Stücke, ja ein Drittel loszureißen, während es am Ende keiner größern Opfer, Mühe und Kraftaufwendung bedarf, um uns neu zu konstituiren mit Oesterreich, als um unter Losreißung von ihm einen besondern Staat zu gründen. Denn es dürfte eben so leicht sein, die Deutschen Provinzen von Oesterreich für einen Deutschen Einheitsstaat zu erobern, als Oesterreich zu zwingen seine Stellung in Deutschland aufzugeben. Ihr sucht ganz verkehrt die Einheit Deutschlands in seiner Theilung, Deutschlands Macht und Größe nicht in der Versöhnung und Ausgleichung der in ihm nun einmal vorhandenen Gegensätze, sondern in ihrer Verewigung. Wenn man Oesterreich ausschlösse, so würde offenbar die Lösung der Aufgabe, zu welcher die National-Versammlung berufen ist, gänzlich verfehlt werden, und man würde etwas vornehmen, wozu sie gar nicht berufen und nicht berechtigt ist. Ihr weist mit offenbarem Unrecht auf die Metternich-Oesterreichischen Versündigungen an Deutschland, denn einmal könnt ihr nicht behaupten, daß das jetzige in einer großen Umwandlung begriffene Oesterreich sie fortsetzen werde und sodann könnt ihr nicht läugnen, daß die meisten Staaten, namentlich Preußen völligen Theil daran genommen. Sagt ihr, Preußen sei verführt, so stellt ihr ihm ein Armuthszeugniß aus, das ihm so ungünstig als möglich ist. Ihr erinnert an die chaotischen Zustände im Oesterreichischen Staate, allein was aus Preußen werden will, ist auch noch nicht zu absehen, und ist die Unordnung und Unfertigkeit in Oesterreich größer, so hat sich dort auch viel eher eine viel größere ordnende Kraft gezeigt. Ihr beruft euch auf den Wiener 6. August — denkt an den Berliner! und Oesterreich war bei seinem Verhalten weit eher zu entschuldigen, denn es befand sich in ungleich größeren Verlegenheiten. Eben diese erklären allein schon

---

wenn dann von der historischen Mission Des oder Jenes gesprochen wird, der allenfalls das Gelüst, aber nicht den Muth, nicht den Willen, nicht die Fähigkeit dazu hat. Irre ich nicht, so war es in Hamburg, wo Gagern neulich sagte, der Kaiserplan sei u. a. dadurch gescheitert, daß ihn die Preußen zu wenig unterstützt hätten. Daß ihn der König nicht unterstützte, wußte Niemand besser als Gagern. Wir werden unten darauf kommen. Schon aber, wenn der König und seine Preußen selbst nicht wollten, nicht recht und nachdrücklich wollten, wo blieb da die historische Mission?

und zur Genüge die Nichttheilnahme Oesterreichs am Dänischen Kriege, den Preußen nicht um der Schleswig'schen oder Deutschen Sache Willen zu führen unternahm, erklären Anderes, z. B. das Geldausfuhrverbot, das ihr urgirt, und wenn ihr darauf hinweist, daß Oesterreich in Italien die Frankfurter Vermittlung ablehne, so bedenkt, daß ihm dieselbe leicht als verkehrt, als gefährlich für die Oesterreichischen und Deutschen Interessen in Italien, ja als feindselig erscheinen mag. Ueberhaupt ist es unzulässig, ein ewiges Band mit einem Lande auflösen wollen, weil dessen dermalige Regierung sich fremd hinstellt, und ist uns in der That Oesterreich von längerer Zeit her gutentheils entfremdet, so folgt daraus nicht, daß man es hinausweisen, sondern daß man die Ursachen der Entfremdung zu heben und das Entfremdete enger zu verbinden suchen muß, und ist uns die Verbindung mit Oesterreich vielfach hinderlich und nachtheilig, so ist sie uns wieder vortheilhaft und unentbehrlich. Nach so großen und vielbeklagten Reichsverkürzungen und Verkümmerungen, in demselben Augenblicke, wo wir uns erhoben und uns vereinigt haben zur Erneuerung und Kraftentwickelung, dreizehn Millionen Angehörige des Bundes aufgeben, ohne allerwenigstens zuvor jedes Mittel versucht zu haben, sie bei uns festzuhalten, ja von Oesterreich verlangen, was ihm innerlich und äußerlich unmöglich ist (was ihr thut, und was Bunsen der »heiligen Bruder- und Bundespflicht« entgegen nennt), und eben dadurch darauf ausgehen, Oesterreich auszuschließen, um ein Deutsches Reich zu errichten, das, wie Bunsen sagt, nicht mehr das große Deutsche Vaterland wäre, »dem wir Alle unsere Treue bis in den Tod gelobt,« — das ist denn doch geradezu unerhört zu nennen. Wo bleibt die Achtung vor dem Rechte? Gelten euch die Verträge nichts, und sollen sie nichts gelten? Meint ihr in die Verträge von 1815 hineingreifen und euer Kaiserthum gründen zu können, ohne daß andere Mächte ein Wort dazu reden, und vielleicht sehr gefährliche Ansprüche erheben, ohne daß eine europäische Revolution entsteht, und wo sind die Mittel und die Kräfte zur Durchführung einer solchen? Liegen sie in den Adressen, die man uns sendet, oder haben sie sich im Dänischen Kriege oder wo sonst gezeigt? Schleswig gehörte nie zu Deutschland, es steht nur in in einer gewissen Verbindung mit einem Deutschen Lande, wir erklärten es der Deutschen Ehre zuwider, diese Verbindung, und bei der Gelegenheit: auch nur einen Fußbreit Deutschen Bodens aufzu-

geben, wir begannen aus diesem Anlaß einen gefährlichen Krieg, und sollten gleichzeitig dort die Integrität des Bundesgebietes in einem solchem Maße freiwillig preisgeben, sollten dort Millionen Deutsche Kernvölker hinausweisen, um hier ein paar Mal hundert tausend Schleswiger zu erobern, das ganze Deutschland fahren lassen, um Schleswig-Holstein'schen Partikularismus zu befriedigen? Denn in der That, ein solcher scheint unbewußt bei freilich Deutsch gesinnten Männern vorhanden, es scheint der Schleswig-Holsteinischen Doktrin, die in Frankfurt so einflußreich geworden, am meisten um einen ohne Weiteres gegen Dänemark von Leder ziehenden Kaiser mit Thatendurst oder Populäritätsbedürfniß und deshalb um die Ausschließung Oesterreichs, zuletzt doch nicht eigentlich oder doch nicht allein um die Deutsche Einheit, sondern um den Deutschen Besitz Schleswigs zu thun zu sein. Um der Aufgabe gemäß durch eine feste Vereinigung aller Glieder dem Vaterlande Macht und Größe zu verleihen, Preußen erblich an die Spitze stellen und Oesterreich ausschließen, heißt dem Mittel den Zweck opfern. Wir haben erst vor zwei Menschenaltern vier Mal hinter einander die Erfahrung gemacht, daß Deutschland verloren ist, wenn Oesterreich und Preußen nicht miteinander, oder wenn sie gar gegeneinander stehen. Oesterreich aus Deutschland ausschließen, heißt Preußen in seiner gestreckten Lage gegen Osten bloßstellen, ihm unentbehrliche Bundesgenossen nehmen, für welche doch England nicht etwa entschädigen soll, das in der Dänischen Sache sich eben nicht hülfreich erwiesen, und nimmer kann dafür der Zuwachs von Süddeutschland mit seinen neu erregten Antipathien und seiner eigenen Hülfsbedürftigkeit entschädigen, der Zuwachs von diesem Süddeutschland, das ohne Oesterreich gar keinen strategischen Halt hat. Bei Schwäche gegen Osten kann und wird namentlich ein grollendes durch unbillige übermäßige Zumuthungen verletztes Baiern gegen Westen sehr gefährlich sein, wie es dies anderthalb Jahrhunderte gewesen, so daß Preußen allein wol viel stärker ist, allein zu Deutschlands Schutz und Heil viel mehr wirken kann, als mit unterworfenen unzuverlässigen Bundesgenossen und ohne Freiheit des selbstständigen Handelns, was man in Berlin auch gut genug wissen wird, um vollkommen abgeneigt zu sein, sich der Frankfurter Doktrin zu Gefallen mit Oesterreich zu verfeinden. Denn nicht bloß, daß zu bedenken ist, wie viel ausgerichtet worden, wenn die Deutschen Großmächte zusammenhielten, und wie viel verfehlt wurde,

wenn Oesterreich und Preußen ohne oder gar wider einander waren: es kommt jetzt hinzu, daß sich die schlechte Demokratie nicht niederhalten lassen wird, wenn sie feindselig gegen einander gestellt werden. Man will Deutschland groß und mächtig haben, aber wird Deutschland ohne Oesterreich mächtig sein *)? Man hört nicht auf von den großen Dingen zu sprechen, die »ein Volk von 45 Millionen« ausrichten könnte und sollte: werden diese Dinge auch noch von einem Volke von 33 Millionen ausgerichtet werden können, das nach Oesterreichs Ausscheiden auch in kommerzieller Beziehung in eine hoffnungslose Lage geräth, überall die schwächsten Gebietsgrenzen hat, zwischen das mächtige Rußland und das mächtige Frankreich gleichsam eingekeilt ist und an Oesterreich einen Nachbar bekommt, der sich im besten Falle für den Augenblick kalt abwenden und früher oder später die Kälte in Feindschaft übergehen lassen wird? Allein auf den günstigsten Fall ist kaum zu rechnen. Oesterreich kann so wenig der Verbindung mit uns als wir der Verbindung mit ihm entrathen. Es besitzt in den bestehenden Bundesverträgen das Recht und trotz aller seiner Verlegenheiten die Macht zu widersprechen und wird sie gebrauchen. Ihr könnt auf seine und Europas Zustimmung nicht zählen, ihr müßt Krieg und Bürgerkrieg erwarten, woraus schwerlich Einheit und Macht entsteht, und dessen möglicher Gewinn, wenn man auch des Siegs gewisser wäre als man sein kann, nimmermehr der Opfer werth ist. In jedem Falle ist es Pflicht ihn zu vermeiden, so lange man kann und man kann und soll es, so lange sich Oesterreich nicht beharrlich wie früherhin den staatlichen Reformen widersetzt hat, die für ganz Deutschland nothwendig sind. Ihr aber provocirt den Streit und den Krieg, denn während man über jene Reformen zu berathen sich versammelt und ehe man mit der Berathung einen Anfang gemacht hatte, seid ihr planmäßig darauf ausgegangen Oesterreich auszuschlie-

*) Bernhardi schrieb in den Flugblättern: »Deutschland ohne Oesterreich ist ein Rumpf« u. s. f. Als Raumer aus Paris nach Frankfurt zurückgekehrt war, schrieb er von hier aus (am 9. Januar, damals noch sehr kühl gegen das Frankfurter Verfassungsprojekt und die Frankfurter Centralisationsleidenschaft) »Scheidet Oesterreich aus dem Bunde aus, oder tritt es nur in ein loseres Verhältniß, so ist Einheit und Macht Deutschlands nicht vermehrt, sondern verringert, und die Oesterreichisch-Deutschen könnten allmählig ihrem Vaterlande so entfremdet werden, wie die Französischen und Russischen.« (II., 159).

ßen, indem ihr die Verfassung darauf anlegtet. Ihr stellt uns die Zumuthung: entsagt dem Traume vom ganzen Deutschland und ergebt euch männlich in die Nothwendigkeit der Dinge. Aber wir träumen nicht, wir halten uns an die realen Verhältnisse, ihr seht darüber hinweg, ihr trachtet nach einer für diesen Moment rein unmöglichen Einheitlichkeit statt euch zu begnügen mit der allerdings möglichen Einigung; ihr träumt noch immer vom Kaiser und Reich, was wir auch gethan und gegenüber unbezwingbaren Verhältnissen und in Erkenntniß der zur Ausführung mangelnden Mittel und Kräfte aufgegeben haben; ihr träumt indem ihr glaubt, daß sich Preußen für euern Plan hergeben, Oesterreich seine Ausführung sich gefallen lassen wird; ihr träumt indem ihr wähnt, daß die National-Versammlung allmächtig sei und nur ein Reich und Kaiserthum endgiltig beschließen dürfe, damit es werde, während euer Plan doch thatsächlich ein Ohnmachtsbekenntniß ist, ein Eingeständniß der Schwäche, Deutschland nicht reformiren und zugleich die Oesterreichischen Deutschen dabei erhalten zu können. Eine Umbildung und gründliche Besserung des Staatenbundes, die wir in Aussicht nehmen, ist eine ganz unzweifelhafte Möglichkeit, was ihr im Auge habt stellt sich ohne Frage mindestens als ein gewagtes Experiment, als ein von Schwierigkeiten umringtes Projekt dar. *)

So viel ich bemerkt, machte es den Kaiserlichen am meisten zu schaffen, wenn wir sagten: ihr könnt nach eurem Plane, sofern Preußen seine Staatseinheit behauptet, weder zu einem Bundes- noch zu einem Einheitsstaate gelangen. Zum ersteren nicht, weil ein einzelnes Glied zu ungleich bevorrechtet und stärker als alle übrigen zusammengenommen, zum zweiten nicht weil der Partikularismus dazu doch noch viel zu stark sein würde. Und ferner, es ist doch rein undenkbar, daß man in eurem Reiche mit einer National- und einer Preußischen Landesversammlung daneben, mit einem Reichsministerium neben einem Preußischen Staatsministerium fortkommen könnte. Das Unding erscheint noch mehr als Unding,

*) Im August dieses Jahres rief Gagern dem Hannoverschen Volke zu: »Nicht im verbissenen Weltschmerz über das Unerreichbare (er meinte die Reichsverfassung) sich zu gefallen, sondern das Dargebotene zu ergreifen (das Preußische Kaiserthum in andrer Form) und damit Boden zu gewinnen, worauf wir erst wieder stehen können, das ist die Aufgabe für den Patrioten.« Den Boden zu gewinnen, worauf wir erst wieder stehen können! Eben das war unsre Meinung, unser Absehen.

indem das Haupt des parlamentarisch zu regierenden Deutschlands zugleich konstitutioneller König in Preußen sein soll. Der arme konstitutionelle Kaiser und König, wenn zwischen dem Deutschen und Preußischen Nationalwillen ein Konflikt eintritt und wenn es ihm dann obliegt, als Kaiser den Deutschen Nationalwillen gegen den Preußischen zu vollziehen! Gegen eine Preußische Hegemonie habt ihr selbst euch stets erklärt. Wie wollt ihr sie abwenden bei eurem Plane, wie bewirken, daß Preußen die Interessen der Nation wahrnimmt, daß nicht unter dem Titel einer Deutschen eine Preußische Verwaltung sich festsetzt, wenn Preußen Preußen bleibt? — Die Fürsprecher des Kaiserprojekts waren dann verschiedener Meinung. Die Gescheidteren oder Vorsichtigern bezeichneten die Aufhebung der Preußischen Staatseinheit als natürliche Folge und gaben den Trost, daß es sich damit finden werde. Andre sagten, Preußen müsse allerdings in seine Provinzen aufgelöst werden, an deren Spitze dann etwa die Preußischen Prinzen zu treten hätten und was dieser Einfälle mehr waren. Sie bezeichneten auch wol die Auflösung des Preußischen Staats als Bedingung, welche sich dann wiederum Manche, die eben so weise waren, gefallen ließen. Wie oft sagten wir: ihr habt so große Ideen und Worte von der hier zu gründenden Deutschen Einheit, Macht und Größe, ihr überredet oder laßt euch eben um ihrer Willen überreden — aber da euer Reich und Kaiserthum unmöglich, so bleibt nur die Wahl zwischen einem allerdings nicht gänzlich umzuwandelnden sondern nur zu reformirenden ganzen Deutschland oder einem Großpreußen — dieses Preußen wie es dasteht um und um besehen ist nicht angethan eure Pläne für Deutschland auszuführen und wartet nur auf eine Gelegenheit sich zu arrondiren, und auch das ist am Ende mehr als es will oder kann — habt Acht, daß nicht selbst im günstigsten Falle das Ganze entweder auf Preußische Hegemonie oder auf eine Vergrößerung Preußens durch die kleinen Staaten hinausläuft! Sie warfen das weit weg. Unmittelbar nach dem Abschluß und dem Scheitern des Verfassungswerkes sagten s i e, auf die Preußischen Minister scheltend: »Die große Bewegung hat von jenen Herren zu nichts Weiterem benutzt werden sollen, als Preußen mit den kleinen Staaten zu vergrößern, aber die Absicht ist durchschaut,« u. s. f. Siehe z. B. die Nr. 122 der Deutschen Zeitung vom 3. Mai 1849.

Im vierten Abschnitte der Schrift von Max Duncker: »Zur Geschichte der Deutschen Reichsversammlung in Frankfurt« wird das Centrum gegen den Vorwurf vertheidigt, auf eine zu starke Koncentration hingearbeitet zu haben, und da beruft sich Duncker unter anderm darauf, daß der Dreikönigsentwurf nur in so wenigen Punkten »von uns'rer Centralisation« zurückgegangen sei. Ich entgegne ähnlich wie oben, wie dann, wenn dieser Entwurf etwa eben deshalb nicht zu seinem Zwecke, »dem Deutschen Volke eine Verfassung zu gewähren« geführt hätte, so daß also auch an diesem Scheitern »unsre Centralisation« und die Nachgiebigkeit dagegen Schuld wäre? Woher die Vorbehalte und der begonnene Rücktritt von Hannover und Sachsen, woher das Nichtzutreten von Baiern und Würtemberg, woher die Hindernisse, welche Oesterreich in den Weg gelegt zu haben scheint, als eben daher, daß Preußen der Bundesstaatspartei so viel einräumen, sich so eng glaubte an »unsre Centralisation« anschließen zu müssen und insbesondre so hartnäckig auf der Erblichkeit des Oberhauptes bestand? Ferner sagt Duncker: unsre Partei ist nicht müde geworden, gegen den die Zerstörung der Sonderstaaten bezielenden Unitarismus der Linken zu kämpfen; unser Grundgedanke war, keinen Einheitsstaat zu schaffen, wir beabsichtigten einen Bundesstaat, was insofern richtig ist, als die Reichspartei allerdings dem noch weiter gehenden Unitarismus der Linken sich widersetzte. Ein paar Seiten weiter sagt er indeß, da die Selbstständigkeit Deutschlands, nicht der Einzelstaaten, unser Ziel und unsre Aufgabe war, so durften wir uns nicht scheuen, die Einzelstaaten »in gewissem Sinne durch das Reich zu mediatisiren.« Also ein Reich, aus mediatisirten Staaten bestehend und einem Erbkaiser untergeben, sollte ein Bundesstaat sein! Daß die Einzelstaaten — etwa zu Gunsten von einem unter ihnen, Preußen — mediatisirt werden müßten und zwar zum vaterländischen Gemeinbesten, war eine Meinung welche gleich jeder andern ihre Berechtigung hatte und die man vollkommen ehrlich und patriotisch hegen konnte. Aber man hatte Unrecht die eigne Meinung für die allein richtige und berechtigte zu halten und allen denen ohne Weiteres den Patriotismus abzusprechen und deren Meinung lediglich auf selbstsüchtigen Partikularismus zurückzuführen, die der Ansicht waren, daß das Mediatisiren aller Einzelstaaten weder nöthig noch heilsam für Deutschland, daß von Anfang kein Einheits- sondern ein Bundesstaat in Aussicht genommen oder verheißen sei und daß

ein Bundesstaat selbstständige und nicht mediatisirte Staaten voraussetzt. Selbsttäuschung oder Absicht zu täuschen war es, wenn man das Frankfurter Verfassungsprojekt als »Bundesstaat« charakterisirte. Wir kommen noch auf weitere Geständnisse der Art wie jenes Duncker'sche Geständniß, bei welchen man in der That kaum noch weiß, was man davon denken soll, wenn die Reichspartei stets von einem zu errichtenden Bundesstaate sprach, stets abläugnete, daß sie einen Einheitsstaat projektire und wenn dies gesagt wurde eine beleidigte oder vornehme Miene annahm und dies noch thut? Man ersieht aus dem Gerede, daß dem babylonisch-stolzen Frankfurter Thurmbau auch die Sprachverwirrung nicht abging. Man hätte doch ja nicht so hartnäckig läugnen und so sehr sich erzürnen sollen, als Oesterreichischer Seits erklärt wurde, daß man in die Frankfurter Verfassung nicht eintreten könne, weil sie einen Einheitsstaat beziele; man hätte doch nimmer sagen sollen: seht da, Baiern will der Deutschen Einheit auch gar nichts opfern und bedient sich der Behauptung, daß die Reichsverfassung auf einen Einheitsstaat hinauslaufe, während sie doch wahr und wahrhaftig die Selbstständigkeit der Einzelstaaten wahrt und eine bundesstaatliche ist, lediglich als Vorwand für seine Abgeneigtheit, dem einheitlichen Deutschland auch nur das mindeste Opfer zu bringen; man hätte wahrlich nimmer so thun und reden sollen, wenn man doch bekennen wollte oder mußte, daß »wir uns nicht scheuen durften,« die Einzelstaaten in gewissem Sinne durch das Reich zu mediatisiren.« Den Schein hat man gegen sich, daß man von einem Bundesstaat gesprochen um in einen Einheitsstaat zu ködern und zu fangen, den Schein hat man gegen sich, daß man die Sprache zur Verhüllung der Gedanken mißbraucht habe. So daß denn wohl geziemte, die Meinungs- und Parteigegner mit etwas weniger Uebermuth und etwas mehr Bescheidenheit zu behandeln, mit dem eignen Lobe etwas stiller zu sein.

Der Verfasser der »Politischen Briefe und Charakteristiken aus der Deutschen Gegenwart« spricht (S. 138) davon, wie der größte Reiz zur einheitlichen Verschmelzung, den man jetzt wirken sehe, wohl fehlen würde, wenn nicht die stete Vergleichung mit andern Nationen, die Rivalität gegen sie wäre, und wie die Hegemonie Griechenland Verderben und wenig Wohlthaten gebracht. Dann fährt er fort: »Dennoch aber hält ein starkes Gefühl in mir die Deutsche Einheit fest; es ist ein Gedanke, den, glaube ich, die edel-

sten Männer der Nation theilen. Was ich verwerfe, ist, daß man ihn über sein Maß treiben und den Bogen zu straff anspannen will.« Dieser Gesichts- und Standpunkt war genau auch der unsrige gegenüber dem der Unitarier *).

---

*) Eben während des Druckes gehen mir die Schriften »Beiträge zur neuesten Deutschen Geschichte« von Droysen und »Die Diplomatie, das Parlament und der Deutsche Bundesstaat« von Wurm zu. Nach der erstern (S. 40) schrieb Droysen am 25. April 1848: »Wehe uns, wenn unsere ganze Erhebung auf einen politischen Zollverein reducirt werden müßte!« Die Maßlosigkeit der Frankfurter Verfassungspläne hat uns dahin gebracht. Nach S. 52 f. erkannte er am 29. April 1848, daß »keine Verfassungsform denkbar sei, die unter den gegebenen Verhältnissen sich ausführbar zeige.« Nämlich keine der Verfassungsformen, wodurch staatliche Einheit bezielt wird. Er beschreibt die Schwierigkeiten der Umwandlung Deutschlands in eine solche sehr gut, räth dann aber dennoch, dazu vorzuschreiten, die »Idee des Reiches Deutscher Nation wieder aufzurichten.« Auch die hierbei nothwendig werdende Bedingung nennt er. »Kühnheit und noch einmal Kühnheit!« Aber — sie sollte beileibe nicht »die vertilgende des wilden Revolutionärs« sein, und da kam denn die Kühnheit im Projektiren, in Worten und Beschlüssen, die Kühnheit heraus, womit nichts auszurichten war und wodurch die ganze Rechnung falsch wurde, die Kühnheit, in welcher die Reichspartei dicht vor der Entscheidung nach Hause ging. Droysen schließt seine Denkschrift vom 29. April mit den Worten: »Den Hohenzollern gebührt die Stelle, die seit den Hohenstaufen leer geblieben!« Droysen glaubt sich zu erinnern, daß Schmerling im Siebzehnerkollegium für einen erblichen Kaiser gestimmt habe, Wurm behauptet es und sagt S. 13: »Ein anderer Vertrauensmann, der auf der entgegengesetzten Seite stand, äußerte darüber verdrießlich: »Dahlmann und Schmerling stimmten Beide für den Erbkaiser, der Eine hatte den Preußischen, der Andere den Oesterreichischen im Sinn.« Ein Nordseeischer Staatsmann spottete zur Zeit darüber, daß Einige der Siebzehner so gutmüthig gewesen, an eine Hegemonie Oesterreichs zu glauben; wer die Fäden kenne, der wisse, daß das Ausscheiden Oesterreichs vorausgesetzt und ein Deutsches Reich mit Preußen an der Spitze beabsichtigt, somit eine Unwahrheit ausgesprochen worden, indem man die Einheit Deutschlands als Ziel hinstelle. Solche Betrachtungen schienen damals jedem Andern näher zu liegen, als den in Frankfurt anwesenden Oesterreichischen Staatsmännern.« Wie konnten die Kaiserlichen doch im December zu behaupten und feierlich zu betheuern anfangen, Niemand denke und habe daran gedacht, Oesterreich auszuschließen; es schließe sich selbst aus.

Die Verhandlungen über die Verfassungsabschnitte vom Reiche, von der Reichsgewalt, vom Reichsgericht und über die Oesterreichischen Angelegenheiten vom 19. Oktober bis 28. November.

Was geschah aber von denen, welche der Idee vom Preußischen Kaiserthume abgeneigt waren? Hätten sie nicht einen Gegenplan einbringen sollen? Aber der Plan lag bisher noch nicht offen vor, sehr Viele hatten noch keine Ahnung davon oder achteten des Geredes nicht. Die Entwürfe freilich zu den Abschnitten vom Reiche und der Reichsgewalt mußten Bedenken erregen; allein es wäre ganz unmöglich gewesen, bei der damaligen Stimmung für einen, den Unitarismus der Vorlagen des Verfassungsausschusses verleugnenden Gegenentwurf auch nur hundert Stimmen zu erlangen. Laube sagt (III. 50) »wir werden mit Staunen sehen, daß eigentlich Niemand die Grundzüge der also angelegten Verfassung angriff in der öffentlichen Debatte, was doch hätte geschehen müssen, wenn die spätere Opposition der Großdeutschen einen organischen Sinn haben sollte. Nur Reichensperger (dem Laube eben so wenig gerecht wird wie Anderen, die nicht seiner Ansicht und Partei angehören) tippte in der Paulskirche mit einem Amendement und mit seiner Rede darauf hin. Aber er tippte auch nur. Er verrieth, daß er hier ein Bedürfniß errathe, aber daß er positiv nichts dafür wisse.« Wir werden unten sehen, daß er dafür allerdings etwas wußte, daß aber in der National-Versammlung Sinn und Empfänglichkeit dafür fehlte, weshalb er sich auf »Tippen« beschränken mußte. Ein Andrer, Künßberg, tippte nicht bloß, sondern griff

die Verfassung unmittelbar in den Grundzügen an und forderte geradezu, daß man auf andre Grundlagen zurückgehe. Das fand aber die Reichspartei — und wenn ich nicht irre an einer andern Stelle seines Buchs auch Laube — ganz unerhört und nur lächerlich. Man wies ihn kurz ab. Wir kommen noch darauf, wie von verschiedenen Seiten theils Modifikationen des Verfassungsprojektes, theils Grundzüge für einen ganz anderen Bauplan auf die Bahn gebracht wurden. Die Bundesstaatspartei verhielt sich stets dabei wie es ihre Historiographen noch jetzt thun, sie ignorirte diese Vorschläge oder leugnete ihre Existenz, nahm andre mit Hohn auf. Im Verfassungsausschuß war von allem Anfang — namentlich Welcker hatte es gethan — ein andrer Verfassungsplan empfohlen und immerfort war eingeredet wider den vorgelegten, den die Mehrheit der Reichspartei und der Radikalen durchsetzte. Dieselbe Mehrheit setzte ihn in der Paulskirche durch, indem sie zwar die noch schärferen Zusätze der Linken, aber auch die Anträge verwarf, welche die scharfen Grundzüge der also angelegten Verfassung ermäßigen wollten. Ein paar Beispiele werden sogleich hervorgehoben werden. Man konnte von Seite der »Großdeutschen« bei den öffentlichen Verhandlungen über die Entwürfe zu den Abschnitten vom Reiche und der Reichsgewalt nichts Anderes thun, als das, was im Verfassungsausschuß nachdrücklich geschehen war und in den Sitzungen der National-Versammlung versucht wurde. Man hatte sich dort theils mit, theils und noch mehr ohne Erfolg den Unitariern widersetzt, man that es, die Minoritätserachten vertheidigend hier, doch mit noch geringerem Erfolge. Gegen andre Minoritätserachten waren die Vorschläge der Ausschußmehrheit noch gemäßigt im Centralisiren. Fast der ganze Entwurf über die Reichsgewalt ging sogar ohne Zulassung einer Diskussion durch. Allen Bedenken entgegen hieß es, man müsse und wolle eine starke Reichsgewalt haben, wolle keine Rückkehr in den Staatenbund u. s. f. Nach der Ausführbarkeit wurde wenig gefragt und Erinnerungen daran halfen so gut wie gar nichts, denn die Versammlung erkannte und würdigte die veränderte Lage der Dinge verhältnißmäßig sehr wenig und verblieb im Ganzen in ihren bisherigen Souveränitätsideen und Machteinbildungen *). Der eine straffe Koncentration

---

*) Laube sagt, das habe man schon im Herbst gewußt, wie leicht nun wieder der Partikularismus, ja selbst die Reaktion den Sieg davon tragen

fordernde Unitarismus war einer unwiderstehlichen Strömung zu vergleichen. Nicht Wenige von Denen, welche späterhin dem Preußischen Kaiserthume am lebhaftesten widersprachen, arbeiteten ihm damals in ihrem dunkeln Einheitsdrange eifrigst vor. Von vorläufiger Beschränkung des Einheitsstrebens auf das Nöthigste oder Erstnöthige, von einem Anknüpfen an die Bundesverfassung, einer vom Bestehenden ausgehenden Reform und einem Begnügen damit durfte so wenig jetzt als im Anfange die Rede sein. Wir kommen unten darauf, wie auch Laube darüber nur spöttelt. Die Meinung in und außer der Versammlung war zu mächtig dawider. Und doch hätte augenscheinlich allein hierin die Möglichkeit gelegen, eine auch Oesterreich einschließende, ja überhaupt eine Verfassung zu Stande zu bringen. Die Kaiserpartei sagte: ihr wißt nichts Positives. Wurde ihr dergleichen gewiesen, so sagte sie, das taugt nichts und kam und kommt dann wieder auf ihr erstes Wort zurück: sie wissen, sie wußten nichts Positives, sie negirten Alles. Und sie hatte Recht darin, sofern ihr gerade *ihr* Verfassungsprojekt Eins und Alles war. Der Minderheit, welcher ich angehörte, blieb im Augenblick nichts übrig als Resignation, die jedoch keine stumme, die Hände geradezu in den Schooß legende war *).

---

könnte. »Im eigentlichen Centrum war niemals Ueberspanntheit, niemals Täuschung über die eigentliche Lage der Dinge.« Mir däucht, sie hat von Anfang nicht gefehlt und war eben auch noch jetzt in sehr beträchtlichem Maße vorhanden. Das Centrum brachte jetzt, d. h. zu spät, seinen Reichsplan erst eigentlich auf die Bahn. Laube sagt: es hat nie geschwankt zwischen Monarchie und Republik. Wohl! Aber es hat den Republikanern nur zu viel und zu oft nachgegeben, hat mehr als diese der Monarchie geschadet durch den Eigensinn, womit es auf seinem Reichsplane bestand, und durch die Art und Weise, wie es ihn in der National-Versammlung durchsetzte und sodann draußen durchzuführen suchte. Es kommt freilich darauf an, welche Begriffe man mit dem Worte Ueberspanntheit und Täuschung über die Lage der Dinge verbindet.

*) Wir ließen es mindestens an unserm Diximus et animam salvavimus nicht fehlen. Ein solches lag darin, und es bezeichnet genau unsern damaligen Standpunkt, wenn zu dieser Zeit in einem in Briefform eingekleideten Aufsatze der Flugblätter (vom 1. Oktober) »Gedanken von Nichtabgeordneten« gesagt wurde: »Ich will es nicht in Abrede stellen, daß sich noch immer Vieles erreichen läßt. Allein die seit dem März in das Maßlose gesteigerten Hoffnungen, Wünsche und Absichten wird man wesentlich ermäßigen müssen, und thut man es nicht, so wird man um so schlimmer fahren. Wir haben damit zu weit gegriffen: das lehrt die Erfahrung

Die Verhandlungen über »Reich« und »Reichsgewalt« nahmen ihren Anfang, als die Unordnungen in Wien aufs Höchste gestiegen

---

der letzten sechs Monate. Man erblickt nirgend die Tüchtigkeit, so große Dinge auszuführen, wie wir sie auszuführen unternahmen, nirgend die Kraft, nicht blos eine starke Bewegung, sondern die Erschütterung einer totalen Umwälzung auszuhalten. So unreif, solcher Verwilderung, so plumpen Verleitungen zugängig haben die niedern, so unkräftig und rathlos die mittleren und höheren Stände sich gezeigt. Und doch sind jene großen Dinge ohne heftigste Erschütterung nicht auszuführen. In welche heillose Zustände haben uns schon die Anläufe und Anfänge hineingebracht! Man wird sich daher über das jetzt anzustrebende Ziel recht klar werden müssen, wenn man irgend ein erhebliches und gedeihliches erreichen will: die schwerste Aufgabe! Eine gründliche Reform ist noch immer möglich und ist nothwendig, weil man sonst nicht zur Ruhe und Festigkeit gelangt; vor revolutionären Maßregeln aber hat man sich sorgfältig zu hüten, weil sie von der erwähnten Erschütterung und deren Gefahren untrennbar sind. Ich verkenne nicht, das Gefühl, daß dem so sei, fehlt in der Nationalversammlung nicht; es hat offenbar z. B. auch bei manchen Beschlüssen über die Grundrechte die Mehrheit geleitet. Aber sei es, daß die Empfindung zu sehr Empfindung blieb, daß es doch bei zu Vielen an der klaren Erkenntniß mangelte, oder daß zu Viele den Muth nicht hatten, zu stimmen nach bester eigenster Ueberzeugung, statt nach den Eingebungen der Furcht, die Popularität zu verlieren, oder der Sucht, die Volksgunst zu gewinnen: man wird andere Beschlüsse über die Grundrechte noch sehr zu beklagen und schwer zu bereuen haben, jene Beschlüsse z. B., welche bedenklicher Weise und ohne alle Noth und wahren Nutzen, die wichtigsten Principien verletzend, in das Eigenthum, in die freie Selbstbestimmung eingreifen. Durch die Beschlüsse dieser Art hat man nur zu wenig legislatorische Weisheit und kluge Voraussicht bewiesen, hat man dem Werke, das man in die Hand genommen, neue Feindschaft und Mißachtung erregt, und neue Freunde nicht gewonnen, auf die man als Stützen zählen könnte. Verzeihung, wenn ich zu gerade heraus reden sollte, aber mir däucht, die Weisheit der Frankfurter Legislatoren kann den Gedanken nicht ertragen, daß irgend eine Grenze sie hindern sollte, die Welt zu beglücken und diese Weisheit steht wahrlich nur der — Nichtmuthigkeit gleich, mit der sich Manche einer Pöbelherrschaft unterordnen, um nur nicht von den rothen Lumpen angefeindet zu werden, deren Muth nur so lange dauert, als man ihnen Feigheit gegenüberstellt. Und bei solcher Stümperei bildet man sich ein, berufen zu sein, Deutschland souverän zu despotisiren. Lesen Sie jetzt einmal Toqueville: la democratie en Amérique; das dient Einem wirklich eben jetzt, wo alle Welt thörichte Gedanken und Hoffnungen hat, wo die Frankfurter Grundrechte die Organisation in den einzelnen Staaten unnöthig erschweren, und wo alle besseren Aussichten verschwinden, wenn es so fortgeht.

waren und Fürst Windisch-Grätz sich anschickte, die Ordnung wieder herzustellen. Diese Vorgänge gaben den Anlaß zu einer großen Anzahl von Interpellationen und besondern Verhandlungen über die Oesterr.ichischen Verhältnisse, die vom 23. October bis zum 2. November währten. Dazwischen fielen Debatten über die §§. 1–4 vom Reich, wobei gleichfalls die Stellung Oesterreichs zu Deutschland sehr ausdrücklich zur Sprache kam. Die berufenen §§. 2 und 3 wurden mit großer Mehrheit genehmigt.

Ueber jene den Oesterreichischen Verhältnissen insbesondre gewidmete Debatte muß Folgendes bemerkt werden.

Die Slaven und die Radikalen unter den Deutsch-Oesterreichern wetteiferten in Zerrüttung des Kaiserstaats. Jene trachteten nach der Herrschaft über diese. Sie hatten namentlich in Böhmen die meisten Wahlen zur Deutschen National-Versammlung zu hintertreiben gewußt. Die letztere hatte erfolglos Beschluß wegen der rückständigen Wahlen gefaßt. Sie hatte den Slavischen Stämmen innerhalb des Bundesgebiets verkündet, daß ihre Nationalitätsansprüche gewahrt werden würden. Diesem Beidem lag die Voraussetzung zum Grunde, daß Deutschösterreich zu Deutschland gehöre und bei Deutschland verbleibe. Der (radikale) Oesterreichische Abge-

---

Was ich von dem Entwurf über das Reich und die Reichsgewalt erfahren, läßt mich besorgen, daß legislatorisches Ungeschick und die Sucht des theoretischen Systematisirens, daß das Schwankende der Meinung und der Zustände, daß das Nichtwissen dessen, was man will, daß die Furcht, denen welche wissen was sie wollen, d. h. die totale Umwälzung oder doch ein dahin führendes System mit einem eben so bestimmten Gedanken und Systeme, mit einem kräftigen: Bis hierher und nicht weiter! entgegenzutreten, daß das bewußte oder unbewußte Gunstbuhlen Mancher mit der subversiven Partei und deren Tendenzen nur zu viel Unausführbares, Künstliches, Rohes und Unfertiges neben einem Haufen nutzlosen Details hineingebracht hat. Damit wirklich nichts zu Stande kommt, oder damit wir in die trostlosesten Irrsale hineingerathen, fehlt dann bloß noch eine ähnliche Fluth von Verbesserungsanträgen, eine ähnliche Redewuth, ein ähnlicher Meinungseigensinn wie bei den Grundrechten und etwa noch universelles Stimmrecht, so daß jeder Strolch recht ist und eben so viel Recht hat wie der ansässige Mann, der steuerzahlende Hausvater, Bürger und Bauer. Die Mittelklasse hat sich großentheils überreden lassen, in das Geschrei nach dem, was ihr eigenes Verderben sein würde, mit einzustimmen; wenn die Besinnung bei ihr nicht noch zeitig genug zurückkehrt, so ist nach meiner festen Ueberzeugung nur das Schlimmste zu erwarten.«

ordnete Berger fragte am 2. Oktober das Reichsministerium, welche Stellung die Centralgewalt den reaktionairen partikularistischen Bestrebungen gegenüber einzunehmen gedenke, um das Deutsche Oesterreich gegen jeden Versuch der Abtrennung von den Deutschen Bundesstaaten kräftig zu schützen? Schmerling antwortete, wie man ihm vorwarf, bloß durch eine Phrase. Dies war auch richtig. Allein das Reichsministerium konnte auf solche Fragen nur durch Redensarten antworten. Trotz aller Allmacht besaß man in Frankfurt keine Mittel, die Ordnung, die rechtmäßige und nothwendige Gewalt der Regierung in Oesterreich herzustellen, die Deutsch-Oesterreicher gegen die Slaven zu schützen, diese zu nöthigen die rückständigen Wahlen vorzunehmen oder wenigstens nicht zu hindern. Besaß man hierzu die Macht nicht, so konnte man auch kein entscheidendes Wort nach Oesterreich sprechen. Das Reichsministerium that nicht weniger, sondern mehr als die beiderseitigen Macht- und Rechtsverhältnisse gestatteten.

Am 6. Oktober war der Wiener Aufstand ausgebrochen. Nach Eingang der Nachricht hatte das Reichsministerium Kommissäre (Welcker und Mosle) abgeordnet und bevollmächtigt, für alle Oesterreichischen Gebietstheile des Deutschen Bundesstaats alle zur Beendigung des Bürgerkriegs, zur Herstellung des Ansehens der Gesetze und des öffentlichen Friedens erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, zu dem Ende mit den verantwortlichen Räthen der Krone und nach Lage der Verhältnisse mit dem Reichstage in Verhandlung zu treten und entsprechenden Falls die zur Durchführung dieses Zweckes erforderlichen Anordnungen zu erlassen. Am 17. Oktober war ein besonderer Ausschuß für die Oesterreichischen Angelegenheiten ernannt, der seinen Bericht am 19. und zwar über zwei Anträge Venedey's und Neuwerck's erstattete. Der des Letzteren war ein sehr ausschweifender, der von Venedey war theils unschuldig, wie etwa ein Antrag, die Minister aufzufordern, Deutschland in seinen dermaligen krausen Verhältnissen nach Thunlichkeit glücklich zu machen, theils aber auch verfänglich. *) Der Ausschuß hatte sich

*) Der Antrag von Venedey und Genossen lautete: »Die Unterzeichneten tragen darauf an, die hohe Reichsversammlung möge beschließen: 1) das Reichsministerium aufzufordern, bei den gegenwärtig eingetretenen Zuständen in Oesterreich alle hier in Frage gestellten Deutschen Interessen in Schutz zu nehmen, und sie mit allen Kräften Deutschlands zu unterstützen; 2) das Reichsministerium aufzufordern,

nicht einigen können. Ich lasse das Majoritäts- und das Minoritätserachten gleichfalls unter den Text stellen. **) Der Mehrheits-

Sorge dafür zu tragen, daß alle Truppen Deutsch-Oesterreichischer Länder nur den gesetzlichen und verantwortlichen Behörden, dem konstituirenden Reichstage und den konstitutionellen Ministern zur Verfügung stehen; 3) das Reichsministerium aufzufordern, die Ausführung und Verwirklichung dieser Beschlüsse unmittelbar den von der Centralgewalt abgesandten Kommissarien zu übertragen.«

Nauwerk's Antrag war der nachstehende:

»In Erwägung:

»Daß die Wiener Bevölkerung auf die Bewahrung sowohl der Deutschen Nationalität, als der Freiheit abzweckt;

»daß Deutschland jedem seiner Stämme Nationalität und Freiheit verbürgt hat; daß der erfolgte Einbruch einer Kroatischen Armee auf Deutsches Gebiet einen Kriegsfall gegen Deutschland bildet, noch gewisser, als das unlängst von einer Italienischen Flotte befürchtete Bombardement Triest's;

»daß der Kaiser von Oesterreich ohne Nöthigung sich von dem Sitze der konstitutionellen Gewalten entfernt hat;

»daß der Kaiser von Oesterreich sammt der ihn mißbrauchenden Kamarilla nicht Oesterreich ist und ohne einen verantwortlichen Minister keine gesetzliche Macht auszuüben vermag;

beschließt die Deutsche Nationalversammlung: 1) der Oesterreichische Reichstag nebst den Sicherheitsbehörden Wiens wird für jetzt als die einzige gesetzliche Gewalt im Deutschen Oesterreich anerkannt; 2) das Deutsche Reichsministerium hat der gesetzlichen Gewalt des Deutschen Oesterreichs unverzüglich gegen die äußeren und inneren Feinde den nachdrücklichsten Beistand zu leisten, und zu diesem Behufe sofort ein Reichsheer aufzubieten!!«

*) Majoritäts-Erachten:

»Die National-Versammlung möge beschließen:

1) Die von der provisorischen Centralgewalt für Deutschland verfügte Abordnung von Kommissären nach Wien, — in welcher die National-Versammlung sowohl ein Mittel zur Abwehr des Bürgerkrieges und zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung, als auch gleichzeitig eine Gewähr der Sicherung der Interessen Deutschlands wahrnimmt, — gut zu heißen;

2) das Reichsministerium aufzufordern, nach Maßgabe der von den Kommissären eingehenden Berichte, sogleich die weiter erforderlichen Schritte zu thun, insbesondere aber mit aller Entschiedenheit jede zum Schutze etwa in Frage gestellter Interessen Deutschlands nothwendige Maßregel zu ergreifen und über dieselben der National-Versammlung Mittheilung zu machen.«

Unterzeichnet von v. Beisler. Schubert von Königsberg. Löw von Posen. Somaruga von Wien. v. Schrenk von München. Francke von

antrag wurde am 23. Oktober mit 250 gegen 166 Stimmen angenommen.

Wie das Ergebniß aller dieser Verhandlungen über das Verhältniß Oesterreichs Seitens der Reichspartei aufgefaßt wurde, mag die Einleitung des zusammenfassenden Flugblätterberichts aus Bernhardi's Feder zeigen, die ich hier folgen lasse.

»Sechs Tage lang ist über Oesterreichs Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft fast von allen Seiten mit so inniger Vaterlandsliebe und mit so viel Geist und Talent in der Paulskirche verhandelt und gekämpft worden, daß dieses herrliche Deutsche Land gewiß auf immer für Deutschland gewonnen wäre, wenn fester Wille und Einsicht genügten, um die Geschicke der Völker und Staaten zu bestimmen. Aber es waltet in der Geschichte zugleich eine Nothwendigkeit, die der umsichtigsten Berechnung des Menschen zu spotten scheint, und die erst später, bei einer übersichtlichen Anschauung der Ereignisse, als der Ausfluß einer höheren Ordnung der Dinge sich darstellt. Diese geschichtliche Nothwendigkeit, deren Bedingungen zwar schon vorhanden, aber doch für Niemanden vollständig erkennbar sind, wird dann auch in der Oesterreichischen Frage ein so entschiedenes Wort reden, daß dadurch die Beschlüsse der Versammlung mitunter in den Hintergrund treten dürften.

In den Sitzungen vom 23. Oktober und 2. November ward über die Mittel und Wege berathen, die Deutschland einzuschlagen

---

Schleswig. Weiß von Salzburg. Arneth von Wien. v. Zenetti. Neumayr von München.

Minoritäts-Erachten-

»Die Reichs-Versammlung möge beschließen:

1) das Reichsministerium aufzufordern, bei den gegenwärtig eingetretenen Zuständen in Oesterreich alle hier in Frage gestellten Interessen Deutschlands in Schutz zu nehmen, und sie mit allen Kräften Deutschlands zu unterstützen;
2) das Reichsministerium aufzufordern Sorge dafür zu tragen, daß alle in Deutsch-Oesterreichischen Landen befindlichen Truppen nur den verfassungsmäßigen und gesetzlich verantwortlichen Organen zur Verfügung stehen;
3) das Reichsministerium aufzufordern, die Ausführung und Verwirklichung dieser Beschlüsse unmittelbar den von der Centralgewalt abgesandten Kommissären zu übertragen.«

Unterzeichnet von Venedey. Ignaz Kaiser von Wien. Kirchgeßner von Würzburg. Reitter von Prag. Pattai von Graz.

habe, um Oesterreich in seiner gegenwärtigen Bedrängniß zu helfen, in den übrigen handelte es sich darum, ob und in wie weit man das Deutsche Oesterreich für den Deutschen Bundesstaat in Anspruch nehmen solle und dürfe. Beide Fragen sind bedingt durch die staatsrechtliche Stellung beider Länder zu einander, und darum können wir sie um so leichter zusammenfassen.

Alle zum Deutschen Bundesgebiet gehörigen Oesterreichischen Lande sind unauflöslich mit dem Deutschen Reiche verbunden. Das ist ein unbestrittener und unbestreitbarer Grundsatz, von dem wir ausgehen und den wir unter allen Umständen festhalten müssen, selbst wenn wir, dem Drange der Umstände nachgebend, zu einer anderweitigen vorübergehenden Verbindung einstweilen unsere Zustimmung geben sollten. Und wenn der Deutsche Reichstag nunmehr den weiteren Grundsatz aufgestellt hat, daß diese Lande gleich allen übrigen dem Deutschen Bundesstaate einzuverleiben sind, so ist auch das eine in der Natur der Sache begründete Forderung, deren Berechtigung Niemand zu bestreiten versucht hat, deren Nothwendigkeit, Räthlichkeit und Möglichkeit aber um so mehr in Zweifel gezogen worden ist. So kam es denn, daß zwischen den beiden äußersten Ansichten: daß nämlich Oesterreich mit allen seinen Landen zu Deutschland treten, oder daß es mit allen von Deutschland ausscheiden solle, eine Reihe von Vermittlungsanträgen lagen, und meist auch so entwickelt und vertheidigt wurden, daß fast kein Gesichtspunkt unerörtert, kein Bedenken unerwogen geblieben ist. Die Versammlung entschied sich, wie bereits angedeutet worden, mit dreihundert und sechszehn Stimmen gegen neunzig für eine Trennung der Oesterreichischen Staaten in einen Deutschen und in einen außerdeutschen Staatsverband, von denen jener in Deutschland aufgehen, dieser durch eine Personalunion mit dem Deutschen Oesterreich verbunden bleiben soll. Von etwa hundert Oesterreichern stimmten einundvierzig gegen diese Auflösung ihres vaterländischen Staatsverbandes und wenn wir bedenken, daß diese Männer, von aufrichtiger Deutscher Gesinnung beseelt und durch ein sechsmonatliches Zusammenwirken für die gemeinschaftlichen Deutschen Interessen mit uns und unseren Ansichten befreundet, auf eine solche Einigung mit uns nicht eingehen zu können glaubten, so dürfen wir uns kaum der Hoffnung hingeben, daß jetzt schon die große Mehrheit des Deutschen Oesterreichs dem gefaßten Beschlusse seine freudige Zustimmung geben werde. Wir wollen indeß darum den Beschluß der National-Ver-

sammlung keineswegs tadeln; denn an uns war es, den Oesterreichischen Brüdern zuzurufen: »Kommt ganz zu uns! Ihr habt mit uns gekämpft um die Deutsche Einheit zu erobern; Ihr habt uns helfen den Deutschen Bundesstaat ins Leben rufen; Ihr habt uns selbst den Liebling Eueres Herzens nicht vorenthalten, um der neubegründeten Deutschen Einheit auch die Weihe eines in der Hütte wie im Pallaste gefeierten Namens zu geben; nun bleibt auch bei uns und laßt das weltgeschichtliche Wort: Kein Oesterreich, kein Preußen mehr, sondern ein einiges, großes und mächtiges Deutschland, vor den Augen der staunenden Welt zur That und zur Wahrheit werden!« So mußte Deutschland zu Oesterreich reden, und so hat in seinem Namen die Deutsche Reichsversammlung durch ihren Beschluß vom 27. Oktober gesprochen. Freilich wagen wir nicht zu hoffen, daß Oesterreich mit einem unbedingten »Ja, das wollen wir!« zu antworten vermag und da starrt uns dann leider die von einigen Rednern sogar förmlich ausgesprochene schroffe Folgerung entgegen: »Also müssen sie ganz ausscheiden!« Eine Folgerung die bereits in der Paulskirche selbst zu unwürdigen Verdächtigungen Veranlassung gegeben hat und demnach in Oesterreich noch mehr zu solchen Zwecken mißbraucht werden könnte. Darum und nur darum hatten wir gewünscht, daß der in diesen Blättern (Extrablatt vom 28. Oktober) empfohlene Zusatz zu §. 3: »Ob eine theilweise Realunion zwischen Deutschen und Nichtdeutschen Landen stattfinden dürfe und wie solche einzurichten sei, bleibt der künftigen Entscheidung des Reiches vorbehalten,« beliebt worden wäre. Wir sagen absichtlich »nur darum;« denn daß dieser Zusatz in Wirklichkeit zur Anwendung kommen wird, er mag in die Verfassung aufgenommen sein oder nicht, darüber sind wir keinen Augenblick in Zweifel. Dagegen sind wir unbedingt damit einverstanden, daß alle Anträge verworfen wurden, welche sich ausdrücklich auf Oesterreich bezogen; darin gebührt Oesterreich die Initiative, auch wir sind hier in Frankfurt, und namentlich in der gegenwärtigen, für die Zukunft von Oesterreich so verhängnißvollen Zeit gänzlich außer Stand, irgend einen Vorschlag zu machen, der etwas mehr als ein blindes Zutappen wäre.«

Allein selbst innerhalb der Reichspartei war und wurde man für jetzt noch keineswegs einig. Mit Recht — nur hätte er noch Waitz, wenn nicht auch Beseler hinzufügen müssen — und mit einem etwas sonderbaren Ausdruck sagt Haym (S. 59), »von den

Mitgliedern des Verfassungsausschusses sind es insbesondere Dahlmann und Droysen gewesen, welche »uns Schuld waren« an den trefflichen §§. 2. und 3.« Ihren Doktrinarismus dabei gesteht er ein (S. 62) fügt aber hinzu, der Doktrinarismus dieser Männer sei ein durch und durch patriotischer gewesen, was ich bereitwillig und aufrichtig zugestehe. Ich maß ihnen niemals so viel Schleswig-Holstein'schen Partikularismus bei, wie es eine sehr verbreitete Meinung that, am wenigsten bewußten; ich fand auch nicht allen und jeden Partikularismus verwerflich, glaubte nie daß reiner, d. h. vom letztern völlig freier Patriotismus sehr häufig sei, schloß niemals vom Vorhandensein einigen partikularischen Sinnes ohne Weiteres auf Unpatriotismus. Allein eine solche Betrachtungsweise war insbesondere bei den Kaiserlichen nur selten zu finden. So meinte Haym in den jenen Worten vorhergehenden Zeilen, den treibenden Grund der Andersmeinenden in einer »mehr als billig Oesterreichischen Gesinnung« finden zu müssen. Im Kasino, vor der Beschlußfassung in der National-Versammlung, erklärte sich Dahlmann auf das Entschiedenste für die Paragraphen, auch für den Fall, daß sie zur Trennung von Oesterreich führten, mit »viel principieller Härte, aber doch noch mehr Patriotismus« (Haym, S. 64.) Oberst von Meyern sprach sich dahin aus, der Ausschuß habe die beiden Paragraphen zum Prokrustesbett für Oesterreich gemacht, es werde ihm aber mit diesem nicht gelingen; Oesterreich zähle 36, Deutschland nur 30 Millionen; man rechne vergebens auf sein Auseinanderfallen; muthe man ihm zu viel zu, schließe man es aus, so werde man an ihm einen Feind haben, treibe es Rußland in die Arme; die Principien dürften nicht starrer sein, als die Nothwendigkeit der Dinge: der ersten Theilung durch Oesterreichs Ausschluß könnte bald die zweite folgen, indem sich Norddeutschland unter Preußischer Hegemonie gegenüber einer südwestdeutschen Republik konstituire; Deutschland ohne Oesterreich werde nur ein Staat zweiten Ranges, habe keine Zukunft; nach Vergrößerung strebend werde es abermals in eine feindliche Stellung zu Oesterreich gedrängt werden; Oesterreich werde feindlich gegen einen Feind verfahren und es liege da eine Wiedereroberung Schlesiens keineswegs außer dem Bereiche der Wahrscheinlichkeit u. s. f. Haym bemerkt, es sei fast komisch gewesen, wie der Oesterreicher stets gerade dann erklärt, daß er als Deutscher spreche, wenn er grade recht aus Oesterreichischer Anschauungsweise gesprochen. Ich habe ähnliche Bemerkungen ge-

macht an Oesterreichern und — an Preußen. Würth und Andre forderten, daß die Frage an Oesterreich gerichtet werde, welche Modifikationen es für nöthig halte, um in den Bundesstaat eintreten zu können. Viele oder die Meisten fanden das ganz unzulässig und verkehrt, während man doch durch überspannte Ansprüche die Forderung als allein erübrigende Auskunft provocirte. Indeß fehlte es nicht ganz an vermittelnden Vorschlägen, so von Rüder, selbst von Beseler. Haym bemerkt weiter, es sei dem specifisch Oesterreichischen Interesse nicht gelungen, uns — d. h. ihn und einen Theil des Kasino — irre zu machen in der Ueberzeugung von den unermeßlichen Vorzügen einer homogenen und konsequenten Organisation des Deutschen Bundesstaats; die Argumente der Oesterreicher hätten zu Oesterreichisch geschmeckt, um mit gutem Glauben hingenommen werden zu können; indeß hätte die Härte, womit Altverbundnes durchschnitten werden sollen, hätten die Nachtheile des Ausschlusses von Oesterreich sich nicht verkennen lassen. Für uns — d. h. einen andern Theil des Kasino — lagen hierin für eine Entscheidung nach einer andern Seite s a c h l i c h e Gründe. Deutsche und nicht mehr als billig Oesterreichische Gesinnung, Deutsches, nicht specifisch Oesterreichisches Interesse, klare feste Ueberzeugung bewog uns zu dieser Entscheidung, und es gelang dem specifisch Preußischen Interesse oder der mehr als billig Schleswig-Holsteinischen Gesinnung nicht, um in Haym's Redeweise zu sprechen, uns irre zu machen in der Ueberzeugung von den unermeßlichen Vorzügen eines ungetheilten Deutschlands; die Argumente der Preußen schmeckten zu Preußisch, um mit gutem Glauben hingenommen werden zu können. Das Wahre an der Sache ist, daß bei Preußen wie Oesterreichern theils bewußt theils unbewußt specifisch landsmannschaftliches mit dem bei den Einen wie bei den Andern vorhandenen Deutschen Interesse nicht selten sich mischte, und daß nur der befangene Parteimann das Tadelige oder Mißliebige lediglich bei den Einen sah. Es war fast komisch, wie manchmal Leute, indem ihr Mund von Deutschheit überfloß, außer sich waren über specifisch-österreichische Splittern in Oesterreichischen Augen, während dicke, specifisch-preußische oder kleinstaatliche Balken aus ihren eignen Augen hervorstanden. Ich habe im Ganzen genommen nicht mehr Specifisches und weniger Deutsches bei Oestreichern wie bei Preußen gefunden. Jene waren unbefangener bei Offenbarung ihrer Oesterreichischen Gesinnung, diese wußten ihre Preußische besser zu

verbergen oder befanden sich auch wol in größerer Selbsttäuschung. Wir erinnern uns der im Juni unter Freunden kund gegebenen eiligen Kaisermacherei Vincke's; wir werden bald hören wie »Deutsch« und ganz frei von Preußischem Ehrgeiz, Interesse und dergl. er sich zu dieser Zeit in der National-Versammlung aussprach. Genug, im Kasino wurden die entgegengesetztesten Ansichten ausgesprochen und der Streit war sehr lebhaft. Aehnlich und noch prononcirter wie im Verfassungsausschuß wurde von der einen Seite mit Entschiedenheit behauptet und von der andern theilweis auch gar nicht bestritten, daß die §§. 2 und 3 die Ausschließung Oesterreichs zur Folge haben würden. Reichensperger sagte es damals schon vorher, daß ein solches Vorangehen nothwendig zu einer Spaltung der konservativen Partei führen müsse, und sie wäre in der That fast schon eingetreten zu jener Zeit. Diejenigen, welche die anstößigen Paragraphen anfochten erklärten, daß sie das Kasino verlassen würden, wenn das Votiren für dieselben zur Parteifrage gemacht würde. Man beschloß nach einer Debatte die Frage für eine offene zu erklären, so großes Gewicht Seitens mehrerer Leiter des Kasinos auf das Durchsetzen der Paragraphen gelegt wurde. Auch Dahlmann wollte aus der Frage keine Parteifrage gemacht sehen, denn die Sache sei über allen Parteien; »es ist die Frage, ob wir etwas leisten wollen für unser Vaterland oder Nichts; es ist die Frage unsrer Zukunft!« Das meinten wir eben auch. Wir ehrten Dahlmanns Ansicht, doch war es seiner Begründung nicht gelungen, uns von ihrer Richtigkeit zu überzeugen und auch solche Sprache solcher Autorität beirrte uns nicht. Auch wir wünschten Deutschland einig, groß und mächtig, glaubten aber das Ideal unsrer Wünsche nicht zum nächsten Ziel unsrer politischen Bestrebungen machen zu dürfen. Einige von uns hätten auch gern ein Reich und Kaiserthum Deutscher Nation, Einige vielleicht am allerliebsten sogar eine republikanische Union gehabt. Jene mochten aus denselben Gründen zu Dahlmann nicht treten, aus welchen diese den Radikalen entgegen waren — sie billigten die Idee und hielten sie entweder für unausführbar in den Deutschen Verhältnissen oder hielten den Weg zum Ziele für falsch.

Auch Gagern widersetzte sich den Paragraphen und Waitz Refrain: daß Oesterreich auseinanderfallen müsse. Auch in seiner Wohnung fanden lebhafte Berathungen eines engeren Kreises über die große Frage Statt. Wir sprachen da nach der Reihe unsre

Ansichten aus, doch war eine Einigung nicht von fern zu erzielen. Auch in öffentlicher Sitzung der National-Versammlung widersprach Gagern (26. Oktober) in einer längeren Rede der Annahme der beiden Paragraphen sehr nachdrücklich und stellte am Schluß den Gegenantrag:

»Oesterreich bleibt in Berücksichtigung seiner staatsrechtlichen Verbindung mit nicht Deutschen Ländern und Provinzen mit dem übrigen Deutschlande in dem beständigen und unauflößlichen Bunde.«

»Die organischen Bestimmungen für dieses Bundesverhältniß, welche die veränderten Umstände nöthig machen, werden Inhalt einer besonderen Bundes-Akte.«

Der Antrag schloß eine Ermäßigung der Souveränitätsbehauptung in sich, so sehr dies auch durch die vorhergehende Rede verhüllt war. Dieses Mal war es nächst der Linken und deren tapferen Phrasen der Doktrinarismus der Professoren, der sich auf die höchste Spitze des Allmachtswahns verstieg und zur Annahme der Erisparagraphen unter Ablehnung des Gagern'schen Zusatzes trieb, als gerade die Macht der Regierungen, zuerst in Wien, darauf in Berlin wiederhergestellt wurde. Ich empfahl den Gagern'schen Antrag in den Flugblättern. Ich hatte in seinem Sinne im Ausschusse votirt. Er schien mir das einzig Erreichbare zu enthalten, allein die Ausführung des Verfassungsprojecktes ohne Trennung von Oesterreich zu ermöglichen, während die meisten Andern ihm entgegen waren, theils gerade weil er ihnen geeignet schien, den Ausschluß Oesterreichs zu verhüten, theils weil er ihnen nicht genügte, indem sie glaubten, daß er zu einer halben Trennung von Oesterreich führe und daß letzteres in die Paragraphen sich hineinzwängen lasse. Am 27. Oktober fand sich Gagern bewogen seinen Antrag zurückzuziehen, jedoch in der Voraussetzung, daß man darauf bei der zweiten Lesung zurückkommen werde und müsse *) Je länger

*) Er sagte: »Ich weiß, daß mein Antrag die Mehrheit des Hauses nicht erhalten wird. Die Lösung der Frage, wie ich sie von der Zukunft erwarte, habe ich nach meiner Ueberzeugung darstellen zu müssen geglaubt. Bis zur zweiten Abstimmung über die Verfassung wird die National-Versammlung Gelegenheit haben, aus den Ereignissen und den entwickelten Ansichten ein Resultat zu ziehen. Die Zeit dieser Versammlung will ich mit einer namentlichen Abstimmung über meinen Antrag nicht verschwenden lassen und ziehe ihn deshalb bis zur zweiten Abstimmung zu-

die Debatte währte, von desto Mehreren wurde er verlassen. Das Professorenthum gewann mehr und mehr über ihn, und wollte eigensinnig nicht einmal seinen Zusatz zulassen, während es Manchen, zu denen auch ich gehörte, schon schwer genug geworden war, sich zu entschließen, für die Paragraphen mit dem Zusatze zu stimmen; doch entschlossen wir uns dazu und gingen mit Gagern in der Frage nur darum, weil er so bestimmt den Gedanken der Abtrennung oder des Zerfallens von Oesterreich ablehnte. Hat er sich schon damals den nothwendig zu errichtenden »Bundesstaat« so »geschlossen« gedacht, wie bei seinem Eintritt in das Reichsministerium, so muß man die Konsequenz seiner Ideen darin suchen, daß er zu dieser Zeit — freilich unklar, wenn nicht utopisch — eine Union mit Oesterreich sich dachte, die eine eben so enge und noch engere Verbindung wie im bisherigen Staatenbunde zulassen würde. In den Sitzungen der National-Versammlung war er es und Vincke, die zuerst in diesen Tagen die unglückliche Idee von dem im weiteren Bunde zu errichtenden Bundesstaate auf die Bahn brachten, diese wie es fast scheint zu Deutschlands Verderben bestimmte Idee, deren »Tragweite« damals von den Einen nicht erkannt von Andern vielleicht schlau und perfid berechnet wurde, deren sich nach einander die Rathlosigkeit, die Preußische Vergrößerungspolitik, die Reichs- und Bundesstaats-Partei bemächtigten und in welche sich zuletzt, gedrungen durch eine Art Nothwendigkeit in den gänzlich verfahrenen Dingen die Urheber der Dreikönigsverfassung hineinließen — die Idee, womit man fort und fort nichts als neue Schwierigkeiten und Fehlgeburten hat produciren

---

rück.« Auch ich ging von der Voraussetzung aus, daß man darauf werde zurückkommen müssen. Ich traute der Versicherung, die vor der Abstimmung vielfach wiederholt wurde, daß man vornämlich nur eine peremtorische Frage an die Oesterreichische Regierung zu richten beabsichtige. Auch ich glaubte, es habe wenigstens manchen guten Grund für sich, daß man eine bestimmte Erklärung abgebe, um desto gewisser eine eben so bestimmte Gegenerklärung zu erhalten. Das Minoritätserachten von Mühlfeld und Genossen gefiel mir weniger, obgleich es zuletzt auf dasselbe Ergebniß hinauslief und vielleicht den Vorzug der besseren Formulirung voraus hatte. Indeß hatte es keine Aussicht auf Erfolg. Ich hätte mich ungern von der Mehrzahl meiner politischen Freunde getrennt und stimmte aus diesen Gründen für die Annahme der §. §. 2 und 3. Es war am Ende doch ein Fehler.

können, und deren Verkehrtheit so zu sagen auf der Hand lag *). Auch die O.-P.-A. Zeitung suchte ihr damals Eingang zu verschaffen, namentlich in Artikeln, welche so viel ich weiß von den Herren v. Wahlkamp und v. Blittersdorf herrührten **).

Nach den vielfältigsten und bestimmtesten Aeußerungen in seiner Rede lag Gagern, um hierauf noch im besondern zu kommen, der Gedanke an ein Deutschland ohne Oesterreich vollkommen fern. Er erklärte, der Beruf der National-Versammlung, dem Deutschen Volke eine Verfassung zu geben, schließe die Verpflichtung in sich, den Thatsachen die erforderliche Rücksicht zu tragen, damit die Verfassung eine lebensfähige werde; die Oesterreichische Gesammtmonarchie sei im Deutschen Bundessinne nicht zu zerstören, sondern

---

*) Beachtenswerth sind Aeußerungen des Unmuths, die der Bundesstaatspartei über sie entschlüpften, nachdem es ihr damit mißlungen war. So sagte die Deutsche Zeitung am 8. Juni 1849 über die Preußische Note vom 28. Mai: »Völlig unklar ist die allgemeine Betrachtung der Note vom 26. Mai d. J., daß für diejenigen Regierungen, welche dem engeren Bunde sich nicht anschließen, die aus den Verträgen von 1815 fließenden Rechte und Pflichten unverändert fortbestehen. Schon einmal hat Deutschland ungläubig das Pseudospiel von einem engeren und weiteren Bunde betrachtet, welches Herrn Bunsen zum Urheber haben soll. Möglich und ausführbar erscheinen nur zwei Fälle; entweder der alte Bund von 1815, oder ein neuer, alle Deutschen Staaten umfassender Bund, der mit Oesterreich in eine völkerrechtliche Union tritt. Aber Deutschland, ohne Oesterreich in einen engeren und weitern Bund theilen zu wollen, ist ein Unding, eine staatsrechtliche Unwahrheit auf Kosten des Wohles von Deutschland, weil dann zwei Exekutiven sich gegenüber stehen werden, die nimmer einträchtig zum Heile des Vaterlandes wirken können und werden. Die Gegenwart zeigt dies: der Preußisch-Sächsisch-Hannoversche Sonderbund bildet schon jetzt eine Macht, die aber keineswegs der Centralgewalt und den ihr noch anhängenden 29 verfassungsfreundlichen Regierungen sich unterordnet, sondern im Gegentheil nichts angelegentlicher wünscht, als daß die Centralgewalt dem Sonderbunde das Feld räume, wozu freilich der Schwächere über kurz oder lang von selbst genöthigt sein wird. Das nächste Parlament muß dies ins Auge fassen und getreu seinem Berufe die Scheidung in engeren und weiteren Bund unbedingt verwerfen.«

**) In seiner kleinen Schrift: »Beiträge zur Feststellung der Deutschen Reichsgewalt« hatte G. Pfizer davon gesprochen. Bestände Oesterreich darauf, seine besondere Zustimmung zu den Beschlüssen sich vorzubehalten, so »sehe ich nicht ein, was Deutschland und Preußen abhalten sollte, im Fall der Noth auch hierauf einzugehen und zunächst unter sich einen Bundesstaat, mit Oesterreich aber einen Staatenbund zu bilden.«

so zu sichern, daß sie ein mächtiges Reich bleibe »eng verbunden mit Deutschland zu der großen nationalen Aufgabe.« Andre Nationen, in gleichem Falle wie wir, würden nicht ein Dorf — und wir sollten Oesterreich aufgeben? Er faßte den Beruf des Deutschen Volkes als »einen großen weltgebietenden« auf. Und dann durfte freilich folgerichtig Oesterreich nicht fehlen. »Das ist nicht der Umfang unsrer Aufgabe, sagte er, daß wir ein Einheitsprincip in die Verfassung aufnehmen, das uns von demjenigen, was die einheitliche Macht bedingt, losscheidet. Wir müssen ein Verhältniß mit Oesterreich suchen, wobei es zu einer Ablösung seiner außerdeutschen Provinzen nicht genöthigt, dennoch aber im innigsten Verbande mit Deutschland erhalten wird. Die Begriffe Bundesstaat und Staatenbund sind unbestimmte; es können auch Bundesverhältnisse gedacht werden, die zwischen beiden in der Mitte liegen und die Uebergänge bilden. Der Bundesstaat bleibt unser Ziel; dafür sind Uebergänge nöthig. Wir können sie nicht umgehen, ohne viel zu zerreißen, ohne das Gegentheil von dem zu thun was wir sollen: die Einheit der Interessen schaffen, für welche die Einheitsformel in der Verfassung nur der entsprechende Ausdruck sein darf, das Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck. Da wir solche Einheit zu schaffen berufen sind, hüten wir uns, daß wir zu enge Formeln wählen, die nationalen Interessen in eine Zwangsjacke drängen gegen ihre Natur; thun wir vielmehr das Thor weit auf, daß der Eintritt nicht erschwert sei in die Deutsche Familie und in ihr großes gastliches Haus!«

Dies genügte uns, dies waren ganz unsre Gedanken, die wir in dieser Frage mit der Reichspartei stimmten, ohne mit denjenigen ihrer Mitglieder einverstanden zu sein, welche Trennung von Oesterreich im Sinne hatten, um Preußen an die Spitze zu stellen, womit sie jedoch noch immer sehr zurückhielten, was sie zum wenigsten nur zur Hälfte gestanden oder andeuteten. Manche dahin Neigende waren noch nicht im Reinen darüber mit sich selbst oder schwankten noch. Gagern erklärte, daß er durch seinen Antrag der Oberhauptsfrage keineswegs habe präjudiciren wollen. Er sei allerdings der Meinung, daß an die Spitze des Bundesstaates ein einheitliches Oberhaupt gehöre, was schon den Begriff einer Hegemonie Preußens ausschließe; für die Gesammtleitung Deutschlands aber, Oesterreichs einbegriffen, werde eine weitere Einrichtung getroffen werden müssen. Wie konnte man da an eine festbestehende Abrede

denken, daß ein Preußisches Erbkaiserthum errichtet werden solle? Wie weit war Gagern noch von den Urhebern des Verfassungsprojektes entfernt! Merkwürdig war in dieser Beziehung auch die Rede Vinckes, des später wie früher so eifrig Preußisch-Kaiserlichen. Er wollte die Regulirung der Verhältnisse Oesterreichs einer definitiven Anordnung vorbehalten, der Frage in keiner Weise präjudicirt wissen, und das wäre das Allerverständigste gewesen, wurde aber (Antrag von Kaiser) mit 318 gegen 104 Stimmen abgelehnt. Vincke sagte: »Wollte ich hier einen gesonderten Standpunkt Preußens vertreten, so würde ich einfach sagen: nehmen Sie §. 2 und 3 an; denn Oesterreich würde dann austreten müssen, und die Chancen für ein etwaiges Primat in Deutschland würden für Preußen günstiger sich gestalten. Ich habe aber hier nicht nur die Interessen Preußens zu vertreten, sondern ich spreche allein im Interesse Deutschlands. Deshalb stimme ich dagegen. Preußen hat kein Sonderinteresse geltend zu machen; ich wiederhole, was ich schon früher gesagt habe, Preußen würde nie Anstand nehmen, Oesterreich nachzustehen, sobald es die Opfer bringt, die jeder Staat bringen muß, wenn er berechtigt sein will, an der Spitze von Deutschland zu stehen. Wir wollen einen Bau gründen, der Deutschland groß und mächtig machen, der ihm seinen alten Ruhm sichern soll an der Spitze der Staaten von Europa. Wir wollen alle Küsten wiedergewinnen an den Meeren, worin unsere Ströme münden, und wollen unsere Flaggen flattern lassen auf der weiten See. Aber das können, das wollen wir nur im engsten Bunde mit Oesterreich!«

Einen ähnlichen Gedanken sprach Mühlfeld aus: »Sobald die Oesterreichische Monarchie getheilt ist, sobald Wien nicht mit den Deutschen Provinzen verbunden ist, dann haben Sie Triest und mit ihm Ihr einziges südliches Meer verloren, und zwar darum, weil sich Triest, mag Ungarn für sich allein bestehen, oder sich mit Croatien verbinden, dem Ungarischen Freihafen Fiume, sowie dem Italienischen Freihafen Venedig gegenüber nicht zu halten vermag, sondern entweder Ungarn oder Italien sich in die Arme werfen muß.« Dieser Oesterreicher kam in der That den Männern des »Bundesstaats,« der beiden Paragraphen, des Erbkaiserthums so nahe und so aufrichtig entgegen, als man es irgend wünschen oder fordern konnte. Er führte, so viel einräumend, aus: die §§. 2 und 3 sind nothwendige Folgerungen des Bundesstaats — ihre Annahme

ist im Interesse Deutschlands und seiner Einheit gelegen — Oesterreich aber wird sie nicht annehmen können — es kann nicht fordern, als Theil, daß Deutschland sie aufgebe — dieses muß nun seinerseits Vorsorge treffen, daß der Zweck so weit als möglich erreicht wird — hierzu schlage ich vor: die angestrebte Einheit und Macht Deutschlands durch Anschluß Oesterreichs an Deutschland im Wege des völkerrechtlichen Bündnisses zu erzielen. So sprach er für sich und die Genossen seines Minoritätserachtens, Detmold u. s. w. So wenig wurde von ihnen gefordert und auch dies Wenige wollte die Reichspartei nicht zugestehen. Auch die so mäßige Forderung verwarf sie. Nicht einmal von einem völkerrechtlichen Bündnisse mit Oesterreich sollte in der Verfassung ein Wort stehen. Sie wollte die und nur die für Oesterreich unannehmbaren Paragraphen — und war ganz verwundert und wurde zornig, als der unausbleibliche Rückschlag kam!

Auf das Nachdrücklichste und Wärmste sprach sich in den Verhandlungen sowol der Gedanke, daß Oesterreich und Deutschland vereinigt bleiben müßten, als wechselseitige Sympathie durch zahlreiche Aeußerungen von Oesterreichern und Nichtösterreichern aus. Man hat für die Trennung einen Grund daraus hergenommen, daß die Oesterreichischen Abgeordneten selbst völlig uneins gewesen wären über das zu begründende Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland. Allein die Nichtösterreichischen Abgeordneten waren gerade eben so uneins über das künftige Verhältniß Deutschlands zu Oesterreichs. Die Preußen bildeten wol in großen Fragen eine verhältnißmäßig kompaktere Masse, allein auch unter ihnen fand nichts weniger als Einstimmigkeit über die künftige Gestaltung, über das Verhältniß Preußens und Deutschlands statt. Würth hielt es für thunlich, daß die Deutsch-Oesterreichischen Provinzen dem Bundesstaate angeschlossen würden, ohne darum den Oesterreichischen Gesammtstaat aufzulösen, wenn man nur Modifikationen für sie zulasse in Beziehung auf die Vertretung nach Außen und das Heerwesen. Mühlfeld hielt nur ein engeres völkerrechtliches Bündniß für möglich. Graf Deym wollte ein großes Mittelreich gebildet wissen durch Zusammenschmelzung Deutschlands mit dem Kaiserstaat. Auch Beda Weber aus Meran wollte, daß Oesterreich mit seiner Gesammtmacht dem Reiche Deutscher Nation beitrete. Jung-Oesterreich sagte enthusiastisch-deutsch: »Kein Zögern! Deutsch-Oesterreich gehört zu Deutschland, es will zu Deutschland gehören, unbe-

dingt wie jedes andere Deutsche Land muß es ihm gehören. Unsere Herzen schlagen euch entgegen — erforderlichen Falles rechnet auf unsere Arme!« So Wagner aus Steyer. In ähnlicher Ansicht und Gesinnung forderte auch Giskra aus Mähren die reine Personalunion. Indem die Oesterreichischen Abgeordneten dieser Richtung einem lebhaft erregten Deutschen Gefühle folgten, ein einheitliches großes ganzes Deutschland im Sinn hatten, hinter welchem die Oesterreichische partikulare Vorliebe zurücktrat, indem sie zugleich das Wirkliche wenig kennende und das Erreichbare schlecht berechnende Politiker waren, arbeiteten sie geradezu denen in die Hände, welche es zur Trennung treiben wollten oder unabsichtlich trieben durch überspannte an Oesterreich zu stellende Forderungen. Wenn die Politisirenden aus oder in den Kleinstaaten davon ausgingen, daß alle Deutsche Länder, also auch die Oesterreichisch-Deutschen, wie Provinzen eines Einheitsstaates behandelt werden könnten und zu behandeln seien, so war dies thöricht und kurzsichtig, aber zu entschuldigen; nicht zu entschuldigen aber war es, wenn Oesterreicher auf eine solche Weise Politik machten.

Am rücksichtslosesten vertrat Waitz jene Forderungen, die Ansicht und Tendenz der Männer der Theorie. »Ich will, daß das, was Deutsch ist und Deutsch war seit Jahrhunderten von Oesterreich, daß das ganz Deutsch bleibe, daß es ganz und völlig dem Gesammtbau mit angehöre, den wir nicht für einen Theil Deutschlands, sondern für das Ganze zu gründen übernommen haben.... Mir steht die Alternative allein so: die Deutschen Oesterreicher ganz mit und bei Deutschland, oder die Deutschen Oesterreicher ganz mit und in der Oesterreichischen Monarchie. Deutschland muß gleichartige Verhältnisse in allen seinen Theilen begründen.« Hieraus schien nun etwas mehr als billig Schleswigische Gesinnung hervorzublicken. Denn was lag darin Anders als der weitere Gedanke: kann Oesterreich das nicht sofort, in diesem Augenblick, weil tausendjährige Verhältnisse entgegenstehen, so muß es, des Bundesgebietes dritter Theil, auf den die Theorie nicht paßt, aufgegeben werden — aber beileibe nicht Schleswig, worauf sie auch nicht paßt: hier verhält es sich umgekehrt. Um hier gleichartige Verhältnisse zu bekommen, muß man, allenfalls gegen ganz Europa, Krieg, während man sich mit Oesterreich verfeindet, einen Eroberrungskrieg führen und Schleswig in den Bundesstaat einverleiben. Freilich sagte eben Waitz auch: die

beiden Paragraphen müßten bestehen und wenn es Schleswig-Holstein gleichfalls kostete. Doch war das wol nur **façon de parler**, um nicht Unrecht eingestehen zu müssen. Wie könnte man von Waitz glauben, daß er in allem Ernst Schleswighätte preis geben wollen! »Oesterreich übte immer nur Einfluß auf Deutschland, Deutschland keinen (?) auf Oesterreich. (Also hinaus mit Oesterreich, ohne zu überlegen, ob man nicht ein Verhältniß finden kann, wie Alle wollen, daß es damit anders werde.) Wir haben nur die Grundsätze zu normiren, wir sind im Begriffe, die scharfen Sätze hinzustellen, die wir allerdings als eine Forderung den Brüdern im gesammten Vaterlande entgegen tragen. Wir haben heute nicht den Vollzug zu besorgen, wir schreiben heute das Gesetz.«

Er verbarg sich nicht, daß der Vollzug so zweifelhaft, so gefährlich, allein er wußte Rath: Oesterreich zerfällt und dann wird sich das Weitere schon finden. Merkwürdig war es dabei, daß er zugleich aussprach, er wolle den schwierigsten und mühseligsten Bau mit Oesterreich noch lieber als den leichteren ohne Oesterreich. Dies sei auch die Stimmung der ganzen Versammlung. Von ihr, scheint es, wurde er beherrscht, indem er diese Erklärung abgab, mit welcher er sich völlig widersprach; er wirkte aber dann doch wieder darauf hin, daß man den schwierigeren Bau sich gar nicht einmal recht als Aufgabe stellte, indem er weiter erklärte, man wolle und müsse »einen einigen und festgeschlossenen Bau« wollen, und indem er dies in einem Sinne erklärte, daß danach der schwiegere Bau mit Oesterreich geradezu und von vorn herein unmöglich werden mußte, da seine Forderungen von Seiten Oesterreichs auf keinen Fall zugestanden werden konnten.

Riesser übernahm es, den starren theoretischen Standpunkt zu vertheidigen, wonach Oesterreich aus Deutschland hinaus sollte, wenn es sich in den Begriff der Herren vom System nicht hineinzwängen wollte oder konnte. »Man hat es dem Ausschuß zum Vorwurf gemacht, daß er sich ... durch eine Theorie habe leiten lassen und darüber die gegebenen Verhältnisse außer Augen gelassen habe: aber ich frage Sie, in einem Falle, wo die Erfahrung von Jahrhunderten uns weit mehr lehrt, was wir zu vermeiden, als was wir nachzuahmen haben, worin anders sollte da die Richtschnur unserer Handlungsweise gesucht werden, als in einem Gedanken, als in einer Theorie, ich scheue auch diesen Ausdruck nicht. In einer Zeit, wo die Dinge wanken, wo nicht

mehr der unerschütterliche Grund der Verhältnisse eine feste Stütze für unsere Stellungen beut, da, meine Herren! mag der Gedanke wohl mehr, als zu andern Zeiten zu Ehren kommen, da mag man es dem politischen Steuermann nicht verargen, wenn er, kämpfend mit den sich thürmenden Wogen der Bewegung, wie der Schiffer auf hohem Meer nach den ewigen Sternen, so nach dem hohen Gedanken der Macht, der Einheit und der Größe des Vaterlandes blickt.« Darin lag viel Wahres, doch nicht lauter Wahrheit, und das Meiste davon war nur im Sommer wahr gewesen und war jetzt nicht mehr Rechtfertigung, sondern wurde zur bloßen Beschönigung. Riesser war damals der sanguinische Politiker, der er noch war im März 1849. Er hatte sich, wie er sagte, nicht überzeugen können durch die Aussagen mancher Oesterreichischen Abgeordneten, daß Oesterreich nicht eingehen könne auf »unsere Anordnungen.« Niemand war aber auch mehr als er »von der entscheidenden Macht der Aussprüche dieser Versammlung über die Verfassung Deutschlands durchdrungen.« Und weil nun auch so viele Andere von dieser entscheidenden Macht und von der Nothwendigkeit eines für den Augenblick unmöglichen wie unheilsamen Maßes von Staatseinheit — ein »festes Aneinanderschließen« nannte man es — durchdrungen waren, wurden die unglückseligen präjudicirlichen Beschlüsse über die §§. 2 und 3 gefaßt — präjudicirlich, weil nachher nicht mehr gelten sollte, was vorher versichert war, daß sie nicht präjudicirlich sein sollten Wie denn auch, um es zu wiederholen, die Meisten in der Voraussetzung dafür stimmten, daß man vorläufig Beschluß fasse, um nur erst im Allgemeinen eine Verfassung fertig zu bekommen. Allerdings aber bewog die Allmachtseinbildung und der idealistische Unitarismus Manche und unter ihnen Solche, die es späterhin bitter bereuten — namentlich Oesterreicher selbst — zu der Keckheit und Verkehrtheit, für die §§. 2 und 3 als nicht bloß vorläufige mit patriotischen Redensarten zu schwatzen und dann zu stimmen. *)

---

*) Daß man im Centrum selbst den Beschluß als einen nicht-präjudiciellen ansah, beweisen auch mehrfache Aeußerungen Haym's (S. 60—77), von denen ich »Akt« nehme: »Die Annahme der Paragraphen war nur ein Votum, keine Entscheidung. Ein Aufschub lag von selbst in dem Umstande, daß es sich zunächst nur von der ersten Lesung handelte; erst die zweite Lesung war der Entscheidungstermin. Ob das Aussprechen so bestimmter Forderungen nicht gerade den in Oesterreich fortwirkenden Pro-

Es war dem Parlamente deutlich genug gesagt und zur Genüge erwiesen, daß die Ausführung der beiden Paragraphen auch ein selbständiges Norditalien, Galizien, Ungarn u. s. w. und einen Krieg dieser Aller gegen Alle zur Folge haben müßte; daß man von Frankfurt aus den Slaven die Hand reiche zur Unterjochung der Deutsch-Oesterreicher; daß die Strafe, wenn man die Zertheilung des Oesterreichischen Gesammtstaats dekretire, auf dem Fuße nachfolgen werde; daß man Oesterreich zu veruneinigen und zu theilen trachte, und Deutschland uneins machen und theilen werde; daß man Oesterreich wehrlos mache und das zerrissene ohnmächtige Deutschland an Rußland überliefere; daß man zum Spott seiner selbst den Slaven ihre Nationalitätsrechte verbürgt habe und nun die der Deutschen preisgebe. Allein die für Preußens Oberhoheit schwärmende Partei ließ sich durch das Alles in ihrer Tendenz nicht beirren, durch die Paragraphen den Ausschluß Oesterreichs anzubahnen. Diese Tendenz stand in einem seltsamen Widerspruche damit, daß der Beschluß über die Paragraphen in Thesi und ohne Rücksicht auf den dabei obwaltenden Rückgedanken so viel war als eine Erklärung des Deutschen Oesterreichs für Eigenthum und integrirenden Theil des Deutschen Reiches; und ob man ihn nun so nehmen mochte oder als Trennungsausspruch und Kriegserklärung, sehr merkwürdig war der Zeitpunkt. Der hochfahrende Beschluß wurde gerade in den Tagen gefaßt, in welchen die Oesterreichische Re-

---

zeß staatlicher Umgestaltung zu befördern und auf eine heilsame Entscheidung hinzurichten geeignet sei, das waren Erwägungen, welche selbst Oesterreicher gelten ließen.« — — »Wenn der Ausschuß, sagten Andre, die Paragraphen hauptsächlich deshalb aufgestellt habe, um das ganze noch dunkle Verhältniß zur Klarheit zu treiben, so werde dieser Zweck auch mit der Annahme des Gagern'schen Zusatzes erreicht.« — — »Die Auffassung, daß die Paragraphen nur eine Frage, nur eine Aufforderung zu einer Erklärung Oesterreichs sein, beruhigte auch einen großen Theil der Oesterreichischen Abgeordneten.« — »In einfacher Bestimmtheit war somit (durch den Beschluß über §. 2) die unausweisliche Frage an Oesterreich gerichtet; die Annahme von §. 3 verschärfte und verdeutlichte dieselbe.« — »Befand sich doch die Oesterreichische Monarchie in einer Krisis, schwerer als sie je eine erlitten hatte.« — Hieraus folgte von selbst, daß man Oesterreich Zeit lassen mußte. Kam die Antwort nicht auf der Stelle, so lagen für dieses Mal sachliche Gründe vor Augen und man war in der nächsten Zeit nicht berechtigt, die Verzögerung aus böslicher Absicht herzuleiten.

gierung den Wiener Aufstand bewältigte und sich ihre Macht zurückeroberte. Indeß leistete die ganze Verhandlung nebst ihrem Ergebniß dem Plane des Preußisch-Deutschen Kaiserthums großen Vorschub. Die Beschlüsse über die §§. 2 und 3, an welche er sich anknüpfte, wurden Mitveranlassung zu Beschlüssen des Oesterreichischen Kabinets und riefen überhaupt in Oesterreich einen Gegensatz, eine Ansicht und Verstimmung hervor, woraus abermals Gründe oder Vorwände für denselben hergenommen wurden. Die Absicht und der Gedankengang der Preußisch-Kaiserlichen wurden reifer und gezeitigt. Eine lebhafte Agitation, eine Parteibildung für ihn begann in dieser Zeit. Der Ansicht, daß man von Oesterreich sich trennen könne, ja trennen müsse, wurde bei Vielen jetzt zuerst Bahn gebrochen. Die Schwierigkeiten, mit Oesterreich zurecht zu kommen, traten so viel deutlicher hervor. Wenn auch schon in früheren Debatten auf Preußen als den Grundstein Deutscher Verfassung hingewiesen war, so hatte man doch dabei noch nicht nothwendig an den Ausschluß Oesterreichs denken müssen. Die Meisten dachten auch jetzt noch wenigstens wie Gagern an eine innige Verbindung Deutschlands mit Oesterreich. Allein es war doch zuerst öffentlich die Rede von einem Deutschland ohne Oesterreich, wenigstens als von einer Eventualität. Man gewöhnte sich daran, Oesterreich in einem minder engen Verhältniß zu Deutschland oder an sein Ausscheiden als mögliche, wahrscheinliche, meistwahrscheinliche Folge zu denken. Einzelne nahmen schon die letztere entschlossen an. Als die Abschnitte vom Reiche und der Reichsgewalt in die Versammlung gebracht wurden, eilte man ungeduldig zum Ende. Um so eher ließ man sich auf ihre Berathung ein. Als man sich einmal darauf eingelassen, und mehr und mehr seit dieser Zeit, wurde einer immer größern Anzahl klar, daß das Verfassungsprojekt für Oesterreich nicht passe. Als die Versammlung es sich aber durch Beschluß, obgleich nur in erster Lesung angeeignet, wurde es ihr sozusagen als Adoptiv-Kind theuer, während es seinen Urhebern im Verfassungsausschuß als eigenes Kind und als eine so schwere Geburt noch theurer war. Wie hätte sie es wieder aufgeben können? Eher Oesterreich. Es trat jetzt dicht vor die Augen, daß ein so koncentrirter Bundesstaat, wie ihn Manche vom Anfange im Sinn gehabt, Andere in Frankfurt fordern und bezwecken gelernt hatten, unmöglich errichtet werden könne, wenn Oesterreich neben Preußen eine große selbständige Macht bliebe,

woran man seit dieser Zeit auch kaum noch zweifeln konnte. Ihnen lag es nun nahe, in den Gedanken einzugehen, Oesterreich fortzulassen. Freilich wurde der Knote dadurch nicht gelöst, sondern zerhauen, allein dies schien das Einfachste und man glaubte Alexander zu sein. Auch wenn Oesterreich die Ausscheidung sich gefallen ließ, so blieb noch immer die Schwierigkeit, einen Bundesstaat zu Stande zu bringen, falls Preußen Selbstmacht bleiben wollte. Doch das lag jetzt noch, wie anfänglich der »Bundesstaat,« in welchen Deutschland verwandelt werden sollte, dermaßen in der Zukunft, daß man noch nicht daran zu denken brauchte oder daß man sich darüber leicht mit allerlei Illusionen, wie im Anbeginn bei der ganzen Einheitsidee, beruhigen konnte. So wie die Sache jetzt stand, mußte man auf die eine oder andere Weise hinsichtlich des fortan zu erstrebenden Ziels sich beschränken, von den hochgespannten Ideen zurückkommen, entweder von der Aufgabe einer Verfassung für ganz Deutschland oder von der Forderung einer Staatseinheit abgehen, entweder mit einem ganzen, aber minder koncentrirten oder mit einem straffer zusammengefaßten, aber gekürzten Deutschland sich begnügen. Hierüber begann nun ein großes Schwanken, das bald genug in einen heftigen Streit übergehen sollte.

Die Linke ließ der Versammlung wegen der Wiener Vorgänge keine Ruhe. Durch verschiedene Anträge, die dem Ausschuß für die Oesterreichischen Angelegenheiten überwiesen wurden, veranlaßte sie eine abermalige Berathung am 3. November, deren Ergebniß, darin bestand, daß der verkehrte Ausschußantrag angenommen wurde: die Reichskommissäre sollten die Anerkennung der Centralgewalt zur Geltung bringen u. s. f. *). Das Vernünftigste wäre sicher

---

*) »Die hohe Versammlung möge das Reichsministerium auffordern, alle mögliche und nachträgliche Sorge dafür zu tragen:

1) daß die Reichskommissäre das Ansehen und die Anerkennung der Deutschen Centralgewalt überall kräftigst zur vollen Geltung zu bringen sich angelegen sein lassen;
2) daß sie die Interessen Deutschlands in Oesterreich überall zu schützen suchen;
3) daß sie ihren vollen Einfluß aufbieten, die fernere Entwickelung der

Uebergang zur Tagesordnung gewesen. Haym sagt (S. 51) »das idealistische Festhalten an dem Deutschen Momente in Oesterreich und an dem Rechte der Centralgewalt zu einer Einwirkung auf die dortigen Verhältnisse gereichte der Deutschen National-Versammlung zur Ehre.« Man wird indeß sehen, er tadelt es an uns und spricht ganz verächtlich davon, daß wir bis zum Ende Oesterreich bei Deutschland festhalten wollten. Nur so lange die Kaiserlichen dabei blieben gereichte es zur Ehre. Er setzt hinzu: »es war eine Pflicht, welche wir damals noch um so unbefangener erfüllten, als das wahre Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland noch keineswegs erschöpfend, am allerwenigsten grundsätzlich und verfassungsmäßig ins Klare gebracht war.« Allein dies war auch noch nicht geschehen, als die Kaiserlichen ganz offen und entschieden Oesterreich aufgaben. Was damals Pflicht war, wie und wann hat es aufgehört Pflicht zu sein? Die Sache verhielt sich aber eigentlich so. Was Haym ein idealistisches Festhalten am Deutschen Momente in Oesterreich und an dem Rechte der Centralgewalt zu einer Einwirkung auf die dortigen Verhältnisse nennt war nichts mehr und weniger als ein Festhalten an handgreiflich falschen Ansichten und Ansprüchen. Die National-Versammlung suchte durch die Centralgewalt zum größten Theile ganz verkehrt in Oesterreich einzuwirken, sie forderte von Oesterreich unbedingte Unterwerfung unter ihre Beschlüsse, daß es sich das Hineinregieren der Centralgewalt wie in eine Provinz gefallen lasse, und dazu hatte sie so wenig ein Recht als sie einen Begriff vom self-government hatte, wovon sie so viel sprach, wenn es sich um die Staaten handelte. Sie drang fast nirgend damit durch, beharrte dennoch darauf und im »Beharren auf Thorheit ist keine Würde«, Ansprüche verfolgen, wozu man nicht berechtigt ist und zu deren Durchsetzung man die Macht nicht besitzt, gereicht nimmer zur Ehre. Die National-Versammlung erfüllte nicht unbefangen eine Pflicht, sondern stellte unstatthafte und unbefugte Forderungen in völliger und selbstverschuldeter Verblendung über die deutlich genug vorliegende wahre

---

Oesterreichischen Wirren auf friedlichem und unblutigem Wege herbeizuführen;

4) daß sie endlich, wie diese Entwickelung auch ausfallen möge, die in den Monaten März und Mai zugestandenen Rechte und Freiheiten der Oesterreichisch-Deutschen Völker gegen alle Angriffe in Schutz nehmen.«

Sachlage auf. Oesterreich hatte von Anfang sehr präcis ausgesprochen: es wolle aber vereinbaren, nicht unbesehen annehmen. Dies war freilich im Wahlausschreiben geschehen, und die National-Versammlung hatte sich von Anfang über das Mandat, den Rechtspunkt, hinweggesetzt. Gerade da und soweit das wahre Verhältniß Oesterreichs klar vorlag, sah oder wollte man nicht sehen. Wie gesagt, man erhob unbefugte Ansprüche an Oesterreich — und das gereichte vermeintlich zur Ehre und war Pflicht; — man verwickelte und verwirrte dadurch die Lage und die Ansichten noch mehr, und als sich nun Oesterreich nicht fügte, wie es namentlich auch Preußen nicht that, machte man ihm den Ungehorsam zum Verbrechen und folgerte aus seinem Ungehorsam, daß es sich von Deutschland lossage und aus Deutschland hinaus müsse. Es war um so ungerechter und unbilliger gegen Oesterreich so zu verfahren, da sich gerade Oesterreich von Anfang so unzweideutig und ehrlich über sein Verhältniß zu der konstituirenden Versammlung ausgesprochen und also am wenigsten Anlaß gegeben hatte, daß ihm dieselbe mit unbefugten Zumuthungen kam und in gutem Glauben kommen konnte, es war um so unbilliger, da sich gerade Oesterreich am allerwenigsten in der Lage befand, Vorschriften von der National-Versammlung über sein Verhalten in seinen innern Angelegenheiten anzunehmen. Bei andern Staaten, besonders Preußen, war es aber etwas Anderes, da wurde nicht gesagt: die Ungehorsamen müssen hinaus aus Deutschland. Zugegeben, daß hierzu bei Oesterreich andre Gründe vorhanden waren. Aber dann mußte man sich ehrlicherweise auf diese stützen und nicht gerade bei Oesterreich einen Vorwurf erheben und als Grund vorwenden, der Oesterreich jedenfalls nicht allein traf. Es diente aber zum Zwecke. Man brauchte Haß gegen Oesterreich und erreichte zugleich, daß alter verstärkt und neuer erregt wurde. Daß das größere Publikum die Anklage prüfen würde, brauchte man nicht sonderlich zu fürchten. Der Klimax war der: Mit Hannover fing man Zank an, und drohete es »zermalmen« zu wollen, wenn es sich nicht fügte. Mit Oesterreich fing man Zank an, und nahm aus seiner Unfügsamkeit Anlaß und Vorwand zu dem Bestreben es auszuschließen. Mit Preußen fing man Zank an und sah ihm durch die Finger als es sich eben so rebellisch zeigte.

Vom 8. bis 24. November wurden in zehn Sitzungen die Berathungen über die Entwürfe vom Reiche und der Reichsgewalt zu Ende gebracht. Am 27. und 28. kam man mit der Debatte und Beschlußfassung über das Reichsgericht zu Stande.

Durch die Annahme der im Wesentlichen unverändert gebliebenen Entwürfe hatten die Kaiserlichen noch wesentlicher gewonnen, als durch die Debatten über die Oesterreichischen Verhältnisse. Es waren jetzt die wichtigsten Verfassungsabschnitte angenommen, die nur für einen Einheitsstaat paßten und zu denen fast nur ein Erbkaiser sich schickte. Die in der Oberhauptsfrage für die übrigen Verfassungstheile liegenden Schwierigkeiten waren umgangen, und was späterhin geschah, war angebahnt, nämlich daß man sagte und mit einem gewissen Nachdruck sagen konnte: man muß ein Erbkaiserthum beschließen, weil nichts Anderes möglich ist — nämlich wenn das übrige bereits festgestellte Verfassungsprojekt nicht wieder beseitigt werden sollte —; man muß die Krone Preußen an die Spitze stellen, denn sonst nimmt Preußen die Verfassung nicht an und wir bringen gar nichts zu Stande — nämlich *diese* Verfassung nicht. Freilich stand noch eine zweite Lesung bevor, allein wie schwer mußte es sein, bei dieser von der ganzen Grundlage wieder zurückzukommen! Man hatte sich in ein Labyrinth begeben und meisthin die Fäden zum Wiederhinausfinden weggeworfen, welche der Versammlung doch mit den zahlreichen Minderheitserachten in die Hand gegeben waren. Daß die centralisirende Tendenz den Sieg davon getragen, räumt auch Haym wenigstens zur Hälfte ein. *)

*) Es *kann* doch auch nicht geläugnet werden, da das föderative Element geradezu unberücksichtigt geblieben war, was genau so viel ist, als die Idee des Bundesstaats außer Acht lassen. Wer behauptet, daß dies geschehen sei, stützt sich demnach auf einen völlig zureichenden Grund und Haym scheint eben selber der Befangene zu sein, wenn er (S. 87) den in jener Behauptung liegenden oft vernommenen Vorwurf lediglich auf einen »kleinlich befangenen« Standpunkt zurückführen möchte. Doch ist das nun einmal die Meinung der Bundesstaatspartei. Wer nicht mit ihr »idealistisch« festhält an dem Projekt, das sie für das beste hält, ist kleinlich, befangen, altklug, keines Aufschwungs fähig u. s. w. Bei mir geht die Befangenheit wenigstens so weit nicht, daß ich die Ansichten der Andersmeinenden lediglich auf Doktrinarismus, Schwärmerei oder dgl. zurückführte, das Richtige und Edle darin verläugnete und die eigene Ansicht für die untrügliche hielte. Bei der Reichspartei ist das Umgekehrte der Fall und eben darauf beruht ihre Befangenheit. Daher ihr

Ueber den Entwurf vom Reichsgericht hat Künßberg gleichfalls sehr treffende Bemerkungen. Indeß können wir hier diesen Punkt übergehen. Genug, der Entwurf stattete das Reichsgericht »eben so wie die Reichsgewalt mit vielen, zum Theil ungeheuern Befugnissen und Machtvollkommenheiten in einer Zeit aus, wo der National-Versammlung von dem Organismus beider noch nicht einmal der dürftigste Umriß vorlag.«

Die Beschlüsse kamen in so kurzer Frist zu Stande, weil man die betreffenden Gegenstände — im umgekehrten Verfahren wie bei

---

kategorischer Ton, auch wenn sie sich Geständnisse entschlüpfen läßt. Haym fährt fort: »Wir sind nicht gemeint, in Abrede zu stellen, daß die centralisirende Tendenz es hie und da in höherem Maße über die entgegengesetzte davon getragen habe, als es mit der damaligen Willigkeit der Einzelstaaten, mit dem im Partikularismus erstarrten Wesen der Verhältnisse verträglich war: aber wir wissen auch, daß die Nation, wenn ihr je wieder gestattet wäre, sich ihr großes Wohnhaus frei und nach eigenem Willen auszubauen, nicht stehen bleiben würde bei jenen mäßigen und vermittelnden Forderungen unserer Verfassung« u. s. w. Ich glaube, Haym weiß das so wenig als ich. Die Nation könnte doch auch zu der Meinung gelangen, daß ihr nur eine mindere Centralisation tauge. Ich glaube ferner, die Partei sollte das ewige Drohen mit der Revolution unterlassen. Sie verräth dadurch nur Schwäche, verfällt damit in den schlechten Ton der Demokraten und es könnte damit gehen wie mit dem Wolfsgeschrei in der Fabel. Sie hat schon einmal — im Frühjahr 1849 — so lange mit der Revolution gedroht, bis dieselbe kam, ihr aber gar nicht behagte, und die Reaktion nach sich zog, und hat die Partei damit der schlechten Erfahrungen noch nicht genug gemacht? Haym sagt an einer anderen Stelle (S. 79), »da mußte wohl (nämlich gegenüber der Linken) oft daran erinnert werden, daß das Leben des Ganzen seinen Reichthum aus der freien Bewegung aller einzelnen Glieder empfängt, daß es der Uebergänge bedarf, um so viele durch Einrichtungen, Neigungen und Interessen getrennte Staaten in Ein gemeinsames Staatsleben einzupassen, daß eine Einheit nicht durch das Aufstellen einer Formel, eines voraus bereiten Schema's geschaffen werden kann, daß nur ein Todtes, Unausführbares zu Stande kommt, wenn man damit beginnt, daß man lebendige Kräfte zerstört statt sie zu erhalten, indem man nur ihre Wirksamkeit regelt und ihnen die Richtung auf das Ganze ertheilt.«

Das war genau auch unser Grundsatz. Man differirte nur in der Anwendung, bei welcher — nach unserer Ansicht — die Reichspartei dem eigenen Princip untreu wurde oder doch nicht folgerichtig genug daran festhielt, dies vielmehr eigentlich nur that, wenn sie ein Interesse gegen die Linke dabei hatte.

den Grundrechten — eilend und ungründlich abthat, nachdem man fünf Monate lang die Zeit verdorben. Es hatte einen doppelten Grund. Einmal kamen zu den Verhandlungen über die Oktober- und November-Vorgänge in Wien ähnliche hinzu, über die bald nachfolgenden ähnlichen Vorgänge in Berlin. Diese Verhandlungen waren so aufregender Art, daß man die Geistesruhe kaum haben konnte, welche legislatorische Arbeiten erfordern. Der zweite Grund lag in zunehmender Furcht und Bangigkeit. Man behauptete freilich fortwährend den souveränen Standpunkt, namentlich bei der Verfassungsfrage, indem man einen Entwurf votirte, der auf die Staaten und Regierungen, ja selbst die Bevölkerungen und deren Willensmeinung oder zu erwartenden Widerspruch sehr wenig Rücksicht nahm. Allein man fühlte, daß der Boden unter den Füßen mehr und mehr wankte und wich. Die Regierungen der größeren Staaten gehorchten nicht und man mußte sie jetzt schonen, ihnen selbst wieder zu Kräften helfen, theils weil man ihres Schutzes bedurfte, theils weil sie sich selbst zu helfen wußten und dadurch zu Kräften kamen, daß sie sich ermannten, endlich weil man das Volk nicht aufbieten durfte, das Volk nicht hinter sich hatte, von welchem ein bedeutender Theil und grade der lauteste fort und fort nur zu unmündig, verwirrt in den Begriffen, verwahrlost oder verarmt am Rechts- und Ehrgefühl und Sinn für das Schickliche und Richtige sich zeigte. Nicht etwa bloß, daß so Viele über die Genehmigung des Dänischen Waffenstillstandes zürnten. Sie hatten nichts einzuwenden, gegen das schmähliche Treiben und die schimpflichen Zustände in Wien und Berlin, sie äußerten sich aufgebracht gegen das Parlament, d. h. dessen leidlich konservative Mehrheit, weil es die Anarchie, die Lumpokratie, die großentheils von fremden Abenteurern und Verschwörern, von Feinden Deutschlands angezettelten und geleiteten Krawalle und Empörungen in Wien und Berlin nicht in Schutz nehmen wollte, oder weil es den Aufstand in Frankfurt erdrücken lassen, oder weil es sich gegen Frevel und Unbill schützen ließ, oder weil es Windisch-Grätz nicht wegen der »Ermordung« Blum's vor Gericht stellte, während sie mit des Letztern Verhalten als auf Emeute reisendes Mitglied der konstituirenden Versammlung ganz einverstanden zu sein schienen. Je mehr man daher das souveräne Volk von der souveränen Versammlung sich abwenden sah, desto mehr eilte man mit der Verfassung fertig zu werden, wie gesagt, trotz dem souveränen Standpunkte aus eingestandener oder

geheimer Furcht, die in jener Zeit sehr deutlich vorzugsweis aus der O.-P.-A.-Zeitung hervorblickte, deren Rathschläge im Uebrigen großentheils sehr verständig waren und durch die treffendsten und lautersten Beweggründe unterstützt wurden. Man hätte sich gegen das Scheitern des Verfassungswerkes freilich besser dadurch schützen sollen, daß man das Bestreben darauf richtete, die Verfassung möglichst annehmbar zu machen. Es scheint ein Widerspruch darin zu liegen, daß man eine Verfassung beschloß, von welcher man besorgen mußte, sie werde Widerspruch finden, während man die Macht in sich schwinden fühlte, sie gegen denselben durchzusetzen. Allein hier half nun wieder ein nicht unbeträchtlicher Theil des Volkes, jener, in welchem der Einheitsschwindel so groß als eine richtige Beurtheilung der politischen Lage gering war. Mit ihm wetteiferte jener Theil der Zeitungspresse, der den idealistischen Unitarismus und die Reichspartei vertrat, um alle Diejenigen in der National-Versammlung doch wieder zu befestigen, die sich in derselben Richtung befanden, sich gern und gewohnheitsmäßig für omnipotent hielten und deren Sinn darauf stand, daß Deutschland ein einheitlicher Staat werde. Sie ließen sich durch den Adressen- und Zeitungslärm genugsam täuschen, um in der lauten und wandelbaren Tagesmeinung den wahren nachhaltigen Volkswillen zu erblicken und den Einheitsenthusiasmus für viel allgemeiner und stärker zu halten als er war.

Daß man seine Kraft weit überschätzte, zeigte sich überaus deutlich, als gleichfalls um diese Zeit — nachdem der Abschnitt vom Reichsgericht angenommen war -- auf Veranlassung mehrerer Anträge die Mediatisirungsfrage zur Sprache kam. Die National-Versammlung ging auf den Vorschlag des Verfassungsausschusses zur Tagsordnung über, und der letztere konnte sich zu diesem Vorschlage freilich um so leichter bewogen finden, weil die kleinen Staaten ohnehin, ob auch weniger zweckmäßig, mediatisirt wurden, wenn die Verfassung zur Ausführung gelangte. Mittelbar gesteht dies auch Haym, obwol er gerade hier einen Beweis finden will, daß man keinen Einheits- sondern einen Bundesstaat erzielt habe, was auch ganz richtig ist, sofern die Absicht allerdings nicht dahin ging, die Staatseinheitsidee sofort in der ganzen Strenge durchzuführen. Als jene Anträge eingebracht waren, erhob sich aus den Kleinstaaten der lebhafteste Widerspruch; es kamen Proteste über Proteste: zum Beweise, daß selbst das Volk

in den kleineren Staaten das ganz und gar nicht wollte, was die Reichsverfassung bezweckte, daß es der laut proklamirten Einheit die Opfer zu bringen ganz und gar nicht geneigt war, welche gebracht werden mußten, wenn die Einheit nach dem Verfassungsprojekt durchgeführt werden sollte. Diese Opfer traten deutlich vor Augen bei der Mediatisirungsfrage und darum wurde protestirt; daß sie auch in Folge der Annahme der Verfassung gebracht werden müßten, entging den Blicken der Meisten, und darum wurde gleichzeitig für den Frankfurter Bundesstaat geschwärmt. Es war also, wenn die Aufrichtung dieses Verfassungsgebäudes gelang, vorauszusehen, daß eine, die Dauerhaftigkeit und Erhaltung desselben schwer bedrohende Ernüchterung und Widerwilligkeit eintreten werde. Diese Beobachtung, diese Voraussicht bestärkte uns in unsern Bedenken gegen das ganze Verfassungsprojekt.

Verhandlungen über die Preußischen Angelegenheiten — Gagern's Reise nach Berlin.

Am 1. November beauftragte König Friedrich Wilhelm IV. den Grafen Brandenburg mit der Bildung eines neuen Ministeriums, worauf die weiteren bekannten Vorgänge erfolgten. Land und Leuten hätte kein größeres Unglück und kein größerer Schimpf widerfahren können, als das Aufkommen und Gebahren der Bummlerherrschaft in Berlin. Von Verbrechen und Schändlichkeiten mancher Art, von der Verkehrtheit und Schlechtigkeit der Tendenzen und Handlungen der auf dieselbe sich stützenden und wiederum sie fördernden demokratischen Linken der Berliner Kammer nicht zu reden, hatte sich die gesammte Demokratie auch dort vollkommen unfähig erwiesen. So erwies sie sich auch und namentlich durch den zu dieser Zeit in Berlin versammelten demokratischen Kongreß. Unfähig und ohnmächtig hatte sich leider aber auch der liberale Konstitutionalismus, repräsentirt vor Allem in mehr als einem der einander folgenden Ministerien gezeigt, die durch Koncessionen ihr Leben fristeten so lange es gehen wollte und den Staat dem Rande des Abgrundes immer näher brachten. Die »reine Anarchie« stand vor der Thür. Die Existenz des Königthums, des Staats stand auf dem Spiele. Was hier und was längst hätte eintreten sollen und müssen, trat nicht ein: nämlich allgemeine, tiefe, zur That übergehende Entrüstung der konstitutionellen Partei, ja der ehrliebenden ordentlichen Leute aller Parteien, überhaupt der intelligenten Klassen. Sie trat ein als der König that, was

im höchsten Sinne sein Recht und seine Pflicht war, als er, richtiger urtheilend wie die öffentliche Meinung, den rechten Mann und durch ihn die rechten Mittel zum nothwendigen Zwecke wählte. Daß dieser durch andere und welche Männer und Mittel eben so gut oder besser hätte erreicht werden können, ist nirgend nachgewiesen. Ob der Punkt, den es zu treffen galt, im Pünktchen getroffen, ob nicht links und rechts auch nebenzugehauen wurde, darauf kann es in solchem Falle nicht ankommen, wenn es sich auch haarscharf beweisen ließe. Die »öffentliche Meinung« in Deutschland — zumal der Theile des Deutschen Volkes, die am lautesten waren — die Meinung, wie sie vorherrschend in der Nord- und Mittel- und Südwestdeutschen Tagespresse bei diesen Vorgängen und deren weiterer Entwickelung sich aussprach, hätte sich nach ihrem Inhalt, ihren Forderungen und rasch wechselnden Umschlägen, d. h. ihrer Urtheilsverkehrtheit, Unbeständigkeit und Schwäche, kaum unzuverlässiger und unzulänglicher darstellen können; und durch sie stellte ein beträchtlicher Theil des Deutschen Volkes in jener Gestalt und Blöße sich dar, welche so viel als Untüchtigkeit zur Selbstregierung bedeutet, naturgemäß die Reaktion herbeizieht, Despotiegelüste hervorruft und Tyrannei begünstigt. Hiermit soll indeß nicht gesagt sein, daß letztere in diesem Falle eingetreten wäre.

In Frankfurt regnete und schneiete es Interpellationen und Anträge wegen des Konflikts der Preußischen Regierung und National-Versammlung. Hörte man H. Simon und Genossen, so hätte man denken sollen, die Spree und der Rhein ständen in Flammen. Allgemeiner Aufstand und Bürgerkrieg in Preußen war so gewiß wie zwei Mal zwei vier, wo nicht das Frankfurter Parlament im Sinne der Linken in's Mittel trat, »Energie« entwickelte, mit Einem Worte der Preußischen Regierung Krieg machte und der unschuldigen Demokratie zum Siege verhalf. Aus einem Rappard und einigen Andern seiner Gesinnung sprach offenbar die allerfesteste Ueberzeugung, woraus abermals ihre Unfähigkeit zu ersehen war, auch nur das »Volk,« die »öffentliche Meinung,« die »Revolution« und deren Gehalt, Kraft und Stadium richtig zu beurtheilen, worin sie Meister zu sein glaubten. Der Ausschuß brachte am 14. November mehr gemäßigte Vorschläge in einem Majoritäts- und einem Minoritäts-Erachten. Sie gingen darauf, die Preußische Regierung zu bestimmen, daß sie die Preußische National-Versammlung von Brandenburg nach Berlin zurückverlege

und sich mit einem Ministerium des »Vertrauens« umgebe *). Die Debatte war heftig **). Sie verlief unter dem Eindruck der vor=

---

*) Majoritäts=Erachten.

»Die Reichsversammlung wolle in Uebereinstimmung mit den von dem Reichsministerium beschlossenen Maßregeln erklären, daß sie es für nöthig erachte,

1) die königlich Preußische Regierung dahin zu bestimmen, daß sie die angeordnete Verlegung der National=Versammlung nach Brandenburg zurücknehme, sobald solche Maßregeln getroffen sind, welche ausreichend erscheinen, um die Würde und Freiheit ihrer Berathungen in Berlin sicher zu stellen;

2) daß die Preußische Krone sich alsbald mit einem Ministerium umgebe, welches das Vertrauen des Landes besitzt und die Besorgniß vor reaktionären Bestrebungen und Beeinträchtigung der Volksfreiheiten zu beseitigen geeignet ist.

Jordan aus Marburg. Zachariä. Hergenhahn. Jordan aus Berlin. Schwartz. Haym. v. Saucken. Paur aus Augsburg. Lüntzel. Falk. Wiedenmann. v. Raumer aus Dinkelsbühl.

Minoritäts Erachten.

Die unterzeichneten Mitglieder des Ausschusses, abweichend von der Majorität in der Würdigung der gegenwärtigen Verhältnisse in Berlin, und festhaltend an den Grundsätzen des Vertrages, beantragen folgende Fassung:

»Die National=Versammlung wolle erklären, daß sie es für nöthig erachte:

1) die königlich Preußische Regierung dahin zu bestimmen, daß sie die angeordnete Vertagung und Verlegung der Preußischen National=Versammlung, als mit dem Wesen und dem Rechte einer Versammlung zur Vereinbarung der Verfassung unverträglich, aufhebe;

2) daß erforderlichen Falles Maßregeln getroffen werden, welche ausreichend erscheinen, die Würde und freie Berathung der Versammlung in Berlin sicher zu stellen;

3) daß die Krone Preußen sich alsbald mit einem Ministerium umgebe, welches das Vertrauen des Landes besitzt und die Besorgnisse vor reaktionären Bestrebungen und Beeinträchtigung der Volksfreiheiten zu beseitigen geeignet ist.«

Werner aus Coblenz. Krafft aus Nürnberg. Giskra.

**) Sehr merkwürdig war darin ein Geständniß, das Löwe von Kalbe ablegte. Er versicherte »nach den genauesten Untersuchungen«, daß »kein Land weniger eine Revolution nöthig gehabt hätte, als gerade Preußen.« Daraus folgte, daß die Regierung ganz Recht hatte, der muthwilligen Thorheit ein Ende zu machen. Indeß hatte kein Deutsches Land eine Revolution nöthig gehabt. Daß die Kontrerevolution ihrerseits auch wieder in Thorheit, Muthwillen, Unrecht verfallen kann, ist eine andre Sache.

waltenden Ansicht und Stimmung, wie wenn die Deutsche Bewegung sich nach der linken Seite wende, ein neuer Ausbruch der Revolution bevorstehe. Die Linke der National-Versammlung wähnte sich ihrem Ziele sehr nahe, sie nahm noch einmal ihre ganze neu belebte Kraft zusammen. Im Centrum täuschte man sich weniger über die Sachlage, wenn auch Viele übermäßig die Demokratie und die Revolution oder die Reaktion fürchteten. Die meisten Mitglieder des Reichsministeriums und auch Gagern hielten die Bewegung für ungefährlich, die Regierung ihr gewachsen; sie meinten, daß die wahren und nachhaltigen Sympathien des Volks ihr zu- und der Demokratie abneigten, für die es augenblicklich sich habe hinreißen lassen zu schwärmen und zu lärmen, die es aber bald aufgeben werde; sie meinten, daß die National-Versammlung und Centralgewalt nur sehr vorsichtig in diese Angelegenheiten des Preußischen Staates hineingreifen dürften. Ich bin heute noch fester wie damals überzeugt, daß der einzig und allein staatsmännische Antrag der von Vincke auf die Tagesordnung war *). Er wurde mit 390 gegen 45 Stimmen verworfen. Die Linke fiel durch mit ihren Sturm-Anträgen. Der Antrag der Ausschußmehrheit siegte mit 239 gegen 189.

Inzwischen waren zuerst Bassermann und sodann Simson und Hergenhahn mit ähnlichen Aufträgen, wie Welcker und Mosle sie erhalten hatten, als Reichskommissäre nach Berlin entsendet. Schon bevor er es möglicher Weise hätte wissen können, wollte Rappard

---

*) »In Erwägung, daß:

1) die Preußische Regierung bei den von ihr getroffenen Anordnungen formell und materiell in ihrem verfassungsmäßigen Rechte war;
2) daß ein Urtheil über die Zweckmäßigkeit derselben von hier aus zur Zeit nicht erfolgen kann;
3) daß Dasjenige, was im Interesse Deutschlands hierin vorzukehren war, bereits durch das Reichsministerium eingeleitet worden ist:

geht die National-Versammlung über die ihr vorgelegten Anträge zur motivirten Tagesordnung über.«

Ich enthielt mich der Abstimmung sowol über diesen als den Ausschußmehrheitsantrag. Das Kasino, dem ich angehörte, hatte die Zustimmung zum letztern zur Parteifrage gemacht. Ich konnte die meinige nicht geben und wurde eben jetzt mehr und mehr der Kasinopolitik satt. Indeß trennte ich mich auch sehr ungern von so vielen geachteten Freunden. Der Versammlung und der Sache war ich mein Votum nicht schuldig, da das Resultat vor der Abstimmung feststand.

wissen, daß Bassermann dem Beschlusse entgegen sich auf die Seite der Krone gestellt habe und brachte demgemäß am 18. einen Antrag, wodurch verhindert werden sollte, daß Preußen in namenloses Unglück gestürzt werde u. s. w. Der Antrag nebst ähnlichen Anträgen wurde an den Ausschuß verwiesen, was den Antragstellern nicht gefiel. Sie zogen ihre Anträge zurück. Der Ausschuß fand sich bewogen, einen selbständigen Bericht und Antrag vorzulegen, was am 20. geschah. In dem letzteren wurde die Forderung des Ministerwechsels wiederholt, der auf Suspension der Steuererhebung gerichtete Beschluß der Berliner Versammlung für null und nichtig erklärt und eine Gewährleistung der Rechte und Freiheiten des Preußischen Volkes ausgesprochen *). Man stimmte zuerst ab über einen der anderweit gestellten Anträge. Er rührte von Zell her; die Preußische Regierung sollte durch die Centralgewalt »angehalten« werden u. s. w. Er wurde mit 273 gegen 184 Stimmen abgelehnt. Hierauf wurde der erste Absatz des Ausschußantrags mit 393 gegen 6 Stimmen, der zweite mit 275 gegen 150 und der dritte mit 277 angenommen **). Die Reichskom=

*) »Die Reichsversammlung, in Verfolg ihrer Beschlüsse vom 14. d. M., und in Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Ereignisse, fordert die Centralgewalt auf, durch die in Berlin anwesenden Reichskommissarien hinzuwirken auf Ernennung eines Ministeriums, welches das Vertrauen des Landes besitzt.

»Sie erklärt den auf Suspendirung der Steuererhebung gerichteten, offenbar rechtswidrigen, die Staatsgesellschaft gefährdenden Beschluß der in Berlin zurückgebliebenen Versammlung ausdrücklich für null und nichtig.

»Sie erklärt endlich, daß sie die dem Preußischen Volke gewährten und verheißenen Rechte und Freiheiten gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung schützen werde.«

**) In den Flugblättern vertheidigte Bernhardi zu dieser Zeit den Beschluß vom 14. gegen die Ansichten der Linken. Einer meiner Freunde von der rechten Seite nahm die rechtliche Möglichkeit der Auflösung auch einer konstituirenden Versammlung in Schutz. Ein anderer Freund zeichnete mit derben Strichen die eben jetzt in ganzer Nacktheit sich erweisende Nichtswürdigkeit eines großen Theils der Zeitungspresse. Die Linke überrumpelte damals den größesten Theil des Centrums zu dem leidigen Beschlusse einer Todtenfeier für Blum, und man ließ sich dazu überrumpeln. Desselben mich mitschämend, suchte ich die Ehre der Partei zu retten so gut ich konnte, obwol ich entgegengestimmt hatte. Mittelbar bekam indeß auch sie zu hören, wie sie mitgewirkt habe bei der Ausbeutung des Schicksals jenes Abgeordneten zur Verwirrung der Begriffe, zur Aufstachelung der schlechtesten Leidenschaften im Volke, dabei mitge=

missäre in Berlin sollten die Durchführung der Frankfurter Beschlüsse erwirken.

So war es dem politischen Verstande, der konstitutionellen Gesinnung, den Anstrengungen des Centrums und der Rechten gelungen, den Ausbrüchen des Revolutionstriebes einen Damm entgegenzustellen. In der Nummer 156 der Deutschen Zeitung vom 8. Juni 1849 las man: »Eingedenk dieser hohen Aufgabe (eine Verfassung für das ganze Deutschland zu Stande zu bringen) bestrebte sich das Centrum auch in dieser zweiten noch blutigeren Krisis (nach der durch den Waffenstillstand herbeigeführten) die Re-

---

wirkt habe aus Furcht. In einem anderen Artikel wies ich, zur Warnung auch für sie, auf den Verlauf der Revolutionen hin und erinnerte wiederholt daran, daß bei einer gründlichen Reform, bei weiser Beschränkung auf Abstellung der wahren Mißbräuche Alles gewonnen werden könne, bei einer Revolution aber Alles auf dem Spiele stehe, ohne daß ein größerer Gewinn auch nur von fern zu erwarten. Erinnerungen an die Folgen etwaigen Machtmißbrauchs nach Berlin hin fehlten auch nicht. Dann aber wurde das Dogma von der Nothwendigkeit der Majoritätsministerien und von der Sünde, Männer wie Brandenburg und Manteuffel berufen zu haben und das Publikum in der Nähe und Ferne wegen seines verkehrten Verhaltens und Hereinmischens, wegen der Verblendung angegriffen, womit es sich von den Demokraten zu deren Zwecken so vielfach bei der Nase führen ließ. »Daß die Reichsversammlung, schrieb ich am 4. December, jener doch größtentheils künstlich erregten Meinung von der Impopularität des Ministeriums Brandenburg gefolgt ist ohne hinlänglich zu prüfen, daß sie der Krone den Rath gegeben hat, ein Ministerium zu entfernen, dessen dieselbe schwerlich alsbald entbehren konnte, das scheint mir bedenklich und keine gute Basis zu einem vermittelnden Einwirken der Centralgewalt zu sein; der Vermittelung steht übrigens unter Anderem auch die kannibalische Rohheit entgegen, die bubenmäßige Ungezogenheit, womit die Versammlung den König behandelt hat. Diese Versammlung — wie kann man ihr vertrauen, wer kann es, wer noch Achtung vor ihr haben? Und ist dies unmöglich, so vermag ich nicht einzusehen, wie man überhaupt mit ihr fortkommen will, die Verfassung mit ihr zu Stande bringen kann? Und doch sollte fort und fort darauf bestanden werden, daß die Krone sie zurückverlege nach Berlin?« Und nun war es gänzlich vorbei mit der »Popularität« der Flugblätter; ihre »Freisinnigkeit« wich gar zu sehr der Tendenz zur »Reaktion.« Auch im Centrum schüttelten immer mehr Freunde den Kopf. Ich kann sagen, es wurde mir unendlich schwer, mich von ihnen mehr und mehr zu trennen. Des Beifalls der Menge kann man leicht entbehren, Tadel und Anfeindung vom Gegner ist nicht selten erfreulich und wohlthätig anregend.

gierungen von Oesterreich und Preußen gegen die nivellirenden Anträge der Linken zu stützen. Vielleicht war dies der erste Fehlgriff!« — Wie so? — »Der Dank äußerte sich nicht in einem engen Schutz- und Trutzbündnisse mit dem Centrum, sondern« u. s. f. Dies die Ansicht im Centrum. Nach meiner Ansicht verhielt es sich folgendermaßen. Die Beschlüsse, welche das Centrum gegen den Willen der klügeren und festeren Rechten durchgesetzt hatte, wiesen auf eine wenigstens theilweis auch in ihm waltende falsche Beurtheilung der Kraft der Revolution und insbesondere der Preußischen Zustände und der in den höchsten Berliner Kreisen herrschenden politischen Anschauung und des Ansehens und Einflusses der National-Versammlung zurück und setzten diese in Gefahr, kompromittirt zu werden. Sie waren nicht frei vom Liebäugeln mit der anarchischen Tagsmeinung. Selbst Haym sagt, »ein leiser Einfluß der populären Stimmung lenkte unsere Versammlung von dem Wege strengerer Klugheit ab,« u. s. w. Und von dem Wege strengeren Rechtes muß man hinzusetzen. Haym gesteht ferner, die Forderung des Ministerwechsels habe »eine Schwächung der Regierung, die man unterstützen wollen, die Wiederholung dieser Forderung eine Schwächung des eigenen Ansehens enthalten,« und das Votum vom 14. sei »stark genug gewesen, die Preußische Regierung zu verletzen, zu schwach, ihre demnächstigen Schritte zu dirigiren;« eine Hülfe sei ihr gebracht, »kräftig genug, die Anarchie zurückzudrängen, nicht unumwunden genug, die Unterstützten zur Dankbarkeit zu zwingen.« Die Beschlüsse waren wesentlich das Werk der Kasino-Partei. Haym erzählt im Einzelnen, wie dieselbe darauf eingewirkt und von welchen Motiven sie dabei geleitet sei. Es wird danach nicht in Abrede gestellt werden können, sie wollte die Preußische Krone dahin bringen, daß sie demnächst der Frankfurter Versammlung oder eigentlich den Kaiserlichen ihre Existenz verdanke und zur Ausführung der Verfassungspläne des Centrums die Hand reiche. Eben deshalb wollte sie Brandenburg und Manteuffel stürzen. Daß dies ihr eigentliches, wenn auch nicht allen ihr Angehörenden bewußtes Motiv gewesen, wurde jedenfalls in Berlin angenommen und mittelbar gesteht es auch Haym *). Die

*) S. Seite 34 ff., insbesondere die Worte: »Man war, um ein Einzelnes hervorzuheben, mit Recht voll Ungeduld über das Ministerium Brandenburg. Wie damals die Sachen standen, so war die Dauer dieses

Berliner Reichskommissäre wurden durch die Beschlüsse der National-Versammlung in eine eben so schiefe Stellung gebracht wie die nach Wien entsendeten. Eben deshalb konnten jene so wenig ihren Auftrag erfüllen, wie diese den ihrigen, eben deshalb fanden beide eine gleich schlechte oder gute Aufnahme und Behandlung. Als im Reichsministerium am 29. Oktober die Absendung eines Reichskommissärs beschlossen worden, hatte die Preußische Regierung in einem sehr rebellischen Tone protestirt. Sie gab keine Antwort auf Bassermann's Frage, ob sie das Werk der Deutschen Verfassung, so wie es aus den Händen der National-Versammlung hervorgehen werde, annehmen wolle. Simson und Hergenhahn bekamen von ihr zu hören, sie werde sich selbst helfen, es handle sich um eine innere Angelegenheit Preußens, wobei der Centralgewalt und National-Versammlung kein Recht des Einschreitens und Vermittelns zustehe. Ja, der Berliner Gesandtschaft widerfuhr noch Aergeres wie der Wiener. Es wurde nur mit mehr Stillschweigen hingenommen und mit mehr Beflissenheit und Glück vertuscht. Die Blätter der Reichspartei thaten in dieser Beziehung was sie vermochten. Es lag im Interesse der Partei, auf die Preußische Regierung ein möglichst günstiges, auf die Oesterreichische ein möglichst ungünstiges Licht fallen zu lassen. Genug, die Reichskommissäre konnten in

---

Ministeriums an die Dauer der ganzen Katastrophe geknüpft. Gab es ein sichreres Mittel, dies Ministerium zu beseitigen, als die Beschleunigung jener Katastrophe, und mußte nicht diese Beschleunigung um so eher gelingen, je einfacher und kräftiger wir die Krone in der Durchführung nothwendiger Maßregeln unterstützten? Mit dem Interesse der Einheit endlich war es ebenso beschaffen wie mit dem der Freiheit. Siegen wird ja in diesem Streite die Preußische Regierung gewiß. Nach dem Siege aber wird sie stark sein. Das wieder gestärkte Preußen wird sich Preußischer fühlen als je; es wird dem Eingehen in das Einigungswerk schwer zu überwindende Schwierigkeiten entgegen setzen. Wenn es jedoch eingestehen müßte, daß die Hälfte seiner Rettung bei uns gewesen: wie wäre es dann von Neuem auf denjenigen Punkt hingewiesen, aus welchem ihm ja nach unser aller Meinung in Zukunft seine Stärke und ein verjüngtes Leben quellen soll, wie wäre dann zwischem Deutschem und Preußischem Wesen ein neues unzerreißbares Band geschlungen, das man menschlich ein Band der Dankbarkeit, politisch ein Band nothwendiger Beziehungen nennen möchte.« — Damals wollte die Reichspartei jenes Ministerium zum Sturze bringen und die Rechte und in ihr Detmold widersetzte sich. Wie die Stellungen und Rollen seit der Gothaer Versammlung gewechselt haben!

Berlin nichts ausrichten, und riefen Gagern zu Hülfe, der am 24. November schleunigst dahin abreiste, aber auch nichts ausrichtete. Man wollte sich dort dergleichen Einmischungen in die eignen Angelegenheiten schlechterdings nicht gefallen lassen, zumal da man im Stande war selbst damit fertig zu werden. Die Nat.-Vers. und die Centralgewalt hatten — jene durch ihre Beschlüsse, diese durch die Proklamation des Reichsverwesers vom 21. *) eher erbittert als Aussöhnung angebahnt. Sie hatten eine vermittelnde Stellung über den Parteien, eine Stellung über der Preußischen Landesversammlung und der Krone angenommen, welche der König und sein Ministerium nicht geneigt waren, als berechtigt anzuerkennen. Solcherlei Zumuthungen abzuweisen glaubten letztere nicht bloß die Macht zu besitzen, sondern auch das Recht, und sie hatten die Frankfurter Hülfe nicht angerufen. Noch mehr, man hielt diese Hülfe nicht bloß für eine Art Ungebühr und ihre Annahme für unnöthig, sondern obenein für schädlich; man glaubte besser zu wissen was Noth thue, glaubte, daß die angerathenen Maßregeln Erneuerung der bisherigen Verlegenheiten zur Folge haben und die begonnene Selbsthülfe stören oder vereiteln würden, glaubte in der politischen Ansicht und Kunst Frankfurt überlegen zu sein. Man glaubte eben um wieder zu Kräften zu gelangen, der Partei der Unordnungen für den Augenblick gerade keinerlei Koncessionen machen zu dürfen, und so etwas verlangte Frankfurt. Sie sollten freilich nur dem Konstitutionalismus und der öffentlichen Meinung gemacht werden. Allein diese war krank und mißleitet, jener paßte nicht in die momentane Situation. Man mißtraute offenbar der Reichspartei und ihren Intentionen. Die Lockung mit der Deutschen Kaiserkrone war vergeblich. Jedenfalls wollte man die Bedingungen nicht zugestehen. Man mißtraute dem ganzen politischen Systeme des Südwestdeutschen Liberalismus und der Reichspartei, erblickte darin vielleicht zur einen Hälfte Wahr-

---

*) Die Reichsversammlung hat verlangt — sie hat die Rechte und Freiheiten des Preußischen Volkes feierlich verbürgt — Schutz zugesagt — ihr Ausspruch ist oberstes Gesetz für Alle — Ich werde die Bürgschaft der Rechte des Preußischen Volkes zur Geltung bringen u. s. w. Sodann die direkte Zusendung von Exemplaren an die Oberpräsidenten. Der König sollte gesagt haben, wenn ihn der Erzherzog mediatisiren wolle, so möge er es lieber gerade heraussagen. Die neue Preußische Zeitung fuhr sehr scharf über die Proklamation her, und man versicherte, der Artikel drücke die eigenste Ansicht des Königs aus.

heit, zur andern gewiß Zeitvorurtheil, und Ausdruck desselben war Alles was von Frankfurt kam, Beschlüsse der National-Versammlung, Depeschen der Centralgewalt, Reichskommissäre. Es scheint, daß auch die Persönlichkeiten der letztern in Berlin für sehr unzulänglich galten, die Preußischen Staatsmänner zu lehren, wie man Preußen regieren müsse, — diese Politiker aus den kleinen Staaten, Bassermann und Hergenhahn, und auch Simson, der ihrer Anschauung sich hingegeben. Aehnlich verhielt es sich mit Gagern, und noch mehr, man mochte ihn für bedeutender und gefährlicher als jene, schwerlich aber für zulänglicher halten mit seinen Ideen von Einheit, Volkssouveränität, Reich Deutscher Nation, Auflösung Preußens und dergl. Kurzum, auch er richtete nichts aus. Der Zweck, weshalb er, das vornehmste Haupt der Reichspartei, in Berlin erschien, bestand im Zustandebringen jenes »Schutz- und Trutzbündnisses« zwischen der Preußischen Regierung und dem Centrum der Frankfurter Versammlung, und daß man an so etwas dachte, darum reiste u. s. w. war ein starker Beweis, wie wenig man Preußen kannte, und wie ganz irrig man die eignen Kräfte und Mittel und die Preußischen berechnete. Wenn die Reichspartei das Streben und Wollen des Parlaments und Volkes mit den Tendenzen, mit dem auf eine Reform der früheren Verfassung gerichteten Willen des Königs in möglichsten Einklang zu bringen suchte, wenn Parlament und Volk ihre Kraft zu dem was der König wollte hinzuthaten, dann hätte die Reichspartei ein fruchtreiches Bündniß zu Stande gebracht und eine Besserung des Deutschen Staatswesens hätte gelingen müssen, welche den wesentlichsten und segensreichsten Fortschritt in sich schloß. Allein es war der Reichspartei nicht gegeben, das erreichbare Gute zu würdigen und zu wollen.

Der erste Artikel ihres beabsichtigten Phantasiebündnisses lautete: Frankfurt verbürgt die Ordnung und den Gehorsam in Preußen, Preußen vollzieht die Beschlüsse der National-Versammlung. Allein auch Gagern konnte kein Versprechen der Annahme desselben erlangen, und Hergenhahn und Simson — Bassermann war nach Frankfurt zurückgekehrt — erging es noch schlimmer. Sie hatten freilich — die Verhandlungen nach Gagern's Rückreise fortsetzend — aus guter Quelle am 5. oder 6. December vernommen, daß ein Ministerium Vincke in der Bildung begriffen sei — und auch Vincke war zur Stelle geeilt; er hatte wie Gagern am 26. November Audienz beim Könige gehabt. Am 6. December (oder vielleicht am

7., ich könnte irren,) erneuerten die Reichskommissäre dem Grafen Brandenburg ihre Vorstellungen. Der Graf entgegnete, er könne sich im Augenblick auf nichts einlassen; er theilte ihnen — nicht den Rücktritt — sondern die Vervollständigung des Ministeriums durch v. d. Heydt und Bülow mit. Sie kehrten in ihr Hotel zurück, und lasen nach einer halben Stunde zu ihrer höchsten Ueberraschung im Staatsanzeiger die königlichen Verordnungen vom 5., wovon ihnen Graf Brandenburg auch nicht ein Wort zu sagen für gut gefunden hatte; so daß sie im ersten Zorne ihre Abreise beschlossen und nur darüber verschiedener Meinung waren, ob sie den Beschluß auf der Stelle ausführen oder zuvor einen fulminanten Protest erlassen sollten. Genug, die Landesversammlung wurde nicht zurückverlegt, das Ministerium blieb im Amte, die Beschlüsse der National-Versammlung wurden nicht vollzogen. Der erste Artikel des Paktums fiel zu Boden.

Es scheint, im November, als die Kraft der Preußischen Regierung wieder hergestellt wurde, beschlossen die Freunde des Preußisch Deutschen Kaiserthums, mit der Ausführung ihres Gedankens oder doch den Vorbereitungen einen ernstlichen Anfang zu machen. Camphausen, die Preußischen Abgeordneten faßten frischen Muth und er wuchs ihnen sehr rasch. So lange ihre Regierung so schwach und gelähmt gewesen, hatte es ihnen am Rückhalt gefehlt. Die Subkommission des Verfassungsausschusses arbeitete an dem Kapitel vom Oberhaupt. Sie beschloß, geradezu einen Paragraph hineinzusetzen, der die Bestimmung des Königs von Preußen zum Erbkaiser enthielt. Er stand auch schon in der mundirten Handschrift zu der Zeit, als sich Gagern in Berlin befand, wurde aber nach seiner Rückkehr getilgt. Die Vorgänge in Oesterreich und Preußen gaben den Anlaß oder sollten doch als solcher benutzt werden, den Plan zur Ausführung zu bringen. Es lag nahe zu argumentiren: der Preußische Staat ist tief zerrüttet, das Preußische Volk, Berlin namentlich, hat sich nicht sonderlich tüchtig, die Preußischen Staatsmänner haben sich, die Einen nach den Andern, gegenüber den Schwierigkeiten, mit welchen sie zu kämpfen hatten, gegenüber der Revolution bis zu diesem letzten Moment nicht tüchtiger und zu einem großen politischen Unternehmen wenig befähigt, auch die Krone hat sich schwach genug gezeigt. Man gab

Versprechungen, die man nicht halten, eine Verfassung nebst übermäßigen Freiheiten, womit man nicht regieren konnte. Man schwankt her und hin zwischen vorschnellem Fortschritt und Reaktion. Also ist dieser Stamm, dieser Staat, dieser Kreis von Staatsmännern, dieser Fürst nicht geeignet zu einem noch viel größern Unternehmen an die Spitze zu treten, unbeschadet aller ihrer sonstigen nicht in Abrede zu stellenden Vorzüge und Ehren. Allein der Gedankengang der Kaiserlichen war ein Andrer und ohne Frage der: Oesterreich — und dieser erste Satz war jedenfalls nicht eben großmüthig — hat so viel mit sich und seinen Verlegenheiten zu thun, daß es seine Ausschließung durch Errichtung eines Preußischen Deutschen Kaiserthums nicht zu hindern vermag. Auch in andern Beziehungen ist der Augenblick günstig. In Frankfurt hat man die wichtigsten Stücke einer Verfassung doch schon in erster Lesung angenommen, auf welche die Oesterreichische Regierung nicht eingehen kann. Sie befindet sich kaum in der Lage, bestimmte Gegenvorschläge machen zu können, und sollte sie es thun, so werden dieselben nicht mit Beifall aufgenommen werden. In Wien verschmäht man — dies wurde in dieser Zeit kund; wir kommen noch darauf — die Seitens der Reichsversammlung angebotene Vermittelung; man will sich selber helfen, behandelt die Frankfurter Beschlüsse und Reichskommissäre nicht sonderlich rücksichtsvoll und ergreift Maßregeln, welche sehr nach Absolutismus aussehen, und darüber ist die Meinung, die Presse, die Nationalversammlung, insbesondre die Linke und Alles, was in dem Gedanken von der höchsten Machtbefugniß des Parlaments lebt, sehr verstimmt. In Berlin steht es freilich wie in Wien, allein von dort ist noch Alles zu hoffen, wenn alle Kraft dorthin geworfen wird. Zum wenigsten wird man dort dem für Preußen eingerichteten Verfassungsprojekte nicht entgegentreten. Hierdurch wird die Meinung mehr und mehr für Preußen gewonnen, die National-Versammlung beschließt: der König soll der Deutsche Erbkaiser sein und er nimmt die Krone an.

So gelangte man zum zweiten, vorerst noch geheimen Artikel des beabsichtigten Schutz- und Trutzbündnisses. Wollte man sich nun auch auf die Frage nicht einlassen, ob der geeignete Mann zu so großen Dingen vorhanden sei, so war doch wesentlich an der Einwilligung des zum Kaiser designirten Königs gelegen, und sie mußte nach seinen bisherigen Erklärungen vom März an sehr zweifelhaft erscheinen. In einem Leitartikel der Deutschen Zeitung

— der Haupttrompete des Preußischen Kaiserthums — datirt vom 27. April 1849, war die Rede von jenen Vorschlägen, auf welche man, nachdem der König zu Anfange des Aprils 1849 aus »überempfindlichem Legitimitätssinn« abgelehnt, in der National-Versammlung kam: Einsetzung einer Regentschaft, sodann Beeidigung des Militairs auf die Reichsverfassung u. s. f. Da hieß es denn: »Das Eine ist so unmöglich wie das Andere. Entweder wir machen eine Erbmonarchie — dann müssen wir auch einen Erbmonarchen haben, aber einen wirklichen von Fleisch und Blut. Oder wir können den regierenden Fürsten, den wir brauchen, für unsern Erbkaiserthron nicht finden — dann können wir aber auch das Erbkaiserthum nicht machen, dann fällt unsere ganze Verfassung, die nur auf dieser Grundlage beruht, zusammen, und wir müssen eine neue auf andern Grundlagen errichten.« Ein paar Tage später, am 4. Mai 1849, sagte Beseler (von Greifswalde) der Linken, welche die Aufstellung eines Parlamentsheeres forderte, man müsse bei jeder Maßregel überlegen, ob man die Personen habe sie auszuführen. Doch sah man dies auch schon — oder aber man sah es nicht im März 1849, sondern 1848 im November ein und Gagern ging eben auch deshalb nach Berlin, um den König zur Einwilligung zu bestimmen. Raumer klagt, wenn ich nicht irre, schon in seinen Briefen aus dem ersten Zeitraume der National-Versammlung, daß seine Landesregierung die Preußischen Abgeordneten über ihre Absichten in Beziehung auf die Verfassung gänzlich im Dunkeln lasse, keinem auch nur einen Fingerzeig gebe, der als Anhaltspunkt benutzt werden könnte. Wir werden hören wie er späterhin jammert über der Preußischen Regierung und Camphausen's Stummheit. In der That erklärte sich Preußen so wenig wie Oesterreich, doch wurde vorzugsweis das Letztere deshalb verklagt, und hundertfach wurde wiederholt, man müsse Oesterreich unberücksichtigt lassen bei der Verfassung, es ausschließen, denn es erkläre sich ja nicht. Weil nun aber kein Wort aus Preußen herauszubringen war, ob es das Frankfurter Verfassungsprojekt billige und annehmen werde, und weil so starke Zweifel daran sich aufdrängten, so mußte die Sendung eines einflußreichen angesehenen Führers der Reichspartei um so nöthiger erscheinen. Als Gagern abgereist war sprach die Deutsche Zeitung (Nr. 316) die zuversichtlichste Hoffnung aus, daß ihm die »Vermittelung« gelingen werde. »Es ist das Vaterland, welches durch den Mund seines besten

Mannes zum Könige redet. Wenn der König sein Herz dagegen verhärten will — wer kann es ihm jetzt wehren?« u. s. f. Allein es war nur die Meinung einer allerdings patriotisch gesinnten Partei, welche durch den Mund ihres besten Mannes zum Könige sprach, der sich seinerseits nicht dawider verhärtete, sondern bei gleichfalls tiefer Empfindung und hohem Schwunge, bei achtbarem Rechtsgefühle, auch wol überlegener Ansicht und vielleicht — es ist doch allerwenigstens die Frage — zu seinem, Preußens und Deutschlands Glücke fest dawider blieb.

Gagern hat den König drei Mal gesprochen, das eine Mal am 27. November in dreistündiger Audienz. Es war ein fast seltsames, ein schweres Unternehmen für Gagern, ein eigenthümlicher Auftritt. Man möchte an Marquis Posa und König Philipp denken, allein vom letzteren hat Friedrich Wilhelm keinen Zug. Nur in den Rollen lag eine Aehnlichkeit. Poeten in der Politik sind vielleicht beide Männer, nur nach verschiedener Richtung, haben auch vielleicht das gemein, daß Jeder den Andern eben deshalb für keinen Staatsmann hält. Wie dem sei, Gagern stieß auf den Gegensatz der Naturen, der ganzen Anschauung, der zwischen dem Könige und ihm bestand, den er kannte, der ihm schon in Köln ziemlich scharf entgegengetreten war. Gagern erschöpfte seine Beredtsamkeit, der König erwiederte ausführlich. Die Antwort bestand in einem entschiednen, festen, wohlmotivirten Nein! Sein Gefühl scheint sich schon dawider gesträubt zu haben, daß hier zum Gegenstande heimlicher Verhandlungen gemacht wurde, was nach seinem Sinne ordentlicher Weise Sache der offensten Verständigung aller Deutschen Fürsten und Staaten sein sollte. Er entgegnete im Wesentlichen: »es ist an sich ungerecht, daß mir die Krone angetragen wird, daß ich sie annehme; Rechte dürfen nicht willkürlich gekränkt werden; der kleinste und unmächtigste meiner Mitfürsten hat dasselbe Recht wie ich. Frei werden die größeren nimmermehr zustimmen und ich will kein Usurpator sein. Der Plan ist, wenn Oesterreich bei Deutschland verbleiben soll, und wenn es ausschiede, in Hinsicht auf die Königreiche nicht ausführbar. Das Haus Habsburg steht voran und ich bin persönlich nicht geeignet, bin kein Friedrich I. noch ein Friedrich II., will nur sein was ich sein kann, ein guter und gerechter König. Wenn Oesterreich ausschiede, so würde Deutschland ein getheiltes und gemindertes werden und ich mag nicht nach Herstellung des Kaiserthums der erste

Kaiser eine verstümmelte Krone tragen. Ich würde auch die Leitung nur eines schwachen Reiches überkommen. Meine Krone würde schwach sein durch die Widerwilligkeit der unterworfenen Dynastien, durch die Macht so mancher unaustilgbarer Antipathien, der katholischen, der süddeutschen, durch die erregte Eifersucht und Mißgunst der auswärtigen Mächte, durch ihren Ursprung« *). Gagern hatte vergebens Sturm gelaufen auf den Willen des Königs. Noch einmal beim Abschiede kam er mit zwei Worten auf seinen Angriff zurück, der auch dieses Mal mit derselben Bestimmtheit und auf eine sehr geistreiche Weise abgeschlagen wurde. Doch kommt es hier auf das Nähere davon nicht weiter an. In dem Kreise, in welchem über jene längere Audienz berichtet wurde, war nicht die Rede davon und ich will, als von bloß Anekdotischem auch nicht weiter davon sprechen, so charakteristisch es sein mochte **).

---

*) In seiner zu Bremen gehaltenen Rede erwähnt Gagern, der König habe gegen ihn geäußert: »Wie können Sie von mir verlangen, daß ich Kaiser werde, während sich die Vorgänger mit ihrem Kaisertitel Mehrer des Reichs nannten?«

**) Nach Gagern suchten die Reichskommissäre Audienz beim Könige zu erhalten. Sie wurden im Vorzimmer vom Generaladjutanten des Königs empfangen, der ihnen im Auftrage desselben erklärte, nachdem Gagern, der beredteste Wortführer der Sache, schon bei ihm (dem Könige) gewesen, könne er eine Unterredung mit ihnen nur als eine Formalität betrachten; er hege aber zu viel Achtung vor ihnen, um eine solche mit ihnen vorzunehmen. — Zur Vergleichung lasse ich hier noch einen Korrespondenzartikel der Deutschen Zeitung aus der zweiten Beilage zu deren № vom 9. Mai 1849 folgen:

Berlin, 3. Mai. Der Korrespondent der Daily News in Berlin schreibt demselben über die letzte Zusammenkunft Beckeraths mit dem Könige Folgendes, was er aus »guter Quelle« zu haben behauptet: »Der Frankfurter Minister machte zuerst die bekannten Gründe geltend, die in einer öffentlichen Adresse Platz finden können, wie daß die Größe und das Glück Deutschlands von dem Preußischen Kaiserthum abhänge u. s. w. Hierauf antwortete der König: »Wenn ich ein Friedrich II. wäre, so würde ich annehmen; aber das ist nicht mein Charakter. Ich fühle, daß ich nicht dazu gemacht bin, eine solche Rolle zu spielen; ich habe keinen innern Beruf dazu, und ich habe die Ansicht, daß jeder Mensch in Uebereinstimmung mit seinem innersten Wesen handeln muß, und daß der, welcher in einen Wirkungskreis tritt, für den er von Natur nicht gemacht ist, seiner Bestimmung widerspricht und daß nichts, was er unternimmt, gelingen kann. Er wird das Verderben auf sich und auf Alle, die von ihm abhängen, herabziehen. Diese meine Ansicht mag wahr oder falsch

Das Angeführte über seine längere Unterredung mit dem Könige berichtete Gagern als Ergebniß seiner Reise in einem kleinern Kreise, in welchem auch ich mich befand. Anwesend waren Beseler (von Greifswalde), Droysen, Hans von Raumer und einige Andre. Die Gründe weshalb dies wichtige Reiseergebniß nicht allen Denen offen mitgetheilt wurde, welche das Preußische Kaiserthum im Sinn hatten, überlasse ich Andern darzulegen. Es wäre sehr wünschenswerth oder selbst nöthig gewesen, daß jeder Mitstrebende genau wußte, wie es mit der Sache stand. Indeß hoffte man fort und fort, der König werde am Ende doch annehmen, man täuschte sich selbst und es ging von dieser Zeit an immer weiter mit den Selbsttäuschungen der Kaiserlichen. Ein Geheimniß wird hier übrigens nicht ausgeplaudert. Was selbst nur einem Dutzend Leuten bekannt, ist und kann kaum Geheimniß sein. Man sprach nicht gern, doch wurde vielfach davon gesprochen, auch im Kreise von Nicht-Abge-

---

sein, aber sie ist zu einer eingewurzelten Ueberzeugung geworden, und es ist mir unmöglich, dagegen zu handeln.« Nachdem Beckerath auf den Patriotismus oder den Ehrgeiz des Königs vergebens zu wirken gesucht, versuchte er es mit der religiösen Seite, und meinte, es sei seine Pflicht als Christ, die kaiserliche Krone anzunehmen. Auf diesem Boden fand natürlich Herr Beckerath an dem König einen mehr als ebenbürtigen Gegner. Als der Gesandte so mit seinem Vorrath von Gründen zu Ende war, war er im Begriff, sich zurückzuziehen und bemerkte noch: »Radowitz meint, daß Sie es annehmen müßten.« Dies schien auf den König einen tiefen Eindruck zu machen. »Wie — Radowitz! Radowitz war immer meiner Meinung — das ist merkwürdig — Radowitz verändert!« Beckerath sah, daß er einen verwundbaren Punkt berührt, und nachdem er etwas näher in die Ansicht Radowitzs eingegangen war, verließ er den König in einer nachdenklichen Stimmung.«

Ich vermag hier weder zu bestätigen noch zu widersprechen, glaube aber Grund zu haben, das letztere, Radowitz Betreffende, für gänzlich apokryph halten zu dürfen. Aehnliches ließe sich übrigens noch Vieles beibringen. In einem Artikel der Beilage zur № 139 der Allgemeinen Zeitung (vom 19. Mai 1849) hieß es z. B.: »Man kannte die fatalistische Anschauung des Königs, daß, wer eine Krone von den Barrikaden auflöse, sie auch wieder auf den Barrikaden lassen müsse. Seinen Vertrauten soll er gestanden haben, daß er, woran freilich Niemand zweifelt, kein Friedrich II. sei, daß er die Kräfte nicht in sich fühle, die zur Durchführung der großen Rolle, für die man ihn ausersehen, erforderlich seien; er mag mit Hamlet, seinem Lieblingshelden, oft genug im Geheimen beklagt haben, daß gerade er gekommen die verrenkte Welt einzurichten,« u. s. f.

ordneten, und Gagern spricht ja nun selbst öffentlich davon. Hier aber davon zu sprechen erscheint mir als Gebot. Diese Unterredung Gagern's in Potsdam gehört zur Geschichte. Der ganze Plan, Deutschland in einen Einheitsstaat zu verwandeln, zeugte klärlich davon, wie sehr seine Urheber ihre eigene und die Kraft ihrer Partei, die Kraft der ganzen Bewegung und der National-Versammlung überschätzten, wie wenig sie die in Betracht kommenden Verhältnisse zu würdigen wußten, wie wenig sie (verhältnißmäßig) von Anbeginn einsahen, daß sie Friedrich Wilhelm's IV. zur Ausführung bedurften und daß er der Mann nicht war, der dazu sich herzugeben geneigt gewesen wäre. Aber mehr als ein einfacher politischer Rechenfehler, wie er politischen Männern nachgesehen werden mag oder muß, ganz unentschuldbar war es und geradezu visionär ist ein solches politisches Handeln zu nennen, daß die Kaiserpartei ihren Plan verfolgte, nicht bloß ohne sich der Zustimmung des Königs versichert, ohne den »regierenden Fürsten, den sie brauchte, für ihren Erbkaiserthron« gefunden zu haben, sondern daß sie sogar diesen Plan erst eigentlich auf die Bahn brachte und ihn immer hartnäckiger verfolgte, nachdem ihr Mann entschieden Nein gesagt hatte, und während bis zum 28. März 1849 eine Bestätigung nach der andern aus guter Quelle nach Frankfurt kam: der König bleibe dabei *). Es kamen freilich auch tröstliche Nachrichten und mehr als ein Angesehener oder Hochstehender sprach sich vom November bis März dahin aus, entweder daß der König sich bestimmen lassen werde, oder auch daß er im Herzen doch am Ende gar nicht abgeneigt sei. Allein diese Nachrichten und Aussagen waren schon an sich minder wahrscheinlich nach dem was man von Gagern's Unterredung wußte, und viel weniger verläßlich, denn sie kamen von Solchen, die dem Könige am nächsten standen, nicht. Diese, gerade diese versicherten das Gegentheil. Radowitz sagte es im Privatgespräch Jedermann wiederholt (auch Laube erzählt, daß er es ihm gesagt), sagte es auch ganz kurz vor der Kaiserwahl auf der Tribüne, und zwar vollkommen verständlich. Eben so bis in den März hinein Andre. Wir kommen noch darauf zurück. Dazu dann die deutlichen ob auch schielenden Erklärungen, enthalten in den Preußischen Noten von der des 23. Januar an, alle den Frankfurter

---

*) Ebenfalls sagte Beseler der Linken: »wir dürften durch unsere Schuld untergehen, durch unsere Fehler, nicht durch die Kraft unserer Feinde.«

Reichsideen entgegen. Wenn darin auch einiger Hoffnungsstoff lag, das ging klärlich daraus hervor, daß man in Berlin die Rücksichten nahm, welche Frankfurt außer Augen setzte, Rücksicht namentlich auf Oesterreich und Rußland, Rücksicht auf Verträge und Recht, Rücksicht auf die nicht unbedenkliche Lage Preußens und Deutschlands gegenüber der Revolution, zu welcher man sich im Gegensatz befand und wußte. Allein was von Nachrichten über die wahre Stimmung zumal des Königs herankam, suchte man Seitens der Preußischen Partei theils zu vertuschen, theils ins Lächerliche zu ziehen oder als Lüge darzustellen. Ich habe zehn und wieder zehn Mal bald dem einen bald dem andern von den Leitern der Kaiserpartei Vorstellung gemacht, wie es möglich, daß sie entgegen so untrüglichen Thatsachen und Nachrichten über des Königs Stimmung nach dem Beschlusse eines Kaiserthums ohne Kaiser rennen könnten. Sie sagten und versicherten mich fort und fort, die Bassermann, die Beckerath u. s. f. der König nimmt schon an; aber Thatsächliches, Bestimmtes, Begründendes wußten sie nie zu sagen. Jeder belog sich selbst und Einer den Andern. Sie waren in unheilbarer Verblendung befangen, und daher das ganze traurige selbstverschuldete Ende, dessen Schuld man dem Könige aufbürdet, was aber ein Unrecht und ein wahrhaft empörendes Unrecht ist, wenn es, wie ich fürchte, begangen wird auch von Solchen, die um die Dinge wissen, wie ich sie erzählt, erzählt habe um der Wahrheit die Ehre zu geben. Auf das was in der Allgemeinen Zeitung (Beil. zu № 264 von 1849) über eine angebliche geheime Sitzung, worin Gagern vor der Abreise der Krönungsdeputation die ihm bereits gewordene ablehnende Antwort des Königs mitgetheilt habe, angedeutet wird, kommen wir zurück *).

---

*) In einem Artikel der auf das Thatsächliche gehenden, von der Phrase unbeherrschten und ohne Zweifel eben deshalb von Vielen nicht gelesenen Hannoverschen Zeitung — zu der ich indeß beiläufig gesagt nie in irgend einer Beziehung gestanden — hieß es (№ 312 vom 12. December 1848) in einem Korrespondenzartikel aus Frankfurt:

»Das Unglück der Nationalversammlung sind — außer dem rothgestempelten Theile der Linken die — Doctrinairs. Nicht bloß die volkswirthschaftlichen, die ich in meinem Schreiben vom 6. d. M. Ihren Lesern in's Gedächtniß zurückzurufen mir erlaubte, sondern eben so sehr, noch unmittelbarer, die politischen, die, widerstandslos hingerissen von der erhabenen Idee Deutscher Einheit, allen Parteien und Sonderzwecken dienstbar werden, welche geschickt genug sind, diesem leuchtenden Ziele sich

Der nächste Eindruck des Gagern'schen Berichts war Verdruß, Bestürzung, Niedergeschlagenheit. Gagern selbst soll nach jener Audienz krank und bettlägrig geworden sein. Wie ich die Sache

---

unterzuschieben; gewiß, von jener politischen Schwärmer-Fraction dann mit durchgeschleppt zu werden.

Das hat Niemand vollständiger begriffen als die Schleswig-Holsteiner in Frankfurt. Auch dem Kurzsichtigen sind jetzt die Augen geöffnet; auch dem, der da noch nicht sah, als Dahlmann's Kampf wider den Vertrag von Malmö ungescheut den 18. September heraufbeschwor; — geöffnet durch Beseler's demonstrativ-dänenfresserische Wahl zum Vicepräsidenten der National-Versammlung, Beseler, da er Frankfurt und die Paulskirche kaum noch betreten. Daß Dänemark seine Ansprüche auf Schleswig nicht gutwillig aufgeben werde, stellte sich immer deutlicher heraus, wußte Dahlmann wohl längst.

Von einem Deutschlande ohne einheitliches Oberhaupt wäre, so rechnete man, nach siebenmonatlanger Besinnungsfrist eine freudige Wiederaufnahme des Dänischen Krieges, mit seinen Erfolgen zu Lande und seinen herben Verlusten zur See, schwerlich zu erwarten. Am wenigsten, wenn ein besonnenes Oesterreich ein Wort mit drein zu reden hätte. Daran glaubte man nicht mehr zweifeln zu dürfen, nach den Erfahrungen Welcker's und Mosle's in der ihnen aufgedrungenen falschen Stellung als Reichscommissarien in Wien und Olmütz. Oesterreich mochte also verloren gehen. Es erfolgten also die dictatorischen Beschlüsse über die §§. 2 und 3 des Dahlmann'schen Verfassungs-Entwurfs, unbekümmert um Deutsche Einigkeit, um das staatliche Selbstgefühl eines Landes wie Oesterreich. Auf den Reunionskrieg, auf Einheit à tout prix wo möglich mit Thatendurst oder Popularitätsbedürfniß kam Alles an. Nahm dann noch Preußens König die Deutsche Kaiserkrone an, so vertuschte man die Frankfurter Eingriffe in die inneren Angelegenheiten des Preußischen Staates, und hatte, so hoffte man, ein Reichsoberhaupt, das die Schleswig-Holsteinischen Antecedentien seiner früheren Einzel-Regierung nicht verläugnen durfte.

Bauend auf die Erinnerungen des 18. März, sandte man Gagern nach Berlin, die Krone von Deutschland dem Konige darzubieten. Aber der König erkannte die Gefahr; eingedenk der Beschlüsse des Bundes vom 10. März und 7. April, denen sein Vertreter beigestimmt und die der constituirenden National-Versammlung das Zustandebringen des Deutschen Verfassungswerkes zwischen Volk und Regierungen nur im Wege freier Vereinbarung übertragen hatten, lehnte Friedrich Wilhelm 4. eine Gabe ab, über die dem Geber keine Verfügung zustand. Der König dachte königlich. Danken wir Ihm das. Er hat Deutschland einstweilen vor unabsehbaren Wirren bewahrt. Denn Deutschland hat bis jetzt nur erklärt, Deutsch werden zu wollen. Ein Aufgeben seiner staatlichen Selbständigkeiten, um in Preußen aufzugehen, möchte ihm ohne Bürgerkrieg kaum angesonnen werden dürfen.

ansah, konnte von einer innern Nothwendigkeit des Kaiserplans und dergl. nicht mehr die Rede sein, wenn man auch früherhin davon hätte sprechen können. Die Sache erschien mir jetzt als Kaisermacherei und ich wendete mich mit dringenden Vorstellungen an die Kaisermacher. Ich sagte: der König hat also ein bestimmtes Nein gesprochen. Offenbar und von euch auch zugestandener Weise beruht sein Ausspruch auf einer tiefen Ueberzeugung. Seine Erklärung ist nicht Grimasse oder gar Heuchelei, sondern Ernst, der völligste Ernst. Seine Ansicht sitzt fest in ihm und nur mit theilweisem Recht könnte man sie eine romantische nennen. Ist Romantik in den Gesichtspunkten des Königs, so sind doch die meisten wahrhaft staatsmännische. Man nennt ihn schwach, aber er hat doch auch sehr viel zähe Beharrlichkeit gezeigt. Gerade die Willensmeinung, um welche es sich handelt, wird er nach aller Wahrscheinlichkeit nicht ändern, und wurzelt sie bei ihm mehr in der Empfindung als in der Reflexion, noch weniger. Man darf, wie ihr ja selbst wenigstens bisweilen einräumt, einen politischen Plan, bei welchem nothwendig auf einen Mann gerechnet werden muß, nicht verfolgen, wenn der Mann fehlt, oder selbst nur wenn man desselben nicht gewiß ist. Außerdem zeigt sich mehr und mehr, daß in Preußen große Antipathien gegen die Ideen vom Kaiser und Reich Deutscher Nation vorhanden, und die Sympathien viel geringer sind, als man gern geglaubt hat. Man wird es unfehlbar ablehnen, daß Preußen, um ein solches Reich zu gründen, wenn auch dem König die Kaiserkrone zufällt, aufgelöst oder zerschlagen werde, und dann treten die von euch eingeräumten Uebelstände ein.

Gagern's Nichterfolg war ein harter Schlag für die Partei des Dänischen Kriegs. Aber man gibt den Plan doch nicht auf: damit Schleswig nicht Dänisch werde, soll Deutschland noch immer Preußisch werden. Man will seine letzten Trümpfe, wenn's sein muß, ausspielen. Die Doctrin und die Presse müssen Dienst thun. Man fühlt sich compromittirt: gegen die Deutschen Einzelstaaten insgesammt, durch die Zurückweisung des freilich nicht kampflustigen Princips der freien Vereinbarung über das Verfassungswerk; compromittirt durch die einseitig übereilten Beschlüsse über die Grundrechte des Volks mit ihren im Einzelnen nachgewiesenen verderblichen Folgen; compromittirt gegen Oesterreich, gegen Preußen und gegen Sachsen; compromittirt in der Limburger, in der Schweizer, in der Norditalischen Frage. Mag's drum sein, wenn nur die Dänische Frage durchgesetzt wird.«

Was dies Letztere betrifft, so sagten sie dies und das, auf das Erstere erwiederten sie: wenn der König nicht will, so wird er müssen. Er ist konstitutioneller König und die Kammern haben auch ein Wort darein zu reden, der Wille des Preußischen Volkes (wo war er?) wird seine Macht nicht verläugnen. Sollte der König sich entschieden weigern, so wird man ihn zur Abdankung nöthigen, in welchem Falle auf den Prinzen von Preußen zu rechnen sein wird. Schlägt sonst Alles fehl, so »machen wir aufs Frühjahr eine zweite Revolution.«

Man wollte also das Erbkaiserthum um jeden Preis haben, auch dann, wenn man den Kaiser pressen, durch eine Demonstration vor dem königlichen Schlosse, von Barrikaden aus gewinnen müßte und den allerwiderwilligsten Kaiser erhielte — auch dann wenn man eine Palastrevolution — auch dann wenn man die Revolution des Jahres 1848 im Jahre 1849 von vorn beginnen müßte *).

Ich sagte weiter: indem ihr eine Revolution in Aussicht nehmt, bringt ihr wenigstens logische Konsequenz in eure An- und Absichten. Allein der letzte Schaden wird ärger werden als der erste: ihr werdet es an der noch nöthigern Konsequenz im praktischen

---

*) Wir kommen darauf, wie und wieweit jene Pläne verfolgt wurden. In ihrer № 104 von 1849 brachte die O.-P.-A.-Zeitung den bekannten Artikel der Times vom 26. April über die Lage Deutschlands, sehr verstümmelt und äußerst plump für ihre Tendenz zugerichtet. Die Times sagten laut der O.-P.-A.-Zeitung: »Aber wir sehen in dem Plane (der Kaiserlichen) innere Hindernisse und äußere Gefahren, die überwunden und vernichtet werden können, aber nichtsdestoweniger wahr (sollte heißen: wirklich) und schrecklich sind.« (Wich may be crushed and defied, verachtet, stand in den Times). Das erste dieser Hindernisse liegt in der Stellung des Königs von Preußen. Die Stimme des Volks, so weit dieses in den Versammlungen von Frankfurt und Berlin vertreten ist, fordert ihn laut zur Uebernahme der kaiserlichen Würde auf. Seine Anschauungen von der Pflicht gegen das Allgemeine, seine wiederholten förmlichen Versprechungen an andere Souveräne gebieten ihm die Abweisung; aber in dem gegenwärtigen Augenblick läßt eine solche Abweisung nur noch die Gestalt der Abdankung als Alternative. Nur wenn Friedrich Wilhelm der Vierte diesen letzten Schritt in hohem Pflicht- und Ehrgefühl thut, nur dann löst er die persönliche Schwierigkeit, da es bekannt ist, daß sein Bruder, der Prinz von Preußen, die Krone, welche er zu tragen Bedenken trägt, anzunehmen bereit ist« u. s. f. Die Partei in Frankfurt glaubte wenigstens damals, es so weit gebracht zu haben.

Handeln fehlen lassen; ihr habt auch das Volk und den einmüthigen Volkswillen zur Durchführung eurer Pläne nicht. Ihr hattet am 5. März die Bewegung zumeist in der Hand, in der zweiten Hälfte des Monats waren es Andere, welche sie hatten, Itzstein u. s. w. und ihr habt seitdem die Revolution unterdrückt, habt sie unterdrückt als sie im Fluß war, und meint nun, ihr könntet sie nach Belieben wieder flüssig machen, ihr? Im Vorparlament gelang euch nur, das schlimmste Ueberfluten zurückzuweisen und nur durch leidige Koncessionen an die revolutionäre Partei, und indem ihr euch auf eine Wucht von norddeutschen Konservativen, die das Glück herbeigeführt, stützen konntet, und die euch nur unterstützten weil ihr so tapfer für die konstitutionelle Monarchie, die Sache der Ordnung und des Rechtes eintratet. Im Sommer hattet ihr die Bewegung längst nicht mehr in Händen, die Massen wendeten sich andern Führern zu, kehrten sich gegen euch; ihr wart nicht die Volksmänner, ihr wart dem »Volk« verdächtig, verhaßt geworden, Gagern, der erste Mann, an der Spitze; ihr hattet nur noch Anhang in einem Theile der Mittelklassen, die euch im Stich ließen, ja auch nicht mehr recht zufrieden mit euch waren, — die Mittelklassen, mit denen man derzeit in Deutschland keine Revolution machen, den Fürsten das Gesetz diktiren oder allenfalls den Garaus machen und zugleich den Plebs und die Anarchie in Zügel und Zucht halten kann. Am 18. September wärt ihr verloren gewesen ohne die Soldaten. Ihr seid nicht die Leute, eine Revolution zu machen. Ihr verachtet und haßt die Radikalen, die mit euch revolutioniren würden. Ihr würdet nicht lange mit ihnen zusammengehen können. Mit welcher tiefinnerlichen Entrüstung sprach Gagern am 19. September von dem »die Menschlichkeit entwürdigenden Verbrechen« des vorhergehenden Tags; seine Seele lag in den Worten womit er schloß: »ich sage es mit tiefer Erschütterung. Wenn die Barbarei zunehmen sollte, welche solche Thaten, wie sie gestern geschahen, herbeiführt, dann würde man verzweifeln müssen an dem menschlichen Fortschritt, und diejenigen, welche die Pflicht fühlen, alles, was sie vermögen, beizutragen, um die Freiheit aufrecht zu halten und zu sichern, o! die mögen alle Stärke ihres Geistes und Herzens zusammennehmen, um freudig bei ihrem Vorsatz beharren zu können; sie mögen den unsittlichen und unmenschlichen Auswüchsen entgegenwirken und alles aufbieten, daß die Richtung niedergebändigt werde, die solcher Barbarei zugänglich

ist.« Und mit dieser Richtung wollt ihr euch verbünden und eine Revolution machen können, welche eure Ideen zur Gestalt brächte, die überhaupt gestaltungsfähig wäre? Wenn der Ernst anginge, wie bald würdet ihr mit Entsetzen wieder zurücktreten! Versucht ihr eine Revolution zu machen, dann sind nur zwei Fälle denkbar. Entweder es gelingt euch gar nicht, eine wirklich erhebliche Bewegung für Reich und Kaiserthum zu Stande zu bringen — es ist das Wahrscheinliche — und dann habt ihr euch, eure Partei, die National-Versammlung schwer kompromittirt, wir bringen nichts zu Stande, geht mit Schimpf heim und man oktroyirt uns eine Verfassung. Oder die Bewegung wird stärker, und dann führt ihr, die ihr so wenig auf Barrikaden geht als euer eigentlicher Anhang in den gebildeten Klassen deren aufbaut, — dann führt ihr sie nicht durch, Andre treten an eure Stelle, machen etwas ganz Anderes als ein Erbkaiserthum daraus, ihr erreicht euren Zweck nimmer und werdet die Deutschen Girondisten, nachdem ihr Deutschland den Rothen in die Hände gespielt und in unabsehbares Verderben gestürzt habt. Ihr könnt auch nicht sagen, ihr müßtet ein Kaiserthum, und allenfalls eine zweite Revolution darum machen, weil kein anderer befriedigender Verfassungszustand denkbar sei und also doch eine solche komme. Ebenso und mit demselben Rechte sagt die Linke: die Republik! oder es kommt eine zweite Revolution. Es ist nicht wahr, daß nur ein Kaiserthum befriedigen kann, das nicht einmal von der Hälfte des Deutschen Volkes gefordert wird. In keinem Falle steht es fest, daß das Deutsche Volk eine andre, und sei es minder vollkommne Verfassungsform mit solchem Mißmuth empfangen und so mißmüthig darüber bleiben wird, daß es sie durch Gewalt beseitigt. Auch der Fall ist sehr wohl denkbar, daß es in einer ruhigern Stimmung sie weise gebraucht und geschickt fortbildet. Die Tollheit, um der oder der vollkommneren Verfassungsform Willen eine Revolution zu machen ist eine Möglichkeit, aber keine Nothwendigkeit. In jedem Falle ist es gescheidter, sich zu bemühen sie abzuwenden, als ein Unheil heraufzubeschwören, weil es vermeintlich doch kommt. Mit Einem Worte, sind dies eure Wege, so kann ich nicht mehr mit euch gehen.

Sie sagten: es thut uns leid, aber — so gehen wir nicht mehr mit einander.

Ein Frankfurter Korrespondent der Times schrieb gegen Ende des April 1849: »Dem Frankfurter Parlament ist diese Reichs-

verfassung zu einer Ehrensache geworden. Niemand kann einen abermaligen Revolutionsausbruch weniger herbeiwünschen als Bassermann und alle seine Freunde aus der Bourgeoisie; aber einige derselben, ich weiß es, würden lieber in die Straßen hinabsteigen, und lieber der rothen Republik gestatten ihr Haupt ungestört zu erheben, als daß sie sich die Vernichtung ihres eignen Werks gefallen lassen würden.« Das war zum Theil schon zu dieser Zeit und wurde von jetzt an mehr und mehr die Stimmung, während man noch im Aufbau des Werkes begriffen war. Die einzige Koncession an die Macht der Verhältnisse bestand darin, daß die Subkommission aus ihrer Vorlage den Preußischen Erbkaiser hinausstrich, und die Einräumung war gering genug, denn man bekam ihn wol um so sichrer, wenn man zunächst seinen Namen nicht nannte. Laube spricht (I. 272) von den Reformen, welche Friedrich Wilhelm IV. im Frühjahre angestrebt und betrieben. Er mokirt sich über die »Sentimentalen«, die, hängend an der »romantischen Tradition des Staatslebens,« eine »Vermittlung«, d. h. eine vom Bestehenden ausgehende Reform erhofft hätten. Er sagt: »Diese Sentimentalen übersahen, daß man nicht bloß darum scheitert, weil es gefährliche Klippen giebt, sondern weil man nicht die Kraft hat, selbstständig ein Schiff zu lenken. Der Nerv zur That gebricht.« Wenn das heißen soll: der König war nicht einmal stark genug jene mäßigen Reformen durchzuführen, so paßte doch wol nur der Schluß dazu: so kann er noch weniger den Kaiserplan durchführen. Denn das wäre doch gar zu sentimental und naiv obenein gewesen, hätte man geglaubt, daß es damit so leicht gehen würde wie etwa mit der Durchführung eines Gesetzes über Futterkräuter oder dgl. Freilich, da war die Reichspartei. Sie machte allenfalls sogar eine zweite Revolution. Indeß waren meine Gründe nicht bloß von den Klippen hergenommen. Auch ich wußte recht gut, daß Unkraft auch eine ist, und einer meiner bewegendsten Gründe, vom Kaiser- und Revolutionsplane abzurathen, war eben der, daß, wie ich glaubte, der Kaiserpartei der »Nerv zur That« (der That auf die es hier ankam) gebrach, und das hat der Erfolg im April und Mai als richtig bewährt. Die gemeine Rede der Kaiserpartei: es wäre Alles gut gegangen, der Plan wäre gar wohl auszuführen gewesen, hätte der König nur angenommen! beweist allein schon, daß die Thatkraft fehlte und die Rechnung also falsch war. Laube wehklagt an einer anderen Stelle (III. 464)

über die »ganz entsetzliche Erfahrung«, daß auch das Volk im Frühjahr, Sommer und Herbst 1849 den Verfassungs- und Einheitsgedanken der Reichspartei und diese selbst im Stich gelassen habe. »So ist es und so war es: in erster Linie fehlte der mächtige Monarch im mächtigen Einzelstaate, um das Werk des Parlamentes in's Leben zu führen, wenn's Noth that in's Leben zu fechten; in zweiter Linie fehlte das durchgebildete, zur Reife der Einheit durchgebildete Volk.« Was will man mehr? Was hätte denn sonst noch fehlen sollen? Offenbar liegt ein deutlicher Beweis mangelhafter politischer Beurtheilung und Berechnung in dieser nachträglichen Wehklage über das schließliche Fehlen der wichtigsten Faktoren in der Rechnung, indem es jedem Sehenden und nicht Träumenden vor Augen lag, daß dieselben fehlten und fehlen würden. Neben der Wehklage, neben solchen Eingeständnissen lauten die sehr klugen, die großen, die dräuenden Worte nur noch unsäglich lächerlich und bedauernswerth.

Als nach einiger Zeit sich herauszustellen schien, daß Oesterreich seiner Ausscheidung durch ein Preußisches Kaiserthum Hindernisse in den Weg legen werde, war die Kaiserpartei — abermals nicht etwa hitzköpfige minder überlegende untergeordnete Parteigänger — waren angesehenste Führer derselben auch damit bei der Hand, daß man das Schwert gegen Oesterreich ziehen möge und müsse, nachdem sie früherhin die Meinung der Linken vornehm behandelt und die Forderungen derselben abgewiesen, Oesterreich zur Anerkennung der Centralgewalt und zur Einfügung der Deutschen Provinzen in die Deutsche Verfassung zu zwingen. Kein Wille, keine Kraft, Deutschlands Integrität gegen die Oesterreichische Regierung zu behaupten, Eingeständniß, daß man die Annahme der §§. 2 und 3 mit Gewalt nicht durchsetzen könne — wohl aber Gelüst und vermeinte Kraft das Schwert gegen Oesterreich zu ziehen, um die Theilung Deutschlands und den reichsmindernden Preußischen Kaiser durchzusetzen! Ich sprach ähnlich und mit gleich geringem Erfolge unter vier Augen dagegen, brachte meine Einwendungen und Warnungen vergebens auch öffentlich zur Sprache. Was ich dahin Gehörendes in den Flugblättern sagte, galt vorzugsweis jenen Führern und ihnen mußte es am verständlichsten sein, da sie die näheren Beziehungen kannten *).

---

*) Ich ziehe die nachstehenden Stellen aus: »Wie gedenkt man zum Ziele zu

Der Eindruck bei mir war ein äußerst schmerzlicher. Die besten Männer und Freunde in einer Richtung und vollkommen befähigt, das Vaterland in der besten Meinung zu Grunde zu richten, nicht

---

gelangen? Durch freie Einwilligung der Betheiligten? Sie ist von ihnen allen nimmermehr zu erwarten, und in der That erwartet sie Niemand. Wird doch schon genug gegen den vorausgesetzten Widerstand getobt. Oesterreich wird widersprechen, und wird es sich auf bloßen Widerspruch beschränken? Auch von Baiern, wenn von keinem andern Staate, ist Widerspruch zu erwarten, darüber wird man sich nicht täuschen dürfen. Der Fürst, den man zum Deutschen Erbkönige bestimmt, ist entschieden abgeneigt, gegen den Widerspruch der anderen Bundesfürsten die Krone anzunehmen. Es bleibt also nichts übrig als Zwang, der wohl gar bei dem Preußischen Könige anfangen müßte. Und in der That sind die für den großen Plan am meisten Erhitzten geneigt, Gewalt anzuwenden. Zuerst wird erforderlichen Falls der König von Preußen gezwungen, d. h. durch revolutionäre Mittel, denn andere hat man nicht. Er läßt ein Heer in Baiern einrücken und da hat man den Bürgerkrieg; ehe derselbe aber beginnt oder gleichzeitig wird auch in Baiern und wo sonst Widerspruch erfolgt Krawall gemacht, und dann —?

Das Wahrscheinlichste ist, daß die Krawallmacherei freilich ohne Zweifel unsäglichen Schaden anrichtet, dabei aber keinen erheblichen Erfolg hat; noch viel wahrscheinlicher ist, daß sie, wenn sie eine weitere Ausdehnung gewinnen sollte, zu einem ganz andern Ergebniß als dem beabsichtigten führen würde. Es würde gerade gehen, wie im vorigen Jahre, die »Demokraten« würden des Dings sich bemächtigen und das »Volk« würde unter ihrer Anleitung die neue Revolution zu einem Ziele führen, wohin die Anfänger nimmer wollten. Man kann nicht alle Jahre nach Belieben eine Revolution machen, man kann jetzt in Deutschland keine politische Revolution anfangen, ohne daß sie in eine sociale umschlägt, denn die Massen sind dazu entweder unentbehrlich oder doch nicht davon zurückzuhalten und sie krawalliren um politische Fragen nicht. Man hat so eben eine große Erfahrung gemacht, ist kaum fertig geworden mit den »Wühlern« und schickt sich an, die Wege derselben zu gehen. — Wenn ich den Plan von dieser Seite betrachte, so weiß ich kaum mich genug zu verwundern. Solche Perfidie und Unklugheit zugleich — von solchen Leuten beabsichtigt! Von Leuten, welche bis ganz vor Kurzem gegen die Revolutionsmänner in Harnisch standen, nur mit Mühe und Noth den Händen derselben entrannen, auf jede Weise und im höchsten Maß die Zwecke und die Mittel und Wege derselben rügten und verdammten.«

»Man täusche sich wenigstens nicht, man gehe wenigstens mit einem deutlichen Bewußtsein der Folgen voran. Will die Deutsche Nation Freiheit, Einheit und Macht haben, sofort haben, und zwar auf dem Wege,

fähig nach meiner festen Ueberzeugung ein Unternehmen durchzuführen, womit sie ein verwegenes Spiel trieben, in unüberwindlicher Verblendung befangen! Laube meint, (III. 339) ich sei erfüllt ge-

---

den so Viele für den einzigen dahin führenden halten, mit andern Worten also, will sie sofort einen geschlossenen Einheitsstaat haben, so muß sie den Preis kennen und zu zahlen sich bereit halten. Er besteht im Wiederbeginne und in Vollendung der Revolution. Wer da meint, daß so etwas sich machen lasse ohne Gewalt, blos durch Beschlüsse einer konstituirenden Versammlung, der hat von den menschlichen Dingen, von den Deutschen Zuständen nur eine träumerische Anschauung, der kennt die Geschichte und die Gegenwart nicht.

Manche wissen und wollen, was im Plane liegt, Andere gehen dieselben Bahnen mit, ohne es zu wissen oder zu wollen. Die Nationalversammlung hat in ihrem Verhalten geschwankt zwischen Legalität und Illegalität, Reform und Revolution. Sie hat in der Mehrheit anhaltend und lange gekämpft gegen den revolutionären Drang. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, daß die Kraft der Revolution gebrochen ist. Sie ist im Augenblick auf dem Zuge, ihrerseits wieder Impuls zur letztern zu geben, sie nimmt sich abermals in der Idee ihrer Omnipotenz zusammen, sie weis't auf ein Aufgebot der Massen, als das in gewissem Falle von ihr ausgehen könne und werde, bedeutsam hin, sie lenkt in die revolutionären Bahnen wieder ein.

Ich sage nicht, daß die Mehrheit dies will, glaube vielmehr, daß die Meisten es nicht wollen. Es geschieht aber durch die Consequenz der Ideen, von welchen die Mehrheit beherrscht wird, und der Schritte, welche sie einen nach dem andern thut, und zu welchen am eifrigsten Manche gerade von denen rathen, die am eifrigsten die Revolution bekämpft haben. Der Eine weiß selbst nichts davon, ein Zweiter meint, es gehe schon nicht anders mehr, ein Dritter, daß die losgelassene Fluth sich schon werde lenken lassen u. s. w.

Wesentlich ist der Umstand an dem Irrsal schuld, daß bei Einigen specielle Wünsche für ihr Land oder Vaterländchen vorherrschen, daß Andere zu viel Werth auf eine nach dem Begriff geformte Verfassung legen, daß noch Mehrere nichts zu haben wähnen, wenn sie nicht Alles haben, was im Kreise ihrer Wünsche liegt, und in möglichen, ob auch theoretisch mangelhaften Einrichtungen das Unschätzbare, ja das Erstnöthige übersehen, daß dieselben die Mittel zum organischen Fortbilden der Formen und vor Allem zur politischen Erziehung des Volkes enthalten. Sie wollen einen Idealstaat machen und eine Revolution, was sie schwerlich können; was sie aber könnten, und wodurch sie tüchtig werden würden zu Allem, das wollen sie nicht. Sie trachten nach Unerreichbarem oder doch des Preises nicht Werthem, und verbittern sich gegen das Gute, was sie auch nicht ohne Mühe, was sie aber doch haben könnten, ohne Alles auf's Spiel zu setzen. Sie wollen va Banque spielen,

wesen von hypochondrischer Furcht vor »jedem energischen Plane.« Biedermann nennt mich einen politischen Queerkopf, einen Hypochondristen, schwarzsehend, schwarzgallicht u. s. w. Mir däucht,

---

während sie noch genug nachzusetzen hätten, va Banque, ohne daß irgend eine Noth dazu drängte.«

— — »Darum ist der ganze Plan hohes, sehr hohes Spiel. Sehr wohl könnten ihn die schlimmsten Feinde der Monarchie auf die Bahn gebracht haben, die Freunde derselben bringen sie durch ihn und die Art und Weise, wie er betrieben wird, in die übelste Lage, die augenscheinlichste Gefahr.

Ich sagte: der Erfolg kann kein anderer sein. Ich meine: der nächste. Und der weitere? Ich nehme an, es bleibt nicht beim Lärmen, die Wellen der Bewegung gehen hoch. Dann könnte es leicht so kommen: entweder wird der Versuch einer Restauration gemacht, wozu ohnehin so viel falsche Freiheitsbegriffe, so viel schlechter Freiheitsgebrauch und so viel Bedürfniß einer festen Ordnung der Dinge herausfordern; oder aber die Bewegung geräth wirklich in das Stadium der wahrhaften Revolution — der zweiten Revolution, deren Schlund sehr bald unsere Girondisten begraben würde, nachdem sie noch ein paar kurze Schritte mit den Revolutionsmännern als neuen Verbündeten Hand in Hand gegangen, welche sie mit Hülfe der Bajonette bezwangen, die sie bei ihren neuen Absichten und Zwecken nicht entbehren können, und zu denen sie einigermaßen hinüber zu liebäugeln beginnen.«

»Um eine Revolution zu beendigen, d. i. nachdem der Sturm ausgetobt hat, Ruhe und Ordnung auf die Dauer wieder herzustellen, hat man vor allen Dingen die neue Verfassung mit denjenigen Bedürfnissen und Ansprüchen, welche die **erste** Veranlassung zum Umsturze der ehemaligen Verfassung gaben, möglichst in Uebereinstimmung zu setzen.«

Die Anwendung liegt nicht fern. Man wird zu unterscheiden haben, zwischen den Bedürfnissen und Ansprüchen, welche sich verständig, andauernd und allgemein genug vor dem Beginne der Umwälzung kund gaben, und den andern, welche unklar und widersprechend, leidenschaftlich und maßlos in letzterer auftauchten. Jenen ersteren muß Genüge werden, und das genügt; das Mehr ist wenigstens dann gewiß vom Uebel, wenn der Sturm von Neuem dadurch heraufbeschworen wird. Wer — und dies gilt namentlich von den Dynastieen, aber keineswegs von ihnen allein — wer Opfer zu bringen hat, damit jenen ersteren Bedürfnissen Genüge geschehe, der soll sie willig bringen, sonst wird die Ruhe und Ordnung auf die Dauer nicht hergestellt; wer — und dies gilt von der kon-

dies Gerede beweise nur, daß die Herren ihrerseits noch immer krank sind, so wie die Krankheit — freilich nicht Hypochondrie, aber Fieber, ein hitziges Fieber mit Delirium verbunden — auf Seiten der Kaiserpartei zu jener Zeit war, als sie es auch schon Hypochondrie nannte, wenn man bei ihrem »energischen,« d. h. wie sich's zur Genüge gezeigt hat, ihrem schlecht berechneten, ganz verkehrten und thörichten Plane, bei ihrem phantastischen und vermessenen Unternehmen sich nicht betheiligen mochte. Das Urtheil, ob ich richtigen Ueber=

---

stituirenden Reichsversammlung ebenfalls nicht allein — wer diese Opfer fordert und die neue bessere Verfassung begehrt oder zu begründen hat — soll sich beschränken, Maß halten, nicht im Rausch der neu entstandenen Wünsche und Gedanken vorangehen, sonst wird die Revolution nicht beendigt, die kein verständiger und guter Mann kann fortsetzen oder erneuern wollen, ohne die äußerste Noth und deren unwiderstehlichen Drang. O der wohlmeinenden und kurzsichtigen Leute, die schon wieder darauf denken, und die ersten fast unbemerkten Schritte dazu thun, sich in ihrem Enthusiasmus für ein sie anlockendes Ziel verfangen und platterdings die Deutschen Girondisten werden wollen!

Sie haben die Erfahrung gemacht, daß in den Märzbewegungen schon nach den ersten Einleitungen, bei den ersten Schritten zur Ausführung, schon im Vorparlament die Fäden und Zügel ihren Händen entschlüpften, daß sie die Volksmänner nicht blieben, daß die Massen auf sie nicht hörten, als es eigentlich Revolutioniren galt, daß sie von den Mittelklassen im Stich gelassen wurden, daß sie diese, diese sie nicht zu schützen vermochten gegen das niedere Volk und dessen Führer, die ganz andere Dinge als sie bezweckten und begannen. Im Juli und August saß ihnen das Messer schon an der Kehle, die beste Zeit und Kraft zum Verfassungswerk mußten sie verbrauchen, um der Empörung und Anarchie Herr zu werden, und sie vermochten es nur durch den Beistand der konservativen Ansichten und Mittel und Kräfte. Und nun kaum gerettet, nicht gewitzigt, treten sie in Allianz mit der Linken, denn hier, eben hier ist eine Koalition, wenn denn von Koalition die Rede sein soll, wo sonst Getrennte in Mitteln und Zwecken sich begegnen. Und nun, kaum gerettet, nicht gewitzigt, appelliren die Stümper im Revolutionshandwerk ohne ein tüchtigeres Volk hinter sich zu haben, indem das kaum gebändigte Ungethüm der Anarchie nur darauf lauert, daß sie anfangen, um über sie herzufallen, — nun appelliren sie von Neuem an die Massen, an die rohe Gewalt, stellen wenigstens einen solchen Appell in Aussicht, während doch dabei nichts in Aussicht ist, als eben ein chaotischer Zustand ohne das Walten schöpferischer Kräfte und führen fort und fort — wie auf gutes Glück, was auch daraus werden mag, denn sie können es nicht wissen — das große Wort im Munde:

Eine zweite Revolution.«

legungen und gesunden Ueberzeugungen folgte oder nicht, steht Unbefangenen und Unbetheiligten zu. Den Kaiserlichen wäre aber gewiß zu rathen, etwas bescheidner zu reden und zu richten. Sie fordern dadurch zu harter Gegenrede heraus. Indeß thut es mir höchlich leid, zu so etwas genöthigt zu werden. Ich hätte über alle die hier erwähnten Dinge am Liebsten geschwiegen. Allein meine und meiner politischen Freunde Beweggründe offen darzulegen, das wird und muß der mißliebigen Kritik gegenüber am Ende doch unverwehrt sein. Messen Andre wegen ihrer Exaltation und ihrer Täuschungen sich allein edlen Patriotismus und treue warme Empfindung für Deutschlands Einheit, Kraft und Wohlfahrt bei, überhäuft man uns mit maßlosen Beschuldigungen — was freilich mir persönlich nicht widerfährt, wohl aber Freunden — oder zieht man uns herunter, unser Verhalten auf schlechten Partikularismus und Unpatriotismus oder auf Queerköpfigkeit und dergl. zurückführend, so nöthigt man uns, die Gründe desselben rücksichtsloser darzulegen als sonst wohl geschähe. Es ist mir schwer genug geworden, mich von den nächsten, vertrauten und geehrten politischen und persönlichen Freunden zu trennen. Die Mißdeutung von manchen unter ihnen war nach meinem Gefühl ein schweres Uebel. Aber man erwäge die Wendung welche die Dinge nahmen, die ganze Lage derselben, das Verhalten der Kaiserpartei dabei, die Beschaffenheit ihrer Pläne und ihrer Rechnung, und ich frage, — man mag über letztere eine Ansicht hegen, welche man will — ob nicht in jedem Falle gewichtige Gründe vorlagen einen andern Weg zu wählen und ob man nothwendig auf getrübte Augen bei dem schließen muß der dies that? Die Sache scheint sich in Wahrheit so und nicht anders zu verhalten, daß ich zu einer Zeit, wo es Andre thaten, in Illusionen nicht lebte, und daß ich für schwarzseherisch galt, als ich über die Volkszustände so urtheilte, wie es Laube und Biedermann jetzt auch thun, als ich voraussagte, daß man, wenn man so fortgehe, die »ganz entsetzlichen,« die »niederschlagenden Erfahrungen« machen werde, über welche sie nun hinterher (Biedermann S. 285.) wehklagen. Daß die Sache sich aber so verhielt, dafür habe ich auch einen guten Bürgen, nämlich — Laube, der sich jedenfalls selbst nicht verwerfen und von den Kaiserlichen nicht verworfen werden wird. Er spricht (III. 193) von Simson, dem früheren Simson, bevor auch ihn der Schwindel ergriff und bewältigte. Als noch die große Mehrzahl mit vollen Hoffnungsseegeln dahin strich,

sagt Laube von ihm, habe er sein Mißtrauen in die Kraft der National-Versammlung zur Ausrichtung der unternommenen Dinge mit seinem klaren Verstande im Privatgespräch nur zu gut zu begründen gewußt. »Er hielt die Aufgabe des Parlaments für sehr schwer, ja für kaum lösbar. Man nannte dies damals schwarz sehen.« Indeß war er, Simson, auch damals nicht schwarzseherisch, hypochondrisch u. s. w. sondern voll klaren Verstandes, denn er ließ sich letztern umdüstern, wurde sehr kaiserlich und gehört der Partei an. Wer dieser nicht angehört und bei klarem Verstande blieb, der war und ist auch jetzt noch schwarzsehend u. s. w. Wir ersehen somit zweierlei. Zum Ersten was in der Kunstsprache der Kaiserlichen schwarz sehen bedeutete, und zum Andern was wir überall bei ihren Parlaments-Historiographen gewahren, nämlich daß sie eine doppelte Elle führen für die Parteifreunde und Gegner. Dazu kommt dann bei ihnen die verletzte Selbstliebigkeit. Wer ihnen und ihren Parteigenossen nicht zutraut, ein Reich und Kaiserthum Deutscher Nation wiederaufrichten und eine zweite Revolution machen, bändigen und glorreich zu Ende führen zu können, kann doch unmöglich Recht, unmöglich vernünftige Gründe haben — der Mensch muß ein Bösewicht oder krank sein. Ich erinnere indeß die unzweifelhaft guten Leute und schlechten Diagnosten an das Medice cura te ipsum, und füge noch ein paar Worte über die damalige Situation hinzu. Wie unsäglich viel materielles und sittliches Unheil hatte die Revolution bereits angerichtet! In welcher Gestalt zeigten sich eben damals die Revolutionsmänner (die Berliner) und ihr Anhang! Was mußte man hören und sehen von der revolutionären Partei der Frankfurter, der gemäßigtsten und nobelsten der großen konstituirenden Versammlungen! Was mußte man sich von ihr bieten lassen, ließ man sich von ihr bieten. Stets sind verschiedene ihrer Mitglieder hetzend und schürend als commis voyajeurs des Aufruhrs unterwegs. Ein Mitglied wird von ihr nach Wien gesendet, um der schändlichen Wiener Empörung »den Kopf zu geben,« wie man sagte. Den Unglücklichen trifft das Geschick, das er herausgefordert, wobei ein Gesetz der Frankfurter Versammlung nicht beachtet wird, das in Oesterreich so wenig anerkannt war als die gesetzgebende Gewalt der Versammlung. Diese hat nicht »Energie« entwickelt im Sinne der revolutionären Partei. So trifft sie die Mitschuld. Am 24. November las man in der von Mitgliedern der National-Versamm-

lung herausgegebenen Reichstagszeitung: »Wir glauben im Sinne des Deutschen Volkes zu sprechen, wenn wir die Mehrheit der Reichsversammlung und der Reichsgewalt — jedem einzelnen Mitgliede beider, Mann für Mann — die moralische Verantwortung der Ermordung Blum's aufbürden. Sein Blut komme über ihre Häupter!« So etwas von der Frankfurter Linken kaum fünf Wochen nach dem 18. September! Der Cynismus, der Skandal in Bezeigen und Auftritten der Abgeordneten Deutscher Nation während dieser Novemberverhandlungen war der Art, daß man sehr gläubig sein mußte, um zu glauben, daß die National-Versammlung große und nützliche Dinge vollbringen werde. — Aber das ging von der Linken aus! — Aber die Rechte ließ es zu, konnte des Unwesens nicht Herr werden. — Und eben jetzt gründete die revolutionäre Partei den Märzverein, zu einem Hebel der Revolution in ihrer Hand, zum Hebel eines künftigen von ihr ausgehenden Terrorismus. Wenn es abermals zum Revolutioniren kam, so mußte das Heft der best-organisirten, mußte es dieser Partei zufallen. Jeder Sehende erkannte die Gefahr. Sie entging auch der Kaiserpartei nicht. Man las am 30. November in ihrem Organe, der Deutschen Zeitung, in einem der Artikel über Preußens Lage, in welchen auch dieses Blatt doktrinären Sturm lief gegen das unparlamentarische Ministerium, über die Gründung des Märzvereins Folgendes:

»So viel ist klar, der Kampf wird jetzt ein intensiverer werden, er wird sich aus den Abstraktionen, aus den vagen Begriffen loswinden und in die wirklichen Gegensätze eintreten. Wie die Entscheidung in Preußen fällt, beginnt ein neuer Abschnitt der Deutschen Bewegung, der Revolution. Die Ungeduld der drei Fraktionen auf der Linken der Reichsversammlung hat die Stunde nicht erwarten können. Ihre Hoffnungen auf die National-Versammlung völlig aufgebend, wollen sie den Schwerpunkt ihrer Wirksamkeit außerhalb derselben verlegen und im Volke selbst einen festen Punkt suchen, von dem aus sie die Versammlung aus ihren bisherigen Angeln heben können. Diesen festen Punkt soll ihnen die Organisation eines ganz Deutschland umfassenden »Märzvereins« gewähren, d. h. eines Vereins für die Erhaltung der Errungenschaften des Märzen, an dessen Spitze die Mitglieder der Linken als Centralverein stehen. Ostensibler Zweck, Ausgangspunkt ist vereintes Entgegenwirken und Handeln gegen die Reaktion, welche sich in Oester-

reich, in Preußen, allwärts organisirt — also wiederum gegen einen vagen Begriff, unter den sich seiner Zeit Alles fassen läßt. Der Märzverein steckt zwar die Republik noch nicht als seine Fahne aus, er will auch Konstitutionelle in sich aufnehmen, er ist nur negativ über das einverstanden, was er nicht will, nicht aber auch über das, was es positiv zu erreichen gilt. Aber man vergesse nicht, auch die Jakobinerklubs in Frankreich sind von Männern gegründet worden, welche der konstitutionellen Monarchie aufrichtig anhingen. Wie bald wurden sie desungeachtet das Werkzeug des Bergs und seines Terrorismus.« Und nach einer Belobung des zwischen links und rechts schwankenden Würtemberger Hofes, weil er der Lockung zum Beitritt »für jetzt« männlich widerstanden und »die Ereignisse noch zu abwarten« fast einmüthig beschlossen: »Wahrlich, müssen besonnene patriotische Männer, eh sie einen so entscheidenden Schritt thun, sich nicht fragen: für wen sie in ihrem Unwillen die Räderwerke zerschlagen helfen würden, welche in den einzelnen Staaten noch im Takte gehen?« — Jawohl! Man konnte aber keine zweite Revolution machen, ohne in Verbindung mit der Märzverein-Partei zu gerathen und ihr zum Siege zu verhelfen. Man machte die Rechnung beim Kaiserplane so, daß man, sollte man damit nicht glatt durchkommen, was sehr wahrscheinlich, eine zweite Revolution in Aussicht nahm, während jene Partei nur darauf lauerte, und dies Alles gerade als man sah, daß sie den Sieg für sich organisirte. Die Linke warf sich, wie es Blum noch angekündigt, in der That um diese Zeit auf den Partikularismus. Während die Abschnitte von Reich und Reichsgewalt diskutirt und beschlossen wurden, »erhob in Dresden vorsichtig, in Berlin ungestüm der Partikularstaat wider die Frankfurter Oberherrlichkeit sein Haupt, dort unter Zustimmung, hier unter Anführung der Linken,« u. s. f. Darauf drohte Berlin ein »nordisches Paris« zu werden, »mit allen Fehlern und Nachtheilen, welche dem Französischen Paris eigen sind,« ein Paris, beherrscht von einer »gewissenlosen, innerlich haltlosen Partei.« Denn »an die Ultras hätte das Heft übergehen müssen,« (Laube, III. 101, 113). Dann kamen die Brandenburg, Manteufel, Wrangel, die specifisch Preußischen Ideen empor. Und gegen sie wollte man allenfalls mit oder neben jener Partei eine zweite Revolution machen, um den Kaiserplan durchzusetzen! Ich weiß nicht ob je eine politische Partei so ganz kurzsichtig und falsch gerechnet hat.

Ich füge hier Anhangsweise noch Folgendes hinzu.

Von der Lage der Dinge im Frühjahre und Sommer 1848 redend, sagt Duncker in seiner Schrift zur Geschichte der National-Versammlung sehr richtig, nur zu sehr sei die demokratische Partei, welcher er an erster Stelle das Scheitern des Verfassungswerkes Schuld giebt, unterstützt worden unter den höheren Ständen und in der Jugend durch jene abstrakt theoretische Forschung und Bildung, welche in der Nation Platz gegriffen. »Man kannte in diesen Schichten der Gesellschaft nichts als die reinen Principien und wollte nichts als diese, und während man uns, die wir die konkreten Verhältnisse im Auge hatten, fortwährend als Doktrinärs verschrie, war man selbst in der Gewalt der abstraktesten Gedanken und Doktrinen. In den mittleren Ständen fehlte politische Erfahrung, und doch forderte die Lage der Dinge eigenes Urtheil und selbstthätige Handlung.« Das Volk im engeren Sinne sei leicht zu verführen, die unteren Klassen seien ganz in den Händen der schlechtesten Führer gewesen. Sehr wohl! Aber was folgte daraus? Daß das durch Urtheil und Handlung überall eingreifende und zum richtigen politischen Urtheilen und Handeln doch nicht befähigte Volk nichts Gescheidtes aus der Gelegenheit, aus der ganzen Bewegung zu machen im Stande war, daß es bei Selbsterkenntniß vor Allen, die es beschuldigt, sich selbst des Mißlingens der »Revolution« anklagen müßte, daß man mit diesem Volke — vor eingetretener Selbsterkenntniß und Befähigung — keine weitere oder zweite Revolution mit Erfolg machen konnte und kann, daß man bei diesem Volkszustande im Centrum Unrecht hatte, eine Verfassung mit so breiter »demokratischer Grundlage« und so schmaler Regierungsmacht aufzustellen, für eine solche »Reichsverfassung« Gelüste anzuregen, das Volk aufzurufen, trotzig die unbedingte Anerkennung zu fordern und die Regierungen zu schelten und in Verruf zu bringen, welche dieselbe jedenfalls auch aus den triftigsten Gründen ablehnten, überhaupt das Ziel der politischen Unternehmungen so hoch zu stecken. Und das kam daher, daß man im Centrum gleichfalls zu tief in der abstrakt theoretischen Forschung und Bildung festsaß, und obschon weniger, doch a u ch zu doktrinär war, um die konkreten Verhältnisse nicht bloß im Auge zu haben, was Duncker dem Centrum nachrühmt, sondern richtig zu würdigen.

Man hat so oft der gemäßigten Mehrheit der National-Versammlung vorgeworfen, daß sie nicht von Anfang auf die Seite

der revolutionären Partei sich gestellt habe. Aber, sagt Duncker, da war kein Ausgang. Trieben wir die Bewegung weiter, so gab es keinen Halt mehr, bis alle Stadien der Revolution durchlaufen waren — bis Deutschland endlich erschöpft und todesmatt zu Boden gesunken wäre. Die Mittel und Kräfte fehlten, aus dem Chaos nur irgend eine neue Ordnung der Gesellschaft zu bilden, geschweige denn diejenige, welche wir für die allein wahre und heilsame hielten. Er thut weiter dar, daß es nicht zufällig gewesen, daß das Volk überall vor den Thronen stehen geblieben, und daß diese, wenn es daran getastet, sich ermannt und es mit genügend vorhandnen Kräften zurückgetrieben haben würden. Was folgt aber hieraus? Daß das Centrum, wenn auch andere und noch lobenswerthere Motive nicht fehlten, aus Klugheit, den eignen Nutzen richtig erkennend und verfolgend, in richtiger Erkenntniß der zu Mehrem nicht ausreichenden Kräfte und Mittel, sich der Umsturzpartei entgegen und den Regierungen zur Seite stellte, und daß es dies also — wie es that und wie auch Duncker thut — nicht sich als reinste und aufopferndste Loyalität, nicht den Regierungen als ein eben um sie oder gar sie allein erworbenes Verdienst anrechnen, nicht die Miene annehmen darf, als wären jene dadurch nun schuldig geworden, die von ihm — sehr doktrinär — für die »allein wahr und heilsam« gehaltene Ordnung anzunehmen, und als hätten sie sich eines großen Verbrechens schuldig gemacht, indem sie ablehnten was gerade das Centrum für allein wahr und heilsam hielt. Zu dem Allen ist um so weniger berechtigt, wer ihnen keineswegs uneigennützig, unverrückt, fest und ohne Schwanken, nicht einmal ohne Pochen und Drohen die Hand reichte, die Preußische insbesondre nur bedingtermaßen stützen wollte um sie zu gebrauchen, und gar gern eine Pallast= und noch eine Revolution hätte machen mögen, wenn es nur ohne Naßmachen des Pelzes angegangen wäre. Die Kaiserlichen waren von patriotischen Gesinnungen erfüllt, zur Ausführung ihrer Ideen gehörte daß Preußen denselben sich beugte u. s. w. Ich stelle das und mehr nicht in Abrede, beabsichtige kein Lob aller Maßregeln, kein Verhüllen der Fehler oder Sünden der Regierungen, spreche aber hier von anderen Dingen, von falschem Selbstruhme und falscher Sachdarstellung. Von dem nicht eingetretenen Falle, daß man die für wahr und richtig gehaltene Verfassung vermöge einer Revolution hätte durchsetzen und feststellen wollen und können, ist hier nicht die Rede. Ich will

das sagen: wenn man es nicht konnte, so hätte man es auch nicht wollen, nicht damit drohen, es nicht einleiten, keine Verfassungspläne darauf bauen sollen und nachdem man dies doch gethan, gescheitert ist und lediglich Wirrsal angerichtet hat, soll man nicht Andern die Schuld zuschieben und sich nicht wegen lauterer Loyalität und richtiger Rechnung berühmen.

In einem zweiten Abschnitt: »der Kampf gegen die Revolution« führt Duncker aus, wie die Demokratie weder habe verlangen können, daß das Centrum ihre Zwecke befördere, noch daß sie erwiesen, daß die Einheit Deutschlands auf ihrem Wege erreicht worden wäre. »Man kann in gewissen Fällen fordern auch das politische Princip dem höchsten, nationalen Zwecke zu opfern und man hat wirklich auch von anderer Seite her gefordert, daß wir den Umsturz begünstigen sollten, nicht um die Demokratie zur Herrschaft zu bringen, sondern um aus dreißig Fürstenthümern eine große Monarchie über Deutschland zu schaffen. Wollte man wirklich diese Pfade betreten, so mußte die Wahrscheinlichkeit des Erfolgs wenigstens in einigem Verhältniß stehen zu den ungeheuren Kalamitäten, denen Deutschland damit Preis gegeben wurde. Wie wir die Dinge sahen und die Kraft der Parteien, die Bedeutung des Neuen und das Gewicht des Alten abwogen, uns schien dieser Weg bei den scharf ausgeprägten politischen Unterschieden und Gegensätzen in den Lokalen und Volksstämmen Deutschlands viel weniger zur Einheit als zur Zerreißung zu führen und welche Macht und Leitung wäre in diesen Kämpfen unsrer hoch in die Luft gestellten Versammlung geblieben, die keine Staatskraft zu ihrer unmittelbaren und direkten Verfügung hatte.« Aehnliche Ansichten über die Falschheit und Vergeblichkeit der revolutionären Wege und Mittel wurden und waren im Centrum den Radikalen gegenüber wer weiß wie oft geäußert, hatte selbst der etwas weiter links stehende Riesser kurz nach dem 18. September mit großer Beredsamkeit und unter dem lautesten Beifall des Centrums ausgesprochen. Wie konnte man nun aber nach dem Allen, bei solcher Ueberzeugung und Erkenntniß, im Centrum die Rechnung auf eine zweite Revolution stellen, späterhin eine solche als Popanz aufstellen und zuletzt Beschlüsse fördern, durch welche der revolutionäre Weg betreten wurde? Woran dachte man denn bei solcher Einsicht, indem man der National-Versammlung die endgültige Entscheidung hartnäckig beimaß, indem man eine Verfassung beschloß, von welcher man theils

hätte wissen müssen theils wirklich wußte, daß sie von den Regierungen, und nicht bloß von ihnen, abgelehnt werden würde? Wir werden weiter unten eine, freilich sehr ungenügende Antwort von Duncker erhalten, eine Antwort welche doch nicht beweist, daß man im Centrum nicht falsch rechnete, sondern vielmehr daß man dies that, weil man gänzlich gefangen und verrannt war in dem unheilbaren Doktrinarismus, der die ihm beliebige Verfassungsform für die »allein wahre und heilsame« hielt, ja noch hält. Wie oft wurde es doch den Freunden im Centrum gesagt: weil das Volk so ist, die Zustände und Verhältnisse so sind, könnt ihr diese Verfassung nicht durchsetzen, am wenigsten mit Gewalt. Ich finde in meinen Papieren aus jener Zeit eine Menge Notizen darüber, welche Vorsichtsmaßregeln z. B. getroffen wurden um Gagern gegen Meuchelmord zu schützen, ich war Zeuge wie es ein treuer Eckart sich nicht nehmen ließ, als man aus einer Abendgesellschaft heimkehrte, sich bis an die Zähne bewaffnet auf den Bock des Gagern'schen Wagens zu setzen u. s. w. Und bei Vorhandensein einer Stimmung, einer Volksmasse, die man so taxirte, konnte man daran denken, ein Reich und ein Kaiserthum allenfalls durch eine zweite Revolution gründen zu wollen! Duncker's Schrift giebt abermals von der ersten bis zur letzten Seite Zeugniß, welch ein redlicher und patriotischer Wille und welch ein edles Gefühl in ihm und seinen patriotischen Freunden lebte und noch lebt: Zeugniß zugleich aber auch von der ganzen wohlmeinenden Schwäche, von der Unklarheit und den Widersprüchen ihrer Politik und politischen Thätigkeit.

Man erhält nachträglich noch immer zahlreiche und starke Beweise davon. So heißt es in dem letzten Berichte Beckerath's über die »Deutsche« Frage in der Preußischen zweiten Kammer vom 24. November: »ihren Zusagen vertrauend stellten sich den (kleindeutschen) Regierungen alle besonnenen Vaterlandsfreunde zur Seite, und unter mühevollen Kämpfen wurde die monarchische Ordnung gerettet.« Sodann weiter mit einem Seitenblick auf Hannover und Sachsen. »Die Zukunft des Vaterlandes verdüstert sich auch vor dem hoffnungsreichsten Blicke, wenn es möglich wäre, daß auf den Thronen selbst das Beispiel des Treubruchs gegeben und so eine Verwirrung der öffentlichen Moral und des Rechtsbewußtseins hervorgerufen wird, die in den schmählichsten Zeiten der Deutschen Geschichte kaum ihres Gleichen hat, deren verderbliche Folgen aber zunächst auf die verblendeten Regie-

gierungen zurückfallen werden.« Allein die Verblendung ist eben auf Seiten der Partei welche hier spricht, und nur aus dieser ihrer unsäglichen Verblendung erklärt es sich, daß sie glaubt, nur sie und ihre Anhänger wären die »besonnenen Vaterlandsfreunde,« daß sie noch immer nicht zur Erkenntniß ihrer handgreiflich gewordenen politischen Unbesonnenheit sowie davon gelangt ist, daß Verwirrung der öffentlichen Moral und des Rechtsbewußtseins in einem Maß, wie sie in den schmählichsten und verwirrtesten Zeiten der Deutschen Geschichte kaum ihres Gleichen hat, gerade durch sie am meisten, (man denke nur an die Separatverkündigung der Grundrechte, an die Beschlüsse vom Mai 1849), verschuldet ist. Nur aus ihrer Verblendung erklärt es sich, daß ein so durch und durch ehrlicher und gewissenhafter Mann wie Beckerath unter solchen Umständen sich zum Organ der ordinären, ebenso harten wie ungerechten Beschuldigungen seiner Partei gegen Hannover und Sachsen machen kann. Die Partei bildet wie gewöhnlich auch in diesem Falle sich ein, daß ihre Ansicht die allein und untrüglich richtige, ja die alleinige in Deutschland sei, weil sie nur sich selbst hört. Indeß giebt es dennoch Andre, die sich von Parteiphrasen und Lärm und dreisten Behauptungen und Lügen nicht beirren lassen und in deren Augen das Recht von Hannover und Sachsen und das Unrecht Derer außer Zweifel ist, welche die Regierungen dieser Länder leidenschaftlich anklagen und bei einem Verfassungsplane, dessen Ziel und Bedingungen verrückt worden, durch ein Netz civilistischer Klauseln oder durch Gewalt festhalten möchten. Es ist hier nicht der Ort davon zu reden, sonst wäre der Beweis wol leicht genug, so leicht wie der andre, daß eine Regierung wie die jetzige Hannoverische vorzugsweis die Beiworte treu und bewährt verdient, recht eigentlich das »Viel Feind, viel Ehr!« auf sich anwenden kann und eben deshalb so großer Achtung werth ist, weil sie wie nur sehr wenige andre Intelligenz und Charakter zugleich besitzt, über den Tagsvorurtheilen steht und die Kraft zeigt, der s. g. öffentlichen Meinung, die seit Jahr und Tag nur zu oft und zu sehr als krank, als kindisch, als Dirne sich darstellt, weder hofirt noch nachläuft, ohne sie gering zu schätzen, wo sie Achtung mit Recht fordern kann. Sie hat gezeigt, daß sie in stürmischer Zeit regieren könne, während es andre nicht konnten und nur das nackte Leben fristeten, durch verderbliche und lügenhafte Konzessionen; sie organisirt und begründet die Freiheit, während Andre nur davon schwatzen. Stüve beging freilich die Sünde gegen

die Eitelkeit der Professoren- und Reichspartei, deren Politik von Anfang an zu mißbilligen und die kläglichen Folgen derselben vorherzusagen. Was noch schlimmer ist, er hat Recht darin behalten und die Partei will immer noch nicht Unrecht gehabt haben. Er steht ihr abermals im Wege und so etwas kann nicht verziehen werden. Daß ein ganzer Troß thut wie er klug und wie es ihm ziemlich ist, und den Mann bewirft der so weit über ihm steht, das ist der Welt Lauf. Daß aber ebenbürtige Männer mittraben und halloen, ist ein widriges Zeichen einer höchlich verwirrten Zeit. Genug darüber. — War es denn aber nicht die Partei der »besonnenen Vaterlandsfreunde,« die für die Unverwirrtheit der öffentlichen Moral und des Rechtsbewußtseins in die Schranken tretende Reichs- oder jetzt Gothaer oder wie sie gern sich nennt »Deutsche« Partei, in welcher — ich sage nicht daß es bei den ihr zugehörenden Allen der Fall gewesen wäre — der destruktive Gedanke lebte, die sich so viel Mühe gab den destruktiven Gedanken zu verwirklichen, »Preußen provisorisch zu nichte zu machen, um hernach bei der Definitiv-Gestaltung Deutschlands nicht mehr durch dasselbe genirt zu sein« (Politische Briefe S. 197); war es nicht jene Partei, die das Ministerium Brandenburg-Manteuffel zu stürzen suchte, das thatsächlich allein die »monarchische Ordnung« gerettet h a t, während Keiner aus jener Partei die Mittel, welche zur Rettung der monarchischen Ordnung geführt h a b e n, als die rettenden erkannte oder während doch Keiner aus ihr zum Gebrauch derselben sich hergeben wollte, ja während jene Partei Maßregeln anrieth, welche nur geeignet waren, die monarchische Ordnung gänzlich aufzulösen? Sie wollte die Hauptstadt Preußens preisgegeben wissen, und daß der König seine Garden entlasse und durch Genehmigung des Stein'schen Antrags das Heer demoralisire u. s. f. Das war die Weisheit des Centrums, dazu rieth die Partei gerade durch — Beckerath, oder wenn dies zumal im eigentlichen Sinne zu viel gesagt ist, dazu rieth Beckerath in ebenso befangen und kurzblickend als wohlmeinend »liberalem« Sinne, oder aber genau nach den einschlägigen Paragraphen des konstitutionellen Systems, nach der Schablone der allein wahr und heilsam geglaubten Theorie vom Regiment der parlamentarischen Mehrheiten, — eben Beckerath, persönlich, als er vor dem Eintritt Brandenburg's nach Berlin berufen war, um Wege und Mittel zur Rettung der monarchischen Ordnung anzugeben und eventuell als Minister durchführen zu

helfen. Wer hat zum Rheinischen Städtetage angeschürt, wer eine Pallast- und noch eine Revolution in Aussicht genommen, als Teufel an die Wand gemalt und bis auf einen gewissen Punkt betrieben, an welchem es gar zu klar und noch bedacht wurde, daß man die gerufenen Geister nicht zu beherrschen vermöge? Wir kommen auf die, trotz Allem was darüber gesagt ist, noch immer im Halbdunkel liegende, gutentheils vertuschte Partie der Historie des Parlaments am Schluß, kommen auf die Geschichte des Dreißigerausschusses, kommen auf die stillen Verabredungen und öffentlichen Reden, die Erklärungen, Betheuerungen und Zeitungsartikel der Reichspartei, bevor sie in Gotha ihren Tag von Damaskus gehabt; kommen auf jene Feuerbrände der O.-P.-A.-Zeitung mit der Aufschrift: »die Reichsverfassung oder die Revolution!« übersetzt von den Demokraten in: »die Verfassung das ist die Revolution!« auf die von der Reichspartei inspirirten Blätter, die, wie zu dieser und späterer Zeit die Deutsche Zejtung, den revolutionären Chorus verstärken halfen oder später wie die Kölnische die Flamme des Aufruhrs gegen die Regierung anbliesen, als der König nur ein »Anrecht« acceptiren wollte; kommen darauf wie die Reichspartei das Volk zum »Handeln« hetzte, während sie selbst vorläufig »ruhte;« kommen auf dies Verwirren der öffentlichen Moral, des Rechtsbewußtseins und Rechtszustandes ohne Gleichen, auf diese wunderlichste aller wunderlichen Weisen die monarchische Ordnung zu retten; kommen auf den Charakter der Reichsverfassung, auf ihren Abschluß und ihre völlige Verderbniß durch das Paktum der Reichspartei und der Linken, auf die Versuche und Mittel ihrer Durchführung und darauf, wie das Alles gleich sehr zum Ruin der monarchischen und aller guten Ordnung tendirte. Wie kann man — nur diese Frage an dieser Stelle — wie *kann* eben Beckerath bei solchen Thatsachen, statt still zu schweigen und zu erwarten, daß seine Partei von Andern deshalb gerühmt werde, mit so stolzer Sicherheit von den mühevollen Kämpfen derselben zur Rettung der monarchischen Ordnung sprechen, für seine Partei das Prädikat »alle besonnene Vaterlandsfreunde« vorwegnehmen, herausfordernd gegen angeblichen Treubruch Worte machen, Regierungen anklagen und verblendet heißen und für muthmaßlich erfolgende schreckliche Dinge verantwortlich machen wollen — Regierungen die im Bewußtsein ihres guten Rechtes stehen, aber freilich des Verbrechens sich schuldig machen, den Ansichten, Plänen und Schritten seiner Partei zu

widerstreben — er, der aus dem Reichsministerium austrat, weil er die Maßregeln dieses Ministeriums und der Partei nicht länger mitverantworten zu können glaubte, weil er die Mitglieder derselben nicht für besonnen, und was sie bezweckten und vornahmen nicht für vereinbar hielt mit der monarchischen Ordnung, mit der öffentlichen Moral, mit dem Rechtsbewußtsein? Seine Partei handelte damals aber nur folgerichtig nach ihren Ankündigungen und Drohungen, nach ihrer Centrum-Politik, welche damals dieselbe war, die sie vorher gewesen und die sie noch ist. Sie ist erfüllt wie damals von denselben Gelüsten, läßt sie auch offen genug blicken, möchte lieber heute als Morgen Gewalt der Waffen oder der Revolutionirung — doch wohl nicht zu Gunsten der monarchischen Ordnung — gegen die den Beitritt zum Dreikönigsbündniß Ablehnenden angewendet wissen, treibt und drängt dazu, spricht ganz naiv davon, daß sie jenes Bündniß und den s. g. Reichstag zum Agitationsmittel für »Durchführung der Reichsverfassung« oder gegen die nicht Beigetretenen zu benutzen gedenke, wie sie denn von Anfang ihre Rechnung auf Zwang gegen dieselben stellte, während das Bündniß auf den Grundsatz und die Zusicherung basirt wurde, daß der Zutritt vollkommen frei sein solle. Heißt das Wort und Verträge heilig halten? Berechtigt so etwas höchst tugendhaft gegen Andre über Treubruch zu peroriren? Kann es eine größere Befangenheit geben als die, welche dazu gehört, daß ein Mann wie Beckerath dies Alles übersieht, sich der Partei, von welcher er sich trennte als sie es ihm zu arg machte, sofort — indem sie augenblicklich genöthigt ist, ihre Gelüste zu bezähmen — wieder anschließt und ihr und ihren dermaligen politischen Plänen, das Wort redet, die sich abermals ganz danach anlassen, daß sie der Revolution den Sieg — halben oder ganzen — bereiten werden?

Mit dem Allen soll nicht geläugnet werden, daß die Reichspartei ganz aufrichtig monarchischen Sinnes gewesen, wenigstens bis auf einen gewissen Punkt, und daß sie anderweit eifrig und nachdrücklich für die monarchische Ordnung gekämpft habe. Die Behauptung geht nur dahin, daß sie in dieser Richtung und diesem Bestreben nichts weniger als klar gewesen und konsequent fortgegangen und daß sie, verlockt durch ihre fixe Kaiseridee, auf Irrwege gerathen sei, deren Verfolg dahin führen mußte, daß sie ohne Wissen und Willen jene monarchische Ordnung gefährdete und sehr wahrscheinlich zu Grunde gerichtet haben würde, wenn

man nicht durch Instinkt der Selbsterhaltung für das Mal in Berlin klüger gewesen wäre als es Frankfurt war. — Ein Blick in die »Politischen Briefe und Charakteristiken aus der Deutschen Gegenwart« veranlaßt mich hier zu noch ein paar ferneren Bemerkungen. So weit ich zu urtheilen vermag, hat der Verfasser vollkommen Recht, wenn er (S. 38 ff.) ausführt, daß Friedrich Wilhelm IV. — es stimmt dies ganz mit Radowitz Schilderung des Königs überein — frei sei von speciell Preußischem Sinn und Ehrgeiz, »Deutscher gesinnt als sein Land«, so deutsch gesinnt, wie man den Kaiserkandidaten sich nur wünschen mochte und wie schwerlich ein anderer Fürst neben ihm. Wie ganz verkehrt war es doch nun — abgesehen davon, daß eine Pallast- oder andere Revolution ein schlechtes Mittel zur Befestigung der monarchischen Ordnung, der öffentlichen Moral- und des Rechtsbewußtseins ist — wie ganz verkehrt war es, eben diesen König zur Abdankung nöthigen zu wollen, damit ein Anderer König und Kaiser werde, an dessen Deutsche Gesinnung oder wenigstens an dessen Freisein von Preußischem Sinn man selbst nicht einmal glaubte. Der Grund dieser Verkehrtheit liegt abermals im doktrinären Eigensinn, in der Ungeduld und der Unfähigkeit der Reichspartei, Maß zu halten. Blieb man bei Friedrich Wilhelm IV. stehen, so war man freilich genöthigt, den »Erbkaiser mit Krone und Schweif« vorerst aufzugeben und des Königs mäßigern Ideen und Tendenzen sich zu fügen, und dazu konnte man sich nicht entschließen. Man spekulirte dafür auf den speciell Preußischen Sinn und Ehrgeiz des nächsten Thronfolgers, als welcher — in diesem Sinne und aus diesem Ehrgeize — zum Werkzeuge der Reichspartei sich hergeben und Preußen und Preußens ganze Kraft zur Errichtung eines Deutschen Reiches und Kaiserthums einsetzen solle und werde. Aber wie ganz falsch war auch diese Rechnung wieder! Viel eher noch konnte man es billigen, wenn sich die Kaiserpartei geradezu darauf stützte, daß der Einheitsdrang und die Einheitsidee zur einer Realität geworden sei, die sich zur Geltung bringen werde. Aber freilich irrte sie auch in diesem Calcül, sofern sie die Einheitsidee schon für so stark und verbreitet hielt, daß es nur eines Beschlusses der National-Versammlung bedürfe, damit das Deutsche Volk dafür eintrete *). Der Verfasser der »Politischen Briefe« zieht (S. 174)

*) In der Denkschrift des Fürsten Leiningen vom 12. November, durch welche

eine geistreiche Parallele zwischen Frankfurt und dem Papstthume, als Mächten, welche Beide nur auf der Kraft von Ideen geruht hätten. Er sagt da u. A.: »Ich glaube, Frankfurt könnte damit zufrieden sein, wenn es auch nur mit einem kleinen Theile päpstlich-römischer Weisheit seine Herrschaft zu gründen, nur bis zu einem kleinen Theile Römischer Dauer zu erhalten vermöchte.« Aber das war es eben: den Frankfurter Unitariern fehlte die Weisheit der Päpste und einer der besten Theile dieser Weisheit bestand in der Geduld, welche die Zeit erwarten konnte, statt Rom in einem Tage bauen zu wollen.

Sehr bemerkenswerth ist eine im December 1848 geschriebene Stelle am Schluß der Politischen Briefe. Es heißt dort, der König habe wiederholt erklärt, gegen den Willen der Deutschen Fürsten und Stände die ihm zugedachte Stellung nicht annehmen zu wollen. (Es wird davon wie von etwas ganz Bekanntem gesprochen.) Sehr zu bezweifeln sei, daß eine Rundfrage bei denselben für Preußen ausfallen werde. (Und wer hätte dies glauben können!) Das Folgende bezeichnet den Standpunkt des Preußischen Staatsmannes, einen Standpunkt, der der Reichspartei fort und fort vorgehalten wurde und vor welchem sie stets die Augen sich zuhielt. »Oder soll Preußen, gestützt auf eine Majorität von vielleicht 20 bis 30 Frankfurter Stimmen, den Widerspruch der Partikularstaaten nicht achten oder gar die Waffen in die Hand nehmen, um auf einen vom Bürgerkrieg blutbefleckten Kaiserthron sich niederzusetzen?« (Das war allerdings die Meinung, und auf Gründe, hergenommen aus der Sorge um die monarchische Ordnung, die öffentliche Moral und das Rechtsbewußtsein, wurde dabei nicht gehört. Die Reichspartei wies die Radikalen ab, wenn diese in Vertheidigung ihrer republikanischen Pläne darauf kamen, wie die

---

derselbe von der Gothaer Partei sich lossagt, heißt es u. a., es habe sich gezeigt, daß das Deutsche Volk weder den ernstlichen Willen gehabt, noch den Muth und die innere Kraft besessen, welche nöthig gewesen, um sich aus einem schwachen Komplexe größerer oder kleinerer Völker und Völkchen zu einer mächtigen Nation umzubilden u. s. f. Das war eben der Irrthum und die Schwäche der Reichspartei, dies nicht rechtzeitig zu sehen und sehen zu wollen. Bekenntnisse dieser Art sind sehr lobenswerth. Arg aber ist es, daß ein Theil der Reichspartei noch immer nichts sieht, noch immer eignen Lobes voll ist, noch immer Ideen und Pläne verfolgt, die sich nicht bloß als unausführbar sondern als verwirrend und verderblich erwiesen haben.

Freiheit nun einmal nicht ohne Blut gegründet werde u. s. f. Zur Vertheidigung ihres Einheitsplanes bediente sie sich aber derselben Theorie und fast derselben Redensarten.) »Viele dieser Staaten würden sich in Oesterreichs und Frankreichs Arme werfen, und soll Preußen den Kampf mit der ganzen Welt aufnehmen um eines matten Kaiserthums willen?« u. s. f. Freilich! Die Reichspartei sagte Ja und Amen dazu. Preußens Stellung erfordere nach seiner Ansicht, fährt der Verfasser fort, daß es vermittelnd eintrete, unter den dermaligen Verhältnissen nicht mehr als das ihm Gebührende fordere oder nehme, sich sowol dem Ausscheiden Oesterreichs als der Aufstellung eines erblichen Kaiserthums widersetze, ohne Rücksicht, daß man damit bei dem Frankfurter Souveränitätsschwindel anstoße Und wie oft ist Dies und Aehnliches der Reichspartei, wie oft auch von Preußischen Staatsmännern gesagt. Sie war und blieb aber der entgegengesetzten Meinung. Eben der Souveränitätsschwindel ließ nicht zu, daß sie bei ihrem Plane, Preußen an die Spitze zu bringen, Rücksicht darauf genommen hätte, ob und wiefern Preußen selbst wollte oder nicht. »Oefter schon sind Kaiseranträge von Frankfurt nach Berlin gelangt, wenn Berlin einwilligen wolle, den Preußischen Staat in drei, fünf oder acht Theile zu zerschlagen, das Preußische Parlament durch das Frankfurter zu ersetzen.« So! Wer hatte denn aber die Ermächtigung zu solchen Anträgen ertheilt? Man kann manches dieser Art gutheißen, muß doch aber fragen: ist es gerechtfertigt, wenn Mitglieder oder Führer einer parlamentarischen Partei hinter dem Rücken des Parlaments, ja der Mehrheit ihrer Parteigenossen selbst, auf eine solche Weise verfügen und unterhandeln? Ist es kein Intriguiren, wenn man ein solches Verhalten sich zu Schulden kommen läßt? und wenn nicht, wie konnte man Oesterreicher im Tone der sittlichen Entrüstung und mit lautem Geschrei der Intrigue beschuldigen, weil sie sich späterhin und zum Selbstschutz, zur Abwehr, wirklich oder angeblich (wir werden sehen) Aehnliches zu Schulden kommen ließen? Der Verfasser räth, daß man sich in Berlin auch ferner dem Ansinnen der Reichspartei widersetze. »Würde hier ein ohnmächtiges Kaiserthum scheinbar zu Gunsten, reell aber mit Zerschlagung Preußens geschaffen, so würde der Preußische Kaiser und die Trümmer seines vernichteten Staats dann von der Frankfurter Versammlung regiert.« Ja doch, so sollte es sein. Eben auch bei jenen Preußischen Verhandlungen

wurde es in Aussicht genommen. Aber wer die Versammlung bei diesen, nur bei diesen Verhandlungen sah, mußte, wenn er sie dennoch fähig hielt, ein solches Regiment zu führen, eben so blind sein wie der, der das dermalige Preußen zur Führung Deutschlands für geeignet halten konnte. »Preußen würde niedergerissen und Deutschland nicht erbaut.« Das war klar genug und wurde täglich gesagt, aber die Kaisermacher und Preußenzertheiler sahen und hörten so wenig wie sie jetzt sehen und hören als die da Preußen vergrößern und Deutschland spalten. Sie lebten in dem Glauben, Andern däucht in dem Wahne, worin sie noch leben, was sie und nur was *sie* betrieben und betreiben, sei die »Deutsche Sache,« und ihrer Einbildung allein Recht zu haben und patriotisch gesinnt zu sein entstammte — um darauf vorläufig hinzuweisen — naturwüchsig jene ihre hochmüthige verletzende und leidenschaftliche Unduldsamkeit, welche wir bald emporwuchern sehen werden und die eine der wirksamsten Ursachen der Verbitterung und Zerklüftung, des Haders und des Scheiterns wurde. Und gerade bei den Preußischen Verhandlungen und um die Zeit derselben zeigte sich auch von noch einer andern Seite, wie falsch die Reichspartei rechnete. Ueberaus deutlich war zu sehen, wie viel Partikularismus nicht etwa bloß bei den königlichen Regierungen, sondern in den Bevölkerungen fast überall, nicht etwa bloß in Sachsen u. s. w., sondern in Preußen vorhanden war. Die dortigen *Landesversammlungen* waren es, welche der Reichsversammlung am handgreiflichsten Trotz boten — die Preußische z. B. durch ihren Beschluß wegen Posen — und die Reichsversammlung sah und fühlte vollkommen, was das auf sich hatte, sprach aber trotzdem hierbei nicht von Zermalmen u. dgl., sondern setzte den Biedermann'schen Ausschuß nieder und faßte einen höchst sanftmüthigen Beschluß gegen den eben erwähnten, ihre ganze Bedeutung und Wirksamkeit in Frage stellenden des Berliner Gegenparlaments. Etwas später, als Brandenburg und Manteuffel am Ruder waren, vernichtete sie freilich des Gegenparlaments Steuerverweigerung. Allein es war klar genug geworden und wurde mit einander klar und immer klarer, wie viel partikularistischer dem Einheitssinne entgegenstand, wie wenig jetzt noch daran gedacht werden konnte, Preußen zu zerschlagen, wie gewiß man Preußischen Partikularismus an die Spitze stelle, wenn man *ohne* Zerschlagung Preußens ein Preußisches Kaiserthum errichte, und was für ein »Reichstag,« was für ein

einheitlich-deutsches reichsparlamentarisches Wesen und Regiment in demselben — und unter der Preußischen Landesversammlung werde herauskommen müssen. Es wurde nachgerade auch blöden Augen sichtbar, wofür und für welche partikularistische und egoistische Tendenzen die Reichspartei arbeitete und sich benutzen ließ — nur sie selbst sah nicht und glaubte ganz ehrlich, sie wirke für die »Deutsche Sache.«

Verhandlungen über die Verhältnisse Oesterreichs am 29. und 30. November.

Als Gagern von Berlin zurückkehrte, hatte man in Frankfurt abermals über die Oesterreichischen Angelegenheiten verhandelt. Die Oesterreichische Regierung hatte bei Anordnung der Wahlen zur National-Versammlung offen ausgesprochen, daß sie die Genehmigung der Frankfurter Beschlüsse sich vorbehalte; sie hatte sich fern gehalten von aller und jeder Einwirkung auf das Verfassungswerk und die National-Versammlung ihren Gang gehen lassen; sie durfte mit Recht voraussetzen, daß sich letztere in den Grenzen ihres Mandats und ihrer Kompetenz hielt und also nicht unternahm in die Staaten hineinzuregieren. Am 12. Juli hatte die Bundesversammlung die Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse und Verpflichtungen an die provisorische Centralgewalt übertragen. Die National-Versammlung aber blieb dabei, von der Oesterreichischen Regierung nicht bloß die Annahme ihrer angebotenen Vermittelung, sondern auch Bekanntmachung und Ausführung ihrer Beschlüsse und Gesetze ohne vorgängige Vereinbarung, und Anerkennung der provisorischen Centralgewalt in einem Sinne zu fordern, wie wenn derselben nicht bloß die *verfassungsmäßigen* Befugnisse der Bundesversammlung, sondern absolute Regierungsrechte übertragen worden wären. Die National-Versammlung besaß durch keinerlei Rechtstitel ein allgemeines oberstes Recht der Gesetzgebung. Sie maß ein solches sich bei, betrachtete und behandelte die provisorische Centralgewalt als Werkzeug der Ausführung ihrer Beschlüsse und

Gesetze, und kehrte also das bisherige verfassungsmäßige Verhältniß der Deutschen Regierungen und des Deutschen Volkes geradezu um. Sie konnte sich ein allgemeines Gesetzgebungsrecht nur beilegen unter völliger Nichtbeachtung ihres Mandats. Sie konnte die provisorische Centralgewalt als ihr bloßes Werkzeug nur betrachten und Anerkennung derselben als über den Regierungen stehende absolute Macht nur fordern durch die allergezwungenste Auslegung der Uebertragung der Rechte der Bundesversammlung an dieselbe, sofern sie hierauf sich stützte. Das Alles war nur möglich durch Verkennung aller thatsächlichen Verhältnisse und die heilloseste Verwirrung der Begriffe. Auch Kaiserliche gestehen bisweilen, daß gerade Oesterreichs eigenthümliche Verhältnisse obenein eine besondere Rücksichtnahme geboten. Diese besonderen Verhältnisse ließen seinen Ungehorsam nach Aussage der Kaiserlichen selbst allerdings, wenn sie ihn nicht rechtfertigten, doch »als natürlich und fast unvermeidlich erscheinen.« So Biedermann (in seinen Erinnerungen aus der Paulskirche S. 74.) der so streng auf dem Princip der Souveränität der National-Versammlung hält. Aber welche Rücksichten wurden genommen? Schmerling hatte am 24. Oktober die nach Wien abgesendeten Reichskommissäre instruirt, gemäß dem Beschlusse der National-Versammlung vom 23. zu verfahren. »Ich erlaube mir, hieß es in seinem betreffenden Schreiben, aufmerksam zu machen, daß alle Oesterreichischen Deputirten bei der Debatte ihre Deutschen Gesinnungen, und wie sie von dem Anschlusse an Deutschland allein eine erfreuliche Zukunft erwarten, aussprachen, und daß die Versammlung, die ein großes starkes Oesterreich, mit seiner Mission nach Osten und bis an die Mündung der Donau wünscht, es nur in innigem Verbande mit Deutschland sich denken kann. Die Herren Reichskommissäre werden bedacht sein, diese Idee bei der Oesterreichischen Regierung lebhaft zu vertreten, und sie aufmerksam machen, daß eine staatliche Trennung zwischen Oesterreich und Deutschland für beide Reiche verderblich sein würde. — Die Manifeste des Kaisers von Oesterreich am 16. und 19. Oktober 1848 geben seine Entschlüsse wegen Wien kund. Wir vertrauen dem kaiserlichen Wort, was nur die Anarchie zu bekämpfen ausspricht. Aber nur zu leicht und unbemerkt wird oft im Siege die Grenze überschritten. Ich darf Sie, Herren Reichskommissäre! daher aufmerksam machen, der Sicherung der gesetzlichen Freiheit stets bedacht zu sein, und Ihre

kräftige Vermittlung und Ihr Einschreiten dann geltend zu machen, wenn reaktionäre Bestrebungen sich bemerkbar machen sollten. Wir setzen sie nicht voraus, aber wir wollen auch gegen sie aufmerksam sein. — Das Oesterreichische Heer ist so viel angegriffen, durch den an seinen Generälen verübten Meuchelmord so empört worden, daß eine Entrüstung verzeihlich ist. Aber es wäre gefährlich, wenn diese bis zu Gewaltthätigkeiten sich steigerte, und dadurch der persönlichen Freiheit irgend Gefahr erwüchse, oder wenn militairische Führer diese Stimmung des Heeres benutzten, um Rückschritte anzubahnen. — Die Centralgewalt hat die Pflicht, die gesetzliche Freiheit zu wahren, jeder unerlaubten Schmälerung derselben entgegenzutreten, so wie sie stets die Anarchie bekämpfen wird. Sie ist überzeugt, daß die Herren Reichskommissäre in dieser Richtung mit Erfolg wirken werden.« Am 29. Oktober schreibt er den Reichskommissären: »Aus Blättern und Privatmittheilungen aus Wien sind uns die vom Fürsten Windischgrätz gestellten Anforderungen bekannt. Eine hier eingetroffene Deputation des Wiener Gemeinderaths schildert so entschieden die Pöbelherrschaft in Wien, daß wir begreifen, wie sie mit aller Macht bekämpft werden muß. Aber wir rechnen, daß dem Siege Mäßigung folge, und die Herren Reichskommissäre werden bemüht sein, dahin zu wirken. Die große Mehrzahl der Bürger Wiens verabscheut längst das Treiben einer Faktion, welche das Wohl der Hauptstadt untergrub; diese große Mehrzahl wird mit Freuden begrüßen, was zur Herstellung der Ordnung geschieht, wenn dabei nicht begründete Besorgnisse für die Unterdrückung wahrer Freiheit entstehen.« In einem zweiten von demselben Tage datirten Schreiben spricht er eine bedingte Mißbilligung der Verlegung des Reichstags nach Kremsier, als einem mitten in einer Slavischen Bevölkerung gelegenen Orte, aus. Die Reichskommissäre sollen seine Bedenken der Oesterreichischen Regierung mittheilen, von welcher er hofft, daß sie »jede Ursache einer gerechten Verstimmung ihrer Deutschen Unterthanen zu vermeiden bedacht sein werde.« Am 1. November äußert er in einer Depesche: »Fürst Windischgrätz scheint ungeachtet seiner drohenden Proclamationen mit Mäßigung bei dem Angriffe vorzugehen und Blutvergießen vermeiden zu wollen. Wird der Sieg, wie ich hoffe, ohne große Menschenopfer erkauft, so ist es

um so leichter, den Weg zur Versöhnung bald zu betreten, und von den angedrohten Maßregeln abzugehen — jene wegen der Presse wäre ohnehin kaum dauernd durchzuführen. Wer wird im Jahre 1848 einer Deutschen Stadt, wie Wien, alle Tagesblätter bis auf Eins, was nur officielle Artikel aufnimmt, entziehen wollen! Der Oesterreichischen Regierung wird ein solcher Zustand nur Verlegenheit bringen. Sie muß selbst wünschen, von den Ansichten und Bedürfnissen der Bewohner ihrer Hauptstadt sich zu unterrichten, und die Mißstände einer verächtlichen Straßenliteratur und eines verderblichen Placatwesens sind zu beseitigen, ohne alle Tagesblätter zu suspendiren. — Ich wünschte, daß Sie vor Allem diesen Gegenstand vermitteln, wenn er, wie ich nicht annehmen will, nicht ohnehin mit Aufgeben von dem Inhalte der Proklamation bald befriedigend modificirt ist. — Sehr entsprechend würden wir es finden, wenn Ihre Vorschläge, den Reichstag in eine rein Deutsche Stadt zu verlegen, von Erfolg wären.« Zugleich übersendet er die stenographischen Berichte über die Sitzungen vom 26. und 27. Oktober, wodurch »die Verhandlungen über die §§. 2 und 3 des Entwurfs vollendet« worden.

Die Oesterreichische Regierung war eben so wenig als die Preußische geneigt, sich Einmischuugen gefallen zu lassen und hatte eben so gute Gründe dazu. Es war Verstimmung gegen Frankfurt bei ihr eingetreten, wie man aus dem zurückhaltenden Benehmen der Autoritäten gegen die Reichskommissäre, aus den ministeriellen Depeschen deutlich ersieht. Der Ministerpräsident von Wessenberg sagt am 26. Oktober in einem dem Reichsminister des Innern mitzutheilenden Schreiben an den Bevollmächtigten zu Frankfurt: »Die letzten Wiener Ereignisse haben in Deutschland eine zum Theile irrige Auslegung gefunden. Zur richtigen Beurtheilung der Frage dürften folgende thatsächliche Umstände zu beherzigen sein. Die in diesem Augenblicke unter den Mauern Wiens stattfindenden militärischen Operationen haben nur Einen Zweck: die Bekämpfung der Anarchie und die Wiederherstellung eines gesetzlichen Zustandes. Die gewährleisteten Freiheiten zurückzunehmen, den unter dem Namen Reaction von der Umsturzpartei als Schreckbild aufgestellten Popanz zu verwirklichen, oder gar für eine der Oesterreichischen Nationalitäten über die anderen die Hegemonie zu erobern, liegt außer der Absicht des Kaisers und seiner Regierung. Es ist kein Kampf der Nationalitäten, keine Umbildung der Monarchie in ein Slavi-

sches Oesterreich, wie die Deutsche Presse glaubt oder zu glauben vorgibt, sondern der Kampf der Ordnung gegen die Anarchie, der gesetzlichen Gewalt, ohne die es keine Regierung gibt, gegen die Schreckensherrschaft, der Erhaltung gegen den Umsturz. Wir müssen es als eine Verwirrung der Begriffe, als eine Verkennung der Thatsachen bezeichnen, wenn man diesem Kampfe eine andere Deutung gibt. — Die Revolution hat ein Deutsches Gewand angelegt. Die Deutschen Farben sind die Wahrzeichen der Partei des Umsturzes geworden. Nicht der Freiheit, der Größe und dem Wohle Deutschlands, welche zu wahren der Kaiser von Oesterreich sich vorzugsweise für berufen hält, gilt es, mit Waffengewalt entgegenzutreten, sondern nur gegen die jene Farben und jene Sachen zu ihren verderblichen Zwecken mißbrauchende Partei sind die Bestrebungen der Regierung und der Armee Sr. Majestät gerichtet. — Ich ersuche Ew. Hochwohlgeboren, diesen Gesichtspunkt festzuhalten und in ihrem Wirkungskreise nach Möglichkeit geltend zu machen.«

Das Oesterreichische Kabinet hatte eben so wie das Preußische das Bewußtsein, besser als die Centralgewalt und die National-Versammlung die wahre Lage der Dinge zu kennen und besser zu wissen, was es zu thun habe. Dies spricht sich unzweideutig in einem Schreiben Wessenberg's an die Reichskommissäre vom 25. Oktober aus: »Was Ihre wohlmeinende Absicht betrifft, noch einen Versuch in Wien zur Beilegung der dortigen Zerwürfnisse zu machen, so scheint mir nöthig, Sie vorerst, bevor Sie diesfalls einen Entschluß fassen, in die Kenntniß der dermaligen dortigen Zustände zu setzen. Es handelt sich nämlich daselbst nicht darum, mit einer Partei zu unterhandeln, sondern lediglich, eine Insurrection zu unterdrücken, welche von einer durch fremde Einflüsse aufgeregten Masse der besitzlosen Classe ausgeht, und mit welcher eine Unterhandlung in gewöhnlicher Form wohl nicht statthaben kann. Die durch Terrorismus dieser zügellosen Classe eingeschüchterte eigentliche Bürgerschaft erwartet mit Sehnsucht ihre Befreiung und steht der Regierung nichts weniger als feindlich gegenüber, daher auch mit dieser kein Stoff zur Unterhandlung ist. Sie ist bereit, sich dem Gesetze zu fügen und zur Herstellung der Ordnung beizutragen. Uebrigens geht morgen Mittag der von dem Feldmarschall Fürsten Windischgrätz den Insurgenten zur Unterwerfung gesetzte Termin zu Ende, und werden daher, falls solche nicht statthat, die

militärischen Unternehmungen unverzüglich statthaben, so daß jeder Versuch, solche aufzuhalten, alsdann fruchtlos wäre, auch voraus=zusehen ist, daß deren Resultat bei den getroffenen Vorkehrungen nicht lange auf sich wird warten lassen. — Letzteres ist um so wahr=scheinlicher, als nach den heute eingelaufenen Nachrichten das vor einigen Tagen vor der Oesterreichischen Grenze erschienene Corps Ungarischer Insurgenten sich beim ersten Anblick eines Oesterreichi=schen Cavallerieregiments wieder in Eile zurückgezogen hat. — Ich glaube Ew. Hochwohlgeboren die Mittheilung dieser Sachlage schul=dig zu sein um dieselben auf die Hindernisse aufmerksam zu ma=chen, welche der Erfüllung Ihrer edlen Absichten in dem gegenwär=tigen Augenblicke entgegenstehen.«

Das Reichsministerium gab sich die ersinnlichste Mühe, auf die Oesterreichische Regierung gemäß dem Frankfurter Standpunkte ein=zuwirken. So werden derselben in einem vom 18. November datirten Schmerling'schen Schreiben die dringendsten Vorstellungen gegen ihr Verhalten gemacht. Was der Einnahme von Wien gefolgt sei, habe den Schein, als sei es auf eine militärische Diktatur abgesehen; seit mehreren Wochen sei die Zahl der verantwortlichen Minister auf zwei beschränkt; was in Preußen vorgehe, werde als Nachahmung des Verfahrens in Wien bezeichnet; alle wahren Freunde der Frei=heit müßten in diesem kritischen Moment sich vereinigen zu ihrer Erhaltung, wozu es vor Allem des Vertrauens bedürfe, welches die Regierungen nur durch freisinnige und entschiedene Schritte er=werben könnten. »Wir rechnen darauf, daß das Oesterreichische Ministerium, was neu gebildet an den Vorgängen der letzten Wochen keinen Theil hat, entschieden in der konstitutionellen Richtung sich bewegen, daß es die öffentliche Meinung achten, den gerechten An=sprüchen des Volkes Rechnung tragen, daß es nicht unterlassen werde, bei seinen Schritten mit aller Offenheit vorzugehen, und daß es mit uns, die wir nur nach diesen Grundsätzen zu handeln ent=schlossen sind, in jenen vertrauensvollen Verkehr treten werde, der uns in die Lage setzen wird, für unser gemeinschaftliches Vaterland wohlthätig zu wirken. Wir können nicht verleugnen, daß es dieses vertrauensvollen Benehmens sehr bedarf, um die öffentliche Meinung zu versöhnen, die in den Vorfällen der letzten Zeit genügend Anlaß hatte, die Deutsche und freisinnige Richtung der Oesterreichischen Regierung zu bezweifeln. — Wird diese Bahn nicht bald verlassen, so erhalten die Feinde der Ordnung und Gesetzlichkeit neuen Stoff

zu ihren fortgesetzten Angriffen gegen die konstitutionelle Monarchie, für welche die überwiegende Mehrzahl des Deutschen Volkes mit aller Bestimmtheit sich erklärt hat, und die daher von allen Deutschen Regierungen gewahrt und befestigt werden soll. Bei der ernsten Lage unseres Vaterlands ist diese unsere offene Erklärung gerechtfertigt, ja wir sind verpflichtet, sie auszusprechen. Wir sind gewiß, die verantwortlichen Räthe des konstitutionellen Kaisers von Oesterreich werden nicht zögern, in kürzester Zeit die Richtung ihrer Politik dem ganzen Vaterlande klar hinzustellen.«

Es half und konnte nicht helfen. Die National-Versammlung und auch das Reichsministerium kannten und beurtheilten die Verhältnisse in Oesterreich und den Standpunkt der dortigen Autoritäten nicht genau und zutreffend genug. Die National-Versammlung hatte dem Reichsministerium, dieses den Reichskommissären unmögliche Dinge aufgegeben. Kein Wunder, daß die letzteren unverrichteter Dinge nach Frankfurt zurückkehrten. Hier wurde das nun aber sehr übel genommen, und veranlaßte nächst den weiteren bekannt werdenden Vorgängen in und um Wien eine ganze Reihe von abermaligen, zum Theil durch gleich große Unvernunft wie Frechheit sich auszeichnenden Anträgen, welche dem Ausschusse für die Oesterreichischen Angelegenheiten überwiesen wurden, über dessen Bericht man am 29. und 30. November berieth. Die Ausschußmehrheit (9 gegen 4) hatte sich freilich gegen die weitgreifendsten Anträge Wiesner's und Anderer erklärt, war aber doch auf die Forderungen der unumwundenen Anerkennung der Centralgewalt u. s. w. zurückgekommen. *)

*) »In Betracht, daß das Reichsministerium bereits durch den Beschluß der konstituirenden Reichsversammlung vom 3. November l. J. aufgefordert wurde, die Anerkennung der Deutschen Centralgewalt in Oesterreich zur vollen Geltung zu bringen, die Interessen Deutschlands in Oesterreich überall zu wahren und die den österreichisch-deutschen Völkern zugestandenen Rechte und Freiheiten gegen alle Angriffe in Schutz zu nehmen, die zu diesem Zwecke bisher angewendeten Mittel sich aber als unzulänglich erwiesen haben, — fordert die konstituirende Reichsversammlung das Reichsministerium von Neuem auf:

1) mit allem Nachdrucke dahin zu wirken, daß jener Beschluß vom 3. November l. J. zum Vollzuge komme, und daß die über Wien verhängten Ausnahmsmaßregeln nach wiederhergestellter Ordnung und Ruhe alsbald aufgehoben werden;
2) durch den neuerlich nach Oesterreich bestimmten Reichskommissär ohne

In der Debatte zergliederte und verurtheilte Giskra das Verfahren der Reichskommissäre Welcker und Mosle und mittelbar des Reichsministeriums. Sie wären nicht schleunigst und direkt nach Wien gegangen, um nicht Partei zu nehmen für die »Volkssouveränität,« und weil sie eingedenk des Spruches gewesen: wer sich in Gefahr begiebt, der kommt darin um. Dies hatte Schmerling vor einigen Tagen mit Beziehung auf Blum gesagt. Die Reichskommissäre hätten also auf die Wiener Barrikaden gehen und ein Kommando im Elitenkorps der Aula übernehmen sollen! Dies wagte der Redner doch aber nicht gerade auszusprechen. Indeß sagte er: sie hätten Windischgrätz von Reichswegen *bedrohen*, und so das Ansehen des Reichs und Wien retten sollen u. s. f. Er kam sodann darauf, daß von Anfang das Oesterreichische Ministerium sich die Ratifikation der Beschlüsse des Frankfurter Parlaments vorbehalten, auf die Nichtbeachtung derselben in Oesterreich, die Verzögerung der Wahlen, das Geldausfuhrverbot, das Verhalten bei der Feier des 6. August, die Nicht-Publikation der Reichsgesetze und andere Thatsachen, woraus klärlich hervorging, daß man von langer Hand her in Oesterreich den Gedanken verfolgt, der Versammlung in Frankfurt eben *nicht* ohne Weiteres sich unterwerfen, sich zumal nicht nach dem Willen der in ihr sitzenden Demokraten behandeln lassen, nicht einmal in die gemäßigteren Wünsche Anderer unbedingt eingehen zu wollen, und daß man, wenn man Oesterreichs in der That besonderen Verhältnissen keine Rechnung tragen, sondern von ihm jene Unterwerfung haben wollte — da Oesterreich nun einmal eine bedeutende Macht — entweder den Kaiserstaat revolutioniren oder mit Krieg überziehen mußte; denn daß man mit Drohungen nichts ausgerichtet haben würde, sah Jeder ein, und wenn man ohne Erfolg gedroht, so muß man in einem solchen Falle auch zur Gewalt schreiten. Aus dem Allem folgte, daß sich dem Reichsministerium unübersteigliche Schwierigkeiten entgegengestellt hatten. Danach fragte Giskra jedoch nicht. Er schloß frischweg, unter blühenden Schilderungen der entsetzlichen Vorgänge in Wien und an andern Orten in Oesterreich: das

---

ferneren Aufschub die offene und unumwundene Anerkennung der Deutschen Centralgewalt, wie die Durchführung der Beschlüsse der konstituirenden Deutschen Reichsversammlung in den Deutschen Provinzen Oesterreichs zu erwirken.«

Ministerium hat das Alles nicht verhindert, es hat Oesterreich nicht unter die Beschlüsse der Deutschen Reichsversammlung gebeugt; es hat also nichts gethan.

Als er geendet, übergab Freudentheil aus Stade noch einen Antrag, der dahin ging, Oesterreich aufzufordern, der Militärdespotie ein Ende zu machen, und nöthigenfalls Preußen und Bayern den Vollzug zu übertragen. »Jetzt oder nie gelangt Deutschland und muß es zur Einheit gelangen — nöthigenfalls Waffengewalt gegen die renitirenden Staaten, damit sie dem Gesammtwohle sich unterwerfen!« Die Deutsche Einheit sollte platterdings damit anfangen, daß man sich einander in die Haare fuhr.

Beda Weber sagte: »An dem Blutvergießen in Wien ist allein die Faktion Schuld, die kleine Minorität gegenüber von Millionen, die es nothwendig machte. Die Reichskommissäre konnten es nicht abwenden, und daran ist abermals jene Faktion Schuld, die es dahin trieb, daß nur noch die Schärfe des Schwertes helfen konnte. Sie trägt die Schuld gleichfalls davon, daß auch die Reichsversammlung und das Reichsministerium so wenig ausrichten, weil wir vor lauter Interpellationen, Dringlichkeitsanträgen und Regierungsgelüsten mit der Verfassung nicht fertig werden, sondern in einem Provisorium verbleiben, das dem Ministerium die nothwendige Kraft nicht giebt, die so großen Schwierigkeiten gegenüber erforderlich ist.« Er zeigte sodann, daß man bei der an Oesterreich gestellten Forderung der unumwundenen Anerkennung aller hier erlassenen Gesetze die entgegenstehenden Schwierigkeiten übersehe, ja daß man so verfahre, als seien die §§. 2 und 3 des Kapitels vom Reiche bereits angenommen, während man sich doch selbst erst noch eine zweite Lesung vorbehalten habe. Auch das blödeste Auge müßte jetzt einsehen, wie verkehrt es gewesen sein würde, wenn man Wien einer Partei preisgegeben hätte, die von Deutschheit nichts habe, als den Mantel der Deutschheit, den sie sich für ganz andere Zwecke umgehangen. In dem, was man hier höre, den Schmähungen gegen die Oesterreichische Regierung und das Oesterreichische Volk, das nicht der Meinung einer kleinen Fraktion der Deutschen Reichsversammlung sei, und gegen das Oesterreichische Heer sei keine Kunde Oesterreichischer Zustände zu erblicken; denn eine Regierung gegen das Volk sei in Oesterreich jetzt unmöglich, wo die Presse frei sei, wo man das freie Versammlungsrecht genieße, Falls die Städte es nicht selbst verwirkten, indem sie schlechten Gesellen zum Aufent-

haltsort und zum Tummelplatz ihrer Gewalthaten dienten. Er kenne die Männer an der Spitze der Armee aus langer Beobachtung, sie wären eben so gebildet als maßhaltend; er sei überzeugt, daß sie nichts thäten, was mit den Gesetzen nicht vereinbar. Blum's Erschießung sei ein politischer Fehler, aber nicht gegen das Gesetz gewesen, das Kriegs- und Standrecht, vor welchem das Civilgesetz schweige. Betreffend das Schutzgesetz vom 30. September, so habe ja die Linke, als es debattirt und erlassen worden, erklärt, daß es gar nichts tauge, zum Theil, daß sie darauf verzichte. In Oesterreich lese man die Debatten der hiesigen Versammlung und eben die Linke behaupte, daß sie vorzugsweise das Vertrauen des Volks besitze, um so natürlicher also, daß man in Oesterreich das Schutzgesetz nicht sonderlich geachtet, das ohnehin seine Kraft verloren, als es dienen sollen zum Privilegium für Aufruhrprediger und Straßenaufwiegler. Die Reichsversammlung sollte keine Gesetze »andekretiren« ohne Rücksicht auf alle entgegenstehenden Hindernisse. Er schloß: Die motivirte Tagesordnung würde ihm am liebsten sein; denn es gelte um der Deutschen Einheit willen, die Oesterreichische Regierung nicht zu reizen, sondern ihr entgegenzukommen, statt unhaltbare befehlerische Forderungen an Oesterreich zu stellen, mit ihm zu vereinbaren. Der Ausschußantrag würde ein politischer Fehler, obgleich immer noch besser sein, als das, was hinter ihm stehe, die extreme Richtung.

Nach Weber sprach der sociale Demokrat Fröbel. Er sei im August zu Parteizwecken in Wien gewesen und wisse genau Bescheid, begann er, und suchte sodann aus dem Standpunkte seiner Partei die Wiener Bewegung als eine wesentlich Deutsche darzustellen, was sie zum Theil und in einem gewissen Sinne auch gewesen sein mag. Entkräften konnte er jedoch die Thatsache nicht, daß die Deutsche Sache in Wien zur Fahne der Anarchie mißbraucht und dadurch empfindlich beschädigt war. Er lieferte den reichlichsten Stoff zum Erweise der Ansichten, welchen er entgegentrat.

Nach ihm Welcker, der zuerst — der Angeklagte vor der Verurtheilung — hätte gehört werden sollen, und endlich außer der Reihe das Wort erhielt. Er versuchte und führte den Beweis gegen ungerechte, maßlose und zum Theil geradezu unsinnige Anschuldigungen, insbesondere auch der nur zu verdrehten, verkauften und verlogenen Presse, daß die Reichskommissäre Alles gethan, was in ihrer Kraft stand, die ihnen gewordene schwierige Aufgabe so zu

lösen, wie es von Sachkundigen und Billigdenkenden erwartet werden konnte; daß ihre Bemühungen auch keineswegs wirkungslos gewesen, daß sie Milderungen erwirkt; daß aber freilich der treulose Kapitulationsbruch dieselben vereitelt. Mit Recht rügte er, daß Zimmermann von Spandow in den Motiven eines dringlichen Antrags sechzehn Greuel aufgeführt, die in Wien begangen sein sollten und gänzlich unerwiesen wären, und daß man dies Register Tags darauf in Frankfurt als Plakat an den Straßenecken gesehen, was ohne Frage zur Aufreizung der Volksleidenschaften, zur Aufreizung gegen die, vielfach als die Schuldigen bezeichneten Reichsminister und Kommissäre, zur Bewirkung einer zwecklosen bübischen Rache habe dienen sollen. Er wies darauf hin, daß man auf der linken Seite die Centralgewalt schmähe und herunterreiße, um nachher zu sagen, sie stehe nicht in der gehörigen Achtung. Die vorgelegten Aktenstücke habe man in der Debatte auf eine Weise benutzt, welche von einer »noch sehr jungen Staatsweisheit« Zeugniß gebe; man habe sie zum Theil verdreht, einzelne Aeußerungen aus dem Zusammenhange gerissen und gänzlich mißdeutet, um falsche und abgeschmackte Folgerungen darauf zu gründen. Es sei vollkommen unwahr, daß Windisch-Grätz die Reichskommissäre schimpflich behandelt habe. Man drehe und deute die Ablehnung desselben, die auf einer Rechtsansicht beruht habe, nur so, um das Verhältniß zwischen Oesterreich und der Deutschen Centralgewalt in Verwickelungen bringen und nachher wegen der gestörten Verhältnisse Lärm und Phrasen machen zu können. Verfahre man so mit den Geschäftsträgern der Centralgewalt und deren Depeschen, so würden bald tüchtige Vertreter fehlen, welche Lust hätten, deren Geschäfte zu führen. In keinem Lande der Welt behandle man die Minister und Gesandten so schimpflich, wie in dieser Versammlung, und dann komme und klage man, daß sie kein Ansehen hätten. Er wolle die Korrespondenz zwischen Latour und Jellacic nicht billigen, aber der Reichstag, die Aula, die Bevölkerung in Wien hätten sich keineswegs stark genug dawider gerührt, hätten gedacht, es sei doch nicht zu dulden, daß Ungarn sich losreiße, wären mit dem ministeriellen Plane, wenn auch nicht mit der unparlamentarischen Kabinetspolitik, einverstanden gewesen, und erst am 6 Oktober sei urplötzlich mit dem ungarischen Gelde die tugendhafte Entrüstung und statt gesetzlicher Schritte die Revolution gekommen. Hierauf Schilderungen des, selbst gegen den Reichstag wie überhaupt gegen die

Meinungsfreiheit in und außer der Presse geübten Terrorismus Die Blätter seien auf das Brutalste gezwungen, entsetzliche Lügen und Aufforderungen zum Aufruhr aufzunehmen u. s. f. Dann fuhr er fort: »So war die Lage der Dinge, als wir den Auftrag erhielten, nach Wien zu gehen, und die Instruktion lautete einfach dahin, ich muß es als Grundlage der Beurtheilung wörtlich hervorheben: »Und bevollmächtige Sie hiermit, alle zur Beendigung des Bürgerkriegs, zur Herstellung des Ansehens der Gesetze und des öffentlichen Friedens erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, zu dem Ende mit den verantwortlichen Räthen der Krone und, nach Lage der Verhältnisse, mit dem konstituirenden Reichstage in Verhandlung zu treten.« Dieser Instruktion sei nun volle Genüge Seitens der Reichskommissäre geschehen. Wohl wissend, daß ohne Freiheit auch keine konstitutionelle Ordnung bestehe, hätten sie auch in diesem Sinne gewirkt, ohne nach dem Wortlaut der Instruktion dazu angewiesen zu sein. Gesetzt aber, daß sie gegen die gesetzliche Ordnung hätten Partei nehmen wollen, so würde es ihnen gegen Windisch-Grätz nichts geholfen haben, u. s. f.

Schmerling sagte u. A. »Sie tadeln die Stellung, die die Centralgewalt dem Auslande gegenüber einnimmt. Wahrlich, meine Herren! es ist eine Aufgabe für ein Ministerium, ein einiges Deutschland dem Auslande gegenüber zu repräsentiren, wenn in diesem einigen Deutschland der Bürgerkrieg an allen Enden wüthet; wenn das Parlament hier in Verbindung mit der Centralgewalt die Einheit Deutschland's repräsentiren soll, und wenn dieses Parlament und diese Centralgewalt der beständige Gegenstand der giftigsten Verläumdungen und Ausfälle ist, wie man sie in allen Blättern liest, an allen Orten predigt. Dann fordern Sie, meine Herren! daß London und Paris die Anerkennung eines einigen Deutschland's ausspreche.« Dem Tadel über das Verfahren des Ministeriums in Deutschland selbst, daß es ewig nur das Gespenst der Anarchie bekämpfe, hielt der Minister u. A. Folgendes entgegen: »Wahrlich ein Gespenst, welches gedroht hat, in Frankfurt die Thüren dieses Hauses zu erstürmen, und in demselben uns zu erschlagen; wahrlich ein Gespenst, welches zwei ehrenwerthe Glieder unseres Hauses meuchlings gemordet und andere zu Tode verfolgt hat; wahrlich, meine Herren! ein Gespenst, welches in das badische Oberland den Einfall des Struve herbeigeführt hat, welcher Mißhandlung und Brandschatzung im Gefolge hatte; wahrlich ein Gespenst,

welches in Thüringen jetzt reichliche Brandschatzungen und Proklamationen eines Königs von Thüringen oder einer Thüringischen Republik hervorgerufen hat. Ueberall, wo Sie nur hinsehen, meine Herren! finden Sie durchaus nichts, als gesetzliche Zustände! Auf der einen Seite Benutzung der Kirchen für demokratische Vereine, auf der anderen Seite Verhöhnung der Gesetze und Aechtung Derer, die anders denken, als die gerade terrorisirende Partei. Wenn das, meine Herren! nur das Gespenst einer Anarchie ist, so gratulire ich Jenen, die darin nur ein Gespenst erblicken; das Ministerium, welches die Verantwortlichkeit dafür übernimmt, daß die Glieder des Hauses geschützt seien, in ihrer persönlichen Sicherheit geschützt seien, welches die Verantwortlichkeit dafür übernimmt, daß der ruhige, friedliche Bürger in seiner Person und in seinem Eigenthume geschirmt sei, das erkennt darin kein Gespenst, es erkennt darin wahre Anarchie.« Am Schlusse erklärte er, daß er mit großer Aufmerksamkeit seit Wochen den Verhandlungen über die Oesterreichischen und Preußischen Zustände gefolgt sei, aber beim reichlichsten Tadel des Ministeriums umsonst nach einem Worte der Belehrung gelauscht habe.

Vogt suchte darzuthun, die Centralgewalt könne zu keinem Ansehen gelangen, so lange dieses Ministerium am Ruder sei, verschwieg aber hartnäckig die Regierungsgeheimnisse, wodurch ihr ein Ministerium der Linken Achtung zu verschaffen wissen würde, ließ nur ein wenig durchblicken, wenn er z. B. sagte, das Ministerium, (das nach innen und Außen ein System der Täuschung befolgt habe), hätte Truppen nach Oesterreich statt nach Altenburg schicken sollen u. s. f., welches Alles ganz konsequent aber eben so einfältig war.

Vogt jedoch und Venedey und noch Andere vermochten die Mehrheit nicht zu überzeugen, diese aber konnte sich auch nicht überwinden, ihre falsche Stellung entschlossen aufzugeben und überhaupt einen Entschluß zu fassen. Sie verwarf am 30. November sämmtliche Anträge der Linken, die Tagesordnung, den Antrag der Ausschußminderheit und den der Ausschußmehrheit: es kam in der Sache gar kein Entscheid zu Stande. Dagegen wurde noch in derselben Sitzung über ein Wahlausschreiben des Landguberniums in Mähren und betreffende Anträge berathen und damit es doch nicht fehle an allem und jedem Einmischen und Mitregieren, der

Ausschußantrag *) trotz alledem genehmigt, was Graf Deym dawider eingewendet und überhaupt Richtiges und Aufklärendes über das Verhältniß Oesterreichs gesagt hatte; u. a. Folgendes. »Man muß die Oesterreichische Frage aus dem Standpunkte des Staatsrechts auffassen, um sie richtig und vorurtheilsfrei zu würdigen. Auch Oesterreichs Verhältnisse zu seinen übrigen Provinzen sind zu berücksichtigen. Oesterreich hat vornherein durch sein Wahlausschreiben erklärt, daß es sich den Frankfurter Beschlüssen nicht unbedingt unterwerfen werde, und ist in seinem Recht, wenn es demgemäß verfährt. Zwingen kann die National-Versammlung Oesterreich nicht durch Dekrete. Will sie Zwang anwenden, so muß sie ein Heer aufstellen, will sie es nicht, so muß sie den Weg freundschaftlicher Vereinbarung einschlagen. Was hier beabsichtigt wird, schon im Provisorium in die Staaten hineinzuregieren, führt zur Anarchie, auch fehlt alle Berechtigung dazu. Der schlechteste Grund, es zu versuchen, ist die Volksschmeichelei, die aqua tofana, die uns entnervt und unsere Freiheit zu Grunde richten muß. Uebergriffe führen die Reaktion herbei. Oesterreich kann sich der Verfassung (der Redner ging davon aus, daß man eine Art Einheitsstaat durch dieselbe zu errichten im Begriffe sei) nicht so vollständig einfügen wie andere Deutsche Länder. Dies fordern ist eben so unstaatsmännisch als es unpolitisch und leichtsinnig ist, Deutsche Länder wegwerfen, damit sie slavisch werden, statt sie herüberzuziehen, Millionen Freunde zu Feinde machen, um einen theoretischen Gedanken auszuführen.« — Raveaux wollte finden, nun sei das Oesterreichische Intriguenstück vom Vorparlament an enthüllt u. s. w. Aber es war nichts enthüllt als einigermaßen seine und Anderer Augen. Oesterreichs Verhalten war von Anfang so gewesen wie Deym sagte, hatte vollkommen offen am Tage gelegen und lediglich die Illusionen der politischen Träumenden hatten diese verhindert, es zu sehen, wie es war. Und so stark war noch immer der Wahn, daß sich trotz dieser Enthüllung der einfachen Wahrheit die Majorität

---

*) »In Erwägung, daß bei Wahlhandlungen, als nothwendige Bedingung des Vertrauens in die Wahl, die Wahlbehörde eines jeden Einflusses sich zu enthalten hat, der Erlaß des Mährisch-Schlesischen Landesguberniums zu Brünn vom 20. v. M. aber die Wahlbehörde zu einem Einflusse auffordert, erklärt die National-Versammlung: daß der genannte Erlaß zu mißbilligen ist, und fordert das Reichsministerium auf, in diesem Sinne das Erforderliche wahrzunehmen.«

gegen die Tagsordnung entschied, die man beschließen mußte, wenn man endlich klar sah. Nur sophistisch war es, daß jetzt davon gesprochen wurde, wie doch Oesterreicher in der Versammlung sitzen könnten, wenn sich Oesterreich keine Gesetze, keine Verfassung von derselben vorschreiben lassen wolle. Die Versammlung war eben zum Gesetzgeben überhaupt nicht und zum Verfassung vorschreiben auch nicht berufen und befugt, und wenn keinen Abgeordneten der Sitz in der National-Versammlung gebührt hätte, deren Regierungen sich so etwas nicht gefallen lassen wollten, so hätten die Preußen namentlich wie die Oesterreicher weichen müssen, ja es wären keine geblieben als die aus den kleinen Staaten und einem einzigen der Königreiche.

Ein Leitartikel der O.-P.-A.-Zeitung (von Mathy, № 320) sagte mit voller Wahrheit, die Freunde der Wiener Bewegung vom 6. Okt. hätten, je weniger es ihnen gelungen sei, die National-Versammlung zu einer Thorheit zu bestimmen, desto mehr und Großes geleistet, die Gelegenheit zu benutzen, um gegen die Minister, die Reichskommissäre, die Heerführer vor Wien, kurz gegen alles ihnen Mißfällige loszuziehen, die Lage der Dinge in ein falsches Licht zu stellen und die Thatsachen in Betreff des Verhaltens der Reichskommissäre zu verdrehen. Bislang hätten sie stets gesagt, man stehe auf dem Boden der Revolution und da entschieden die Thatsachen, d. h. die Gewalt, jetzt hätten sie sich plötzlich erinnert, daß in Oesterreich noch Gesetze beständen, klagten über Verletzung derselben, und wollten sich nur wieder die »Thatsachen« nicht gefallen lassen.

»Die Centralgewalt und die Reichskommissäre sind allerdings in der Oesterreichischen Sache weit hinter den Anforderungen derjenigen zurückgeblieben, welche keine Anstrengung scheuten, um ihre Einwirkung zu vereiteln. Sie haben weder ein Reichsheer entsendet, um die Bewegung zu retten, deren Scheitern in Italien und Ungarn beklagt wird, noch haben sie die Führer der Truppen und der Verwaltung abgesetzt und bestraft, und das Reichsministerium hat damit, wie Herr Giskra meint, bewiesen, daß seine Politik die Politik der Rath- und Thatlosigkeit, der vollendeten Thatsachen ist. Es wäre bei vernünftigen Lesern eine müssige Aufgabe, das Unsinnige von Anträgen nachzuweisen, welche verlangen, daß Deutschland den Krieg gegen Oesterreich erkläre, um Kossuth's und Karl Alberts Plane und nebenbei die Anarchie zu unterstützen. Die Ausführbarkeit solcher Anträge kommt dabei ohnehin nicht in

Betracht; sie glänzen, wenn sie auch kein Gold sind. Der Ausschußbericht hat dieselben genügend gewürdigt, und ihm gebührt das große Verdienst, die einfache Wahrheit zu sagen: daß ein Erfolg der Einwirkung Deutschlands in Oesterreich nicht eher gesichert erscheint, bis das Verhältniß zwischen Beiden geordnet sein wird, und daß dies nur durch Verhandlungen geschehen kann, welche die Centralgewalt zu pflegen hat. Jetzt erst beginnen in Oesterreich der Reichstag, die Provinzialversammlungen, die Presse, sich mit dem künftigen Verhältniß zu Deutschland ernstlich zu beschäftigen. Die Annahme der §§. 2 und 3 des Abschnittes von dem Reiche hat einen tiefen, theilweise einen bittern Eindruck gemacht. Es wird kaum beachtet, daß die Annahme dieser Bestimmungen von Mitgliedern des Verfassungsausschusses selbst als eine Anfrage betrachtet wurde, um von Oesterreich endlich einmal zu vernehmen, wie es sich sein künftiges Verhältniß zu Deutschland denkt; es wird übersehen, daß für die zweite Lesung Vorschläge angekündigt sind, welche den Rücksichten für die Deutsch-Oesterreichischen Lande hinlänglich Rechnung tragen. In diesem Augenblicke sollte sich der Freund des Vaterlandes doppelt in Acht nehmen, zu dem Unrecht, das in Oesterreich gegen Deutschland begangen worden, neues Unrecht von unserer Seite zufügen. Unwürdige Anschuldigungen, aufreizende Schmähungen sollten mit besonderer Vorsicht vermieden, oder wo sie vorkommen, mit Nachdruck zurückgewiesen werden. Durch Anträge und Ergüsse, wie sie heute von den Rednern der Linken vernommen wurden, wird die Deutsche Sache und die Deutsche Gesinnung nicht gefördert. Wenn ernste Verwicklungen mit Freude willkommen geheißen werden, weil sie Stoff bieten zu Angriffen gegen die Centralgewalt, zur Vertheidigung ausländischer Interessen, zu Phrasengeklingel, das den flüchtigen Rausch eines leeren Beifalls einträgt, — da ist es am Orte, den Gedanken an das Vaterland und seine schwere Lage zu wecken, zu weisen Beschlüssen zu mahnen, und daran zu erinnern, daß die Macht der Reichsversammlung keine andere Stützen hat, als ihre Gerechtigkeit und Weisheit, und daß ihre Aufgabe, eine Verfassung für Deutschland zu gründen, ohne längeren Verzug gelös't werden muß.«

Der Artikel sprach das sich immer stärker aufdringende Gefühl aus, daß man den größeren Staaten gegenüber mit Regierungsbeschlüssen nichts ausrichte. Man hatte das Ergebniß vor Augen: die wegen der Preußischen und Oesterreichischen Wirren gefaßten

Beschlüsse waren sämmtlich der Hauptsache nach vergeblich gewesen. Das aber wurde noch immer viel zu wenig erkannt, daß der tiefste Grund von dem Allen in der falschen Stellung zu suchen sei, welche die National-Versammlung zwischen Gesetzlichkeit und Ungesetzlichkeit eingenommen. Eben so wenig wurden die wahren Machtverhältnisse der National-Versammlung und der Staaten so ins Auge gefaßt, daß man demgemäß verfahren wäre oder hätte verfahren mögen. Eine nicht unerhebliche Folge dieser Verhandlungen und insbesondere des darin so lebhaft zur Sprache gekommenen Mißlingens der Sendung der Reichskommissäre, so wie der Wendung welche die Dinge in Oesterreich genommen hatten, bestand darin, daß sich immer Mehrere sagten, die Oesterreichische Regierung werde die §§. 2 und 3 nicht annehmen und könne dazu auch nicht mehr gezwungen werden; daß sich wenigstens das Gefühl allgemein verbreitete, die ganze Verfassung sowie sie angelegt war, passe für Oesterreich nicht und man könne sie gegen Oesterreich nicht durchsetzen. Allein zu Viele waren noch immer, die den Grund der falschen Stellung der National-Versammlung nicht erkannten oder die Unhaltbarkeit und den Ausgang des souveränen Standpunkts sich nicht zu gestehen wagten. Man war jetzt so stark wie möglich daran erinnert, daß es — so wie Fürsten — noch Staaten gebe, konnte sich aber nicht entschließen ernstlich daran zu denken. Weil man es vergessen, hatte man einseitig nur an die Verfassung gedacht, als lasse sich Deutschlands Rechtszustand dadurch allein schon gründen, hatte man außer Augen gesetzt, daß der letztere sehr wesentlich auf einem Staatenbündniß, also einem Bundesverhältniß beruhe, hatte man lediglich eine hiernach ganz ungenügende, unpraktische nach konstitutionellem Schema angelegte Verfassung in Aussicht genommen. Diese Erkenntniß drang auch jetzt noch nicht durch, und aus dem Allen ergab sich nothwendig eine Unklarheit, Verwirrung und Rathlosigkeit, welche den Urhebern und Freunden des bereits in wesentlichen Stücken, ob auch nur vorläufig angenommenen Verfassungsprojektes gar sehr zu Statten kam. Man würde die Verfassungs-Entwürfe vom Reiche und der Reichsgewalt nicht so angelegt, noch weniger sie — und insbesondere die §§. 2 und 3 — in der Versammlung genehmigt haben, wäre die Einbildung nicht so vorherrschend gewesen, daß man den souveränen Standpunkt den Staaten gegenüber behaupten könne. Als nun in diesen Verhandlungen deutlich erkannt oder doch gefühlt wurde, daß

es Oesterreich gegenüber nicht angehe, hatte man nur die Wahl, entweder Oesterreich oder das Verfassungsprojekt und die Souveränitätsbehauptung aufzugeben, allerwenigstens zu ermäßigen. Mit jenem Projekte glaubten jedoch die Theoretiker etwas Unübertreffliches erfunden und geleistet zu haben. Indeß wären Manche nun wohl geneigt gewesen, es fahren zu lassen oder die Hand zu Abänderungen zu bieten, aber Eitelkeit und Rechthaberei litten nicht, die Allmacht oder deren Princip aufzugeben, was aber geschehen wäre, wenn man das Verfassungsprojekt aufgegeben oder auch nur modificirt und also einen politischen Fehler eingestanden hätte. Man suchte deshalb Ausflüchte und Selbstbelügungen und hob nun hervor, wie undeutsch Oesterreich doch im Grunde sei, und insbesondere wie es sich auflehne gegen die National-Versammlung und Centralgewalt und übersah dabei fortwährend, daß Preußen in demselben Augenblicke dasselbe that und es sammt Hannover, Baiern, Sachsen von Anfang gethan hatte, ohne daß man daraus schloß, diese Staaten müßten also aus dem Reiche hinausgelassen werden. Die Reichs- und Preußen-Partei war sehr zufrieden damit, sofern sie es erkannte, daß sich die Unthunlichkeit der Anwendung der Verfassung auf Oesterreich herausgestellt. Die Macht Oesterreichs zum Widerspruch, die sich freilich gleichfalls ergab, beachtete sie nicht. Ihr Sinn, ihre Rechnung stand auf Preußen, nach wie vor, trotz der Erfahrungen, welche die Reichskommissäre und Gagern in Berlin gemacht hatten. Es war doch jedenfalls ein Gewinn, daß in Berlin die Ordnung hergestellt war, Preußen aus der Ohnmacht wieder zu Macht und Ansehen gelangte und sein Wort in der Verfassungsfrage mitsprechen konnte. Wenn man nur durchsetzte, daß ihm die Krone geboten wurde. Die Frage ob der König sie annehmen werde drückte zwar, beirrte aber nicht. Die Partei hatte ihr Entweder — Oder! Auch ließ sich dahin wirken und mancherlei thun, dem Könige die Ablehnung schwer, wo nicht unmöglich zu machen. Eine Maßregel des so eben (21. November) eingetretenen neuen Oesterreichischen Ministeriums (Schwarzenberg-Stadion) kam ihr zu Hülfe, wurde geschickt von ihr zu ihrem Zwecke ausgebeutet und lieh ihr einen Schein von Berechtigung, um so mehr bei dem Verfassungsplane wie er vorlag zu bleiben und ihn weiter zu verfolgen, statt andere Grundlagen aufzusuchen oder auch nur zuzulassen.

Das ministerielle Programm von Kremsier.

Es nützt nichts, man gelangt ewig nur zu einer Parteimeinung und zu keinem Urtheile in dem großen Streite, wenn man von der Annahme eines Gegensatzes zwischen Deutschland und Oesterreich ausgeht und dann vom einen, dem Deutschen Standpunkte aus über und wider Oesterreich oder über Oesterreichs Verhältniß zu Deutschland, seinem Verhalten Deutschland gegenüber spricht und abspricht, und wenn es mit noch so viel Geist, Gelehrsamkeit und dialektischer Kunst geschieht. Wer sich nicht in die Denkweise und auf den Standpunkt des Widerparts zu versetzen weiß, ist zum Judiciren unbefähigt und wenn er es dennoch versucht, so wird er — und zwar je gewisser und je mehr, je eifernder er ist — die ohnehin so schwer zu ermittelnde objektive Wahrheit bei sich und Andern verdunkeln, unfrei und ungerecht werden und verfahren und statt Versöhnung Bitterkeit, Haß, Zank und Strrit erregen oder mehren.

Eine ganze Reihe von Gründen kam zusammen, um die Stimmung im Oesterreichischen Kabinet und auch im Oesterreichischen Volke gegen die Frankfurter Versammlung und deren Verfassungsarbeiten zu wenden. Diese Versammlung — eine andere Ansicht und Beurtheilung konnte man beim Oesterreichischen Kabinet nicht erwarten — hatte damit begonnen, sich in Ueberschreitung ihres Mandats die endgültige Entscheidung über die künftige Verfassung und das Recht allgemeiner Gesetzgebung beizulegen; sie forderte Anerkennung der provisorischen Centralgewalt als einer nur durch sie selbst beschränkten über allen Deutschen Regierungen stehenden gesetzgebenden und regierenden Macht, welche sie als ihre Vollziehungsbehörde behan-

delte. Diese ihre Forderung enthielt eine Rechtsverletzung und Anmaßung, zu deren Durchführung sie aber doch nicht die Macht, nicht einmal den rechten Willen hatte. Dennoch war unter den obwaltenden Verhältnissen die rechtswidrige und halb ohnmächtige Forderung den Staaten gefährlich, gefährlich wol gar für deren Existenz. Die Centralgewalt ließ sich gar zu abhängig von der National-Versammlung machen und diese gab keineswegs genügende Bürgschaft für einen mäßigen und weisen Gebrauch ihres vermeinten Rechtes der Gesetzgebung und der Regierung in alle Staaten hinein durch die Centralgewalt. Sie schwankte bisweilen stark genug nach der revolutionären Richtung hin, erschien dieser bisweilen unterthan oder ihre Haltung ließ doch besorgen, daß sie zum dienstbaren Werkzeuge der revolutionären Partei werden könnte. Obwol im Ganzen und in gewisser Beziehung gemäßigt, behandelte sie die Regierungen überhaupt doch nicht eben selten geringschätzig und übermüthig, ließ gar oft — die Folge ihrer angemaßten und falschen Stellung — die Revolutionsdrohung gegen dieselben verlauten, und faßte manchen Beschluß wie wenn es selbstständige Staaten nicht mehr gäbe. Der Verfassungsentwurf, den sie producirte, berieth und in erster Lesung annahm, war -- sogleich schon in den Grundrechten — von bedenklichen Auswüchsen nicht frei, enthielt in den weiteren Abschnitten sehr extreme Bestimmungen und trug überhaupt einen durchaus abstrakten Charakter. In dem Oesterreichischen Wahlausschreiben war ausdrücklich erklärt, daß Oesterreich nicht in der Lage sein würde, den Frankfurter Beschlüssen beizutreten, wenn dieselben als mit der Wesenheit eines Bundesstaats nicht vereinbarlich erkannt würden. Das Frankfurter Verfassungsprojekt aber berücksichtigte gerade den wichtigsten Punkt, das föderative Element, gar nicht, legte kein gutes Zeugniß für die legislatorische Befähigung dieser verfassunggebenden Versammlung ab. Die von ihr projektirte Verfassung paßte für Deutschland nicht, paßte noch weniger für Oesterreich, so daß letzteres unmöglich darauf hätte eingehen können. Dies mußte die Versammlung wissen, sie wußte es auch, es war bei den Verhandlungen über die §§. 2 und 3 und sonst mehrfach zur Sprache gekommen, und sie beschloß diese Verfassung dennoch. In dem Allen lag gewissermaßen eine Kriegserklärung an Oesterreich. Man warf ihm den Handschuh hin, man verfuhr so, daß der Ausschluß Oesterreichs die nothwendige Folge sein mußte, man wurde daran

erinnert und that es dennoch, ja man ging darauf aus, war von Anbeginn darauf ausgegangen, mochte man sich mit der Ausrede zu rechtfertigen suchen wie man wollte, daß man nur die Grundbedingungen eines einheitlichen und starken Deutschlands aufstellen wolle *). Berufen aus allen Deutschen Bundesstaaten, um für diese eine Verfassung zu Stande zu bringen, verfuhr die Frankfurter Versammlung theils so, als habe sie über die Deutschen Staaten Oesterreichs ohne Rücksicht auf deren Verhältniß zum Kaiserstaat frei zu disponiren, theils so als möchten die anderen zwei Drittel Deutschlands ohne Rücksicht auf ihr Verhältniß zu Oesterreich beliebig sich konstituiren, wobei entweder gar nicht oder nur sehr leichtfertig erwogen wurde ob das Recht dazu vorhanden, was offenbar nicht der Fall, und ob es nicht auch an der Macht gebreche, den revolutionären Standpunkt zu behaupten und gegen Oesterreich durchzufechten. Der Oesterreichischen Regierung war natürlich der alte und neue Plan der Suprematie Preußens über Deutschland unter Ausschluß Oesterreichs sehr wohl bekannt; sein Wiederauftauchen in mehreren März- und Sommervorgängen, im Siebzehnerentwurf, in dem der National-Versammlung vorgelegten Projekte war ihr sicher nicht verborgen geblieben; sie wußte sehr wohl, daß auf seine Verwirklichung die Bestrebungen einer mächtigen Partei in der National-Versammlung hinzielten, einer weitverzweigten Partei, die mit Gleichstrebenden auch an anderen Punkten Deutschlands, ja Europas in Verbindung stand. Wie hätte man in Olmütz allein nichts davon wissen sollen, daß mehrfach von Frankfurt aus in Berlin die Deutsche Kaiserkrone ausgeboten war und daß die dorthin gesendeten Reichskommissäre ihre Stellung benutzten, daß Preußische Gouvernement zu vermögen, die Deutsche Sache in die Hand zu nehmen und — Oesterreich die Thür zu weisen! Man spekulirte in Frankfurt bald auf die Zerstückelung und den Ruin Oesterreichs, bald auf die augenblicklichen Verlegen-

*) Am 12. Januar schreibt Raumer: »Die Bestimmung (die §§. 2 und 3) war offenbar ein für Oesterreich hingeworfener Fehdehandschuh — wenigstens eine Unhöflichkeit, oder wie die Studenten sagen, ein Tusch — und so hat Oesterreich sie betrachtet und aufgenommen. Es erklärte in solcher Weise nicht in den neu zu bildenden Bundesstaat eintreten zu können.« Es habe Vereinbarung gefordert, was denn dem Glauben oder Aberglauben an die Allmacht der Frankfurter Versammlung widersprochen habe u. s. f.

heiten worin sich dieses befand, wenig brüderlich und bundesgenossenlich, wenig Deutsch. Man trug bei zur Mehrung der Oesterreichischen Wirren durch ganz verkehrte Einmischungen und störte die Herstellung der Ordnung. Durch Reden, welche dem Gesetz, der Sitte, aller menschlichen und göttlichen Ordnung Hohn sprachen, jene Reden die in der Frankfurter Versammlung nur zu oft gehört wurden und welche sie duldete, durch Beschlüsse die alle gesetzlichen Gewalten wider einander und das Volk wider dieselben brachten, durch eine Gesetzmacherei, die das Ansehen aller Autoritäten untergraben und die Begriffs- und Rechtsverwirrung nothwendig mehren mußte, wurde der ohnehin schon so sehr gesunkene gesetzliche Sinn gerade von Frankfurt aus noch mehr geschwächt. Die dortige Versammlung ließ es zu, daß Abgeordnete aus ihrer Mitte durch die Presse zur Empörung aufhetzten, aufwiegelnde Umzüge hielten, nach Wien kamen, um das Feuer dort zu schüren und wo möglich den Kaiserstaat über den Haufen zu stürzen; sie entblödete sich nicht, als dem Einen derselben was Recht widerfahren war ihm als einem Märtyrer einer heiligen Sache eine Todtenfeier zu votiren. War die Vergrößerung der Wirren in Oesterreich nicht Absicht, so war sie Folge der überspannten und unberechtigten Ansprüche der Frankfurter Versammlung. In Oesterreich hatte man zum Schwert gegriffen, kämpfte um Recht und Existenz, meinte den ehrlichsten und heilsamsten, einen auch für Deutschland heilsamen und nothwendigen Kampf gegen die Alles überflutende schlechte Demokratie zu führen, und dachte dabei an nichts weniger, als an schwächliche Transaktion. Auf so etwas schienen aber die Frankfurter Rathschläge und Forderungen hinauszulaufen. Sie waren, wenn nicht verdächtig, doch jedenfalls unannehmbar. Man fühlte in Frankfurt, daß die Aufgabe wegen des Verhältnisses zu Oesterreich um so viel schwieriger zu lösen war, man war, sofern man selbstsüchtige Tendenzen zu Gunsten eines anderen Staates verfolgte, verdrießlich darüber, daß Oesterreich im Wege stand, und rechnete vielfach die in den Dingen liegenden Hindernisse Oesterreich als Schuld an, ließ jenen Verdruß an ihm aus und erfand Beschwerden gegen das Oesterreichische Kabinet um Preußische und sonstige partikularische Gelüste dahinter zu verstecken. Man hörte in Frankfurt nicht auf, die ungebührlichsten und verletzendsten Schmähungen und Angriffe gegen Oesterreich zu richten. Statt sich in ein richtiges Verhältniß zu ihm zu setzen,

verfuhr man, als wenn gar keins möglich bleiben sollte. Man schalt auf Oesterreich gerade so als wenn es sich rechtmäßigen Ansprüchen entzöge, während diese gerade ihrer Berechtigung nach bestrittene waren. Ueberhaupt erging sich die Frankfurter Versammlung vielfach in nutzlosen Verhandlungen, faßte einen thörichten Beschluß nach dem andern, und wären diese Beschlüsse auch nur solche gewesen, den Reichsministern unmögliche Dinge aufzutragen. Die auswärtige Politik welche sie trieb, war oft so phantastisch oder so knabenhaft, so kleinmeisterlich oder so burschikos und tumultuarisch, daß sie dabei nicht viel besser als ein politischer Klub erschien und daß man klärlich daran ersah, wie wenig sie größere Verhältnisse zu würdigen, die Lage und Politik eines Großstaats zu beurtheilen verstehe. Auswärtige Mächte hatten die augenblickliche Bedrängniß Oesterreichs benutzt, unerhörte Zumuthungen an dasselbe zu stellen, ja ihm nach glorreichen Siegen angesonnen sein Interesse und sein gutes Recht in Italien preis zu geben. Von Frankfurt aus unterstützte man diese Forderungen, wenn nicht feindselig gegen Oesterreich doch in gänzlicher Verkennung der Lage, Bedürfnisse und Kräfte des Kaiserstaats, ja selbst der Deutschen Interessen. Konnte etwas unpolitischer und schwächlicher sein, als jene Schwärmerei für alle fremden Nationalitäten und Nationen, die als ein Zug durch die Deutsche Bewegung ging und auch in Frankfurt so viele Fürsprecher fand, jene krankhaften Velleitäten Alles wegzuschenken, was unter der Firma von Freiheitsbestrebungen sich loszureißen Belieben zeigte? Nahm sich die Frankfurter Versammlung nicht aller Todfeinde Oesterreichs, der Magyaren wie der Italiener an? Die Phrase, die Phrase und die Eitelkeit führen in ihr das Regiment. Mit Gefühlen, Phantasien, Principien, abstrakter Wissenschaft und Gelehrsamkeit, mit Redensarten und Plaudern gesetzgebert sie und macht sie Politik. In seltsamem Widerspruche mit ihrer Souveränitätseinbildung, läßt sie sich, Präsident und würdige Mehrheit, den ärgsten und ärgerlichsten Gallerieskandal und Terrorismus gefallen, läßt sie sich die empörendsten Beleidigungen ins Gesicht sagen, duldet sie bubenmäßige Auftritte, zugleich hochfahrend und des Gefühls der Selbstachtung bar. Nur zu bald gab sie den Vortheil wieder preis, worin sie am 18. September durch das Verdienst eines Oesterreichischen Mannes gegen die Meute in ihrer Mitte und außer ihrem Hause gekommen, und sieht es geduldig ihrem Parlamentspöbel nach,

daß er die Minister, die sie mit Stolz Reichsminister nennt, täglich mißhandelt und mit Koth bewirft. Durch solche Unfähigkeit und Verkehrtheit erweist sich die Frankfurter Versammlung als das gerade Gegenstück zu einer senatorischen Körperschaft, der Achtung des Staatsmannes, ja überhaupt der Verständigen unwürdig *).

So ungefähr sah man ohne Zweifel die Sache in Olmütz an und hatte zum sehr beträchtlichen Theile Recht, es mag uns gefallen oder nicht. Man möchte die Politik der Oesterreichischen Staatsmänner gegen uns tadeln so viel man wollte, wenn man nur nicht gar zu sehr versäumt hätte, sich gegen sie in Respekt zu setzen. Man hatte in Olmütz indeß Unrecht, wenn man die bessere Seite des Charakters der Frankfurter Versammlung und die Verdienste ihrer Mehrheit um Ordnung und Bestand oder die große Zahl der ihr angehörenden trefflichen, tüchtigen, ausgezeichneten Männer und deren Streben, deren Leistungen übersah; wenn man die Frankfurter Versammlung geradezu der Wiener konstituirenden, von der Aula beherrschten, an die Seite stellte, und etwa glaubte, sie beseitigen zu müssen und leicht beseitigen zu können, sobald man die Hände frei haben werde; wenn man ihr Ansehen in der öffentlichen Meinung Deutschlands und diese selbst zu gering anschlug, wenn man zu wenig Sinn hatte für das Gesunde, Gute und Große in der ganzen Deutschen Bewegung. Mehr oder minder ist es sicher der Fall gewesen, die Frage wiefern? mag beantwor-

---

*) Im dritten Abschnitt seiner Schrift spricht Dunker von dem Verhalten des Centrums in der auswärtigen Politik. Manches von dem, was es darin that, vertheidigt er sehr gut, z. B. das Zurückweisen der »Bruderhand«, Anderes aber mit desto geringerem Glück, z. B. die Italienische Politik des Centrums. »Wir konnten nicht anstehen, das Princip der Nationalität, das Recht Oberitaliens auf eine selbstständige staatliche Existenz Oesterreich gegenüber anzuerkennen«, u. s. f. Wenn zu jener Zeit auch im Centrum Manche von dem falsch verstandenen Nationalitätsprinzipe verwirrt waren, so sollte man doch erwarten dürfen, daß nach solchen Erfahrungen, Ernüchterungen und Belehrungen die richtige Einsicht eingekehrt sei. Wie wir sehen, ist es nicht überall der Fall. Dunker läßt sich dazu nicht einmal durch die Widersprüche hinleiten, in welche sein Nationalitätsprinzip ihn verwickelt. Er wendet es gegen Oesterreich an, das um desselben Willen Italien hergeben soll — aber den Slaven in Böhmen, Mähren u. s. w. »eine selbstständige staatliche Existenz zu gewähren, konnten wir uns nicht entschließen«, weil sie Deutschland unentbehrlich. Das nenn' ich Grundsätzlichkeit! Der Abschnitt bietet Anlaß zu einer ganzen Reihe ähnlicher Bemerkungen.

ten, wer zu einem genauern Einblicke nahe genug stand. Erst viel später, aber genau genug, wurde mir ein hierher gehörender Zwischenfall bekannt. Ueber die Rede des Grafen Deym, die so viel Lärm gemacht, war nach Olmütz berichtet worden. Das Ministerium des Auswärtigen bedeutete bald darauf den Oesterreichischen Bevollmächtigten in Frankfurt (v. Menßhengen), Graf Deym habe durch jene in dem »Redeverein« zu Frankfurt gehaltene Rede nur die wahre Ansicht und Ueberzeugung der Oesterreichischen Regierung ausgesprochen. Ueberhaupt betrachtete letztere schon damals die National-Versammlung selbst in offiziellen Aktenstücken, wenn ich nicht irre auch in einer Depesche nach Berlin, als die »verkörperte Revolution.« Die Annahme der Reichspartei war sicher begründet, daß man im Oesterreichischen Kabinet einerseits einen bestimmten Gedanken über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland nicht hatte, andererseits entschlossen war, nicht zu dulden, daß Preußen nach dem Frankfurter Verfassungsprojekt an die Spitze des nicht-österreichischen Deutschlands trete, oder aber daß der »Bundesstaat« der Reichspartei zu Stande komme, und daß es endlich, von dem Ungarischen Kriege vollauf in Anspruch genommen, zunächst Zeit gewinnen wollte, um nach Herstellung der Ordnung im Kaiserstaat ein entscheidendes Wort zu sprechen. Hatte die Reichspartei hierin Recht, so befand sie sich darum aber nicht im Recht, wenn sie diese Politik des Oesterreichischen Kabinets demselben zum Verbrechen machte. Ihr Verfassungsprojekt war und blieb ein gegen Oesterreich feindseliges und das von diesem nicht zugelassen werden konnte; ihr und der ganzen National-Versammlung Verhalten war nicht der Art, das Oesterreichische Kabinet auf günstigere Gedanken zu bringen; wurde in Olmütz gefehlt, so geschah dies in Frankfurt ebenfalls und eher mehr als minder; und der »Bundesstaat« erschien dadurch, daß er von Oesterreich verworfen wurde, nicht in höherem Grade heilsam für Deutschland oder möglich und durchführbar, und hierauf kam es vornämlich an.

Genug, während auch des Volkes in Oesterreich Verstimmung und Mißtrauen gegen Frankfurt sich bemächtigte, nahm das Oesterreichische Kabinet jener seiner Ansicht gemäß und nach der augenblicklichen Lage des Kaiserstaats seine Maßregeln in Beziehung auf das Deutsche Verfassungswerk. Es verkündete seine betreffenden Grundsätze in seinem ministeriellen Programm — datirt aus Kremsier vom 27. November. Um ein genaueres und möglichst

sicheres Urtheil über die damalige Politik des Oesterreichischen Kabinets in Beziehung auf das Deutsche Verfassungswerk fällen zu können, muß man indeß auch noch die Verhandlungen vor Augen haben, welche es seit dieser Zeit mit dem Preußischen über einen der Frankfurter Versammlung vorzulegenden Verfassungsentwurf pflog. Es wird jedoch angemessener sein, erst weiter unten davon im Zusammenhange mit noch nicht Hiehergehörigem zu sprechen.

Zunächst meinte das Oesterreichische Kabinet, den eigenen Staat wieder in Ordnung bringen, das dazu Erforderliche vorkehren und die Selbstständigkeit Oesterreichs behaupten zu müssen. Daher das Kremsierer Programm. In Frankfurt erhielt man die erste Kunde davon durch die Blätter vom 2. December. Ihm zufolge wurden freiheitliche Institutionen und ein konstitutionelles Regiment verheißen, doch versprach man klüglich nicht zu viel; den verschiedenen Nationalitäten sollte ihr Recht und gebührende Berücksichtigung werden; die Gesammtlage Oesterreichs wurde beleuchtet und erwogen, und am Schluß das Verhältniß zu Deutschland zur Sprache gebracht. »Das große Werk, welches uns im Einverständnisse mit den Völkern obliegt, ist die Begründung eines neuen Bandes, das alle Lande und Stämme der Monarchie zu einem großen Staatskörper vereinigen soll. — Dieser Standpunkt zeigt zugleich den Weg, den das Ministerium in der Deutschen Frage verfolgen wird. Nicht in dem Zerreißen der Monarchie liegt die Größe, nicht in ihrer Schwächung die Kräftigung Deutschlands. Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein Deutsches, wie Europäisches Bedürfniß. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, sehen wir der natürlichen Entwickelung des noch nicht vollendeten Umgestaltungs-Prozesses entgegen. Erst wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen. Bis dahin wird Oesterreich fortfahren, seine Bundespflichten treulich zu erfüllen.«

Sowohl zu dieser Zeit als schon viel früher bei allen den Anlässen, wo die Preußische Regierung sich unfügsam gegen die Centralgewalt und die National-Versammlung gezeigt, namentlich zur Zeit der Verhandlungen über den von derselben abgeschlossenen Waffenstillstand zu Malmö und über die Beschlüsse der National-Versammlung in der Preußischen Minister- und Kammerfrage, hatte die Reichspartei als Vorwurf wie als Klage ausgesprochen: Preußen

läßt uns fort und fort im Stich, Preußen richtet uns zu Grunde. Die Oesterreich bei Deutschland erhalten wissen wollten, hatten Ursache zu demselben Vorwurf und derselben Klage gegen Oesterreich, und bekamen der Ursache mehr und mehr. Der Plan der Preußischen Partei wäre in der National-Versammlung nie durchgesetzt worden, wenn ihn nicht am meisten eben die Oesterreichische Regierung gefördert hätte. Es geschah in hohem Maße durch das Kremsierer Programm. Dasselbe enthielt zum Theil den Gedanken, den Gagern am 24. März in der Hessischen Kammer ausgesprochen: Oesterreich muß sich erst selbst neu konstituiren und dann erst kann die Frage kommen, wie es sich zu Deutschland verhalte: das übrige Deutschland kann aber darauf nicht warten, sondern muß sich gleichfalls (d. h. abgesondert) konstituiren. Ein wenn nicht durchaus fehlerhafter, doch durchaus unglücklicher Gedanke. Gagern hatte freilich hinzugesetzt: ohne Oesterreich für die Zukunft ausschließen zu wollen, und Oesterreich wollte seinerseits nicht ausgeschlossen werden. Darin lag, daß man, indem man sich konstituirte, auf die demnächst hinzuzufügende wechselseitige Verbindung Rücksicht nehmen solle. Aber wenn nun der Wille dazu nicht vorhanden war, oder gar beim einen oder andern Theile der Wille, es eben nicht zu thun, vorherrschte? Jetzt, durch das Kremsierer Programm so gestellt, befand man sich selbst beim besten Willen in der größesten Verlegenheit.

Ließ man die Frage, wie Oesterreich zu Deutschland stehen solle, bis dahin unentschieden, daß die Verfassungen in Frankfurt und Kremsier vollendet waren, so konnte es ja sein, ja es war sehr wahrscheinlich, daß sie keine engere Verbindung mehr zuließen. Weder von der Kremsierer, zum größesten Theile aus Nichtdeutschen bestehenden, noch von der Frankfurter Versammlung, welche ganz auf dem Zuge war, eine für Oesterreich unannehmbare Verfassung zu beschließen, ließ sich erwarten, daß sie die gehörige Rücksicht auf jene Verbindung nehmen werde. Das Oesterreichische Kabinet hatte mancherlei Gründe für sein Verfahren. Daheim Ordnung zu schaffen, war freilich das erste Bedürfniß. Es war schwer oder unmöglich, das Verhältniß zu Deutschland festzustellen und aus der Allgemeinheit herauszugehen, bevor man selbst auf festen Füßen stand und zu einer eigenen bestimmten Organisation gelangt war. Man glaubte nicht an die Zweckmäßigkeit, die Ausführbarkeit des Frankfurter Verfassungsprojektes: wie hätte man also eine Erklärung

abgeben können, daß man so oder so darauf einzugehen bereit sei? Man hatte, so unbestimmt sie noch sein mochten, in jedem Falle ganz andere Gedanken über die künftige Deutsche Verfassung und die sich vielleicht noch als die richtigeren erweisen, aber es wäre unmöglich gewesen, sie damals und zumal in Frankfurt zur Geltung zu bringen, ja ihnen nur entfernt eine unbefangene Würdigung zu verschaffen. Was das Verhältniß zu der Frankfurter Versammlung betraf, so hatte Oesterreich von Anbeginn offen gesagt: wir vereinbaren aber! und die Frankfurter Versammlung hatte nicht einmal Notiz davon genommen. Die Zugeständnisse, welche Oesterreich möglicherweise dem Deutschen Einheitsbegehren machen konnte, würden bei der damaligen Stimmung schlechterdings nicht genügt, die Erbitterung nur vermehrt haben, mit Hohn und neuen Beleidigungen aufgenommen sein. Zurückweisung wäre die Folge gewesen, und wenn Oesterreich alle und jede Besserung geboten hätte, welche die Bundesverfassung zuließ. Man wollte von keinem Aufgehen Deutsch-Oesterreichs in Deutschland, von keinen Abänderungen der Oesterreichischen Verfassung nach der Deutschen sprechen, bevor man wußte, ob man das gegebene Wort halten könne. Man verschmähte den Schein, als ob man sich Frankfurt unterwürfe oder unterwerfen würde. Man unterhandelte in Berlin. — Allein so viel Gewicht diese und ähnliche Gründe haben mochten: es war bös, daß man in Frankfurt keine bestimmte Erklärung darüber, auch keine irgend genügende Kunde von den über die Vorlage einer Deutschen Verfassung in Berlin angeknüpften Verhandlungen erhielt. Woran sollten sich denn Diejenigen halten, die eine auch für Oesterreich passende Verfassung erstrebten? Waren die Kremsierer Aeußerungen nicht so allgemein und so vieldeutig, daß man darin auch den Sinn finden konnte: Oesterreich nimmt nur ein loses völkerrechtliches Verhältniß zu Deutschland in Aussicht? Das Oesterreichische Kabinet that gar zu wenig, um dem Argwohn zu begegnen, ja es legte den Verdacht nahe, daß es weiter nichts anstrebe, als Rückkehr zum alten Bunde. Es that gar zu wenig, um Sympathien in Deutschland für sich zu erwecken, oder auch nur, wenn es lediglich darauf bedacht war, seinen früheren Einfluß in Deutschland zu sichern. In den nächsten Tagen wurde die oktroyirte Preußische Verfassung mit ihren Zusicherungen bekannt, daß sie mit der Deutschen in Uebereinstimmung gebracht werden solle *). Diese

*) Am 11. December konnte Camphausen dem Reichsministerium bei Ueber-

Verfassung enthielt freilich Bestimmungen (z. B. über das unbeschränkte Vereinigungsrecht), von welchen Jeder sogleich sagte, daß sie alles Regieren unmöglich machten und daß man sie werde zurücknehmen müssen, sie erschien nur als ein prekäres Beschwichtigungsmittel und jene Zusicherungen waren eine Unklugheit und eben so prekär, denn man konnte in Berlin nicht wissen, was in Frankfurt noch beschlossen wurde und war auch keineswegs gewillt, sich Alles und Jedes gefallen zu lassen. Allein Preußen sprach doch ein gewinnendes Wort, bot oder verhieß doch etwas, und das war, wie unverläßlich es sein mochte, für den augenblicklichen Effekt sehr viel. Preußen und die Preußische Partei in Frankfurt kamen dadurch in unverkennbaren Vortheil, den die letztere auch sofort mit großer Beeiserung benutzte.

Das Natürliche und Nächstliegende für eine Versammlung, welche die Aufgabe hatte, eine Verfassuug für ganz Deutschland zu Stande zu bringen, wäre gewesen, auf Mittel und Wege zu sinnen, das Oesterreichische Kabinet von dem Gedanken einer abgesonderten Konstituirung zurückzubringen. Es war nicht andem, daß Oesterreich durch das Kremsierer Programm zu erkennen gegeben hätte, daß es ausscheiden wolle; gesetzt aber, die Oesterreichische Regierung hätte so etwas zu erkennen gegeben, so lag es natürlich und nothwendig in dem Berufe einer Deutschen National-Versammluug, einer, solche Absichten bekundenden Regierung entgegenzutreten und Deutschlands Integrität und Recht zu wahren. Wer anders dachte im Deutschen Parlament, mochte sich mehr oder minder zutreffend mit seiner Ueberzeugung entschuldigen können, daß er die Trennung von Oesterreich eben heilsam und nothwendig halte für Deutschland. Allein vollkommen ehrlich — ob

---

sendung der oktroyirten Preußischen Verfassung schreiben, er beklage, daß durch diese die Vermittelung der Centralgewalt vereitelt sei, mache aber aufmerksam auf die unveränderte Haltung seiner Regierung. »Noch bevor die National-Versammlung zu Frankfurt zusammentrat, war zu dem Preußischen Verfassungsentwurfe der Artikel niedergeschrieben, welcher von der Preußischen Volksvertretung die Verzichtleistung auf das Beschlußrecht über die Deutsche Verfassung forderte; heute, nach sieben Monaten, ist er buchstäblich (Art. III.) in die Verfassung übergegangen und er wird, welches auch in dem gewaltigen Wechsel der Begebenheiten das endliche Loos des Deutschen Vaterlandes sei, von der nicht wechselnden Gesinnung der Preußischen Regierung für Deutschlands Einheit ein unverwerfliches Zeugniß bleiben.«

auch der Partei nahe liegend und natürlich — war es nicht, oder es war Zeichen einer grenzenlosen Befangenheit, daß man, gleichsam mit beiden Händen zugreifend, sagte und wieder sagte, theils im Allgemeinen: Oesterreich hat sich ausgeschlossen, während es doch klar am Tage liegt und eingestanden ist, daß von Anfang in der National-Versammlung auf seinen Ausschluß hingearbeitet worden, worauf jetzt nur der Rückschlag gekommen war, theils in besonderer Beziehung auf das Kremsierer Programm: Oesterreich fordert selbst zu separater Konstituirung auf, folglich scheidet es aus, wir können uns nunmehr mit Recht konstituiren ohne Rücksicht auf Oesterreich, können nunmehr mit Oesterreichs Genehmigung das Preußisch-Deutsche Kaiserthum weiter fördern und beschließen. Gleich am 3. December wurde die Sache auch in der D.-P.-A.-Zeitung von dieser Seite, entgegen dem nur scheinbar dazu berechtigenden Inhalte des Kremsierer Programms, dargestellt, und hundert und tausend Mal wurde seitdem das ausgiebige Lied vielfältigst variirt gesungen und wieder gesungen. Daß es aber nicht so gemeint war, daß die Oesterreichische Regierung keineswegs Oesterreich Deutschland entfremden, vielmehr mit der Centralgewalt Hand in Hand gehen und nur der Entwickelung der beiderseitigen innern Zustände nicht vorgreifen wolle, — dies ging auch und noch mehr aus dem Schreiben des Fürsten Schwarzenberg vom 28. November an den Oesterreichischen Bevollmächtigten in Frankfurt, v. Menßhengen, deutlich hervor, mit welchem er das Kremsierer Programm zur Mittheilung an das Reichsministerium übersendete. *)

---

*) Hochwohlgeborner Freiherr! Das Deutsche Reichsministerium hat in den letzten Vorgängen zu Wien Veranlassung gefunden, in einem Schreiben an das k. k. Ministerium Bedenken verschiedener Art auszusprechen und auf die in Deutschland entstandenen Befürchtungen reaktionärer Tendenzen in Oesterreich hinzuweisen. Obgleich für das, was vor unserem Amtsantritte geschehen ist, nicht verantwortlich, müssen wir doch erkennen, daß die in Wien getroffenen Maßregeln zur Bekämpfung der Anarchie und Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung, mithin im Interesse der wahren Freiheit, geboten waren. Sie haben ihren Zweck erreicht. Der Kaiser hat ein neues Ministerium ernannt. Die unumwundene Darlegung der Grundsätze, welche dasselbe zu befolgen entschlossen ist und welche Euere Hochwohlgeboren in dem beigeschlossenen, gestern im konstituirenden Reichstage unter allgemeiner Zustimmung des Hauses verlesenen Programme des Ministeriums (Programm, Kremsier de dato 27. No-

Wir finden bei Haym (S. 113) wie man das Ereigniß des Kremsierer Programms in der Reichspartei auffaßte. »Seit einem Monat warteten wir, daß Oesterreich auf die durch die Annahme der Paragraphen 2 und 3 an dasselbe gerichtete Frage eine Antwort geben möge. Hier war diese Antwort. Eine klare und ausreichende für Jeden, der verstehen wollte. Unsere Anfrage war nicht bestimmter, als es der Bescheid war. Die Oesterreichische Regierung hatte jetzt mit dürren Worten ausgesprochen, daß sie so wenig die einheitliche Oesterreichische Gesammtmonarchie aufzugeben gesonnen sei, wie wir den festgezogenen Deutschen Bundesstaat. Selbst nicht gehindert in der gesonderten Konstituirung ihrer Gesammtmonarchie, wollte sie uns nicht hinderlich sein, für uns unseren Bundesstaat zu errichten. Mögen hintennach die beiden Staaten sich in irgend welches Bundesverhältniß setzen; das bisherige nicht fallen zu lassen wird Oesterreich durch die fortgesetzte Erfüllung seiner Bundespflichten Sorge tragen. So die Regierung, so der beistimmende Reichstag. Wir durften glauben, die Meinung und den Willen Oesterreichs vernommen zu haben.«

Wer kennt nicht die Lage, in welcher sich Oesterreich und das Oesterreichische Kabinet zu dieser Zeit befand! Man hatte in Frankfurt Beschlüsse in erster Berathung gefaßt, welche für Oesterreich von großer Bedeutsamkeit waren. Allein eine direkte Mittheilung

---

vember 1848) verzeichnet finden, dürfte ein Eingehen in die einzelnen Punkte der bezogenen Zuschrift des Reichsministeriums überflüssig machen und alle Besorgnisse desselben über unsere Politik beseitigen.

Weit entfernt, Oesterreich Deutschland entfremden zu wollen, sind wir vielmehr bereit, mit der Reichs-Centralgewalt Hand in Hand zu gehen, und was das künftige staatliche Verhältniß zu Deutschland anbelangt, der Entwickelung der beiderseitigen inneren Zustände in keiner Weise vorzugreifen. Unser Programm soll kein todter Buchstabe bleiben, sondern zur lebendigen Wahrheit werden. Das Reichsministerium wird bei allen Gelegenheiten, wie eben erst in der Schweizerfrage, auf unsere Bereitwilligkeit zu gemeinsamem Handeln rechnen können, so wie wir uns von demselben ein vertrauensvolles Entgegenkommen und Berücksichtigung der eigentlichen Verhältnisse der Monarchie versprechen zu können glauben.

Euer Hochwohlgeboren sind beauftragt, gegenwärtige Depesche als Antwort auf das Eingangs erwähnte Schreiben dem Reichsministerium mitzutheilen.

Empfangen Dieselben die Versicherung meiner vollkommensten Hochachtung. (gez.) Fürst Schwarzenberg.

derselben nach Oesterreich, Kommunikationen irgend welcher Art hatten darüber nicht stattgefunden. Kremsier und Olmütz liegen ein gutes Theil weiter von Frankfurt entfernt als Bockenheim oder Offenbach. Soll nun das »Seit einem Monat warteten wir« so viel ausdrücken als: »wir warteten bereits eine unsäglich, unbillig lange Zeit« und dergleichen, so kann es kaum ernsthaft gemeint sein. Es wäre sonst absurd. Man sieht indeß, der Konflikt war unvermeidlich, da die Oesterreichische Regierung die Gesammtmonarchie nicht aufgeben *konnte* und die Frankfurter Versammlung — oder eigentlich die Gagern'- und Preußische Partei — den »festgezogenen Deutschen Bundesstaat,« d. h. das für Oesterreich unannehmbare, weil Oesterreich die Auflösung ansinnende Verfassungsprojekte nicht aufgeben *wollte*. Die gesonderte Konstituirung setzte natürlich und selbstverständlich voraus, daß jeder Theil die Lage und vor allen Dingen das Recht des Andern im Auge habe und achte, was aber die Reichspartei nicht that. Eine Erklärung, daß Oesterreich einer Verfassung nicht hinderlich sein wolle, welche eine Verletzung seines Bundesrechtes in sich schloß — wie es mit der unvereinbaren Errichtung eines Preußischen Kaiserthums nach Oesterreichischer Ansicht ohne Frage der Fall — war *nicht* gegeben: sie wurde mit unsäglich geringer Kenntniß Oesterreichs, wo nicht aus falschem Vorgeben hineininterpretirt. Die Oesterreichische Regierung *verzichtete* nicht auf gegenseitige staatliche Beziehungen, welche sie vielmehr ausdrücklich *wahrte*, indem sie deren Bestimmung dem Zeitpunkte überließ, wo man in Frankfurt und Kremsier über ein Projekt sich geeinigt haben würde. Ganz willkürlich war es, anzunehmen, es sei die Meinung der Oesterreichischen Regierung, die beiden »Staaten« möchten sich hintennach in »irgend welches Bundesverhältniß« setzen. Es war deutlich genug, sie wollte die Bundes*pflichten* erfüllen und nahm eben so gewiß die Bundes*rechte* nach wie vor in Anspruch. So wie das Centrum verstand Niemand das Kremsierer Programm, der es nicht mit Parteiaugen ansah. Ein Preußischer Staatsmann, der Verfasser der »Politischen Briefe« fand sogleich den Sinn in demselben: Oesterreich kann und will bei Deutschland bleiben und wünscht eben deshalb die neue Bundesverfassung so geordnet, daß es ohne Vernichtung seiner selbst darin bleiben kann. *) Das aber ist richtig, daß das Oesterreichische

*) Er schrieb Weihnacht 1848, »Oesterreich kann und wird auf die von Frank-

Kabinet dem Vorwurfe Raum gab, es übersehe — nicht bloß die Eilfertigkeit Derer welche das einige Deutschland in Einem Tage bauen zu müssen glaubten — sondern auch das Bedürfniß und die Berechtigung der Deutschen Forderungen, daß möglichst bald eine Verfassung zu Stande komme, ferner daß es der Preußischen Partei scheinbare Vorwände, eine Scheinberechtigung zu ihrer Ansicht und ihrem Verhalten in die Hand gab und die Kräfte dieser Par-

---

furt gestellte Alternative des Ausscheidens oder Eintretens etwa Folgendes erwidern. Durch die Revolutionen des März ist in Wien wie in dem übrigen Deutschland ein System, welches der Entwickelung Deutschen Gesammtlebens nicht günstig war, durch ein günstigeres ersetzt worden. Dieses sucht jetzt eine Realisation. Aber wie mannigfaltig das alte System auch nach Innen war, das Gute hatte es ohne Zweifel, daß es ungeheure Kräfte zur Vertheidigung Deutschlands nach Außen disponibel stellte. Weder Oesterreich noch Preußen würden bei einer solchen Gefahr des Vaterlandes gezögert haben, ihre gesammte Staatskraft, auch die außerdeutsche, für Deutschland aufzubieten. Diesen Vortheil sollte, wer es wohl mit Deutschland meint, demselben zu erhalten suchen. Preußen kann sich eher, weil es ganz Deutsch war, Deutschland auf jede Bedingung einverleiben; Oesterreich nicht. Aber es kann und will bei Deutschland bleiben; wünscht eben deshalb die neue Deutsche Bundesverfassung so geordnet, daß es ohne Vernichtung seiner selbst darin bleiben kann. Würde die neue Bundesverfassung Deutsch-Oesterreich ausschließen, so wäre sie schlimmer als die alte, die in einem loseren Verbande wenigstens doch das gesammte Deutschland zusammenhielt. Wenn Deutschland der Deutsch-Oesterreichischen Lande bedarf, so bedarf Oesterreich ihrer noch mehr. Sie bilden Stock und Stamm der ganzen Monarchie, an welchen die außerdeutschen Theile sich angesetzt, die starke Veste, von welcher aus die Fremdländer in Abhängigkeit und Ordnung erhalten werden können. Man entziehe Oesterreich diese Disposition, das Recht über die Kräfte seiner Deutschen Lande unumschränkt nach allen Seiten zu gebieten, so ist es zertrümmert und seine nicht-deutschen Kräfte für Deutschland verloren. Allein Oesterreich beabsichtigt, nach wie vor seine bisherige Bundespflicht gegen Deutschland zu erfüllen, in demselben Verbande wie früher mit ihm zu bleiben. Thut es dies, so hat es auch wie früher das Recht, an der Berathung und Leitung der Deutschen Angelegenheiten Theil zu nehmen, und darf nicht davon ausgeschlossen werden; am wenigsten darf man, so lange die Deutsche Verfassung noch nicht vollendet ist, die Oesterreichischen Deputirten von Frankfurt fortweisen. In ein mittleres Verhältniß zu Deutschland zu treten, wie Gagern vorschlägt, würde man in Oesterreich im schlimmsten Fall nicht abgeneigt sein, dafür aber z. B. mit bloßer Garantirung seiner außerdeutschen Lande sich nicht zufrieden geben, sondern wie bisher an der Oberleitung Deutschlands Theil nehmen wollen.«

tei zu gering anschlug. Das neue Oesterreichische Kabinet hätte der großen und schweren dreißigjährigen Sünden, deren das ältere durch Verzögerungen und Behinderungen gegen Deutschland sich schuldig gemacht und des großen und natürlichen Mißtrauens, das sich in Deutschland gegen die Oesterreichische Politik festgesetzt, gedenken, ihm auch etwas nachsehen sollen, wenn es meinte, daß etwas nachzusehen sei. Wie aber das Oesterreichische Kabinet in seiner Verlegenheit oder in sicherm Bewußtsein, in kalter Würde oder rücksichtslosem Stolze darüber hinwegblickte, verkannte die Frankfurter Versammlung oder die in ihr die Herrschaft anstrebende Reichspartei gleichfalls übermüthig die Grenzen ihres Rechtes und ihrer Macht, gegenüber dem Rechte und der Macht Oesterreichs.

Alle Fraktionen und Einzelnen geriethen durch das Kremsierer Programm in die lebhafteste Bewegung. Die Einen sagten: es ist eine neue Gefahr für das Verfassungswerk, für Deutschland entstanden; die Frage, wie Oesterreich zu Deutschland stehen soll, kann und darf nicht ungelöst oder gar unberührt bleiben bis dahin, wo man dort und hier Verfassungen festgestellt hat; die Aufgabe ist an sich selbst eine schwierige, nun tritt noch dazu Verstimmung ein, die Leidenschaften bemächtigen sich der Sache, — um so rascher, und nachdrücklicher, aber auch um so vorsichtiger und zarter muß man verfahren, damit sich nicht ein Bundesverhältniß auflöse oder gar in ein feindseliges verwandle, dessen Deutschland, Oesterreich, Europa bedarf *). Man hat Oesterreich mittelbar gefragt, ob es

*) Das oben Stehende war längst niedergeschrieben, als ich in Raumer's Briefen dieselbe Ansicht ausgesprochen fand. Und zwar war Raumer dieser Meinung noch am 14. Januar. Er spricht von dem Beschlusse, wonach mit Oesterreich verhandelt werden sollte, was er billigt. Die Gegner, fährt er fort, hätten gesagt, man wolle Oesterreich ausschließen und keine Rücksicht darauf genommen, daß unzählige Mal erwiedert worden: Niemand habe diese Absicht. Dies wurde allerdings unzählige Mal erwiedert und von Manchen gewiß auch in gutem Glauben, der indeß etwas seltsam erscheint, da die Absicht von Verschiedenen laut proklamirt war und auch aus unzweideutigen Thatsachen erhellte. Es war hier Mißverständniß, dort Sophisterei im Spiele. Raumer sagt dann weiter: »Auch konnte man mit Recht behaupten und hoffen, freundliche Unterhandlungen, geleitet von verständigen, wohlgesinnten Männern, dürften eher zu einem erwünschten und erfreulichen Ziele führen, als Beschlüsse und Befehle der Paulskirche, auf welche Oesterreich zeither fast gar keine Rücksicht genommen hat, und in der That nicht füglich nehmen konnte. Es ist ein fast unlösbares politisches Räthsel: wie Oesterreich

auf das Frankfurter Verfassungsprojekt mit der Personalunion u. s. w. eingehen wolle, und es hat die Frage gleichfalls mittelbar aber deutlich verneint und hiernach erscheint das Projekt unausführbar. Man hat ungebührlich gefragt, und darauf ist nun eine beschämende Antwort erfolgt. Die National-Versammlung hat sich in ein Verfassungsprojekt hineinziehen lassen, daß in Oesterreich unannehmbar, ja als eine Feindseligkeit erscheinen mußte, und das Oesterreichische Kabinet verlegt sich nun auf ein System des Temporisirens, das höchst bedrohlich aussieht. Gerade für den Fall, daß dabei die schlimmen Absichten walten, die ihm Schuld gegeben werden, oder daß sie sich späterhin einstellen, ist es um so nothwendiger, von überspannten Forderungen und Zumuthungen zurückzukommen, vom Trotzen, woneben die Macht fehlt abzulassen, und Vorschläge aufzustellen, auf welche Oesterreich einzugehen im Stande ist. Man kann und will einmal die Revolution nicht durchführen bis zum Kriege und zur Vernichtung der größeren Staaten — so muß man zu Recht, Mäßigung und Beschränkung der Wünsche und Entwürfe zurückkehren. — Die Andern äußerten sich ohne die mindeste Erkenntniß der in Frankfurt begangenen Fehler beleidigt durch das Verhalten der Oesterreichischen Regierung, gaben ihr allein alle Schuld der eingetretenen Verschiebung und Verstimmung und sagten, Oesterreich schließt sich entweder selbst aus oder will nur verzögern, um das Deutsche Verfassungswerk zu vereiteln; die Gelegenheit ist günstig, man muß sie benutzen um sich rasch und entschlossen ohne Oesterreich zu konstituiren, das »gegen eine fertige Thatsache« nichts vermögen, nichts unternehmen wird, wenn »das Schwert Deutschlands« gewonnen ist und den neuen Deutschen Staat schirmt.

Alle fühlten daß etwas geschehen müsse. Dazu kam, daß die

---

ein Gesammtstaat bleiben oder werden könne, und doch der Deutsche Antheil dem Deutschen Bundesstaate einzuverleiben und zu unterwerfen sei. Noch weniger können alle nicht-deutschen Bestandtheile des Oesterreichischen Staates in den Deutschen Reichstag aufgenommen und daselbst vertreten werden. Je schwieriger aber die Verhältnisse sind, je weniger sich jene nicht-deutschen Bestandtheile geneigt zeigen, eine Unterwerfung unter das Deutsche zu dulden, um so vorsichtiger und zarter muß man verfahren, um ein Band nicht ganz zu zerreißen, dessen Deutschland, ja ganz Europa bedarf. Nur das wird Lebenskraft und Bestand haben, worüber alle Theile sich freiwillig einigen und vertragen; Wünsche, oder in Befehle verwandelte Wünsche reichen hier nicht aus.«

Oberhauptsfrage ganz dicht herangerückt war, die im Grunde auch nicht wohl entschieden werden konnte, bevor man wußte, wie man mit Oesterreich stand. Die Preußische Partei erhielt außerdem in dieser Zeit, was entscheidend einwirkte, Ermunterungen und neue Anregungen für ihre Tendenzen, von London her, von Berlin. Dort, in London, befand sich als Preußischer Gesandter Bunsen, und gerade als die Kunde vom Kremsierer Programm anlangte, Herr Stockmar. Von dieser Seite wurde nun sofort nach Frankfurt an Leiter der Partei geschrieben, der jetzige Augenblick sei für den Kaiserplan wahrzunehmen. Jene Leitenden verkehrten sehr viel mit Lord Cowley, dem Englischen Gesandten in Frankfurt, und waren durch denselben in Beziehungen zu Lord Palmerston. Dieser war gleichfalls völlig einverstanden, was seinen Grund sowol in persönlichen Gefühlen als in seiner Politik, Oesterreich und Deutschland gegenüber hatte. Er wollte Oesterreich aus Italien, aus Deutschland verdrängt wissen. Man weiß, welche maßlose Forderungen der Italiener, einer Zerstückelung des Kaiserstaats gleichkommend, er im April 1848 unterstützte. In noch frischerem Gedächtniß ist sein Verhalten beim ungrischen Aufstande und Kriege. Ein Deutscher Staat ohne Oesterreich konnte sich überhaupt nicht unabhängig hinstellen, und noch mehr, das Bedürfniß eines Bündnisses gegen die ihn umspannenden Nachbarstaaten mußte ihn abhängig machen von England. Man glaubte hier, in der Bildung eines solchen Staates Vortheile für die Englischen Handelsinteressen erblicken zu müssen. Man hoffte, wenn Oesterreich geschwächt und von Deutschland abgelöst wäre, für die Englischen handelspolitischen Tendenzen in Italien und in dem von den südlichen Verbindungswegen abzuschneidenden und auf die nordischen Meere zu beschränkenden Kleindeutschland freie Hand und bessern Eingang zu bekommen. Die Königin von England und Prinz Albert interessirten sich lebhaft für den Kaiserplan, auch dynastisch-koburgische Pläne dabei verfolgend. Man nahm an jener Stelle die Errichtung von ein paar kleinen Königreichen, einer thüringischen Krone für den zweiten Sohn Viktoria's u. dgl. mehr in Aussicht. Die Fäden liefen hin und her zwischen London, Frankfurt und Berlin; der Hof in England, Bunsen, Stockmar, Palmerston dort, Westmoreland und Bülow da, Cowley, Gagern und dann Andre wie Briegleb u. s. w. hier, woben an dem Gewebe — welch ein furchtbares tödtliches Geschrei über Intrigue würde die Kaiserpartei er-

hoben haben, wenn von anderer Seite Aehnliches nur zum zehnten Theile geschehen wäre. In Frankfurt hörte man nach einiger Zeit von genau Unterrichteten über diese Dinge, so geheim sie auch gehalten wurden und noch gehalten werden. Indeß transpirirte sehr bald auch Einiges in einzelne Zeitungen, die Hannoverische z. B. und die Allgemeine, so viel ich mich entsinne, ohne daß widersprochen wäre. Die meisten Blätter waren freilich so unaufmerksam wie das größere Publikum, oder wollten nichts wissen *). Es galt bei dem Allen einem Plane, der von seinen Förderern für durch und durch patriotisch gehalten wurde. Die darin liegende Rechtfertigung anerkenne ich nach ihrem ganzen Umfange und Werthe. Allein nach meinem gleichfalls patriotischen Gefühle mißhagten mir diese Zettelungen mit dem Minister einer auswärtigen Macht, welche Deutschland keineswegs freundlich entgegenkam **),

---

*) In einem Artikel der Deutschen Zeitung vom 21. Juni 1849 hieß es u. a. »Palmerston erkannte die Errichtung eines Deutschen Reiches als nothwendig, wenn nicht die Kleinstaaterei eine nie versiegende Quelle der Anarchie und Unzufriedenheit bleiben soll. Er hält ein unabhängiges Italien, oder wenigstens ein mächtiges oberitalienisches Zwischenreich für zweckmäßig, um sowohl Oesterreichs als Frankreichs unselige Einflüsse und Eroberungsgelüste von Italien fern zu halten, endlich ein unabhängiges Magyarisches oder Polnisch-Magyarisches Reich mit Einschluß der Donaufürstenthümer für das beste Mittel, um dem um sich greifenden und ohnehin jeder konstitutionellen Entwickelung feindlichen Rußland Schranken zu setzen. Man kann nicht leugnen, daß dieser Plan etwas Großes hat. Allerdings würden diese neuen Bildungen namentlich auf Kosten Oesterreichs geschehen müssen (und somit wäre der instinktartige Haß der Oesterreichischen Diplomaten gegen Palmerston gerechtfertigt), was aber Oesterreich verlöre, gewönne Deutschland, dem sich zuletzt der Oesterreichische Rumpf unbedingt in die Arme werfen müßte. Was die Fruchtbarkeit der Ideen betrifft, so steht Palmerston unter den jetzt wirkenden Staatsmännern leicht obenan und es ist nicht ohne Bedeutung, daß dieser scharfsinnige Geist erkennt, daß die Einheit Deutschlands nur dann eine Wahrheit werden könne, wenn Preußen an dessen Spitze gestellt würde.«

**) Den besser Orientirten in Frankfurt konnte es kein Geheimniß sein, welche Erfahrungen Raumer in Paris machte. Die Französische Politik war danach günstiger und milder gegen Deutschland, als die Englische, die der offiziellen Anknüpfung diplomatischer Verhältnisse mit der provisorischen Centralgewalt selbst in Paris entgegentrat u. s f. Raumer's Briefe I., 418, II., 35 f. 53. Auch in der Dänischen Frage war England kein Freund mit der That.

und auf das Verderben einer Deutschen Bundesmacht zielte, mit deren Abgeordneten wir tagten. Sie verletzten mich nicht so schroff, aber in ähnlicher Weise wie die brutalen, Radetzky's Niederlage in Italien bejubelnden Aeußerungen eines Ruge, die vom Präsidenten Gagern ein halber Vaterlandsverrath genannt wurden. Ich war überzeugt genug, daß man es sehr gut meinte, fürchtete aber, man lasse sich für widerdeutsche Interessen düpiren. Daß Lord Palmerston sagte, die Einheit Deutschlands könne nur in der Form des Preußischen Kaiserthums zur Wahrheit werden, war kein Grund für mich an dieses Kaiserthum als ein Heilmittel für Deutschland zu glauben *).

*) Oelsner (drei Missionen) bestätigt jetzt, was längst gesagt wurde, daß auch General Willisen der Anknüpfung diplomatischer Verhältnisse mit der Centralgewalt in Paris entgegengewirkt habe, und für die Preußische und wider die »Deutsche« Sache außerordentlich und mit Erfolg thätig gewesen sei. Wehe, wenn das ein Oesterreichischer Diplomat gethan, und wenn der Reichsgesandte ein Oesterreicher gewesen und mit jenem Diplomaten in so vertraulichem Verhältniß gestanden wäre, wie Raumer mit Willisen! — Bei der Durchsicht dieses Druckbogens ging mir Hansemann's: »Das Preußische und Deutsche Verfassungswerk« zu. Es wird hier auf ein paar Stellen derselben hinzuweisen sein. Nach S. 92 bereitete Graf Arnim nicht nur durch die Proklamation vom 21. März, sondern auch dadurch, daß er Dahlmann nach Frankfurt sandte, um dort eine Verfassung mit andern Vertrauensmännern auszuarbeiten, die Idee des Preußischen Erbkaiserthums vor. S. 112 f. wolle man vergleichen, was über die Aufgabe gesagt ist, welche das Preußische Ministerium nach der Wahl des Reichsverwesers recht eigentlich sich stellte, Preußen vor der von Frankfurt aus geforderten Unterordnung unter die Centralgewalt und National-Versammlung zu bewahren. S. 126 wird vom Ministerium Auerswald gerühmt, daß es einerseits Deutschlands Einigung (nach dem Preußischen Gesichtspunkt) ernst und aufrichtig gemeint und befördert, andrerseits Preußens Selbstständigkeit gegen die Ansprüche der Frankfurter Versammlung und des Reichsministeriums unter den schwierigsten Verhältnissen vertheidigt und aufrecht erhalten habe.

Einzuleitende Unterhandlungen mit Oesterreich — Vorbereitungen zu einem Wechsel im Reichsministerium — Schmerling's Rücktritt.

Als in außerordentlicher Mission die Herren Welcker und Mosle nach Wien abgesendet waren, faßte das Reichsministerium sogleich auch das künftige Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland in das Auge, und beschloß, zu Anfang Novembers, noch zwei Reichskommissäre abzuordnen, wozu der Fürst Leiningen und der Abgeordnete Briegleb bestimmt wurden. Man ersieht aus dem Entwurfe einer vom 10. November datirten Instruktion für den erstern, daß das Ministerium schon damals sehr deutlich im Auge hatte, daß die Interessen Deutschlands bei der Konstituirung Oesterreichs gerade am meisten gefördert oder gefährdet werden könnten und daß es in der Aufgabe der Centralgewalt liege, dahin zu wirken, daß bei der künftigen Verfassung Oesterreichs das Deutsche Interesse vollständig gewahrt werde. Man ersieht aber zugleich, daß es dem Fürsten nur beschränkte Aufträge zu ertheilen gedachte, was seinen Grund darin hatte, daß die Centralgewalt durch das Gesetz vom 28. Juni von der Theilnahme am Verfassungswerke ausgeschlossen war *).

---

*) Es heißt in jenem Entwurfe: »Aber nicht allein die Sorge für die friedliche Entwickelung der Oesterreichischen Wirren und für die Gewährleistung der Freiheiten des Oesterreichischen Volkes nimmt die Aufmerksamkeit der Centralgewalt in Anspruch. Noch wichtiger beinahe ist die Lösung der Frage, wie die Oesterreichische Monarchie sich gestalten, und in welches Verhältniß sie zu Deutschland treten werde.

Fürst Leiningen wollte dagegen nur einen Gesandtenposten mit erweiterten Aufträgen annehmen. Ebenso wie Briegleb, einer der mit Stockmar Liirten, auf der Seite der Reichspartei stehend, sah

---

Sowol in der Verhandlung der National-Versammlung vom 23. Oktober 1848 über die Wiener Ereignisse als in jener über die §§. 2 und 3 des Verfassungs-Entwurfes über die Reichsgewalt haben beinahe alle Oesterreichischen Deputirten ihre Deutsche Gesinnung, und wie sie von dem Anschlusse an Deutschland allein eine erfreuliche Zukunft erwarten, ausgesprochen, und die große Mehrheit der Versammlung hat anerkannt, daß ein großes starkes Oesterreich, mit seiner Mission nach Osten, nur im innigen Verbande mit Deutschland gedacht werden könne. Eine staatliche Trennung zwischen Deutschland und Oesterreich würde für Beide verderblich sein.

Durch die Annahme der §§. 2 und 3 des Verfassungsentwurfes ist vorläufig entschieden, daß Deutsche und nicht-deutsche Staaten nur durch Personal-Union verbunden sein können.

Will nun Oesterreich, wie es scheint, alle seine Staaten durch eine Real-Union verbinden, so muß es sich entscheiden, wie es dies durchzuführen glaubt, und wie sein Deutsches Gebiet zu Deutschland sich stellen soll.

Aeußerst abweichend sind die Ansichten der Oesterreichischen Abgeordneten in Frankfurt über die Wünsche der Oesterreicher hinsichtlich des Verhältnisses ihres Staates zu Deutschland, und der wohl allgemeine Ausspruch »Inniger Anschluß an Deutschland« wird in der abweichendsten Weise ausgelegt.

Jene große Majorität der National-Versammlung, welche eine friedliche Umgestaltung des Vaterlandes wünscht, erwartet, daß der Oesterreichische Reichstag sich bald über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland ausspreche, und nach eingegangenen Nachrichten gedenken die Deputirten bei ihrem Zusammentritt am 15. November 1848 diese Frage vorzugsweise zu berathen.

Ist nun gleich die Centralgewalt nicht zur Mitwirkung bei dem Verfassungswerke berufen, so ist sie doch unbezweifelt befugt, die Ansichten Jener kennen zu lernen, die verpflichtet sind, an der Konstituirung Oesterreichs Theil zu nehmen, ja sie ist sogar aufgefordert, nachdem die Deutschen Farben mißbraucht wurden, um unter ihnen für die Anarchie zu kämpfen, die Forderungen, die man in Frankfurt stellt, klar zu machen, und den Mißdeutungen entgegen zu treten, die über die Absichten des Frankfurter Parlamentes verbreitet werden.

Die Centralgewalt darf sich gegenüber der nun beginnenden Thätigkeit des Oesterreichischen Reichstages nicht passiv verhalten, da sie durch den Beschluß der National-Versammlung vom 3. November 1848 aufgefordert ist, nachdrücklich Sorge zu tragen, daß die Interessen Deutschlands in Oesterreich überall geschützt werden. Die Interessen Deutsch

er die §§. 2 und 3 als für ein und alle Mal beschlossen und wie bald darauf Gagern in seinem Ministerprogramm Oesterreich als nicht eintretend in den zu errichtenden Deutschen Bundesstaat an. Nur zu Verhandlungen, welche auf dieser Voraussetzung basirten, wollte er eine Ermächtigung annehmen und schlug vor, die National-Versammlung sollte Kenntniß davon erhalten, nachdem sie ihm ertheilt worden *). Hierauf konnte das Reichsministerium jedoch

---

lands können aber gerade bei der Konstituirung Oesterreichs am meisten befördert oder gefährdet werden.

Sonach wird es nebst der Sorge für die Wahrung der gesetzlichen Freiheit in Oesterreich die bedeutende Aufgabe des Reichskommissärs sein, sich über die wirkliche Volksmeinung hinsichtlich des Verhältnisses zu Deutschland zu unterrichten, irrige Meinungen über die Ansichten und Beschlüsse der Deutschen National-Versammlung zu berichtigen, über die Meinungen, die bei den Deputirten des Oesterreichischen Reichstages und bei der Oesterreichischen Regierung hinsichtlich der Konstituirung Oesterreichs bestehen, sich Kenntniß zu verschaffen, und durch die Mittel der Erörterung und Besprechung dahin zu wirken, daß bei der künftigen Verfassung Oesterreichs das Deutsche Interesse vollständig gewahrt werde.

Die Nothwendigkeit, daß man sich in Oesterreich vor Allem die Stellung zu Deutschland klar mache, muß hingestellt und dahin gewirkt werden, den Oesterreichischen Reichstag zu bewegen, daß er darüber einen bestimmten Beschluß fasse.

Es versteht sich von selbst, daß das, was wir erreicht wünschen, auf dem Wege der Erörterung mit den Reichstags-Mitgliedern und Regierungs-Organen erlangt werden soll, da von officiellen Erlässen oder Aufforderungen keine Rede sein kann. Die Erörterungen sollen auch offen und freimüthig geführt werden, denn wir wollen nur durch Ueberzeugung wirken und entsagen allen indirekten Einflüssen bei jedem unserer Schritte. Wir wollen die Wahrheit, die volle Wahrheit erfahren, da nur auf sie gegründet für unser Vaterland Gedeihliches angestrebt werden kann.«

*) Es heißt in seiner Auslassung, nachdem von den Punkten die Rede gewesen, welche in dem Instruktionsentwurfe als Auftrag bezeichnet waren: »Es scheint vielmehr, daß gerade nur eine amtliche Verhandlung mit dem Oesterreichischen Ministerium zu irgend befriedigendem Ergebniß führen kann. Die k. k. Regierung wird zur offenen und bestimmten Erklärung zu veranlassen sein, ob sie auf die Bestimmungen der §§. 2 und 3 hin mit ihren Deutschen Provinzen in den Deutschen Bundesstaat eintreten kann und will. Im Verneinungsfalle wäre sie um Mittheilung der Gründe zu ersuchen, die ihrer Ansicht nach ein solches Eingehen unthunlich machen und es wäre mit derselben in Erwägung zu ziehen

in welcher anderen Weise eine thunlichst innige Verbindung Oesterreichs mit Deutschland erreicht werden könnte.

nicht eingehen, Schmerling zweifelte keinen Augenblick, daß das Oesterreichische Kabinet auf einen gesandtschaftlichen Verkehr, wie wenn es bereits ausgeschieden und ein fremder Staat geworden wäre, sich schlechterdings nicht einlassen würde, und die Absendung der Herren Leiningen und Briegleb unterblieb.

Indeß behielt man die Sache im Auge. Am 29. November, also zwei Tage nach der Verkündung des Kremsierer Programms und bevor er Nachricht davon haben konnte, schreibt Schmerling an das Oesterreichische Ministerium: »Um jene Mißstimmung, die manche in der Deutschen Reichsversammlung gefaßten Beschlüsse in Oesterreich hervorgerufen haben mögen, zu beseitigen, und um die so wichtige Frage der künftigen Gestaltung Deutschlands und seiner Stellung und des Verhältnisses zu Oesterreich im Wege der Erörterung und Verhandlung zu einer befriedigenden Lösung zu bringen, wird das Reichsministerium demnächst Kommissäre nach Oesterreich absenden, deren Wahl vorläufig getroffen, und für welche die Instruktion bereits entworfen ist. Man beehrt sich hievon das k. k. Oesterreichische Ministerium vorläufig in Kenntniß zu setzen, und glaubt darauf rechnen zu können, daß Verhandlungen und Beschlüsse über diese wichtigen Fragen in Oesterreich vertagt werden, bis die Kommissäre bei der Oesterreichischen Regierung ihr Wirken begonnen haben werden. Ohne dieses Erwarten würde die so sehr

---

Um diese Aufgabe zu lösen, müßte aber vor Allem die Gesandtschaft eine feste Grundlage haben, indem von dem Reichsministerium ein bestimmtes System gebilligt würde, auf welches hin sie die Verhandlungen leiten könnte. Ein solches System wird kurz in Nachstehendem vorgeschlagen:

»Es ist festzuhalten, daß Oesterreich entweder auf die Personal-Union zwischen seinen Deutschen und nicht-deutschen Ländern eingehen muß, oder darauf verzichten, ein Bestandtheil des Deutschen Bundesstaates zu werden.

Letzteren Falls wird die Oesterreichische Monarchie sich in sich konstruiren, der Deutsche Bundesstaat aber ohne die Deutschen Provinzen Oesterreichs sich bilden, und es ist die Aufgabe, zwischen Beiden ein Verhältniß festzustellen, das nicht blos eine gegenseitige Gewährleistung des Deutschen Gebietes und somit eine defensive Allianz enthält, sondern durch Begründung gemeinschaftlicher Einrichtungen und Aufstellung eines höheren, die Gemeinschaft erhaltenden und immer enger schließenden Organs eine unauflösliche Verbindung des Deutschen Bundesstaats mit dem Deutschen Oesterreich und durch dieses mit der ganzen Oesterreichischen Monarchie sicher stellt.«

erwünschte Verständigung theilweise vereitelt werden, was nun im Interesse des Gesammtvaterlandes bedauert werden dürfte.«

Sobald das Kremsierer Programm durch die öffentlichen Blätter bekannt geworden war, unterwarf das Reichsministerium die Frage, welches Verhalten von seiner Seite rücksichtlich der von Oesterreich dem Deutschen Verfassungswerke gegenüber angenommenen Stellung zu beobachten sei, einer sorgfältigen Erörterung. Man sprach von der Absendung einer dieses Verhältniß beleuchtenden Staatsschrift, und einer aus Mitgliedern der Deutschen Reichs-Versammlung bestehenden Kommission, welche mit den zu diesem Zwecke zu bezeichnenden Mitgliedern des Oesterreichischen Ministeriums, und allenfalls des Reichstages zur Erörterung derjenigen Punkte zusammen treten möchte, welche für den möglichsten Einklang der beiderseitigen Verfassungen von Wichtigkeit. Fast gleichzeitig wurde das Ministerium auch schon von der Seite der National-Versammlung her, so wie von einzelnen Abgeordneten und durch die Klubs gedrängt. Die letzteren beschäftigten sich durch Ausschüsse (wir kommen darauf) mit der Oberhauptsfrage gleich dem Verfassungsausschuß, und die Oberhauptsfrage hing, wie gesagt, so genau mit der Oesterreichischen zusammen, daß die eine nicht ohne die andre erledigt werden zu können schien. Am 5. December richtete Römer die Frage an das Ministerium: ob und was nach dem Kremsierer Programm geschehen sei zur Wahrung der Stellung und der Rechte der Centralgewalt und National-Versammlung? Die Interpellation wurde lebhaft unterstützt. *) In den nächsten Tagen

*) Sie lautete: »In Betracht: 1) daß das neugebildete Oesterreichische Ministerium sich vor dem Oesterreichischen Reichstage officiell dahin ausgesprochen hat,

daß zwar die Oesterreichische Regierung einen innigen Anschluß an Deutschland wünsche, daß aber vor Allem die feste Vereinigung der sämmtlichen Oesterreichischen Staaten in eine Oesterreichische Monarchie, sowie die definitive Feststellung der Deutschen Verfassungsangelegenheit bewerkstelligt sein müßte, ehe an eine Ordnung der Verhältnisse Oesterreichs zu Deutschland gedacht werden könne;

in Betracht 2) daß das Oesterreichische Ministerium zwar die fortdauernde Erfüllung seiner »Bundespflicht« zugesichert hat, daß sich aber nach Auflösung des Deutschen Bundes nicht absehen läßt, wie Oesterreich eine Deutsche Bundespflicht zu erfüllen haben soll, wenn es aufhört, ein Glied des Deutschen Bundesstaats zu sein;

in Betracht 3) daß in der Erklärung des Oesterreichischen Ministe-

legte Schmerling im Reichsministerium den Entwurf eines Schreibens an das Oesterreichische Kabinet vor, worin ausgeführt wurde: die Feststellung des Verhältnisses Oesterreichs zu Deutschland dürfe nicht vertagt werden, man dürfe nicht dort und hier separat konstituiren; Deutschland habe ein heiliges Recht auf Oesterreich und übe dasselbe, indem es den innigsten Verband mit den Deutschen Provinzen Oesterreich in Anspruch nehme; eben so wenig dürfe sich letzteres von Deutschland zurückziehen wollen; der Weg der Verständigung sei ohne Zögern zu betreten; in dem Programm vom Kremsier werde deutlich genug auf ein bloß völkerrechtliches Band hingewiesen und die zu lösende Frage vorweg entschieden, wobei sich das Reichsministerium aber nicht beruhigen könne *).

---

riums der von der Deutschen National Versammlung verworfene Grundsatz der Zustimmung der einzelnen Deutschen Regierungen hinsichtlich des Deutschen Verfassungswerkes enthalten ist, und daß sonach zu erwarten steht, auch die übrigen Deutschen Regierungen werden das Recht der Zustimmung in Anspruch nehmen;

in Betracht endlich 4) daß, wenn Oesterreich dem zu bildenden Deutschen Bundesstaate nicht beitritt, die Theilnahme der aus Oesterreich gewählten Abgeordneten zum Deutschen Reichstage an den Berathungen der Deutschen National-Versammlung die Nichtigkeit der Beschlüsse derselben zur Folge haben könne; (Hört!) in Betracht alles Dessen stelle ich an den Herrn Reichsminister des Innern und Aeußern die Anfrage:

Ob in Beziehung auf die vorerwähnten Verhältnisse Oesterreichs zu Deutschland etwas, und wenn diese Frage bejaht wird, was zur Wahrung der Stellung und der Rechte der Centralgewalt und der Deutschen National-Versammlung geschehen sei?«

*) Der Entwurf lautet vollständig: »Das Programm des Ministeriums, welches nun die Leitung der Regierungsgeschäfte des Oesterreichischen Kaiserstaates übernommen hat, mußte die Aufmerksamkeit des Reichsministeriums in hohem Grade erregen.

Die darin ausgedrückten Grundsätze der Wahrung der Volksrechte und der Freiheit, der Aufrechthaltung gesicherter Rechtszustände, der freien Entwickelung eines staatlichen Lebens, begrüßen wir. Sie sind jene Grundsätze, zu denen sich die Centralgewalt bekennt und die bei der Reichsverfassung ihre volle Geltung finden werden.

Unsere innigsten Wünsche begleiten die Förderung des ernsten Werkes, die Oesterreichische Monarchie neu zu gestalten, sie als mächtiges Reich, was sie durch Jahrhunderte war, nach den heftigen Stürmen, die sie erfaßten, zu erhalten und zu befestigen.

Auch wir erkennen, daß nicht in ihrem Zerreißen die Größe, nicht in ihrer Schwächung die Kräftigung Deutschlands liege. Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit muß Deutschland in seinem Interesse wün-

Haym sagt (113 ff.), »das Programm von Kremsier war eine bestimmte Antwort auf eine bestimmte Frage. Es kam nun darauf an, die Schneide derselben wieder abzustumpfen, das zur Ab-

schen. Aber indem auch wir Oesterreich groß und mächtig wünschen, müssen wir es enge verbunden mit Deutschland anstreben, mit Deutschland, mit dem ein so großer Theil des Oesterreichischen Kaiserstaates durch Jahrhunderte staatlich verknüpft war und ist, und der durch die Bande der Abstammung, Sprache und Bildung auf das Innigste verwebt ist.

Wohl höchst bedeutsam ist die nun gewordene Aufgabe, die gegenseitigen staatlichen Beziehungen zwischen dem verjüngten Oesterreich und dem verjüngten Deutschland zu bestimmen.

Wir glauben die Lösung dieser Frage, sie müsse bald erfolgen, eine Vertagung derselben scheint eine politische Unmöglichkeit, wir glauben nicht, sie könne hingewiesen werden auf den Zeitpunkt, bis Oesterreich und bis Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind. Wir begründen diesen unseren Ausspruch. Nahe staatliche Beziehungen, deren formelle Natur wir vorläufig außer Frage lassen, bedingen eine übereinstimmende staatliche Ausbildung jener Reiche, die in diese Beziehungen treten sollen. Nur darin liegt die Bürgschaft einer innigen und dauernden Verbindung.

Das Oesterreichische Ministerium spricht es unumwunden aus, daß enge Bande Oesterreich und Deutschland umschlingen sollen, umschlingen werden, daß darin die Bedingung für Oesterreichs wie für Deutschlands Macht und Größe liege. Aber nicht dem Zufalle und der einflußreichen Gestaltung der Dinge darf es überlassen werden, wie diese Reiche sich neu gestalten, ob sie bei ihrer Umbildung in analoger, oder sich entfremdender Richtung sich bewegen. Ist es zwei mächtigen Reichen, die enge sich verbinden wollen, gegeben, gleichzeitig sich staatlich zu entwickeln, so soll diese Entwickelung nicht vereinzelt, sie soll in freundschaftlichem Verständnisse geschehen, dann können die Bedingungen des künftigen Bundes bedacht, berücksichtigt, es kann ihnen eine feste Grundlage in der organischen Staatenbildung gegeben werden.

Deutschland hat ein heiliges Recht auf Oesterreichs Deutsche Gebietstheile, auf jene Länder, die, auf Jahrhunderte zurückgezählt, zu dem »Reiche« gehörten, die des erst seit vierzig Jahren bestehenden Oesterreichischen Kaiserreiches Stammländer sind; es übt dieses Recht, indem es den innigsten Verband mit diesen Ländern in Anspruch nimmt. Und Oesterreich, dessen Fürsten seit ihrem Ahnherrn beinahe ununterbrochen des Reiches Krone trugen, es kann, es darf sich nicht zurückziehen vom Deutschen Volke, mit dem es die Tage der Größe und des Ruhmes getheilt, an dessen Spitze es kämpfte für Deutsche Unabhängigkeit, mit dem zugleich es sich verjüngt auf der Grundlage der Freiheit, mit dem Millionen seiner Bewohner gleiche Vergangenheit haben, und gleiche Zukunft haben wollen. Wir können nicht voraussetzen, daß die Oesterreichi-

schneidung von Oesterreich schon aufgehobene Messer der Versammlung zu entwinden, jedenfalls in der Schwebe zu erhalten. Wenn sich die Oesterreichische Frage zwischen unseren Verfassungsbestim-

---

sche Regierung das Band zu lockern vermeine, was Oesterreich bisher an Deutschland knüpfte, sie wird vielmehr, der lauten Stimme aller Stämme des Deutschen Volkes folgend, es enger und inniger zu ziehen bedacht sein.

Indem wir dies als eine gewisse Thatsache annehmen, glauben wir, es könne den bangen Sorgen über die künftige Gestaltung Deutschlands und den begreiflichen Zweifeln über den Platz, den das Deutsche Oesterreich in dem Gesammtvaterlande einnimmt, nur damit begegnet werden, wenn die Frage der staatlichen Beziehung Oesterreichs zu Deutschland ohne Verzug zur Erörterung, und wie wir überzeugt sind, zur befriedigenden Lösung gebracht wird.

Als den entsprechenden Weg dahin erkennen wir den Weg offener und freimüthiger Verständigung, ein Weg, der ohne Zögern betreten werden soll.

Heftige Stürme haben Oesterreich verhindert, sein Verfassungswerk vorzunehmen, es wird eben erst begonnen. Jenes für Deutschland ist der Vollendung nahe. Aber wir meinen, es lasse sich kaum vollenden, so lange unbekannt ist, über welches Gebiet das Reich sich erstrecken wird, und Oesterreichs Verfassung kann nicht dauernd gebildet werden, so lange man sich nicht klar gemacht, in welche Stellung seine Deutschen Provinzen zu dem Reiche treten sollen.

In den Verfassungen Deutschlands und Oesterreichs sollen die Rechte der Regierungsgewalten und des Volkes festgestellt werden.

Wir müssen es bedauern, wenn dabei nicht übereinstimmende Grundsätze angenommen würden, wenn der Inn und das Erzgebirge zwei Reiche trennten, die auf abweichenden Grundlagen erbaut wurden. Eine solche Trennung könnte versucht, aber nie dauernd durchgeführt werden. Wir wollen selbst dem Versuche begegnen, indem wir jetzt schon darauf hinweisen, daß die Verfassungen in Uebereinstimmung entworfen werden sollen, und daß dabei die künftige Verbindung beider Reiche der leitende Gedanke sei.

Das Volk, durch die Stürme und Ereignisse dieses Jahres in fieberhafte Unruhe versetzt, ersehnt den Zeitpunkt, in welchem die staatlichen Verhältnisse des Vaterlandes geordnet sein werden.

Aber diese Verhältnisse kämen abermals in Frage, wenn Deutschland neben Oesterreich vollständig sich konstituirte, wenn sohin die Konstituirung Oesterreichs abgewartet, und erst dann die staatliche Beziehung Oesterreichs zu Deutschland berathen würde.

Wir geben zu bedenken, daß eine solche Konstituirung, wenn auch vorübergehend, das schmerzliche Bild einer Trennung gewährte, einer Trennung, an die kaum gedacht werden soll. Wir bemerken, wie es die

mungen und dem Kremsierer Programm im hellsten Licht zeigte, so galt es, sie in das Zwielicht diplomatischer Verhandlungen zurückzuwerfen. Nicht rasch genug konnte der Schleier der Diplomatie über dieses Verhältniß wieder übergeworfen werden. Schmerling wußte wohl, was er that, wenn er mit einer fast auffälligen Hast die Frage aufgriff, die sich an jenes Programm anknüpfte und die ganze Versammlung in dieselbe hineinzuziehen sich bemühte. Es geschah, nicht um sie aufzuklären, sondern um sie nur mehr zu verwirren, und das Ziel dieser Hast war kein anderes als Zeit, mit der Zeit aber neues Terrain für die Interessen Oesterreichs zu gewinnen.«

---

provisorischen Zustände nur verlängern hieße, wenn, nachdem zwei Reiche jedes für sich das Verfassungswerk vollendet hat, erst die staatliche Beziehung aufgegriffen, und zu ihrer Erzielung Aenderungen der eben erst vollendeten organischen Statuten vorgenommen würden. Wir können uns nicht verhehlen, daß in dem von dem Oesterreichischen Ministerium gemachten Ausspruche: »erst wenn Oesterreich und Deutschland zu festen Formen gelangt sind, können ihre Beziehungen bestimmt werden« entschieden auf ein nur völkerrechtliches Band zwischen zwei Staaten hingewiesen, und damit vornherein eine Frage entschieden ist, die auf das Tiefste in die Zukunft beider Reiche hinein greift.

Das Reichsministerium kann sich mit dieser Entscheidung nicht beruhigen, und hält sie für eine nur eventuelle, die noch zurückgenommen werden kann, wenn von beiden Seiten zu starren Prinzipien entsagt wird, wozu wahre Vaterlandsfreunde freudig die Hand bieten werden.

Aber selbst angenommen, Deutschland und Oesterreich würden nur die Vereinigung in einem Staatenbunde finden, so meinen wir, selbst dieses Verhältniß müßte bei der Umbildung beider Staaten wohl erwogen und berücksichtigt werden. Denn wer würde verkennen, wie ganz anders die Beziehungen zweier Reiche sich ordnen, wenn jedes für sich zwar, aber wenn beide auf gleichartigen Fundamenten gebaut, wenn ihre staatliche Einrichtung eine übereinstimmende ist.

Nur störend würde es sein, wenn lange berathene Verfassungen wieder umgeändert werden müßten, weil ohne eine theilweise Aenderung derselben staatliche Beziehungen zweier Nachbarreiche nicht geregelt werden könnten. Und jede Aenderung einer Verfassung erschüttert den Glauben an ihren Werth und ihre Dauer.

Wir kommen zu dem Schlusse, daß wir die von der Kaiserlichen Regierung ausgesprochene Meinung: die staatlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich seien erst dann festzusetzen, wenn diese Staaten ihre zu schaffende Verfassung vollendet haben, nicht theilen, vielmehr von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß sich über die Feststellung dieser Beziehungen ohne Verzug zu verständigen sei.«

Nun ist es richtig, es war im Oesterreichischen Interesse — wie nach unserer Ansicht eben so gut im Deutschen — daß Oesterreich nicht ausgeschlossen werde, wozu aber das Kremsierer Programm unvorsichtig die Wege anzubahnen schien. Nahm Schmerling jenes Interesse wahr, widerstrebte er der Errichtung eines Preußischen Kaiserthums, so konnte man ihm mit Recht keinen Vorwurf daraus machen, oder vielmehr, es war geradezu lächerlich, dies zu thun. Es so deuten, als habe er damit Sonderinteressen auf Kosten Deutschlands verfolgt, war lediglich befangene Parteiansicht, welcher die Voraussetzung zum Grunde lag, Deutschland bestehe eigentlich nur im Nichtösterreichischen Deutschland und alles Heil dieses Deutschlands liege in der Trennung von Oesterreich. Was da gesagt wird von der »Hast,« womit Schmerling die Frage aufgegriffen, ist weiter nichts als Behauptung, wird durch keinerlei Erweis unterstützt, und scheint mir sammt der ganzen Darstellung Haym's schon dem nach meinem besten Wissen von mir bezeichneten Hergange, den Thatsachen zu widersprechen. Mir däucht, Schmerling — und mit ihm das ganze Ministerium — schritt ganz in dem Sinne vor, nach welchem der Beschluß über die §§. 2 und 3 eine Anfrage hatte sein sollen, keine bindende Entscheidung, und wonach man demnächst auf den Gegenstand wieder zurückkommen wollte. Hast vermag ich darin nicht zu entdecken. Sie kam gerade von der andern Seite. Hören wir jedoch weiter.

Schmerling setzte sich gleichfalls in diesen Tagen mit Gagern in Vernehmen. Er ging davon aus, daß Verhandlungen, welche mit Oestereich angeknüpft würden, von einem dem Oesterreichischen Staate nicht angehörenden Reichsminister — vom künftigen Ministerpräsidenten — geleitet werden müßten. Er brachte die Sache im Ministerrathe in Anregung. Das Reichsministerium erkannte einstimmig für wünschenswerth, daß Gagern als Ministerpräsident eintrete, und was ließ sich Anderes von ihm erwarten, als daß er die Unterhandlungen gemäß der Ansicht, welche er bei seinem Zusatzantrage kund gegeben, also nicht mit der Tendenz der Abschneidung Oesterreichs, sondern in der Weise führen werde, wie es vom Ministerium beabsichtigt wurde? Letzteres und Schmerling insbesondere verfolgte freilich den Plan, ein Preußisches Kaiserthum zu errichten und Oesterreich auszuschließen, nicht, und mußte eben darum verhandeln wollen. Dies so deuten wie Haym thut, kann man nur nach der Voraussetzung, daß ein Verbrechen darin lag, die

Ansichten der Preußischen Partei nicht zu theilen. Schmerling besprach mit Gagern vielfach die einzuleitenden Unterhandlungen nach ihrem Inhalt; sie kamen einander so nahe, daß man kaum noch wußte, wo ihre Ansichten aus einander gingen. Ich kann jeden Augenblick die Mitglieder des Ministeriums nennen, die mir dies wiederholt ausgesprochen. Der Abrede Schmerling's und Gagern's gemäß beschloß der Ministerrath in einer Abendsitzung am 13. December, am 15. in der National-Versammlung einen dringlichen Antrag auf Ermächtigung zu Verhandlungen mit Oesterreich einzubringen, und zwar so, daß keine vorgängige Verweisung zum Bericht an einen Ausschuß stattfinden sollte. Der Antrag sollte eingebracht werden in der nachstehende Fassung:

»In Erwägung, daß nach der Natur der Verbindung Oesterreichs mit außerdeutschen Ländern und nach der vorliegenden Erklärung der Oesterreichischen Regierung der Eintritt der Deutsch-Oesterreichischen Provinzen in den Deutschen Bundesstaat auf den Grund der von der Deutschen National-Versammlung angenommenen Verfassungsbestimmungen nicht erwartet werden kann; in Erwägung, daß das Oesterreichische Ministerium die Absicht feierlich ausgesprochen hat: es seien die Verfassungen Deutschlands und des Oesterreichischen Kaiserstaates unabhängig von einander zu begründen und erst nachdem beide Staatenkomplexe feste Gestalt gewonnen, die Bedingungen des Anschlusses zu verabreden; in Erwägung jedoch, daß zwar die Verfassung des Deutschen Bundesstaates nicht aufgehalten werden darf, daß aber eine gänzlich getrennte Feststellung beider Verfassungen ohne Verständigung über die möglichen Grundlagen der künftigen Verbindung Oesterreichs mit Deutschland, diesen Verband selbst und mit ihm die höchsten Interessen der ganzen Nation gefährden könnte; in Erwägung ferner, daß ein Anlaß zur Verständigung mit Oesterreich auch in der unabweisbaren Nothwendigkeit liegt, den Umfang jener Bundespflichten näher zu bestimmen, zu deren Erfüllung Oesterreich sich auch im gegenwärtigen Augenblicke bereit erklärt hat; in Erwägung, daß Berathungen mit der Oesterreichischen Regierung in den erwähnten Beziehungen zweckmäßig nur durch die Centralgewalt gepflogen werden können, das Gesetz vom 28. Juni d. J. aber diesen Fall nicht vorgesehen hat, — beantragt das Reichsministerium bei der National-Versammlung die Ermächtigung für die provisorische Centralgewalt, mit der Oesterreichischen Regierung in Verhandlun-

gen zum Zweck vorbereitender Verständigung über die möglichen Grundlagen der künftigen Verbindung Oesterreichs mit Deutschland einzutreten.«

Der Antrag hielt den Standpunkt, daß in der Oesterreichischen Frage ein Votum abgegeben, kein endgültiger Beschluß gefaßt sei, noch fest, jedoch nur lose. Er lag in den Konsequenzen der Ideen, welche Gagern in seiner Rede gegen die §§. 2 und 3 und für seinen Zusatz unter so vielfacher Zustimmung ausgesprochen. Beckerath legte ihn noch am 13. im Kasino vor. Er erklärte dabei, nach Haym's Bericht, das Ministerium habe es bei der Aufstellung als seine Aufgabe betrachtet, daß in keiner Weise die Bildung des Bundesstaats alterirt werde, sodann aber daß die National-Versammlung eine solche Stellung zu Oesterreich einnehme, daß die Initiative der Trennung nicht bei ihr sei. Er bat um rasche Annahme des Antrags, und ließ bedeutungsvolle Winke fallen: in Olmütz sei bereits von einer großen Macht mit Oesterreich unterhandelt — die National-Versammlung möge sich nicht zuvorkommen lassen. Aus jener Erklärung Beckerath's, wenn es anders seine völlige Richtigkeit damit hatte, folgte, daß Schmerling eigentlich mehr nachgegeben hatte, als er im Oesterreichischen und Deutschen Interesse verantworten konnte. Er hatte sich von der Reichspartei zu stark influiren lassen. So glaubte ich es ansehen zu müssen, und war nebst Anderen aus diesem Grunde mit dem Antrage nicht zufrieden.

Haym fährt fort: Zeitgewinn schien dem Oesterreicher so wichtig, daß er ihm ein großes Opfer zu bringen gedachte. Es wird nimmermehr gelingen, nachdem durch die neueste Oesterreichische Erklärung eine so reine Bahn gewonnen ist, das Parlament in die Irr- und Umwege neuer Unterhandlungen hineinzuziehen, es sei denn daß es gleichzeitig gelänge, solchen Unterhandlungen den Glauben der ehrlichsten Absicht zuzuwenden. Darum zog er den ehrlich vertrauenden Gagern herein, um mit List und Vertrauen ein Penelopegewand zu weben. Deutschlands Abhängigkeit von Oesterreich neu zu befestigen, und zu alledem Gagern's Kraft zu lähmen. Er wußte die Mitglieder des Ministeriums zu Vertheidigern eines Plans zu machen, den sie weder theilten noch kannten. Er warf die Frage der Oesterreichischen Unterhandlungen mitten hinein in die Parteien, umspann dieselbe mit einem Netz von Räthseln und Zweifeln und ließ die Debatte sich dergestalt darin ver-

wickeln, daß es zuletzt eines scharfen Zahns bedurfte um die Fäden zu zernagen.

Also — der Beschluß über die §§. 2 und 3 war trotz aller Versicherungen kein bloßes Votum, keine Anfrage gewesen in dem Sinne, daß man je nach dem Ausfall der Antwort die Sache von Neuem überlegte, sondern ein feststehender Entscheid, die peremtorische Frage: trittst du auf diese Bedingung in den »Bundesstaat« ein oder nicht? und Unterhandlungen konnten nicht mehr stattfinden, wenn ein Nein erfolgte. Was Haym behauptet, daß Schmerling bei den (von Gagern zu führenden) Unterhandlungen nicht was die Worte sagten: vorbereitende Verständigung über die möglichen Grundlagen der künftigen Verbindung Oesterreichs mit Deutschland, bezweckt, sondern beabsichtigt habe, Deutschlands Abhängigkeit von Oesterreich neu zu befestigen, ruht auf der Voraussetzung, daß der Wunsch einer Verbindung Oesterreichs mit Deutschland gleich sei dem Begehren, daß letzteres vom ersteren, und zwar unbilligerweise abhängig sei, eine Voraussetzung, welche eben so begründet oder unbegründet ist wie die, daß alle diejenigen, welche die Einigung Deutschlands durch Uebertragung der Kaiserkrone an den König von Preußen erstrebten, lediglich darauf ausgegangen wären, Preußen eine Vergrößerung oder die Suprematie über Deutschland zu verschaffen. Sodann die mehr als dreiste Behauptung, daß Schmerling beabsichtigt habe, die Kraft Gagern's zu lähmen, ist eben nichts und wieder nichts als Behauptung, zu deren Unterstützung nicht einmal eine, möchte sein noch so unsichre Kombination versucht wird. Haym führt zu Unterstützung derselben keine, schlechterdings keine Thatsache an. Ein minder edelmüthiger Parteigänger als er den Führer darstellt, sagt er selbst beiläufig: »Gagern gab nichts auf die Sorge seiner Freunde, daß eine so edle Kraft sich in dem schlechtesten Geschäft vernutzen könne, und Mißtrauen gegen Schmerling hat er auch später noch mit unwilligen Worten zurückgewiesen.« Was Haym von Schmerling's Tücke gegen Gagern behauptet würde geradezu diabolisch sein, wenn es begründet wäre. Wer so etwas behauptet, muß den Beweis führen. Sprechen sonst Wackre Anschuldigungen dieser Art ohne Beweis aus, so erklärt es sich aus dem Parteieifer, zu rechtfertigen ist es aber nun und nimmermehr, und die Wahrheit und Unbefangenheit ihrer Aussagen und Urtheile wird dadurch mehr als zweifelhaft. — Doch weiter.

Am 14. December wurde im Ministerrath beschlossen, den Antrag am 15. noch nicht einzubringen. Am 15. kündigte Schmerling an, daß er um seine Entlassung nachgesucht habe. Bassermann und Würth theilten mit, daß sie zu demselben Schritte sich bewogen gefunden hätten, den Bassermann jedoch nicht ausführte. Gagern war anwesend. Er erklärte sich bereit, dem an ihn so eben ergangenen Rufe des Reichsverwesers und dem dringenden Wunsche des Reichsministeriums zu folgen und die Präsidentschaft des Letztern so wie die Führung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und provisorisch auch das Ministerium des Innern zu übernehmen.

Warum wurden die Oesterreichischen Mitglieder aus dem Reichsministerium verdrängt? An Würth's Deutscher und ehrlicher Gesinnung hat vor und nach Niemand gezweifelt. Worin bestand Schmerling's Schuld? Darin, daß er Oesterreich bei Deutschland erhalten wissen wollte? Aber das wollten der König und Preußische Staatsmänner trotz dem partikularistisch-preußischen Interesse auch, das wollte selbst ein Hansemann, der (S. 238 seines oben angeführten Buchs) von sich sagt, daß er seit Jahren beharrlich das Ziel verfolgt habe, die »Deutschen Staaten mit Ausnahme Oesterreichs und Limburgs durch ein engeres Band zu einigen und hierdurch die Macht und den Einfluß Preußens zu erhöhen.« Nach seinem mit Gagern vereinbarten Antrage trat Schmerling sogar diesen sehr Preußischen Tendenzen nicht entgegen. Noch einmal, worin bestand sein Verbrechen oder seine gefährliche Absicht? Die Antwort Haym's genügt nach dem Obigen doch schwerlich.

Die Deutsche und die Oberpostamtszeitung.

Wie ist die Wendung, welche diese Dinge nahmen, zu erklären? — Mehrere Umstände wirkten zusammen. Es fand ein Umschwung der Ideen über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland, über die künftige Verfassung Statt, was damit in Verbindung stand, daß wirklich ein Penelopegewebe, aber nicht zur Befestigung der Abhängigkeit Deutschlands von Oesterreich, sondern zur Errichtung des Preußischen Kaiserthums gewoben, und eine Intrigue — wenn denn einmal von einer solchen die Rede sein soll — gespielt zu sein scheint, nicht aber von Schmerling sondern wider ihn. Wir wollen uns die Thatsachen ansehen und mit einem Blicke auf die vornämlich in Betracht kommenden, mancherlei Aufschluß gebenden Organe der Presse, die Deutsche und die Oberpostamts-Zeitung beginnen. Die erstere stand unter dem Einfluß der Professoren. Die letztere unter dem, doch nur partiellen Einflusse des Reichsministeriums, denn es mußte denselben mit Vahlkampf theilen, neben welchem Bassermann eine Art Oberleitung führte. Manche Leiter der Zeitung rührten von Blittersdorf — dem eigentlichen intellektuellen Urheber des kühnen Griffs, wie man sagte — und von Vahlkampf her, dem eifrigen Vorfechter des Bundesstaates im weiteren Bunde. Auch Bassermann und nächst ihm Mathy schrieben häufig Artikel für die Zeitung, wie denn überhaupt die Leit- und Korrespondenzartikel beider Blätter schon von den Sommermonaten an großentheils von Mitgliedern der Reichspartei selbst verfaßt oder inspirirt sind. Die Deutsche und die O.-P.-A.-Zeituug übten besonders seit dieser

Periode einen bedeutenden Einfluß in den Frankfurter Kreisen nach dem Sinne und zu Gunsten, vielleicht auch zum eignen Schaden der Reichspartei. Wir finden in ihnen den Ausdruck der Ansichten, der Gedanken und Gefühle der letzteren, den Wiederhall von dem, was sie im Privatgespräch, in den Klubs vom Munde gab. Wir ersehen aus ihnen, welcher Waffen, welcher Kampfmittel und Weise sie sich bediente. Auch in die Ferne influirte sie nicht unerheblich durch die beiden Blätter. Es gelang ihr guten Theils durch diese Organe, einen ansehnlichen Volkstheil besonders in den kleineren nord- und mittel- und südwestdeutschen Staaten in ihren Gedankenkreis mehr und mehr hereinzuziehen, womit sehr viel gewonnen wurde, da eine so große Anzahl im politischen Publikum, nachdem sie sich erst einmal einem solchen Anstoße überlassen, den Tonangebern gewohnheitsmäßig folgte, gläubig hinnahm was man ihr bot, sich schon durch Phrasen und Schlagworte leiten und sich Alles aufreden ließ, selbst handgreifliche Unwahrheiten, Fehlschlüsse u. dergl.

Das Verhalten der Oesterreichischen Autoritäten bei den neuern Vorgängen im Kaiserstaat hatte vielfache Aeußerungen hervorgerufen, welche dahin zielten, daß man Oesterreich ganz fahren lassen müsse. Die Deutsche Zeitung war von Anfang am Offensten mit diesem Gedanken herausgegangen, allein man hatte früherhin nicht eingestimmt. Jetzt rückte sie noch offner, nachdrücklicher und wiederholter damit heraus. Sie sprach von wirklichen oder ich weiß nicht ob vielleicht nur angeblichen Zeitungsgerüchten, daß der Reichsverweser abtreten, daß man die provisorische Centralgewalt der Krone Preußen anbieten wolle. Möglich und wahrscheinlich, daß man diese Gerüchte als »Fühler« ausstreute, daß sie die Verwirklichung von Wünschen einleiten sollten; begründet waren sie in keiner Weise. Der Korrespondent vom Rhein wollte jetzt Oesterreich wie im Provisorium so im Definitivum hinaushaben; auch nicht in einer Trias oder einem Turnus, (was noch immer der Gedanke sehr Vieler, wenn nicht der Meisten war) sollte es an der Leitung der Deutschen Angelegenheiten ferner Theil behalten. Man hatte die Erschießung Blum's Seitens der Linken so besprochen, als liege ein von der Oesterreichischen Regierung beabsichtigter Bruch mit Deutschland, eine Kriegserklärung darin, die man annehmen müsse. Es hätte kein ungeschickterer Anlaß, gegen Oesterreich zu polemisiren, erdacht werden können. Der Korrespondent vom Rhein ließ sich von seinem Eifer so weit treiben, daß er in den Ton der

Linken einging und sich insoweit bei der damaligen Agitation der Rothen gegen die National-Versammlung betheiligte (Nr. 319).

Die Deutsche Zeitung rief in ihrer Nummer vom 12. December auf, dem Zaudern ein Ende zu machen. Niemand könne im Unklaren darüber sein, daß die Oesterreichische Frage, die Frage über das neue Staasoberhaupt des Bundesstaates und die Bildung eines neuen Reichsministeriums zusammenfielen und daß es wünschenswerth sei, die Entscheidung über das Alles zugleich fallen zu sehen.. »Die Sachen sind weit genug gediehen. Was zögert der Mann, an dessen Namen der Norden und Süden Deutschlands noch immer unverrückt seine Hoffnungen knüpft, mit kühnem Griff das Steuer im Reichsministerium zu ergreifen? Das Vaterland wartet!« Der beliebte Ton der Deutschen Zeitung. Wenn sie oder einer ihrer Korrespondenten wartete, hoffte, forderte, meinte u. s. w. so wartete, hoffte, forderte, meinte das Vaterland, die Nation, Deutschland. Auch im Norden hatte Gagern Anhänger, rechnete man aber auch Preußen zum Norden, so gehörte die ganze lebendige, mit alten und neuen Illusionen sich vergnügende Einbildungskraft der Reichspartei dazu, um sagen zu können, daß der Norden Deutschlands seine Hoffnungen an Gagern knüpfe.

In der Beilage derselben Nummer wurde das Reichsministerium bitter getadelt, daß es noch unterhandeln, Unterhändler nach Olmütz schicken wolle. Schmerling wurde (wie jetzt von Haym) vorgeworfen, daß er dafür die Fraktionen bearbeite und bearbeiten lasse. Wir werden uns indeß bald überzeugen, daß die Fraktionen von ganz andrer Seite und in einem ganz anderen Sinne »bearbeitet« wurden.

In derselben Nummer war geklagt, in der folgenden klagte der Korrespondent vom Rhein abermals auf das Bitterste, daß das Reichsministerium sich auf Modifikationen der §§. 2 und 3 einlassen wolle. Dies Verbrechen konnte indeß wenigstens Schmerling nicht zugeschoben werden. Es war eben Gagern's Gedanke. Indeß man war darauf und daran, Gagern umzustimmen, und dann blieb die Schuld freilich an Schmerling allein hängen. Die Nummer vom 13. gab auch eine Probe der häufigen Taktik der Partei, der Oesterreichischen Politik ihre Sünden seit 1815 und seit älteren Zeiten vorzurechnen und Preußens Lob zu singen, unter Verschweigung dessen, was Oesterreich bei richtiger Rechnung zu gut kommen und Preußen in's Debet geschrieben werden müßte. Diese

ganze Art zu rechnen, war damals an der Tagesordnung und der Parteisucht und im heftigen Streit natürlich. Weniger zu verzeihen ist es, wenn auch jetzt noch die Geschichte in ähnlicher Weise behandelt wird. Was zu jener Zeit in Frankfurt gängig war, scheint jedoch zur andern Natur geworden zu sein. Wir finden, durch richtig angewendete Drucker, mit Verschweigungen und Hervorheben an den rechten Orten, stellt Duncker in seiner Schrift (61 ff.) mit kaum zu begreifender Befangenheit Oesterreich als Sünder dar, wie es auf Kosten Deutschlands groß geworden, was es am alten Reiche verbrochen u. s. w., und dann Preußen als unschuldiges Lamm und Deutschen Messias. Und doch ist es noch viel leichter, Oesterreichs Schaale sinken zu machen, wenn man die Geschichte eben so advokatisch zu seinen Gunsten behandeln will. Es liegt auf der Hand, daß sich Oesterreich zumeist außer dem Reiche, Preußen zumeist in Deutschland durch Stücke desselben vergrößert hat. Um so eher mochte Duncker geschehen wie der Fall ist, daß die Strafe der Unwahrheit seiner Darstellung auf dem Fuße folgt. Es begegnet ihm, daß er den Eindruck bei jedem nur halbwegs aufmerksamen Leser selbst wieder zerstören muß. S. 133 hat er ein anderes Interesse. Da mahnt er die Preußischen Staatsmänner auf, der Sache des Centrums sich anzunehmen. »Möge man es in Berlin niemals vergessen, sagt er, daß Preußens ganze Geschichte ein ungesühnter Frevel am alten Reiche ist, wenn es nicht heute Muth und Kraft findet, das neue Reich zu gründen,« d. h. nunmehr den Rest des nichtösterreichischen Deutschlands an sich zu bringen. Aber wo bleibt dabei die Preußische Unschuld gegenüber der Oesterreichischen Sündhaftigkeit? Die Organe der Kaiserpartei waren erfüllt von ähnlichen Widersprüchen und Schnitzern bei ähnlichen Anlässen, allein ihr Publikum war einmal auf dem Zuge, sich noch mehr erhitzen und bei der Nase führen statt aufklären zu lassen, und hörte nicht oder schalt, wenn das Unwahre oder Verfehlte an's Licht gezogen wurde.

Es ist keine üble Taktik, und die Partei hat sie häufig angewendet, das, was man wünscht und beabsichtigt, als wahrscheinlich kommend anzukündigen. So prophezeihete die Deutsche Zeitung № 330, wenn nicht Alles trüge, so werde die National-Versammlung mit großer Mehrheit einen erblichen Kaiser verlangen. Man entschließe sich, von Idealen abzusehen. Es war aber umgekehrt

jetzt noch ganz unwahrscheinlich, daß die National-Versammlung mit einer Mehrheit einen Erbkaiser verlangen werde. Allein das war richtig: ein Zeitpunkt einer sehr wichtigen Meinungsumwendung auch im großen Publikum war gekommen, derselben Meinungsumwendung, welche, wie wir oben hörten, in der National-Versammlung bei den Debatten über das Verhältniß Oesterreichs begann. Hatte man im Anfange freilich ganz unbestimmt einen mehr oder minder stark koncentrirten, Oesterreich mit umfassenden Bundesstaat in Aussicht genommen, so erkannte man jetzt, daß man entweder auf eine straffere Staatseinheit oder auf das ganze Deutschland, auf eine theoretisch vollkommnere Verfassung oder auf Oesterreich verzichten müsse. Man begann sich für das letztere zu entscheiden, d. h. in einem Theile Deutschlands, namentlich in den Kleinstaaten. Man glaubte oder stellte sich an als sei die eigene Meinung die einzige oder doch weit vorwiegende, indem man am lautesten und meisten sprach. Man entschied sich, wo es geschah, für das Hinauslassen Oesterreichs, in der Voraussetzung, daß man für das von Oesterreich abgetrennte Deutschland die Staatseinheit selbstverständlich haben könne und müsse, obgleich das Erbkaiserthum, das man meinte, auch wieder den Idealen angehörte, von denen man also keineswegs absah. Die Sache verhielt sich so, daß man fortwährend vom Praktischen, nämlich von einer Einigung auf der Grundlage der Bundesverfassung nichts wissen wollte, und sich überreden ließ, das große und zu verwirklichende Ideal eines ganzen und besser als bisher geeinigten Deutschlands aufzugeben und dafür das traurige Ideal eines koncentrirteren, aber zerstückelten Deutschlands in Aussicht zu nehmen. Es hieß weiter in der Zeitung: man überwinde persönliche und stammgewohnte Abneigungen. Allein dies war Redensart, denn gleich hinterher wurde gesagt, man höre mit Bedauern von partikularen und eifersüchtigen Regungen in andern Deutschen Staaten, Baiern u. s. w., um den Bau zu vereiteln, den die National-Versammlung zu vollenden trachte. Es war so: man faßte die namentlich aus den Mittelstaaten sich erhebenden Gegensätze und Hindernisse in's Auge, ließ aber keineswegs von einem Plane ab, welcher so wenig Rücksicht auf sie nahm, als wenn sie gar nicht da wären oder doch keinen Willen hätten. In der Extrabeilage wurde geschrieben, nachdem die Deutsche Einheitstheorie mit dem Wechsel der Jahreszeiten auf den verschiedenartigsten Stationen sich befunden, sei sie nunmehr

an das Kapitel der politischen Kabale gelangt; wohin man sich wende, überall treffe man in kleineren und größeren Kreisen auf eine Art Intrigue; in den Fraktionen brächen Spaltungen aus, die einige Deutsche National-Versammlung scheine plötzlich nicht mehr in politische Gruppen, sondern nach den Stämmen sich sondern zu wollen. Seit dem 10. December habe sich plötzlich eine kompakte Oesterreichische Phalanx in verschiedenen Fraktionen gezeigt. In den Centren drohe man auch wohl, daß man allenfalls bei der Linken Stützpunkte suchen werde. Hie Oesterreich! und hie Preußen! töne der Ruf. Zwischen beiden erhebe sich die Fraktion der Separatisten, die bei dem Schwanken der Schaale zwischen der nordischen und südlichen Macht ihren Partikularismus nicht ohne Geschick im Preise steigen lassen werde. — Es war hieran viel Wahres, und das Organ der Preußischen Partei mußte allerdings am besten davon reden können, da gerade aus dieser Partei zu »kabaliren« begonnen wurde, woneben man sofort den Kunstgriff in Anwendung brachte, dessen, was man selbst that, jedenfalls am ersten und am meisten that, Andere zu beschuldigen. Wir werden unten deutlich sehen, daß gerade von der theils intriguanten, theils gewaltsamen Weise, in welcher die Erbkaiserlichen die Oesterreichische und die Oberhauptsfrage zu lösen suchten, die jetzt beginnende Zersetzung und Neubildung der Parteien, die Sprengung der konservativen Mehrheit, und zwar mit ihrem Wissen und Willen ausging. Sie drangen auf Bruch mit Oesterreich, sie verwarfen jede Verfassungsform, welche Oesterreich den Zutritt ermöglichte, sie betrieben das Oesterreich für immer ausschließende Preußische Erbkaiserthum, und jetzt als Mittel zum Zweck auf die allergehässigste Weise das Hinausdrängen der Oesterreichischen Mitglieder aus dem Reichsministerium; mit einem Worte, sie waren augenscheinlich die Angreifenden, sie also verschuldeten, daß der Ruf ertönte hie Preußen! hie Oesterreich! sie veranlaßten, sie erzwangen die Bildung auch einer Oesterreichischen Phalanx; denn wenn sie eine Partei bildeten für den Plan, Oesterreich von Deutschland abzutrennen, so waren Die, welche denselben für verwerflich hielten, gedrungen, sich gleichfalls aneinander zu schließen, was sie aber denselben zum Verbrechen machten. Und diese Unbilligkeit der Kaiserpartei war eine durchgehende: was sie für sich als ein Recht in Anspruch nahm, wollte sie niemals Andern gestatten, was bei ihr erlaubt oder löblich war, gereichte Andern zum Vorwurfe.

In demselben Blatte kam der Korrespondent vom Rhein abermals auf das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland in seinem Sinne zurück. Der Oesterreichische Ausschuß und die Redner der Rechten hofften noch immer auf ein Oesterreich, das in den Deutschen Bundesstaat eintrete; die Deutsche Zeitung sei früherhin selbst der Ansicht gewesen, daß sich ein Anschluß Oesterreichs an denselben ganz gut mit seinen gesammtmonarchischen Interessen vertrüge, und Jedem sei wol klar, daß die Personalunion nicht in derselben Weise interpretirt zu werden brauche, wie es die Wiener Zeitung jetzt thue, ja daß sie selbst in Frankfurt nicht so streng gemeint sei. Allein es zeige sich deutlich, man müsse davon zurückkommen, müsse den Gedanken an ein Deutschland mit Oesterreich als einen kostbaren Schatz für die Folgezeit vergraben, wo ihn vielleicht der Erbe all dieser Bewegungen, ein Deutscher Bonaparte oder Alexander, heben könne. Freilich solle mit der Scheidung die künftige Wiedervereinigung nicht aufgegeben, sie werde der nothwendige Durchgang zu einer recht innigen Vereinigung sein. Vor Allem sei ein Staatenbund mit Oesterreich zu meiden, ein einheitlicher Bundesstaat zu gründen, Deutschlands Gedeihen ruhe auf der Durchführung einer politisch haltbaren und in sich tadellosen Verfassung, so daß, selbst wenn Preußen zurücktreten sollte, dem übrigen Deutschland zu rathen sein würde, unter sich den Bundesstaat desto vollkommener durchzusetzen und sich auf eigene Hand zu konstituiren. Es würde ein Wagstück, aber ein viel weniger gefährliches sein, als die Herstellung eines lockern Staatenbundes oder einer unvollkommenen Verfassung mit einem schwachen Haupte an der Spitze. — So war der Korrespondent vom Rhein in seiner halsbrechenchenden Konsequenz also richtig bei dem Aeußersten angelangt, bei einem neuen zu ausländischem Protektorate führenden Rheinbunde, bei einem — ohnehin von den Deutschen Großmächten schwerlich geduldeten — Deutschland ohne Oesterreich und Preußen. Nichts konnte wol deutlicher die Falschheit des doktrinären Strebens nach einer »in sich tadellosen,« d. h. einer nach der Theorie der und der Professoren zugeschnittenen, statt auf die wirklichen Verhältnisse, Bedürfnisse und Interessen basirten Verfassung zeigen. In jedem Falle war aber die National-Versammlung nicht da zur Ausführung solcher Wagstücke und Sonderbünde. Wenn Abgeordnete der mittleren und kleinen Staaten einen in sich tadellosen Sonderbund oder Bundesstaat für sich und keine Verfassung

für Deutschland zu Stande bringen wollten, so mußten sie die National-Versammlung verlassen, durften aber dieser nicht zumuthen, ihnen in derselben so etwas zu gestatten oder gar dazu zu helfen. Uns wollte ferner nicht einleuchten, daß man durch Errichtung einer erblichen, an das Haus Hohenzollern zu übertragenden Kaiserwürde, durch eine solche Scheidung, eine desto innigere Vereinigung anbahne. Wir mochten auch auf den Deutschen Bonaparte, d. h. auf den Eroberungs- und Bürgerkrieg nicht spekuliren. Wir meinten, daß eine einheitliche Verfassung der Art, wie sie so dringend »vom Rhein« empfohlen wurde, eben keine »politisch haltbare« sei, weil man dabei das Deutschland, welchem sie gelten sollte, nicht berücksichtigte. Wir wiederholten: Oesterreich läßt sich nicht ausschließen, ihr habt kein Recht, die Verträge zu brechen und keinen Alexander oder Bonaparte, der es doch wenigstens mit Erfolg unternehmen könnte, ihr habt keinen Kaiser zu eurem Kaiserthum, euer Mann will von der Ausscheidung Oesterreichs, also von eurem Plane nichts wissen u. s. f. *) Wir blieben dabei: es gibt Uebergänge, wie Gagern sagte, es gibt ein Drittes, zwischen dem der Idee der Staatseinheit zu sehr sich nähernden Frankfurter Verfassungsprojekt und dem lockern Staatenbunde in der Mitte Liegendes, und eben dieses ist das derzeit allein Ausführbare und den Deutschen Verhältnissen Angemessene, und darauf kann Oesterreich und wird es hoffentlich eingehen. **) — Möchte man nun auch

*) Wie schon gesagt, kamen darüber bestätigende Nachrichten fort und fort. Ein Beispiel, wie man damit handthierte, um darüber hinwegzukommen, liefert ein Korrespondenzartikel der Deutschen Zeitung (№ 329) vom 13. December: »Wir theilten Ihren Lesern bereits mit, daß Herr Walter aus Bonn Aufschlüsse in den Fraktionen geben wollte, welche alle Befürchtungen und Vorurtheile beseitigen sollten, die man hier gegen die Deutsche Gesinnung der Preußischen Regierung hegen könnte. In dieser guten Absicht hat er denn auch einen Brief mitgetheilt, wonach der König gedroht haben soll, daß Preußen sich zurückziehen müsse, »wenn Oesterreich sich genöthigt sähe, an Deutschland keinen Antheil zu nehmen.« Wohl durch ein Mißverständniß hat Herr Welcker dieses Schreiben für den »authentischen« Ausdruck einer »feierlichen Verwahrung« von Seiten der Preußischen Krone erklärt.«

**) In seiner beim Hamburgischen Gagern-Fest gehaltenen Rede sagte Riesser: »Wohl war es uns nicht beschieden, daß wir unser Werk in Frankfurt mit Erfolg gekrönt sahen, wohl mußten wir unsre Wünsche und Hoffnungen herabstimmen; aber wir halten fest an der Zuversicht des endlichen Gelingens unserer Bestrebungen, wenn wir auch dem Ziele nur

noch immer Zweifel erheben können, ob diese Hoffnung nicht getrogen haben würde, wenn die National-Versammlung das hiermit angedeutete Ziel verfolgt hätte: gewiß aber ist, daß Oesterreich auf die in sich tadellose Frankfurter Verfassung nicht eingehen konnte, daß man durch die Tendenz nach der Errichtung eines Preußischen Kaiserthums und nach Scheidung von Oesterreich das dortige Kabinet in seinen zu sehr abgewendeten Ansichten und in seiner übertriebenen Abgeneigtheit auf die Bundesstaatsidee einzugehen bestärkte, ihm Gründe und Vorwände zu seiner Kremsierer Politik an die Hand gab, ihm Zustimmung in den Deutsch-Oesterreichischen Landen verschaffte, und daß in dem Allen ein ganz gutes Mittel lag, zu bewirken, daß die eigene Prohezeihung: Oesterreich wird uns nicht kommen! auch wahr werden mußte.

Die Oberpostamtszeitung, ihre Korrespondenten und Mitwirkenden hatten keine so entschiedene Ansicht. Sie waren zum Theil

---

allmälig, nur auf Umwegen uns zu nähern im Stande sind. Das Gothaer Programm, das wir angenommen, ist das Programm der schmerzlichsten Resignation, der entsagendsten Vaterlandsliebe.« Das aufgetragene Werk der National-Versammlung, das Werk der Einigung, in jedem Falle einer größeren Einigung Deutschlands wäre sicher mit Erfolg gekrönt, wenn die Erbkaiserlichen zu rechter Zeit eingesehen hätten, daß man die Wünsche und Hoffnungen herabstimmen müsse, wenn sie an der Zuversicht des endlichen Gelingens festhaltend, auf eine allmälige Annäherung an das Ziel sich hätten beschränken und die Gothaer Resignation sich hätten ersparen mögen. Diese war allerdings patriotisch, sofern sie einer schädlichen und nutzlosen Agitation ein Ende machte, doch wurde dadurch nichts augenblicklich Erreichbares, es wurde dadurch nicht einmal für den Augenblick der Lieblingsplan aufgegeben, durch den das Frankfurter Werk gescheitert und Deutschland in eine größere Uneinigkeit und Verwirrung als je geworfen war. Ein Deutschland ohne Oesterreich unter Preußen ist auch jetzt nach Lage der Dinge wenigstens eben so schwer zu erreichen, als ein staatseinheitliches Deutschland mit Oesterreich und eher als zum erstern ist zu gelangen zu einem, wenn auch vorerst minder koncentrirten, doch einheitlichen Deutschland mit Oesterreich und mit der Aussicht auf eine künftige straffere Einheit. Hat man sich einmal resignirt, nur allmälig dem Ziele sich zu nähern, so müßte es doch der entsagenden Vaterlandsliebe, wofern sie nur frei von Eigensinn u. dgl. leicht werden, nunmehr der Idee des Preußischen Kaiserthums zu entsagen, zumal da dieselbe nach wie vor die größeste Gefahr für Deutschlands Einheit in sich birgt. Noch ein paar Schritte zum Ziel derselben auf diesem Wege, und es ist zu einer Vergrößerung Preußens durch die Kleinstaaten gediehen und eine vielleicht ewige Spaltung Deutschlands eingetreten.

eben jetzt dem Hinausdrängen Oesterreichs und der Oesterreicher noch entgegen.

Am 6. December sprach sich ein (Bassermann'scher) Leiter dahin aus, daß man Gagern's Ideen ausführen müsse. Er schloß: »Eine neue Bundesakte wird demnach (als die Oesterreichische Regierung späterhin dies Ziel andeutete, wurde ihr Vorschlag von der Kaiserpartei mit Hohn aufgenommen) die 32 Millionen rein Deutsche mit den 38 Millionen des Oesterreichischen Kaiserstaats verbünden, so daß, wenn auch in inneren staatlichen Einrichtungen getrennt, doch dem Auslande gegenüber eine Macht von 70 Millionen als Ganzes erscheint. Da indeß solch weltgeschichtliche Scheidungen und Verbündungen nicht auf den Grund bloßer Programme vorgenommen werden können, so erwarten wir, daß von Frankfurt oder von Olmütz aus nunmehr ein förmlicher und feierlicher Schritt zur wirklichen Regelung des alten und neuen Verhältnisses und zwar recht bald geschehe, damit man bei der nahen zweiten Lesung der Verfassung völlig im Reinen sei.«

In der Nr. 326 hieß es in einem Korrespondenzartikel aus Frankfurt vom 5. December, gewichtigere Worte als die des Kremsierer Programms über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland seien seit der Märzrevolution nicht gesprochen, es würde fortan thöricht sein, an den §§. 2 und 3 in Betreff Oesterreichs festhalten zu wollen, sie könnten nur noch für das übrige Deutschland (?) Sinn und Bedeutung haben; so wie Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ein Deutsches wie ein europäisches Interesse sei, so gelte dasselbe von Deutschlands Einheit. Wolle Oesterreich sich selbstständig konstituiren, so müsse es auch Deutschland dasselbe gestatten; die Oesterreichischen Abgeordneten dürften deshalb und um eine künftige Verständigung auch nur zu ermöglichen, nicht ferner an der Berathung der Deutschen Verfassung Theil nehmen, eben so wenig als Deutschen Abgeordneten nichtösterreichischer Lande der Zutritt zu der Versammlung in Kremsier gestattet werden würde. — Dies beruhete nun einerseits auf der Auslegung des Kremsierer Programms, welche demselben eine Partei gab, die aber eine durchaus bestrittene war, und gegen welche nach wenigen Tagen die Oesterreichische Regierung und schon jetzt die Oesterreichischen Abgeordneten protestirten; andrerseits war dabei vergessen, daß in Frankfurt und Kremsier Deutsch-Oesterreicher Deutsche Lande vertraten, und daß Deutsche Abgeordnete nichtösterreichischer Lande

in Kremsier nichts zu vertreten hatten. Man ging als von etwas Ausgemachtem davon aus, daß die National-Versammlung beschlossen habe was nur durch Beschluß einer Partei und nur bei dieser fest stand. Jene sophistischen Deduktionen, jene Andeutungen, durch welche übler Wille gezeigt und denen doch keinerlei Folge oder Nachdruck gegeben wurde, erschienen als gehässig und trugen nicht wenig bei, die Oesterreichischen Abgeordneten nutzloser und schädlicher Weise zu erbittern. Und dabei seufzte, klagte, schalt man dann über Zerfall der National-Versammlung in landsmannschaftliche Parteiungen.

In der Nr. 329 vom 12. December findet sich ein sehr beachtenswerther Artikel: »Wo liegt die größte Gefahr bei der Entscheidung der Oesterreichischen Frage?« überschrieben. Er stellte den Streitpunkt und die verschiedenen Ansichten der Parteien sehr klar hin und lieferte den Beweis, daß die Kaiseridee manche nachmalige eifrig Kaiserliche, insbesondere die sämmtlichen Mitglieder des Reichsministeriums noch nicht beherrschte; er sprach Voraussagungen, welche nur zu wahr werden, und Warnungen aus, welche nur zu sehr in den Wind gesprochen wurden. Der Verfasser (Mathy) erklärte sich für Unterhandlungen mit Oesterreich und für Gagern's Eintritt in das Reichsministerium neben Schmerling. Die Deutsche Zeitung sagte es zwei Tage später gerade heraus, daß Intriguen stattfänden, daß sich Alles in ein Intriguenspiel auflöse. Unser Verfasser sucht den »Argwohn« zu beseitigen als ob intriguirt werde und schildert die unheilvollen Folgen, welche eintreten würden, wenn man hinter der Ansicht, man solle mit Oesterreich unterhandeln, eine Oesterreichische, hinter der Meinung, man solle den Bundesstaat ohne Oesterreich gründen, eine Preußische Intrigue wittre. Das unselige Intriguenwittern ging aber ohne Frage von der Preußischen Partei aus, die nicht aufhörte von Schmerling'schen und Oesterreichischen Intriguen zu sprechen, während meines Wissens die Gegenbeschuldigung einer Preußischen Intrigue zu jener Zeit kaum vernommen wurde. Der Artikel ist bedeutsam genug um in der Note nachgelesen zu werden *).

---

*) »Was soll Deutschland, was soll die verfassunggebende Reichsversammlung und die Centralgewalt gegenüber dem Programm des Oesterreichischen Ministeriums vom 27. November thun? Das ist die Frage, welche im gegenwärtigen Augenblicke alle Gemüther beschäftigt und zur Entscheidung

Die Beilage zu derselben Nummer enthielt einen Aufsatz, dessen Verfasser ziemlich deutlich heraus sagte, Preußen habe durch die Verfassungsverkündigung des Königs die Rolle übernommen, die ihm von

---

drängt. Die Antworten lauten von der einen Seite: man soll nichts thun, von der andern: man soll mit Oesterreich unterhandeln. Man soll gegenwärtig nichts thun, sagen die Einen, und damit geschieht, was Oesterreich will, indem es erklärte, die gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen, sei dann erst möglich, wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind. Diese Meinung faßt das Programm des Oesterreichischen Kabinets als einen Absagebrief an Deutschland auf, der uns anzeige, daß wir den Deutschen Bundesstaat ohne Oesterreich zu begründen, und das Verhältniß zwischen beiden der Zukunft zu überlassen haben. Daran knüpft sich das Preußische Erbkaiserthum und der Austritt der Oesterreichischen Abgeordneten aus der Reichsversammlung, folgeweise auch der Oesterreichischen Mitglieder aus dem Reichsministerium. — Das Programm ist nichts weniger als ein Absagebrief an Deutschland, sagen die Andern. Es erklärt daß Oesterreich fortfahren werde, seine Bundespflichten treulich zu erfüllen, es spricht von staatlicher Bestimmung der gegenseitigen Beziehungen, also nicht von einem bloß völkerrechtlichen Bündnisse, und es will die Vereinbarung nur darum verschieben, weil Oesterreich im gegenwärtigen Augenblicke nicht in der Lage ist, eine bestimmte Erklärung zu geben. Allein je länger wir warten, desto schwerer wird eine innige Verbindung, darum müssen wir unverzüglich mit Oesterreich in Verhandlung treten. An diese Meinung reiht sich die Sympathie Süddeutschlands, das katholische Element, der Eintritt Heinrichs v. Gagern in das Reichsministerium, nachdem Herr v. Schmerling selbst gefühlt und zuerst erklärt hat, daß es nicht angemessen wäre, wenn die Verhandlungen mit Oesterreich durch einen Angehörigen dieses Staates geführt würden. Die Frage ist unläugbar von höchster Wichtigkeit, die Art der Entscheidung von weltgeschichtlicher Bedeutung. Wir nehmen keinen Anstand, uns für sofortige Einleitung von Verhandlungen zu erklären, um die möglichst innige Verbindung der Deutsch-Oesterreichischen Länder mit Deutschland zu erzielen. Diese Länder können Deutschland nicht entbehren, weil sie sonst von den Slaven unterdrückt werden; und Deutschland kann Oesterreich nicht entbehren, weil es dann seinen Einfluß nach Osten, das Adriatische Meer, die Donau den Slaven preisgeben und einen guten Theil seiner Kraft nicht nur verlieren, sondern in eine feindselige Stellung drängen würde. Aber auch der Deutsche Bundesstaat würde nicht zu einer festen Einheit gelangen: die Sehnsucht nach Oesterreich würde als Element der Zwietracht zersetzend gegen die Einigung wirken. Der Einwand, daß die Reichsversammlung den Grundsatz, wonach sie allein die Verfassung für Deutschland zu machen hat, durch Verhandlungen mit Oesterreich aufgeben würde, und andern Deutschen Staaten gegenüber ebenfalls nicht mehr

den aufrichtigsten Freunden der Freiheit und Einheit schon im Jahre 1830 zugedacht gewesen sei, nämlich daß es an die Spitze trete, so daß ganz Deutschland (mit Ausschluß der Oesterreichischen Lande)

---

festhalten könnte, ist nicht stichhaltig; denn Oesterreich besteht zum großen Theile aus nicht-deutschen Ländern, deren Verhältniß zu den Deutschen durch einen einseitigen Machtspruch nicht aufgehoben oder geändert werden kann. Dagegen hat die Reichsversammlung bei Annahme der §§. 2 und 3 des Entwurfs über das Reich deutlich genug merken lassen, daß die Personal-Union nicht ihr letztes Wort an Oesterreich sei.

Uebrigens würden wir den Sieg der gegentheiligen Ansicht kaum so sehr beklagen, als die Wahrnehmung, daß statt eines ehrlichen Kampfes auf beiden Seiten der Argwohn von Intriguen genährt wird. Will man die Deutsche Verfassung so machen, daß Oesterreich nicht eintreten kann, will man dies, ohne zwar die Mittel und Wege zu erkunden, welche Oesterreich mit dem übrigen Deutschland in eine staatliche Verbindung bringen können, will man damit den Vorwurf auf Frankfurt laden, es habe die Einheit Deutschlands verkümmert, die Macht und Größe des Vaterlandes geschwächt, so halten wir dies für ein Unglück. Aber ein größeres Unglück scheint uns das schleichende Gift des Argwohns zu sein, der hinter der Ansicht, man solle mit Oesterreich unterhandeln, eine Oesterreichische, hinter der Meinung, man solle den Bundesstaat ohne Oesterreich begründen, eine Preußische Intrigue wittert. Wenn dieser Argwohn um sich frißt, so wird er die Reichsversammlung und die Nation in eine Oesterreichische und eine Preußische Partei spalten, welche sich um so leidenschaftlicher bekämpfen werden, als jede sich durch die Beschuldigung unreiner Absichten von Seiten des Gegners gekränkt fühlen muß; dann ist es mit Deutschlands Einheit, ob mit oder ohne Oesterreich, vorbei; dann wird noch einmal wahr das Wort des Päpstlichen Gesandten auf dem Reichstage zu Worms: Wir können die Deutschen nicht hindern, sich von Rom zu trennen, aber wir werden sie dahin bringen, daß sie sich unter einander selbst zerfleischen. Vor dieser größten Gefahr möchten wir vor Allem warnen, und jeden Streiter in dem großen Meinungskampfe, er stehe auf unserer oder auf der andern Seite, beschwören, daß er nur ehrliche Waffen brauche, und dem Gegner dieselbe Achtung der Ueberzeugungstreue zolle, welche er für sich in Anspruch nimmt. Wenn alsdann die Würfel der Entscheidung gefallen sind, und wir Alle entschlossen sind, den Ausspruch der Vertretung der Nation zu achten und uns demselben unterzuordnen, dann wird Unheil abgewendet, selbst wenn die Entscheidung für die Gegenwart die minder gute war. Vergiften wir aber die Waffen mit ungerechtem Argwohn, mit gegenseitiger Verdächtigung der Absichten, machen wir den vor der Nation offen geführten Kampf zu einem niedrigen Intriguenspiel, dann wird selbst die bessere Entscheidung in der Sache großes Unheil durch die Verbitterung der Gemüther nach sich ziehen. Denen aber, welche Bedenken tragen,

ihm zufalle. Es komme jetzt nur darauf an, die Konsequenzen aus den in der Zeit gelegenen Principien zu ziehen. — (Diejenigen welche es für das Beste hielten Preußen in dieser Weise an die Spitze zu bringen, waren also die »aufrichtigsten« unter den Freunden der Freiheit und Einheit — für jetzt noch, denn der Klimax blieb nicht aus, daß sie es in der Redeweise der Partei allein waren und daß die Andersmeinenden Feinde der Einheit und Freiheit waren. Nur zu bald kamen sie zum Vorschein, die unredlichen Waffen, die Beschuldigungen unreiner Absichten, alles Das wovor Mathy im Hauptblatt so eindringlich gewarnt hatte). — Der Preußische Gedanke wird noch weiter ausgeführt in der № 330. Der König habe sich durch die von ihm erlassene Verfassung thatsächlich an die Spitze Deutschlands gestellt, es bedürfe von seiner Seite keiner anderen Zustimmung mehr zu der in Frankfurt zu gründenden (!); die Reichsversammlung sollte keinen Augenblick zaudern, dem durch unzweideutige Handlungen der ersten Deutschen Mächte bereits faktisch hergestellten Verhältniß ihre formelle Sanktion zu ertheilen (!); das Oberhaupt des Deutschen Reiches sei dadurch von selbst gegeben (!); Manche könnten und wollten freilich noch immer nicht von der Ansicht lassen, daß Oesterreich mit Deutschland zu einem gemeinschaftlichen Bunde verschmolzen werden könne: Wie dem aber auch sei, Frankfurt müsse seinen entscheidenden Verfassungstag haben, wie ihn Wien und Berlin gehabt; zum Projektiren, Proponiren, Unterhandeln und Vereinbaren sei es zu spät geworden; die Reichsversammlung sei es einzig und allein, welche den endlichen Ausspruch thun könne, um von einem nachgerade Jedermann unerträglich gewordenen Zustande zu befreien.

Ein anderer Artikel derselben Nummer 330 vom 13. December war abermals aus Mathy's Feder, der unter den Letzten der

---

nach dem Programm des Oesterreichischen Ministeriums vom 27. Nov. sich unseren Oesterreichischen Brüdern ferner zu nähern, geben wir zum Schlusse die Frage zu bedenken, welche ein Preußischer Staatsmann (Bunsen) in einer Denkschrift an die Reichsversammlung richtete: »Sollen wir nun, unter solchen Umständen, nach echter altdeutscher Unart, uns gegenseitig fern halten, statt im Vertrauen auf die uns einwohnende brüderliche Gesinnung und auf das gegenseitige Gefühl der unbedingten Nothwendigkeit des Gelingens unseres großen Werkes uns gründlich zu verständigen und gemeinschaftlich die Mittel zur Ausführung des Werkes zu berathen?«

Preußischen Partei sich anschloß und einer von Denen war, die unter den Kaiserlichen am längsten besonnen und billig blieben, was auch von Gagern, Soiron, Beckerath und Andern gilt. Er erörterte hier die »Grundlagen der Verhandlung mit Oesterreich.« Die einleitenden Worte sprachen eine große Wahrheit aus und haben durch die Art des Abschlusses der Verfassung eine gewisse Bedeutung. »Indem die Reichsversammlung allein und ausschließlich die Verfassung für Deutschland zu machen erklärt, liegt ihr zugleich die Verbindlichkeit ob, die grundgesetzlichen Bestimmungen so zu treffen, daß sie ausführbar erscheinen und ohne Verzug in das Leben treten können. Dazu gehört unter Anderm, daß die Verfassung dem Begriffe eines Bundesstaates entspreche, und nicht unter dem trügerischen Scheine eines solchen die Einzelstaaten dem Wesen nach aufhebe und den Einheitsstaat begründen wolle. Es wäre im höchsten Grade beklagenswerth, wenn die Verfassung zwar von der Reichsversammlung allein gegeben, aber von der Nation nur theilweise oder gar nicht angenommen, wenn sie statt eines festen, dauernden Bundes der Einheit, ein Apfel der Zwietracht sein würde; wenn die Nation, statt aus dem Zustande des Provisoriums herauszukommen, sich mit dem bisherigen oder mit einem neuen Provisorium behelfen müßte, wobei sie in schweren Schaden kommen würde. Diese Erwägung sollte, unseres Erachtens, der hohen Versammlung beständig vorschweben, damit sorgfältig vermieden würde, ein bloßes Kunstwerk zu bilden, welches zwar von Kennern und Liebhabern bewundert, aber zu keinem nützlichen Gebrauche tauglich erfunden wird. Was wäre z. B. gewonnen, wenn die hohe Versammlung, an dem Eintritte Oesterreichs in den Bundesstaat verzweifelnd, ihren Mitgliedern aus Oesterreich den Abschied gäbe, den König von Preußen zum deutschen Erbkaiser wählte, und wenn dann der König von Preußen die Kaiserwürde nicht annehmen, wenn Oesterreich erklären würde: ich gehöre zum Bunde, und ihr habt nicht das Recht, mich hinauszuweisen! Es ist nicht ganz unwahrscheinlich, daß solche Antworten und Erklärungen im Bereiche der Möglichkeit liegen. Viele Preußen, und nach glaubwürdigen Berichten, soll unter die Zahl derselben auch der König gehören, wollen nicht, daß Oesterreich in Folge des Programms seiner Minister vom 27. November als ausgeschieden betrachtet werde und Preußen ohne Weiteres dem Deutschen Reiche das erbliche Oberhaupt liefere. Findet sich aber diese Meinung selbst in Preußen

und zwar stark vertreten, so ist sie es noch viel stärker im übrigen Deutschland, und schon aus diesem Grunde möchten wir den schon früher geäußerten Rath wiederholen, mit Oesterreich nicht zu brechen, sondern in Berathung einzugehen.« — Fragt man hier, wie es gekommen, daß Männer dieser Ansicht und so klarer Ansicht und Voraussicht einer Partei sich anschließen konnten, welche dem verständigen Rathe vom ersten bis zum letzten Worte entgegenhandelte? Der Verlauf der Dinge wird es zeigen. Man verrannte sich unabsichtlich; es wurde von Manchen darauf angelegt, daß dieß kommen mußte, daß Verständigen und Redlichen zuletzt nichts Anderes übrig zu bleiben schien als ein Ausgang, den sie keineswegs für den glücklichsten hielten. — Der Verfasser setzte sodann vortrefflich die Gründe noch des Weiteren auseinander, welche für Verhandlungen mit Oesterreich sprächen, und gab in deutlichen Anspielungen zu bedenken, wenn man in Frankfurt ohne Rücksicht auf die Deutschen Großmächte voranginge, so würden diese durch Verhandlungen unter einander eine Verfassung nach ihrem Sinne zu Stande zu bringen suchen *). Vorsichtig erörterte er die Frage, auf welcher

*) »Wir haben für unsern Rath noch einen zweiten Grund, nämlich den, daß, wenn Frankfurt nichts thut, doch Andere nicht müßig gehen. Es scheint uns wirklich geboten, der öffentlichen Meinung eine bestimmte Richtung auf die von Frankfurt einzuleitenden Verhandlungen zu geben, damit sie nicht durch Resultate anderer Verhandlungen überrascht, vielleicht befriedigt wird, und Frankfurt im Stiche läßt. Wir könnten sonst Aehnliches erleben, wie die Berliner Versammlung, die berufen war, eine Verfassung mit der Krone zu vereinbaren, und, weil sie nach Uebermacht strebte und auf das Recht keine Rücksicht nahm, vom Schauplatze abtreten und zusehen mußte, wie das Land sich über eine Verfassung freut, welche die Krone gegeben hat. Glaubt man denn, daß nur in Kremsier Programme möglich seien, die uns in Frankfurt nicht gefallen, denen aber die Bevölkerungen ihren Beifall schenken? Wir wollen diese Betrachtung nicht weiter ausführen, sie soll hier nur andeuten, daß uns so wenig wie dem Vogel Strauß geholfen ist, wenn wir die Köpfe in den Sand stecken, und daß wir wohl daran thun werden, mit Oesterreich zu verhandeln. Wir lassen auch den Ort der Unterhandlungen vorläufig dahin gestellt, und ebenso den Fall einer Weigerung Oesterreich's, sich auf eine Besprechung über sein Verhältniß zu Deutschland einzulassen. Sollte dieser Fall eintreten, was wir nicht glauben, so wären wir rasch an dem zwar nicht erwünschten, doch unvermeidlich gewordenen Ziele, und hätten den großen Vortheil erreicht, jede Verantwortlichkeit für die Folgen von uns abgewälzt zu haben. Nehmen wir vorläufig an, die Mehrheit der Reichsversammlung sei für eine Berathung mit Oesterreich über dessen künftiges

Basis die Verhandlungen einzuleiten wären. Nimmermehr kann das Ausscheiden Oesterreichs als solche angenommen werden. Das Oesterreichische Kabinet würde diese Unterlage als unzulässig zurückweisen und uns sagen, wir hätten sein Programm falsch ausgelegt (es kam so); von unserer Seite wäre es Leichtsinn, das unauflöslich mit uns verbundene Oesterreich preis zu geben, von welchem wir uns ohne beiderseitigen Schaden nicht trennen können; es wäre das Schlimmste was beiden begegnen könnte *). Zum Ausgangspunkte kann entweder der neue Bundesstaat oder der alte Staa-

---

Verhältniß zu Deutschland, H. v. Gagern trete demzufolge an die Spitze des Reichsministeriums, um diese Angelegenheit zu leiten, die Oesterreichischen Mitglieder bleiben in unserer Mitte, so sind wir damit einer andern Frage näher getreten, deren unrichtige Beantwortung uns in eine schlimmere Lage setzen würde, als wenn wir nichts gethan hätten.«

*) »Unter denen, welche das Oesterreichische Programm vom 27. November als einen Absagebrief an Frankfurt betrachten, sind diejenigen nicht die schlimmsten, welche dessen ungeachtet mit Oesterreich und zwar über eine möglichst innige völkerrechtliche Verbindung unterhandeln wollen. Wie aber, wenn Oesterreich die Voraussetzung, daß sein Programm eine Anzeige seines Austrittes aus Deutschland bedeute, als eine irrige Voraussetzung, folglich jede Verhandlung auf einer falschen Unterlage als unzulässig zurückwiese? Wäre es dann nicht besser gewesen, keinen Schritt gethan zu haben, als einen solchen, welcher den Schein auf Frankfurt werfen würde, es wolle Oesterreich aus dem einigen Deutschland mit Gewalt entfernen? Oesterreich steht mit dem übrigen Deutschland in einem unauflöslichen Bunde für ewige Zeiten; es will seine Bundespflichten getreulich erfüllen; es will eine staatliche Verbindung mit Deutschland auch für die Zukunft und glaubt nur nicht, daß jetzt schon die Zeit zum Abschlusse gekommen sei. H. v. Gagern hat sich wohl gehütet, die von ihm vorgeschlagene Union mit Oesterreich eine bloß völkerrechtliche, einen Allianztraktat zu nennen; in Kremsier soll die Bedingung, welche die czechischen Deputirten dem Ministerium für ihre Unterstützung seiner Kreditbegehren stellten, daß es jeden Anschluß an Deutschland zurückweisen müsse, zu Kämpfen mit ihren Deutschen Berufsgenossen geführt haben, welche über Worte hinaus zu Thaten schritten; die Deutschen Provinzen werden in Klagenfurt tagen, um den innigen Anschluß an Deutschland zu berathen. Unter diesen Umständen hieße es nichts anderes, als die Deutschen Interessen, die Deutschen Länder und ihre biederen Bewohner in Oesterreich leichtsinnig preisgeben, wenn Frankfurt als Grundlage einer Unterhandlung das Ausscheiden Oesterreichs aus Deutschland, mithin das Schlimmste, was beiden begegnen könnte, als bereits eingetreten voraussetzen würde.«

tenbund genommen werden *). Daß wir im letzteren Falle abermals der (alt-) Oesterreichischen Politik verfallen müßten, ist offenbar eine grundlose Besorgniß (es wurde ein häufig angewendetes Ueberredungsmittel der Kaiserpartei, damit bange zu machen, gerade wie die revolutionäre Partei bei jeder durch Mäßigung angerathenen Maßregel auf den Popanz »Reaktion« hinwies). Ebenso verhält es sich damit, wenn die Furcht, in fremdartige Interessen und Streitigkeiten verwickelt zu werden, hervorgekehrt wird **). Die Unterhandlungen können endlich das Verfassungswerk auch nicht auf-

---

*) »Wird im Allgemeinen das Verhältniß von Oesterreich zu Deutschland als Gegenstand gemeinsamer Berathung bezeichnet, so kann als Ausgangspunkt entweder der neue Bundesstaat oder der alte Staatenbund genommen werden. Man kann von den §§. 2 und 3 des Abschnittes vom Reiche ausgehen, und ermitteln, ob und welche Modifikationen die Verhältnisse Oesterreichs zu seinen nichtdeutschen Ländern nöthig machen; die besonderen Bestimmungen, unter denen Oesterreich dem Bundesstaate beitritt, werden um so geringer nach Art und Zahl ausfallen, je lockerer das Föderativband ausfällt, welches die verschiedenen Bestandtheile der Oesterreichischen Monarchie in Zukunft noch zusammenhalten wird. Geht man von dem alten Bundesvertrage aus, so sind die Aenderungen festzustellen, welche Oesterreich dem Deutschen Bundesstaate so nahe als möglich bringen, und es wird sich dann zeigen, ob das neue Verhältniß zur Aufnahme in die Deutsche Verfassung oder zur Feststellung in einem besonderen Vertrage paßt. Dies wäre nach unserer Ueberzeugung der richtige Gang der Berathungen mit Oesterreich über sein künftiges Verhältniß zu Deutschland.«

**) »Die Befürchtung, daß alsdann Deutschland der alten Oesterreichischen Politik als deren neuester Ausdruck das Metternichsche System erscheint, abermals verfallen würde, könnten wir nur dann gelten lassen, wenn das Volk in Oesterreich von der Theilnahme an den Staatsangelegenheiten ausgeschlossen bliebe, wenn Preußen, wie früher, von dem Wiener Kabinette in das Schlepptau genommen, wenn überhaupt die Politik nach wie vor in dem Dunkel der Kabinette und nicht in den öffentlichen Verhandlungen großer Parlamente unter der Kontrole einer erstarkten öffentlichen Meinung gemacht würde. Die Gefahren, durch eine enge Verbindung mit Oesterreich in fremdartige Interessen und Streitigkeiten verwickelt zu werden, sind die Begleiterinnen der Vortheile des Deutschen Einflusses nach Osten und Süden, sie sind die Begleiterinnen jeder Machtentwickelung und darum von einer großen Nation nicht zu scheuen, sondern zu bestehen. Verschaffen wir uns nicht Achtung und Einfluß nach Außen, so wird sich das Ausland Geltung bei uns zu verschaffen suchen und die Gefahren werden nur größer, je tiefer wir die Schlafmütze über die Ohren ziehen.«

halten; es handelt sich um Sicherung des Erfolgs — wozu denn noch Manches nöthig ist, namentlich die Errichtung eines Staatenhauses, worauf der Verfasser zurückkommen wollte *). Es half aber nichts in der souveränen endgültig entscheidenden Frankfurter Versammlung. Erst noch am 23. November hatte man in der O.-P.-A.-Zeitung darauf gedrungen, daß die bestrittene Kompetenz der National-Versammlung festgestellt werde. Wir wissen schon, diese und ähnliche Erinnerungen und Winke gingen stets verloren.

Noch befanden sich die Oesterreicher im Reichsministerium, noch war die Preußische Partei im ersten Stadium ihrer Eroberungen — die Redaktion der O.-P.-A.-Zeitung erklärte wiederholt, daß das Verhältniß Oesterreichs und die Oberhauptsfrage für sie offene Fragen seien. So durften denn sehr bald wieder andersmeinende Ausleger des Kremsierer Programms und der neuen Preußischen Verfassung ihr Wort sagen. Es geschah z. B. in der Nummer 331. In einem Korrespondenzartikel wurde ausgeführt, der Gedanke, womit sich Oesterreichische Abgeordnete dem Vernehmen nach trügen und der von einem Theile der Linken gutgeheißen sein solle (??), daß der Kaiser von Oesterreich an die Spitze zu stellen, sei unfruchtbar. Nach der entscheidenden Erklärung, welche in dem Programme von Kremsier enthalten, sollte man die Versuche, Oesterreich in ein engeres Verhältniß zu Deutschland zu bringen, aufgeben und das hiesige Verfassungswerk rasch abschließen. Im Leitartikel dieser Nummer hieß es, der Gedanke, der mit der größten Einfachheit die größte Naturnothwendigkeit verbinde, müsse jetzt unfehlbar zum Vorschein kommen. Was man auch noch von Verständigung, Rücksichtnahme auf die Interessen einzelner Staaten u. dgl. reden möge: die Zeit fehle dazu, man müsse den Knoten durch einen »kühnen Entschluß« durchhauen. Oesterreich habe sich durch einen solchen von der engeren Verbindung mit Deutschland losgesagt, Preußen habe gleichfalls durch einen solchen seine Bereitwilligkeit

---

*) »Die Verhandlungen mit Oesterreich werden auch die Vollendung der Deutschen Verfassung nicht verzögern, sie werden vielmehr die Einführung derselben beschleunigen. Die Reichsversammlung ist immer da, um ihre Entscheidung zu geben, sobald sie es für angemessen hält; es handelt sich nur darum, den Erfolg zu sichern. Zu diesem Zwecke ist neben den Verhandlungen mit Oesterreich noch manches Andere nöthig. Dahin rechnen wir die Einberufung des Staatenhauses und behalten uns vor, auf diesen Punkt zurückzukommen.«

erklärt, sich mit dem übrigen Deutschland zu verschmelzen, und es sei nunmehr an der Reichsversammlung, Antwort hierauf zu ertheilen. Die Antwort könne aber nur darin bestehen, daß der Verfassung durch Bestellung des Oberhaupts die Spitze aufgesetzt und daß sie danach ohne Verzug verkündet werde; das Oberhaupt aber könne man nur in Preußen finden, und zwar so, daß man den König zum Erbkaiser mache. — Die Schlußworte drückten Gedanken aus, durch welche namhafte Führer der Kaiserpartei und vielleicht die meisten ihrer Kasinomitglieder sich leiten ließen. Sie zeigten, daß man sich der Bedenken erinnerte, von welchen oben gesagt ist, daß sie besser hätten erwogen werden sollen, zugleich aber auch, wie man sich darüber hinwegsetzte: »Es besteht indeß die Besorgniß, daß der Vollzug der neuen Reichsverfassung nicht nur von Seiten einzelner Deutschen Regierungen, sondern auch von Seiten des Königs von Preußen selbst auf Hindernisse stoßen könnte. Wir begreifen und ehren diese Bedenken, und wollen gerade deshalb uns nicht weiter darüber äußern. Da sie jedoch ihren Grund hauptsächlich in persönlichen Gefühlen und Rücksichten haben, so vermögen wir sie nicht allzu hoch anzuschlagen. Bei jeder großen politischen Umwandlung muß man auf dergleichen Hindernisse gefaßt sein; allein es wäre thöricht, sich dadurch abhalten zu lassen, dasjenige zu thun, was nun einmal durch die Verhältnisse geboten ist. Hat die Reichsversammlung das Bedürfniß der Gegenwart richtig erkannt, so kann sie es getrost wagen, demselben den gehörigen Ausdruck zu leihen. Die Hände werden sich schon finden, das Beschlossene zur Ausführung zu bringen.« — Ein kühner Satz, daß das Gewicht »persönlicher Gefühle und Rücksichten« bei Machthabern und nun gar bei dem Könige, den man zum Kaiser designirte, nur gering anzuschlagen seien, und die Folge hat gelehrt, daß er viel zu kühn war. Sodann fragte sich, ob ein Erbkaiserthum wirklich das durch die Verhältnisse Gebotene, das Bedürfniß der Gegenwart war? Erwiesen ist es durch den Ausgang allerwenigstens nicht. Hände zur Ausführung des Beschlossenen fanden sich freilich, aber was für Hände! Die Partei trieb es zum Beschluß eines Erbkaiserthums, ohne gewiß zu sein, ob sie den Kaiser dazu haben würde; ebenso überließ sie es dem Zufall oder dem guten Glück, ob und welche Hände sich finden möchten, den Beschluß durchzuführen gegen etwaigen Widerstand. Viel Begeisterung und wenig Ueberlegung, viel Glauben, wenig Vernunft!

In der Beilage der Nummer 332 vom 15. December wurde die Frage: Verständigung mit Oesterreich oder Trennung (abermals von Mathy) besprochen. Eine Verständigung sei nicht zu umgehen, wenn man nicht Krieg anfangen und so tief sinken wolle, die Deutschen Länder, welche die Annahme der Verfassung verweigerten, ohne Weiteres aus dem Reichsverbande zu entlassen. Außerdem sei es erst noch zu beweisen, daß Oesterreich nicht bei Deutschland bleiben wolle *). Es sei möglich, ja wahrscheinlich, daß in der nächsten Zeit keine Vereinbarung zu Stande komme und Oesterreich, weil Deutschland keinen Krieg mit ihm führen möge, vorläufig vom Reiche getrennt bleibe. In diesem Falle dürfte für Preußen die Zeit gekommen sein, an die Spitze des Bundesstaates zu treten und mit kräftiger Hand die Zügel zu führen, doch nicht mit einem Erbkaiserthume, sondern auf eine beschränkte Zeitdauer, weil das Preußische Erbkaiserthum den anzustrebenden Eintritt Oesterreichs unmöglich machen würde. »Dann — wenn auf die Erblichkeit verzichtet wird — ist Preußens Stellung an der Spitze des engeren Reichsverbandes nicht nur eine nothwendige, sondern eine offen und ehrlich gebotene und gewonnene Stellung, welche so lange zu behaupten wäre, bis das ganze Deutschland durch Oesterreichs Beitritt wieder gewonnen sein wird. Dagegen sind wir von der Ueberzeugung durchdrungen, daß dem Deutschen und insbeson-

*) »Eine Verständigung mit Oesterreich ist in keinem Falle zu umgehen, wenn man nicht Krieg mit ihm anfangen will. Denn so tief kann eine Versammlung, die berufen ist, eine Verfassung für ganz Deutschland zu machen, unmöglich sinken wollen, daß sie diejenigen Deutschen Länder, welche die Annahme verweigern, ohne Weiteres aus dem Reichsverbande entließe, und statt des ganzen Deutschlands nur Bruchtheile verbinde. Sie muß vielmehr die Widerspenstigen zum Gehorsam zwingen, und, bevor sie zum Aeußersten schreitet, eine Verständigung versuchen, wobei den besonderen Verhältnissen eines Deutschen Landes Rechnung getragen, keineswegs aber sein Austritt aus dem Reiche zugegeben werden kann. Wenn das alte Deutsche Reich werthvolle Glieder verloren hat, so geschah es in Folge unglücklicher Kriege, durch siegreiche Eroberer, durch innere Zerrissenheit und Schwäche; aber selbst der völkerrechtliche Bund gestattete keinem seiner Glieder den beliebigen Austritt. Damit scheint uns die Ansicht hinlänglich widerlegt, daß Oesterreich darum als ausgetreten aus dem Bundesstaate zu betrachten sei, weil es erklärt habe, nicht eintreten zu können, abgesehen davon, daß die Behauptung, Oesterreich wolle nicht bei Deutschland bleiben, erst noch zu beweisen ist, mithin nicht als bewiesen angenommen werden darf.«

dere dem Preußischen Interesse kein schlimmerer Dienst geleistet werden kann, als das gierige, hastige Bemühen, dem bedrängten Oesterreich die Thür zu weisen, die widerliche Eile, die schönsten Länder mit 12 Millionen, meist Deutschen Bewohnern, vom Reiche auszusperren, um in solcher Weise ein Preußisches Erbkaiserthum über ein verstümmeltes Reich zu eskamotiren. Wer an das Gelingen dieses Planes, und an eine darauf zu begründende Zukunft Deutschlands glaubt, der hat sicherlich die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Wir glauben nicht, daß der König von Preußen oder ein Mitglied seines Hauses auf solchem Schleichwege den Deutschen Thron besteigen, wir glauben nicht, daß der bessere Theil des Preußischen Volkes dazu seine Einwilligung geben würde. Wohl aber bauen wir darauf, daß, wenn der Versuch einer Verständigung mit Oesterreich für die nächste Zeit fruchtlos bleibt, alsdann Preußen den Deutschen Bundesstaat so lange regieren werde, bis die Wiedervereinigung und die Mitregierung mit Oesterreich geordnet sein wird. — — Mag nun die Deutsche Verfassung oder eine besondere Unionsakte Oesterreich an Deutschland knüpfen, wir können das Verfassungswerk für Deutschland als vollendet eher nicht betrachten, bis das ganze Deutschland, bis Oesterreich mit dem Reiche verbunden sein wird. Nichts hindert, daß die Verfassung für den Bundesstaat früher als der Vertrag mit Oesterreich zu Stande komme, wenn die Gleichzeitigkeit sich nicht erzielen läßt; aber das Reich ist nicht vollständig, so lange Oesterreich nicht dabei ist.« So wurde die Sache noch an dem Tage, an welchem Schmerling seine Entlassung gab, von nachmaligen eifrigen Mitgliedern der Preußischen Partei angesehen, und die mit den Leitern, Gagern, Beseler und wie sie weiter hießen, nahe befreundet waren. Man kann denken, welchen Eindruck jenes »gierige hastige Bemühen«, jene »Schleichwege« auf die Oesterreicher machten und machen mußten.

Im entgegensetzten Sinne äußerte sich wieder ein Frankfurter Korrespondent am 16. December in der № 333. Wir wollen in Deutschland staatliche Einheit; »so und nicht anders kann man das vieldeutige Wort Bundesstaat übersetzen.« (Also einmal ein ehrliches Geständniß aus, oder eine richtige Einsicht in der Partei, daß man auf einen Einheitsstaat hinsteure.) Die staatliche Einheit ist freilich noch nicht da gewesen, was aber nicht schrecken darf. Man müßte sonst die ganze Märzbewegung verschlucken und

den Staatenbund von 1815 verjüngen, oder wenn man dies nicht will und kann, sich an den Gedanken gewöhnen, erst das Vorspiel der Revolution erlebt zu haben, und in die wahre demnächst einzutreten, die aus den verschiedenen Fürstenkronen eine Kaiserkrone zusammenarbeitet oder alle miteinander wegwirft und sich mit der phrygischen Mütze begnügt. Oesterreich läßt sich unfehlbar in die staatliche Einheit nicht hineinziehen; es hat sich darüber deutlich genug erklärt und thöricht würde man handeln, wenn man den vielleicht nie wiederkehrenden Moment vorübergehen lassen wollte, in welcher der alte nothwendige Plan sich wahrscheinlich verwirklichen läßt. Es erübrigt nur, entweder auf die staatliche Einheit zu verzichten, oder Oesterreich zu vermögen, daß es von seinem Princip der Gleichberechtigung seiner Völkerstämme abgehe, oder sich darin zu finden, daß Oesterreich in die staatliche Einheit mit Deutschland nicht eingehe. Wir können von der Einheit Deutschlands, also der Trennung von Oesterreich nicht ablassen, weil wir sonst in's Verderben stürzen, den gänzlichen Umsturz haben würden. Durch die Trennung wird die wünschenswerthe und nothwendige innige Verbindung nicht ausgeschlossen, sondern in zuverlässigerer und ausgedehnterer Weise errungen werden als bisher. — Freilich, wenn man den Trieb nach einer straffen Staatseinheit fortwährend anspannte und die Forderungen zu steigern sich befleißigte statt auf die Grenzen des Möglichen hinzuweisen, wenn man die Sache fort und fort so stellte: entweder die (d. h. solche straffe) Einheit oder eine zweite Revolution, und wenn sich dann das Volk hineinreden ließ in diesen Gedankengang, so blieb zuletzt vielleicht weiter nichts übrig. Wir sagten: der größte Theil der Nation ist keineswegs so hitzig auf das Preußische Kaiserthum, um revolutioniren zu wollen, wenn es nicht beschlossen wird. Der Beweis liegt schon darin, daß die Kaiserlichen zur Durchsetzung ihres Plans Gewalt in Aussicht nehmen. Von allen Seiten wird mit der Revolution gedroht. Aber auf keinen Fall wiederholtes Revolutioniren! Wo man alle gesetzlichen Mittel des Fortkommens, Parlament, freie Presse u. s. f. besitzt, da ist es höchster Unverstand, heillose Schwäche, arges Verbrechen zur Gewalt zu greifen. Was sich jetzt nicht durchsetzen läßt ohne Gewalt, ist auch jetzt noch nicht an der Zeit, ist kein wahres Nationalbedürfniß, sondern nur Verlangen einer Partei oder eines Volkstheiles.

Als Mittel zum deutlich genug ausgesprochenen Zwecke mußte eine Agitation gegen Schmerling dienen. Als sie bereits in vollen Gang gerathen war, nahm sich die O.-P.-A.-Zeitung seiner noch sehr nachdrücklich an, noch am 15. December.

Der Verfasser eines Korrespondenzartikels im Hauptblatt von diesem Tage zergliederte die Vorwürfe gegen Schmerling, löf'te sie in ihre Nichtigkeit auf und wies schlagend nach, welch ein verächtliches Intriguenspiel wider ihn getrieben wurde und welche Charakterlosigkeit in der Menge sich kund gab *). In der Beilage

---

*) Frankfurt, 14. December. Einzelne Fraktionen und gemeinschaftlich mit ihnen die Deutsche Zeitung sind seit Kurzem wirklich im Aufruhr gegen die Oesterreichischen Mitglieder des Reichsministeriums, und es ist ein Zeichen der verhältnißmäßig ruhig gewordenen Zeit, daß man Muße findet zu den erfindungsreichsten Unterstellungen und Verdächtigungen. Am weitesten geht darin die Deutsche Zeitung. Dieselbe treffliche, aber zeitweise auch krankhaft erregte Feder, die im Sommer letzten Jahres in derselben Zeitung so rücksichtslos gegen v. Gagern schrieb, verfährt jetzt mit gleicher Heftigkeit gegen v. Schmerling. Was ist dann für die Menge leichter, als in einen Ton einstimmen, der einmal angegeben, und so stimmt denn auch die Menge in diesen Ton mit ein. Man weiß ja aus der Geschichte, wie für jeden verdienten Mann der Tag kommt, wo ihm das »Nieder mit ihm« entgegentönt. Diejenigen, die es wohl vertragen konnten, daß man sie vor dem Erschlagen rettete, konnten es doch nicht vertragen, daß ein Staatsmann sich bisher nicht nach jeder Laune krümmte, nicht vor unbegründeten Redensarten und einigen Zeitungsartikeln sofort beugte. Da soll es bloß um ein krampfhaftes Festklammern an ein Reichsportefeuille sich handeln, während doch, wie man weiß, es zwei Mal nur an Herrn v. Schmerling lag, ins Oesterreichische Ministerium zu treten. Mag man die Frankfurter National-Versammlung noch so hoch stellen, daß aber ein Minister in Oesterreich eine ganz andere Stellung hat als in Frankfurt, wer kann das läugnen? Dort kann er handeln, in die Geschicke nicht blos seines Vaterlandes, in die Europas greift er ein, alles liegt ihm zur Hand, was eine thatkräftige Natur, wie die v. Schmerling's, nur locken konnte. Dort stehen keine Deutschen Regierungen entgegen, kein Provisorium lähmt die Energie und von dem Verfassungswerke ist die Thätigkeit der Regierung nicht ausgeschlossen. Warum blieb demungeachtet Herr v. Schmerling lieber in Deutschland? Ist etwa, weil man denn doch vor keiner Voraussetzung zurückschreckt, ist etwa der Gehalt, an den die National-Versammlung seit 5 Monaten gar nicht gedacht, so lockend? Daß Herr v. Schmerling ein Herz für die Deutsche Sache habe, wie kann sich Jemand herausnehmen, dies zu unterstellen in einer Zeit, wo ja nur derjenige ein Freund des Vaterlandes ist, der stets die unwürdigsten Beweggründe zu unterstellen weiß! Ja, Schmer-

sprach sich in demselben Sinne auch der Verfasser des schon erwähnten Aufsatzes »Verständigung oder Trennung« aus. Schmerling habe ja selbst der Unterhandlungen mit Oesterreich enthoben zu werden begehrt: aber die Linke und die unschickliche Hast der Preußischen Partei, Oesterreich hinauszudrängen und Preußen an die Spitze zu bringen, vereinige sich gegen ihn. Man habe unlautere Zwecke, bediene sich unlauterer Mittel und verdächtige nun Andere derselben. Mit Schmerling scheide Oesterreich aus der Centralgewalt, und in seiner Verdrängung liege nicht bloß Verkennung und Unbill gegen ihn, sondern auch die äußerste Unklugheit *).

---

ling will jetzt die Deutsche Einheit zu Grunde richten, er will das Verfassungswerk verzögern, und es nicht zur Verwirklichung des allein rettenden Vorschlags des Herrn v. Gagern kommen lassen. Das ist Schmerling's Verbrechen. Das Projekt, das ein früher konservativer Oesterreicher herumträgt, ist Schmerling's; mit dessen Halbheit will er uns zu Grunde richten u. s w. Wie aber, wenn Schmerling's Ansicht und Vorschlag seit lange der Gagern's ist? wenn er gerade, um je eher je lieber das Gagern'sche Projekt zu verwirklichen, schon jetzt die Unterhandlungen anknüpfen will? wenn ihm nichts verdrießlicher ist, als jenes Oesterreichers Thätigkeit. Was dann? Thut nichts, »der Jude wird verbrannt«, sagt der Patriarch. »Nieder mit Schmerling«, rufen die Tapfern. Stürzen ist ja so angenehm, man weiß von Kindesbeinen auf, was das Zerstören für Freude macht. Und gerade den eigentlichen Zerstörern wird man, wenn auch ohne zu wollen, die größte Freude machen. Seit nun fünf Monaten besteht das Ministerium Schmerling und seine Aufgabe, über welche alle vernünftigen Forderungen nicht hinausgingen, hat es gelöst; es hat verhütet, daß während die Vertreter der Nation die Verfassung beriethen, nicht Alles in Blut und Schlamm untersank. Schon vor dem Mai gingen alle Bestrebungen der Anarchisten auf Vertreibung des Parlaments, anfangs durch die Mittel der Volksversammlungen, der Klubs und der Presse, ja der Rednerbühne, bald aber durch Mord und Aufruhr. Das Ministerium Schmerling hat die Versammlung vor dem Untergang bewahrt, uud die Versammlung konnte das Verfassungswerk nun seinem Abschlusse nahe bringen. Wohl mögt ihr darum sprechen: »das Ministerium hat seinen Zweck erfüllt.« Aber diesen Worten hinzusetzen »darum werft es jetzt bei Seite« und gar »weil sein Träger ein Oesterreicher«, das steht nicht schön einer Nation, die fort und fort ihre Sympathien für den Bruderstamm betheuert, und nur von ihm lassen will, wenn die eiserne Nothwendigkeit es gebietet. Immerhin! die menschliche Natur bleibt stets dieselbe. Freunde erwirbt sich nur, wer sich, sei es nach Oben oder nach Unten, zu krümmen weiß, auch mit dem reinsten Bewußtsein kommt die Mannesgeduld in Streit. Das Erstere kann befriedigt sein, wenn auch die Letztere ihr Ende erreicht.«

*) »Der Antrag auf Verständigung entspringt wohl der Ueberzeugung, daß

— Doch die Fraktionen waren wirklich »im Aufruhr« gegen die Oesterreichischen Mitglieder des Reichsministeriums, und die Anstifter trugen den Sieg davon.

---

die höchsten Interessen des Vaterlandes gefährdet sein würden, wenn die Centralgewalt gegenüber den Einzelstaaten in Fragen der Reichsverfassung in der Unthätigkeit verharren müßte, welche ihr durch das Gesetz vom 28. Juni gegenüber der National-Versammlung auferlegt ist. Damit im Zusammenhange steht der Eintritt des Präsidenten Herrn v. Gagern als Ministerpräsident mit dem Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten in das Kabinet. Herr v. Gagern würde die Verhandlungen mit Oesterreich leiten, da Herr v. Schmerling als Oesterreicher dieser Angelegenheit enthoben zu werden begehrt hat. Allein Herr v. Schmerling hat in der National-Versammlung viele Gegner, welche auf sein gänzliches Ausscheiden aus dem Reichsministerium drängen. Dahin gehören nicht nur die Mitglieder der Linken, auf deren Zuneigung v. Schmerling allerdings keine Ansprüche machen wird, sondern es vereinigt sich gegen ihn und auf ihn alle Unzufriedenheit mit dem Programm und andern Erklärungen des Oesterreichischen Ministeriums, alle Besorgniß vor Verzögerung oder Vereitelung des Verfassungswerkes durch Verhandlungen mit Oesterreich, alle Hast, das Oesterreichische Element aus der Centralgewalt und der National-Versammlung hinaus und Preußen mit unschicklicher Voreiligkeit an die Spitze zu bringen, alle diese Triebfedern, sammt den Verdächtigungen und dem Argwohn unlauterer Zwecke und Mittel, welche von denen, die sie brauchen, den Gegnern schuld gegeben werden, dies Alles stürmt gegen Herrn v. Schmerling an, um ihn aus dem Ministerium zu entfernen. Wir zweifeln nicht, daß Herr v. Schmerling in dieser wie in jeder andern Lage das thun wird, was er der Deutschen Sache zuträglich erachtet, und wenn er sich entschließt, das Amt, das er unter schwierigen Verhältnissen mit staatsmännischem Talente, mit Muth und Eifer für Deutschlands Einheit und wahre Freiheit geführt hat, jetzt niederzulegen, so wird er es nicht nur mit dem Bewußtsein treuer Pflichterfüllung thun, sondern er wird auch die Anerkennung seiner hohen Verdienste in den weitesten Kreisen finden. Aber mit Herrn v. Schmerling scheidet nicht nur ein Mitglied, es scheidet Oesterreich aus der Centralgewalt, bevor die Verhältnisse die Trennung unvermeidlich gemacht haben. Oesterreich hat dann nicht mehr den Antheil an den Deutschen Angelegenheiten, den ihm die Bundesakte zusichert; denn der unverantwortliche Reichsverweser gehört als solcher keinem Staate an, und die Centralgewalt hat nicht mehr die Sympathien, welche in Deutschland für Oesterreich walten. Die Folgen, welche sich daran knüpfen werden, sobald die Flitterwochen der neuen Kombination verrauscht sind, können wir nicht mit heiterem Blicke betrachten, und wir möchten die Verantwortlichkeit nicht tragen, bevor der Versuch einer Verständigung stattgefunden, Oesterreich von aller Theilnahme an der Leitung der Deutschen Angelegenheiten ausgeschlossen zu haben.«

Organisation der Centren — Die lithographirte Korrespondenz.

Das Kasino war der zahlreichste Club. In der Liste seiner Mitglieder waren eine Menge bedeutender Namen verzeichnet. Sein Gewicht stand jedoch damit nicht in einem völlig angemessenen Verhältniß. Es gelangte wenigstens erst spät zu einer festeren Organisation. Raumer sagt von ihm (II. 202) nicht mit Unrecht, es drehe und drechsle an Inhalt und Fassung so lange, bis es hoffen dürfe, daß das Vorgeschlagene von der Mehrheit angenommen werde, auf welchem Weae man aber nicht zur rechten lebendigen Mitte, sondern zu unpraktischen und Niemandem genügenden Halbheiten komme. Einige Zeit nach dem 18. September gab es sich ein bestimmteres Programm, dessen Grundgedanke darin gefunden werden mochte, daß man durch bemessenen Fortschritt die Revolution schließen wolle. Vorwiegenden Einfluß übten als Leiter die »Professoren«, und zum Theil auf eine Weise, daß es sehr Vielen, wo nicht den Meisten unleidlich wurde, so daß sie vom ostensiblen Dirigiren zurücktraten, wodurch das Uebel jedoch, wenn es eins war, eher schlimmer wurde. Ein Theil der Mitglieder des Kasino sonderte sich ab und bildete einen besonderen Klub, den Landsberg. Ebenso zweigte sich eine Anzahl der Mitglieder des Würtemberger Hofes und der (gemäßigten) Linken ab, nannte sich als besondere Vereinigung vom Augsburger Hofe und bildete seitdem mit dem Landsberg das linke Centrum. In der Zeit nach dem 18. September waren es diese drei Fraktionen, aus

welchen die beiden Centren bestanden. Schon durch bessere Organisation kam das Gewicht des Augsburger Hofes, durch Eigensinn der Mehrzahl der Mitglieder und Hinüberschwanken nach der Linken, wodurch nicht selten parlamentarische Erfolge der Centren bei dem vorhandenen Stimmenverhältniß vereitelt wurden, das des Landsbergs dem des Kasino fast gleich. Dieses suchte seinen Einfluß auf jene Gesellschaften auszudehnen, was jedoch nur theilweise gelang. Die Mitglieder des Landsbergs waren zu selbstwillig, zu eifersüchtig die Meisten auf ihr eignes Gewicht, und man gab es daher auf, gewisse schon designirte Mitglieder des Kasino in den Landsberg übersiedeln zu lassen. Dagegen trat der Bruder des Greifswalder Beseler in den Augsburger Hof ein, und noch ein Schleswiger, Franke, verließ das Kasino, um sich dem letzteren anzuschließen. Laube weiß das sehr zu würdigen. Neben andern Eigenschaften hebt er an jenem Beseler Schlauheit hervor. Er sagt von ihm (III. 32, 184) seinen großen Einfluß im Augsburger Hofe schildernd, »im Spätwinter erschien er in erster Linie, als hinter den Kulissen der Kampf entbrannte gegen die persönliche Oesterreichische Betheiligung am Reichsregimente, als Schmerling aus dem Ministerium scheiden sollte. Da führte W. Beseler im Augsburger Hofe, wo Einige diesen Schritt für unpolitisch hielten, die Sturmfahne.« Und an einer anderen Stelle: der Meinung, daß der Schritt unpolitisch, sei Mathy hartnäckig verblieben, Beckerath habe zur entgegengesetzten geneigt, Gagern sich neutral verhalten. »Die Beseler mit norddeutschen Schaaren wiederholten aber nun den Angriff mit allem Nachdruck und aller Nachhaltigkeit friesischer Naturen. Wilhelm Beseler, sonst wol schweigsam, sprach jetzt im Augsburger Hofe halbe Stunden lang unerschöpflich in großen und kleinen Gründen für ganze Maßregeln, für energische Schritte.« Die drei Fraktionen traten im Herbst in eine engere Vereinigung vermög einer Einrichtung, welche sehr wichtig geworden ist. Sie ernannten eine jede drei Mitglieder, (die s. g. Neunerkommission) welche als gemeinschaftlicher engerer Ausschuß zusammentraten, die Klubverhandlungen vorbereiteten, als Organ der ministeriellen Partei mit dem Ministerium sich benahmen, und vornämlich bei Gagern ihren Foyer hatten. Und noch eine weitere Einrichtung knüpfte sich hieran.

Die Deutsche und die O.-P.-A.-Zeitung waren Organe des Centrums im ganz eigentlichen Sinne nicht. Auch die Flugblätter

konnten wie gesagt dafür nicht gelten, und gaben sich überhaupt der anhebenden Agitation für den Erbkaiser und Oesterreichs Ausschluß nicht hin. Bernhardi war ein zu milder und doch selbstständiger Mann, um seine Feder zum dienstbaren Werkzeuge einer heftigen und mehr und mehr egoistisch auftretenden Partei zu machen, wenn er ihr auch angehörte. Was mich betrifft, so entfernte ich mich mehr und mehr von der Reichspartei, je mehr sie Preußisch-partikularistisch und Werkzeug der Tendenz zur Ausbeutung des Einheitsstrebens, der »Deutschen Sache« für Sonderinteressen wurde, was darum nicht weniger der Fall war weil sie glaubte, sogar ausschließlich für Deutschlands Einheit, für die Deutsche Sache zu stehen und in der Täuschung lebte, daß sie treibe und regiere, während sie mehr und mehr getrieben und benutzt wurde. Ich gerieth nicht mit in die unselige Parteiwuth hinein, welche sich von dieser Zeit an der Kaiserlichen bemächtigte. Die Flugblätter waren also für deren Zwecke unbrauchbar. Außerdem verlor sich bei Vielen auch in den Centren der Anklang mehr und mehr, den sie in ihnen gefunden, so lange es vorwaltend dem Kampfe wider die revolutionäre Richtung gegolten und diese als größte Gefahr erschienen war. Ihr Leserkreis und ihr Einfluß waren nie bedeutend gewesen, und nicht deshalb weil ich dies nicht sehr gut wüßte, sondern vornämlich aus dem Grunde habe ich überhaupt von ihnen gesprochen und mich mehrfach auf sie bezogen, damit vor Augen stände, daß die in ihnen vertretene Ansicht, die Warnung von unsrer Seite (Altklugheit in der Kunstsprache des Parlaments) nicht gefehlt hat und der Vorwurf des Hinterherklugseins mit Grund nicht erhoben werden könne. Die Kaiserpartei erkannte, wie wichtig und nöthig es für ihre Zwecke sei, daß die öffentliche Meinung nach allen Kräften in ihrem Sinne bearbeitet werde. Um so näher lag der Gedanke, und er wurde jetzt ausgeführt, eine Centren-Parlamentskorrespondenz zu gründen, d. h. einen Ausschuß zu bilden und von den Mitgliedern desselben, die nach der Reihe das Geschäft zu übernehmen hätten, über jede Sitzung der National-Versammlung einen Bericht abfassen, lithographiren und an möglichst viele Zeitungsredaktionen befördern zu lassen. Diese Parlamentskorrespondenz sollte insbesondere über das Verfahren und die Motive der Fraktionen des Centrums schleunigst Nachricht geben, das Publikum für die Ansichten und Pläne derselben gewinnen, den unselbständigern Mitgliedern der Partei die Richtung,

die Parole geben. Ursprünglich hatte Merck (Milani-Mitglied) den Gedanken auf die Bahn gebracht. Im Kasino betrieb Haym die Sache und das Kasino schloß die Rechte (Milani) aus, weil man sonst bei den andern Fraktionen der Centren Widerspruch finden werde. Es geschah so viel ich weiß gegen Haym's Meinung, der indeß das Unternehmen in Gang brachte und nebst Duncker leitete. Das Korrespondenzbüreau wurde aus neun Mitgliedern zusammengesetzt und zwar so, daß man je drei aus den drei Klubs der Centren nahm, (Veit, Droysen, Wichmann, Schrader, Wurm u. s. w. so viel ich weiß). Genaueres müssen Andere angeben können. Die erste Nummer erschien am 7. December. Die Parlamentskorrespondenz entstand also zu derselben Zeit, wo der Plan der »Kleindeutschen« in ein neues Stadium der Reife und zuerst eigentlich ans Licht trat. Ich hebe aus den ersten Nnmmern ein paar Proben heraus.

In der Nummer 3 vom 9. December hieß es: »Die Oesterreichische Frage beschäftigt die Regierung und die Klubs, doch ist man noch nicht darüber einig, in welcher Weise diese schwierige Angelegenheit am wirksamsten zu behandeln sein wird. Die hier und dort aufgetauchte Ansicht, daß die Centralgewalt ihrerseits die Initiative zu treffen habe, um die Verhandlung mit der Oesterreichischen Regierung zu eröffnen, ist durch den lebhaften Widerspruch, den sie von vorn herein erfahren hat, sofort beseitigt worden. Als Verfassungsfrage gehört die Stellung Oesterreichs zum Deutschen Bundesstaate nicht vor das Forum der Centralgewalt, die Reichsversammlung wird daher in nächster Zeit in die Berathung eingehen müssen, um durch ihren Beschluß die Regierung, bei welcher bereits ein Schreiben von Seiten des Oesterreichischen Ministeriums eingegangen ist, mit den nöthigen Instruktionen zu versehen. Es ist zu erwarten, daß die National-Versammlung bei ihrer demnächstigen Debatte über die Sachlage, die übrigens in dem bekannten Programm klar genug vorliegt, vollständig unterrichtet sein wird. Ob unter den obwaltenden Umständen Herr von Schmerling auch ferner die Leitung des Ministeriums des Innern wird beibehalten können, muß in der nächsten Zeit sich entscheiden!«

Die Korrespondenz der Kaiserpartei sprach sodann entschieden für Gagern's Eintritt in das Reichsministerium, äußerte sich jedoch in der Feindseligkeit gegen »eins der vorragendsten Mitglieder des Ministeriums« für jetzt noch sehr zurückhaltend. Auch in der fol-

genden Nummer und so in der vom 12. December, beschränkte sie sich auf Andeutungen, welche freilich schon dahin zielten, daß auch wol die Oesterreichischen Abgeordneten aus der National-Versammlung würden austreten müssen. »Dürfen sie an einem Hause mitbauen, in welchem sie nicht wohnen sollen?« Das war indeß eben erst noch die Frage, ob ein solches Haus gebaut werden sollte, und obenein hatten die Oesterreicher als Deutsche dabei mitzusprechen. Die Partei nahm aber die Frage, offenbar ohne das mindeste Recht, als bereits entschieden an. Nur sie, nur ein Theil, nicht die Mehrheit der National-Versammlung ging auf einen solchen Bau aus. Weit entfernt, daß auch nur sämmtliche nicht-österreichische Abgeordnete ihn gewollt hätten; und hätten sie ihn gewollt, dann würde es ihre Sache gewesen sein, entweder die Oesterreichischen Deputirten auszuschließen oder sich getrennt von ihnen an einem andern Orte zum Sonderbunde und Bau zu versammeln. Die Forderung des Austritts der Oesterreicher enthielt in der That die merkwürdigste Prätension einer Partei, und einer Minderheit, die wol jemals unter ähnlichen Umständen vorgekommen ist *).

---

*) »Leider thürmen sich dem Bau eines einigen Deutschlands fortwährend Berge von Hindernissen entgegen. Die Oesterreichische Frage muß jetzt in Kurzem zur Entscheidung kommen. Das Oesterreichische Ministerium hat es ausgesprochen, daß die Deutsch-Oesterreichischen Länder nicht von dem Oesterreichischen Gesammt-Staate getrennt, nicht dem Deutschen Reiche als lebendiges Glied einverleibt werden können. Der Reichstag in Kremsier hat das Programm des Ministerii beifällig begrüßt. Die §§. 1. 2., 3. des Abschnitts des Verfassungsentwurfs über das Reich sind in Oesterreich verworfen. Was nun werden soll, ist der Gegenstand der lebhaftesten Erörterung in den parlamentarischen Gesellschaften. Man fragt: ob die Oesterreichischen Abgeordneten unter diesen Umständen noch ferner mit den übrigen Parlamentsmitgliedern gemeinschaftlich in Frankfurt tagen können, ob sie an dem Hause mitbauen sollen, in welchem sie nicht wohnen wollen, ob sie darüber mit zu berathen und zu beschließen haben, was für Diejenigen nicht von Interesse ist, die sie vertreten. Man fragt: ob Oesterreicher noch ferner Mitglieder des Reichsministerii sein können. Man überlegt hin und her, wie denn sonst das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland sich gestalten soll, wenn es nicht Mitglied eines Bundesstaats sein will; man sucht nach einer Brücke, welche die beiden großen Ländergruppen verbinde. Man blickt sehnsüchtig nach einem Wege, der das Herbe einer Scheidung mildere. Man nimmt den bestehenden Bund zu Hülfe, man hofft auf einen künftigen noch enger zu schließenden. Aber man kann über das Wann und das Wie zu keinem

Am 13. December wurde geschrieben: »Das fraglich gewordene Verhältniß zu Oesterreich und das der Oesterreich'schen Vertreter hierselbst ist noch um keinen Schritt weiter gerückt zu der allerdings nothwendigen Klarheit. Eben so wenig die damit verbundene ministerielle Frage. In Betracht letzterer wünschen doch wie es scheint zu viele, daß Gagern erst nach erfolgter erster Lesung der Verfassung und dann mit der ganzen Wucht eines entscheidenden Schrittes eintrete. Die Verhandlungen hierüber dauern indessen lebhaft fort in den Fraktionen, und die Oesterreichische Regierung dürfte sich darin täuschen, wenn sie glaubt, durch verzögernde Erklärungen Zeit und Terrain zu gewinnen. Sie verliert dadurch Beides, denn man muß dann ohne sie den Abschluß finden, da man hier offenbar in der Mehrheit gewillt ist, noch in diesem Jahre mit Abschluß der Verfassung fertig zu werden. Sie thäte in ihrem und Deutschlands Interesse besser, sofort Bevollmächtigte mit genau definirten Instruktionen herzusenden. Nur dann wird sie gestaltend einwirken.«

Etwas anders lautete es schon am folgenden Tage. »Die Frage, ob und in wie weit der Weg der Verhandlung mit Oesterreich jetzt und zwar durch die provisorische Centralgewalt betreten werden solle, beginnt aus der eigenthümlichen Unklarheit, in welcher sie ursprünglich auftrat, sich klarer und entschiedener herauszustellen und somit eine direkte Lösung zuzulassen. War früher die Ansicht der Centren über diese Angelegenheit nicht vollkommen übereinstimmend, weil man über die Basis, auf welcher das Ministerium die Unterhandlung zu führen gedenke, nicht ganz klar sah, und war es deshalb nicht möglich, die durch die Entscheidung dieser Frage bedingte Veränderung oder Ergänzung des Ministeriums zu fixiren, — so darf jetzt so viel als bestimmt angesehen werden, daß die Mehrheit der National-Versammlung eine Modification der §§. 2. und 3. über das Reich nicht zuläßt und jede Verhandlung also von der Wahrung und Aufrechthaltung des eigentlichen Bundesstaates anzuheben hat, mit andern Worten, daß das vor einigen Wochen noch zurückgestellte Amendement von Gagern in dieser

Entschlusse kommen. Darüber sind die verschiedenen Parteien ziemlich einig, daß ein neues Element der Thätigkeit, der Kraft, des begeisterten Willens, der weiten Erwägung und des thatkräftigen Eifers in das Ministerium gebracht werden müsse, und wäre es auf Kosten der festen Leitung der Verhandlungen der National-Versammlung.«

Sache als das Programm der Mehrheit unserer Versammlung und zugleich des ergänzten Ministerii zu gelten habe (?). Zu einer Entscheidung hierüber drängen jedoch jetzt auch äußere Ereignisse, denn wenn in № 4 unserer Berichte angedeutet wurde, daß man die Lösung dieser Frage in einem für Oesterreich vermeintlich, aber auch nur vermeintlich günstigen Sinne selbst mit parlamentarischen Combinationen versuche, welche in sich ohne Halt und Uebereinstimmung deshalb auch niemals einem Ministerium zur Stütze dienen würden, so ist es jetzt wohl mehr als Gerücht, daß man auch außerhalb der National-Versammlung und zwar von Seiten gewisser Kabinette Unterhandlungen angeknüpft hat, deren Zweck gerade herausgesagt nur sein kann jede Verhandlung in der National-Versammlung hierüber entweder vergeblich oder unmöglich zu machen.«

Sehr deutlich rückte man mit den Gedanken und Absehen in der folgenden Nummer vom 15. December heraus. Man wollte Macht. Am 3. Januar, bei Gelegenheit seiner Wiederwahl zum Vicepräsidenten, sprach dies der Schleswiger Beseler mit stärkster Betonung aus. Macht sei das Erstnöthige, und es klang in seinem Munde als wenn man den nicht ausgesprochenen Zusatz hörte: um den Krieg gegen Dänemark zu führen und Schleswig für Deutschland zu erobern *). Das war nun eine der in der Deutschen Bewegung wirksamen Ideen, die ursprünglich auf einer richtigen und wahren Ansicht und Empfindung beruhete, vorzugsweis die Reichspartei beherrschte und vornämlich von ihr durch Uebertreibung verzerrt und dadurch gefährlich wurde. Die Reichspartei füllte sich und zahlreiche Kreise, bei so großer Erregtheit ohne viel Mühe mit aufgebauschten Vorstellungen, wonach Deutschland sofort die erste Macht

*) »Es ist Zeit, es ist hohe Zeit, daß wir die geisterhafte, machtlose Existenz vertauschen mit einer lebensfrischen, mit einer kräftigen Gegenwart. Das Deutsche Volk muß in allernächster Zukunft heraustreten aus dem provisorischen Zustande, in welchem sich seine öffentlichen Verhältnisse bewegen, in ein definitiv geordnetes Staatswesen; — oder, meine Herren, wir müssen befürchten, daß die Geschicke Deutschlands sich in einer Weise erfüllen, die uns, wie ich nicht bezweifle, Allen zum größten Kummer gereichen würde. Wir gebrauchen Macht, und nochmals Macht, und abermals Macht, denn ohne Macht können wir unsere Freiheit nicht schützen, nicht im Innern und nicht nach Außen. Lassen Sie uns dahin streben, daß wir sobald irgend thunlich Macht erlangen, ich wiederhole es: um unsere Freiheit im Innern und nach Außen zu schützen.«

in Europa werden, in jeder Beziehung gebieten, durch Wort und Schwert die Entscheidung geben müsse. Sie übersah dabei, wie **wir** meinten, daß Deutschland durch sein Wesen, seine Lage und Stellung darauf angewiesen sei, eine friedfertige schiedsrichterliche Macht zu sein, und daß ihm die wünschenswerthe Achtung und Bedeutung am gewissesten zu Theil werden müsse, wenn es etwas zu Stande brächte, also gewagte Experimente vermiede und besonnen vor Extremen sich hütete. Die Partei wollte um der zu erringenden Macht willen ihr Preußisches Kaiserthum und übersah dabei, welche Uneinigkeit, also welche Schwächung und Machtminderung schon hierdurch die Errichtung desselben herbeiführen mußte. Die Macht sollte auf dem Wege errungen werden, daß man Oesterreich von Deutschland trennte und Deutschland in einen allenfalls mit ganz Europa anbindenden Einheitsstaat verwandelte, welchem Preußen den kriegerischen Geist einpflanzte, in welchem Preußen die Krone trüge und das Schwert führte. Die Macht sollte auf dem Wege errungen werden, daß man einen Bundesstaat mit in sich vollendeter Verfassung errichtete, allenfalls nach dem Rathe des Korrespondenten vom Rhein auch ohne Preußen oder — wovon man die Partei zu Anfang des Mai 1849 sprechen hörte — auch wol ohne Baiern, Sachsen und Hannover! Weiter kajolirte man Oesterreich, ja bei seinem Kremsierer Programm stehen zu bleiben, indem man dem letzteren abermals einen falschen Sinn unterschob und durchaus falsche Nachrichten über ein angebliches Handschreiben Schwarzenberg's und die von Oesterreich nach Berlin gemachten Vorschläge mit der Miene gab, als sei man sehr genau unterrichtet. Man sagte nun gerade heraus, es gelte, sich der **ganzen** Kraft des Preußischen Staats zu versichern, und deutete mehr als deutlich an, daß man hinsteure auf eine »Uebertragung des Reiches an die Krone Preußen,« während man in den Blättern gleichzeitig klagte, daß die Regierungen von Baiern, Hannover, Sachsen verrätherisch und partikularistisch konspirirten gegen Anschläge, die sie doch gar nichts angingen. Man tadelte Schmerling, daß er die auswärtigen Verhältnisse nicht besser geordnet und das Verhältniß zu den Einzelstaaten nicht zurecht gestellt habe, während man im Centrum doch ein wenigstens halbklares Bewußtsein davon hatte, daß der Zustand der auswärtigen Verhältnisse die nicht auf Schmerling's Rechnung kommende Schuld der Beschlüsse vom 28. Juni, des Benehmens der National=Versammlung und der Unordnungen

in Deutschland war *), wie denn auch Gagern darin nichts zu bessern vermocht hat, und daß eben die National-Versammlung das Verhältniß zu den Einzelstaaten verschoben und jeden Gedan-

*) Aus Raumer's Pariser Briefen geht hervor, daß bei der Französischen Regierung der Anknüpfung eines officiellen Verkehrs mit der Reichsgewalt nichts mehr schadete, als der Beschluß der National-Versammlung über die Sistirung des Dänischen Waffenstillstandes, die Auflösung des Reichsministeriums und der 18. September. Wegen jenes Beschlusses hielt man in Paris die National-Versammlung für halb toll und halb kindisch und brach die Verhandlungen ab, die bis dahin einen leidlichen Fortgang gehabt hatten. Während der Auflösung des Reichsministeriums wollte man »kaum an die Möglichkeit und das Dasein einer Reichsgewalt glauben«. Der Aufstand am 18. September flößte das tiefste Mißtrauen gegen Deutschland und das Deutsche Volk ein. Schmerling brachte es in Paris wieder zu Ehren. Als er wieder eingetreten war, »blickte man nach Frankfurt wie nach einem Felsen im Meere«. Nun erst erklärte sich Bastide bereit, einen Französischen Gesandten förmlich in Frankfurt zu akkreditiren und Seitens der Reichsgewalt akkreditiren zu lassen. Die Hauptschuld der Geringschätzung, welche die Deutschen Gesandtschaften in Paris und London erfahren, schreibt Raumer, tragen die Deutschen selbst. »Der Straßenunfug in München, die Anarchie in Wien, die muthlose Erbärmlichkeit in Berlin, die Frechheit der äußersten Linken u. s. w., das sind Uebel so großer Art, daß sie mit aller diplomatischen Gewandtheit nicht wegzuräumen sind.« Am 2. December schreibt er, die Theilnahme für Deutschland habe wieder abgenommen wegen der Berliner Unordnungen, weil die Frankfurter Versammlung geduldet und noch dulde, daß einzelne ihrer Mitglieder in verschiedenen Staaten Aufruhr predigten und an Aufständen Theil nähmen, weil sie sogar Männer von mindestens höchst zweideutiger Wirksamkeit als Märtyrer echter Freiheit behandelt, weil sie mit Oesterreich in unnöthigen Streit gerathen sei. »Bevor man sich an fremde Mächte wende, möge man in der Heimat zur Mäßigung zurückkehren und Einigkeit begründen«. Am 13. December: »Vor Allem macht hier der unglückliche Streit mit Oesterreich den unangenehmsten Eindruck. Man spottet über diese neue Methode, eine größere Deutsche Einheit herbeizuführen und über die bewundernswerthen Ergebnisse derselben.« Am 21. December: »Gebe der Himmel seinen Segen, daß eine neue Verständigung zwischen Oesterreich und Deutschland und die Verfassung für beide Länder baldigst zu Stande kommt. Solange dies nicht geschieht, bleibt der Quasireichsgesandte bei der hiesigen Regierung eine Null. Ja, während die vorige dem Frankfurter Bestreben freundlich gesinnt war und eine engere Verbindung mit Deutschland wünschte, äußern sich Einige, welche sich der neuen Regierung zuwenden, auf eine so geringschätzige und spöttische Weise über Frankfurt, daß ich vor Kurzem in einer Gesellschaft einen solchen Zweikampf anzunehmen und die Ehre Deutsch-

ken an ein zu errichtendes Staatenhaus, an einen den Einzelstaaten zu gönnenden regelmäßigen Einfluß bei der Centralgewalt oder gar auf das Verfassungswerk stets weit von sich gewiesen und dem Reichsministerium einen unausführbaren kompromittirenden Auftrag nach dem andern zum Hineinregieren in die Staaten gegeben hatte. Hörte man doch selber nicht auf, über Partikularismus zu schelten, wenn die Staaten ihre Ansichten oder Interessen geltend zu machen suchten. Eitle Klagen folgten jetzt der eigenen Thorheit, daß vom Juli an die Frankfurter Welt in der Fiktion lebte, daß man ein Reich mit parlamentarischer Regierung habe. Das Reichsministerium machte sich zu abhängig und dienstbar, allein in jedem Falle wollte eben die National-Versammlung dies so haben und Gagern trat in dieser Beziehung ganz in Schmerling's Fußtapfen, Gagern schuf nicht, wie man von ihm zu erwarten jetzt die Miene annahm, nach Innen und Außen ein »neues System« und konnte es schon wegen seines Princips von der Souveränität der National-Versammlung nicht. Es wurde erst von dem nach ihm kommenden Reichsministerium versucht. Die Korrespondenz klagte, daß Besorgnisse vor einem neuen Rheinbunde erwachten, und die Partei war es selbst, die es an nichts mehr fehlen ließ, die Mittelstaaten zum Aeußersten zu treiben. Sie begann schon mit Fraktionen der

---

lands zu verfechten genöthigt war. Am 22. December in einem Schreiben an Gagern: »Alle Deutschen, hochverehrter Herr Präsident, blicken auf Sie mit Liebe und Vertrauen. Möchte Ihnen das schwere Werk gelingen, unser Vaterland zu einigen; denn bevor dies zur Zufriedenheit aller Staaten geschehen ist, fehlt uns daheim Glück und Wohlstand, und im Auslande diejenige Achtung, welche ein großes Volk nicht verscherzen kann, ohne sich selbst mittelbar zu Grunde zu richten. Mir fehlt es nicht an Muth, mein Vaterland hier zu vertheidigen, auch wohl den 60jährigen, so oft mißlungenen politischen Versuchen der Franzosen gegenüber, zu rechtfertigen. Allein jeder scheinbare Sieg, jede erneute Hoffnung wird zu Schanden, wenn aus Frankfurt Nachrichten hierher gelangen von dem leidigen Zerwürfniß mit Oesterreich, dem leidenschaftlich einseitigen Bilden und Umstellen der Parteien u. s. w. Verhehlen ja Viele gar nicht ihre Freude, daß (wie sie laut versichern) das gesammte Bestreben Deutschlands für eine politische Stärkung und Widergeburt schwächlich, lächerlich und verächtlich, — mit nichts endigen, und Frankreich alsdann die Ohnmächtigen, Gebeugten, Blasirten in's Schlepptau nehmen und nach Belieben gängeln werde.« Wie ungerecht und wie kindisch war doch jene Anschuldigung gegen Schmerling! Und wenn Schmerling hätte reden wollen, welcher Stoff zur Abwehr und Gegenanklage stand ihm zu Gebot!

Linken zu verhandeln, um Proselyten für das Erbkaiserthum zu gewinnen, und zunächst und vor allen Dingen sollten die Oesterreicher aus dem Ministerium vertrieben werden. Wie die Centren-Korrespondenz sich ausließ und nach diesem ihrem Ziele steuerte, mag in der Note nachgelesen werden *).

---

*) »Es dürfte den ferner stehenden schwer sein, ein Bild von der außerordentlichen Bewegtheit zu gewinnen, die hier in allen politischen Kreisen herrscht. Man fühlt sehr deutlich, daß es die Hast der nahenden Entscheidung ist, welche die Gemüther spannt, die Parteien treibt, den Intriguen einen Boden schafft. Die Fragen über das künftige Reichsregiment und über Oesterreichs Stellung zu Deutschland, beide in engster Verbindung mit einander, bekommen durch die gleichzeitigen Wahlvorgänge in Frankreich, die den unheilvollsten Ausgang drohen, eine um so höhere Bedeutung, und viele von denen, die bisher nur die Freiheit und wo möglich diese bis zum äußersten Maße erstreben zu müssen glaubten, beginnen, zu begreifen, daß noch etwas anderes zur Existenz eines Volkes gehört. Es ist von hoher Wichtigkeit, daß die Frage über die Reichsregierung mehr und mehr als eine Frage der Macht aufgefaßt, daß erkannt wird, es handle sich um die Existenz des Vaterlandes, wir beginnen zu hoffen, daß sie in diesem Sinne wird entschieden werden. Mit Recht hat es den beruhigendsten Eindruck gemacht, daß Fürst Schwarzenberg in einem Privatschreiben hieher erklärt hat: es sei das ministerielle Programm vollkommen aufrichtig gemeint und in Wahrheit der Wunsch des Oesterreichischen Kabinets, daß sich Deutschland völlig selbstständig konstituire, um dann mit der eben so konstituirten Gesammtmonarchie die innigsten Beziehungen zu vereinbaren. Uns ist bekannt, daß man in höchst rühmlicher Loyalität in Potsdam ähnliche Eröffnungen hat machen lassen und wir sehen es als einen sehr günstigen Umstand an, daß auf diese Weise eines der größesten Bedenken beseitigt ist, das wir für das Gelingen der Deutschen Sache zu fürchten hatten. Ganz im Sinne dieser Politik, welche konsequenter Weise um nicht durch die jetzt werdende Verfassung gebunden zu sein, auch nicht über das Maß der ehemaligen Bundespflichten hinaus mehr als die Rücksichten einer gewissen völkerrechtlichen Kourtoisie gewährt, ist unter andern die Zurückweisung (?!) der hier im Parlament vollzogenen Wechselordnung, obschon sie unverändert dieselbe ist, welche im vorigen Jahre namentlich auch unter Mitwirkung Oesterreichischer Bevollmächtigter zu Stande gekommen ist. Wir hoffen, uns in diesen Auffassungen nicht zu irren, wennschon wir tief beklagen, daß Oesterreichische Deputirte, zum Theil solche, die am lebhaftesten das mächtige Sonderinteresse der Gesammtmonarchie gegen die Forderungen Deutschlands vertreten zu müssen geglaubt haben, jetzt mit allen Mitteln dahin arbeiten, eine Gestaltung der Verhältnisse zu stören, die jeder klarere Blick schon jetzt als die einzige Rettung erkennen muß. — Man hört dem Herrn v. Schmerling den Vorwurf

Auch aus der nächstfolgenden Nummer theile ich in der Note mit, wie sie sich über dieselben Gegenstände weiter äußerte. Es würde an Vorwürfen nicht gefehlt haben, hätte Schmerling das

---

machen, als glaube er auf eben jenem Wege, indem er für Oesterreich freies Feld halte, dem hohen Beruf, der ihm geworden, am förderlichsten nachzukommen. Wir — und der Berichterstatter glaubt damit den Geist des politischen Kreises auszusprechen, von dem diese Blätter ausgehen — wir halten dafür, daß eine Aenderung des Ministeriums nothwendig ist, aber wir zweifeln, daß eine solche angemessen sein würde, wie sie ursprünglich erstrebt wurde. Das System, als dessen Vertreter Schmerling gelten darf, und dem das Vaterland wahrlich Großes dankt, bestand in der Bewältigung der Anarchie, aber daneben ließ man die auswärtigen Verhältnisse fast ganz darniederliegen, versäumte im Verhältniß zu den Einzelstaaten diejenige Stellung einzunehmen, welche mehr als die oft zu raschen Beschlüsse des Parlaments die centralen Thätigkeiten gefördert und empfohlen hätte. Jetzt gilt es rasch und sicher zu zu organisiren, nach Außen hin — denn nicht bloß der Kongreß in Brüssel steht vor der Thüre — eine klare Stellung zu gewinnen; wir bedürfen eines neuen Systems, dessen Träger Gagern sein muß. Wir bedauern daß, aus welchen Gründen auch immer, das Ministerium Schmerling sich durch den Eintritt Gagern's zu verstärken suchte, ja mit ihm über ein Programm unterhandelte und ihn so der Gefahr aussetzte, durch die Nichtannahme jenes Antrags, kraft dessen man die Majorität des Parlaments prüfen wollte, selbst wenigstens für den Augenblick von der Uebernahme der Geschäfte fern gehalten zu werden. Ein Verfahren, das zu verderblich sein würde, um es für berechnet zu halten, denn heftige Schwankungen in der National-Versammlung würden für Deutschland um so verderblicher sein, als nur durch sie noch geschehen kann, was geschehen muß, wenn das Vaterland nicht elender denn je zerfallen soll. Schon erwachen die Besorgnisse vor einem Rheinbund wieder, von dem im Elsaß schon mit dreistem Uebermuthe gesprochen wird, und die Englische Diplomatie, wie aus einer mahnenden Mittheilung an einen süddeutschen Fürsten hervorgeht, begreift sehr wohl, um was es sich handelt. Begreiflich, daß unter solchen Umständen der Gedanke Raum gewinnt, sich um jeden Preis der ganzen Kraft des Preußischen Staates zu versichern. Es ist gewiß eine merkwürdige Erscheinung, daß von Mainz aus in einer Petition des dortigen Bürgervereins die Uebertragung des Reiches an die Krone Preußen gefordert wird; wir vernehmen, daß ähnliche Petitionen von allen mit dem Mainzer in Verbindung stehenden konstitutionellen Vereinen vorbereitet werden. Es ist in hohem Maße beachtenswerth, daß in einer der weiter links stehenden Fraktionen unserer Versammlung, unter 38 Mitgliedern, welche gestern versammelt waren, sich 25 entschieden, 5 für den Fall, daß Oesterreich aus dem engern Bunde scheide, für das erbliche Kaiserthum Preußens ausgesprochen haben. Seit

Kremsierer Programm ruhig hingenommen und nichts gethan, um zu Unterhandlungen mit Oesterreich zu kommen. Nicht durch ihn war die Oesterreichische Frage in den Vordergrund geschoben. Gagern nahm sich ihrer Lösung mit Schmerling einverstanden und ganz mit demselben Eifer an wie er. Aber Schmerling wurde deshalb angestochen. So blind begann die Leidenschaftlichkeit der Partei schon zu werden, nicht zu bemerken, daß sie ihren eignen Vormann durch ihre Beschuldigungen mittraf. In den Centren war nun fest beschlossen, daß Schmerling austreten müsse. Man hatte noch vor wenigen Tagen anders gesprochen, war aber jetzt fertig geworden mit dem Entschluß und auch mit der Umdeutung der Meinung, in welcher die §§. 2 und 3 votirt worden waren. Sie erscheinen nun als das »Grundgesetz der neuen Verfassung Deutschlands.« Man sprach von Heimlichkeit, Mißtrauen, unberechenbaren Abstimmungen, und überraschenden Allianzen, wie sie bis dahin nie hervorgetreten, und nun am Ende des Werkes das Gelingen des Ganzen noch einmal in Frage stellten, und darin sollte ohne Zweifel ein Vorwurf für Andre liegen, während doch die Kaiserlichen selbst die Ursächer waren. Am Abschlusse des Verfassungswerkes sollte es mit den überraschenden Allianzen noch ganz anders kommen, sollten die Tadler allen Andern den Rang im allerüberraschendsten Maß ablaufen. In der That begann in diesen Tagen und zwar durch die Operationen der Preußischen Partei die Zersetzung, durch ihre widrige und leidenschaftliche »Hast« und Gehässigkeit die Erhitzung und Erbitterung der Parteien, die Auflösung der bisherigen konservativen Mehrheit, die Desorganisation der

---

drei Tagen verhandelt der Verfassungsausschuß eben diese Frage, aber die Ansichten gehen dort noch weit auseinander; auch eine Reichshauptmannschaft mit 100,000 Gulden Gehalt, auch das Loos hat neben Turnus, Trias, Pentarchie, zehnjährige Wahl Anhänger; für das erbliche Kaiserthum ist bisher nur ein fester Kern von acht Stimmen, von denen funf nichtpreußische.

Seit dem gestrigen Abend scheint die Frage über das Ministerium Schmerlings sich so gut wie entschieden zu haben. Wenigstens ist der ministerielle Antrag auf Ermächtigung zu Unterhandlungen, der in der heutigen Sitzung als ein dringlicher eingebracht werden sollte, nicht eingebracht worden, und wir glauben vermuthen zu dürfen, daß es auch dann nicht geschehen würde, wenn ein Theil der Linken pessimistisch genug ihre bisherigen Antipathien zu überwinden sich erboten haben sollte, demselben ihre Unterstützung zu leihen!«

Versammlung, die das Gelingen des ganzen Werkes zuletzt mehr als in Frage stellten, es zum Scheitern brachten *).

Man wolle nicht tadeln, daß ich in ein solches Detail der Zeitungsartikel und der Centren-Korrespondenz eingehe, trotz dem eingehe, daß diese Federproben der Kaiserlichen so oft kleinliche und wichtige Dinge kleinlich behandeln, zum großen Theil nur Tagsge-

---

*) »Die Oesterreichische Frage, zu deren Lösung das Ministerium Schmerling, sonst allen Dringlichkeiten abhold, diesmal nur allzusehr hingedrängt hat, bildet noch immer vorzugsweise den Inhalt aller Besprechungen. Die Majorität der Centrums-Fraktionen ist zu dem Resultate gekommen, nur unter der Bedingung den Weg der Verhandlungen zu betreten, und in dieser Richtung der Centralgewalt Vollmachten zu geben, wenn das Schmerling'sche Ministerium sich nicht sowohl durch Gagern's Eintritt verstärke, als, wenigstens in seinem Hauptträger, demselben Platz mache. — Dies von den Centren ausgehende Mißtrauens-Votum gegen einen um Deutschland hochverdienten, überall von seltenem politischen Takte geleiteten Staatsmann, der nie mit der Opposition gebuhlt, ihr vielmehr mit entschlossener Festigkeit und unbesiegbarer Kaltblütigkeit die Stirne geboten und dessen Geschäfts-Gewandtheit gewiß auch schmerzlich vermißt werden wird — hat seinen Grund in der speciell-österreichischen Färbung seines politischen Charakters, in dem gerade jetzt aufs Höchste und nach allen Seiten hin gesteigerten Mißtrauen, in den durch die kalte Satyre seiner Interpellations-Beantwortungen erregten Antipathien, endlich in dem vielleicht allzugläubigen Vertrauen auf Gagern's allein versöhnende und rettende Kraft. — Ob die Entfernung Schmerling's und Gagern's über allen Special-Patriotismus erhabene Stellung wirklich die hinreichenden, jetzt nothwendig zu fordernden Garantien dafür bieten, daß in diesen Verhandlungen keine Koncessionen gemacht werden, welche das Grundgesetz der neuen Verfassung Deutschlands, wie es in den Paragraphen 2 und 3 niedergelegt ist, alteriren — darüber könnte noch sehr gestritten werden. Viele sind der Meinung, daß eine genaue Umgränzung der Vollmachten für diese Verhandlungen, oder ein Hinausschieben derselben bis zur zweiten Lesung und endgültigen Fixirung der §§. 2 und 3 eine viel sicherere und Oesterreich weniger verletzende Gewähr dafür geboten hätten, daß die unerläßlich nothwendige Staatsform Deutschlanbs aufrecht erhalten werde.

Die Auseinandersetzung mit Oesterreich ist deshalb so intrikat, weil die zweite drängende Frage, die über das künftige Oberhaupt Deutschlands zu gleicher Zeit alle Gemüther erfüllt und unmittelbar in jene zurückschlägt. Daher jetzt gerade so viel Heimlichkeit, Mißtrauen, unberechenbare Abstimmungen und überraschende Allianzen — wie sie bis dahin nie hervorgetreten und nun, am Ende unseres Werkes, das Gelingen des Ganzen noch einmal in Frage stellen.«

klätsch und Lugen, vom nächsten Tage vertilgt, enthalten. Indeß haben sie in weiteren Kreisen, zumal aber an Ort und Stelle Effekt gehabt, gehören nicht unwesentlich zu den wirkenden Potenzen im Frankfurter Parlamentsgetriebe und deshalb zur Geschichte. Wir achten viel zu wenig auf die Presse als wirksames Agens, eben so wie wir ihr zu viel nachsehen. Um die Zustände der National-Versammlung und ihrer Parteien seit dieser Zeit, manche Schritte derselben, manchen Vorgang richtig zu verstehen und zu würdigen, muß man jenes Detail kennen und vor Augen haben. Mittel- oder unmittelbare Angriffe, Reizungen, Insinuationen, kleine Nadelstiche, grobe Lügen, feine Entstellungen, enthalten in den kaiserlichen Preßorganen, an sich ganz unbedeutend, wurden wirksam, ja unleidlich durch tägliche Wiederholung. Wir werden uns noch überzeugen, daß trotz aller Oeffentlichkeit über manche Begegnisse und Thatsachen durchaus falsche Vorstellungen herrschend geworden sind, ja noch jetzt zum Theil bei der Kaiserpartei selbst festsitzen, obgleich sich leicht dokumentlich und bis zur Evidenz darthun läßt, daß sie falsch sind. Der Grund liegt eben auch in der täglichen Wiederholung irrthümlicher Berichte und Behauptungen oder absichtlicher Unwahrheiten. Diejenigen von welchen letztere ausgingen glaubten allmählich selbst daran. Ebenso redeten die Kaiserlichen sich selbst mehr und mehr in die Hitze hinein, durch welche sie oft blind gegen ihr eignes Interesse wurden und sich selbst in der Sache so unsäglich geschadet haben. Das ganze zu dieser Zeit beginnende Unwesen der bittern Zerwürfnisse und der zweideutigen, der verdammlichen Allianzen und Transaktionen ist großentheils durch die Zeitungsartikel und Korrespondenzen der Kaiserlichen verursacht und verschuldet. In ihnen lag nur zu viel von dem, den Zusammenhalt und den Frieden der National-Versammlung, insbesondere der konservativen Mehrheit zerfressenden Gift. Sie streuten die Saat zum Verderben aus, gewannen für die Partei und bereiteten ihre Niederlage. Der angestochnen Gegenpartei stand vorerst noch kein Frankfurter Blatt zu Gebot. Als sie ein solches bekam und vorher schon in auswärtigen Blättern ward aus dem Walde herausgerufen wie hinein. Der häßliche Ton und die schlechte, Maß, Billigkeit und Wahrheit verläugnende Manier der Frankfurter Blätter theilte sich mehr und mehr den auswärtigen mit. Es möchte darum gewesen sein, gern würde man heftige und leiden-

schaftliche, wenn nur ehrliche Kriegführung nachsehen, hätte sie einer großen Idee, — wie die Kaiserlichen allerdings glaubten — einer wahrhaft guten heilsamen Sache gegolten, auf einer richtigen Berechnung geruht, was am wenigsten der Fall war, und zu einem anderen Erfolge als dem der gegenseitigen Erbitterung, des Zerfahrens und Unterganges des Parlaments, der Vereitelung des Verfassungs- und Einigungswerkes geführt!

Eine Konferenz bei Beckerath — Vorgänge in den Klubs.

Ich muß hiernach ein paar Worte über die betreffenden Vorgänge in engeren Kreisen und den Klubs sagen, so weit sie mir bekannt sind.

Auch in den Blättern war die Rede von einer Konferenz bei Beckerath, und nicht wenig Unwahres und Halbwahres wurde darüber berichtet. Beckerath veranstaltete am 7. December zufolge getroffener Abrede mit den übrigen Mitgliedern des Ministeriums und mit Gagern diese Zusammenkunft von Abgeordneten aus den Fraktionen des Centrums und der Rechten in seiner Wohnung. Die Zahl der Anwesenden mochte vierzig bis funfzig betragen. Sie überstieg die gewöhnliche bei den Besprechungen dieser Art vielleicht um das Doppelte. Es befanden sich unter den Theilnehmern sämmtliche Mitglieder des Ministeriums, der Präsident und Vicepräsident der National-Versammlung und was neu war Mitglieder auch wenigstens einer Fraktion der Linken, des Würtemberger Hofes. Es handelte sich um die Oesterreichische Frage, die Grundlage einer mit Oesterreich einzuleitenden Verhandlung, und die Art und Weise, wie verhandelt werden sollte, ob durch Gesandte oder wie sonst; sodann um die Frage, ob es räthlich oder nicht räthlich sei, daß Gagern den Vorsitz in der National-Versammlung aufgebe und in das Ministerium eintrete. Ueber die Oesterreichische Angelegenheit wurden nur die bekannten verschiedenartigen Ansichten der bei den Verhandlungen vertretenen Fraktionen und Landsmannschaften wiederholt. Wenn von der einen Seite ein starkes Gewicht auf die Aufrechthaltung der §§. 2 und 3 und deren Konsequenzen ge-

legt wurde, so fehlte doch auch die Gegenrede aus den entgegengesetzten Standpunkten nicht. Gagern vertheidigte noch immer die Ideen seines vorläufig zurückgenommenen Antrags. Bassermann sprach für Absendung von Bevollmächtigten, um das Verhältniß zwischen Oesterreich und Deutschland zu ordnen. Auch Gagern hielt eine baldige Verständigung mit Oesterreich für dringend wünschenswerth. Biedermann und Riesser (aus dem Augsburger Hofe) stimmten ihm bei, und bevorworteten nur, daß das Verfassungswerk dadurch nicht gestört oder verzögert werden dürfe. Dahlmann, Beseler Droysen und Andere erklärten sich, zum Theil lebhaft und schroff, dahin, daß man mit Oesterreich gar nicht unterhandeln solle. Dahlmann fand es der National-Versammlung nicht würdig, nochmals Oesterreich einen Schritt entgegenzukommen, da dasselbe auf deren Anfrage durch die §§. 2 und 3 noch die direkte Antwort schulde, denn das Programm von Kremsier sei nicht an sie gerichtet. (War aber die Frage durch jene Paragraphen eine direkte gewesen und ein entgegenkommender Schritt? Diese »Frage« war wohlzumerken der Oesterreichischen Regierung lediglich durch die stenographischen Berichte, auf dem Wege des Buchhandels, zugegangen. Es stand vielmehr so, daß man gar keine Antwort von ihr haben, sondern daß man ihr mit einer vollendeten Thatsache entgegentreten wollte, daß man glaubte, Oesterreich werde sich verbluten oder doch noch mehrere Jahre völlig gelähmt sein. Darin liegt der Schlüssel zu Vielem). Droysen warnte vor dem ungleichen Kampfe mit Oesterreichs schlauer Diplomatie. Durch seinen Mund drückte sich am deutlichsten der Gedanke und die Besorgniß der Kaiserpartei aus, wenn man mit Oesterreich verhandle, so werde man mit ihm in ein Verhältniß kommen und von den strengen Bestimmungen des Verfassungsprojekts, vom Preußischen Kaiser ablassen müssen. Zu einem Beschlusse über den Punkt kam es nicht. Das Ergebniß bestand nur darin, daß man Ideen ausgetauscht und über die Ansichten und die Richtungen sich etwas genauer orientirt hatte. Schmerling äußerte, und zwar gleich zu Anfange, auch hier seinen Wunsch, daß die Unterhandlungen von einem Andern als von ihm geführt werden möchten, da er fühle, sie würden sonst mit Mißtrauen angesehen werden. Es wurde damals gesagt, er habe Bedenken ausgesprochen, ob man bei der Stellung, welche Oesterreich nehmen zu wollen scheine, ihn ferner als Deutschen Reichsminister gelten lassen wolle. Dem war jedoch nicht so. Man ließ sich in

diesem Sinne wol nur aus, damit er auf den Gedanken komme. Auffallender, als daß die Deutsche Zeitung so sprach, war es, daß auch die O.-P.-A.-Zeitung am 12. December einen Korrespondenten davon wie von etwas Notorischem sprechen ließ, ohne daß eine Berichtigung erfolgt wäre. Es wurde auch verbreitet, eine Oesterreichische Note bestärke Schmerling in dem Entschlusse, sein Portefeuille niederzulegen. Es war rein aus der Luft gegriffen. Ferner wurde berichtet, und gleichfalls irrig, von einer Seite (d. h. von Grumbrecht aus Lüneburg) sei in der Konferenz gesagt worden, daß man nichts mehr wünsche, als den Rücktritt von Schmerling. Es verhielt sich damit folgendermaßen. Grumbrecht (aus dem Würtemberger Hofe), einer von denen, welche sich zum ersten Male in dieser Gesellschaft befanden, stieß auf plumpe, allgemein Anstoß gebende Weise heraus, Gagern dürfe nicht in ein Ministerium eintreten, in welchem so unpopuläre Mitglieder wie Schmerling und Bassermann säßen. Er gerieth darüber mit Schwerin in einen Wortwechsel, der sich der Angegriffenen mit großer Wärme annahm. Indeß hatte Grumbrecht den Grund der Linken für Schmerling's Beseitigung, der Linken, welcher Schmerling als das verkörperte Princip der »Reaktion« im Wege, und weil er sie so geringschätzig bei ihrem Interpellationen-Unfug ab zuweisen pflegte verhaßt, und doppelt verhaßt war, weil bei diesen Anlässen die Geringschätzung als in der Regel vollkommen verdient gefühlt wurde. Ein Mitglied des Augsburger Hofes forderte, daß Gagern an die Spitze des Ministeriums trete, worin mittelbar die Forderung lag, daß Schmerling dasselbe verlasse. Gagern selbst äußerte über seinen Eintritt Bedenken, welche er namentlich aus dem Umstande hernahm, daß sein Antrag in der Oesterreichischen Frage nur so wenige Stimmen gewonnen und daß es so sehr zweifelhaft sei, ob derselbe jetzt eine Majorität finden werde. Die Reichspartei wollte in Wahrheit schlechterdings nichts als die §§. 2 und 3. Im Uebrigen erklärte er, daß er es sich zur Ehre rechnen würde — und es war offenbar nicht Redensart — eben an diesem Ministerium Theil zu nehmen. Es fand bei Einigen Unterstützung, bei Andern Widerspruch. Auch ich erklärte mich dawider, ohne alle meine Gründe heraussagen zu können. Ich hatte gleichfalls Sorge für Gagern, nicht daß er sich von Schmerling zu dessen Zwecken, sondern daß er sich von Andern für deren Pläne gebrauchen, daß er sich bewegen lassen möchte, in eine Stellung einzutreten, in welcher er gänz-

lich scheitern dürfte. Die Debatten wurden sehr eifrig auch noch nach einer nothwendigen Pause fortgesetzt. Sie führten jedoch auch in diesem Punkte zu keiner Vereinigung. Man wollte die Fraktionen erst noch weiter erforschen.

Wenn Haym sagt, Schmerling habe die Frage der Oesterreichischen Unterhandlungen mitten hineingeworfen unter die Parteien, so läßt er auch hierbei jede thatsächliche Begründung fehlen. Man könnte nur sagen, das Ministerium, oder eigentlich Beckerath habe es gethan durch die eben erwähnte Konferenz, die, so viel ich weiß, vor Allem Gagern gewünscht hatte. Gerade Schmerling war nicht sonderlich, war am wenigsten bekümmert um Erhaltung der parlamentarischen Mehrheit, gerade am wenigsten darauf bedacht, um Stimmung und Stimmen für sich zu werben. Auch konnte er nicht so wie Andere wissen, daß jene Mehrheit in Beziehung auf ihn wanke. Andere mußten ihre Absicht, ihn fallen zu lassen, besser wissen als er. Erinnern wir uns, daß Römer die Sache schon am 5. in der National-Versammlung zur Sprache brachte, und Niemand wird behaupten wollen, daß er von Schmerling angestiftet sein dürfte. Es ist notorisch, daß sich die Parteien nach dem Bekanntwerden des Programms von Kremsier der Frage sogleich selbst bemächtigten, und daß die verschiedenen Klubs ziemlich gleichzeitig in Bewegung geriethen, auch solche Fraktionen, mit welchen Schmerling nicht in der entferntesten Berührung stand. Nach Biedermann's Darstellung (Erinnerungen aus der Paulskirche S. 54) hatte man im Augsburger Hofe schon vor der Konferenz bei Beckerath einen Antrag, wonach mit Oesterreich unterhandelt werden sollte, besprochen und beiläufig gebilligt. Biedermann verstellt und färbt hier Alles falsch. Er sucht das Drängen nach einer Anknüpfung von Unterhandlungen mit Oesterreich als eine Oesterreichische Machination erscheinen zu machen. Deshalb läßt er den betreffenden Vorschlag im Augsburger Hofe von Arneth, und gleichzeitig im Kasino von Würth und Somaruga einbringen. Allein in's Kasino brachte ihn ein mit Schmerling damals in noch gar keiner Verbindung stehender Rheinpreuße, Reichensperger, wodurch Arneth, einer der Oesterreicher, welchen am wenigsten Theilnahme an Oesterreichischen Intriguen Schuld gegeben wird, veranlaßt wurde, die Sache im Augsburger Hofe zur Sprache zu bringen, wie denn auch erst durch Reichensperger's Antrag die Neunerkommission und das Ministerium auf die Frage hingedrängt wurden.

Eben aus diesem Grunde hielt man die Entscheidung im Kasino mehrere Abende hin, bis man sich endlich des Landsbergs bediente, das Eis zu brechen. Biedermann mußte dies Sachverhältniß kennen, da er als Schriftführer der National-Versammlung den Antrag Reichensperger's in der reformirten Kirche aus dessen Händen empfangen und darauf vorgelesen hat, wie dies die stenographischen Berichte ausweisen (VI., 4224). Es ist richtig, deutet aber hin auf die Ungeduld der Klubs, auf das von ihnen ausgehende Drängen zu der Frage, wenn Haym (S. 117 ff.) sagt, jeden Abend erhielten wir (im Kasino) neue Versicherungen aus dem Ministerium, daß man sich mit der Frage beschäftigte — von Unterhandlungen mit Oesterreich sprachen Einzelne aus unserer Mitte, es konnten dahin zielende Anträge von anderen Seiten erwartet werden, das Ministerium bat, vor der Hand davon abzustehen, jede Dringlichkeit abzulehnen.

Es ist richtig, wenn Haym sagt, die Entwickelung wie die Entscheidung der ganzen Krisis könne nirgends besser als im Saal des Kasino beobachtet werden -- vorausgesetzt, daß man zu den Eingeweihten, zur Neunerkommission gehörte, denn sonst hatte die Entwickelung und Entscheidung im Kasino gerade sehr viel räthselhaftes. Die Neunerkommission nahm unmittelbar nach der Konferenz bei Beckerath die Sache in die Hand. Das Institut erleichterte die Verhandlungen der Centrenklubs mit einander, aber auch die Intrigue, das Ueberwiegen des Einflusses Einzelner. Jeder Ausschuß übt schon dadurch einen beträchtlichen Einfluß, daß er die Verhandlungen des Plenums vorbereitet. Der Einfluß der Mitglieder dieses Ausschusses mußte um so größer sein, wenn er verhandelte ohne Instruktionen erhalten zu haben. Ja selbst wenn er sie hatte, überwog seine Ansicht oder Tendenz leicht in ungebührlichem Maße. Stießen etwa die drei Mitglieder aus dem Kasino in ihrem Klub auf Widerspruch gegen ihre Willensmeinung, so konnten sie immer mit großem Gewicht einwenden: das mag Alles noch so begründet sein, die beiden andern Klubs sind indeß schon entschlossen, sie werden nicht mitwirken, Einhelligkeit mit ihnen ist für uns unumgängliches Bedürfniß — das Plenum muß also koncediren. Ich weiß nicht genau genug, was im Neunerausschuß vorgegangen. Haym und Biedermann sagen auch nichts davon. Wir müssen uns also an das halten, was sich ergab.

Haym stellt den Hergang folgendermaßen dar. Die Stim-

mung der Mehrheit des Kasino schwankte hin und her. So sehr waren die Meisten von uns durch die frühern Verdienste Schmerling's befangen gemacht, so verwirrend wirkte das Zaudern desselben (? er sollte ja die Frage mit Hast in die Fraktionen hineingeworfen haben), daß erst spät die Rollen sich umkehrten. Aus Versuchten wurden nun wir die Versucher. Von der linken Seite her drängte und schürte der alte Haß gegen Schmerling, wir entdeckten rechtzeitig seine Intrigue und zerstörten seine Pläne, indem wir ihn aus dem Mittelpunkt unsers Werkes hinausdrängten. Unser Leitpunkt war die Idee Deutscher Macht und Einheit; sie lehrte uns den Weg finden, der durch die Windungen politischer List gerade hindurchführt. Bei den links gelegenen Fraktionen schwand das Vorurtheil von Schmerling's Unentbehrlichkeit zuerst, bei ihnen tauchte das Mißtrauen in die Deutsche Gesinnung des Schülers Metternichscher Weisheit zuerst auf. Anfangs, je weniger die Sache noch durch die ministeriellen Versuchungen verwickelt war, gab es genug Solche, welche von Unterhandlungen nichts wissen wollten. Oesterreicher vornämlich und interessirte Freunde Oesterreichs vertheidigten die entgegengesetzte Ansicht, und ihnen zur Seite standen die Mitglieder des Ministeriums. Aber was sie auch sagen mochten, das Kremsierer Programm war in Verbindung mit unsern Verfassungsbeschlüssen ein Resultat. Will man das glücklich Gewonnene durch Unterhandlungen wieder verspielen? Will man vorwärts von dem Programm von Kremsier oder rückwärts, hat man das Interesse Deutschlands im Sinn oder Oesterreichs? —

Also man entdeckte rechtzeitig die Intrigue des Schülers Metternich'scher Weisheit. War Schmerling Mitglied des Oesterreichschen Ministeriums oder Diplomat unter Metternich oder irgendwie mit diesem liirt gewesen, hatte er ihm nahe gestanden? Freilich, nein; er hatte am 13. März Metternich und mit dessen Person dessen System gestürzt, hatte auch erst noch in dieser Zeit gar nicht in Metternich's Geist und eben so wenig nach Schwarzenberg's Sinne wie es schien in das Oesterreichische Kabinet geschrieben. Indeß — nur eine Phrase! Man genügt damit unter Umständen leicht sich selber und einem großen Publikum *). Und die Intrigue?

*) Auch Biedermann (S. 215 ff.) stimmt in jenes Urtheil Haym's ein. Als Beweis, daß Schmerling Metternich's Politik »in zeitgemäßer Umgestaltung oder Verkleidung« wieder aufgenommen und fortgesetzt, führt er

Worin bestand sie? Haym giebt keine Antwort. Was war ihr Zweck? Er läßt nur durchblicken, man sah Intrigue darin, daß Schmerling mit Oesterreich unterhandeln wollte, während man von Seiten der Kaiserpartei das Programm gleichsam als gute Beute, als ein Unterpfand für die Abtrennung Oesterreichs nahm. Die letztere lag nach der Ansicht der Partei im Interesse Deutschlands. Und sehr wohl, man mochte der Meinung sein, besten Glaubens. Aber konnten nicht Andre eben so guten Glaubens eine andre An-

an: »jenen Akt raffinirter Diplomatie (worüber die Linke so großes Geschrei erhob, und der von der Rechten und im Centrum gebilligt wurde) die feierliche Uebertragung der Gewalt des Bundes auf den von der National-Versammlung erwählten Reichsverweser, einen Akt, durch welchen die rechtliche Kontinuität des alten Bundestags und der neugeschaffenen Gewalt, somit auch der Antheil der Regierungen an der Vollmachtgebung für diese letzteren gewahrt werden sollte.« Da sehen wir, von Wannen dieser Tadel kommt und wie die Centrenmänner sich verführen ließen, in das Geschrei der Linken einzustimmen. Biedermann sagt an dieser Stelle weiter, Gagern sei es bei Beantwortung von Interpellationen immer um die Sache, Schmerling um den Schein zu thun gewesen, den die Sache auf ihn und sein Ministerium werfen möchte. Und gleich darauf: Schmerling sei überhaupt ein Mann von starkem Willen, außerordentlicher Spannkraft des Geistes und Charakters, vor nichts zurückscheuend, kühn u. s. w. Und einem solchen Manne soll es nur um den Schein zu thun gewesen sein? Wer hat je der Impopularität mehr Trotz geboten als Schmerling, sich weniger bemüht, Anschuldigungen und Vorwürfe zu widerlegen, den bösen Schein weniger zu meiden gesucht! Wie reimt sich doch das? — Mit Schwarzenberg stand Schmerling in ganz und gar keiner Verbindung und war nicht von fern der Vertraute des Schwarzenbergischen Gedankens. Er regierte als Reichsminister nur zu unbefangen auch in Oesterreich hinein, und gerade hierbei ergab sich ein Gegensatz zwischen seiner Ansicht und der des Oesterreichischen Kabinets, den er selbst noch nicht ahnte, wie dies namentlich aus jenem Schreiben vom 29. November erhellt. Wir sehen schon und werden noch weiter sehen, daß er mit dem Kremsierer Programm keineswegs einverstanden war. Der erste Kaiserliche, von welchem ich ein der Wahrheit jedenfalls viel näher kommendes Urtheil über Schmerling's politischen Charakter gelesen, ist Wurm, der in seiner Schrift »die Diplomatie, das Parlament und der Deutsche Bundesstaat« (S. 13) entgegen allen Urtheilen seiner Parteigenossen sagt: »Man irrt wenn man ihm (Schmerling) eine berechnende von fernher vorbereitende Oesterreichische Politik unterlegt.« In diesem Punkt ist Wurm's Charakteristik von Schmerling, so weit ich letzteren kenne und zu beurtheilen vermag, so vollkommen richtig als die Heerstraßen-Auffassung, die Einer dem Andern nachbetet, falsch ist.

sicht hegen? Nein, wenn nicht Oesterreicher, so waren sie »interessirte« Freunde Oesterreichs. Worauf wird die Anschuldigung gestützt, daß wir Andern »interessirt« waren für Oesterreich und deshalb so wie wir es thaten uns aussprachen? Auf gar nichts. Der Parteimann spricht und der Parteimann braucht nichts zu beweisen gleich dem Schaffrath'schen Volksmann. Er denkt nicht an die unangenehmen, nicht selten schweren Folgen die unausbleiblich, wenn im Meinungsstreit die Beschuldigungen unlautrer Absichten und Gesinnungen beginnen. Haym z. B. indem er den gehässigen Wink von interessirten Freunden Oesterreichs gleich ähnlichen hinwirft, legt sich die Frage nicht vor: wie aber wenn die Gegenpartei anfinge zu sprechen von Interessirten auf meiner Seite — interessirt beim Zustandekommen eines neuen Ministeriums, eines Preußischen Kaiserthums, des Bundesstaats nach dem Verfassungsprojekt, des Reichsgerichts u. s. f. Und wie ganz befangen und blind die Kaiserpartei in ihrer Hitze war! Zuerst witterte sie — gleich der hohen Polizei von ehemals — überall Umtriebe, auch wo keine waren, und sah nichts als Verschwörung und Bosheit, wo ihr ehrliche offne wohlbegründete Ueberzeugungen und Bestrebungen entgegenstanden. Sodann that sie was ihrem Interesse und eignen Willen direkt zuwider war, und sah nicht was vor Augen lag. Sie nahm an, das Oesterreichische Kabinet wolle die Sache nur hinziehen, um den rechten Zeitpunkt zur Restauration zu gewinnen. Dies war ihr die Oesterreichische Intrigue. Nun bestand das vom Oesterreichischen Kabinet gewählte Mittel zum Zweck in der Erklärung oder dem Vorschlage, daß man in Kremsier und Frankfurt abgesondert konstituiren möge. Indem nun die Kaiserpartei darauf einging und nicht unterhandeln wollte, indem Gagern dazu sich herbeiziehen ließ, thaten sie gerade was der Feind wollte und machten sich zu Werkzeugen der Oesterreichischen »Intrigue,« während Schmerling, weil er unterhandeln und die Sache aufs Reine zu bringen beabsichtigte, nicht bloß an der letztern nicht Theil nahm, sondern ihr entgegenwirkte. Indem er Gagern zum Verhandeln mit Oesterreich in das Ministerium hereinzog, brachte er ihn gerade gegen die Oesterreichischen Tendenzen des Temporisirens ins Spiel. Wer berieth Gagern am besten und meinte es am besten mit ihm? Die Kaiserpartei rechnete äußerst schlau: Oesterreich hat noch mit sich selbst zu thun, hat um seine Kräfte erst wieder zu sammeln erklärt — oder man kann es doch

so deuten — wir möchten hier nur nach unserm Belieben konstituiren; wir machen also geschwind unser Preußisches Kaiserthum fertig — denn wenn wir es nur beschlossen haben, so ist es fertig — und Oesterreich, das nicht auf seiner Hut war, sieht sich eines schönen Morgens die Thür vor der Nase zugeschlagen und muß natürlich davor stehen bleiben. Würde aber unterhandelt, so ginge der augenblickliche Vortheil, die schöne Gelegenheit, das »Resultat« verloren. Weiter galt ihr Errichtung eines Preußischen Kaiserthums gleich mit Gründung Deutscher Macht und Einheit, Unterhandeln mit Oesterreich war also in ihren Augen Feindschaft gegen die letztere. Gagern und die Mitglieder des Ministeriums wollten freilich auch unterhandeln, und waren (mit Ausnahme Schmerling's) Feinde Deutschlands nicht, sie mußten also Betrogene Schmerling's so wie dessen Vorschläge »Versuchungen« sein. Mit diesem Ideengange der Kaiserlichen trafen »Versuchungen« von der linken Seite her zusammen. Die Partei lieh das Ohr und verband sich — wenn auch nicht durch ein förmliches Paktum — mit derselben zum Hinausdrängen Schmerling's.

Haym fährt fort: will man das »Resultat« festhalten oder preisgeben, im Interesse Deutschlands oder Oesterreichs handeln? Beseler drang geradeswegs auf diesen Punkt, und der Ministerpräsident, um die desfallsigen Intentionen befragt, ließ sich folgendermaßen vernehmen: Als Vertreter Deutschlands, sagte er, müßten die Minister wünschen, daß die Idee des Deutschen Bundesstaates für alle Theile des gesammten Deutschlands durchgeführt werde. In dieser Richtung würden daher bei einer Unterhandlung mit Oesterreich die ersten Schritte zu thun sein. Man würde die Oesterreichische Regierung auffordern, anzugeben, welche Modifikationen sie anspreche, um dann im Uebrigen auf den Eintritt in den Deutschen Bundesstaat einzugehen. Wenn sie dann antworte, daß man überhaupt nicht in den Deutschen Bundesstaat eingehen wolle, so würde die Frage dahin erweitert werden müssen, welches völkerrechtliche Verhältniß Oesterreich zu Deutschland einnehmen könne und wolle. Aber es sei auch für diesen Fall keine Zeit zu verlieren, wenn nicht starre staatsrechtliche Formen dem günstigen Ausgange der Unterhandlungen hindernd entgegentreten sollten. Waitz nahm darauf Schmerling's Erklärung — nach seinen bekannten Ideen und seiner eben so bekannten Schroffheit — durch. Wie verdächtig, daß Schmerling darauf schwieg! Warum schwieg er? —

Da in solcher Weise gefragt wird, will ich die Anwort geben. Weil sich Waitz unter den Feindseligen am Feindseligsten benahm, weil er — stets äußerst hartnäckig — zu denen gehörte, welche zu dieser Zeit anfingen, bei jedem Widerspruch heftig und auffahrend, ausfallend und grob zu werden, so daß sich vernünftiger Weise gar nicht mehr mit ihnen reden ließ; weil im Voraus feststand, daß Waitz auch nicht um ein Haar von seiner Ansicht wich, und weil es ein für alle Mal beschlossen war, daß die Oesterreichischen Mitglieder das Ministerium verlassen müßten. Schmerling hätte blind sein müssen, wenn er die Zettelung nicht gesehen hätte. Es gehörte zu seinen Eigenheiten, daß er Angriffe gewisser Art mit einer souveränen Verachtung, bisweilen gegen alle Klugheit, behandelte.

Doch weiter. Es fand ein unlösbarer Widerspruch Statt zwischen Schmerling's Erklärung und dem was kurz vorher Bassermann und M. Gagern, Mitglieder des Ministeriums, geäußert: nämlich H. Gagern werde die Unterhandlungen in dem Sinne seines Antrags zu den §§. 2 und 3 leiten, und das war ganz etwas Anderes, ein »vollkommner« Widerspruch. — Worin lag er denn? Aber wenn auch ein Widerspruch vorhanden gewesen wäre — es war vor dem 13. December, man war im Ministerium allerdings noch nicht einig, Schmerling unterhandelte noch mit Gagern, sie kamen sich erst allmählig näher und auch wol nicht über alle Differenzen hinaus, der Antrag vom 13. war noch nicht vereinbart. Darin liegt sicher eine genügende Erklärung des »vollkommenen« Widerspruchs. Und was sagt Haym von dem Antrage vom 13. December? »Es war ein schlaues und künstliches Machwerk. Ohne eine Auslegung im Sinne Gagern's unmöglich zu machen, ließ es doch den Schmerling'schen Absichten völlige Freiheit«.

Was waren dies nun aber für Absichten? fragen wir auch hier. Haym anwortet: Allein der Faden der Intrigue drohte zu zerreißen, ehe er noch recht angesponnen war. Doch noch fing der Name Gagern's das Mißtrauen auf. Schon stand die Sache auf dem Punkte, daß zwei Fraktionen des Centrums sich dahin erklärten, das Ministerium sei zu den Unterhandlungen zu ermächtigen. Das Kasino war noch zu keinem rechten Entschluß gekommen. Die Angelegenheit kam zu neuer Besprechung in dem leitenden Komité unsrer drei Gesellschaften und immer vorsichtiger zog man dort die Grenzen unsers Mandats, kam endlich sehr bestimmt auf die Grundlagen der Gagern'schen Ansicht hin. —

Wie? Auf die Grundlagen jenes Gagern'schen Zusatzes, den man so entschieden verworfen hatte, und während man von Unterhandlungen mit Oesterreich gar nichts mehr wissen, das »Resultat« festhalten wollte? —

Zwischendurch mehrten sich die Spuren der Unzuverlässigkeit Schmerling's. —

Was waren das für Spuren? — Haym hat abermals keine, schlechterdings keine Antwort auf die Frage. Er fährt fort:

Vom Landsberg bis zu uns herüber gewann die Feindschaft gegen Schmerling von Tage zu Tage mehr Terrain. (S. 22. sagt er: »Der Landsberg, leicht zu haben für Alles was einen Beischmack von links hat.« Von der Linken her nahmen die Verdächtigungen Schmerling's ihren demnach sehr natürlichen Durchgang durch den Landsberg). Die sachliche Frage schlug mehr und mehr in eine Personenfrage um; zu spät brachte Beckerath am 13. den mit Gagern vereinbarten Antrag, der etwas früher unsre Billigung gefunden und Schmerling's Machinationen freies Feld geschafft haben würde. Jetzt wurde es durchschaut, (endlich scheinen wir Licht erhalten zu sollen), wie Schmerling in jenem Antrage gefunden wonach er so lange gesucht, die Verhüllung der Differenz zwischen seinen und Gagern's Intentionen, wie er den Faden der verderblichsten Intrigue glücklich angesponnen, den Ausgangspunkt für das fortan leicht fortzusetzende Spiel gefunden hatte *). Wir sahen hinter dem Programm den Konflikt der Personen, der Wunsch Schmerling's sich zu entledigen hatte rasch um sich gegriffen, schon mußte man sagen: Schmerling habe keine Majorität mehr in der Versammlung. Dieser Umstand wiederum steigerte den Verdacht gegen ihn. (!!) Denn warum zeigte er sich so beflissen im Ministerium zu verbleiben, nachdem doch bereits der Landsberg ihn notorisch fallen gelassen hatte? Es mußte der Einfluß auf die Oesterreichische Frage sein. Von ihm Gagern völlig zu befreien, dahin drängte immer entschiedener die Meinung auch in unsrer Fraktion. —

Im Folgenden wird dann berichtet wie unsre Fraktion den ver-

*) Die Deutsche Zeitung fand in dem Antrage (Nr. 330) gleichfalls verfängliche Phrasen und Schmerling'sche Perfidie, und stellte sich an, als ob sie an Gagern's Eintritt in ein Ministerium, in welchem Schmerling ein Portefeuille behalte, noch immer nicht glaube.

rätherischen Oesterreicher zu Falle brachte. Wir kommen noch mit ein paar Worten darauf zurück. Ich will jetzt erzählen nach meinem Wissen von diesen Dingen.

Sehr früh schon wurden die sachliche und die Personenfrage im Kasino vermischt. In den letzten paar Tagen und ziemlich abrupt stand diese auf einmal im Vordergrunde; bis dahin war sie in den eigentlichen Klubdebatten über die Oesterreichische Frage nicht zum Vorschein gekommen. Bevor aber dieses geschah, begann sichtlich ein Bearbeiten der Einzelnen. Man sprach ihnen von Schmerling's Unpopularität, die sich dem ganzen Ministerium mittheile; es wurde darauf hingewiesen, welch' ein Hinderniß für alles Fortkommen darin liege. Zugleich waren Verschiedene beflissen, Verdacht gegen ihn zu erregen, wegen der Oesterreichischen Unterhandlungen. Er sei nicht mehr zu halten, hieß es ferner, und das war richtig, wenn das Kasino von ihm abfiel. Aber man hatte ihn bisher gegen die Opposition unterstützt, ihn und das ganze Ministerium, das gleich ihm bei der Linken allezeit unpopulär gewesen war. Dies konnte der wahre Grund nicht sein. Warum der Linken einen Triumph gönnen, warum eben jetzt ihrer Forderung, daß Schmerling entfernt werde nachgeben, warum dem Feinde den Willen thun, warum Schwäche zeigen und mittelbar dem ganzen Ministerium eine Niederlage bereiten? Wie konnte Schmerling die Unterhandlungen mit Oesterreich gefährden, wenn sie von Gagern geführt wurden, mit dem er sich ohnehin über die Grundlagen geeinigt? Mußten sie nicht weit eher gefährdet werden und der Friede und Bestand im Centrum, dem so viele Oesterreicher angehörten, dazu, wenn man auf solche Weise verletzte? Es wurde hingedeutet auf Intriguen, welche Schmerling anzettele, und wenn man nachfragte, worin sie oder worin die Thatsachen, aus welchen darauf geschlossen werden könne, beständen, so erhielt man nur Antworten, wie — Haym sie giebt *). Wenn er eine Oesterreichische

*) Anderweit wurde oder wird noch gesagt (z. B. von Schüking, Heinrich v. Gagern S. 95) Schmerling spann Intriguen, um die Preußische Regierung zu einer abstoßenden Haltung gegen Frankfurt zu verführen, er suchte den Preußischen Bevollmächtigten gegen die Centralgewalt feindlich zu stimmen und gegen die »Deutsche« Bewegung. Dann hieß es wieder: er suche durch Gebrauch der Centralgewalt, durch Hineinregieren in Preußen dieses zu Grunde zu richten, das habe Camphausen geäußert u. s. f. Diese Beschuldigungen hoben sich gegenseitig auf. Die

Suprematie begründen und Preußen hätte zu Grunde richten wollen, so wäre die Gelegenheit beim Dänischen Waffenstillstande gewesen, da konnte er es unter dem besten Anscheine, und populär werden dazu; und gerade er verhütete an erster Stelle den Bruch mit Preußen *). Dies und Aehnliches lag uns bei all jenen Verdächtigungen im Sinn. Wollte keine von ihnen Eindruck machen, dann kam jener Treffer zum Vorschein: Schmerling sei nicht mehr zu halten, weil die anderen Centrenklubs beschlossen hätten ihn fallen zu lassen. Noch am 13. December erhielten jedoch diejenigen, welche so operirten ein nicht angenehmes Dementi durch eine Sendung aus dem Augsburger Hofe. Es erschien eine Deputation desselben im Kasino, und ihr Sprecher v. Breuning äußerte: man sei in seinem Klub entschlossen, Schmerling neben Gagern zu halten — man habe die Ueberzeugung gewonnen, daß seine Unpopu-

---

Behauptungen standen und stehen nackt da. Wenn doch Jemand einmal eine Begründung versuchte! Wahrhaftig man ist und will auf unsrer Seite nicht blind sein, hat Respekt vor Gründen und nur keinen vor bloßen Behauptungen. Aber Gründe sind freilich nicht so häufig wie Brombeeren und Anschuldigungen ohne Grund kann Jeder aussprechen, wenn er nur klatschhaft oder gewissenlos genug ist.

*) Ich will hier nochmal Laube, den Mann der Reichspartei sprechen lassen. Bei seiner Darstellung der Verhandlungen über den Dänischen Waffenstillstand kommt er auf das wichtige, wenn nicht entscheidende Moment, daß sich das Reichsministerium gegen die Beanstandung erklärte, und hier (II. 209) sagt er: »Am Eifrigsten zu solcher Entscheidung war Schmerling gewesen im Ministerrathe, und das ist merkwürdig für die Charakteristik dieses Mannes. Er war damals ein unbefangener Deutscher Reichsminister. Als particularistisch gesinnter Oesterreicher hätte es ihm nahe gelegen, den Bruch mit Preußen eintreten zu lassen. So faßte er es nicht auf, sondern als praktischer Minister des Innern kam er am 4. September im Ministerrathe Vormittags und Nachmittags darauf zurück, daß Alles gefährdet sei, wenn man den Waffenstillstand verwerfe. Ein merkwürdiger Brief eines Oesterreichers noch aus der Sommerzeit 48, von welchem später die Rede sein wird, nannte ihn, den Schmerling! einen Dupe Preußens. Immer wieder fragte er damals im Ministerrathe, womit man denn den Krieg weiter führen wolle, wenn sich Preußen, wie unzweifelhaft geschehen würde, zurückzöge? Womit man denn die lauernde Revolution, welche jeden Tag im Innern Deutschlands ausbrechen könne, bekämpfen wolle, wenn nicht nur die Preußischen Truppen abgingen, sondern wenn man auch noch mühsam aus den kleineren Staaten Truppen für Schleswig-Holstein zusammengerafft und fortgeschickt hätte?« u. s. f.

larität nicht weiter reiche als die der Centren selbst. Es war vollkommen wahr. Indeß ruhete die im Kasino gegen Schmerling erregte Feindschaft nicht. Sie verfolgte ihr Ziel unausgesetzt.

Zu den Eiferern gehörte u. a. der redliche Saucken. Er dachte nicht daran, daß man so geduldig mit Preußen unterhandelte, trotzdem daß das Schutz- und Trutzbündniß so beharrlich wie schnöde abgewiesen war und wurde. Er sprach sich mit Heftigkeit gegen alles fernere Unterhandeln mit Oesterreich aus, und sprach dabei von unverdienter Langmuth, die man Oesterreich bewiesen u. dgl. Dies und alles Aehnliche lief darauf hinaus: wir haben die §§. 2 und 3, d. h. den Ausschluß Oesterreichs und wenn er feststeht, so haben wir auch das Preußische Kaiserthum, womit die Subkommission des Verfassungsausschusses schon fertig ist, — halten wir fest was wir haben — die Gelegenheit welche das Programm von Kremsier als den Eintritt ablehnende Antwort bietet, kehrt wol nie wieder, — — unterhandeln wir, so besteht das Ergebniß darin, daß wir von unserm Verfassungsprojekt zurückkommen müssen — unterhandeln wir mit Oesterreich, so werden die andern Regierungen die gleiche Rücksicht fordern und wir können die Verfassung nicht souverän feststellen. Was Bassermann als Wortführer des Ministeriums äußerte findet sich richtig bei Haym *), der jedoch

*) »Man beruft sich, um jede Verhandlung mit Oesterreich abzulehnen, darauf, daß der Wille der Oesterreichischen Regierung in dem neuen Programm derselben bereits vorliege. Aber darf dieses Programm als eine definitive Antwort gelten, da doch unsere Paragraphen nicht die Bedeutung einer definitiven Entscheidung hatten? und reicht es hin, dies Programm mit seinen allgemein gehaltenen Sätzen, um darauf hin eine Scheidung zwischen Oesterreich und Deutschland vorzunehmen? Ein so ungeheures Ereigniß bedarf offenbar einer förmlichen Auseinandersetzung, einer Auseinandersetzung, die der Natur der Sache nach auf keinem anderen Wege als auf dem der Unterhandlung vor sich gehen kann. Man scheut nun zwar diesen Weg des Paktirens, da die Verfassung Deutschlands von der National-Versammlung allein zu Stande gebracht werden müsse und weil man fürchtet, daß, wenn man einmal mit Oesterreich zu unterhandeln beginne, sofort auch Preußen, Bayern, Hannover fordern würden, daß man auch mit ihnen die Deutsche Verfassung vereinbaren solle. Ich frage aber: wenn Preußen öffentlich erklärte, daß es für sich seine Verfassung fertig machen wolle, daß es ein Gleiches der Frankfurter Versammlung für das gesammte Deutschland überlasse und daß es erst hintennach die gegenseitigen Beziehungen zwischen Preußen und Deutschland feststellen wolle: — würden wir da auch nur einen Augenblick zögern, mit Preußen zu verhandeln? Warum denn also mit Oesterreich nicht? mit Oesterreich,

im Uebrigen manches übergeht, das erheblich genug sein dürfte, um mit ein paar Worten darauf zu kommen.

Unter denen, welche sich für Unterhandlungen mit Oesterreich verwendeten, war Reichensperger sehr thätig. Er stand indeß wie schon gesagt, mit Schmerling in keinerlei näherer Verbindung und ich glaube versichern zu können, daß er eben so wenig wie ich damals oder später zu Haym's »interessirten« Freunden Oesterreichs gehörte. Er wußte nicht von den Fehlschlagungen Gagern's in Berlin, vermuthete aber um so mehr, daß dort eine Abrede wegen eines Preußischen Kaiserthums mit Oesterreichs Ausschluß zu Stande gekommen sei, da ihm die ganze Verfassung in nicht völlig aufrich-

---

welches doch seiner eigenthümlichen Zusammensetzung nach in einer viel schwierigern Lage ist? Man macht jedoch noch andere Einwände. Die Unterhandlung, sagt man, wird unser Verfassungswerk verzögern. Ein schwer wiegender Einwand, wenn er gegründet wäre! Allein das Gegentheil, dünkt mich, ist viel gewisser. Ich kenne das Geheimniß des Verfassungsausschusses über die Oberhauptsfrage nicht; aber so viel glaube ich annehmen zu können, daß die Bestimmung darüber abhängig sein wird von dem Umstande, ob Oesterreich mit bei Deutschland ist oder nicht. So wie die Sachen jetzt liegen, ohne daß wir noch durch eine Unterhandlung mit Oesterreich vollkommen über dessen Stellung aufgeklärt sind, werden wir umhin können, auch für die Oberhauptsfrage anzunehmen, daß Oesterreich mit uns sei? — und doch höchst wahrscheinlich ist diese Voraussetzung eine falsche! Wir werden daher, wenn nicht sogleich, so jedenfalls vor der zweiten Lesung dennoch mit Oesterreich verhandeln müssen; inzwischen ist viel Zeit unbenutzt verstrichen und wir werden dann erst recht in der Nothwendigkeit einer Verzögerung sein. Warum also nicht lieber jetzt als später verhandeln, warum nicht jetzt eine Zeit benutzen, die wir später verlieren? Denn was man endlich noch einwirft, daß es unser nicht würdig sei, nach Kremsier zu schicken, so gebe ich wenig darauf; es ist eine Form, die bei der unermeßlichen Wichtigkeit der Sache nicht in Betracht kommen kann. Was vergeben wir uns denn? Haben wir nicht auch nach Berlin Commissarien geschickt? Lassen Sie uns die Sache im Auge behalten und thun, was für diese das Ersprießlichste ist, lassen Sie uns Sorge tragen, daß nicht am Ende andere Mächte als die National-Versammlung die Verfassungssache in die Hand nehmen und unter der Beistimmung des Volkes das Werk vollenden, welches wir auf dem starren Wege, welchem man hier den Vorzug zu geben scheint, niemals vermögen werden zu Ende zu führen!« — Haym findet in Bassermann's Aeußerungen manches »Windige.« Seine Partei schlug sie allerdings »in den Wind« und Bassermann selbst vergaß was er jetzt Anderen warnend zurief. Aber der Bassermann von damals hat Recht behalten.

tiger Weise darauf angelegt zu sein schien, und da ihm als Mitglied der Kasinokommission für die Oberhauptsfrage (wir werden darauf kommen) bekannt war, wie sehr dahin getrieben wurde. Er wußte, im Landsberg, der vorgeschoben zu sein schien, wurde betrieben, daß gar nicht unterhandelt werden, vielmehr die National-Versammlung sofort die §§. 2 und 3 in zweiter Berathung annehmen und »das Princip feststellen« solle. In allen Vorgängen schien sich ihm eine auf eine geheime Abrede hinweisende Hast zu zeigen. Er fand sich durch das Alles bewogen, am 12. einen Antrag in das Kasino zu bringen, durch welchen beabsichtigt wurde, zu sofortiger Einleitung von Unterhandlungen mit Oesterreich zu veranlassen und die Oesterreichische Regierung zum Eingehen darauf und zu einer günstigern Erklärung hinzudrängen. Er führte bei der Begründung namentlich aus, Oesterreich kenne die Ansicht der National-Versammlung bis jetzt nur aus den stenographischen und Zeitungsberichten, was der Lage der Dinge nicht angemessen und wenig würdig sei. Der Antrag lautete: »Die Nationalversammlung wolle in Berücksichtigung der eigenthümlichen Verhältnisse Oesterreich's, insbesondere der bestehenden Verbindung seiner Deutschen Landestheile mit einer überwiegenden Masse von nicht-deutschen, die Centralgewalt beauftragen, mit der Oesterreichischen Regierung über das Verhältniß Oesterreich's zu dem zu bildenden Deutschen Bundesstaate in Verhandlung zu treten.« Der Antrag hatte 56 Unterschriften, darunter 40 von Kasinomitgliedern erhalten. Als Beckerath am 13. den im Reichsministerium beschlossenen und mit Gagern vereinbarten Antrag in das Kasino gebracht, erklärte Reichensperger, daß er für seine Person geneigt sei, den von ihm eingebrachten zurückzuziehen, da der ministerielle im Wesentlichen mit demselben übereinstimme; er finde nur noch einigen Anstoß im ersten Erwägungsgrunde des ministeriellen Antrags, der leicht einer Mißdeutung unterliegen könnte. Es wurde beschlossen, den ministeriellen Antrag sofort der Fraktion im Landsberge mitzutheilen. Beckerath und wenn ich nicht irre Saucken übernahmen die Mission. Am 15. wurde im Kasino die Erklärung jener Fraktion vorgelegt. Sie ging dahin, daß keine Unterhandlung eingeleitet werden möge, da die Oesterreichische Regierung nur auf ein Hinhalten ausgehe und daß man die Sache rasch abthun und deshalb unverweilt zur zweiten Berathung der §§. 2 und 3 schreiten solle. Während man über die Frage was

nunmehr zu thun sei debattirte, trat Beseler (aus Greifswalde) ein, ging in einer Ansprache davon aus, daß das Verfassungsprojekt mit den §§. 2 und 3 als bereits festgestellt angesehen werde, belobte Schmerling und schloß damit, daß derselbe nicht Minister bleiben dürfe, da die Verhältnisse es nicht mehr litten; die Linke wolle nichts mehr von ihm wissen und auch die Fraktion im Augsburger Hofe habe ihn ganz entschieden aufgegeben; sie sehe jetzt ein, daß er unhaltbar geworden und beabsichtige, ihn durch eine Deputation zum Rücktritt auffordern zu lassen: man sei überzeugt, daß er auch dieses patriotische Opfer bringen werde u. s. f.

Man war allerdings im Augsburger Hofe andrer Meinung geworden, und zwar — weil man auch dort Schmerling's Intrigue entdeckt hatte; oder aber man bedurfte einer Verschuldung Schmerling's, um das eigne inkonsequente Verfahren, das eigne Sichhingeben an eine Kabale zu beschönigen. Biedermann, der sich vortrefflich auf das Geschichtfärben, auf die Kunst versteht, alle Dinge in ein für seine Tendenzen bequemes Licht zu rücken und über Anstöße, welche aus der Wahrheit sich ergeben, glatt hinwegzukommen — Biedermann läßt doch unwillkürlich, in ähnlicher Weise wie Haym, ein genügendes Licht darüber durchblicken, was man Schmerling eigentlich Schuld gab und Intrigue bei ihm nannte. Er sagt S. 57.: »Wir luden das Ministerium ein, uns seine Intentionen in Begriff der einzuleitenden Unterhandlungen mit Oesterreich bestimmt und klar mitzutheilen. Herr v. Würth, Schmerlings Unterstaatssekretair und Vertrauter, erschien in unsrer Mitte und machte Eröffnungen, die uns erkennen ließen, daß wenigstens auf Seiten der beiden Oesterreichischen Mitglieder noch etwas Anderes beabsichtigt werde, als blos über das Verhältniß Oesterreichs zu dem in sich bundesstaatlich geeinten Deutschland zu verhandeln, daß man an Unterhandlungen über Abänderungen wesentlicher Verfassungsgrundlagen zu Gunsten Oesterreichs denke. Diese Absicht muß aber wohl im Ministerrathe sehr schlau verhüllt worden sein, denn andere Mitglieder des Ministeriums *) äußerten sich im Klub über die Pläne des Ministeriums in einem Sinne, der an solche Hinterhaltgedanken nicht glauben ließ. Offenbar waren sie durch die diplomatische Feinheit des Herrn von Schmerling getäuscht, und nur der geringeren Schlauheit des Herrn von Würth hatten wir

*) Widenmann und Fallati.

es zu danken, daß uns dasselbige nicht geschah.« Also das Ministerium und insbesondre Schmerling ging auf das Ansuchen des Augsburger Hofes ohne Umstände ein und Schmerling schickte seinen Unterstaatssekretär und Vertrauten, der schlaue Meister einen Dummkopf, der sich indeß natürlich auch gegen die Mitglieder des Reichsministeriums, der sich, wie Biedermann erwähnt, auch im Kasino ausgesprochen hatte. Allein die Beckerath, Mathy u. s. w. und das Kasino hatten nichts gemerkt, der Augsburger Hof aber durchschaute sogleich Alles. Und was entdeckte er? Daß Schmerling bei den Unterhandlungen mit Oesterreich an Abänderungen der Verfassungsgrundlagen zu Gunsten Oesterreichs denke, während andre Mitglieder des Ministeriums und ein großer Theil der Mitglieder der Centrenklubs davon ausgingen, daß man den von Oesterreich getrennten Deutschen Bundesstaat abzuschließen oder als schon beschlossen anzusehen und mit Oesterreich bloß über völkerrechtliche Beziehungen zu unterhandeln habe. Eine wahrhaft erstaunliche Entdeckung! denn — Würth und Schmerling hatten nie und nirgend ein Geheimniß daraus gemacht, vielmehr offen und überall erklärt, daß ihnen die Verfassung wie sie in erster Lesung bis jetzt beschlossen worden überhaupt unpraktisch und insbesondere für Oesterreich nicht passend erscheine; nie und nirgend waren sie darauf eingegangen, daß die Beschlüsse der ersten Lesung als für immer feststehende anzusehen seien, offen und überall hatten sie Aenderungen derselben, namentlich auch wegen des Verhältnisses zu Oesterreich gefordert. Und wie hätten sie anders können? Wie war es möglich von Schmerling zu erwarten, er werde sich mit Gagern über die Grundlagen einer Unterhandlung einigen, des Sinnes, daß Oesterreich als bereits abgetrennt betrachtet und behandelt werden solle? Biedermann, indem er den viel verdächtigten s. g. Schmerling'schen, von Beckerath in das Kasino gebrachten Antrag wörtlich seinen Lesern vorzulegen sich versagt, spricht (S. 70) davon, wie Schmerling's Antrag angeblich (?) dem Gagern'schen ganz gleichgelautet habe. Wie ganz verkehrt ist das aber. Wollte denn Schmerling jemals Oesterreich als Ausland behandelt wissen? Im Uebrigen standen Würth und Schmerling mit ihrer Ansicht auch keineswegs allein. Sie war — nach seinem Artikel in der D.-P.-A.-Zeitung — namentlich die Ansicht Mathy's und — nach seinen Aeußerungen im Kasino — Bassermann's; sie war unser Aller stets offen erklärte Ansicht, die wir von der Errichtung

eines Bundesstaats ohne Oesterreich nicht hören wollten. Schmerling hatte im Namen des Ministeriums das oben angeführte Schreiben an das Oesterreichische Kabinet vom 29. November erlassen, er hatte im Ministerium jenen gleichfalls mitgetheilten Entwurf einer an dasselbe zu richtenden Denkschrift vorgelegt. Beide Aktenstücke eben so wie der mit Gagern vereinbarte Antrag vom 13. December ruhen auf der Voraussetzung, daß die Frankfurter Verfassung keineswegs etwas schon Festgestelltes sei, und daß man in Frankfurt und Kremsier nicht gesondert konstituiren, sondern hier auf Deutschland, dort auf Oesterreich Rücksicht nehmen, also Abänderungen eintreten lassen solle — und doch soll Schmerling darüber das Ministerium und alle Welt getäuscht haben, bis man seine Intrigue entdeckte! Er beabsichtigte Aenderungen der Verfassung! Auch Kamphausen ließ merken, daß Preußen die letztere nicht ohne Aenderungen annehmen könne, und wie konnte man etwas Anderes erwarten, als daß es Aenderungen fordern werde, was es auch nach einigen Wochen that. Darin aber fand die Partei kein Verbrechen, keine Intrigue. Die Erklärung des ganzen abgeschmackten Geklätsches und Gewäsches — denn es war weiter nichts — das zu jener Zeit seinen Dienst leistete, jetzt aber doch nicht noch immerfort wiederholt werden sollte — die Erklärung liegt nach Allem und Allem einfach darin: bei Vielen setzte sich der Gedanke fest, daß der Bundesstaat ohne Oesterreich schon so gut wie fertig sei und daß man mit Oesterreich nur über völkerrechtliche Beziehungen oder gar nicht unterhandeln dürfe, um den Bau nicht doch wieder zu stören; sodann wurde ihnen klar, was vor Augen lag, daß dies Schmerling's Meinung nicht sein könne und nun erblickten sie in seinen ganz offen vorliegenden Ansichten und Absichten, List, Täuschung, Intrigue. Es war damals sehr schwer oder unmöglich, dahinter zu kommen, was die Leute damit sagen wollten. Sie waren exaltirt und enragirt und der Eine redete noch mehr Unsinn wie der Andre. Das Lächerlichste dabei war, daß Gagern, den sie mit aller Macht voranschoben, nicht etwa neuerdings durch Schmerling'sche List dahin gebracht war, bei den zu eröffnenden Unterhandlungen an innige staatliche Beziehungen zu Oesterreich zu denken, sondern gemäß seinen vom Oktober her bekannten und eifrig verfochtenen Ansichten darauf dachte und daß sie hierin dennoch nichts als Schmerling'sche List sahen. Man mußte ihn vor dieser schützen, ihn dem Gewebe derselben entziehen — das hieß nicht

mehr und nicht weniger, als ihn von seinen, Oesterreich doch immer noch freundlichen Ansichten zu den gestrengen der Bundesstaatsmänner hinüberziehen, die um jeden Preis Trennung von Oesterreich begehrten. Schmerling mußte von ihm entfernt werden, damit man ihn sichre vor der nahen Berührung mit einer praktischen, die Schwierigkeiten der Ausführung berücksichtigenden Anschauung der Verhältnisse. Blieb Schmerling neben Gagern und dieser bei der Ansicht stehen die er jetzt noch hegte, dann unterhandelte er so, daß eine Verbindung mit Oesterreich möglich war; wurde er von Schmerling und seiner Ansicht abgezogen, so unterhandelte er auf eine Weise, daß nichts daraus werden konnte. Die Rechnung mochte recht gut sein, aber — nicht Schmerling übte List, Täuschung, Intrigue. Möglich daß man Recht darin hatte, daß man sich von Oesterreich trennen, daß Schmerling beseitigt werden müsse; aber daß man zur Erreichung des Zweckes das Mittel anwendete, ihn anzuschwärzen, ihm Haß zu erregen, war nicht löblich, und täuschte und belog man sich nur in der Hitze selbst, so gereicht das zu einiger, doch nur zu einer traurigen Entschuldigung.

Erwähnen muß ich hier noch einiger edlen, ob auch unabsichtlichen Bekenntnisse, die wir Biedermann verdanken. Das eine finden wir S. 71, wo er von dem »weitschauenden, sichern, staatsmännischen« Blicke derjenigen spricht, die von langer Hand her das Preußische Kaiserthum vorbereitet. Selbstverständlich ist das so viel wie: die Oesterreicher mußten aus dem Ministerium vertrieben werden, als und weil die Zeit desselben den Weitschauenden gekommen zu sein schien. Beiläufig gesagt geschieht es aber hier (S. 78) auch, daß er dem staatsmännisch, sicher und weitblickenden Gagern den Text darüber liest, daß er so wenig »voraussichtig« gewesen, den Oesterreichischen Erzherzog zum Reichsverweser vorzuschlagen. Doch es schadet nicht, wenn er einen und den andern seiner weitschauenden Staatsmänner selbst beschädigt, denn der Vorrath kann ihm nicht wol ausgehen, da er ganze Schubs von kleinsten Lichtern dazu erhebt, Kraft ihres Verdienstes Mitglieder des Augsburger Hofes gewesen zu sein. Ein zweites Bekenntniß jener Art legt er S. 79 zur Einleitung seiner Darstellung ab, wie Schmerling Teufelskünste getrieben, wie man dieselben entdeckt u. s. w. »Als wir je mehr und mehr einsahen, daß dies nicht der Fall sei (nämlich, daß die Betheiligung der Oesterreicher an unserer staatlichen Neugestaltung ihnen und uns nicht fromme)

da mochte freilich die Hast, mit der wir, nachdem einmal das Scheidewort gesprochen war, (d. h. nachdem wir die Scheidung bei uns beschlossen hatten) uns nun ohne sie einzurichten eilten, die Oesterreicher, die noch unter uns saßen, verletzen.« Auch Nachstehendes gehört noch hierher. Raumer sah diese Dinge aus der Ferne so an, daß man endlich in die Sache (das Verhältniß zu Oesterreich) habe eingehen müssen, und da — »richtete die üble Laune sich zuerst gegen Schmerling, der als Oesterreicher von allen Seiten mit Vorwürfen überhäuft wurde,« u. s. f. Laube (III. 181. ff.) stellt den Hergang folgendermaßen dar: die Bundesstaatsmänner drangen darauf, jetzt nach dem Kremsierer Programme, beim Eintritt der Oberhauptsfrage, beim Abschluß der Verfassung müsse entscheidend gehandelt werden. Gagern stellte sich und seine Kraft zur Verfügung. Man war außer Zweifel, daß er vorantreten müsse. Zu dem Ende mußte Raum gemacht werden im Ministerium. Natürlich fiel der Blick auf Schmerling, den Oesterreicher. Wenn Oesterreich nicht in den Bundesstaat eintreten kann, sagte man, so ist es ja doch verkehrt, Oesterreichische Staatsmänner in einem Ministerium zu behalten, welches diese Auseinandersetzung zuwege bringen soll. Den Angriff gegen Schmerling führten namentlich die beiden Beseler. Anfangs erklärten sich die Konservativen im Centrum für Schmerling. Es mischten sich Freiheitsmotive in den Angriff und man sprach von der Unpopularität Schmerling's. Aber auf diesem Boden konnte er vom Kasino und Augsburger Hofe nicht verurtheilt werden. Der Angriff führte also zu keinem Resultat. Man ließ ihn fallen, um ihn eine Woche später wieder aufzunehmen. Das Bedürfniß nach energischem Verfahren wuchs von Tage zu Tage, und an Anzeichen fehlte es allerdings nicht, (Laube sagt indeß nicht worin sie bestanden) daß Schmerling jenes Oesterreichische System in der Deutschen Verfassungsfrage, das System des Hinhaltens unterstütze. Selbst Mitglieder des Ministeriums stellten dies in Abrede. Aber man wollte energische Schritte, der Angriff wurde von den beiden Beseler wiederholt und gelang zuletzt. Im Uebrigen urtheilt Laube ungefähr wie Mathy. Das Hinausdrängen Schmerling's sei ein Fehler, die Gefahr seines Verbleibens im Ministerium eine eingebildete gewesen. Auch das gesteht er hier gelegentlich, ob auch nur mittelbar, daß das Eintreten Gagern's und dessen Programm ein Fehler gewesen. Er sagt, es habe sich als Täuschung erwiesen, daß man

durch Führung von Unterhandlungen mit Oesterreich etwas erreichen könne. Man konnte nämlich von Oesterreich nichts durch Gagern und nichts durch Unterhandlungen auf einer Basis, wie dessen Programm sie legen wollte, erreichen. Auch das räumt Laube hier ein, daß es mit den Parteiungen nie so bös geworden sein würde, hätte man nicht die Oesterreicher aus dem Ministerium gedrängt, was auch nicht einmal einen politischen Sinn gehabt, wenn man nicht gleichzeitig die Oesterreicher aus der Paulskirche weisen können. Mit Einem Worte, man handelte in Leidenschaft und diese machte blind gegen die gewöhnlichste Klugheit. Duncker (S. 71 ff.) erblickt noch jetzt ganz treuherzig im Kremsierer Programme eine »offene, loyale, ehrliche Sprache« und zwar in dem Sinne, daß Oesterreich darin erklärt habe, es könne in den Bundesstaat nicht eintreten und ziehe sich also mit verbindlichem Hutabnehmen zurück. Nun standen die Resultate fest und klar, sagt er. Oesterreich war durch die Revolution erschüttert gewesen, stand aber wieder auf festen Füßen. Man sollte nun denken, daß er folgern würde, man habe also die Oesterreichische Macht zu respektiren gehabt und nicht länger daran denken dürfen, sie aus Deutschland hinauszudrängen und Preußen allein die Hegemonie zu übertragen. Allein er sagt: »Oesterreich stand wieder wie vormals und Preußens Beruf trat in seine vollen Rechte!« Das heißt denn doch frei sein von der leisesten Ahnung der Bedeutung der Thatsache, daß Oesterreich wieder stand, frei und ungenirt sein von allem und jedem Verständniß der geschichtlichen Weltmacht Oesterreichs wie des Verhältnisses desselben zu Preußen in Deutschland! Duncker wird mit den übrigen Schwierigkeiten eben so leicht fertig. Auf den Haß der Demokratie gegen Preußen sagt er, auf die Antipathien Süddeutschlands, den Neid der Königreiche konnte kein entscheidendes Gewicht mehr gelegt werden, da man über Oesterreich hinaus war. Auch Preußen hatte sich wieder ermannt, fährt er fort, und die Demokraten erkannten, daß es ein Irrthum gewesen, wenn sie geglaubt, man brauche auf dasselbe keine Rücksicht zu nehmen. Aber hätte nun nicht auch die Kaiserpartei erkennen sollen, daß man Rücksicht wenigstens auf Preußen nehmen müsse, wenn man glaubte Oesterreich außer Rücksicht lassen zu dürfen? Freilich, allein das Verständniß von Preußen ging ihr nicht minder ab wie das von Oesterreich. Sie meinte die hergestellte Kraft Preußens für ihr Projekt benutzen zu können, ohne

nöthig zu haben, das letztere wenigstens nach dem Sinne Preußens einzurichten. »Sobald wir Kunde erhalten, daß die Regierung die Zügel wieder in der Hand habe, säumten wir nicht den entscheidenden Kampf in der Versammlung zu beginnen,« was denn dermaßen nach dem Sinn und Eigensinn der Partei geschah, daß die volle Unterstützung Preußens ausblieb und daß in der Versammlung Viele entgegentraten, die zu gewinnen gewesen wären, hätten die Kaiserlichen sich nur an die Ansicht Preußens angeschlossen, wie sie vom Könige gegen Gagern, von den Ministern gegen die Reichskommissäre ausgesprochen war, in der Note vom 23. Januar ausgesprochen wurde und schon jetzt sehr wohl errathen werden mochte. Allein auch die Schwierigkeiten von dieser Seite kümmerten sie nicht. »Wir wußten wohl, daß wir die bis dahin fest und sicher bewahrte Haltung der Versammlung auf das Spiel setzen mußten, daß wir die Majorität spalten, daß wir für die wichtigsten Fragen den Republikanern in der Versammlung zahlreiche und unverächtliche Bundesgenossen zuführen würden. Aber es mußte gewagt werden. Die Würfel mußten fallen. Die Revolution hatten wir in fester Verbindung mit den Abgeordneten Oesterreichs aufgehalten und überwunden, es galt jetzt die Lösung der Oberhauptsfrage gegen die Verbindung der Oesterreicher und der Linken durchzusetzen.« Die Sache verhielt sich indeß nicht ganz genau so. Nämlich nachdem man die Revolution mit Hülfe der Oesterreicher besiegt hatte, wollte man die Oberhauptsfrage so entscheiden, daß Oesterreich aus Deutschland hinaus mußte. Um diesen Zweck zu erreichen warf man zum Danke die Oesterreicher zuerst aus dem Ministerium, machte auch Miene und gab sich alle ersinnliche Mühe sie auch aus der Versammlung zu weisen und schuf so erst recht eigentlich das neue Hinderniß der Spaltung der Majorität und der (wir werden sehen wiefern wirklichen oder angeblichen) Verbindung der Oesterreicher und der Linken, Dunker giebt dann noch einige weitere Aufklärung. Er sagt: »am 8. December hatten wir die Preußische Verfassung gelesen, in den folgenden Tagen erhielten wir die Nachrichten, wie sie freudig vom Preußischen Volke auf- und angenommen wurde.« Da hätten denn am Abend des 10. December die Debatten begonnen, ob Oesterreich hinausgelassen werden solle und Schmerling im Stande sein werde, die betreffenden Verhandlungen von irgend einer Seite zu leiten. (Es stand ja längst fest, daß sie von Gagern ganz allein geleitet werden sollten). Die erste Frage

sei von der Mehrheit bejaht, die zweite verneint; aber eingedenk der Verdienste Schmerling's habe man unmöglich dazu schreiten können, ihn durch eine Abstimmung zu stürzen, und deshalb — wie rücksichtsvoll und zartfühlend! — am 14. beschlossen, ihm privatim die Anzeige zugehen zu lassen, daß er nicht mehr auf die sichre Unterstützung des Kasino werden rechnen können. Anders sieht Braun (S. 50) die Sache an. »Es genügte aber nicht, sagt er, daß Schmerling einfach entfernt werde, nein, ein indirektes Mißtrauens-Votum sollte ihm folgen; man verrieth den Mangel an guten Gründen, die man zu diesem Schritte gehabt hatte, indem man ihn durch äußere, nicht gebotene Demonstrationen zu verdecken suchte. Wer sich in einer solchen Lage der Gerechtigkeit seiner Sache bewußt ist, geht nie weiter, als die Sache es fordert.« Von Schmerling'schen Intriguen weiß Duncker nichts, so wie andere Kaiserliche, die davon sprechen, die Beweggründe des Angriffs gegen Schmerling, welche er anführt, verschweigen.

Kehren wir aber in das Kasino zurück. — Beseler legte zugleich einen Antrag vor, welcher das Hinausschieben jeder Entschließung in Bezug auf die Unterhandlungen mit Oesterreich und also die Verwerfung der ministeriellen Vorlage bezweckte *). Hierüber

*) Nach Haym sprach er folgendermaßen; »Ich unterscheide in der Angelegenheit, welche nun schon mehrere Tage hindurch den Gegenstand unserer Berathungen ausmacht, die Sachliche und die Personenfrage. Die Sache anlangend, so glaube ich, daß man in dieser Gesellschaft im Wesentlichen darüber einig ist, einmal, daß wir Oesterreich nicht zwingen wollen, in den Deutschen Bundesstaat einzutreten, sodann aber, daß wir die Idee dieses Bundesstaates so aufrecht erhalten wollen, wie sie die Paragraphen 2 und 3 aussprechen. Wir können daher, wie ich glaube, die Erklärung abgeben, daß wir eine Verständigung mit Oesterreich, wie sie unser Ministerium wünscht, auch unsrerseits für wünschenswerth halten, unter der Voraussetzung, daß das Wesen des Bundesstaats nicht verletzt, so wie das dessen Vollendung dadurch nicht verzögert werde. Weiter aber die Personalfrage anlangend, so glaube ich nicht, daß der Wunsch dieser Gesellschaft dahin geht, daß Herr von Schmerling irgend dabei betheiligt bleibe. Herr von Schmerling hat sich gewiß als ein wahrhaft Deutscher Mann gezeigt, er hat sich in einer verhängnißvollen Lage durch ungewöhnliche Umsicht und Energie ausgezeichnet, und ich sage nicht zu viel, wenn ich ausspreche: er hat das Vaterland gerettet! Allein die Verhältnisse sind stärker, als die Personen; die gegenwärtigen sind unverträglich mit der Person des Herrn von Schmerling. Derselbe darf nach meiner Ueberzeugung nicht ferner unser Minister bleiben. Ich beantrage,

entspann sich darauf eine lebhafte Disputation. Reichensperger erklärte, er sei im höchsten Grade erstaunt, daß die pompöse Lobrede, welche man gehört, mit einem Leichensermon geendet; es erscheine ihm nach dem bisherigen Verlauf der Debatte im Kasino, welcher auf einen ganz andern Ausgang hingewiesen, als ganz unwürdig, daß man sich jetzt auf einmal Dekrete aufdringen lasse, welche der Neunerausschuß insgeheim präparirt habe, und er müsse nach allem Vorgekommenen die Ueberzeugung hegen, daß man um einen verabredeten Zweck durchzusetzen, in jedem einzelnen Klub sich auf die Stimmung der anderen Klubs gegen Schmerling berufe; er bestehe jetzt entschieden darauf, daß über seinen Antrag förmlich abgestimmt werde. Aehnlich sprach Edel und zuletzt nahm auch ich das Wort, im Innersten empört, daß man gegen einen Theil der politischen Freunde offenbar unaufrichtig zu Werke ging, daß man sie zu gebrauchen suchte um einen wenigstens halb geheimen und sofern er an das Licht trat, mir verwerflich erscheinenden Zweck zu erreichen, daß man zu diesem Zwecke nicht bloß Schmerling zur Seite schob, sondern Verdächtigungen gegen ihn verbreitete, die man in keiner Weise zu begründen vermochte, daß man ein Benehmen gegen ihn beobachtete, das bei Manchen nur auf Gedankenlosigkeit, bei Andern auf Verkennung, auf Undank, auf preußisch-partikularistischer Antipathie, auf schlaffer Nachgiebigkeit gegenüber der Linken, gegenüber einer zur Herrschaft gelangenden Meinung beruhte. Ich dachte bei Schmerling ungefähr, wie Raumer am 9. November von Kavaignac schrieb, er werde gehasst von den rothen Republikanern, weil er sie mit eiserner Hand zu Boden geschlagen, und »die Erretteten finden, daß viermonatliche Herrschaft als Dank schon zu lange dauert.« Ich war überzeugt, daß das Hinausdrängen der Oesterreichischen Mitglieder aus dem Ministerium unklug und unvorsichtig, so wie der Plan einer konstitutionellen Gesammtverfassung, Bruch mit Oesterreich und Preußisches Erbkaiserthum, als ein doktrinäres und unpraktisches Abstraktum, unausführbar und wenn ausführbar verderblich sei, ich glaubte nicht daran, daß man sich Preußens dazu bedienen könne und daß dieses sich dazu herge-

---

daß wir dem Ministerium die Erklärung geben, wie wir im wesentlichen und unter den angegebenen beiden Voraussetzungen mit dem ministerieller Antrag auf Ermächtigung zur Unterhandlung mit Oesterreich einverstanden, jedoch nicht im Stande sein, jetzt schon denselben, wenn er vor die Nationalversammlung gebracht werde, zu unterstützen.«

ben werde wie man im Centrum träumte — ich wußte, daß man ihn allenfalls auszuführen gedachte, durch eine »zweite Revolution« und seine Ausführung nicht anders beginnen konnte *).

---

*) Haym sagt: Die Oesterreicher hätten nun einmal um jeden Preis Deutschland und Oesterreich beisammen erhalten wissen wollen; die demgemäß an der Deutschen Verfassung anzubringenden Modifikationen »kamen ja auf die Rechnung Deutschlands, wurden ja Oesterreich zu Gute geschrieben«. Der Parteimann übersieht, daß; wenn in solchen Modifikationen ein Nachtheil für Deutschland lag, demselben der Vortheil der Verbindung mit Oesterreich gegenüber stand. Er freilich erkennt einen solchen nicht an und das ist eine Ansicht, welcher man ihr Recht lassen muß. Er läßt aber den Andersmeinenden nicht gleiche Gerechtigkeit widerfahren, sondern schiebt ihnen ihre abweichende Ansicht in die Gesinnung. Mit eben so viel Recht hätten die Oesterreicher sagen können: was kümmerten sich die Preußen und Norddeutschen um die Deutsch-Oesterreicher und Süddeutschen und deren oder um Deutschlands Gesammtinteressen, wenn sie nur die Preußische Hegemonie und die Vortheile derselben erhielten. Haym nennt Schmerling weiter, was wir übersehen hätten, einen Eingeweihten Oesterreichischer Politik, der im Stande, »bei geänderten Umständen dem Vaterlande durch Intriguen eben so zu schaden, wie er ihm früher durch Energie genützt.« Schmerling war zu dieser Zeit, wie schon gesagt, keineswegs ein solcher Eingeweihter, und ist er es geworden und kam er in die Lage dem Vaterlande durch »Intrigue« schaden zu können, so geschah es dadurch, daß er auf die verletzendste und empörendste Weise aus dem Reichsministerium in seine nachherige Stellung gedrängt wurde. Das übersah die Preußische Partei, obgleich es ihr genug gesagt wurde. Haym sagt ferner: »Dergestalt schied aus der höchsten Stelle der Leitung Deutscher Angelegenheiten ein Mann, dessen Verhalten in dieser Sache, sowie während der ganzen späteren Zeit der Nationalversammlung uns nicht sparsam machen soll in seinem Lobe. Denn hätte er nicht Oesterreich höher gehalten als Deutschland, so wäre wohl keiner wie Er geeignet gewesen, die geschäftliche Leitung der Angelegenheiten des Vaterlandes in der Hand zu behalten. Aber er, welchem ein strenger Mund das Zeugniß gegeben hatte, daß er als ein wahrhaft Deutscher Mann gehandelt, er, von welchem gerühmt worden war, er habe — was das Größte ist — das Vaterland gerettet: er entblödete sich nicht, in seiner Heimath zu bekennen, daß er sich stets vor Allem als Oesterreicher gefühlt habe! Und dies Bekenntniß trifft so sehr die Wahrheit, daß auch die Vorzüge des Mannes wesentlich dem Oesterreicher zugehören,« u. s. f. Hiermit wird ein späterer Vorgang herbeigezogen, den man zu dieser Zeit noch nicht wissen und aus welchem man also noch keine Schlüsse ziehen konnte. Wir werden weiter unten darauf zurückkommen. S. 198 spricht Haym eine Erwägung aus, welche dem Ideenkreise seiner Partei sehr nahe lag und woran sie doch

Die Abstimmung erfolgte über Beseler's Antrag. Von 69 Anwesenden stimmten 36 dafür. Reichensperger erklärte, daß er seinen Antrag in die National-Versammlung bringen werde *). Von den Oesterreichischen Klubmitgliedern waren keine oder doch nur sehr wenige zugegen. Die Oesterreichischen Abgeordneten hatten gleichzeitig eine landsmannschaftliche Versammlung. Sie hatten Versammlungen dieser Art nur in der ersten Zeit der National-Versammlung gehalten und sich bald in die verschiedenen Fraktionen vertheilt. Es war nun allerdings dahin gebracht, daß wiederum solche Versammlungen gehalten wurden, daß der Ruf ertönte: Hie Oesterreich, hie Preußen! Mir, und es ging Vielen so, schien in dem ganzen Vorgange noch immer etwas Unerklärliches zu liegen, so deutlich auch die Absichten und vornämlichsten Beweggründe und

---

zu rechter Zeit nicht dachte. »Hatte nicht Schmerling in mancher Beziehung jetzt (nachdem er zurückgetreten) nur um so freiere Hand, und war er denn so hoch über menschliche Schwächen erhaben, daß ihm nicht die Empfindlichkeit über den eignen Machtverlust und über den Undank dieser Deutschen Nationalversammlung zum Sporn für seine Oesterreichischen Intriguen hätte werden sollen?« Auf Haym's weitere ausführliche Beurtheilung Schmerling's an jener Stelle gehe ich nicht ein. Ich schreibe keine Apologien, ich vermeide absichtlich — der Leser hat es der ganzen Darstellung angesehen — alle Urtheile über Personen, so weit es mein Zweck irgend gestattet. Ich hatte hier zu motiviren, weshalb wir, ich und viele Andere, auf Schmerling's Seite uns stellten, so wie an anderem Ort, weshalb wir Gagern nur bis an einen gewissen Punkt oder zuletzt gar nicht mehr folgen mochten.

*) Die Motive mit welchen der Antrag eingebracht wurde, waren die folgenden:

»In Erwägung, daß die getrennte Feststellung der Verfassung des Deutschen Reiches und der Oesterreichischen Monarchie, als welche die Seitens der Oesterreichischen Regierung am 27. des vor. Mon. vor dem Reichstage zu Kremsier abgegebene Erklärung in Aussicht stellt, für die höchsten Interessen Deutschland's gefahrdrohend erscheint;

daß zur Wahrung dieser Interessen eine Verständigung mit der Oesterreichischen Regierung, wie sie der vorstehende Antrag bezweckt, in hohem Grade wünschenswerth ist;

daß diese Verständigung aber binnen möglichst kurzer Frist angebahnt werden muß, damit die definitive Feststellung der Deutschen Reichsverfassung dadurch keinen Aufschub erleidet; —

aus diesen Gründen beantragt der Unterzeichnete, eine hohe Reichsversammlung wolle den vorstehenden Antrag als einen dringlichen dem Ausschusse für die Oesterreichischen Angelegenheiten zur möglichst schleunigen Berichterstattung überweisen.«

Triebfedern allmählig hervorgetreten waren. Späterhin hörte man, die Reichskommissäre — Hergenhahn — hätten an Beseler (den Vicepräsidenten der National-Versammlung) aus Berlin geschrieben: Die Oesterreicher müssen aus dem Ministerium hinaus, wenn wir hier weiter kommen sollen: eilt damit! Einflüsse also von Berlin wie von London her! Sollte es nicht andem sein, so mögen die Betreffenden widersprechen wenn sie wollen *).

---

*) Ich habe, wie gesagt, nach meinem Wissen von allen diesen Dingen berichtet. Aehnliche Einzelheiten, wie die am Schluß erwähnte, lasse ich unberührt, da sie theils minder erheblich für die Aufklärung des Vorgangs sind und mir anderentheils minder bewährt zu sein scheinen. Die Eingeweihten können über das Penelopegewebe der Preußischen Partei Genaueres berichten und mögen es thun oder auch lassen. Aufmerksam machen will ich aber noch auf einen Bericht in der Nr. 345 der Deutschen Zeitung. Das Organ der Preußischen Partei läßt deutlich ersehen, was man Schmerling zum Verbrechen machte, woraus dann wieder von selbst erhellt, wie wenig man sich dabei im Rechte befand. Der Bericht lautet wie folgt:

»Der Oesterreichische Verfasser der Korrespondenz im Frankfurter Journal beruft sich u. A., um das dem Herrn v. Schmerling angethane Unrecht zu erweisen, darauf: daß ja Schmerlings Vorschlag in der Oesterreichischen Frage mit dem Gagerns ganz identisch gewesen sei. Da die geheime Geschichte dieser beiden ministeriellen Programme und der daran sich knüpfenden Krisis meines Wissens noch nirgends mitgetheilt ist, so will ich dieselbe, so weit sie mir bekannt ist und so weit es ohne Indiskretion geschehen kann, hier mittheilen. Die Idee einer Verhandlung mit Oesterreich — in Folge des Programms von Ollmütz — ward zuerst in förmlicher Weise angeregt durch Hrn. v. Schmerling in einer Besprechung bei Hrn. v. Beckerath, zu welcher Mitglieder aus den Fraktionen der Rechten und der Centren versammelt waren. Was man sich als die Basis und das Ziel solcher Unterhandlungen denke, ward von Schmerling sowohl als von Bassermann, der dieselbe Idee lebhaft verfocht, nicht klar ausgesprochen. Hr. v. Gagern zeigte sich gleichfalls dieser Idee geneigt, und bezog sich zur Verdeutlichung seiner Ansichten über die einzuleitenden Verhandlungen, auf seinen bekannten früheren Antrag. Zu einem festen Resultate führte jene Besprechung nicht, wohl aber dahin, daß die Sache in den Clubs, besonders der Centren, gründlich durchgesprochen ward. Die sogenannte Neunerkommission (was nach dem Obigen Duncker berichtet über Berathungen und Beschlüsse vom 10. bis 14. December scheint in der Neunerkommission vorgegangen zu sein) erbat sich und erhielt von Mitgliedern des Ministeriums weitere Mittheilungen darüber, wie man dort die Oesterreichische Frage ansehe und zu behandeln gedenke. Aus diesen Mittheilungen glaubte dieselbe zu entnehmen,

Was die Londoner Zusammenhänge und Einflüsse betrifft, so ist hier noch einer Andeutung zu erwähnen, welche die Deutsche Zeitung, die eben jetzt mit Feuereifer dem Preußischen Erbkaiser-

---

daß im Schooße des Ministeriums entweder Ungewißheit oder Meinungsverschiedenheit darüber bestehe: ob die mit Oesterreich anzuknüpfenden Unterhandlungen lediglich die Entscheidung der Frage über dessen Eintritt oder Nichteintritt in den Deutschen Bundesstaat unter den von hier aus festgestellten Bedingungen (also zunächst auf der Basis der §§. 2 und 3), und im letztern Falle die Anbahnung eines anderweiten innigen Verhältnisses bezwecken sollten, oder ob sie möglicherweise auch eine Abänderung der gedachten Paragraphen zum Zielpunkte haben könnten. Man fand daher für nöthig, einen bestimmten Antrag zu formuliren, welcher die Willensmeinung der drei Klubs in Bezug auf die Oesterreichische Frage scharf und unzweideutig ausdrücken und dem Ministerium zum Anhaltpunkte dienen sollte, um zu wissen, bei welchen Vorschlägen es auf die Unterstützung dieser Klubs zu rechnen habe. Dieser Antrag besagte in Kürze, daß, in Folge des Oesterreichischen Ministerprogramms und falls nicht bis zur zweiten Lesung der §§. 2 und 3 eine unzweideutige und befriedigende Erklärung im entgegengesetzten Sinne Oesterreichischerseits erfolge, man annehmen müßte, Oesterreich wolle in den Deutschen Bundesstaat nicht eintreten, daß man jedoch die Centralgewalt ermächtige, zur Anbahnung eines anderweiten, den beiderseitigen Interessen und stammverwandtschaftlichen Sympathien entsprechenden Verhältnisses Unterhandlungen einzuleiten. Die Besprechung dieses Antrages in den Klubs ergab, daß derselbe im Wesentlichen die Ansichten der überwiegenden Mehrheit in den beiden Fraktionen des Landsberg und des Augsburger Hofes, und wenigstens eines großen Theils des Kasino ausdrückte. Er ward auch Herrn v. Gagern mitgetheilt, und dieser erklärte, daß er vollkommen damit übereinstimme und gerade dasselbe und nichts Anderes wolle. Das Ministerium kannte nunmehr die Ansichten desjenigen Theils der Nationalversammlung, auf welchen es sich zu stützen pflegte. Um so mehr mußte es überraschen, als von demselben diesen Klubs ein Vorschlag mitgetheilt ward, der in seiner unbestimmten Fassung durchaus dem nicht entsprach, was die Mehrheit der drei Klubs wollte: Präzision und Klarheit in der gegenüber Oesterreich zu nehmenden Stellung. Diese Wahrnehmung, verbunden mit gewissen anderen gleichzeitigen Beobachtungen, diente allerdings dazu, die Befürchtung zu erwecken, daß die eigenthümliche Auffassungsweise der Oesterreichischen Mitglieder des Ministeriums in Betreff der Stellung Oesterreichs zu Deutschland leicht den Verhandlungen mit jenem Staate eine unerwünschte Richtung geben möchte, und das in dieser Beziehung hier und da bereits vorhandene Mißtrauen bedeutend zu verstärken. So kam es, daß die Personenfrage, der gänzliche Austritt Schmerling's und Würth's aus dem Ministerium, entscheidend in den Vordergrund trat. Aus Gagern's Händen hätte man wohl auch

thume das Wort redete, am Tage nach dem Eintritt Gagern's in das Reichsministerium zum Besten gab. Man schreibe aus London — aus dem ominösen London, dessen Presse schon verschiedentlich dem erstaunten Deutschland ganz genaue Mittheilungen gebracht, ehe die Deutsche eine Ahnung davon gehabt — hoffentlich werde jetzt ein neues Ministerium mit Gagern an der Spitze in Frankfurt gebildet; der entscheidende Moment sei da; man sage, der Sonderbund gegen Preußen zwischen Hannover, Sachsen und Baiern sei fertig; das thue aber nichts; die National-Versammlung möge nur dekretiren, daß Preußen an die Spitze trete; falle sie dann so falle sie mit Ehren und habe Samen für die Zukunft gestreut. Der Londoner Brief lautete indeß gerade, als hätte er seinen eigent-

---

jenes unbestimmte Programm — freilich immerhin ungern — hingenommen; ihm hätte man die geforderte weite Ermächtigung ertheilt — weil man gewiß war, in welchem Sinne er solche benutzen, wohin allein er die Verhandlungen lenken würde. Bei Schmerling glaubte man dessen nicht sicher zu sein, oder vielmehr man glaubte von ihm die gegentheilige Auffassung der Sache, als welche man wünschte, voraussetzen zu müssen und darum konnten, nachdem einmal die Majorität sich für die andere Ansicht entschieden hatte, unmöglich die Vertreter dieser und der entgegengesetzten, unmöglich Gagern neben Schmerling in einem und demselben Ministerium sitzen. So bedingte die Zurückweisung des ministeriellen Vorschlags, die in den drei Klubs mit großer Mehrheit erfolgte, unmittelbar den gänzlichen Austritt Schmerling's aus dem Reichsministerium und die Bildung eines neuen Kabinets durch Gagern auf der Grundlage eines neuen Programmes in Betreff der Oesterreichischen Sache. Wer sich die Mühe nimmt dieses Gagern'sche Programm mit dem (gleichfalls in den öffentlichen Blättern mitgetheilten) früheren Vorschlage des Ministeriums zu vergleichen, der wird die große Verschiedenheit (?) zwischen den beiden Anträgen nicht verkennen und somit das bestätigt finden, was ich so eben zur Erklärung der äußerlich vorliegenden Thatsachen aus der innern Geschichte derselben angeführt habe: der wird zugleich den Schlüssel haben zu der scheinbar allerdings auffallenden, so plötzlichen und so allgemeinen Mißstimmung gegen Schmerling, welche ohne Kenntniß ihrer inneren wirkenden Ursache, leicht als durch äußerliche, fremdartige Motive erzeugt erscheinen könnte. Die Sache war aber einfach diese: die bisherige Majorität wollte eine scharfe und klare Auseinandersetzung mit Oesterreich, um rasch und sicher das Verfassungswerk für das übrige Deutschland (falls Oesterreich nicht noch alsbald rückhaltslos einträte) vollenden zu können; Herr v. Schmerling schien das nicht zu wollen, vielmehr (gewiß nach bester Ueberzeugung) auf Unterhandlungen zu denken, um der Oesterreichischen Regierung (wie Welcker sagt) »die Thüre in den Deutschen Bundesstaat offen zu halten.«

lichen Ursprung in Frankfurt und der Mitte der Doktrin gehabt. Inspiration von hier aus hatte sicher Theil daran. Wenn ich nicht ganz irre, so korrespondirte damals ein Sohn Bunsen's und fleißiger Besucher der Paulskirche fleißig nach London, auch für Englische Blätter. Der erwähnte Sonderbund war eine Frankfurter oder Berliner Erfindung. Der Gedanke eines praktischen Engländers war das nimmer: die National-Versammlung mag nur dekretiren; sie behauptet jedenfalls ihre Ehre, wenn sie eine Verfassung dekretirt, die zwar unausführbar ist, aber den Theoretikern gefällt oder als die allein gute erscheint; berufen etwas dem gegenwärtigen Bedürfniß Abhelfendes zu Stande zu bringen, ist es schon gut, wenn sie auch nichts zu Stande bringt und nur Samen für die Zukunft ausstreut!

Die Oberhauptsfrage, (Vorbereitungen).

Bei allen den Ueberlegungen und Erörterungen, welche die Oesterreichische Frage betrafen, hatte die über das künftige Oberhaupt im Hintergrunde gestanden. Die eine war die Kehrseite der andern. Wer Oesterreich nicht ausgeschlossen wissen wollte, mußte dem Erbkaiserplane entgegen sein, wer diesem zuneigte Alles ergreifen was die Abtrennung Oesterreichs bezielte. Durch Entscheidung über die Oesterreichische Frage wurde großentheils auch über die vom Oberhaupt entschieden. Die Subkommission des Verfassungsausschusses war, wie schon erwähnt wurde, im November mit ihrer Vorlage über den Abschnitt vom Oberhaupt fertig geworden, hatte geglaubt den Preußischen Kaiser hineinstellen zu dürfen, ihn aber dann wieder gestrichen. Die Preußischen Angelegenheiten hatten nicht die gehoffte Wendung genommen, gar zu entmuthigend klang Gagern's Bericht über seine Unterredung mit dem Könige, es mag sein, daß man an Vorsicht erinnert wurde und sich zur Nachgiebigkeit bei diesem Punkte bewogen fand. Auch die oktroyirte Preußische Verfassung machte einen Querstrich, obwol sie theilweis willkommen war. Man hatte damit in Berlin nicht warten wollen bis nach Vollendung des Frankfurter Verfassungswerkes, und wagte in Frankfurt nicht, auf den Antrag einzugehen, sie für null und nichtig zu erklären. Volk und Regierung in Preußen wollten offenbar von einem Aufgehen Preußens in Deutschland nichts wissen, wie es doch nothwendig war, damit, wenn der Krone Preußen das Kaiserthum übertragen wurde, nicht statt eines Reiches Deutscher Nation bloß

eine Preußische Hegemonie, oder aber ein Aufgehen Deutschlands in Preußen herauskam. Es war nicht unzweifelhaft, ob auch in zweiter Lesung die harten Beschlüsse über die §§. 2 und 3 wieder angenommen werden würden. Es war noch ungewiß, ob die Politik, welche durch Gagern's Eintritt in das Reichsministerium an die Spitze gebracht und wodurch die Trennung von Oesterreich besiegelt werden sollte, endlich ob das Preußische Kaiserthum in der National-Versammlung die Mehrheit haben werde gleich Gagern. Die Meinungen über die Erledigung der Oberhauptsfrage schwankten noch stark hin und her; ja man kann mit Sicherheit behaupten, daß bis in den December hinein, die dem Kaiserplane geneigten Abgeordneten noch in beträchtlicher Minderheit waren. Indeß kam es darüber eben in dieser Zeit zu einer Vereinigung der Fraktionen des Centrums. Auch dieser Umstand hing genau mit dem Ministerwechsel zusammen und wir müssen deshalb hier darauf kommen.

Die Deutsche Zeitung sagte am 18. December, der Verfassungsausschuß habe in einer Art von Rathlosigkeit an die Fraktionen appellirt, um aus den Ansichten derselben eine feste Basis zu gewinnen. Dem war nun wenigstens im eigentlichen Sinne nicht so; wohl aber scheint es, daß sorgliche und eifrig kaiserlich gesinnte Mitglieder eine Stütze außerhalb des Verfassungsausschusses zu gewinnen suchten und sich deshalb bewogen fühlten, zu veranlassen, daß in den Klubs die Oberhauptsfrage vorgenommen und in ihrem Sinne für dieselbe Propaganda gemacht wurde, so weit ihr und ihrer Freunde Einfluß reichte, was nach der einen Seite bis zu Milani, nach der andern bis zur Westendhalle der Fall war. Es kam dahin, daß in den drei Centrenklubs, um dem Verfassungsausschusse einige sichre Terrainkunde zu verschaffen, beschlossen wurde, bevor in demselben die Oberhauptsfrage zur Verhandlung käme, sollten die Klubs der Centren sich gutachtlich darüber äußern, und zwar sollten sie sich zuerst in Separatkommissionen zu einigen suchen, welche dann schließlich in einem gemeinschaftlichen Comité zusammenzutreten hätten. Man wählte die Einzelausschüsse zur Ausarbeitung von Vorlagen über jene Frage, und näherte sich auch, um sie zu gewinnen, der Linken, zu welchem Zwecke theils Einzelne bearbeitet, theils allgemeine gesellige Zusammenkünfte im Weidenbusch veranstaltet wurden. Man war auf alle und jede Weise thätig für den Erbkaiser. In einer Soirée beim Reichsverweser wurde eine Geschichte in Umlauf gebracht, wie sich der König von Preu-

ßen bereits mit allen andern Fürsten geeinigt, ihnen Koncessionen gèmacht, ein Staatenhaus und einen Reichsrath mit berathender Stimme (was sich freilich von selbst verstand) zugesagt habe, und wie nunmehr Alle bereits ganz zufrieden wären mit dem Preußischen Erbkaiserthume. Am 13. December berichtete Frau Base Centrenkorrespondenz: »Gestern Abend hatte zum erstenmale der Reichsverweser sämmtliche Mitglieder der Reichsversammlung zu sich geladen. Man war neugierig, ob sich die feindlichen und zum Theil auch antimonarchischen Elemente auf diesem Boden ebenso bereitwillig zusammen finden könnten, als es zwei Tage vorher im Saale des Weidenbusches geschehen war. Zu unserer Freude geschah dies, Vertreter aller Fraktionen bis zur äußersten Linken erschienen, und zwar in so großer Zahl, daß die geöffneten Räume zu eng wurden und noch ein anstoßender Saal geöffnet werden mußte. Mögen diese Vereinigungen ein Zeichen guter Vorbedeutung sein, für die herannahenden, den Abschluß der Verfassung fordernden Sitzungen. Mit großer Freude begrüßen wir auch einzelne Aeußerungen von der Linken, daß man zu resigniren wissen werde im Interesse des Ganzen auf Lieblingswünsche der Partei, da denn einmal die hierzu nöthigen Vorbedingungen keinen Platz gefunden in der Verfassung. Die Nation wird das zu würdigen wissen, was sich dem endlichen Gedeihen des Ganzen patriotisch unterzuordnen weiß, auch auf Kosten vorgefaßter Meinung. Das Schicksal der Berliner Versammlung, welche diesen Weg nicht zu finden gewußt und welche deshalb von Tag zu Tag offenbar eine immer traurigere Stellung in der Geschichte erhält, ist ein warnendes Beispiel geworden. Der Reichsverweser selbst äußerte sich gegen mehrere Abgeordnete, wenn auch in allgemeinen Wendungen, charakteristisch genug: daß seine Kraft und Ruhm immer darin bestanden habe und bestehe, nichts für sich zu wollen, sondern nur da einzutreten, wo man seiner wirklich bedúrfe. An Neuigkeiten cirkulirten Berichte aus Paris, welche einen Zusammenstoß zwischen Bonapartisten und Rollinisten meldeten. In einzelnen Gruppen wurde die zuerst fertig gewordene »Vorarbeit zur Begutachtung der Oberhaupts-Frage« besprochen. Die Fraktionen der Centren haben nämlich, wie schon erwähnt, zu diesem Zwecke Kommissionen niedergesetzt, und die des »Augsburger Hof's« ist zuerst mit ihrer Vorlage hervorgetreten. Die Hauptpunkte sind folgende: »Die Würde des Reichsoberhauptes ist bleibend verbunden mit einer der Deut-

schen Kronen.« — »Das Reichsoberhaupt führt den Titel: Deutscher Kaiser.« — »Der Sitz der kaiserlichen Regierung ist zu Erfurt, welches mit seinem Burgfrieden von Preußen an das Reich abgetreten und von diesem unmittelbar regiert wird.« — »Der Reichsregierung steht ein Reichsrath berathend zu Seite.« — »Er besteht aus Bevollmächtigten der Regierungen derjenigen Einzelstaaten, welche mehr als 250,000 Einwohner haben. Das Präsidium wird von dem Bevollmächtigten des größten Staates geführt, mit Ausschluß desjenigen, dessen Oberhaupt zugleich Deutscher Kaiser ist. Die Mitglieder des Reichsraths können sich nicht auf den Mangel an Instruktionen berufen, um die Vertagung einer Sache zu erzielen.« —

Der Augsburger Hof hatte seinen Ausschuß aus neun Mitgliedern gebildet (Arneth, Barth, Beseler (aus Schleswig) Biedermann, Breuning, Emmerling, Rümelin, Stahl.) Er war mit dem Erbkaiser noch eher fertig geworden als selbst das Kasino. Biedermann sagt, im Augsburger Hofe wären weder die Preußen noch die Schleswig-Holsteiner an Zahl oder Einfluß überwiegend gewesen (S. 81). Doch ersieht man auch aus anderweiten Aeußerungen von ihm selbst, wie sehr bedeutend der Einfluß Beseler's aus Schleswig war (323 f.) »Nachdem durch das Kremsierer Programm das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland klar geworden, sagt Biedermann, sahen wir uns eben hierdurch veranlaßt, auf Grundlage dieser Thatsache an die Erledigung der Oberhauptsfrage zu gehen.« Die »Vorarbeit« des Augsburger Hofes kam der Vorlage, welche die Subkommission des Verfassungsausschusses ausgearbeitet hatte, aber doch nicht für gut fand ungeändert zu lassen, sehr nahe. Wie sehr wurde es späterhin von den Kaiserlichen manchen ihrer Gegner, denen ohnehin noch andre Gründe zur Seite standen, verübelt, daß sie gegen das unbedingte Veto gestimmt hätten. Es ist bemerkenswerth, daß die Kaiserlichen im Augsburger Hofe dem Kaiser nur ein bedingtes Veto zugestanden *). Aus einer nachträglichen

---

*) Der Entwurf ist meines Wissens anderweit noch nicht veröffentlicht, und dürfte zumal als erster von den aus der National-Versammlung oder doch einer angesehenen Fraktion derselben hervorgegangenen Vorschlägen über das Oberhauptskapitel für Manchen ein Interesse haben. Ich lasse ihn hier folgen:

Der Kaiser. Artikel I. §. 1. Die Würde des Reichsoberhauptes ist bleibend verbunden mit einer der Deutschen Kronen. Diese wird

Bemerkung ersah man, daß sie einen Bundesstaat im Sinn hatten, aus ihrem Entwurfe aber, daß das was sie darunter sich dachten, nichts mehr und weniger war, als was man in der gebräuchlichen

---

bestimmt durch die Wahl des verfassunggebenden Reichstags. Veränderungen in der Thronfolge-Ordnung des betreffenden Hauses können nur mit Genehmigung des Reiches gemacht werden. Sie sind als Abänderungen der Reichsverfassung zu behandeln. Das Reichsoberhaupt führt den Titel »Deutscher Kaiser«. Der Kaiser bezieht eine vom Reichstag auf die Lebensdauer desselben festzusetzende Civilliste. §. 2. Der Sitz der kaiserlichen Regierung ist zu Erfurt, welches mit seinem Burgfrieden von Preußen an das Reich abgetreten und von diesem unmittelbar regiert wird. §. 3. Der Kaiser wird seine Residenz daselbst wenigstens während der Sitzungszeit des Reichstags nehmen. §. 4. Während seiner Abwesenheit von dort wird sich beständig einer der Reichsminister in der unmittelbaren Umgebung des Kaisers befinden. §. 5. Beim Tode des Kaisers versammelt sich der Reichstag kraft des Gesetzes 14 Tage nach seinem Ableben. §. 6. Im Falle das Volkshaus aufgelöst und die Zusammenberufung des neuen auf eine spätere Zeit festgesetzt ist, tritt das alte bis zur Vereinigung des neuen wieder in seine Verrichtungen ein. Vom Tode des Kaisers bis zur Eidesleistung seines Nachfolgers oder des Reichsverwesers werden die verfassungsmäßigen Gewalten desselben von dem verantwortlichen Gesammtministerium im Namen des Reiches ausgeübt. §. 7. Wenn beim Tode des Kaisers sein Nachfolger minderjährig ist, so vereinigen sich beide Häuser des Reichstags in eine einzige Versammlung zur Einsetzung einer Vormundschaft und Regentschaft. §. 8. Wenn der Kaiser sich in der Unmöglichkeit befindet, zu regieren, so rufen die Reichsminister, nachdem sie diese Unmöglichkeit dargethan haben, sogleich den Reichstag zusammen. Die Vormundschaft und die Reichsverwesung werden dann durch die vereinigten Häuser angeordnet. §. 9. Der Kaiser bei seiner Thronbesteigung, sowie der Reichsverweser bei seinem Regierungsantritte, leisten im versammelten Reichstage folgenden Eid: »Ich schwöre, das Reich und die Rechte des Deutschen Volkes zu schirmen, die Reichsverfassung aufrecht zu erhalten und sie gewissenhaft zu vollziehen, so wahr mir Gott helfe«.

Artikel II. §. 10. Der Kaiser ist unverletzlich und unverantwortlich. Seine Minister sind verantwortlich. §. 11. Kein Akt des Kaisers hat Kraft, wenn er nicht von einem der Reichsminister gegengezeichnet ist. §. 12. Der Kaiser ernennt und entläßt die Reichsminister. §. 13. Die Reichsregierung ist getrennt von der des Einzelstaats, welchem der Kaisee als Staatsoberhaupt vorsteht. Kein Mitglied des Reichsministeriums kann zugleich ein Amt in einem Einzelstaat bekleiden.

Artikel III. §. 14. Der Kaiser hat keine andere Gewalt, als welche ihm die Reichsverfassung und die andern in Kraft der Verfassung gegebenen Gesetze ausdrücklich beilegen. §. 15. Der Kaiser befehligt die

Redeweise einen Einheitsstaat nennt. Dem Augsburger Hofe folgte bald der Landsberg. Noch am 16. sagte die Korrespondenz der Centren: »Wie sehr die Ansichten über die definitive Gestaltung der

---

Land- und Seemacht, erklärt Krieg, schließt Frieden, Handels- und andere Verträge mit auswärtigen Mächten und empfängt die Gesandten der letztern. §. 16. Von abgeschlossenen Verträgen wird der Kaiser, sobald das Interesse und die Sicherheit des Reiches es erlauben, den Reichstag unter Vorlage der betreffenden Urkunden in Kenntniß setzen lassen. Auch haben die Handelsverträge, sowie alle Verträge, welche das Reichsgebiet verändern oder dem Reiche, Deutschen Einzelstaaten oder einzelnen Reichsbürgern Verpflichtungen auflegen, erst dann Kraft, wenn sie die Zustimmung des Reichstags erhalten haben. §. 17. Der Kaiser überwacht die Verträge der Einzelstaaten unter sich und mit dem Ausland. §. 18. Der Kaiser ernennt die Gesandten und Konsuln, die Flottenofficiere und die Generale der Landarmee und besetzt die Stellen der Reichsverwaltung, wo nicht besondere Gesetze etwas Anderes bestimmen. §. 19. Dem Kaiser steht die außerordentliche Berufung, die Vertagung Schließung und Auflösung des Reichstags, unter Beobachtung der verfassungsmäßigen Bestimmungen hierüber, zu. §. 20. Der Kaiser theilt mit dem Reichstage das Recht der Initiative in der Gesetzgebung und übt die gesetzgebende Gewalt im Zusammenwirken mit demselben aus. Ein Beschluß des Reichstags, welcher die Zustimmung des Kaisers nicht erlangt hat, darf in derselben Sitzung nicht wiederholt werden. Ist ein Beschluß vom Reichstage in drei ordentlichen Sitzungen nach einander und nach abermaliger Erwägung unverändert gefaßt worden, so wird er zum Gesetze, auch wenn die Sanktion des Kaisers nicht erfolgt, sobald der Reichstag sich schließt. §. 21. Der Kaiser verkündet die Gesetze und erläßt die zu ihrer Vollziehung nöthigen Verordnungen. §. 22. Der Kaiser wahrt den Reichsfrieden und die allen Deutschen kraft der Reichsverfassung verbürgten Rechte. §. 23. Der Kaiser übt das Oberaufsichtsrecht des Reiches über das Kriegswesen der Einzelstaaten, über die Schifffahrtsanstalten, die Land- und Wasserstraßen, das Post- und Eisenbahnwesen und die Telegraphenlinien, über das Münzwesen, die Ausgabe von Papiergeld und die Banken. §. 24. Der Kaiser hat das Recht, in Vollziehung des Gesetzes Reichsmünzen zu schlagen. §. 25. Der Kaiser ist berechtigt, in Strafsachen zu begnadigen, soweit das Begnadigungsrecht in der Reichsgewalt liegt und vorbehaltlich der Bestimmungen des Gesetzes über die Verantwortlichkeit der Minister.

Artikel IV. §. 26. Der Reichsregierung steht ein Reichsrath berathend zur Seite. §. 27. Der Reichsrath besteht aus Bevollmächtigten der Regierungen derjenigen Einzelstaaten, welche mehr als 250,000 Einwohner haben. Das Präsidium wird von dem Bevollmächtigten des größten Staates geführt, mit Ausschluß desjenigen, dessen Oberhaupt zugleich Deutscher Kaiser ist. Der Reichsrath ist beständig am Sitze der

Central-Gewalt auch jetzt noch auseinandergehen, mag darin seine Bestätigung finden, daß in dem freilich mit Berücksichtigung der verschiedenen Stämme, von der Kasino-Gesellschaft gewählten Ausschusse zur Vorberathung über diese Frage, das erbliche Kaiserthum, der Wahlkaiser und das Triumvirat gleich starke Vertretung gefunden haben. — Die Ueberzeugung von der unerläßlichen Nothwendigkeit einer starken, einheitlichen Executiv-Gewalt, vor der seit den September-Ereignissen alle sonstigen Antipathien und Rivalitäten auf eine Zeitlang verstummten, scheint jetzt von Vielen wieder aufgegeben und bunt durch einander wirbeln die verschiedensten Wünsche und Interessen.« Wenige Tage später war man jedoch im Reinen.

Reichsregierung versammelt. §. 28. Das Reichsministerium ist verpflichtet, das Gutachten des Reichsrathes einzuholen, wo es sich um Krieg und Frieden, Verträge mit auswärtigen Mächten, Vertagung oder Auflösung des Reichstags handelt. §. 29. Das Reichsministerium ist befugt, auch außer diesen Fällen, so oft es ihm angemessen erscheint, den Reichsrath mit seinem Gutachten zu vernehmen. §. 30. Die Reichsminister sind berechtigt, den Sitzungen des Reichsrathes anzuwohnen. §. 31. Der Reichsrath hat, der Reichsregierung gegenüber, das Recht der Erinnerung. §. 32. Die Mitglieder des Reichstags können sich nicht auf den Mangel an Instruktionen berufen, um eine Vertagung der Sache zu erzielen. §. 33. Sie können von den betreffenden Regierungen jederzeit abberufen und durch andere ersetzt werden.

Bemerkungen. Die Commission ist zur mündlichen Darstellung ihrer Motive bereit und will hier nur anfügen: zu §. 14 und 20. Nach dem §. 19 in dem Entwurf des Verfassungsausschusses »der Reichstag« eingeschlagenen Systeme bildet die Gewalt des Reichsoberhauptes die Regel, die Mitwirkung des Reichstags die Ausnahme, wodurch eben die dort vorgenommene Specifikation nöthig wurde. Nach dem von der Commission angenommenen, in Belgien bereits geltenden Systeme (Belgische Verfassung §. 78) bildet umgekehrt die Mitwirkung des Reichstags die Regel, die ausschließende Befugniß des Reichsoberhaupts die Ausnahme. Dieses System scheint uns dem modernen Staate, namentlich aber dem Bundesstaate angemessener, auch, mit Rücksicht auf die Bestimmung des Staatenhauses, selbst den Regierungen der Einzelstaaten bei richtigem Urtheil wünschenswerther. Wird es angenommen, so kann der §. 19 »vom Reichstag« entweder ganz ausfallen, oder es hat doch an seine Stelle nur eine einfache Verweisung zu treten. Zu §. 25. Das Begnadigungsrecht ist im Abschnitt »von der Reichsgewalt« übergangen. Es wird eine Bestimmung über dessen Umfang bei der zweiten Lesung nachzutragen sein. Dagegen schien es uns nicht geeignet, diese Ergänzung hier vorzunehmen.

Die Korrespondenz konnte melden: Die Oberhauptsfrage, unzertrennlich verbunden mit der Oesterreich'schen, wird eben deshalb in den Parteiversammlungen gleichzeitig einer Beantwortung entgegengefördert. Wie der Augsburger Hof, so hat jetzt auch das Kasino den Bericht der von der Partei niedergesetzten Kommission vorliegen. Die Kaiserkrone soll hiernach erblich mit der Krone Preußen verbunden werden, während die gerechte Rivalität der anderen zum Reich gehörigen Staaten durch die Einsetzung eines Reichsraths, durch Verstärkung der Stimmen im Staatenhause und durch andere Koncessionen zu befriedigen sei. —

Im Kasino waren sieben Mitglieder gewählt, und zwar hatte Reichensperger durchgesetzt, daß die Wahl nach den Landschaften vorgenommen würde, damit die Reichspartei nicht lediglich sich selber vernähme, was sehr wahrscheinlich der Fall gewesen wäre, wenn man nach der Kopfzahl hätte wählen lassen. So waren denn ernannt: Reichensperger von den Rheinländern und Westphalen, Würth von den Oesterreichern, Edel von den Baiern, Schubert aus Königsberg, Duncker aus Halle, Zachariä aus Göttingen und Langerfeldt aus Braunschweig von den Norddeutschen. Der Ausschuß hatte vier Konferenzen unter Schubert's Vorsitze. Zachariä war für einen lebenslänglichen Wahlkaiser, Würth, Edel und Reichensperger sprachen sich entschieden für die Direktorialform theils mit der alternirenden Zweiheit, theils mit der Trias an der Spitze aus, Duncker, Schubert und Langerfeldt votirten für den Preußischen Erbkaiser, die letzteren beiden unbedingt, der Erstere nur unter der Voraussetzung, daß Preußen in Provinzen aufgelöst werde und keine Preußische Gesammtvertretung behalte. Dies ganz Positive verstand man im Sommer und bis um diese Zeit unter dem Aufgehen Preußens in Deutschland. Einige scheinen, wenn sie davon sprachen nicht daran geglaubt und den Gedanken nur als Köder hingeworfen zu haben, durch welchen sich auch in der That manche verfingen. Ernst war es damit den Gagern, Dahlmann u. s. w. In dem Neujahrsworte das Dahlmann in der Deutschen Zeitung sprach, (worin u. a. so bestimmt erklärt wurde, daß der Deutsche Reichstag »wo denn auch, aber sicherlich nicht auf Preußischem Boden tagen« und daß es einen Streit von Kräften hervorrufen würde, die sich gegenseitig zerstören müßten, wenn man eine gesetzgebende Versammlung des halben Reichsvolks hier und dann wieder des ganzen Reichsvolks dort in Wirksamkeit setzen wollte) kommt

wenn ich nicht irre das Eingehen Preußens in Deutschland mit Aufgebung der besondern Preußischen Gesammtverfassung zum letzten Male vor, da man um diese Zeit in Berlin sehr bestimmt gesagt hatte, daß das Thorheiten wären. Duncker hing dem Gedanken der Auflösung Preußens in seine Provinzen jetzt noch im besten Glauben an. Als späterhin ein Antrag darauf gestellt wurde, wollte kein Kaiserlicher mehr davon wissen, und manche Aeußerungen Duncker's in einer von ihm in der zweiten Preußischen Kammer zu Gunsten der Dreikönigsverfassung gesprochenen Rede enthalten einen starken Gegensatz zu seiner im December 1848 kund gegebenen Ansicht. Er sagte in dieser Rede u. a. »Man fürchtet für die Preußische Selbstständigkeit. Ja, meine Herren, Selbstständigkeit und Gemeinschaft, ein Theil, ein selbstständiger Theil und ein Ganzes, ein Ganzes mit selbstständigen Theilen: das sind Widersprüche. Wir sind nicht selbstständig gewesen im alten Staatenbunde, wir sind nicht selbstständig gewesen im Zollverein; wir werden nicht in spröder, absoluter Selbstständigkeit bleiben in diesem neuen Bundesstaate; aber, meine Herren, haben wir denn nicht gemeinsame Interessen mit denen mit welchen uns der Bundesstaat vereinigen soll? Sind die mit denen wir uns zusammenschließen sollen, nicht Fleisch von unserm Fleisch und Blut von unserm Blut? Oder werden uns denn unwürdige Bedingungen des Bundes geboten? Giebt man uns nicht die Ehre an der Spitze zu stehen, und mit der Ehre den Antrieb? Haben wir nicht, indem wir uns mit Einem Staate gegen dreißig verbünden, den Vortheil der Einheit, der historischen Ueberlieferung, der geschlossenen Verwaltung? Wenn sich ein Staat mit dreißig andern verbündet, so möchte ich weniger für den einen fürchten als für die dreißig andern. Ist die Executivgewalt nicht in die Hand unsers Herrscherhauses gelegt? Beschicken wir nicht die Hälfte des Volkshauses? Haben wir nicht neben den Rechten, die uns dieser Bundesstaat einräumt, außerdem unser geschlossenes Staatswesen, unsre 16 Millionen, unser Kriegsheer? Wer könnte beim Eingehen eines solchen Bundes für Preußens Selbstständigkeit, für Preußen überhaupt fürchten?« u. s. f. Aehnlich äußert er sich an einer Stelle seiner erwähnten Schrift, wo es ihm abermals gilt, den specifisch-preußisch Gesinnten die Bedenken auszureden. Hier lesen wir: »Der Begriff des Bundesstaats verlangt im Grunde die gleiche Berechtigung der Einzelstaaten, und dies Princip ist im Staatenhause wie in der Oberhauptsfrage zu Gunsten Preußens und zu

Ungunsten der Selbstständigkeit der übrigen Staaten in der Frankfurter Verfassung gebrochen«. — »Man mag die Sache drehen und wenden, wie man will, Preußen bleibt in dieser Verbindung mit dem übrigen Deutschland entschieden im Vortheil. Unter den beiden Hälften, welche unsere Verfassung zu dauernder und unauflöslicher Ehe verschmelzen sollte, war Preußen der Mann. Insbesondere hat nun Herr Hansemann vergessen, welchen Vortheil Preußen darin besitzt, sich auf einen geschlossenen und festen Staatsorganismus, auf Preußische Kammern, dem Reiche gegenüber stützen zu können. Es kann damit dem Reiche sogar, trotz seiner Angehörigkeit feindlich gegenüber treten, Preußen ist im Reiche viel eher zu stark als zu schwach. Oder ist es keine Schwächung des Mittelpunkts, wenn neben der Gesammtvertretung der Nation die Hälfte noch einmal in Berlin vertreten ist? Und diese Vertretung der Hälfte hat einen geschlossenen, koncentrirten, leicht beweglichen Staat, nicht einen Bundesstaat hinter sich. Mögen die Befugnisse und Kompetenzen vertheilt sein wie sie wollen, das moralische Gewicht und die physische Kraft werden in letzter Instanz entscheiden.« Im Folgenden wird dann ausgeführt, daß und warum die Frankfurter Verfassung unter den Staaten Preußen allein selbstständig bleiben ließ. Und als Abgeordnete (die »Partikularisten«) als die Mittelstaaten Einwendungen gegen die Frankfurter Verfassung machten, wie heftig schalt da die Reichspartei auf sie, daß sie auch gar keine Opfer bringen wollten, wie unablässig wurde behauptet, in der Reichsverfassung werde die Selbstständigkeit der Staaten gewahrt, es sei nur Vorwand des Partikularismus, daß man in derselben die Idee des Einheitsstaates finden wolle und ihren bundesstaatlichen Charakter in Abrede stelle u. s. f. Duncker gehörte unfraglich zu den Preußischen Abgeordneten, welche es vollkommen ehrlich mit der »Deutschen Sache« meinten und frei von unedler Selbstsucht waren, indem sie für das Preußische Kaiserthum wirkten. Aber man sieht, die völlige Freiheit von allem »Partikularismus,« die völlig selbstvergeßne Hingebung an Deutschland besitzt auch er nicht, die ich nie gefordert, bei deren Nichtvorhandensein ich nicht laut aufschreie, die aber manche Preußen zu besitzen sich anstellten, indem sie z. B. behaupteten, Preußen sei sich selbst genug, bringe nur Opfer, kaum zu billigende Opfer — und deren Mangel bei Oesterreichern die Preußische Partei nicht laut und bitter genug zu rügen wußte. Man könnte ihr »Deutsch« gesinnte Preußische

Politiker nennen, bei denen jener Partikularismus Dunckers sich vollkommen steigert bis zu dem: zuerst bin ich aber doch Preuße! und welche sie doch gern an der Stelle gesehen hätte, aus der sie Schmerling verdrängte, weil er zuerst Oesterreicher und dann Deutsch sei.

Auf besondres Erfordern sprach sich Reichensperger umständlich und offen über das einschlagende religiöse, bezüglich konfessionelle Moment aus. Die Grundzüge seiner damaligen Erklärung finden sich in einer Rede wieder, welche er späterhin in der National-Versammlung zur Empfehlung des (Rotenhan'schen) Direktoriums hielt*).

---

*) »Die confessionellen Gegensätze sind Thatsachen, denen gegenüber kein Ignoriren oder Vertuschen etwas hilft, und wollte man sie selbst ignoriren, so wird Einem das unmöglich gemacht, wenn man gewisse norddeutsche Blätter liest, in denen Sie noch ganz andere Ausfälle finden können als das Eine, isolirte allerdings überderbe Wort von Görres, welches Herr Bassermann, aus dem Zusammenhange gerissen, zuvor anführte. Eine gesunde Politik wird jene Thatsachen aber um so sorglicher berücksichtigen, weil sie die zarteste und verletzbarste Seite des Volksbewußtseins darstellen oder doch berühren. Wohl mögen Viele glauben, es sei das alles Vorurtheil, welches der fortschreitenden Bildung und Aufklärung weichen werde. Aber, meine Herren, es gibt auch noch viele Andere, und diese Anderen haben ein Recht darauf, berücksichtigt zu werden, welche in einer positiven Religion, nicht in einem bloß allgemeinen instinktmäßigen religiösen Drange, den Grundpfeiler der bürgerlichen Ordnung, sowie die sicherste, wenn nicht die einzige Gewähr für die Civilisation und deren Güter erblicken. Diese aber haben eine sehr begründete Veranlassung, bei jeder Neuerung, bei jeder staatlichen Einrichtung zu fragen, welches Verhältniß dieselbe zu ihrer Religion, ihrer Kirche einnimmt. Wie gesagt, wer das engherzig nennt und als solches vornehm bei Seite liegen lassen will, dem erwiedere ich, daß er keinen Begriff, ja keine Ahnung von der Größe einer Idee hat, welche alle Länder und alle Zeiten umfaßt, deren Ausdruck, die Kirche, allen Stürmen und allen Verfolgungen seit 18 Jahrhunderten Trotz geboten hat. Daß man nun von diesem Gesichtspunkte aus eine Suprematie des Nordens über den katholischen Süden nicht mit ganz gleichgültigem Blicke ansieht, zumal wenn noch 13 Millionen Oesterreicher ausscheiden sollten, das versteht sich wohl von selbst und braucht nicht von mir besonders hervorgehoben zu werden. Die Beispiele von Bedrückung der Minorität durch die Majorität in religiösen Angelegenheiten liegen uns noch viel zu nahe, als daß nicht eine gewisse ängstliche Besorgniß wach geblieben sein sollte. Die ausdrücklichsten Stipulationen der Bundesakte, ich erwiedere dies auf das, was Herr Stahl gesagt hat, haben in der Schweiz die übermächtigen Kantone nicht verhindert, unter allerhand

Er hob insbesondere die geschichtlichen Gegensätze hervor, und ihm so wenig wie den andern »Ultramontanen« — sei es daß Ausnahmen stattfanden — kam es in den Sinn, einen katholischen Kaiser zu empfehlen oder die Abwehr des protestantischen auf andre

---

Vorwänden die mindermächtigen katholischen Kantone um ihrer religiösen Einrichtungen willen niederzuwerfen und ihr Unterdrückungswerk endlich durch die Plünderung und Confiskation des Hospizes auf dem St. Bernhardt würdig zu krönen! So ist es, ich weiß es wohl, daß es an Phrasen und Vorwänden für derartige Unternehmungen niemals fehlt; man behauptet bloß, man stehe auf der Seite der Humanität, der Aufklärung, des Fortschrittes und hat damit alles gerechtfertigt. Aber gerade, weil diese Vorwände so nahe liegen, und weil weiter in unserer Zeit die absolute Herrschaft der Majoritäten sich immer mehr geltend macht, gerade deshalb halten sehr Viele es für dringend nöthig, daß mit dem guten positiven Rechte auch eine materielle Macht verbunden sei, auf welche es im Nothfall sich lehnen könne. Ich für meinen Theil bin weit entfernt, eine drohende Gefahr für Deutschland zu erblicken, daß hier im Geiste des Schweizer Radikalismus verfahren werden möchte. Weit mehr als auf die Preußische Verfassung aber und als auf die Satzungen der Grundrechte baue ich auf den Geist der wahren Duldung, die zu achten weiß, was Anderen heilig ist und auf den Geist der Billigkeit, welcher von Tag zu Tag fortschreitet und sich auch in dieser Versammlung bereits auf eine höchst erfreuliche Weise kundgegeben hat. Allein das darf uns doch nicht abhalten, vorsichtig Alles zu vermeiden, was auf dem religiösen Gebiete dem Glauben, es werde die Suprematie einer Religionspartei begünstigt, irgend wie Vorschub leisten könnte; gar leicht aber würde sich dieser Glaube in das katholische Deutschland eindrängen, wenn man in übereilter Weise ein Hauptgewicht in die Wagschaale der Einen Confession legen wollte. Die confessionellen Unterschiede beschränken sich übrigens keineswegs auf ein paar Katechismussätze, wie vielleicht Mancher glauben mag, sie greifen unendlich weiter, sie wurzeln unendlich tiefer, es hängt damit die Geistesrichtung, die ganze Anschauungsweise, das innerste Leben und Bewußtsein der Völker zusammen; deswegen muß man doppelt vorsichtig verfahren, wenn man auf diesem Gebiete Befürchtungen zu wecken im Begriffe steht. Ein Volk, welches für seinen Glauben fürchtet, fürchtet damit für sein eigenstes, innerstes Sein und Wesen, wie es dasselbe auch mit seinem Glauben einbüßt.« Am 26. Juli 1849 hielt Reichensperger vor den Kölner Wählern zur Preußischen Nationalversammlung eine Rede, worüber in der Allgemeinen Zeitung theilweis ganz falsch berichtet wurde. Er sagte über seinen religiösen Standpunkt Folgendes. Sein »Ultramontanismus« bestehe erstlich darin, daß er die innige Ueberzeugung in sich trage, daß die Heilmittel für unsre so tief zerrüttete kranke Zeit nur auf dem Boden der Religion Jesu Christi zu finden seien, daß alles Andere nur Palliativ sei, daß Alles was gesund und lebensfähig in den s. g. Errungenschaften, im Christen-

Bedenken als die in der erwähnten Rede geäußerten zu gründen. Im Uebrigen bemerkte Reichensperger noch wörtlich, auf die Gefahr in Acht und Bann zu gerathen bekenne er sich zu der Ansicht, daß ein beträchtlich erweiterter und verbesserter Bundestag mit Parlament und Reichsgericht, das einzig Zweckmäßige sei und allein die Bedingungen der Lebensfähigkeit in sich trage, auch die große Masse des Volkes befriedigen werde, sobald dasselbe erst wieder nüchtern geworden. Die Kasinokommission schickte sich zur Berichterstattung an, als ihr die Vorlage des Augsburger Hofes zukam, der dazu ausersehen zu sein schien die erste Angriffslinie zu bilden, indem diese Fraktion einen gemischteren unpartheiischeren Anstrich hatte, als das Kasino, das eigentliche Hauptlager der Preußischen und Reichspartei. Die Kommission deliberirte noch, als das Hinausdrängen Schmerling's den Austritt eines Theils der Mitglieder aus dem Kasino veranlaßte, unter welchen Reichensperger, Würth und Edel sich befanden, worauf Duncker sich Schubert und Langerfeldt anschloß und die Berichterstattung übernahm. Der Bericht erwähnte nicht, daß die Ansicht, welche er vertrat, nur die eines Theils der Kasinokommission war. Auswärts wurde gesagt und Effekt mit der Notiz gemacht, daß der Ausschuß des zahlreichsten Parlamentsklubs, sich für ein erbliches Oberhaupt einstimmig erklärt habe, was auch jetzt nicht andem war, da Zachariä die Wahlmonarchie noch festhielt.

Der Kasino-Entwurf weicht von dem des Augsburger Hofes namentlich darin ab, daß er den Titel des Reichsoberhaupts noch vorbehalten wissen will und nicht festsetzt, wer die Krone zu bestimmen habe, mit welchem die Würde des Reichsoberhaupts verbunden sein soll. Ihm zufolge hat das Reichsoberhaupt »alle die Rechte und Befugnisse, welche in der Verfassung der Reichsgewalt beigelegt und dem Reichstage nicht zugewiesen

---

thume wurzle, welches allein der Moral die Sanktion ertheile und dem Principe der Autorität, um dessen Herstellung es sich vor Allem handle, eine dauernde Grundlage zu geben vermöge. Betreffend das Verhältniß zwischen Staat und Kirche erklärte er, daß das Staatskirchenthum demselben Boden entsprossen, ein Kind desselben Geistes sei, wie der Absolutismus und die Lehre vom unbedingten Gehorsame, daß er daher das Eine mit dem Andern bekämpfen werde, ohne indeß je eine Trennung, geschweige denn einen Gegensatz von Kirche und Staat herbeizuwünschen. Endlich erklärte er sich noch für den Grundsatz der Gleichberechtigung der Konfessionen. — Ich vermag nichts Ketzerisches darin zu finden.

sind.« Dagegen sagt der Entwurf des Augsburger Hofes: »Nach dem von der Kommission angenommenen, in Belgien bereits geltenden System bildet die Mitwirkung des Reichstags die Regel, die ausschließende Befugniß des Reichsoberhauptes die Ausnahme.« Der Entwurf des Kasino scheint dem Reichsoberhaupte ein absolutes Veto beizulegen. Haym hat den Bericht im Auszuge mitgetheilt. Es wird daher um so weniger angemessen sein, ihn hier abdrucken zu lassen. Haym zollt ihm großes Lob, in welches ich jedoch nicht einzustimmen vermag. Die Berichterstattung, wie es mir scheint, hatte sich ihre Aufgabe sehr leicht gemacht. Es wurde jetzt wieder zur wichtigsten erstnöthigen Frage, ob man auf eine Reform der Bundesverfassung zurückkommen oder in dem Neubau fortfahren, ob man die wieder gefestigte Grundlage, die Staaten bei der Verfassung berücksichtigen wolle oder nicht? Der Kommissionsbericht berührte sie im Eingange um ohne Motivirung darüber hinwegzugehen. Auf eine »Erneuerung oder Umgestaltung des alten Bundestages« könne in keiner Weise eingegangen werden. Indeß mochte ein solches aufrichtiges Umgehen immer noch besser sein, als jene auf Erschleichung hinausgehenden Darstellungen oder Beweisführungen, dergleichen oft vorkamen und noch vorkommen, wie wenn Biedermann (S. 76.) einfließen läßt, daß alle Formen außer denen des Erbkaiserthums und der Republik nur als »Afterformen« hätten betrachtet werden können u. s. f. Rein abstrakten Charakters, die konkreten Verhältnisse gänzlich außer Augen lassend, ging der Berichterstatter von seinem willkürlichen Begriffe des zu gründenden »Bundesstaats« aus, und dieser Begriff war so gewiß falsch, als der Bericht das föderative Element, das Unterscheidende und Wesentliche im Bundesstaat, gar nicht berücksichtigte. Hiernach war es leicht, hin und her zu reden über Turnus und Trias, welche ohne Mühe verurtheilt werden konnten, um »der einheitlichen Reichsregierung durch einen Fürsten« und zwar einen erblich einzusetzenden Fürsten den Vorzug zu geben; denn auch gegen eine Wahlmonarchie ließ sich ex abstracto ohne Beschwerde so mancherlei einwenden. Hatte man sich einmal für die Erbmonarchie erklärt, so konnten nur Oesterreich und Preußen in Betracht kommen, und auch die Entscheidung für letzteres konnte kaum zweifelhaft sein. Es scheine am zweckmäßigsten, auf das Programm von Kremsier einzugehen und — die Verfassung demnach so einzurichten, daß sie auch für Oesterreich passe? Nichts

weniger; vielmehr Oesterreich auszuschließen durch Vereinigung des übrigen Deutschlands in eine große Masse, in ein Westreich, dem Oestreich gegenüber, welche beide Staaten sodann in ein festes Bündniß zu bringen sein würden. Daß Oesterreich deutlich genug zu erkennen gegeben, eben keineswegs eine solche Stellung sich anweisen lassen zu wollen, wurde gar nicht berührt, oder vielmehr man griff willkürlich heraus, mißdeutete und mißbrauchte jene als »patriotisch« und »loyal« anzuerkennende angebliche Erklärung Oesterreichs, die Neugestaltung Deutschlands, also die Errichtung des Westreichs, in keiner Weise hindern zu wollen, um »diese Situation rasch und staatsmännisch zu erfassen.« Eine Hegemonie, eine Oberherrschaft Preußens über Deutschland wollte man vermieden wissen, doch wird aus dem Bericht nimmer klar, auf welche Weise man sich dachte, daß dies geschehen solle. Die Bestimmungen des mitgetheilten Entwurfs waren der Art, daß keineswegs »für die zu errichtende Spitze jeder Gegensatz von Haus- und Reichsmacht« angekündigter Maße aufgehoben wurde, daß keineswegs, wie man glauben zu machen suchte die »Herrschaft Deutschlands über Preußen, die unmittelbare und unbedingte Verfügung über die großen Kräfte dieses Staats,« sondern das Umgekehrte nothwendig folgen mußte. Schließlich verhehlte man sich die Schwierigkeiten »einer erblichen Uebertragung der Reichsregierung« zwar nicht, schien aber gerade von den erheblichsten keine Ahnung zu haben. Man berührte nur einige derselben und meinte sie beseitigen zu können durch eine ansehnliche Verstärkung der Stimmenzahl Baierns im Staatenhause, eine Gleichstellung der Stimmenzahl zwischen Nord- und Süddeutschland, und durch Bestimmungen für die kirchlichen Verhältnisse, wodurch denn die »Hauptbedenken« gegen die Errichtung einer Erbmonarchie gehoben sein würden. Von dem Bedenken, daß ein selbstständig verbleibender Staat wie Preußen dreißig unselbstständigen Staaten gegenüberstehen würde im s. g. Bundesstaate (S. Duncker's oben mitgetheilte Aeußerungen) war nicht die Rede. In seiner Schrift auf das Reichsoberhaupt kommend gesteht Duncker, daß das Princip des Bundesstaats eine Kollektivspitze fordre, aber — eine solche taugte nichts, die Formen des Turnus und der Wahl taugten auch nichts, paßten nicht zu den übrigen Theilen der Verfassung. Dies insbesondre wird gut und leicht bewiesen. Die Frage nun aber, ob diese Verfassung und der Erbkaiser den konkreten Verhältnissen, die »das

Centrum im Auge hatte«, angemessen und erreichbar seien, und wo nicht, ob nicht eben der Satz, daß nur ein Erbkaiser zu der Verfassung passe, gegen diese zeuge, wird gar nicht aufgeworfen, die vorhandenen Mittel und Kräfte der Ausführung werden nur gelegentlich und ohne alle gehörige Würdigung in Betracht gezogen, und so, aber auch nur so ist dann der Schluß möglich und bei politischen Männern erklärlich: man mußte sich also für den Erbkaiser entscheiden! Von unsrer Seite wurde ziemlich dasselbe und Aehnliches als Einwand täglich wiederholt, — was Duncker (im Eingange) jetzt sehr gut ausführt, wie mit der ersten Begeisterung, dem raschen idealistischen Jugendmuthe nichts auszurichten, wenn nicht Reife, Entsagung u. s. w. hinzukomme. Wir sagten: sie ist aber ausgeblieben und läßt sich nirgend blicken. Duncker sagt: »wir gewahrten — nämlich zu spät, im März 1849 — wie unreif die politische Bildung unsrer Bürger, wie schwach ihre Thatkraft, wie charakterlos ihre Haltung sei, wie heißblütig und träumerisch unsere Jugend, wie leicht zu verführen, wie lenksam durch jede Vorspiegelung die Massen waren. Wir hatten gesehen, welches Verderben in das Proletariat eingerissen, wie zahlreiche und wie heillose Kräfte jeder kecken Emeute zu Gebote standen, wie folgsam sich Gerichte, Behörden und Bürger jedem Versuch des Terrorismus beugten.« Ferner: unsre Verfassung war ohne Preußen nicht zu realisiren. Die specifisch Preußische Partei, die Preußischen Kernprovinzen durften nicht fehlen, wenn Preußen an die Spitze des Bundesstaats treten sollte, wenn es galt (So! — ah!) Preußen zu neuer Größe zu führen. Die Staatsmänner jener Partei mußten begreifen, daß der Moment gekommen sei. Wir wußten aber, daß in den Stammlanden des Preußischen Staats weder die Idee der Deutschen Einheit besonders verbreitet und durchgebildet, noch das Verlangen nach derselben besonders mächtig war. Ein Hansemann griff unsern Plan heftig an, verdammte unser Centralisiren, schrieb in die Welt hinein, die offene oder versteckte Vernichtung Preußens würde nicht bloß das Resultat der Annahme der Frankfurter Verfassung sein, sondern sei auch die mehr oder weniger bewußte Absicht der Urheber. Seine Schrift schlug mächtig ein. Und nie beherrschte Souveränitätsschwindel unsre Partei; auch im Punkte der Souveränität verließ sie niemals die Bahn der Mäßigung u. s. f. (S. 104 f.) Um des Himmels Willen aber, wenn dem so war, wie kam sie zum Projektiren, Beschließen und Dekretiren einer Verfas-

sung, zu deren Annahme an vielen Stellen so viel Entsagung, zu deren Durchführung ein so williges Preußen und so viel Volkskraft, zu deren nützlichem Gebrauch so viel Volksreife, so viel Bedingungen gehörten, von welchen die Kasinomänner wußten, daß sie fehlten — worauf rechneten, woran dachten sie? — Wir erhalten keinen Aufschluß darüber, statt Lichtes nur neue Verdunkelungen; z. B. die Kaiserpartei habe dadurch zum Ziele zu kommen gehofft, daß sie eine Verfassung herstelle, die den Regierungen eben so annehmbar wäre, wie das Gesetz über die provisorische Centralgewalt, dem sie ja auch nachher ihre Zustimmung gegeben; wir hatten redlich danach getrachtet, den Regierungen die Verfassung so annehmbar als möglich zu machen. — Wie war es möglich, daß politische Männer sich so etwas einreden, mit solchen Tröstungen die »konkreten Verhältnisse« sich so aus den Augen rücken konnten! Bei solchem Kurzblick war es denn freilich kein Wunder, sondern ganz nothwendig, daß sie, die es unternahmen, ein Reich und Kaiserthum zu gründen, die Staaten und Dynastien unter ihre Paragraphen zu beugen, ein mächtiges Deutschland mit großer eigner selbstständiger Politik zu schaffen — daß sie nach ihrem Sinne nichts erreichten, der Contrerevolution und zunächst den Anarchisten in die Hände arbeiteten und fast zum völligen Siege verholfen hätten, und nachdem sie der Scylla entronnen in die Gefahr geriethen, dienstbare Werkzeuge einer kleinlichen, die Deutsche Einheit vielleicht in Ewigkeit zerstörenden Vergrößerungs-Idee und Politik zu werden, als hätte sich Deutsche Nation in ihren Vertretern zu Frankfurt versammelt um »Preußen zu neuer Größe zu führen«. Daneben fehlte und fehlt — ich beziehe dies nicht auf Duncker, dem alles Anmaßliche und Pretiöse fremd ist — der Hochmuth vor und nach dem Falle nicht. Wenn Jemand in jenen Tagen die Hindernisse schärfer ins Auge faßte und das Projekt wegen unzureichender Mittel für unausführbar erklärte, so nannte man das, wie mehrfach erwähnt worden, in der Frankfurter Kunstsprache »schwarz sehen« und sah in die Wolken bis man anrannte, worauf man, zu einem folgerichtigen Ende, schrie und wehklagte und die Steine schalt und schlug, über die man gestolpert war.

Abweichender Ansicht war immer noch wie gesagt, der späterhin so eifrige erbkaiserliche Zachariä. In einem Aufsatze, den er den Flugblättern zuwendete (1849, № 3.) erklärte er sich nachdrücklich für ein auf Lebenszeit zu wählendes Oberhaupt. Er sagt

darin u. a. »Wenden wir uns nun aber zur Betrachtung der gegen die Erbmonarchie an der Spitze von Deutschland sprechenden Gründe, so sind dies theils rechtliche, welche auf den Grund und das Maß der vorhandenen Deutschen Zustände und die im Volke herrschenden Ansichten basiren.

»Der entschieden gegen die Erbmonarchie sprechende Rechtsgrund liegt in der Natur und dem Wesen des Bundesstaats selbst, und wir begreifen in der That nicht, wie Diejenigen, welche sich rühmen wollen, den Bundesstaat nun ganz erfaßt zu haben, nicht erkennen, daß sie mit der Erblichkeit der Reichsoberhauptswürde, welche überdies gar nicht die historische Erinnerung für sich hat, geradezu auf den unitarischen Staat lossteuern und den föderativen aufgeben. Auch zum Wesen des Föderativstaats, der in dieser Hinsicht die Eigenschaften des Staaten-Bundes theilt, weil er eben seinen Grundlagen nach ein Bundesverhältniß ist, — gehört eine im Allgemeinen gleiche rechtliche Stellung, wenn auch nicht Bedeutung, seiner Glieder im ganzen Organismus; im Wesentlichen also das nämliche, was das Deutsche Bundesrecht mit den »wechselseitigen gleichen Vertragsrechten und Pflichten« bezeichnen wollte, auch hiermit eine der Verschiedenheit des Umfangs und der materiellen Kräfte entsprechende Ungleichheit in Betreff der Bundeslasten und des Stimmrechts verbunden war. Im Bundesstaate sind nun freilich alle Glieder desselben, eben weil er auch Staat ist, für die bestimmte ihm überwiesene Sphäre, der verfassungsmäßigen Staatsgewalt, die im Bundesstaat immer nur ein regimen minus plenum im Sinne des canonischen Rechts ist, untergeben und legen nicht mehr wie die verbündeten Souveränitäten im Staatenbunde ihren Willen unmittelbar in die Waagschaale der Bundesbeschlüsse, — allein eine dem Wesen des Bundesstaats schnurstracks zuwiderlaufende Rechtsungleichheit ist es, wenn diese Bundesstaatsgewalt zum Eigenthum eines Gliedes des Bundes gemacht und dadurch für das eine dauernd und ewig die Herrschaft, für die übrigen die Unterordnung und die Pflicht des Gehorsams begründet wird. Das, was man die Ebenbürtigkeit der Staaten nennen möchte und was für den Bundesstaat nicht geopfert werden kann, die allgemein rechtliche Gleichheit seiner Glieder, geht offenbar mit der Errichtung einer erblichen Oberhauptswürde verloren. Alle übrigen verlieren, man mag die Sache drehen und wenden, wie man will, die staatliche Ebenbür-

tigkeit; sie werden Vasallen des erblichen Oberhauptes und müssen dadurch auch in ihrer völkerrechtlichen Stellung nothwendig eine Capitis diminutio erleiden. — Die gegen die Erblichkeit der Reichsoberhauptswürde sprechenden politischen Gründe liegen noch viel näher; sie sind aber, insofern sie die factische Ausführbarkeit bedingen, recht eigentlich practischer Natur. Eine neu zu schaffende Erblichkeit widerspricht den gegenwärtig herrschenden Ideen, sie ist nicht volksthümlich und hat auch nicht einmal das historische Recht in Deutschland für sich. Noch weniger kann und wird sie den Deutschen Fürsten zusagen. Daß die Wahl, sie mag nun blos vom Reichstag, oder von den Fürsten allein oder unter Mitwirkung beider vollzogen werden, vielleicht immer auf den Fürsten eines und desselben Staats fallen wird, oder aus politischen Gründen fallen muß, ändert in der Sache nichts; bleibt doch die rechtliche Möglichkeit oder die Rechtsfähigkeit für Alle und damit die Ebenbürtigkeit. Die Einheit Deutschland's fordert die Erblichkeit nicht; sie wird dadurch nicht verbürgt, im Gegentheil vielleicht gefährdet. Dagegen wird die Möglichkeit, die einmal erlangte Würde bei einer neuen Wahl zu verlieren, ein mächtiger Sporn sein, sich der hohen Stellung würdig zu erzeigen und den übertragenen Beruf mit allen Kräften zum Heile Deutschland's zu erfüllen!«

Der Verfassungsausschuß begann nun gleichfalls seine Berathungen über die Oberhauptsfrage und während er und die Klubs eifrigst damit beschäftigt waren, nahm zugleich eine äußerst rührige Agitation für das Erbkaiserthum ihren Anfang, welche von Seiten der Partei namentlich in der Presse betrieben wurde, worauf wir zurückkommen. Hier ist zu bemerken, daß Schmerling weichen und Gagern in das Ministerium eintreten mußte, weil auf den Betrieb der Preußischen Partei, vornämlich der eigentlichen Leiter des Kasino, der Erbkaiserplan zur Reife gediehen, weil, vornämlich in den Fraktionen des Centrums, nunmehr eine Partei dafür gebildet war. Schmerling durfte nicht im Wege stehen, Gagern sollte das Werkzeug der Ausführung werden.

Gagern's Eintritt in das Reichsministerium. — Sein Programm.

In der Sitzung am 16. December wurde der Rücktritt Schmerling's und Würth's zur Anzeige gebracht. Unmittelbar darauf ergriff Gagern das Wort: »Einer hohen Versammlung habe ich über die gegenwärtige Stellung des Reichsministeriums eine Mittheilung zu machen. In Folge des Programms des Oesterreichischen Ministeriums, d. d. 27. November 1848, erkannte das Reichsministerium die Nothwendigkeit, daß die Stellung der Reichsgewalt zu Oesterreich auf einer Grundlage geordnet werde, die den obwaltenden Verhältnissen entspreche. — Der Herr Reichsminister v. Schmerling ging im Reichsministerium mit der Erklärung voraus, daß er als Oesterreicher nicht der geeignete Leiter dieser Frage sei. Das Ministerium beschloß daher übereinstimmend, Sr. kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Reichsverweser vorzuschlagen, mich in das Ministerium zu berufen. In dieser Lage der Sache wurde mir von Herrn v. Schmerling die erste Eröffnung gemacht. Ich erwiederte, daß ich als Leiter für die Oesterreichische Frage zur Zeit nicht in das Ministerium eintreten könne, da ich bezüglich des künftigen Verhältnisses des Deutschen Bundesstaats zu Oesterreich, als dieses principiell bei der Berathung der Verfassung zur Sprache gekommen, mit meiner Ansicht in der Minorität geblieben sei. Sollte aber in Folge des erwähnten Programms des Oesterreichischen Ministeriums, in Folge der Aufnahme, die es bei dem Oesterreichischen Reichstage in Kremsier, und wie es scheint, auch bei

der großen Mehrheit der Bevölkerung der Deutsch-Oesterreichischen Lande gefunden, die Ansicht der National-Versammlung über die Wahrscheinlichkeit der Stellung Oesterreichs zu dem übrigen Deutschland sich ändern, so würde ich es mir zur Ehre rechnen, wenn Se. kaiserliche Hoheit, der Erzherzog-Reichsverweser, mich berufen, und ebenso wie die Mitglieder des Ministeriums meine politische Richtung billigen würden, mit Männern im Ministerium zusammenzuwirken, die bisher in Ausübung ihrer Berufspflichten die höchste Achtung verdient und die vollste Anerkennung sich erworben hätten. — Seitdem hat sich die Lage der Sache dadurch geändert, daß zu meinem großen Bedauern der Herr Reichsminister v. Schmerling und der Herr Unterstaatssecretär v. Würth ihre Entlassung aus dem Ministerium nehmen zu müssen geglaubt haben. Die übrigen Mitglieder des Ministeriums waren nun der Ansicht, vor der Wiedervervollständigung des Ministeriums eine politische Maßregel von Bedeutung der hohen Versammlung nicht vorschlagen zu sollen. — Ich wurde gestern zu Sr. kaiserlichen Hoheit, dem Erzherzog-Reichsverweser, beschieden, und hielt es für meine, durch die Umstände gebotene Pflicht, dem mir gewordenen Auftrag, das Ministerium zu ergänzen, mich zu unterziehen.«

Man sieht also, Gagern nahm an, daß die Ansicht der National-Versammlung über das Verhältniß Oesterreichs in den Tagen von der ersten, ihm von Schmerling gemachten Eröffnung an sich geändert habe, und eigentlich war dadurch die Sache für ihn geändert. Er erklärte ferner, daß er dem ihm gewordenen Auftrage noch nicht habe genügen können, sich aber schon jetzt genöthigt sehe, das Präsidium der National-Versammlung niederzulegen *).

In der Sitzung am 18. December erfolgte die Mittheilung

*) Der Schluß seiner Ansprache lautete: »Nicht Ehrgeiz spornt mich, eine Mission von so großer Wichtigkeit zu übernehmen. Mein Ehrgeiz, so weit er reicht, fand volle Befriedigung in dieser hohen Versammlung, in der mir durch Ihre wiederholte Wahl die ehrenvollste Stelle ward, die einem Bürger geboten werden kann. — Auch von einer Ueberschätzung meiner schwachen Kräfte fühle ich mich frei. Ich rechne wesentlich auf die Unterstützung Sr. kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs-Reichsverwesers, auf die Unterstützung dieser hohen Versammlung und auf die Fortdauer des Vertrauens, das mir zu meinem tiefgefühlten Dank entgegengekommen ist, und das ich mir zu erhalten bestrebt sein werde.«

der Ernennung Gagern's zum Präsidenten des Reichsministerraths und zum Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten. Interimistisch war ihm zugleich die Leitung des Reichsministeriums des Innern übertragen. Er richtete hierauf sogleich eine Ansprache an die Versammlung, in welcher er sich über zwei Punkte verbreitete. Der erste war: das Ministerium erkenne es als seine nächste und wichtigste Aufgabe, das Zustandekommen der Verfassung zu fördern. Er ging indeß nicht näher darauf ein, brachte auch späterhin keine dahin zielende Vorlage, insbesondere keinerlei Proposition wegen einer die Betheiligung der Staaten am Verfassungswerke bezweckenden Einrichtung. Er hat diese Aufgabe auf eine andere Weise zu lösen gesucht; vergeblich, wie wir weiter unten sehen werden. Der zweite Punkt betraf das Verhältniß Oesterreichs, und hier forderte er die Ermächtigung, gesandtschaftliche Verbindung mit der Oesterreichischen Regierung anknüpfen (mit Oesterreich also wie mit einem auswärtigen Staat verhandeln) zu dürfen — zum Zeichen, wie wenig er Oesterreich und die Lage der Dinge in dieser Beziehung kannte, wie wenig er an die bisherigen trostlosen Ergebnisse des Gesandtenwesens der provisorischen Centralgewalt dachte. Und wie? Wäre es nicht traurig gewesen, wenn eine unzweifelhafte Nothwendigkeit sich gezeigt hätte, daß man von Oesterreich sich trennen müsse, wenn Oesterreich erklärt hätte, es könne und wolle bei Deutschland nicht bleiben, wenn die Deutsche National-Versammlung sich unmächtig erwies, die Losreißung eines Reichsdrittels zu verhindern? Und nun sollte von der National-Versammlung selbst der Trennungsbeschluß ausgehen! Gagern anticipirte eine angeblich erfolgte Scheidungserklärung von jener Seite, er ging von dem Satze aus: die Oesterreichische Regierung hat durch das Programm von Kremsier auf die an sie durch die Beschlüsse über die §§. 1 bis 3 gestellte Frage in einer Weise geantwortet, daß es, obgleich mit Deutschland in unauflöslichem Bunde verbleibend, als in den zu errichtenden Bundesstaat eintretend nicht zu betrachten ist. Als aber jene »Frage« gestellt wurde, hatte ja Gagern selbst so bestimmt ausgesprochen, daß man auf seinen Zusatz werde zurückkommen, also den ersten Beschluß werde ändern müssen. Jetzt sah auch er das Verfassungsprojekt und insbesondere den vorläufigen Beschluß über das Verhältniß Oesterreichs als bereits festgestellt an. Seine Annahme, daß die National-Versammlung ihre Ansicht geändert, für Trennung von Oesterreich sich entschlossen habe, war

eine willkürliche, durchaus unberechtigte. Eine Meinungsänderung war eingetreten bei einem Theile der Abgeordneten, bei einzelnen Fraktionen, bei einer Partei, hatte aber noch keinerlei offiziellen Ausdruck durch erneuerte Berathung und Beschlußfassung der National-Versammlung erhalten. Es war eine durchaus unberechtigte Annahme, daß ein Bundesstaat zu errichten sei, an welchem Oesterreich nicht Theil nehme, weil die National-Versammlung — in erster Lesung — Grundlagen beliebt, wodurch Oesterreich der Eintritt unmöglich wurde, und weil Oesterreich dies erklärt haben sollte.

Gagern kam schlüßlich von seinen Voraussetzungen zu der Folgerung: eine Union mit Oesterreich zu schließen, bleibt der nächsten Zukunft vorbehalten — über die bestehenden und künftigen Bundespflichten und Rechte Oesterreichs ist mit ihm durch Gesandte zu verkehren — die Verfassung des zu errichtenden Bundesstaats kann nicht Gegenstand der Unterhandlung mit ihm sein *).

---

*) Die Worte Gagern's lauteten: »Ein Gefühl der Nothwendigkeit, ein heißes Verlangen durchdringt das Volk: daß das Verfassungswerk schnell vollendet sein möge. — Die verfassunggebende Reichsversammluug hat dieses erkannt und nähert sich dem Ziele ihrer großen Aufgabe. — Zwar ist die Errichtung des Verfassungswerkes von der Wirksamkeit der Centralgewalt ausgeschlossen; die Wege aber anzubahnen, damit die vollendete Verfassung in Wirksamkeit treten könne, thätig zu sein, wo vorauszusehenden Hindernissen vorgebeugt werden kann, und etwa eintretende zu beseitigen sind, — eine solche das Verfassungswerk betreffende Wirksamkeit der Centralgewalt erscheint in so hohem Grade als Bedingung der allgemeinen Wohlfahrt, daß das Reichsministerium sie für die nächste und wichtigste erkennt. — Die Stellung, welche Oesterreich zur Deutschen National-Versammlung und zu der provisorischen Centralgewalt für Deutschland eingenommen hat, legt dem Reichsministerium die Pflicht auf, der National-Versammlung, deren Aufmerksamkeit durch diese wichtigen Fragen bereits in Anspruch genommen ist, Vorlage zu machen.

Das Programm des Oesterreichischen Ministeriums vom 27. Novbr. spricht aus:

1) daß alle Oesterreichischen Lande in staatlicher Einheit verbunden bleiben sollen;
2) daß die Beziehungen Oesterreichs zu Deutschland dann erst staatlich geordnet werden könnten, wenn beide Staatenkomplexe zu neuen und festen Formen gelangt sein, das heißt ihre innere Gestaltung vollendet haben würden.

Diese Auffassung der Stellung Oesterreichs zu Deutschland hat nicht allein den Beifall des Oesterreichischen Reichstags zu Kremsier erhalten,

Ging man aber davon aus, daß Oesterreich erklärt habe, es könne sich auf die Verfassung, welche in Frankfurt projektirt werde, nicht einlassen, so lag es in der Natur der Sache, zu Unterhandlungen

---

sondern scheint auch den Wünschen und Ansichten der großen Mehrheit der Bewohner der Deutsch-Oesterreichischen Lande zu entsprechen. — Es ist damit Oesterreichischer Seits die Antwort auf die Frage ertheilt, welche in der Beschlußnahme der National-Versammlung über den Verfassungsentwurf: »Kapitel vom Reich und der Reichsgewalt«, namentlich in den §§. 1 bis 3 enthalten, an Oesterreich gestellt worden ist. — Das Reichsministerium glaubt in Beurtheilung der Stellung der Centralgewalt zu Oesterreich von folgenden Sätzen ausgehen zu müssen:

1) Bei der Natur der Verbindung Oesterreichs mit unseren Deutschen Ländern beschränkt sich für jetzt und während des Provisoriums die Pflicht der Reichsgewalt darauf, das bestehende Bundesverhältniß Oesterreichs zu Deutschland im Allgemeinen zu erhalten. Es ist aber das Sonderverhältniß Oesterreichs anzuerkennen, wonach es anspricht, in den zu errichtenden Deutschen Bundesstaat unter Bedingungen, die die staatliche Verbindung der Deutschen mit den nichtdeutschen Oesterreichischen Landestheilen alteriren, nicht einzutreten. (Bewegung).
2) Oesterreich wird also nach den bis jetzt durch die National-Versammlung gefaßten Beschlüssen, wodurch die Natur des Bundesstaats bestimmt worden ist, als in den zu errichtenden Deutschen Bundesstaat nicht eintretend zu betrachten sein.
3) Oesterreichs Unionsverhältniß zu Deutschland mittelst einer besondern Unionsakte zu ordnen, und darin alle die verwandtschaftlichen, geistigen, politischen und materiellen Bedürfnisse nach Möglichkeit zu befriedigen, welche Deutschland und Oesterreich von jeher verbunden haben, und in gesteigertem Maße verbinden können, bleibt der nächsten Zukunft vorbehalten. (Bewegung; Aeußerungen der Mißbilligung auf der Linken).
4) Da Oesterreich zu dem von der provisorischen Centralgewalt repräsentirten Deutschland zwar in einem unauflöslichen Bunde steht, in den Bundesstaat aber nicht eintritt, so ist die Verständigung über alle gegenseitigen, sowohl bereits bestehenden, als künftigen Bundespflichten und Rechte auf gesandtschaftlichem Wege einzuleiten und zu unterhalten.
5) Die Verfassung des Deutschen Bundesstaates, deren schleunige Beendigung zwar im beiderseitigen Interesse liegt, kann jedoch nicht Gegenstand der Unterhandlung mit Oesterreich sein.

Indem ich diese Sätze der Prüfung der National-Versammlung übergebe, suche ich für das Reichsministerium um die Ermächtigung an, die gesandtschaftliche Verbindung mit der Regierung des Oesterreichischen Kaiserreichs, wodurch den erörterten Verhältnissen entsprochen wird, Namens der Centralgewalt anknüpfen zu dürfen. — Ich erlaube mir, daran

gerade über die Verfassung vorzuschreiten. Wie konnte doch von einem Verbleiben Oesterreichs in unauflöslichem Bunde bei einem solchen Rückenwenden, einer solchen Fehdeansagung gesprochen werden, und wenn vorerst noch nicht einmal von der zu errichtenden Union die Rede sein sollte. Vergleicht man dieses Gagern'sche Programm mit dem Antrage, den das Ministerium am 13. beschlossen und dem Kasino als das Programm empfohlen, auf welches Gagern eintreten und die Unterhandlungen führen wolle, so erkennt man einen gleich beträchtlichen wie raschen Wechsel der Ansicht und Absicht, der sich aus Schmerling's Rücktritt nicht erklärt, sondern darauf hinweis't, daß vom 13. bis 15. etwas vorgegangen sein muß, was jenen Wechsel verursachte, womit dann wieder die Nöthigung Schmerling's zum Rücktritt zusammenhing.

Die Londoner Briefe, von welchen oben die Rede war, mögen unmittelbar nach dem 13. eingetroffen sein. Bekannt ist Bunsen's Aeußerung, in dem Gagern'schen Programm hätten die Engländer sogleich einen politischen Gedanken anerkannt, das will sagen, Lord Palmerston habe darin seinen Gedanken und sein Werk wiedergefunden. Braun (Deutschland und die Deutsche National-Versammlung, S. 52) spricht ein strenges Urtheil aus: »Die Plane, die man im Stillen gehegt, traten rasch hervor. Der neue Ministerpräsident trat mit einem Programm vor die Versammlung, welches in Form und Inhalt die handgreiflichsten Mängel an staatsmännischer Weisheit und Ruhe verrieth, aus unsichern oder falschen Prämissen unhaltbare Schlüsse zog und damit anfing, womit es im allerungünstigsten Falle hätte enden müssen, mit dem Ausschlusse Oesterreichs aus Deutschland. Die Impetuosität, womit er als Präsident die National-Versammlung glücklich beherrscht, hatte er auf den Präsidentenstuhl im Reichsministerium mit hinübergenommen, sein Programm im Ministerium nur flüchtig vorgelesen, ohne es, wie es sich gebührt hätte, der allerschärfsten Prüfung unterziehen zu lassen« u. s. f. Ich weiß nicht, wie es hiermit sich verhalten hat, glaube aber allerdings sagen zu können, daß es konfus genug hergegangen. Impetuosität war der Charakter aller Schritte in jenen Tagen. Bauer (der Untergang des

---

die Bitte zu knüpfen, daß diese Vorlage zwar nach ihrer Wichtigkeit an einen Ausschuß zur Begutachtung überwiesen, die Verhandlung der Sache aber möglichst beschleunigt werden möge«.

Frankfurter Parlaments, S. 115 ff.) bezweifelt, daß Gagern durch Vorlegung seines Programms seiner eigenen Ansicht gefolgt sei, und bemerkt: »machte ihn die (vorausgesetzte) Uebereinstimmung seines Programms mit dem von Kremsier nicht bedenklich, hielt er das Zugeständniß des letztern, wonach Oesterreich und Deutschland ruhig ihrem Verjüngungsprozeß überlassen werden sollten und die Möglichkeit, ihre gegenseitigen Beziehungen zu bestimmen, von dem Abschluß ihrer besondern Umbildung abhängig gemacht wurde, für vollen Ernst? Sah er nicht, daß sein Plan mit der Intrigue des temporisirenden Oesterreichischen Kabinets zusammentraf, fürchtete er nicht, daß seine »Idee« nur der Vorwand einer Intrigue und zur Ausführung gar nicht bestimmt sei? — — Glaubte er, daß Oesterreich Deutschland freilassen, freiwillig aus Deutschland austreten werde? Er hätte von dem Oesterreich, mit welchem er in diplomatischen Verkehr treten wollte, wissen können, daß es ihn zurückweisen werde«, u. s. f. Wo Haym der mehrerwähnten Rede Gagern's in der Hessischen Kammer am 24. März 1848 gedenkt (S. 174 ff.), sagt er, in dieser Rede habe Gagern zuerst öffentlich die Idee dargelegt, die er am 26. Oktober vor der National-Versammlung erörtert und die ausgeführter und präciser in seinem ministeriellen Programm zu Tage gekommen, die er aber seit Jahren im Stillen mit sich herumgetragen, und welche hingegangen sei auf eine friedliche Auseinandersetzung mit Oesterreich, um dann um so fester das übrige Deutschland zu staatlicher Einheit zusammenzufügen, welche ferner in der National-Versammlung im Stillen Propaganda gemacht und ihre Bestätigung durch das wohlverstandene Kremsierer Programm gefunden, wonach denn die Sache den Händen des Mannes habe anvertraut werden müssen, in dessen Kopfe der Plan ihrer Gestaltung seit Jahren in immer gleicher Klarheit (?!) gestanden. — Dies erscheint indeß als eine »windige Rede.« Es lag denn doch eine nicht ganz geringe Kluft zwischen den An- und Absichten, welche Gagern am 26. Oktober, und denen, welche er am 18. December kund gab. Er war offenbar vorangedrängt. Was aber das Uebrige betrifft, so liegen Geständnisse darin, denen zur vollen Offenheit nur fehlt, daß der deutlich durchblickende Zwischensatz unausgesprochen geblieben ist: wonach denn die Fabel einer Intrigue erfunden wurde, um einen Mann, der im Wege stand, zu beseitigen und die Sache in die Hände des Mannes zu legen, der u. s. f. Im Uebrigen nehme

ich gern an, daß nicht an eine absichtliche, sondern an eine Erfindung der erhitzten Köpfe und Leidenschaften dabei zu denken ist.

Es kam der Kaiserpartei bei ihrem doktrinären Charakter auf einige Schwierigkeiten mehr oder weniger nicht an. Zunächst galt es der Durchführung ihres im ministeriellen Programm hervortretenden Plans in der National-Versammlung. Dazu gehörte gewiß eine beträchtliche, verläßliche und dauerhafte Mehrheit. Allein sie hatte entweder überhaupt nicht daran gedacht, ob sie eine Mehrheit für denselben haben werde, oder sie hatte schlecht kalkulirt.

Der Ansprache Gagern's folgte eine äußerst stürmische Verhandlung. Man stritt heftig und lange an was für einen Ausschuß die ministerielle Vorlage zu verweisen sei, und auch daraus war ersichtlich, welche Wichtigkeit der Frage von allen Seiten beigelegt wurde. Venedey beantragte, dieselbe direkt, augenblicklich und ohne Verhandlung zu verwerfen. »Wir sind hierher gekommen, meine Herren, um Deutschland's Einheit zu konstituiren, und man schlägt uns hier vor, einen Theil Deutschland's aus Deutschland hinauszuwerfen. An dem Tage, wo wir diesen Antrag auch nur verhandeln, verhandeln wir eine Theilung Deutschland's. Die Deutsche Nation hat schon genug gelitten, jetzt endlich ist sie aufgestanden, und hat uns hierher gesandt, Deutschland zu konstituiren, und man will uns einen Theil Deutschland's feil machen. Ich bin hierher gekommen in die Paulskirche, fest entschlossen, mit der Paulskirche zu stehen, oder zu fallen. Aber nicht einen Augenblick länger will ich hier sitzen, wenn Oesterreich nicht dabei ist.« Aehnlich sprach Reitter aus Prag davon, daß man aus Deutschland ein zweites Polen machen, einen Theil Deutschlands an Oesterreich und damit an Rußland überliefern wolle. Kaum vermochte der Vorsitzende dem Abgeordneten Plathner Gehör zu verschaffen, der gegen Entscheidungen unter Gefühlsaufregung sprach, sich indeß dawider verwahrte, als betrachte er Oesterreich wie Ausland. Rüder wollte nicht anerkennen, daß mit Recht gesagt sei man wolle Oesterreich ausschließen. Dies sei doch in der ministeriellen Vorlage »nicht gerade« enthalten, wenigstens gehe sie von der Voraussetzung aus, daß nach den Verträgen von 1815 Oesterreich noch im Staatenbunde, also noch ein Deutscher Einzelstaat sei. Hartmann äußerte: »Ich halte es für ein Verbrechen, auf den Antrag des neuen Ministerpräsidenten nur mit drei Worten einzugehen. Wir sind nicht hierher gekommen, um mit Anderen Verträge zu schließen; wir

haben hier unter uns zu entscheiden über das Schicksal Deutschland's; wir haben keine Gesandten zu schicken. Wir Oesterreicher sind nicht hergekommen als verlorene Söhne, um Eingang in das Vaterhaus zu betteln. Wir sind hier zu Hause und haben ein Recht, hier zu sitzen, wie alle anderen Deutsche. Wir werden uns nicht hinausstoßen lassen, nicht fein, nicht grob, nicht durch Ränke, nicht durch Gewalt. Ich trage darauf an, daß wir über diesen Antrag, wie er es meiner Meinung nach verdient, sogleich und unmotivirt zur Tagesordnung übergehen.« Vincke sprach wie folgt: »Ich habe zunächst von meinem Standpunkte und dem meiner politischen Freunde aus die Pflicht, mich gegen Das zu verwahren, was von den geehrten Mitgliedern für Homburg und Leitmeritz gesagt worden ist, als ob auf irgend einer Seite des Hauses die Absicht vorwalten könnte, Oesterreich aus Deutschland auszustoßen. Als die Frage früher zur Erörterung kam, so hat es wahrlich nicht an mir und meinen politischen Freunden gelegen, daß die §§. 2 und 3 angenommen wurden; wir haben uns vielmehr der Majorität der Oesterreichischen Abgeordneten in diesem Hause dahin angeschlossen, daß wir **principaliter** uns dafür erklärten, daß die Sache überhaupt für Oesterreich noch nicht entschieden werden sollte, und wenn man uns damals gefolgt wäre, so wären wir jetzt nicht in dies Dilemma hineingekommen. Wir haben ferner namentlich mit der Majorität der Oesterreichischen Abgeordneten konferirt und uns mit ihnen darüber benommen, was sie von dem Standpunkte ihres Landes aus für das Angemessenste hielten, und dann erst haben wir uns eventuell mit denselben dafür ausgesprochen, daß eine engere Verbindung Oesterreich's mit Deutschland, die möglichst engste, sofort angebahnt werden müsse, weil Oesterreich, ohne sich selbst zu vernichten, auf die von der hohen Versammlung beliebte Personalunion sich nicht einlassen könne; und Sie werden sich erinnern, daß diese Ansicht in einem Minoritäts-Erachten von einem Oesterreicher zuerst vorgeschlagen, und die Verbindung darin als eine völkerrechtliche bezeichnet wurde, und daß gerade darauf hin viele von Oesterreichern unterzeichnete Amendements ausgegangen sind. Wir wollten also **principaliter** die Entscheidung verschieben, weil die Oesterreichische Regierung nicht in der Lage sich befand, sich zu erklären; eventuell aber die Verbindung mit Oesterreich so anbahnen, wie sie den gegenseitigen Interessen am geeignetsten erscheine. Ich muß mich daher aufs Entschiedenste dagegen verwahren,

daß man uns eine Absicht unterschiebt, als ob wir Oesterreich ausstoßen wollten, denn gerade unsere Ansicht wurde ja durch die meisten Oesterreicher selbst, durch mehrere von ihnen gestellte Amendements vertheidigt. Wir würden die Sache meiner Meinung nach ganz ruhig ihrem historischen Verlaufe haben überlassen können, da sie auf diesem Wege ihre gehörige Entwickelung finden mußte; wir sind aber leider! jetzt vorzeitig in die Nothwendigkeit gekommen, uns damit zu befassen, und zwar nicht durch unser Ministerium, sondern durch die Ansichten, welche das Oesterreichische Ministerium in seinem Programme leider ausgesprochen hat. Wir können in dieser Beziehung zwar allenfalls überschlagen, wann wir mit unserer Verfassung fertig sein werden; wir können aber nicht beurtheilen, wann die Oesterreichische Regierung sich glaube entscheiden zu können, wir wissen nicht, wie die Sachen in Kremsier stehen, wann die Oesterreichische Verfassung vollendet, und so für das Ministerium Schwarzenberg der Zeitpunkt eingetreten sein wird, in welchem von Oesterreich aus die verheißenen Eröffnungen uns werden gemacht werden können. In dieser Lage können wir unmöglich die Vollendung des Deutschen Verfassungswerkes beruhen, wir können die andern dabei betheiligten 29 Millionen Deutsche nicht darauf warten lassen, wann es dem Oesterreichischen Ministerium gefallen wird, uns seine Eröffnungen über die künftige Stellung Oesterreich's zu machen. Wenn also im allseitigen, nicht bloß im Interesse Oesterreich's, wenn im Interesse aller Deutschen Stämme die Sache entschieden werden soll, so muß dies doch auf irgend eine Weise angebahnt werden, und zu diesem Zwecke, nicht aber um Oesterreich auszustoßen, sollen Verhandlungen angeknüpft, sollen Gesandte abgeschickt werden. Das ist der Standpunkt, von welchem aus ich und meine politischen Freunde diese Oesterreichische Angelegenheit betrachten.«

Hiermit hätte man schon zufrieden sein können, wäre nur nicht der Ministerpräsident, der die Unterhandlungen führen sollte, von der Voraussetzung beherrscht gewesen, daß Oesterreich sich ausgeschlossen habe und daß eine Verfassung definitiv zu beschließen, ja schon so gut wie beschlossen sei, in welche Oesterreich nicht eintrete. So stand die Sache und so verhielt es sich mit dem »Zwecke Oesterreich auszustoßen,« den man läugnen und doch nur sophistisch läugnen konnte. — Löwe von Calbe verlangte, daß ein neuer Ausschuß gewählt werde, weil die Parteistellung eine ganz andre

geworden sei. Die bestehenden Ausschüsse, welche hätten gewählt werden können, waren nämlich überwiegend aus den Centren besetzt, aus der Kaiserpartei. Wichmann wollte eben wegen der dermaligen Gestaltung der Parteien keinen neuen Ausschuß. Gegen einen solchen sprach auch Beseler von Greifswalde. Man sage freilich, es habe sich in der Majorität eine Aenderung zugetragen, allein man werde das auch in den Ausschüssen finden. Zur Linken gewendet fügte er hinzu: »Sie werden Bundesgenossen in den Ausschüssen haben, welche früher nicht da waren, die Sie früher nicht erwartet haben.« Von der Rechten wurde hierzu ironisch »Ah! Bravo!« gerufen. Es erregte Bewegung auf der Linken und auf der Rechten, als er weiter äußerte: Dem Oesterreichischen Ausschusse sei die Sache nicht zu überweisen, denn er habe es nicht bloß mit Oesterreichischen sondern auch mit Deutschen Angelegenheiten zu thun. Man schlage den Verfassungsausschuß vor, weil es sich um eine Veränderung der §§. 2 und 3 handle; allein daran glaube Niemand, wenigstens er gewiß nicht, sondern es handle sich namentlich um §. 1 des Entwurfs vom Reiche, überhaupt um das Ganze desselben, um Thatsachen, denen man männlich ins Auge sehen müsse, denn man müsse die Verhältnisse nehmen wie sie seien, nicht wie man sie gewünscht. Und das war eine große Wahrheit, die jedoch gerade verkannt wurde, indem man das Kremsierer Programm nach eignem Wunsch statt nach seiner Bedeutung auslegte, auf den Schooßkind-Paragraphen bestehen, mit Oesterreich über dem Knie fertig werden, die Deutschen Staaten durch Beschlüsse in ein Erbkaiserthum verwandeln zu können glaubte u. s. f. Er schlug den Biedermann'schen oder auch den völkerrechtlichen Ausschuß vor. Giskra entgegnete, vor letzteren gehöre die Sache am wenigsten. »Noch ist Oesterreich nicht verloren aus Deutschland, und ich hoffe zu Gott es wird darin bleiben!« Aeußerungen dieser Art fanden auch noch im Centrum Anklang. Graf Deym sprach für einen neuen Ausschuß, auch deshalb, damit man nicht irgend eine Intrigue oder eine Uebereilung in der Sache nachträglich und späterhin dem gefaßten Beschlusse vorwerfen könne, damit so ehrlich, offen und unparteilich als möglich in der Sache vorgegangen werde. »Deutschland und Oesterreich gehört zusammen, hat immer zusammengehört und wird, so Gott will, zusammenbleiben. Das, was hier vorliegt, sind faktische Verhältnisse. Eine Revolution hat Deutschland sowie Oesterreich ergriffen, beide sind in ihrer neuen

Formation, in ihrer Wiedergeburt begriffen. Dieses Faktum können wir nicht wegleugnen. Dieses Faktum hat das Oesterreichische Ministerium ausgesprochen, — sonst Nichts! Ja, es hat sogar in seinem Programme eine staatliche Einigung in Aussicht gestellt, es hat nicht das Wort völkerrechtliche, sondern »staatliche Einigung« gebraucht. Meine Herren! Von einem Austritte Oesterreichs kann nach meiner Ansicht nicht die Rede sein. Aber Oesterreich kann in dem Augenblicke, in der Metamorphose, in der es selbst begriffen ist, nicht einen zweiten Prozeß mitmachen, es muß sich einstweilen auf das beschränken, in dem Verhältnisse zu bleiben, in dem es bisher zu Deutschland gestanden hat. Ebenso sagt das ministerielle Programm: den Bundespflichten wird Oesterreich stets treu nachkommen, es schließt sich nicht aus, es wird stets seine Bundespflichten erfüllen. Ich werde mich stets als Deutscher fühlen, ich wäre unglücklich es nicht mehr zu sein.«

Die Gagern'sche Partei vermochte nicht durchzudringen. Es wurde beschlossen, daß ein neuer Ausschuß gewählt werden solle, dem auch Reichensperger's Antrag zuzuweisen sei. Das Ergebniß der Wahl in den Ausschuß bestand darin, daß die bisherige parlamentarische Mehrheit gänzlich unterlegen war. Von der Rechten war nur ein einziges Mitglied gewählt: von Linde. Das Kasino hatte nur zwei seiner Mitglieder, und darunter ein österreichisches, durchgesetzt: Sommaruga und Rüder; der Augsburger Hof war durch Barth und Paur, der auch schon »für Alles was einen Beischmack von Links hatte leicht zu habende« Landsberg durch Buttel vertreten. Die Uebrigen waren den Fraktionen der Linken, zum Theil der äußersten Linken entnommen, welche bisher nur sehr wenige der Ihrigen in die Ausschüsse zu bringen im Stande gewesen war: Rheinwald, Christmann, Reitter, Giskra, Hildebrand, Venedey, Max Simon, Makowiczka, Kirchgeßner. Wo war nun die große Mehrheit, von welcher behauptet war, sie wolle Schmerling nicht länger im Ministerium leiden, verlange daß Gagern an die Spitze der Geschäfte und Preußen an die Spitze Deutschlands trete, betrachte die Paragraphen 2 und 3 als endgiltig und begehre die Errichtung eines Reiches oder Bundesstaates ohne Oesterreich? Wo blieben die Voraussetzungen der Kaiserpartei, des ministeriellen Programms? In demselben Sinne, wie der Ausschuß gewählt war, erfolgte die Vorstandswahl in demselben. Die Ankündigung erregte (am 20 December) eine nicht geringe Sensation in der Versammlung

und es entstand nun große Besorgniß wegen des Ergebnisses der Ausschußverhandlungen, wegen der ministeriellen Vorlage, wegen Stehens oder Fallens des Ministeriums Gagern, wegen der Durchführung des Plans der Preußischen Partei.

Die Korrespondenz der Centren sprach sich in ihrer № 10. (vom 18. December) über die erwähnte Debatte, insbesondere über den vielfach verlautenden Vorwurf, daß man Oesterreich aus Deutschland hinausdrängen wolle, mit strengem Tadel aus. »Also auch hier das gewöhnliche parteimäßige Verkennen alles faktisch Bestehenden, auch hier wieder ein absolutes Vergessen aller der von Oesterreich ausgegangenen Manifestationen und Erklärungen, welche das Verhältniß Oesterreichs zu dem gemacht haben, welches es jetzt nun leider ist und in der ministeriellen Vorlage ganz richtig bezeichnet ist.« Darin lag Wahrheit, nicht aber die ganze, nicht einmal recht viel. Die Korrespondenz gedachte parteimäßig aller der von Preußen — das dem Centrum den Gehorsam geweigert, das durch keine Beschlüsse und Reichskommissäre zur Aenderung des Ministeriums, zur Rückverlegung der Landesversammlung nach Berlin zu bewegen gewesen war — sie gedachte der von Preußen ausgegangenen, die süßen Worte und Zusicherungen Preußens recht sehr in Zweifel stellenden »Manifestationen«, und sodann der von der National-Versammlung, von Deutscher Seite gegen Oesterreich ausgegangenen Manifestationen, der §§. 2 und 3 namentlich, nicht. Der ganze Erbkaiserplan schloß nothwendig die Ausscheidung Oesterreichs in sich, er war älter als das Programm von Kremsier und »alle die« Oesterreichischen Manifestationen und Erklärungen. Nach Allem was vorgegangen und ausgesprochen war, hätte man ehrlich und offen mit der Sprache herausgehen, wenigstens nicht unter Beschuldigungen wider die Gegner läugnen sollen, was am Tage lag. Für den Antrag, die Vorlage des Reichsministeriums an den Ausschuß für Beurtheilung des Verhältnisses der Einzelstaaten zur Centralgewalt zu verweisen, der mit 257 gegen 198 verworfen wurde, stimmte mit der Gagern'schen Partei eine große Anzahl der »Ultramontanen«, »Partikularisten« u. s. w. denen von diesem Tage an Koalition mit der Linken vorgeworfen wurde: unter ihnen Bothmer, Bally, Detmold, Edel, auch ich und eine gute Zahl anderer Mitglieder des Pariser Hofklubs, der in diesen Tagen sich bildete. Dasselbe geschah bei dem Antrage, die Vorlage des Ministeriums an den Ausschuß für internationale Angelegenheiten zu verweisen.

Es war dies ein offenbarer Beweis von Selbstverläugnung, die wir übten, ja eigentlich ein Fehler, zu Gunsten der Meinungsgegner begangen. Unten wird sich indeß zeigen, wie die Reichspartei von dieser Zeit an unaufhörlich uns Verbrechen machte aus Dingen die keine waren, uns fälschlich anklagte und nie eine Hülfe anerkannte, welche wir ihr leisteten. Statt ihren Fehler zu erkennen und auf andre Wege zu denken, statt sich selber ihre falschen Voraussetzungen und Schritte vorzuwerfen, gerieth sie in einen Zorn gegen die Andersmeinenden, in eine Stimmung, worin sie die Dinge nicht sah wie sie waren, nicht that was Recht war, Billigkeit und Gerechtigkeit vergaß. Um die eigne Schuld an der schlimmen Wendung, welche eintrat nicht einzugestehen, erfand sie allerlei Höllenkünste, wodurch die Parteigegner die Schuld daran tragen sollten.

Der Eintritt Gagern's an Schmerling's Stelle wurde Seitens der Kaiserpartei als ein großer Schritt zu ihrem Ziele betrachtet und war es offenbar, gerade sofern und weil sie das Hinausdrängen von Oesterreich betrieb. Ich muß hier auf ein Aktenstück kommen, das im März 1849 von mehreren Blättern, und zwar als theilweiser Inhalt des Entlassungsgesuches mitgetheilt ist, das nach der Verwerfung des berufenen Welcker'schen Antrags von Gagern Namens des Gesammtministeriums eingereicht wurde.

So viel ich mich entsinne und im Augenblick zu erforschen vermag, haben indeß die O.=P.=Amts= und die Deutsche Zeitung, so wie die Parlamentskorrespondenz ein gänzliches Stillschweigen darüber beobachtet. In der ersten Zeit nach seinem Bekanntwerden wollte man ihm die Aechtheit, jedoch mit Unrecht, absprechen. Reichensperger sprach in der Sitzung am 25. April bei den Debatten über den Bericht der von Berlin zurückgekehrten Kaiserdeputation, Angesichts von Gagern folgendermaßen davon, ohne daß ein Widerspruch erfolgte. »Ich bin weit entfernt, eine Lobrede auf die von dem Oesterreichischen Ministerium befolgte Politik, auf sein Verfahren gegenüber dem übrigen Deutschland, und insbesondere gegenüber dieser Versammlung, halten zu wollen. Ich bedaure vielmehr mit Vielen von Ihnen, vielleicht mit Allen, die großen Versehen, die von seiner Seite geschehen sind, Versehen, welche hauptsächlich auf einer Nichtkenntniß der Natur dieser Versammlung und der Deutschen Verhältnisse, meiner Ueberzeugung nach, beruhen. Allein es ist meine Ueberzeugung, daß diesen Versehen des Oesterreichischen Ministeriums, des Oesterreichischen Ka-

binets gegenüber die Fehler, welche von uns gemacht worden sind, unendlich gewichtiger in die Waagschaale fallen. Herr Mathy hat uns zwar an das Programm von Kremsier erinnert, worin die Oesterreichische Regierung die bekannte Aeußerung vom verjüngten Oesterreich und vom verjüngten Deutschland gethan hat, und eine abgesonderte Konstituirung beider in Aussicht stellte; er hat aber weislich unterlassen, Das, was diesseits geschehen ist, näher ins Auge zu fassen. Meine Herren! Mir scheint es, daß man jene Aeußerungen, überhaupt jenes Programm, statt es mit beiden Händen zu ergreifen und festzuhalten, hätte zurückweisen, daß man ihm begegnen und von unserer Seite Alles hätte aufbieten müssen, um Oesterreich von dem Gedanken einer separaten Konstituirung fern zu halten, um Oesterreich die Möglichkeit zu gewähren, später jedenfalls in das verjüngte Deutschland einzutreten. Was aber hat man statt dessen gethan? Man hat Oesterreich den Handschuh vor die Füße geworfen, man hat eine Verfassung decretirt, welche es ihm schlechterdings unmöglich macht, einzutreten, und man hat diese Verfassung gerade zu diesem Zwecke deliberato animo, in voller Ueberlegung, gemacht! Gedenken sie der Debatte über die §§. 2 und 3 der Verfassung. Ich erinnere mich dieser Debatte sowohl in den Klubs, als in der Versammlung, wie da lange bevor noch das Programm von Kremsier erschienen war, mit klaren Worten gesagt wurde, daß der Deutsche Bundesstaat nicht mit Oesterreich gebildet werden könne, daß man sich hier ohne Oesterreich konstituiren müsse, vorbehaltlich später über einen Traktat sich mit ihm zu einigen. Das erklärt es denn auch, warum das Ministerium Gagern gleich mit solcher Hast nach der angeführten Aeußerung im Kremsierer Programm gegriffen hat; dies erklärt es, weshalb in dem Programm, welches das Ministerium Gagern dem Erzherzog Reichsverweser übergab, mit dürren Worten gesagt ist: »Unsere Tendenz geht auf den Ausschluß Oesterreich's.« Ich glaube nicht, daß ich in dieser Beziehung ein Dementi zu befürchten habe. Also, weit entfernt, Maßregeln zu ergreifen, um Oesterreich in den Kreis des zu bildenden Bundesstaates hereinzuziehen, hat man sogar geradezu den Satz aufgestellt: »Wir wollen den Ausschluß Oesterreich's«, und diesen Ausschluß hat man denn auch allerdings endlich bewerkstelligt.« Es geht nun aus dem erwähnten Entlassungsgesuch hervor, daß Gagern, ehe er mit seinem Programm in die National-Versammlung trat, dem

Erzherzog Reichsverweser ein ähnliches vorlegte, das aber noch weiter, oder das doch mit der Absicht deutlicher herausging. Es ist darin noch bestimmter gesagt, daß er mit allen Mitteln der Centralgewalt auf »Konstituirung Deutschlands als Bundesstaat«, der in seinem Sinne so viel war als das Preußische Erbkaiserthum, ja es ist ausdrücklich darin gesagt, daß er auf dieses, auf den Ausschluß Oesterreichs hinzuwirken gedenke. Sehr auffallend ist dabei die Nachgiebigkeit des Reichsverwesers, und von eben so großer Bedeutung, daß die Rechnung so gemacht schien, daß Gagern, trotz seinem Souveränitätsprincipe in Aussicht nahm, statt der Zustimmung aller Glieder des früheren Bundes, der Zustimmung des an die Stelle des Bundestags getretenen Reichsverwesers zu seinem Verfassungsprojekt sich zu versichern.

Aus Gagern's zweitem, oder vielmehr erstem, dem Reichsverweser vorgelegtem Programme ist abermals zu ersehen, wie nichtig wo nicht heuchlerisch das immer und immer wiederholte Gerede war, wonach Niemand ein Wässerchen getrübt, Niemand daran gedacht haben sollte oder wollte, Oesterreich auszuschließen *). Wir kommen auf die spätere Rede Gagern's, worin er sagte, daß Verschiedene schon in Heppenheim und Heidelberg das Preußische Erb-

*) Bei Erwähnung der Nachgiebigkeit des Erzherzogs drängt sich mir die Erinnerung an eine Aeußerung Duncker's im Dritten Abschnitt seiner Schrift auf, eine Aeußerung, welche einen starken Beweis liefert, wie tief auch die besonnensten und redlichsten Kaiserlichen — und zu ihnen gehört Duncker — in den Parteifanatismus gerathen sind, so daß sie zur Unbefangenheit und Billigkeit noch immer nicht wieder herausfinden können. Er sagt, vom 18. September redend: »Der Reichsverweser, viele andre Oesterreicher, waren zum Nachgeben bereit, handelte es sich doch um eine Preußische Sache! Aber das Ministerium stand fest« u. s. f. Ich füge kein Wort weiter über diese Verdächtigung, neben der gezwungenen Anerkennung, welche ihr folgt, und über die Nichterwähnung des im Ministerium bei der Sache vornämlich wirksam gewesenen Oesterreichers hinzu. Es ist trostlos, diesen Fanatismus noch immer so fortwirken zu sehen. Bessert es sich damit nicht, dann werden wir anderweit eben so wenig wie in Frankfurt zur politischen Einheit gelangen und die Einigkeit wird daneben mehr und mehr zerstört werden. Es kommt Alles vom Doktrinarismus. Ist eine Partei von dem Wahne — denn so etwas ist immer Wahn — beherrscht, daß ihre Meinung und Tendenz absolut und allein wahr und heilsam sei, so ist die Einigung, aller heilsamen echten Einheit Grundlage, unmöglich, möglich nur erzwungene Einheit, und die Partei muß folgerichtig Kampf und Streit beginnen, zu allen Mitteln der Gewalt greifen um den Zwang herbeizu-

kaiserthum bezielt hätten. In der Nummer 129 der Centrenkorrespondenz lies't man: es solle sich Niemand mehr wundern, wenn denjenigen, die sich »seit Jahr und Tag« unter den unsägligsten Schwierigkeiten nach Oben und Unten abgemüht, Preußen »zum Kerne und zur Grundlage des neuen Deutschlands zu machen« und die »geschichtliche Mission dieses Staates vollenden zu helfen«, endlich der Geduldsfaden abreiße. Man stelle dies mit dem Aehnlichen und Bezüglichen, wovon in früheren Abschnitten die Rede war, vom Siebzehnerentwurf und Vincke's eiliger Kaisermacherei bis zur mehrseitigen Anbietung der Kaiserkrone in Berlin u. s. f. und nun mit diesem geheimen Programm zusammen — in welchem Lichte erscheint dann die bis zum Ueberdruß wiederholte Behauptung, daß man erst durch das Kremsierer Programm darauf hingeführt sei, fortan ohne Rücksicht auf Oesterreich zu konstituiren, um das man treulich geworben, das sich aber selbst ausgeschlossen habe *). Deutlich ersieht man, wie nichtig die Vorwürfe waren, welche Seitens der Partei unablässig den Gegnern daraus gemacht wurden, daß sie behaupteten, man w o l l e Oesterreich ausschließen. Es mochte durch Klugheit geboten erscheinen, das eigentliche Ziel vorerst noch nicht öffentlich zu benennen, ja selbst der eignen Partei

---

führen und ist nur zu sehr der Versuchung ausgesetzt, jedes Mittel zum Zweck für gerecht zu halten und in jene, den Parteizwisten und Bürgerkriegen eignende Verhärtung und Verbitterung zu gerathen, welche den andersmeinenden Landsmann und Bruder viel heftiger haßt und anfeindet und viel schlechter und ungroßmüthiger behandelt, als sie dem auswärtigen Feinde thun würde. Das begann in Frankfurt zu dieser Zeit, und wer nicht mitrasen wollte, wer begütigend oder warnend abmahnte, der war keines Aufschwungs mehr fähig, hatte Muth und Kraft zu energischen Schritten verloren u. s. f.

*) Nur daraus, daß der Parteieifer auch die Verständigen und Klugen ganz blind macht und bethört, erklärt es sich, daß ein Duncker (S. 69 f.) viel davon sagen kann, wie vergeblich »unsere Werbung« um Oesterreich blieb, wie vergeblich wir »mit der größten Schonung« verfuhren, »keine Saite anschlugen, welche in Wien unangenehm tönen konnte« (!!) u. s. f. Daneben macht er es Oesterreich zum Vorwurf, daß es sich die Cognition über die Beschlüsse der National-Versammlung vorbehielt — und lobt es dann wieder (S. 98) daß es sich »von Anfang offen und ehrlich die Zustimmung zu unsern Beschlüssen vorbehalten«. Daneben rühmt er Preußen, daß es ehrlich und aufrichtig mit der Versammlung ging, und erwähnt beiläufig an einer anderen Stelle, daß es das gerade n i c h t that.

zu verschweigen und insgeheim für dasselbe die Hand auf die Centralgewalt zu legen. Aber völlig zu rechtfertigen war es doch kaum. Das Ganze sah einer Intrigue ähnlich genug. Ich würde indeß nie eine Beschuldigung der Intrigue aussprechen oder ausgesprochen haben, wenn nicht Anschuldigungen dieser Art ausgesprochen wären und würden Seitens der Kaiserpartei. Ich will letztere gern freisprechen von dem Vorwurfe, intriguirt zu haben, wenn sie nur aufhören will, der Gegenpartei dergleichen vorzuwerfen. Gewiß wurde und wird im Parteieifer Intrigue genannt, was eigentlich keine war. Soll aber einmal von Intrigue die Rede sein, so ist aus den Thatsachen klar, die Preußische Partei intriguirte am wirklichsten und am meisten, noch dazu selbst bei dem Oesterreichischen Erzherzog, während sie den Anfang machte mit den Anklagen dieser Art und die andre der Kabale beschuldigte. Im Uebrigen ersieht man jetzt auch noch deutlicher, weshalb Schmerling zurücktreten mußte: nicht weil zu besorgen war, daß er durch Intrigue den Unterhandlungen mit Oesterreich schaden könne, sondern weil das Ministerium und der Erzherzog zur Genehmigung *dieses* Programms freilich nicht hätten bewogen werden können, so lange er im Ministerrathe saß. Man gebrauchte das Mittel der Verdächtigung gegen ihn um ihn zu entfernen, und entfernte ihn, um freie Hand zu erhalten zum Wirken für das Preußische Kaiserthum und den Ausschluß Oesterreichs in angegebener Weise. Gagern — nach Allem was ich von den Dingen und Persönlichkeiten weiß und zu urtheilen vermag — wurde vorangestellt um Führer zu sein, der geführt wurde und ferner geführt werden sollte. Man nannte das, ihn Schmerling'scher Intrigue entziehen. Wurm theilt in seiner oben angeführten Schrift (S. 12) das geheime Gagern'sche Programm mit und erklärt, *nicht* das öffentliche vom 18. December habe Schmerling's Politik der Gagern'schen Partei und ihren Tendenzen so feindselig gegenübergestellt. »Wir haben allen Grund, anzunehmen, daß Schmerling mit Gagern's Idee einer besondern Unionsacte für Deutschland und Oesterreich im Wesentlichen einverstanden gewesen. Im Reichsministerium des Handels waren Vorarbeiten ganz in demselben Sinne gemacht; Schmerling hatte gegen das Princip nichts einzuwenden. Noch mehr: Schmerling hatte im Grunde nichts dagegen, wenn Oesterreichs Nichteintritt vorausgesetzt und die Verfassung des Bundesstaates (wie dies nach dem Gagern'schen Programm in Aussicht stand)

ohne Rücksicht auf Oesterreich fertig gemacht ward. Es war nur Eins, was Gagern wollte und was Schmerling nicht wollte — das Preußische Erbkaiserthum.« Mit welchem Rechte hätte man dem Oesterreicher ein Verbrechen daraus machen können, und wo bleibt die Schmerling'sche Intrigue? — Endlich ersieht man, wie viel der Kaiserpartei daran liegen mußte, daß Gagern im Ministerium sich erhielt und daß zu diesem Zwecke sein Programm zuerst vom Ausschusse, sodann Seitens der National-Versammlung genehmigt wurde *).

Auf diese Vorgänge fällt noch einiges Licht durch noch ein Aktenstück (wenn ich es so benennen darf) das vor Kurzem durch die

---

*) Auf den weiteren Inhalt des Gagern'schen Entlassungsgesuchs kommen wir an einer andern Stelle. So weit es hierher gehört, lautet es folgendermaßen:

»Hoher Reichsverweser! Als nach dem Austritt des Hrn. v. Schmerling aus dem Reichsministerium Eure Kaiserliche Hoheit am 16. December v. J. mich, den gehorsamst Unterzeichneten, hatten berufen lassen, um mir die Vervollständigung des Ministeriums aufzutragen, war es, ehe ich diesem hohen Vertrauen entsprechen konnte, meine Pflicht, Eurer Kaiserlichen Hoheit die politische Ueberzeugung zu unterbreiten, von der ich mich mußte leiten lassen dürfen, wenn ich mit dem Ministerium betraut würde.

In dem Gefühle des dringenden Bedürfnisses, daß die Lösung der Aufgabe der National-Versammlung befördert und mit dem abzuschließenden Verfassungswerke zugleich der den Interessen des Vaterlandes so höchst nachtheilige provisorische Zustand der Centralgewalt der Beendigung zugeführt werden müsse, faßte ich nach gepflogener Berathung mit meinen bisherigen Herren Kollegen, in folgenden Sätzen zusammen, was wir, wenn wir das Ministerium bilden sollten, als unsere Richtung betrachteten:

1) daß Deutschland als Bundesstaat sich konstituire,
2) daß daran Oesterreich sich nicht betheiligen werde,
3) daß das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland der künftigen Bestimmung nach Konstituirung beider Zwillingsreiche vorbehalten bleibe,
4) daß der Reichsverweser von seinem Standpunkte mitwirken wolle, dieses Verhältniß in politischer und materieller Beziehung so eng als möglich zu gestalten, und
5) daß Oesterreich der Konstituirung Deutschlands keinerlei Hindernisse in den Weg lege, wie sie auch ausfallen möge, namentlich für den Fall, daß der Inhaber der Preußischen Krone als erbliches Oberhaupt an die Spitze Deutschlands gestellt werde;
6) daß sofort eine Gesandtschaft nach Olmütz oder Wien gehe, die freundschaftlichen und bundgenössischen Verhältnisse zu kultiviren, die hiesi-

Allgemeine Zeitung (1849, Nr. 267) zur Oeffentlichkeit gelangt, eine »Oesterreichische Denkschrift,« in welcher gleich im Eingange von einer Preußischen Denkschrift vom 19. December die Rede ist. Ich hatte von letzterer gehört, sie aber nicht gesehen und würde gar nicht davon gesprochen haben, da ich so wenig Sichres davon wußte. Aus mehreren Gründen scheint es mir nun aber seine volle Richtigkeit damit zu haben, und ist dem so, dann werden jene Vorgänge wie gesagt noch viel erklärlicher. Ich habe schon erwähnt, daß in dieser Zeit zwischen dem Berliner und Olmützer Kabinet Verhandlungen gepflogen worden, welche sich auf die Verfassungsfrage bezogen hätten und auf welche ich am geeigneten Orte zurückkommen würde. Die erwähnte Preußische Denkschrift gehört zu den in diesen Verhandlungen gewechselten Noten, ist aber wegen ihres Datums und Inhalts schon hier zu erwähnen. Die in der Allgemeinen Zeitung mitgetheilte s. g. Oesterreichische Denkschrift (deren Verfasser jedenfalls aus guten Quellen geschöpft hat, obwol man seiner Darstellung wohl keine volle Richtigkeit zugestehen kann) sagt darüber Folgendes:

»Nachdem die Königl. Preußische Regierung am Schlusse des verhängnißvollen Jahres 1848 am 19. December in einer Denkschrift sich dahin ausgesprochen hatte, daß bis zur Erreichung des Definitivums der einzig dermalen bundesgesetzlich bestehende Hüter und Wahrer des Friedens in Deutschland, nämlich der an die Stelle des Bundestages getretene Reichsverweser, mit seinem die Executivgewalt des Bundes bildenden Ministerium für die Zeit des Provisoriums sowohl möglichst zu stützen und zu kräftigen, als eben dadurch auch auf die rechten Wege zu leiten und zu erhalten sei, schlug sie für den Zeitpunkt nach geschehener erster Lesung des Verfassungsentwurfs in Frankfurt eine Initiative der Regierungen zur besseren Organisirung des Provisoriums vor, »um seitens der Regierungen mit der Versammlung in Verbindung zu treten und so den Uebergang zu einer gesetzlichen Feststellung des Definitivums zu finden.« Sie beantragte deshalb die unverzügliche Bildung eines provisorischen Staatenhauses, welches als zweite Instanz der Be-

---

gen Schritte zu erklären und zu befürworten, die Zukunft vorzubereiten.

Auf Eurer Kaiserlichen Hoheit Erklärung, daß Sie dieses Programm nicht beanstandeten, trat das bisherige Ministerium in das Amt.«

rathungen über die Verfassung neben die Nationalversammlung gestellt würde, aus Abgeordneten der Regierungen, und weiter ein neben die Centralgewalt zu stellendes Fürstenkollegium, »zunächst aus den Königl. souveränen Häusern,« in Verbindung mit welchem der Centralgewalt ein leitender Einfluß auch auf die Verfassungsberathungen in beiden Häusern einzuräumen wäre. Was die Verfassung selbst betrifft, so erklärte die Königl. Regierung, »daß die Neugestaltung sich an den in seinem Wesen keineswegs aufgehobenen Deutschen Bund anschließen müsse, und daß die Theilnahme Oesterreichs eine Beibehaltung der wesentlichen Verhältnisse des Staatenbundes bedinge.« Die Frage, ob die Exekutivgewalt einem Direktorium zu übertragen, oder eine einheitliche Oberleitung, welcher die nöthigen Moderamina und Garantien an die Seite zu stellen wären, einzurichten sei, ließ die Denkschrift offen, erkannte als nothwendig dieser Exekutivgewalt ein repräsentatives Element gegenüber zustellen, empfahl die Verschmelzung der materiellen Interessen, die größere Koncentrirung der Deutschen Wehrverfassung, und schloß mit Beachtung einerseits der Stellung Oesterreichs, »für das nur ein dem bisherigen Staatenbund analoges Verhältniß maßgebend sein könne,« und andrerseits des im Deutschen Volk bestehenden Strebens nach Einheit mit der Aeußerung: »daß nichts im Wege zu stehen scheine, daß das übrige Deutschland sich zu einem engeren Verbande konsolidire,« und daß die Königl. Regierung nicht zweifle, daß sich bei weiterer Verständigung die Formel finden lassen werde, »unter welcher das Verhältniß dieses engeren zu dem weiteren Bunde auf eine beiden Theilen gleich förderliche Weise geordnet werden könne.«

Wir mögen hieran einige Bemerkungen über den Stand der Dinge und der Parteien zu dieser Zeit anknüpfen. Die Regierungen, am absichtlichsten die Großmächte, hatten sich von dem Deutschen Verfassungswerke bis in den December hinein fern gehalten. Dieses, wie es betrieben wurde, mißhagte so gut in Berlin wie in Wien. Der Reichspartei in Frankfurt war erst eben noch ihr Versuch jenes »Schutz- und Trutzbündnisses« mit der Preußischen Regierung mißlungen. Jetzt, wie wir sehen, war ein Einigungspunkt zwischen Frankfurt und Berlin gefunden. Sie begegneten sich, zwar noch nicht völlig, aber schon sehr nahe, in der Idee einer abgesonderten Konstituirung, des nicht-österreichischen Deutschlands unter Preußen, jedoch diese Idee nicht so, wie Hansemann vergeblich angerathen,

sondern so verstanden, wie sie von der Frankfurter Kaiserpartei und dann allgemeiner gefaßt wurde und verwirklicht werden sollte. Auf solch eine abgesonderte Konstituirung ging auch in Berlin, wenn schon vielleicht nicht bei Allen, welche an der Note vom 19. December Theil hatten, die Meinung, und so vorsichtig man damit auch zurückhielt. Wie war man zu dem, ich sage nochmals gefährlichen Projekt, nunmehr von beiden Seiten, gekommen?

Der ursprüngliche Grund liegt darin, daß man in Frankfurt den Weg der Bundesreform nicht hatte einschlagen mögen, und bei Aufstellung der Verfassung von der Idee ausging, daß Deutschland in einen einheitlichen konstitutionellen Staat verwandelt werden müsse; darin daß man von Preußischer Seite die bis zum Frühjahre 1848 verfolgten reformistischen Ideen und Bestrebungen hatte liegen lassen, daß man sich verwickelt durch jene Zusagen vom Aufgehen Preußens in Deutschland, daß auch die in den Bundesbeschlüssen vom 30. März und 7. April liegende Tendenzen zu einer gemeinsamen Thätigkeit der Regierungen und der National-Versammlung nicht durchgedrungen waren, daß vielmehr die National-Versammlung allein gelassen worden, und dem Strome der aufgeregten und hochgespannten Meinung folgte, ja diese noch steigerte. Man konnte auf der breiten Basis, konnte mit dem übereilt zugelassenen allgemeinen Wahlrechte nicht fortkommen. Eben so unausführbar zeigte sich — zum wenigsten wie das Wort aufgefaßt war — das Aufgehen Preußens in Deutschland. Zu einem Bundesstaate, wie man sich ihn dachte, fehlten die Elemente, namentlich eine gewisse Gleichheit der in Betracht kommenden Staaten an Bedeutung und Macht, eine Gleichheit, welche die Errichtung einer einheitlichen Centralgewalt ermöglicht hätte, stark genug um sämmtliche Staaten zur Unterwerfung zu nöthigen und darin zu erhalten. Die Errichtung einer solchen Centralgewalt war aber nicht möglich, schon weil zwei der Staaten, aus welchen der Bundesstaat gebildet werden sollte, Großstaaten waren. Nur wenn diese zerschlagen wurden, hätte jene Gleichheit erwirkt werden können. Die letzte Aussicht auf eine solche Eventualität ging um diese Zeit verloren, und nun war die Umwandlung des Staatenbundes in einen konstitutionellen Bundesstaat nicht bloß nicht mehr möglich, sondern die Meisten oder doch sehr Viele sahen dies auch ein. Inzwischen hatten in der National-Versammlung die verschiedensten Parteien und Richtungen zur Annahme der wichtigsten Abschnitte eines, auf

einen einheitlichen konstitutionellen Staat hinzielenden Verfassungsentwurfs zusammengewirkt. Die Aufstellung einer Reichsgewalt wie sie beschlossen worden, war nach dem Sinne der Theoretiker, der Radikalen und Republikaner, derer welche die Kleinstaaterei los werden, die ein Reich Deutscher Nation gegründet wissen wollten, die ein Deutsches Kaiserthum oder die Hegemonie Preußens erstrebten, die den König von Preußen an die Spitze zu stellen dachten, damit ein Deutsches Kaiserthum erstehe oder damit Preußen größer werde. Denn hierauf hatte sich bald eine starke Tendenz gerichtet. Die Begeisterung für eine Deutsche Einheit mit Aufgebung der partikularen Selbstständigkeit war in den großen Staaten — es bestätigte sich völlig, durch die untrüglichsten Zeichen — theils von Anfang viel geringer gewesen, theils war sie viel weniger nachhaltig. Sie schlug besonders in Preußen größtentheils bald in das Verlangen nach der Suprematie, in die Regungen der Vergrößerungspolitik um, wovon oben, bei den Erörterungen über den Siebzehnerentwurf, die Rede war. Man täuschte sich dabei — weil der Deutsche Patriotismus und der Preußische Partikularismus einander so ähnlich sahen — leicht selber in den Glauben hinein, als befinde man sich fort und fort in »Deutscher« Gesinnung und Tendenz, es war leicht den Schein zu erzeugen als verhalte es sich so. Die gewünschte Suprematie sollte ja zur Deutschen Einheit führen, die neue Form derselben sein. Die Zahl derjenigen, welche vom Anbeginn nur auf eine Vergrößerung Preußens gedacht hatten, wurde stark vermehrt, je günstiger die Gelegenheit zu werden schien, und das Hinzutreten derer, welche durch Einheitsbegeisterung oder den Wahn von Preußens geschichtlichem und providentiellen Berufe zu dem Streben geführt wurden, Preußen erblich an die Spitze zu bringen, erleichterte es jenen Ersteren, das Gewand der Deutschheit anzunehmen. Das Verlangen nach Suprematie war allerdings auch bei Oesterreichern vorhanden. Doch weniger so, daß sie eine Oesterreichische Hegemonie oder ein Oesterreichisches Kaiserthum in Aussicht genommen hätten. Ihre Tendenz beschränkte sich darauf, daß Oesterreich einen angemessenen Einfluß in Deutschland behaupte, wobei denn der Eine mehr der Andre minder begehrlich war. Das Verlangen nach Suprematie war bei den Oesterreichern weniger stark, weil Oesterreich derselben weniger bedurfte und weil sie auch meisthin sehr bald erkannten, daß es bei ihnen viel weniger oder gar nicht zum Ziele führen könne. Daher

auch, daß nur Wenige an ein Oesterreichisch-Deutsches Kaiserthum dachten und daß keine Partei dafür in der National-Versammlung sich bildete, während es sich umgekehrt verhielt mit dem Plane eines Preußisch Deutschen Kaiserthums. Einzelne Oesterreicher mochten eine Uebertragung der Deutschen Kaiserkrone an ihren Kaiser auch noch im Sommer und Herbst in entfernte Aussicht genommen haben. Die große Mehrzahl hatte das längst aufgegeben und davon findet sich in dieser ganzen Zeit keine Spur, daß sie etwa an eine Vergrößerung Oesterreichs durch Süddeutschland bis an den Main hin gedacht hätten. Die Partei, welche, als Preußen und Oesterreich wieder erstarkten und also die Möglichkeit schwand, Deutschland mit Einschluß Oesterreichs in einen einheitlichen Staat zu verwandeln, dafür sich bildete, daß nicht dieses Projekt, sondern Oesterreich aufgegeben werde, diese Partei, an deren Spitze nun Gagern getreten war, mußte ein doppeltes Ziel zu gewinnen suchen. Einmal bedurfte sie der Mehrheit in der National-Versammlung, sodann eben so sehr des Entgegenkommens der Preußischen Regierung. Sie mußte, um zu ihrem Zwecke zu gelangen, in Berlin so gut wie in Frankfurt durchdringen. Sie fand in Berlin Unterstützung aber auch Widerstand *).

Hierbei ist nun sorgfältig zu beachten, daß sie in zwei Fraktionen zerfiel. Mit ihrem Anhange oder ihren Parteigenossen in Berlin verhielt es sich eben so. Die Zielpunkte der beiden Fraktionen waren wesentlich verschiedene, obgleich die Richtungen beider in einander verschmolzen oder doch in einem gemeinschaftlichen Punkte zusammentreffen konnten. Die eine wollte durch die Verwirklichung

---

*) Ein Symptom des Widerstandes war es, wenn Hansemann in seiner oben erwähnten früheren Schrift, die im Oktober erschien und einer weit verbreiteten Ansicht den Ausdruck gab, sagte: dawider, Preußen an die Spitze zu stellen, fänden solche Bedenken statt, daß nach seiner Ueberzeugung der Preußische und Deutsche Patriot dem Vaterlande keinen schlechteren Dienst erweisen könnte, als wenn er die Ausführung eines solchen Plans beförderte. Ebenso hatte im Sommer Griesheim in der Schrift: »Die Deutsche Centralgewalt und die Preußische Armee« gleichfalls ganz wider die Idee der Reichspartei, vom Standpunkte der Preußischen Vergrößerungstendenzen, nur insofern ihr entgegenkommend, geschrieben: Die Bedingungen der »Einheit« wären nur zwischen den Preußen und Norddeutschen vorhanden. »Wir glauben und halten fest an einem einigen Norddeutschland«. Daneben hatte auch eine Hindeutung auf allenfallsiges Erobern nicht gefehlt.

des Kaiserplans zu einem einigen Deutschland, die andere zu einem vergrößerten Preußen gelangen; die eine hatte ein Reich und Kaiserthum Deutscher Nation (und deshalb das Aufgehen Preußens in Deutschland oder sein Zerfallen in Provinzen) die andere die Preußische Suprematie im Sinne; die eine meinte es mit der »Deutschen Sache« ernstlich und ehrlich, die andere suchte in Preußens Interesse die letztere auszubeuten, die ihr nur Mittel, Vorwand, Maske, unumgängliche Redensart war. Sie wäre auch mit einer Arrondirung Preußens bis an die Mainlinie zufrieden gewesen. Noch weit mehr standen beide Parteien principiell gegen einander, während sie darin, daß Preußen an die Spitze kommen solle, dasselbe Ziel verfolgten und dabei einander unterstützten oder benutzten. Die specifisch-preußische Partei stand auf dem Boden der Legitimität, das Princip der Reichspartei war die Souveränität der Nation. Jene ließ sich das Streben von dieser gern gefallen, denn es ging im Effekt auf die Preußische Hegemonie; auch setzte sie voraus, daß die Reichspartei das Zerschlagen von Preußen nicht werde durchsetzen können. Die letztere ließ sich eben so gern das Mitwirken jener gefallen, denn sie hoffte ihrerseits dadurch zu ihrem Ziele eines Reiches Deutscher Nation und zum Aufgehen Preußens in dasselbe zu gelangen. Beide hegten den Rückgedanken, daß es sich mit ihren speciellen divergirenden Absichten schon finden werde. Beiden mußten die eigentlichen Tendenzen und die Principien der andern als verwerflich erscheinen. So war die Reichspartei in den Augen der specifisch-preußischen eine revolutionäre wegen ihres Principes der Volkssouveränität. Nur zum theils identischen, theils ganz verschiedenen Zwecke standen Beide zu einander. Daß dabei die Reichspartei werde zu kurz kommen müssen, war allein ihren Blicken verborgen.

Der Plan des Preußischen Kaiserthums schloß bereits eine Loslösung und zwar die Loslösung eines so beträchtlichen Theils wie Oesterreich in sich. Aus dem Obigen, anderer Momente nicht zu gedenken, geht hervor, wie nahe bei ihm die Gefahr einer Spaltung und Theilung Deutschlands in noch mehrere Stücke lag, und wie sehr die »Deutsch« gesinnten Förderer desselben sich ihrerseits in der Gefahr befanden, zu einem solchen Ausgange mitzuwirken. Es war so gut wie unvermeidlich, daß die specifisch-preußische, lediglich nach einer Unterwerfung Deutschlands oder eines Theils von Deutschland unter Preußen strebende Fraktion die Oberhand

gewinnen und daß zu ihrem Zwecke die andere ihr dienstbar werden mußte. Denn es war in sich selbst widersprechend, daß die »Deutsch« gesinnte, wie sie mußte, dem Preußischen Staate zur Wiederbefestigung helfen und dann ihn doch unter ihre Tendenzen beugen wollte. Es war so gut wie unvermeidlich, daß auf diesem Wege die ganze Frage zu einer Frage der Macht und des Interesses würde, wo denn die Lösung derselben gar leicht eine gewaltsame werden und aus einer inneren Deutschen Angelegenheit in eine europäische sich verwandeln konnte.

Die specifisch-preußische Fraktion hatte die Hand nicht geboten zu jenem Schutz- und Trutzbündniß, das vom Frankfurter Centrum erstrebt wurde, denn die Bedingung desselben war eine Erniedrigung oder Schwächung Preußens wenigstens bis auf einen gewissen Punkt. Dagegen lag es auch in ihrer Tendenz, Oesterreich hinauszuschaffen. Sie nahm dazu die Hülfe der andern Fraktion an und half ihr dabei. Die ihr Angehörenden, zumal die in Berlin residirten, scheinen die Schwierigkeit des Unternehmens ungleich besser gewürdigt zu haben. Die Bedenken wegen des Ausschlusses Oesterreichs wogen schwerer bei ihnen; sie hatten das große Hinderniß näher vor Augen, das darin lag, daß der König selbst jene Bedenken in so hohem Maße theilte. Sie operirten daher weit vorsichtiger, oder konnten auch nicht sobald mehr durchsetzen, als ihnen für jetzt gelang. Auch ihnen lag es als erwünschte Auskunft nahe, einen Versuch zu machen, mit der Idee vom engeren und weiteren Bunde zum Ziele zu gelangen. Von dem Vorantritt Preußens im ersteren schwieg man vorerst noch. So war der König am leichtesten zu gewinnen, Oesterreich muthmaßlich am leichtesten zu beschwichtigen. Bis dahin, daß man die Einleitung eines solchen Versuchs durchgesetzt, war man in Berlin am 19. December gekommen, und erinnern wir uns nun dabei des Datums und der Geschichte des Gagernschen Programms, der unausgesetzten Verbindung, in welcher die Leiter der Kaiserpartei in Frankfurt und Berlin wenigstens seit einiger Zeit standen, so läßt sich an einem genauen Zusammenhange aller dieser Dinge nicht zweifeln, eines Zusammenhangs der keiner näheren Auseinandersetzung bedarf. Es erübrigen indeß noch ein paar andere Bemerkungen.

Berlin und Frankfurt und die beiden Fraktionen der Kaiserpartei waren also jetzt in einem sehr wesentlichen Punkte zusammengetroffen. Die Einigung war jedoch keineswegs eine völlige.

Wir wissen aus einer späteren Preußischen Note, daß die Preußische Regierung, als sie Theil genommen an der Uebertragung der Bundesgewalt auf den Reichsverweser, dabei sich vorbehalten hatte, daß sie sich ihres Machtantheils nur zeitweilig, d. h. bis zu einer ihr gelegen erscheinenden Zeit entäußere, daß sie also an unbedingte Unterwerfung unter die neue Reichsgewalt nie gedacht, sondern daß sie temporisiren wollen, was sie auch bis zu diesem Momente gethan hatte und noch einige Zeit that. Indeß war jetzt in Preußen die Ordnung wieder hergestellt und sofort dachte sie darauf die provisorische Centralgewalt zu unterstützen, aber auch »in die rechten Wege zu leiten.« Dieses war nicht nach dem Sinne der Mehrheit der National-Versammlung, insbesondere der Reichspartei, eben so wenig wie die unverzügliche Bildung eines Staatenhauses. Die Führer der Reichspartei wußten, daß die Deutschen Großmächte unterhandelten. Nach aller Wahrscheinlichkeit war ihnen bekannt, daß man in Berlin Ansichten und Absichten hege, wie die Denkschrift sie aussprach. Sie hatten vorläufige Kunde, daß eine solche Note erlassen werden würde oder erfuhren doch bald, daß sie abgegangen sei. War ihnen der Inhalt bekannt, so hätten sie, wie mir däucht, die Gunst des Augenblicks benutzen und wenigstens sofort damit beginnen sollen, die Stimmung für eine gute Aufnahme der richtigen, der rettenden Gedanken (in Gagern's Programm sieht man leicht die Stelle dazu) vorzubereiten, welche endlich in Berlin ernstlich aufgefaßt zu sein schienen. Sie thaten es nicht, weil ihnen jene Gedanken nicht gefielen, und weil sie die Macht der National-Versammlung auch jetzt noch, nach allen Erfahrungen und trotz aller Zeichen, falsch beurtheilten. Allein indem sie es nicht thaten, haben sie, die Sache aus meinem Standpunkte angesehen, — abermals falsch rechnend, ein *falsches* Vertrauen auf Preußen setzend — einen sehr beträchtlichen politischen Fehler begangen oder eigentlich fortgesetzt; denselben Fehler, den die Regierungen begangen hatten und fortsetzten*). Die Note vom 19. De-

*) S. 160 ist des Preußischen Vorschlags vom Juli zur Bildung eines Kollegiums der Staaten-Bevollmächtigten erwähnt. Man findet Weiteres darüber in Hansemann's Schrift »Das Preußische und Deutsche Verfassungswerk« S. 125. Hansemann däucht es bedauernswerth, daß der Vorschlag nicht zur Ausführung gekommen; andernfalls dürfte statt der Einigung die Zerrissenheit und der Zwiespalt nicht eingetreten sein. Weiter bemerkt er: »Die Ausführung dieses Vorschlags würde zur Ei-

cember beweis't, daß die Preußische Regierung jetzt sehr wohl wußte, worauf es ankam. Warum ließ sie ihren eigenen Gedanken liegen? Aus dem Zusammenhange der Dinge scheint hervorzugehen, daß es geschah, weil im Kampfe der Ansichten eines Theils der Preußischen Staatsmänner und der auf Preußens Vergrößerung bedachten Partei die letztere auch in dieser Beziehung die Oberhand zu gewinnen suchte und gewann, indem sie glaubte, daß für Preußen mehr zu erreichen sei, wenn man einzeln mit der National-Versammlung, von welcher zu erwarten, daß sie günstig für Preußen beschließe, und allenfalls mit den kleineren Staaten verhandle. Auch das war nicht nach dem Sinne der Reichspartei, daß die Preußische Regierung — ein Einlenken in den Weg der Reform versuchend — meinte, die Neugestaltung müsse sich an den fortbestehenden Deutschen Bund anschließen, daß sie die Oberhauptsfrage noch offen ließ, daß sie diese Frage mit Oesterreich verhandelte. Damit trat sie den Ideen der Reichspartei, dem Frankfurter Verfassungsprojekt entgegen. Die Reichspartei hatte nur den einen Anhalt gewonnen, daß die Preußische Regierung in die Idee von einem engeren Verbande im weiteren Bunde eingegangen war. Diesen Punkt hielt sie nun aber auch desto fester, um ihre ganze

---

nigung der Regierungen, also zur Einigung Deutschlands, aber auch zur Stärkung der Regierungen, gegenüber den Souveränitäts-Ideen der Deutschen National-Versammlung und den Herrschergelüsten des Ministeriums des Reichsverwesers, beigetragen haben. Die Regierungen, insbesondere die der größeren Staaten, gingen deshalb auch bereitwillig auf den Vorschlag ein; nichtsdestoweniger scheiterte seine Ausführung, vorzüglich durch den Widerstand der Regierungen einiger wenigen Deutschen Mittelstaaten, insbesondere der Regierung von Hessen-Darmstadt. Es scheint, daß der große Einfluß, welchen einige hervorragende Mitglieder des Deutschen Parlaments auf die Einflüsse der widerstrebenden Regierungen gehabt haben, nicht zur Beseitigung dieses Widerstandes angewendet worden ist.« Es wird keinem Zweifel unterliegen, daß Gagern in Darmstadt ihn angerathen oder doch bestärkt hat. Er hatte dort auch nach seinem Austritt aus dem Ministerium großen Einfluß und berieth den Großherzog von Zeit zu Zeit. Es lag völlig in seiner Souveränitätsidee. Wäre es aber im Juni kein Fehler gewesen, die letztere als die leitende für die National-Versammlung zu proklamiren, so war es gewiß ein sehr beträchtlicher, noch im December, entgegen der gänzlich veränderten Lage der Dinge, auf ihr zu bestehen. Daß dies aber im December geschah, darf nicht Wunder nehmen, da es bis zu Ende geschehen ist.

weitere Politik daran zu knüpfen. Man sieht immer deutlicher, weshalb Schmerling hinaus, Gagern eintreten mußte, und woher die Hast sowol hierin als in dem Drängen und Treiben zur Vollendung der Verfassung. Preußen und Oesterreich verhandelten. Wie leicht hätte es sein können, daß sie sich einigten. Man mußte mit der Verfassung und dadurch mit Oesterreich fertig werden so kurz und rasch als nur immer möglich. Und weit rücksichtsloser ging man in Frankfurt voran; rücksichtslos auch in dem Sinne, daß man sich nicht einmal um die abweichenden und entgegenstehenden Tendenzen der Preußischen Regierung viel kümmerte, indem man den tiefgreifenden, großentheils principiellen Widerspruch zwischen den Frankfurter Ideen und den in Berlin weit vorherrschenden nicht völlig erkannte und die Kraft der National-Versammlung überschätzte. Es kümmerte die Reichspartei wenig, daß man in Berlin augenscheinlich abgeneigt war, sich völlig und unbedingt auf die Frankfurter Verfassung einzulassen. Da war die Souveränität der National-Versammlung und der Enthusiasmus und Beistand des Volkes — in den Kleinstaaten. Hatte die National-Versammlung nur erst beschlossen, endgültig beschlossen! Die Reichspartei ging ihren Weg der Nichtbeachtung der Ansichten und Erinnerungen der Regierungen, selbst der Preußischen, auf welche sie sich stützen mußte, weiter, bis zur Vollendung der ersten Lesung und verharrte darauf nach derselben. Sie ließ beim Neugestaltungsprojekte nach wie vor den fortbestehenden Deutschen Bund, das föderative Element, zur Seite liegen und dachte nur auf Gewinnung einer stark koncentrirten Reichsgewalt durch eine Mehrheit im Parlament. Das Reich und Kaiserthum Deutscher Nation, meinten die Einen, die Macht Preußens zur Verwaltung seiner Hegemonie, meinten die Andern, soll so stark werden, wie immer möglich, um die Selbstständigkeitsreste der Staaten zu beseitigen. Die Partei warf den Gedanken einer Anknüpfung an die Bundesverfassung weit von sich. Sie wollte es aufnehmen mit dem »Partikularismus« der Mittelstaaten, mit Preußen — doch da meinte sie, die Annahme am Ersten durchzusetzen bei recht großem Angebot — mit Oesterreich — doch das sollte und mußte hinaus, sofort, es hatte selbst ein Wort gesprochen, woran sein Ausschluß sich heften ließ. Die Rechnung war falsch. Wer mag die Sünde auf sich geladen haben, durch Erregung oder Bestärkung trügerischer

Hoffnungen die in Illusionen lebende, zur Selbstbelügung so geneigte Reichspartei noch weiter in die Irre zu leiten? Das fühlte sich, das hatte sie auch klar erkannt: wie günstig der Moment zu sein schien, er mußte rasch benutzt werden, das Werk erforderte die Anspannung aller Kräfte. Und so und nur so erklärt sich die Hast und Leidenschaft, worin sie seit dieser Zeit gerieth und Affekten die Zügel schießen ließ und Wege und Mittel einschlug, welche sich dadurch entschuldigen, nie freilich vollkommen rechtfertigen lassen. Die Geschichte des Deutschen Parlaments von dieser Zeit an, wo die Zerfahrenheit, die Parteiungen und Koalitionen sammt ihren Begleit-Erscheinungen beginnen und sehr bald in Blüte treten, ist eine äußerst trübselige. Sie ist von Anfang und wird noch heute von den kaiserlichen Federn und Historiographen theilweis durchaus unwahr berichtet. Sie haben manches Stück, manchen Vorgang in ein wesentlich falsches Licht zu rücken gewußt. Ich werde dies durch Zeugen und Zeugnisse erweisen, welche Jedermann als vollgültig wird anerkennen müssen, die zum wenigsten auf keinen Fall die Kaiserpartei wird anfechten können. Wie manchfach und schwer dieselbe aber gefehlt haben mag, wie viele Irrgänge ein an die Thatsachen sich haltender wahrhafter Bericht von ihr wird erzählen müssen, diese Kaiserlichen waren und blieben einzeln gescheidte, liebe, wackere Leute. Doch wer kennt nicht das Distichon des Dichters, das nur zu viel Anwendung auf ein solches Parlament leidet:

> Nimmst du sie einzeln, ist Jeder leidlich verständig,
> Sind sie beisammen, wird gleich dir ein Dummkopf daraus.

Es wird nicht unwahrer, wenn man es etwa so parodirt:

> Nimmst du sie einzeln, ist Jeder ein Lieber und Wackrer,
> Sind sie Partei, so fährt gleich dir der Satan hinein.

Ich weiß davon zu sagen, der ich, je ärger es mit dem Parteiunwesen, der Hitze und Verbissenheit wurde, desto kaltblütiger und unbetheiligter, freilich wie zwischen Reibsteinen, zwischen den Kaiserlichen und Großdeutschen stand, ohne der Theilnahme an den Hauptsünden der letztern auch nur beschuldigt zu sein, was sehr viel sagen will, da seit dieser Zeit die falschen Anschuldigungen und Lügen und Entstellungen aller Art die Tagsunordnung wurden.

— Zum vollen Abschluß des ersten Zeitraums der Geschichte des Verfassungswerkes gehört auch noch die Darstellung der Debatten über den Reichstag, der zweiten Berathung und der Se-

paratverkündigung der Grundrechte, der recht eigentlichen und rein unentschuldbaren, nur zu schwer in's Gewicht gefallenen Sünde der mit der Linken alliirten Reichspartei und des Debuts des Ministeriums Gagern. Ich hoffe, mich indeß durch die Gründe, welche ich dafür, daß ich hier abbreche, demnächst angeben werde, rechtfertigen zu können.








VELUT
ARBOR
ÆVO

